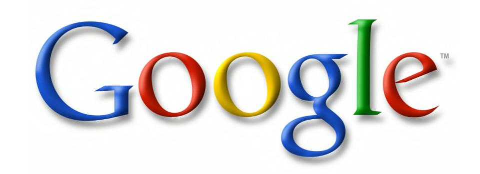



VE RI
TAS

28,50

377 / 393

382 p., pl.

Aus bewegten Zeiten

1895 bis 1905

Lose Blätter

von

Josef Penížek

Mit vierzehn Porträts

WIEN 1906

Verlagsbuchhandlung Carl Konegen (Ernst Stülpnagel)

Gesellschafts-Buchdruckerei Brüder Hollinek, Wien III. Erdbergstraße 3.

Inhaltsverzeichnis.

an Ministern und Parteiführern, wie ihn keine andere Periode aufweist. In sachlicher Hinsicht hat es nie ein ärgeres Pendeln, eine bedenklichere Unstetigkeit und Flatterhaftigkeit, einen sprunghafteren Wechsel, ein gefährlicheres, jedweden Glauben an Autorität, Recht und Bestand erschütterndes, ja vernichtendes Fallen aus einem System und Extrem ins andere gegeben.

Meine gesammelten Essays und Betrachtungen betreffen eine kurze, aber eine unsagbar traurige und sterile Zeit österreichischer Politik.

Am letzten November 1895 starb Graf Eduard Taaffe physisch. Zwei Jahre zuvor hatte ihn der politische Tod ereilt. Groß und glorreich war er gefallen wie keiner vor ihm. So sehr er auch gefehlt, so skrupellos, so rücksichtslos, so gefühllos er zuweilen auch gewesen sein mochte — das Ende versöhnte und verklärte. Der stolze Nachkomme des alten irischen Adelsgeschlechtes zog mit der Gloriole eines besiegten Freiheitskämpfers in den bleibenden Ruhestand. Und wie war er unterlegen! Auf dem parlamentarischen Schlachtfelde, er, der Chef einer bureaukratischen, parteilosen Regierung, geschlagen von einer Koalition eitler, verblendeter, kurzsichtiger, revanchesüchtiger Männer, die da glaubten, ein Wahlrecht sei ein Schutzzoll für einen unhaltbaren, weil widerrechtlichen Besitz, und wähnten, mit ihrem Veto die unaufhaltsame Bewegung von unten stauen zu können, wenn sie sich die Ohren zustopfen, um deren ehernen Tritt nicht zu hören.

Einen unvergeßlichen Vorzug besaß die Koalition Plener-Hohenwart-Jaworski. Sie war die einzige parlamentarische Regierung. Wie sehr ihr die Tatsache zum Fluche geworden, daß da einmal, ausnahmsweise, ein Kabinett von unten hinauf, anstatt, wie üblich, von oben nach unten eingesetzt worden ist, daß die Majorität sich ihr Ministerium, nicht, wie sonst, das Ministerium die Majorität gebildet hat, das fühlten die Mitglieder des Kabinetts Windischgrätz nur allzubald und nur allzusehr. Alles andere an diesem Regime jedoch war verwerflich und verdammenswert. Dessen Genesis, dessen Zweck und Programm, dessen Geist und Inhalt. Aus der Sünde an dem gleichen Wahlrecht geboren, ging es schmählich an einer Sünde an dem gleichen nationalen Rechte zugrunde. Groß nach außen und prahlerisch in seinen Worten, war es innen faul und morsch. Es wollte von der Negation leben, die keinen Nährstoff hat, und dieses Gift, das aus allen seinen Poren troff, brachte ihm den Tod. Es wollte die soziale und nationale Frage

zugleich zurückstellen und ist von ihnen hinweggeschwemmt worden. Arbeitsmajorität nannte sich die Tripelallianz und kein einziges Werk hat sie fertiggestellt. Ende Juni 1895 stürzte das stolze Gebäude zusammen. Ein Sandkorn, der Streit, ob an dem deutschen Staatsgymnasium in der südsteirischen Stadt Cilli drei Gegenstände, mangels einer slovenischen Anstalt, für die Studenten, die aus slovenischen Volksschulen gekommen sind, in den unteren Klassen slovenisch unterrichtet werden können, hat es zu Falle gebracht. Graf Taaffe hat ihn noch erlebt.

Die Ära Badeni ist in zwei ungleiche Teile zu scheiden. Der erste ist ausgefüllt mit Erfolgen und Vorbereitungen für die Zukunft. Die fünfte Kurie ist kreiert, die Steuer- und Zivilprozeßreform zum Abschluß geführt, das Heimatsgesetz auf eine volkstümlichere Basis gestellt worden. Seit dem Eintritte der ersten Abgeordneten, die aus dem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangen sind, ins Haus bis zum 1. Jänner dieses Jahres befand sich das reformierte Parlament in statu crisae, im Zustande der Obstruktion, welche weder durch Neuwahlen, Ende 1900 und Anfang 1901, noch durch Opferung von vier Kabinetten, noch durch bedingungs- und ersatzlose Kassierung der inneren böhmischen Amtssprache, noch durch einen dreimaligen Wechsel im Präsidium des Abgeordnetenhauses, noch durch Zertrümmerung der Majorität der Rechten beseitigt werden konnte.

Von den zehn Jahren, welche dieses Buch umfaßt, waren acht magere, unfruchtbare, verlorene. Der Zeitverlust, so hoch er auch anzuschlagen ist, wäre hierbei der geringste. Es gibt größere, tiefere Schäden. Mit der Einbürgerung der Obstruktion, in welcher Spielart immer, als normaler Form der Opposition ist das Grundprinzip des repräsentativen Systems, das Majoritätsprinzip, zunichte gemacht worden, indem nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit ihren Willen der Volksvertretung aufdrückte. Und als gar die Waffen dieser Revolution mit dem Lorbeer des Sieges geschmückt wurden, als sie sich rühmen durfte, daß vor ihrem Terror alle sich gebeugt hatten, denen die Entscheidung über die Schicksale im Staate und im Parlament zusteht oder die sie usurpiert haben, und daß ihr alles geopfert worden ist: Staatsautorität, Ministerien, Präsidien, parlamentarische Konstellationen, das anerkannte und in die Praxis umgesetzte Recht des anderen — da zeigte es sich, daß alle diese Schwäche, all dies Zurückweichen, all dies Entgegenkommen vergeblich gewesen ist. Nichts war erreicht worden, als eine grenzenlose Verbitterung gerade der intelligentesten, konservativsten und

gemäßigtesten Kreise des böhmischen Volkes, eine Verbitterung, die nicht anders zu tilgen ist als durch die Restaurierung der inneren böhmischen Amtssprache dort, wo sie ein nachgewiesenes Recht des böhmischen Volkes und der böhmischen Beamten ist und wo sie weder ein berechtigtes Interesse noch einen legalen Anspruch der Deutschen tangiert.

Ich glaube, es hat auf deutscher Seite viele Besonnene gegeben, die in den wüsten Jubel der Menge ob der Aufhebung der Gautschischen Sprachenerlässe nicht einstimmten. In dem fast dreijährigen Duell zwischen Deutschen und Böhmen, das durch die Verordnungen Badenis enstanden ist, sind die Böhmen weder von den Deutschen noch im Parlament besiegt worden. In den Zweikampf haben außerparlamentarische Faktoren zugunsten der Deutschen eingegriffen. Das ist die Wahrheit. Das ist alles.

In der Politik sind Eitelkeit und Einbildung immer verführerische Begleiterinnen. Sie erzeugen eine subjektive und eine objektive Täuschung. Niemals ist man geneigter, Irrlichtern nachzugehen und falschen Vorstellungen über den eigenen Gewinn und über den Verlust des Gegners nachzujagen, als im Augenblicke des Erfolges. Und einen Erfolg hatten die Deutschen — einen formaltemporären. Die innere böhmische Amtssprache ist dermalen faktisch aufgehoben. Aber nur Impressionisten — auch in der Politik gibt es solche — konnten annehmen, sie wäre für immer abgetan. Die Form war zertrümmert, die Materie ist nicht verloren gegangen. Die böhmische innere Amtssprache wird zurückgegeben werden — in einer anderen Form. Hoffen wir: in einer besseren. In einer Weise, die von deutscher Seite nicht bekämpft, nicht angefochten werden wird. Es handelt sich um nicht mehr als um eine Zeitfrage. Gerade so wie in bezug auf die Errichtung einer böhmischen Universität in Brünn. Beide Angelegenheiten werden eine das böhmische Volk befriedigende Lösung finden — finden müssen. Denn beide Forderungen sind begründet und berechtigt.

Deren Erfüllung ist eine Sache, in der wir den Deutschen das Recht der Einmischung, geschweige denn das jus dirimitivum absolut absprechen. Das sind Postulate, welche bloß uns und die Exekutive angehen. Ein Volk hat die Legitimation, zu verlangen, daß seitens der Staatsverwaltung seinen Bedürfnissen nachgekommen werde von der Volksschule und dem Bezirksgericht bis zur Akademie, den Hochschulen und dem Obersten Gerichtshofe. Die Überhebung, welche in dem Bestreben liegt, die Administrative zu hindern, das-

selbe einem anderen Volke gegenüber zu tun, überschreitet die Grenzen des Erlaubten. Hier beginnt die deutsche Vorherrschaft, das deutsche Vorrecht, die deutsche Führung, das deutsche Veto, die deutsche Superiorität und wie sonst alle Namen heißen mögen für ein Ding: für das Hinübergreifen in die Rechtsphäre des anderen Volkes. Kein selbstbewußtes Volk wird eine solche Grenzverletzung widerspruchlos hinnehmen. Das böhmische gewiß nicht.

Ganz abgesehen davon, daß die böhmische innere Amtssprache durch die deutsche kompensiert, also durch keinerlei Zugeständnisse unserseits erst zu kompensieren ist, daß es kein Gesetz gibt, welches die deutsche innere Amtssprache in Österreich überhaupt und in Böhmen und Mähren im besonderen normiert, weil es ja eine polnische, italienische und kroatische gibt, die auf Grund von Verordnungen oder auch ohne sie eingeführt worden sind, ganz abgesehen ferner davon, daß das Pfingstprogramm der Deutschen vom Jahre 1899 selbst die innere Amtssprache anbietet, allerdings in einem durchaus unannehmbaren Ausmaße, ganz abgesehen auch davon, daß die Regierung Körber die Wiedereinführung der böhmischen Amtssprache einmal im Gesetzeswege, mehreremal jedoch via facti in Aussicht gestellt hat, kann jemand auf deutscher Seite ernstlich voraussetzen, daß sich je eine böhmische Partei finden wird, die bereit wäre, von der Forderung abzustehen, daß in Ländern, in denen das böhmische Element zwei Drittel, ja sogar drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, der böhmische Akt und der böhmische Beamte im inneren Amtsverkehre ebenso behandelt werden wie der deutsche?

Die innere Amtssprache ist und bleibt die erste, aktuellste und dringendste Aufgabe jeder aktiven böhmischen Politik. Sie ist ein point d' honneur geworden, in bezug auf welchen es keinen Unterschied im böhmischen Volke gibt. Die Rückgabe der inneren Amtssprache ist eine Schuld des Staates diesem Volke gegenüber. Je früher sie entrichtet wird, desto besser für die Stabilität in der Amtierung, für einen Waffenstillstand in der Sprachenfrage, für die Deutschen.

Denn eine zu hohe Meinung habe ich von diesen, als daß ich annehmen könnte, die Erfahrungen des letzten Halbjahrhunderts seien wirkunglos an ihnen vorübergegangen. Sie führen eine überaus beredte und eindringliche Sprache. Sie besagen und lehren, daß für die Dauer jede Begünstigung unhaltbar ist, die auf Protektion, sei es der Krone, sei es des bureaukratischen Apparats,

beruht und angewiesen ist und daß nichts von Dauer sein und bleiben kann, was nicht aus eigener Kraft entstanden und auf die Grundlage realer Potenz gestellt ist. Sie besagen und lehren ferner, daß alle Versuche der Deutschen fehlschlagen, uns an dem Aufsteigen zu gleichem sprachlichen und nationalen Recht, zu wirtschaftlicher Erstarkung und zu kulturellem Fortschritt zu hindern. Sie besagen und lehren außerdem, daß alle Mittel der Persekution, der Unterdrückung, der Animosität sich eitel erwiesen haben, sie besagen und lehren schließlich, daß die Deutschen uns, wir ihnen nichts anhaben, antun, wegnehmen können, daß wir stark genug sind, jedem Anpralle zu widerstehen, daß für sie und uns der weise Rat Gorčakovs gilt: »Hast du einen Gegner, der unüberwindlich ist, dann schließe mit ihm eine Allianz.«

Es gibt niemand im böhmischen Volke, der einer Eroberungspolitik gegen die Deutschen das Wort reden wollte. Keine einzige Seele, kein einziges Mandat, auf das sie ein Anrecht haben, keinen Zoll ihres Bodens, keinen Buchstaben ihres Rechtes wollen wir ihnen rauben. Können auch nicht. Anderseits lassen wir uns von unserem rechtmäßigen Gute auch nicht das geringste abgraben. Sind auch nicht geneigt, auf die Geltendmachung welchen legalen oder natürlichen Rechtes immer zu verzichten. Ganz und gar nicht sind wir gewillt, uns unter das Kommando, das Diktat, die Führung, die Bevormundung der Deutschen zu stellen, uns in eine inferiore Rolle herabdrücken zu lassen. Dazu sind sie nicht stark und imponierend, wir nicht schwach und würdelos genug.

Nur in einer Hinsicht sind sie uns überlegen, werden es lange noch sein, weil wir ihren Vorsprung nicht so bald, vielleicht niemals, wettmachen werden. In materieller Beziehung. In dieser einzigen können sie und werden wohl auch ohne Beihilfe des Staates ihren Besitzstand wahren und erhalten. Neidlos rechnen wir mit der Tatsache, nur von einem Wunsche beseelt: das Großkapital und der industrielle Großbetrieb, die ihr Anwachsen und ihre dominierende Stellung zu nicht geringem Teile dem Fleiße böhmischer Arbeiter verdanken, mögen diese Stellung nie in inhumaner Weise zur Entrechtung ihrer Angestellten mißbrauchen und mögen den Wahn aufgeben, mit dem Lohne für geleistete Dienste auch die politische und nationale Gesinnung dieser Leute zu bezahlen.

In allen anderen Belangen sind wir den Deutschen gleich und ebenbürtig und nehmen den Vergleich mit ihnen furchtlos und wohlgemut auf der ganzen Linie auf. Wir sind als Steuerträger

und Soldaten, wir sind vermöge unserer Zahl, unserer geographischen Lage, kraft unserer Kultur für Staat, Reich und Dynastie kein geringerer Faktor als die Deutschen. Der provokante Übermut, die verletzende ὕβρις, die vornehm tuende, aber niedrige Überhebung, mit der man einst für sich Privilegien eines Edelvolkes arrogieren, sich zu einem auserwählten Volke stempeln, uns zu Minderwertigen und Hörigen erniedrigen zu können glaubte, hat aufgehört. Man entwertet andere nicht mehr heutzutage, wenn man seinen eigenen Wert ohne zureichenden Grund hinaufgesetzt hat. Die Prätension der Deutschen, mit Sonderrechten ausgestattet zu sein, vermochte sich auf nichts anderes zu stützen als aufs Wollen, auf Willkür, auf Begehrlichkeit. Tempi passati! Der Prätext ihrer Alleinherrschaft konnte noch Anno 1849 vorhalten. Heute vermag diese Maßlosigkeit niemand aufzuregen. Wir lachen dazu und darüber. Wir fürchten niemand, auch Gott nicht, denn wir sind uns keiner Sünde bewußt. Pares inter pares können und sollen die Deutschen sein. Primi inter pares — nie mehr. Mit ihnen, neben ihnen, an ihrer Seite wollen wir stehen, wo es sich um gemeinsame Interessen handelt — und es gibt ihrer genug, hat es gegeben und wird es immer geben, ich erinnere nur an die Grundsteuerregulierung unter Taaffe und an das Wasserbautenprogramm unter Körber — unter ihnen niemals.

Getrost und ohne Scheu können wir uns mit ihnen auf jedem Gebiete menschlicher Betätigung messen. Man lasse es einmal auf eine Probe ankommen! Die Deutschen aus Österreich insgesamt, aber nur diese, mögen auf der rechten Seite der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes ausstellen, was sie, sagen wir, seit dem Jahre 1861 geleistet in der Literatur, Kunst und Wissenschaft, wir wollen dasselbe auf der linken Seite tun, und wenn eine neutrale Jury entscheiden wird, daß wir qualitativ oder quantitativ in einem Zweige zurückstehen, so werden wir uns bescheiden und demütig auf eine untere Stufe zurückziehen. Uns ist vor dem Urteile nicht bange. Unserer Gleichwertigkeit uns voll und ganz bewußt, werden wir nicht rasten noch ruhen, bevor wir in unserer historischen Heimat der deutschen Minorität auch von Staats wegen gleichgestellt sein werden. Allein auch in dem Falle, dem allergünstigsten, daß es uns gelingen sollte, die volle Parität für die böhmische Sprache und Nation mit der deutschen in den Ländern der böhmischen Krone zu erlangen, zu erreichen, zu erringen und zu erkämpfen und Rechte für sie zu sichern, die längst durch die

Staatsgrundgesetze garantiert sind und welche die deutsche Minorotät kampflos und ohne jede Gegenleistung besitzt, immer wird die deutsche Sprache und mit ihr die deutsche Nationalität bevorzugt sein. Im Parlament, in den Zentralbehörden, in der Armee, in der Diplomatie, in der Verwaltung der Staatsbahnen, bei den obersten Tribunalen, durch die Dynastie, durch die auswärtige Politik des Reiches. Zahllos und groß sind die Konzessionen, die in allen diesen Beziehungen die Nichtdeutschen machen — freiwillig machen. Man hüte sich, diesen ihren freien Willen durch einen Zwang zu ersetzen. Man hüte sich doppelt, die Verbitterung und Erbitterung der nichtdeutschen Angehörigen zu vermehren, die sie empfinden, wenn sie erwägen, wie schwer und teuer es ihnen ankommt, einen Teil dessen zu erhalten, was die Deutschen in Hülle und Fülle, oft über den tatsächlichen Bedarf mühelos und gratis zugeteilt erhalten haben, wenn sie sehen, daß sie vollberechtigt sind nur, wo es sich um Pflichten, keineswegs, wo es sich um den Genuß der Rechte handelt. Gibt es ein zweites Volk in diesem Staate, das einen so aufreibenden Kampf führen muß um jede Volksschule, jede Mittelschule, jede Hochschule, wie das böhmische? Muß es nicht von tiefstem Unwillen durchdrungen werden, wenn es bedenkt, daß die Italiener mehr Rechte haben als jenes? Muß die Parallele mit den drei Millionen Polen Galiziens, die zwei Universitäten und die ausschließlich polnische innere Amtssprache im ganzen Lande ohne die geringste Anfechtung haben, das böhmische Volk nicht aufbringen? Sind die polnischen und italienischen Beamten besser, dienstbeflissener, brauchbarer als die böhmischen? Stehen die Böhmen kulturell und wissenschaftlich tiefer als die Bewohner Westgaliziens? Mußte sich nicht in dem böhmischen Beamten und in dem böhmischen Volke eine Unsumme Hasses ansammeln gegen die Deutschen und gegen alle jene Faktoren, von denen es unausgesetzten Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt ist? Hat man jemals sich dessen erinnert, daß ein Volk auch Empfindungen und berechtigte Empfindlichkeiten und Empfindsamkeiten hat, die man mit rauher Hand nicht schonungslos und ungestraft antasten darf? Hat man nie erwogen, daß Lieblosigkeit eine Entfremdung herbeiführen muß und eine schwer zu überbrückende Kluft zwischen dem Staate und dessen Bürgern böhmischer Nationalität?

Diese und ähnliche Fragen drängen sich dem Beobachter der Beziehungen zwischen den Böhmen einerseits und den Deutschen

und dem sich mit diesen identifizierenden Staate anderseits auf. Und er fügt allen den vielen Fragen noch eine hinzu: Mußte das so sein und muß das so bleiben?

Mitnichten. Fern liegt uns der Gedanke oder gar der Wunsch, der Staat solle die Deutschen wodurch immer drangsalieren, brüskieren, benachteiligen. Im Gegenteil: wir wollen aufrichtig, daß den Deutschen überall ihr Recht voll und ganz werde. Aber nicht bloß ihnen allein. Auch allen anderen dasselbe. Der Staat, der doch nur der Inbegriff aller seiner Teile, aller seiner Einwohner ist, muß zuerst mit der Remedur einsetzen, muß der oberste Hüter des Rechtes und Gesetzes sein, muß allen den gleichen Schutz und die gleiche Fürsorge angedeihen lassen. Diese praktische Gleichheit ist seine raison d'être, ist die Bedingung und Gewähr seines Bestandes. Konsolidieren und stabilisieren muß er sich auf dem breiten Fundament sozialer und nationaler Gleichberechtigung, will er stark, aktionsbereit und schlagfertig sein nach außen. Wozu und wohin der Mangel all der angeführten Eigenschaften führt, zeigen die Ereignisse in Rußland.

Aber auch die Deutschen mögen ihre Zukunft auf einer soliden, verläßlichen und reellen Basis sichern und mit der alten und verfehlten Taktik endgültig brechen: sich von oben favorisieren zu lassen, sich mit Schutzmauern zu umgeben, die der Zeitgeist und der Volkswille niederreißt, sich unter die Schutzherrschaft von Funktionären zu stellen, die wankelmütig und wetterwendisch sind. Die solideste, verläßlichste und reellste Basis für ein jedes Individuum und für ein jedes Volk ist die eigene, nicht die verliehene oder entliehene Macht. Selbst ist der Mann, selbst ist die Nation.

Noch mit vielen und traditionellen Fehlern müssen die Deutschen Österreichs gründlich aufräumen. Im Interesse ihres Namens und Rufes, im Interesse des Konservierens, nicht einer eingebildeten Präponderanz, sondern der ihnen vermöge ihrer wirklichen, essentiellen, unantastbaren und unvermindbaren Stärke zukommenden Bedeutung unter den anderen Völkern der Monarchie.

Sie mögen sich national, kulturell und geistig mit ihren Stammesgenossen im Deutschen Reiche solidarisch und eins fühlen. Wo und wenn es sich jedoch darum handelt, die Macht, den Einfluß, die Regierung in diesem Staate zu gestalten und aufzuteilen, da können sie auf die Wagschale nur dasjenige legen, was *sie selbst* innerhalb dieses Staates sind. Bei einer Proportionalrechnung wird ihnen kein Unrecht geschehen. Sie werden bei

jeder Repartierung gut fahren. Unter einer Bedingung. Wenn sie sich jene Eigenschaft aneignen, die so selten ist bei Einzelwesen und bei Völkern und die schwer beizubringen ist allen, so da früher Alleinherrscher waren und nun mit einem Teile der Herrschaft vorlieb nehmen sollen: die Bescheidenheit. Man wird und will ehrlich mit ihnen verfahren. Niemand wird es einfallen, ihren Anteil zu schmälern. Unrecht gedeihet nicht und ehrlich währt am längsten. Auch in der Politik.

Die Deutschen in Österreich müssen aufhören, sich reaktionärer Hilfsmittel wie da sind: rückständiges Wahlrecht, überlebtes Preßgesetz, veraltetes Vereins- und Versammlungsrecht, feudale und bureaukratische Bevormundung etc. zu bedienen und unabwendbare Evolutionen zurückzudrängen. Diese Taktik hat den erhofften Vorteil nicht gebracht, sie hat jedoch nicht bald und nicht leicht zu verwischende Flecken auf das Prestige der Deutschen angehäuft, die heutzutage als die volks- und freiheitsfeindlichste Nation im Staate verschrien sind. Durch eigenes Verschulden. Wird auch nur der Versuch gemacht, die bürgerlichen Rechte zu erweitern, die Kultur tiefer und allgemeiner zu machen, einen Fortschritt anzubahnen für alle, so sind es die Deutschen allein, die dagegen auftreten. Eine panische Furcht erfaßt sie, die sie blind und lächerlich macht, es könnte irgendwo ein mühsam und mit äußerst zweifelhaften Mitteln gehaltener Bezirk oder eine Stadt verloren gehen, in der man zwar Minorität ist, aber die Herrschaft mit Unterstützung der k. k. Behörden und der Juden noch innehat. Fordert es nicht zum beißendsten Spott heraus, wenn man auf der einen Seite großtut, sich auf die grand Nation herausspielt, die den ganzen Staat und alle seine Völker in ihrem Sinne und Geiste zu regieren berufen ist und mit der Pose und Grandezza eines Bismarck den anderen Völkerschaften zuruft und es auf alle Triumphbogen in Schwarzrotgold aufschreibt: »Wir Deutschen fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt«, und wenn man auf der anderen Seite einmal vor den slovenischen Parallelklassen in Cilli, das anderemal vor dem Öffentlichkeitsrechte für die einzige böhmische Privatschule in Wien, das drittemal vor der böhmischen Universität in Brünn, das viertemal vor der slavischen Parallelklasse in Troppau und Teschen, das fünftemal vor dem gleichen Wahlrechte zittert und zusammenknickt? Kann es dem Ansehen der Deutschen bei den Nichtdeutschen zuträglich sein, wenn diese jene in steter Angst und Furcht sehen, wenn sie beobachten, wie die Deutschen

die Regierung anflehen oder terrorisieren, sie möge ihre bedrohten Positionen mit einem Glassturz bedecken, auf daß kein Windhauch des Zeitgeistes sie berühre? Fürwahr, die größten Feinde der Deutschen sind die Deutschen selbst.

Auch für sie wird der Tag kommen — und er ist nicht fern — wo ihnen die Alternative gestellt werden wird: entweder oder. Entweder mit anderen Voll- und Gleichberechtigten zusammen als respektabler Faktor, als respektierter Alliierter, als Freund, Bundesgenosse, Mitkämpfer oder abseits im Schmollwinkel sich selbst verzehrender aber ohnmächtiger Malkontenten, entweder koalieren oder isolieren.

Die tolle Jagd nach dem Besitz um jeden Preis, der Wahnwitz, ein Neunmillionenvolk könne fünfzehn Millionen Andersnationaler in Botmäßigkeit halten, die krankhafte Sucht, sich über alle anderen zu erheben, sie haben den Deutschen den Haß aller anderen zugezogen, sie haben sie vor unermeßlichen Verlusten an Macht und politischer Moral nicht gesichert. Sie haben weder dem Deutschtum noch der Freiheit genutzt. Die Unduldsamkeit der Deutschen hat die nationalen Gegner gestärkt und in die Arme der Reaktion getrieben. So haben die Deutschen doppelten Schaden genommen. Wien, von dem ein erlauchter Mund gesagt hat, ein Meer von Licht solle von dort ausstrahlen — was ist aus diesem Wien geworden?

Eine neue Ära bricht an. Die alten Scheidewände der Interessenvertretung sind baufällig und werden niedergerissen werden. Die politische Gleichheit ist im Anzuge; sie wird die nationale und kulturelle fördern und beschleunigen. Ein neues Österreich wird erstehen. Der greise Monarch verschließt sich nicht den Bedürfnissen der Gegenwart. Ein aus dem gerechteren Wahlrechte hervorgegangenes Parlament wird ihn zur seltenen Feier seines sechzigjährigen Regierungsjubiläums beglückwünschen. Es regt sich allerorten, neue Kräfte, neue Elemente werden in den Vordergrund treten, nach Betätigung und Geltendmachung ringen. Alle Völker begrüßen das Morgenrot der neuen Epoche. Wollen und sollen die Deutschen allein stehen, auf den Trümmern der alten Welt wehklagend?

Es heißt Abschied nehmen von ihr — für immer. Sie ist nicht mehr aufzurichten — versunken für immer. Mit der Wirklichkeit, mit dem Unabänderlichen, mit den gegebenen Tatsachen sich abzufinden, das ist die größte Lebensweisheit. Wohl, sie ist einfach,

aber schwer. Es gehört starker Wille dazu, der starke Wille zum Leben, der stärker ist als die Resignation und die Negation. Der Wille zu leben ist von den Deutschen zu bejahen. Der Wille namentlich zu einem ruhigeren, gesicherten und, was mir das Wichtigste scheint, würdigeren Leben als es das bisherige war — ein Leben voll Unruhe und Sorge, ob nicht über Nacht der Wind in den obersten Regionen sich drehen, ob nicht morgen genommen werden wird, was man einmal mit Gewalt selbst genommen und mit Gewalt gehalten hat. Die Deutschen in Österreich werden ohne den Besitz dessen, was nicht ihr Eigentum und ihr rechtmäßiges Gut gewesen ist, mehr sein als mit diesem Besitze, der für sie eine Verlegenheit, eine Pein, ein Makel, ein Quell ewigen Haders gewesen ist. Die Deutschen in Österreich werden bleiben, was sie sind, auch wenn sie das Mandat für die böhmische Umgebung von Budweis und Brünn verlieren werden: ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß und der im Bunde mit adäquaten Verbündeten mehr bedeuten wird als in einer Koalition zur Zurücksetzung und Unterdrückung unseres Volkes.

Gleichwie vor zehn Jahren steht Österreich im Zeichen einer Wahlreform. Vor einem Dezennium ist Graf Taaffe über das allgemeine Wahlrecht in den alten Kurien der Städte und Landgemeinden gefallen. Nach zehn Jahren fallen alle Kurien und das gleiche Wahlrecht wird in das Parlament einziehen. Dessen Palais wird zum Volkshaus werden. Gleichberechtigte und gleichwertige Völker werden dort mitwirken. Der Kampf wird sich in Arbeit umwandeln. Frei von Illusionen und Sanguinismus erwarten wir den Sieg und den Triumph der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Wien, im November 1905. J. P.





Graf Eduard Taaffe

Graf Eduard Taaffe.

Gestorben Samstag 30. November 1896.

Im stillen Hain des böhmischen Nalžov (Ellischau) wird Graf Eduard Taaffe Montag zur ewigen Ruhe gelegt werden. Beide Häuser entsenden zur Leichenfeier ihre Deputationen und das Abgeordnetenhaus hat bis dahin seine Sitzungen unterbrochen. Ein Vertreter des Kaisers wird hinter dem Sarge schreiten. Und so werden in der Böhmerwaldgemeinde, in deren Ruhe sich der Verewigte aus dem lärmenden Getöse und Gewoge des aufregenden politischen und parlamentarischen Lebens zu flüchten pflegte und wo ihn allzufrüh in dem ungesuchten Ruhestande der Tod ereilt hat, Repräsentanten jener Faktoren, der Krone und des Parlaments einfinden, zwischen denen sich seine vierzehnjährige Wirksamkeit bewegte.

Tiefe Furchen hat sie in den innerösterreichischen Verhältnissen zurückgelassen. Tiefere als die Tätigkeit irgendwelchen seiner Vorgänger. In dem Augenblicke, da er auch physisch zu den Toten gehört, sind sie sichtbarer denn sonst. Er war kein Mensch, der spurlos vom Schauplatz verschwindet, sondern ein Akteur, dessen Leistungen mächtig einwirken, ja unverwischbar sind.

Österreich besaß und besitzt solcher Männer nicht gar viele. Und wenn er auch kein Großer war, ein Geringfügiger, ein Figurant war er auch nicht. Er hatte Willen und Energie zu Taten und wiewohl er manches nicht zu Ende geführt, manches nur zur Hälfte vollführt hat, von der Welle ließ er sich nicht tragen, sondern bestimmte selbst die Richtung, ließ sich nicht führen, sondern führte. Er hatte Initiative und Selbsttätigkeit, aber auch Geschicklichkeit und Erfahrung genug, um seinen Entschluß zur Tat zu machen. Als er zur größten Tat Anlauf genommen, verließen ihn die Kräfte. Statt des Sprunges folgte der Fall. Allein es war ein tragisches

Ende und auf dem parlamentarischen Kampfboden fiel ein unparlamentarischer Minister, der Träger der Idee einer Regierung über den Parteien, parlamentarisch. Er hatte von der Bühne einen großen Abgang. Seine Politik, sein öffentliches Wirken, seine privaten Eigenschaften, seine Verdienste und Fehler, seine Vorzüge und Mängel wollen wir heute nicht würdigen. Heute wollen wir bloß die Resultante der Stimmen ziehen, die praesente cadavere aus verschiedenen Lagern laut werden. Nach den einen war er ein Riese, nach den anderen ein Zwerg. Die einen halten ihm vor, er habe Österreich dekomponiert, die anderen, er habe es stabilisiert. Hier wird gerufen: er war ein Wohltäter und ein Segen; dort wiederum: er war ein Verderben und ein Fluch. Von rechts hören wir: er hat die Völker und Klassen versöhnt und den Fortschritt angebahnt; von links: er hat alle auseinandergebracht und die Reaktion gefördert.

Die historische Wahrheit ist, wie so oft, auch in diesem Falle in der Mitte. Graf Taaffe war kein Staatsmann großen Stils, großer Mittel, weitausgreifender Pläne und tiefer Voraussicht. Aber er war ein gewandter Politiker, ein parlamentarischer Routinier, der oft durch einen kleinen Apparat große Erfolge erzielte, der spielend die größten Schwierigkeiten überwand, über die ein anderer gestolpert wäre. Er hatte Sinn und Verständnis für die Realität und seine Sorge war stets darauf gerichtet, vor allem das nächste Hindernis zu beseitigen und das dringendste Bedürfnis zu befriedigen.

Die deutsche Presse begeht eine Fälschung der historischen Wahrheit und ein Unrecht an dem Verstorbenen, wenn sie ihn hinstellt als vorgefaßten Todfeind der Deutschen. Niemals war er ein solcher. Ja nicht einmal ein Gegner der Linken. Sie war seine erste und letzte Liebe und auch wenn sie sich trotzig von ihm abwandte, die Zeit nicht verstehend, die Veränderung in den Verhältnissen nicht erfassend und außerstande, sich mit ihnen abzufinden, ward er ihr nicht böse.

Allerdings hatte er einen klaren Blick für Österreich, für die von diesem im Orient angebahnte Politik, für dessen nationale Zusammensetzung, für dessen Mission, für die Garantien dessen Bestandes und deshalb konnte er nicht wollen, daß es zum nicht gutzumachenden Schaden des Reiches und der Dynastie die ausschließliche Domäne der Selbstherrschaft, wir sagen nicht des deutschen Volkes, wir sagen einer herrschsüchtigen Partei dieses Volkes bleibe. Dieser Erkenntnis entsprangen seine Worte, die er in der ersten

Adreßdebatte seines Regimes gesprochen: »In Österreich darf niemand an die Wand gedrückt werden.«

Hier ist die Scheide, wo er mit der Linken auseinanderging.

Sobald von Österreich der Druck deutscher Suprematie genommen worden war, erlangten von selbst die anderssprachigen Elemente ihre Freiheit und es trat in deren Entwicklung natürlich ein rascheres Tempo ein. Die Linke, gewohnt, den ganzen Staatsmechanismus lediglich für ihre Parteizwecke in Anspruch zu nehmen, erblickte in jeder Etappe, sei es eine nationale, sei es eine kulturelle, sei es eine materielle, zu welcher die Böhmen oder Südslaven gelangt sind, obwohl dabei das Recht der Deutschen unberührt geblieben ist, eine Feindseligkeit gegen sie. Sie vermochte nicht, sich mit dem Gedanken zu befreunden, daß die Ausschließlichkeit ihrer Herrschaft für immer dahin ist.

Es wird ein unvergängliches Verdienst des Grafen Taaffe bleiben, daß er ihr ein Ende bereitet und daß er die Alternative widerlegt hat, nach welcher Österreich nur deutsch sein oder nicht sein könne. Allerdings hielt er auf dem Wege zur Emanzipation Österreichs von der deutschliberalen Autokratie inne an den Grenzen Mährens. Und auch in Böhmen retirierte er manchenorts vor dem germanischen Terror, wo ein Ausharren geboten war. Er retirierte vor ihm im Augenblick, wo er ihn am wenigsten zu fürchten hatte, und stärkte ihn anderseits im Augenblicke, da im Parlament und im Volke der Boden unter dessen Füßen zurückwich. Dank der Entschiedenheit und Unnachgiebigkeit des böhmischen Volkes, das lieber in die Opposition ging, als seine Zustimmung zu einem Ausgleiche zu geben, durch welchen es in seiner historischen Heimat auf die zweite Stufe herabgedrückt worden wäre, ist das Experiment des Grafen Taaffe, die Verhältnisse im Königreiche Böhmen zu regeln, ein Experiment und eine Warnung für jedes zukünftige Experiment geblieben.

Die böhmische Frage war nach seinem Sturze und ist nach seinem Tode ein ungelöstes, aber auch unabweisbares Problem der gesamten österreichischen Politik. Das böhmische Volk ist nicht wankend geworden in seinem Widerstande gegen Systeme, die da glaubten, man könnte es zurückstellen oder nach der Art des Jännerausgleiches vom Jahre 1890 abtun. In dem wieder aufgenommenen Kampfe gegen Wien ist unser Volk erstarkt, hat das Bewußtsein der Berechtigung seiner Postulate erlangt und hat in schlachtmäßiger Aufstellung seine Konzentration durchgeführt.

Welcher Minister immer einen wahrhaftigen, ehrlichen und dauerhaften Frieden mit unserem Volke wird schließen wollen, wird mit anderen Bedingungen kommen müssen, als diejenigen waren, welche Graf Taaffe geboten hat. Und vor allem muß er kommen mit einem Friedensantrage, der auch für Mähren und Schlesien gelten wird. Mähren ist heute der Kernpunkt, ist das primum necessarium der böhmischen Frage.

Im Lebensbuche Taaffes hat der Tod einen tiefen Strich gemacht. Die Bilanz dieses Buches weist manches wertvolle Aktivum, manche positive Post auf, aber auch zwei große Passiva: die böhmische Frage und die nationale Gerechtigkeit überhaupt und die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

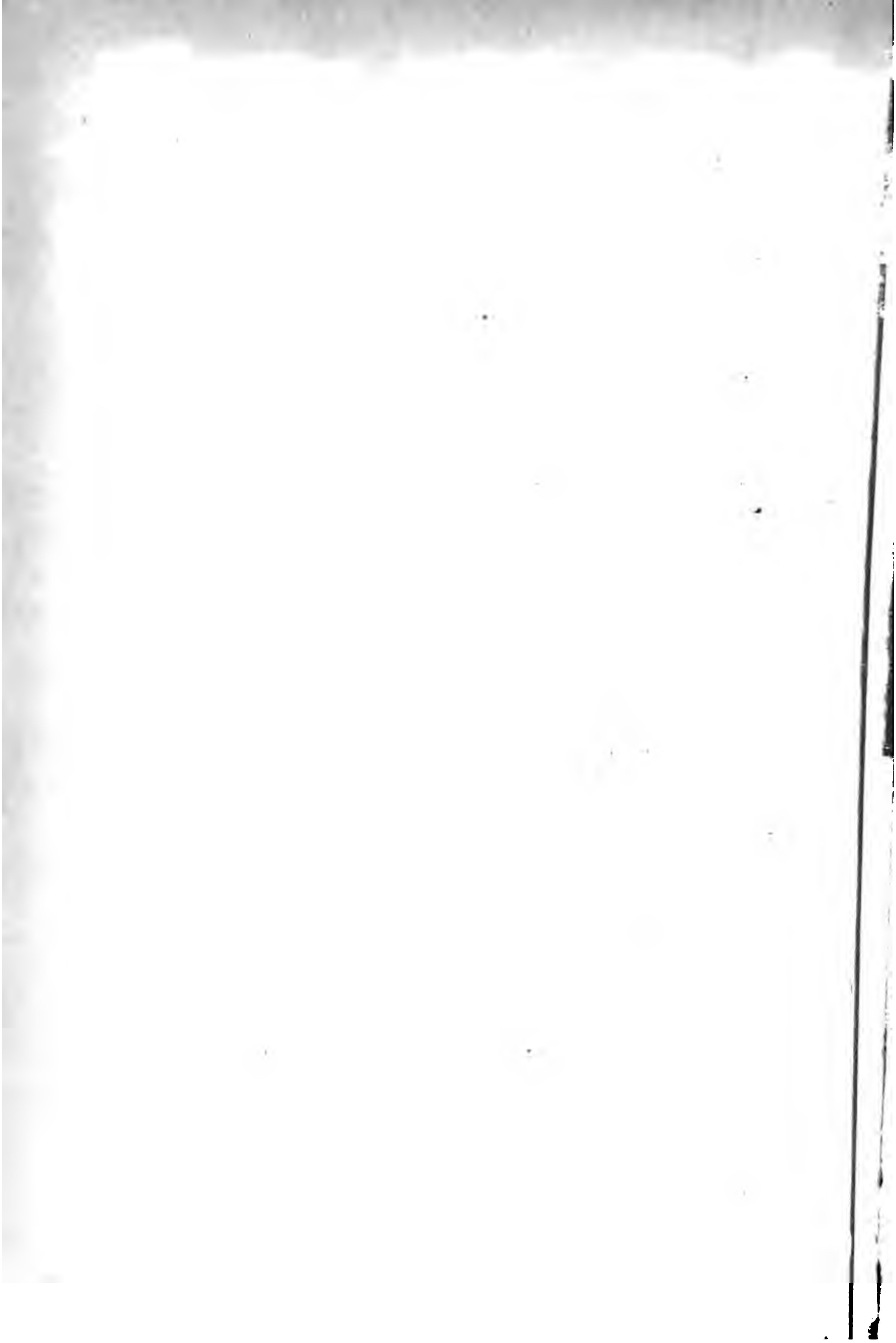
Es war ihm nicht vergönnt, in einer dieser beiden Fragen zu großen, ganze Völker, ganze Klassen befriedigenden und Österreich konsolidierenden Resultaten zu gelangen. Wieviel Schuld hieran auf ihn fällt, wieviel auf andere Faktoren, möge hier nicht entschieden werden. Doch muß anerkannt werden, daß er an den Motoren der modernen Gesellschaft, an dem nationalen und sozialen, nicht gleichgültig und leichtfertig vorüberging, daß er im Gegenteil an sie herantrat und deren Kraft zum Wohle des Ganzen übertragen und verwenden wollte. War er auch außerstande, so große Aufgaben zu lösen, den Reibungswiderstand und die ihn vermehrenden Hindernisse zu beseitigen, auch für ihn kann die Entschuldigung in Anspruch genommen werden: in magnis voluisse sat est. Alle, die nach ihm kommen werden, müssen den Faden anknüpfen, den er zu spinnen begonnen, müssen seine Fortsetzer werden. Vielleicht werden sie selbst dabei glücklicher sein, vielleicht werden die Verhältnisse günstiger sein, vielleicht wird die eiserne Notwendigkeit drängender sein.

Möge was immer geschehen: Graf Taaffe hat die böhmische Frage und die soziale Frage ungelöst zurückgelassen und das Reichsinteresse verlangt gebieterisch deren Lösung. Es kann keinen österreichischen Staatsmann geben, der diesem Gebote nicht folgen könnte.





Graf Eduard Taaffe



Gustav Eim.

Düsterer Ahnungen voll, kehrte er vom Begräbnisse Dr. Julius Grégrs zurück. Der Schmerz und der Gram über den Tod des Chefs, der ihm wie ein zweiter Vater war, waren grenzenlos. Fortwährend dachte er an ihn und an seinen eigenen Tod. »Sie werden sehen«, sagte er mir nach seiner Ankunft aus Prag, »jetzt bin ich an der Reihe.« Diese Ahnungen bestärkte noch der plötzliche Tod seiner Mutter, an der er mit zartester Liebe hing und welche auf ihren braven und berühmten Sohn stolz war. Als er — es sind heute gerade vier Wochen — Wien verließ, nahm er über alle Maßen gerührt Abschied. Mit einer Bestimmtheit, die keinen Widerspruch zuließ, sagte er resigniert: »Ich komme Ihnen nicht zurück — ich fühl' es.«

Seine trübe Ahnung ist leider in Erfüllung gegangen. Auf fremdem Boden hat er seine Seele ausgehaucht. Es war eine mens sana in corpore insano. Er hatte gegen Kränklichkeit und Krankheit mit größter Selbstüberwindung angekämpft nicht ein Jahr bloß, lange Jahre hindurch. Der Zweikampf endete mit dem Siege der Materie. Dort, wo die Hoffnung, die den Menschen bis zum Grabe nicht verläßt, unter sonnenbeschienenem Himmel südlichen Glanz suchte, hat ihn ewige Finsternis umfangen. Er hat ihr mit Anspannung seiner ganzen Potenz und seines Intellekts getrotzt. Jeden zollbreit Bodens mußte er ihr abringen und jede Minute erkaufen. Wer nicht Zeuge dieses Duells gewesen, vermag nicht zu glauben, wie heroisch es war und wie tragisch. Nicht sich selbst lebte er die Stunden und Augenblicke, die er glücklich gewonnen. Sich selbst war er immer der letzte. Frei von jeder Ambition, arm wie ein rechter böhmischer Journalist, rechtschaffen und ehrlich allen Verführungen gegenüber, hatte er nur den Fortschritt und das Interesse seines Volkes stets im Auge. Ihm widmete er sein ganzes

Leben, in dem es keine Ruhe und keine Rast gab, und seinen Rechten und der Stellung seiner Vertreter die letzten Monate seines Lebens. Noch ist die Zeit nicht gekommen, um darzulegen, inwiefern er teils an schon vollzogenen, teils an vorbereiteten Dingen teilnahm. Allein der Wahrheit und Wirklichkeit gemäß muß ich konstatieren, daß sie hauptsächlich sein Werk sind, daß sie das Ergebnis sind seiner stillen, aber intensiven Arbeit, seiner Sorge und Mühe und daß er in die Entwicklung und Wendung anfangs des Jahres 1897 am tatkräftigsten und ergiebigsten eingegriffen hat. Das neidische Schicksal hat ihm die Satisfaktion verweigert für die Unbillen, die er zu ertragen hatte, als der kaum in den harten Boden der österreichischen Politik gelegte Samen nicht gleich in volle Ähren aufschoß. Die Zukunft wird gerechter gegen ihn sein und auch erkenntlicher und wird nach seinem Verdienste auf seine Rechnung schreiben, was ihm zukommt.

Doch ich habe nicht zu schreiben über den Politiker unter dem beklemmenden Eindrucke der Nachricht, daß er uns für immer genommen und verloren ist, sondern nur über den Publizisten und Menschen, wie ich ihn gesehen und aus der Nähe erkannt habe während der fünfzehn Jahre unserer Mitarbeit, in der Intimität seiner geistigen Kraft und in der Reinheit seines guten, biederen und seltenen Charakters.

Er ist Dr. Julius Grégr nachgefolgt. Mit ihm war er nach Wien gekommen. Eine neue Ära war für die böhmische Politik und auch für die böhmische Journalistik herangebrochen. Man mußte das Feld, das entweder brach oder glatt war, bearbeiten. Die Parlamentsberichterstattung mußte Eim erst schaffen und einrichten. Er mußte von Grund aus anfangen. Wie die Gebäude in die Höhe und Breite wuchsen, dessen ist die heutige Generation gar nicht mehr eingedenk. Sie ist ja in eine Phase eingetreten, wo schon bequeme Straßen für sie von anderen hergestellt waren. Vor achtzehn Jahren gab es noch keine. Es gab keine Methode, kein System, keine stabilisierten Formen und Usancen, es gab kein journalistisch Böhmisch, es gab keine Beziehungen zwischen dem uns bis dahin fremden Parlament und unserer böhmischen Öffentlichkeit überhaupt. Nur allmählich wurde zwischen ihnen eine Brücke errichtet. Allein die Erbauer waren genötigt, Architekten und Handlanger zugleich zu sein. Es war dies eine harte Arbeit, die physisch und geistig erschöpfte. Eim stand bald im Vordergrunde. Für sein schwieriges Metier hatte er alle Eigenschaften mitgebracht: Tempera-

ment und Besonnenheit, sachliche Kenntnis, klaren und frischen Stil, technische Routine, riesige, jugendliche Arbeitskraft, Sinn für das Aktuelle, scharfes Beobachtungstalent, Erfassungsvermögen und Urteilskraft und obendrein noch die Kunst, interessant zu sein.

Als Arbeiter war er ein Journalist à la minute, wenn es nottat, eine politische oder parlamentarische Begebenheit von verschiedenen Gesichtspunkten und Seiten zu beleuchten, den momentanen Effekt festzuhalten und darzulegen und dann die Konsequenz des Ereignisses zu erfassen. Jeden Augenblick war er parat. Und nichts legt ein glänzenderes Zeugnis ab für seine Gewandtheit und Versiertheit, als das Faktum, daß er imstande war, unverzüglich über jede noch so weittragende Begebenheit ganze Artikel und Situationsbetrachtungen fehlerfrei zu diktieren.

Anderseits war er ein Essayist, der jedes Wort aufs sorgfältigste erwog, der seine Korrespondenzen aufs gewissenhafteste vorbereitete. Er entwarf sich deren Plan und deren Skelett und dann erst begann er sie mit einem Inhalte zu füllen. Der Terminus besagt: er war ein Baumeister.

Bald hatte Eim in der Presse und im Wiener Parlament den Ruf eines Berichterstatters, der zwei Vorzüge vereinigte: den eines informierten Referenten und eines ausgezeichneten Kommentators zeitgenössischer und verflossener Politik. Ihm war die Geschichte eine Lehrerin. Deshalb vertiefte er sich in das Studium der böhmischen Politik, dessen Ergebnis die Artikelserie »Von uns — für uns« ist, die Grundlage einer weitausgreifenden Monographie — und in das Studium der Geschichte Europas. Es gab in diesen Fächern kein großes Werk, das er nicht studiert hätte. Von dem Prinzip ausgehend, daß auch der genialste Publizist lesen und wieder lesen muß, daß er seine Bildung vervollkommnen muß und daß er die Werke der Denker und Geister aller Völker der Gegenwart kennen lernen muß, räumte er viel Zeit — zumeist bei Nacht — der Lektüre ein, so daß auf ihn die Worte angewandt werden könnten, die ein Römer von seinem befreundeten Literaten gesprochen: »Wann hat er Zeit, zu schreiben, da er so viel liest, und wann hat er Muße, zu lesen, da er so viel schreibt?«

Durch einige böhmische Blätter ging jüngst das Gerücht, er hätte ein Buch gegen das böhmische Staatsrecht fertig. Daß das Gerücht entstanden ist, überrascht nicht, daß es aber überhaupt geglaubt wurde, frappiert. Ich kann versichern, daß es vollkommen grundlos ist. Eim hinterläßt lediglich eine Studie über das Wahlrecht

in die Landtage und Material zu einer politischen Biographie Crispis in der Art seiner Nekrologe über Bismarck, Andrássy und Taaffe, welche den Namen einer einheitlichen Publikation verdienen.

Was Eim hinterlassen, würde eine ganze Bibliothek ausfüllen. Vieles davon hat das Tagesinteresse überlebt. Der politische Historiker, dem die Aufgabe zufallen wird, ein pragmatisches Bild der Bestrebungen unseres Volkes vom Beginn konstitutioneller Zustände zu entwerfen, wird aus ihnen Kenntnis schöpfen können über die Strömungen, durch welche die Resultante in der Entwicklung der böhmischen Frage seit jenem Augenblicke bestimmt wurde, als die Wege der passiven Opposition verlassen worden sind, bis zum System des Grafen Badeni. Eben weil Eim auf Grund eigener Beobachtung, eigener Erfahrung und reeller Tatsachen schrieb, allerdings unter steter Berücksichtigung der Interessen seines Vaterlandes und Volkes, aber auch die Augen nicht verschließend vor den Fehlern und Mängeln der Heimat. Er gehörte nicht jener Schule an, welche die Gegner als kleine Geister hinstellte und den Piedestal für böhmische Personen erhöhte. Er hatte ein angeborenes Verständnis für politische Dynamik und hatte gelernt, die Diagnose der Schwächen unseres nationalen Körpers zu stellen. Denn er wußte, Politik heißt: die fremde, aber auch die eigene Stärke richtig zu messen, jene nicht zu unterschätzen, diese nicht zu überschätzen. Das war sein Kredo. Er glaubte an die bessere Zukunft unseres Volkes, für welche er in Schrift und Wort kämpfte. Noch sah er den Schimmer einer erfreulicheren Zeit und bei dessen beglückendem Anblick reiste er, mit höher klopfendem Herzen und mit dem Bewußtsein ehrlich vollbrachter Arbeit, nach dem Süden.

Zwei böhmische Bezirke haben ihn vor sechs Jahren zu ihrem Abgeordneten erhoben. Die Wahl zwischen beiden war ihm schwer. Er war ein gewissenhafter Vertreter dessen, für den er sich entschieden, aber auch die Hingabe seiner Wähler war beispiellos. Ich war deren Zeuge einigemal. Niemals erschien sie in schönerem Lichte als am 17. September in Leitomischl, wo er seine letzte öffentliche politische Rede hielt. Einige Tage darauf war er in Böhmisch-Trübau, vorher in Polička, welches anläßlich der Eröffnung der Bahn nach Zwittau Festgewand angelegt hatte. Da und dort wurden ihm herzliche Ovationen bereitet. Ebenso in Chotěboř, Hlinsko und Skuč, wo er im April weilte und sprach. Überall begleiteten ihn begeisterte Zurufe und unbeschreibliche Herzlichkeit. In diesem Kreise wird er unvergeßlich bleiben.

Ein französischer Politiker hat seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß derjenige, der in der Loge der parlamentarischen Berichterstatter ein Jahr gesessen, den Stuhl eines Abgeordneten einzunehmen die Eignung hätte, keineswegs jedoch vice versa. Eim beobachtete das Ringen der Parteien von seinem Platze oben unter den Referenten des Abgeordnetenhauses zwölf Jahre lang. Als er hinabgestiegen unter die Gesetzgeber, blieb er, was er gewesen: der Journalist. Ein glänzenderes Plaidoyer für Preßfreiheit ist dort nicht gehört worden als jene brillante Kritik, mit der er die Preßnovelle des Marquis Bacquehem und des Grafen Schönborn begleitete (1894).

Schon im Jahre 1892 debütierte er mit einer zweistündigen Rede über die Valutareform. Er hatte sich in einen ihm fern liegenden Gegenstand mit solcher Gründlichkeit vertieft und eingelebt, daß er die Bewunderung aller Fachmänner erweckte. In demselben Jahre trat die böhmische Opposition in die in Budapest tagenden Delegationen ein. In den Budgetausschuß gewählt, mußte er daselbst ganz allein den Standpunkt der böhmischen Abgeordneten zur auswärtigen, zur Heeres- und zur bosnischen Politik vertreten und im Plenum den Dreibund vom böhmischen und österreichischen Gesichtspunkte aus beurteilen. Er hat damals die ihm übertragene Rolle aufs glänzendste ausgeführt. Insbesondere seine Ausführungen über die historische Unverläßlichkeit und Rivalität Preußens und Deutschlands gegenüber unserer Monarchie werden ein unerreichbares Vorbild bleiben.

So wie anderwärts, so mußte er auch hier zuerst den Weg ebnen. Die Arbeit war keine leichte. Das Terrain war neu und ungangbar. Man mußte durch lauter Dornenbüsche und Gestrüpp der Ungunst und Gegnerschaft gegenüber den böhmischen Rednern durchdringen. Eim, noch ein Rekonvaleszent und uneingeschüchtert durch die Gefahr einer Rezidive, arbeitete bis zum Umfallen. Wir hatten einmal volle zwölf Stunden gesessen. Mir war vor Ermüdung die Feder schon aus der Hand gefallen, er ergriff sie und schrieb weiter.

Im folgenden Jahre, nach einer Rezidive, sagte er in einer geharnischten Rede gegen den Ausnahmszustand in Prag Graf Taaffe dessen Sturz voraus. Es vergingen keine zwei Wochen und er trat ein. Am 25. März 1895 prophezeite er dem Kabinett Windischgrätz den Sturz, dessen Politik er einer detaillierten und vernichtenden Kritik unterzog.

An seinen Parlamentsreden wurde eines beanstandet: daß er sie vorbereite. Er machte kein Hehl daraus. Hatte auch keinen Grund dazu. Was als Nachteil erschien, war ein Vorteil. Denn er wollte nicht bloß reden, sondern auch etwas sagen. Bei der Vorbereitung seiner Artikel und Reden ging er durchaus seriös vor. Er verließ sich nicht auf die Inspiration des Augenblickes, sondern bedachte wohl, was er zu sagen beabsichtigte. Des Feuers, der Frische und der Unmittelbarkeit entbehrten deshalb seine oratorischen Leistungen nicht. Deshalb hörte ihn jedesmal das ganze Haus mit Interesse und Spannung an; wußte es doch, daß er niemals banal und leichtfertig, sondern immer, in Schrift wie in Wort, interessant und immer böhmisch und freisinnig zugleich ist.

Diejenigen waren im Irrtum, die glaubten, er wäre kein Redner der Improvisation. Die haben ihn eben in diesem Element nicht erkannt, wo er sich frei mit Erfolg und gleich gewandt ebenso bewegte wie vorbereitet, und danach urteilten sie. Wer ihn aber aus dem Stegreif reden gehört, war anderer Meinung.

Ihm wurde der Titel eines unhonorierten böhmischen Konsuls in Wien verliehen. Es war dies das ehrenvollste Prädikat. Er führte die ständige Prokura böhmischer Interessen und seine Klientel war zahllos. Nicht allein die Böhmen, auch die Slovaken, Slovenen, Kroaten, Serben und Russen betrauten ihn mit der Vertretung ihrer Anliegen. Er war allen Fürbitter, Protektor und oft Helfer und Wohltäter. In einem Sinn hatte er ein schwaches Herz: er vermochte niemandem etwas abzuschlagen. Wer immer an ihn appellierte, konnte sicher sein, in ihm einen Verteidiger und Unterstützer zu finden. Selbst arm, gab er manchmal von dem Wenigen, das er besaß, den letzten Groschen her.

Man sagt, die Politik sei ein rauhes Gewerbe, bei welchem die Gefühle verrohen, der Charakter verdirbt. Sein goldenes Herz ist in der politischen Esse nicht zu einem gefühllosen Klumpen geworden. Von Humanität sprach er niemals, übte sie jedoch immer. Seine Frau hat mit ihm alles verloren: ihre Stütze und ihren Stolz. Mit antiker Beherztheit und mit der Ergebenheit einer Heiligen harrte sie bei ihm aus bis zum letzten Atemzuge. Von ihren Lippen hörte er den letzten Klang der teuren Muttersprache, in weiter Ferne die müden Augen für immer schließend.

W i e n, Montag 8. Februar 1897.

Graf Badeni.

I.

Im Anfang war das Bankett.

Nicht aus dem Amtsblatte, aus einem Rapport der Polizeikorrespondenz, welche den Wiener Tagesblättern zugestellt wird, hat die Öffentlichkeit Verläßliches über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts erfahren.

Am vorletzten Septembersamstage des Jahre 1895 hat Graf Kazimir Badeni seinen künftigen Kollegen in einem Seitensaale der Restauration in der Nähe des Westbahnhofes, wo sich die Generaldirektion der Staatsbahnen befand, deren Präsident Dr. Bilinski war, eine Soirée veranstaltet. Durch die Prahlsucht des Gastwirtes ist dieser erste Ministerrat des noch nicht ernannten Kabinetts verraten worden. Die Reklamehascherei ist dem Kostgeber der seltenen Besucher verziehen worden, der Redakteur der erwähnten Offizin hat jedoch seine Indiskretion büßen müssen.

Diese Reminiszenz nur als kleiner Beitrag zur Genesis der Badenischen Regierung.

Die Publikation ihrer Ernennung in der »Wiener Zeitung« am 2. Oktober war somit eine erwartete Überraschung.

Graf Badeni galt als Mann der Zukunft schon lange. Er hieß nicht bloß ein solcher, er war es auch; nur einen Rivalen hatte er: Graf Franz Thun. Allein bloß bis zum Jahre 1893. In dem Augenblicke, in dem dieser nach Wien Estafetten schickte, er habe der Dynastie und der Monarchie das böhmische Volk gerettet, und als er, nachdem er den Ausnahmszustand beantragt und erzwungen hatte, auf dem Gipfel seiner Macht zu sein wähnte, hat in Wirklichkeit sein Stern bereits den Zenit überschritten. Seinen Anverwandten war dies kein Geheimnis.

An die Spitze einer Koalition zu treten, die sich gegen die Wahlreform Dr. Steinbachs, genannt Taaffes, zusammengerottet hatte, welche unter Mitwirkung Erzherzog Albrechts ausgearbeitet und vom Monarchen unterstützt war, weigerte sich der galizische Statthalter aus vielen Gründen. Er glaubte nicht an die lange Dauer des Bundes der »großen« Parteien. Das Kommando des Vaters der Koalition, des Grafen Hohenwart, war für ihn, den bedeutend Jüngeren, keinesfalls verlockend. Bei seinen Beziehungen zur Umgebung des Monarchen waren ihm die Dispositionen dieses gegenüber den Hauptmachern und Repräsentanten der innerösterreichischen Tripelallianz nicht unbekannt. Gewiß hatte er erfahren, daß an höchster Stelle nach dem Sturze des Grafen Taaffe dem Grafen Hohenwart nachdrücklich die Pflichten des Siegers zu Gemüte geführt wurden und daß dieser bittere Worte hörte, als er durch Alter seine Weigerung entschuldigte, Nachfolger desjenigen zu werden, den er zu stürzen geholfen hat. Es hat überhaupt seit dem Beginne der Verfassungsmäßigkeit kein Kabinett gegeben, das sich so geringer Gunst der Krone erfreut hatte, wie das Regime Pleners. Trotzdem kreuzte Graf Badeni die Pläne der polnischen Führer nicht. Er assistierte sogar tätig beim Aufbau des Systems der »unpolitischen Politik«. Er benahm sich wie der Schenkwirt, der den Bierhansel zwar macht, ihn selbst aber nicht trinkt. Er kehrte nach Lemberg zurück und wartete bessere Zeiten ab.

Sie kamen bald. Noch waren zwei Jahre nicht verflossen und die stolze working majority war zerstoben, einen elenden Torso des Strafgesetzes, eine unfertige Steuerreform, einen nicht fertiggestellten Zivilprozeß und einen noch nicht in Angriff genommenen Staatsvoranschlag hinterlassend. Oben war ihr Los entschieden, als in der denkwürdigen Konferenz unter Vorsitz des Kaisers gegen dessen Intentionen der Antrag Pleners durchging, es möge das Budget zurückgestellt werden, es möge ein drittes Steuerprovisorium für Mai und Juni angesucht werden und es möge der ganze Komplex der Steuergesetze zu Ende beraten werden. Das Protokoll über diese Ordre de bataille ist ein überaus interessantes Schriftstück. Schade, daß es im geheimen Archiv ruht. Aus dessen Einzelheiten würden Strahlen fallen, welche die Position der einzelnen Teilnehmer auf das drastischeste beleuchten. Vielleicht würde es sich auch herausstellen, daß einige sogar zwei Standpunkte hatten. Der Sturz unten war imminent. In dieser Situation bewährte der alte Hohenwart eine wahrhaft brillante diplomatische

Gewandtheit. Vom Grafen Kuenburg spreche ich nicht. Er war der nominelle Führer, der Figurant. Ihm beizukommen, war keine Kunst. Allein nicht bloß der Legationsrat i. P. Plener, sondern auch der kluge, nach allen Seiten vorsichtige Freiherr von Chlumecky hat nicht erkannt, daß Hohenwart, gleichwie er sie nach seinem Willen in die Koalition hineingedrängt hat, er sie auch nach seinem Vorteil hinausgedrängt hat. Er sah, daß deren Tod unabwendbar sei. Ihm jedoch, deren Begründer und moralischen Urheber, konnte es nicht gleichgültig sein, wie das Ende sein werde. Er bestimmte dessen Art — spielend, sicher, souverän. Ohne Eklat, mit kühler und apodiktischer Berechnung der Effekte. Die Linke in ihrer nationalen Verblendung, in ihrer Leidenschaftlichkeit und in ihrer stumpfen Furcht vor den Deutschradikalen, die sie jeden Bedachtes und jeder Übersicht beraubte, unterwarf sich mechanisch seinem Plane.

Die Koalition war für sie gegründet worden. Für die Erhaltung ihres physischen Besitzstandes und des letzten Abglanzes ihrer moralischen Bedeutung. Sie war sich nicht bewußt der eigenen Verkommenheit und erfaßte nicht, daß der Anteil an der Regierung mehr ist als das Maximum für eine Partei, deren Schwindsucht eine galoppierende war. Sie verstand es nicht, an der Seite der Polen und Konservativen sich national zu vertragen, sich zu bescheiden, sich zu ducken, wie es Leuten im Ausgedinge geziemt. Sie wollte sich strecken und recken und stürzte das Dach über ihrem eigenen Haupte ein. Ihr Interesse war es, daß das Asyl nicht zusammenbreche, in welchem sie mit Hohenwarts Hilfe untergebracht worden war. Und wenn es ein Fehler gewesen, es zu betreten, so war es ein noch größerer, es niederzureißen.

Bei der Wahlreform im Ausschusse, deren Entwurf mit zwei Subkurien für die kleinen Steuerzahler und für qualifizierte Arbeiter im Namen des Subkomités Dr. Rutowski ihm unterbreitete, wäre die Katastrophe mit der Vehemenz des Zusammenstoßes zweier Züge erfolgt, die auf demselben Gleis gegeneinander dampfen.

Das wollte Graf Hohenwart verhindern. Er fühlte, daß es sein Interesse erheischt, daß die Koalition, sein Werk, nicht zugrunde gehe durch die »wichtigste und erste Aufgabe«, für welche sie formiert worden war, durch die Wahlreform. Mit meisterhafter Geschicklichkeit, so daß es die Rivalen gar nicht merkten, entfernte er diese causam litis und dirigierte die feindseligen Armeen, welche vereinte Armeen sein sollten, gegeneinander, zu einer Schlacht anderswohin: um die Kleinigkeit der Cillier Post. Der

Zusammenstoß erfolgte am 12. Juni im Budgetausschusse. Die deutsche Linke, besiegt, kündigte den Dienst dem Fürsten Windischgrätz noch am selben Abend. Sein Kabinett wurde — nach einer Woche formell — entlassen. So rasch und so ruhmlos, daß man es nicht einmal mehr ins Parlament um das Budget pro 1895 schickte, das man der zurücktretenden Regierung bewilligt hätte.

Graf Erich Kielmansegg war nur der Verkünder des Kommens des Grafen Badeni. Er hat es selbst beschleunigt. Er setzte dem Monarchen auseinander, daß das provisorische Kabinett in Sachen der Erneuerung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches mit der ungarischen Regierung meritorisch nicht verhandeln könne. So geschah es, daß in Ischl am 18. August der Chef der galizischen Landesregierung mit der Aufgabe betraut wurde, ein definitives Ministerium zusammenzustellen mit einem präzisen politischen und Arbeitsprogramm.

Er hatte nicht völlig freie Wahl. Schon am 6. Juni, am Tage der Eröffnung der Delegationen, hat Graf Hohenwart, deren Mitglied, nach einem Gespräche mit Freiherrn von Gautsch, der gleichfalls in sie entsendet worden war, mir mitgeteilt, dieser werde wieder Unterrichtsminister werden — freilich mit einer anderen Direktive und mit anderer Gesinnung als das erstemal.

Es war dies ein Wunsch des Monarchen. Desgleichen wurde dem Grafen Badeni nahegelegt, er möge einen Vertreter des konservativen Großgrundbesitzes aus dem Königreiche Böhmen kooptieren. Diesem Winke kam er um so bereitwilliger nach, als er mit seinem Entschlusse harmonierte, bei den Torries in Böhmen die Verdrossenheit zu verscheuchen, die sie an den Tag legten, als sie erfahren hatten, daß nach dem Prinzen Alfred Windischgrätz nicht wiederum ihr Parteigänger an die Spitze des Staates gestellt worden st, und mit ihnen in guten Beziehungen zu sein; auf der Fahrt zum Grafen Thun nach Bubenč entschied er sich für den Grafen Ledebur, in der Meinung, daß sein Ausspruch von der jeunesse dangereuse auf der anderen Seite aufgewogen sei durch seine schroffe Gegnerschaft zu den ehemaligen Deutschliberalen in Böhmen. Noch mehr aber waren seine Hände gebunden, als das Projekt, ein selbständiges Eisenbahnministerium zu errichten, realisiert und für dieses Ressort der Stellvertreter des Chefs im Generalstabe, Feldmarschalleutnant Guttenberg delegiert wurde, der sich im Kabinett neben dem Grafen Welsersheimb lediglich als der Gesandte der gemeinsamen Armee gerierte.

Es blieben nur noch drei Portefeuilles. In bezug auf diese erhielt er als Vademekum die allgemeine und prinzipielle Parole: aus den Reihen der Abgeordneten darf kein Minister genommen werden. Mit dem Abgeordnetenhause überhaupt in keiner Verbindung zu sein, unabhängig zu bleiben von dessen Teilen, sich über sie erheben zu können und womöglich sie zu bevormunden und sie dem Kommando und der Führung des Ministeriums zu unterwerfen, so lautete die dem Grafen Badeni gegebene Weisung und so war auch sein eigenes Ideal beschaffen. Wenigstens war er Feuer und Flamme dafür, nicht als wäre es ihm eingegeben worden, sondern als hätte er sich es selbst erkoren.

Daß die Koalition für lange Zeit hinaus der letzte Versuch einer parlamentarischen Regierung ist, hat der Kaiser selbst erklärt. Baron Chlumecky sagte er am Tage des Rücktrittes des Kabinetts Windischgrätz, die Linke hätte ihre Minister gestürzt, von Schmerling bis Wurmbrand, und so am meisten die Überzeugung von der Notwendigkeit eines nichtparlamentarischen Ministeriums befestigt. Eines nichtparlamentarischen im engeren Sinne: sofern es sich um das gewählte Haus handelt. Denn aus dem Kabinett Badeni gehörten dem Senat vier Minister an; den Ackerbauminister ausgenommen, sind alle aus dem Staatsdienste gekommen. Freilich hat Rittner und Bilinski heuer ein Mandat angenommen. Dieses ist ihnen jedoch nur eine Versicherungspolizze für die Zukunft und der Finanzminister hat sich hierdurch nur die Chance garantiert, Führer des Polenklubs zu werden, wenn er die schönen Säle des Prinz Eugenpalastes verlassen sollte.

Graf Badeni hat nicht gut daran getan, daß er Dr. Bilinski aus einem Berufe herausgerissen, in welchem er seit dem 7. Jänner 1892 wirkte, in den er sich mit großer Schnelligkeit hineingearbeitet hat und mit dem er zusammengewachsen war, und ihn zum Schatzkanzler gemacht hat. Nicht etwa deshalb, daß der Fortsetzer Czediks für diese Dignität ungeeignet wäre, im Gegenteil: Bilinski war ein Finanzmann ex professo und die Hoffnung war begründet, daß der Theoretiker und Professor ein ausgezeichneter Praktiker werden wird sowie es der Theoretiker und Professor Julian Dunajewski geworden. Er ist ein rastloser Arbeiter und seine Gewissenhaftigkeit musterhaft. Bei seinen vielseitigen Kenntnissen und Erfahrungen wäre er für jedes Kabinett eine vorzügliche Akquisition. Begreiflich erschien auch das Bestreben des Premiers, eines Neulings auf dem Wiener Boden und eines Mannes, der zur

Arbeit mit ihm bisher völlig Fremden berufen war, einen »Spezialfreund« zu haben, wie Graf Taaffe einen solchen in Dunajewski hatte, obendrein einen Konnationalen, der auf dem parlamentarischen Boden auftreten konnte und aus Autopsie die dort einander bekämpfenden Strömungen kannte, wenn er ihm auch nicht die Rolle zubilligte, die Seele des Kabinetts zu sein, die unstreitig Dunajewski im Kabinett Taaffe volle zehn Jahre gewesen ist.

Allein das Finanzportefeuille gehört zu den eminent politischen. Und nach der Tradition, die aus der Ära Dunajewski nach dessen Konflikt mit Baron Pino, der letal für diesen ausging, Platz gegriffen hat, darf keine Ausgabe ohne Zustimmung des Finanzministers gemacht werden. Dieser hat somit eine Ingerenz auf alle Zweige der staatlichen Administration und ist Kassier, zu dem man ums Geld zweimal gehen muß: das einemal, damit er es bewillige, das zweitemal, damit er es hergebe. Der Finanzminister hat somit, wie ersichtlich, eine Kompetenz, die sich auf alle Ressorts erstreckt und daher gewissermaßen eine höhere Position.

Als Graf Badeni mit Bilinski die Regierung antrat, war Graf Goluchowski schon viereinhalb Monate im Amte und Dr. Rittner war bereits designierter Minister für Galizien. So hatten vier Polen zusammen gleichzeitig sechs Portefeuilles, die wichtigsten und bedeutendsten, und nicht bloß in Deutschland und Rußland, auch in Österreich, und zwar nicht bloß im deutschen Lager sprach man neidisch von polnischer Präponderanz und von polnischem Import. Auf den Anfang der Reise des Grafen Badeni war das keine besonders angenehme Begleitung. Er fand einen bereits schon fertigen Eindruck vor, und wenn er auch nicht offenkundig feindselig war, im geheimen war er es. Im späteren Stadium schlossen sich noch der Rivalität zu allem Überflusse Unterröcke an. Es war ein Vorurteil da und eine Mißgunst und die sind oft ärger als der Haß. Graf Badeni begegnete ihnen allerorten und vermochte sie nirgends zu bannen.

Es wäre für ihn von Vorteil gewesen, wenn er Dr. Bilinski nicht aus seiner Sphäre herausgerissen, sondern dessen Ernennung zum ersten Eisenbahnminister erwirkt hätte.

Graf Badeni war eine weiche, sensitive Natur, überhaupt ein Impressionist, ein der momentanen Wirkung unterliegender Mensch und Politiker. Deshalb empfindsam und auch unstet. Es fehlte ihm die angeborne Dickhäutigkeit und Härte, welche für einen Staatsmann willkommene Requisiten sind. Er verstand es nicht, den

Übergang oder den Sprung von rechts nach links und umgekehrt zu maskieren und der Zickzack seines Ganges macht scharfe Winkel dort, wo ein anderer in einer abgerundeten Linie umdrehen würde. Auch aus dem Grunde, daß er nicht jene Dosis von Phlegma und Rücksichtslosigkeit besaß, durch welche Graf Taaffe hervorragte, und lieber sich als andere kompromittierte. Die Mittel aus dem Arsenal des Herrn von Ellischau, dessen Dauphin und Favorit er war, wendete er nur selten an. Er war seriöser, aufrichtiger, gerader — lauter Eigenschaften das, die im bürgerlichen Leben als Vorzüge gelten, in der Politik jedoch, wo man schon einen gehörigen Teil von Inkonsequenz und Falschheit verträgt, wenn sie nur zum Erfolge führen, manchmal zu Fehlern werden.

Graf Badeni war auch leichtsinnig, allein nicht im schlechten Sinne des Wortes: nur leichtgläubig, nicht leichtfertig. Ein Optimist, dessen Sanguinismus durch keine Enttäuschung verringert, geschweige denn vernichtet worden ist. Seine Entschiedenheit war nicht der Ausfluß des Charakters, sondern der Gewissenhaftigkeit, des Sinnes für eiserne Notwendigkeit und des Gefühles, das sich während einer vieljährigen bureaukratischen Karrière für die Gebote der Pflicht zu übernommenen oder auferlegten Aufgaben entwickelte. Aus Galizien her hatte er den Ruf eines guten Administrators. Mit den Zentralbehörden kam er immer gut aus. Nur einmal hatte er einen Konflikt mit dem Grafen Taaffe — in der Cholerazeit. Eigentlich nicht mit Graf Taaffe, sondern mit dessen erstem Sektionschef, dem Freiherrn von Erb, dessen Diktatur er sich nicht unterwerfen wollte und der in den Ruhestand trat, kaum daß sich Graf Badeni auf dem Judenplatze einquartiert hatte. Diesen seinen Ruf hat er in Wien bald bekräftigt. Niemals ist im Ministerium des Innern so gearbeitet worden wie unter ihm. Graf Taaffe pflegte seine Referenten kaum den einen oder den anderen Samstag zu sehen. Faktischer Minister war Baron Erb. Dieser unverbesserliche Zentralist, Slavenfeind und Helfershelfer der Deutschen, mißbrauchte seine Macht mit der ganzen Willkür eines unverantwortlichen Grandseigneurs. Unter Graf Badeni war es ganz anders. Die Referenten reichten einander die Tür, und wo ein Restant war, wurde er erledigt.

Der Wunsch, sich gründlichst und allseitig zu informieren, war bei ihm stark. Deshalb verkehrte er gern mit Abgeordneten verschiedener Richtung und suchte Journalisten aller politischen Schattierungen auf. Der Wiener Boden war ihm nicht bloß fremd, sondern auch glatt. Galizien kannte er; das verstand er nach landes-

üblicher Art und Weise zu verwalten. Aber alles, was westlich von Krakau lag, war für ihn terra incognita. Was sich da ohne Widerhall in dem ihm anvertrauten politischen Gebiete zugetragen, beurteilte er nur aus der Ferne mit den getrübten Augengläsern der galizischen Presse und mit den noch getrübteren Augengläsern der Wiener Presse oder erfuhr es aus zweiter Hand vom Bruder Stanislaus, der in Wien heimischer war, den parlamentarischen und politischen Wirren näher stand, der mit Persönlichkeiten bekannt war, der ein scharfer Beobachter, ein talentierter Unterhändler und auch ein gewandter Redner ist, der ihm den Weg ebnete und freimachte und der ihm die Atmosphäre vorbereitete.

II.

Wiewohl er seine erste Reise nach Prag zum Grafen Franz Thun gemacht und das Ackerbauportefeuille dem Grafen Lebedur vergeben hatte, war doch die Stimmung des konservativen Adels Graf Badeni gegenüber eisig kalt. Alle zwischen ihm und dem Statthalter in Böhmen getauschten Komplimente konnten den aufmerksamen Beobachter darüber nicht täuschen, daß der historische Adel den Willen und die Wahl des Monarchen zwar respektierte, den gewählten Premier jedoch mit nur schwer verhaltener Aversion behandelte. Diese Aristokratie drückte wohl die Rechte, die er ihr reichte, von dem Wunsche beseelt, mit ihm in Freundschaft zu leben, aber in ihrem Herzen hegte sie für ihn nur unfreundliche Gefühle. Darin trat auch keine Besserung ein, als Prinz Karl Schwarzenberg am Vorabende einer neuen Kampagne des Grafen Badeni sein Reichsratsmandat niedergelegt hatte. Die Motive dieser Resignation waren durchaus unpolitisch, sondern waren familiärer Natur. Der Vater und die Gemahlin wollten ihn in ihrer Nähe haben. Sein Austritt aus dem Parlament war für die Absichten des Chefs der neuen Regierung sehr willkommen. Nicht bloß aus verwandtschaftlicher Zuneigung für den Grafen Thun, sondern auch durchdrungen vom Bewußtsein und von den Prätensionen seines Standes und Geschlechtes, teilte der Prinz deren Verdrossenheit und Unwillen ob der Entscheidung, durch welche der polnische Statthalter und Aristokrat dem böhmischen vorgezogen worden ist. In der Großgrundbesitzergruppe besaß der Prinz, wenngleich er das gesetzliche Minimalalter für die Wählbarkeit kaum überschritten hatte, mehr Macht als der alte Graf Deym oder Graf Palffy. Durch

seine Vergangenheit und seine Ansichten war er schließlich ein Hindernis der Annäherung des Adels und der böhmischen Volksabgeordneten, welche in den Intentionen sowohl dieses Adels wie in jenen des Grafen Badeni gelegen war. Dieser hatte seine guten Dispositionen jenem gegenüber durch die strikteste Neutralität in Sachen des Kompromisses zwischen beiden Flügeln der Großgrundbesitzer, dem liberal deutschen und dem konservativen, trotz Drängens einer, das Zustandekommen des Kompromisses befürwortenden konservativen Gruppe dokumentiert.

Vom Schachbrett war die im Wege stehende Figur zwar beseitigt worden, allein eine Annäherung zwischen Graf Badeni und Graf Thun ist nicht eingetreten. Im Gegenteile: eine Entfremdung.

Es war von vornherein offenbar, daß zwei so markante und selbständige, dazu noch autokratische, ja diktatorische Naturen, als welche sich diese beiden Aristokraten und Bureaukraten in ihrer Aktivität präsentierten, nebeneinander sich nicht vertragen werden.

In den letzten Jahren des Regimes Taaffe, noch mehr jedoch unter dem schwachen Prinzen Windischgrätz machte Graf Thun in Böhmen seine eigene Politik. Ohne den Vorwurf zu befürchten, ein Amtsgeheimnis verraten zu haben, rühmte er sich in offener Sitzung des böhmischen Landtages, daß der Ausnahmszustand (1893—1896) auf seine Anregung verhängt worden ist und daß somit die Wiener Regierung lediglich die Vollstreckerin seines Willens gewesen war.

Es muß anerkannt werden, daß Graf Thun in bezug auf die Unhaltbarkeit seiner Position dem Chef gegenüber, der bei Antritt seines Amtes den versammelten Beamten des Ministeriums des Innern nachdrücklich erklärt hat, Politik machen wolle und werde nur er, und solchermaßen eine auch nach Prag adressierte Warnung ausgesprochen, sich von allem Anfang an bewußt war und daß er nicht zögerte, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Er reichte seine Demission ein.

Graf Badeni und Graf Thun — sie haben beide große Fehler begangen. Graf Badeni dadurch, daß er sie nicht sofort annahm, Graf Thun dadurch, daß er nicht fest darauf beharrte. Graf Badeni dadurch, daß er Graf Thun, den stolzen Grandseigneur, der Wien kommandiert und noch im Herbste 1893 sich der Täuschung hingegeben hatte, die böhmische Opposition niederringen zu können, zu einer offenen Erklärung erniedrigt hat, er wolle seine (Badenis) Befehle

durchführen, und zur Bereitwilligkeitserklärung, mit dieser böhmischen Opposition zu arbeiten, sich mit ihr zu versöhnen und zu vertragen. Graf Thun dadurch, daß er, seine freiwillige Unterordnung den Befehlen aus Wien vorschützend, den Verdacht geweckt hat, als würde er nicht zögern, sein Verbleiben im Amte durch eine Selbstverleugnung zu erkaufen, die keine Heldentat, sondern eine Schwäche war, begangen lediglich zu dem Zwecke, um ein Stück Boden zu haben, von dem aus er weiter operieren, Revanche üben und seine Erhöhung vorbereiten könnte. In dem Duell, das zwischen Prag und Wien stattfand, war Graf Thun in einer ungünstigeren Lage. Er hat sich sie selbst bereitet. Entweder sollte er entschlossen sofort zurücktreten und sich für die Zukunft konservieren oder er sollte sich gleich unterwerfen und das Los ertragen, auf einen bloßen Administrativbeamten herabgedrückt zu sein. Zu einer solchen Energie aufzuraffen hat er sich jedoch nicht vermocht. Er hat sich unterworfen und war fortwährend im Fortgehen begriffen. Von der ersten Demission zur dritten sank er. Zuletzt erwies er Graf Badeni unwillkürlich einen Gefallen: er versetzte ihn in die willkommene Zwangslage, seinem Entlassungsgesuche entsprechen zu müssen, ohne auf sich das Odium zu laden, ihn abgestoßen zu haben. Allen Vorwürfen konnte er mit dem Einwande begegnen, dem Grafen Thun seinen einigemal wiederholten Willen getan zu haben.

Graf Badeni kannte die Seele des böhmischen Volkes nicht, wenn er von ihm erwarten konnte, es werde mit Graf Thun wieder gut werden. Er glaubte nämlich, in der Politik dürfte es weder eine ewige Freundschaft noch eine ewige Feindschaft geben, und verließ sich darauf, daß, gerade so wie Graf Thun ein ein anderer werden wollte, das heißt ein solcher, wie man in Wien wünschen würde, anderseits auch das böhmische Volk zu ihm ein anderes werden wird. Bis zum letzten Augenblick glaubte er an die Möglichkeit ihres Zusammenlebens und Zusammenwirkens und reagierte auf gegenteilige Kundgebungen der böhmischen Abgeordneten, die das Gefühlsmoment hervorhoben, mit den Worten: »Mit Psychologie macht man keine Politik.« Erst nachdem in der Budgetdebatte von böhmischer Seite eine jeden Zweifel ausschließende Erklärung erfolgt war, erkannte er, daß Graf Thun aus dem Wege geräumt werden müsse, der zum böhmischen Volke führen sollte, und daß auch an ihm das Schicksal sich erfüllen müsse, das alle Statthalter des Ausnahmszustandes ereilt hat.

In dieser Hinsicht sagte Dr. Kramář am 10. Dezember 1895: »Wenn Graf Badeni meint, daß es so gut möglich war, zwischen uns und ihm persönlich ein besseres Verhältnis anzubahnen, als es unter den früheren Regierungen war, so mag er nicht vergessen, daß zwischen ihm und uns gar keine Feindschaft liegt. Wir haben ihm nichts Böses getan, er uns auch nicht, aber zwischen dem Grafen Thun und dem böhmischen Volke liegt eine schwere Vergangenheit, die nicht vergessen werden kann. Ein Privater kann und hat die erste Mannespflicht, die christliche Tugend der Vergebung und des Vergessens zu üben. Aber für die Völker und Nationen gibt es eine andere Psychologie und andere Grundsätze: ein Volk muß den aufgenommenen Kampf bis zu Ende führen. Wir stellen die Forderung der Demission des Grafen Thun nicht und ich verwahre mich ganz ausdrücklich dagegen, daß eine solche Deutung in unsere Worte hineingelegt werde könnte, einfach deshalb, weil wir es so lange trotz des Grafen Thun ausgehalten haben. Weil wir trotz des Grafen Thun groß geworden sind, größer als früher; zweitens, weil wir einsehen, daß die Entlassung eines Statthalters einfach die Sache der Exekutive ist, in welche wir uns nicht hineinmischen wollen, und drittens, weil wir auch für eine solche Konzession dem Grafen Badeni nichts zu bieten haben. Wir fordern also diese Demission nicht und wir überlassen dies der staatsmännischen Einsicht Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten.«

In einem inspirierten Artikel, der anläßlich des Rücktrittes des Grafen Thun in einem Regierungsblatte veröffentlicht war, befand sich auch ein Kommentar, in dem gesagt wurde, Graf Badeni wolle Realpolitik machen und eine solche sei nur mit lebensfähigen, keineswegs jedoch mit abgestorbenen Parteien möglich.

Wiewohl nun der historische Adel nach dem Sturze der Koalition, nach der Resignation des Prinzen Schwarzenberg, insbesondere jedoch nach den Novemberwahlen in den böhmischen Landtag denselben Ansichten huldigte und sich der neuen Repräsentanz des böhmischen Volkes näherte, so hat dennoch der Wechsel in der böhmischen Statthalterei die Kälte seiner Beziehungen zum Grafen Badeni noch um einige Grade herabgedrückt. Es hat lange gedauert, bevor sie lau geworden sind. Warm waren sie niemals.

Vom Grafen Thun gilt das Wort des Fürsten Bismarck, er gehöre zu den Leuten, die nicht wissen, wann sie aufhören sollen.

Er verstand es nicht, seinen Sturz mit jener Ruhe zu ertragen, die — wenigstens nach außen — Politiker an den Tag legen sollen. Graf Thun war jedoch in der Autokritik nicht bescheiden. Sein »Heil Bodenbach« war klein und kleinlich. Dort, wohin der aktive Statthalter nicht hinkommen konnte und wollte, durfte ein Statthalter außer Dienst nicht Huldigungen entgegennehmen und erweisen. Am wenigsten durfte er sie von einer Bevölkerung sich gefallen lassen, die zu Hause die Arbeit für den Staat eingestellt hat und deren Vertreter sie in Wien einstellten.

Es kann keine größere Zerfahrenheit der öffentlichen Zustände geben, als diejenige war, die Graf Badeni in Wien vorgefunden hat.

Auf der parlamentarischen Wahlstatt lagen die disiecta membra der durch eine Explosion gesprengten Koalition. Alles war in Teile zerlegt. Gewiß, ein derartiger Zustand hatte auch seine günstigen Seiten für den Ankömmling. Er konnte die frei gewordenen Elemente vereinigen, sie gruppieren und formen nach seinen Bedürfnissen und Wünschen. Anderseits machte sich jedoch fühlbar der völlige Mangel eines Kristallisationspunktes und einer verläßlichen Stütze. Nirgends gab es auch nur dunkle Konturen, aus denen zumindest eine wahrscheinliche Entwicklung prognostiziert werden konnte.

Die böhmische Opposition, durch einen vierjährigen Feldzug gestärkt, durch die Persekution im Parlament und außerhalb des Parlaments moralisch gekräftigt und durch den Druck der Ausnahmsverfügungen nicht gebeugt, hatte tatsächlich die Führung des Abgeordnetenhauses inne. Sie hatte sich dort Respekt und Geltung verschafft. Schon in der Delegationskampagne zeigten sich die ersten Symptome einer Wendung zu ihren Gunsten. Durch sie nicht irregeführt, verblieb sie in der festen Position ihres Standpunktes.

Von den Teilhabern der Koalition waren nur die Polen einer Katastrophe entronnen. Die Linke und die Konservativen hatten dabei ihre Einheit eingebüßt. Vergeblich bemühte sich Freiherr von Chlumecky, Friktionen beizulegen und Zerwürfnisse auszugleichen. Nachdem er seinen General Plener verloren, balancierte der deutschliberale Flügel mühsam auf dem Seile der Politik der freien Hand, durch welche er seine absolute Bedeutungslosigkeit deckte.

Im Zentrum stimmten zwar noch auch die Deutschkonservativen für die Cillier Post, allein schon im November 1895 vollzog

Freiherr von Dipauli mit der Majorität der Deutschkonservativen einen Exodus und gründete die katholische Volkspartei, die nachdrücklich ihr Deutschtum betonte. Um Graf Hohenwart, der nach den Neuwahlen 1891 siebzig Abgeordneten vorstand, wurde es immer einsamer. Schließlich führte er nur 30 Mann, von denen 18 Großgrundbesitzer aus Böhmen waren.

In diesem Chaos und in dieser Wirrnis bedurfte es einer bildenden Hand; in dieser Unbestimmtheit bedurfte es eines klaren Kopfes; in dieser Verschwommenheit bedurfte es eines festen Willens; in dieser Unklarheit bedurfte es eines Führers mit ungetrübtem Blick und mit nicht wankendem Schritt. Graf Badeni hat nichts mitgebracht außer Vertrauen: Vertrauen des Monarchen, Vertrauen zu anderen und Vertrauen zu sich selbst.

Diese verließen ihn auch in trübsten Augenblicken nicht, als er keinen Ausweg aus dem Labyrinth sah. Niemals habe ich ihn kleinmütig, beklommen, hoffnungslos und verzweifelt gesehen. Kein österreichischer Minister hat in so kurzer Zeit so viel Leiden, so viel offene Feindschaft und so viel Enttäuschung erfahren. Sein Haar ist in zwei Jahren erblichen — er selbst ist um zehn Jahre gealtert, aber der Glaube in seine Mission, das Pflichtbewußtsein und die Arbeitsfreude sind dieselben geblieben wie zu Anfang, als er den Horizont noch wolkenlos und den Weg vor sich noch ohne Anstoß sah. Zu dieser Vertrauenseligkeit haben allerdings die ersten Erfolge und das Gelingen eines jeden Unternehmens beigetragen. Er sah nicht, daß der claire obscure, in welchen er seine Absichten hüllte, daß die Reserve auf allen Seiten, daß der provisorische und unfertige Charakter der Dinge ihm zu Nutzen waren, und bedachte nicht, daß ein Augenblick kommen wird, in dem er genötigt sein wird, aus dem Halbdunkel und aus der Dämmerung hinauszutreten in den sonnbeschienenen Tag, daß jede Zurückhaltung ihre Grenzen und ihr Ende hat im politischen Leben und daß kein Provisorium ewig dauern kann. Die Entzauberung war da. Sie war schmerzlich und bitter. Aber sie hat die Klärung beschleunigt — für ihn und für andere.

III.

Es ist immer von Übel, wenn ein aktiver Staatsmann und Politiker erst allmählich das Milieu kennen lernen muß, in dem er mitwirken, ja als entscheidender Machthaber fungieren soll.

So erging es Graf Badeni.

Riesige Aufgaben waren vor ihm aufgetürmt. Die Wahlreform, die Wiener Frage, die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn, die Versöhnung der Čechen. Alles hatte man bis zur Einsetzung seiner Regierung verschoben, alles hatte man ihr aufgelegt. In seinem jugendlichen Sanguinismus getraute er sich, Arbeiten des Herkules zu leisten. Im Frühjahr 1897 hoffte er den Dualismus verlängert, im Jahre 1898 beide Volksstämme in Böhmen versöhnt zu haben. Er hat gründlich nachgegeben und die Wirklichkeit, die nicht immer die gerade und glatte Straße bequem einhergeht, sondern öfter den rauhen und krummen Seitenweg einschlagen muß, hat auch ihn gelehrt, sich zu bescheiden.

Am leichtesten entledigte er sich der sogenannten Wiener Frage, die ein Vermächtnis des Koalitionsministeriums gewesen war und an der auch Graf Kielmansegg die Finger sich nicht verbrennen wollte. Sie ist auch bei uns zu einer cause célèbre aufgebauscht worden. Im Wesen jedoch hat sie niemals aufgehört, eine, ich sage nicht einmal lokalwienerische Frage, sondern eine rein persönliche Frage zu sein. Hätte er sich, von seiner Umgebung und von überflüssiger Furcht vor der Linken verleitet, nicht lange besonnen und hätte er sich den unabwendbaren Konsequenzen der Wendung in Wien nicht entgegengestellt, er hätte die Revolution, die sich aus dem Rathause durch die Straßen der Residenz nicht bloß vor die Fenster seiner Wohnung wälzte, wo sie in Pereat!-Rufen stürmte, sondern auch vor die Hofburg, im Keime erstickt. Wer ihm Freund war in seiner Umgebung, mußte ihm sagen, daß er einen Krieg nach zwei Fronten hin, gegen die Čechen und gegen die Majorität der Wiener Wähler, nicht aushalten könne. Sein Unglück war es jedoch, wenig Freunde besessen zu haben und umsichtige noch wenigere.

Schon am 14. Mai 1895 war es ersichtlich, daß die liberale Partei in Wien die Herrschaft verloren hat. An diesem Tage wurde Dr. Lueger zum Vizebürgermeister gewählt und Dr. Grübl, der Bürgermeister, trat zurück, da er bei der Regierung keine Stütze gefunden hat. Diese wäre beinahe zerfallen. Die Hälfte ihrer Mitglieder war für Dr. Lueger, die andere gegen ihn. In der ersten befand sich auch der Minister des Innern Marquis Bacquehem. Nach zwei Wochen wurde Dr. Lueger zum Bürgermeister gewählt, jedoch nur mit 65 von 138 Stimmen. Tags darauf wurde der Gemeinderat aufgelöst. Die Neuwahlen brachten den Antisemiten

eine Zweidrittelmajorität, welche Dr. Lueger am 29. Oktober zum zweitenmal zum Bürgermeister erwählte. Dieser Wahl wurde jedoch am 6. November die Bestätigung versagt. Als sie nach einer Woche erneuert worden war, wurde der Gemeinderat abermals aufgelöst.

Die Antiliberalen trugen nun den Kampf von der Straße ins Parlament. Dort besaßen sie den Schutz der Immunität und die Unterstützung der Klerikalen; dort besetzten sie die Galerien mit ihrem Publikum, namentlich mit ihren Damen. Sie waren meritorisch im Recht. War es der Wille der Wiener Bürger, daß Karl der Schöne mit der goldenen Bürgermeisterkette geschmückt werde, nun, Gott mit ihnen, mögen sie miteinander nach ihrer Façon glücklich werden.

Die am 5. März 1896 beendeten Gemeinderatswahlen befestigten nur noch den Sieg Dr. Luegers. Am 18. April 1896 wieder auf den Bürgermeisterstuhl berufen, resignierte er auf Zureden des Kaisers zeitweilig. Mit seiner gnädigen Erlaubnis wurde Strobach zum Bürgermeister erhoben. Als ein Jahr um war, belohnte man ihn mit einem Abgeordnetenmandat, mit der Würde eines Landmarschallstellvertreters im niederösterreichischen Landtag und mit dem Versprechen, er werde eine Stelle im Verwaltungsrat der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt erhalten. Daraufhin verschwand er in der Versenkung und Dr. Lueger erreichte das Ziel seiner Wünsche.

Aus dem Zweikampfe sind beide Gegner arg zugerichtet hinausgekommen. Graf Badeni verlor dabei ein Stück seiner Autorität, Dr. Lueger, mochte er auch Sieger sein, ein Stück seiner Popularität; denn: waren die Hände dieses Mannes am 8. November 1895 »unberufen«, so waren sie nicht berufener nach einem halben Jahre. Anderseits konnte nicht bei ruhigen und unbeteiligten Beobachtern an Achtung ein Mann gewinnen, der Wien in Aufruhr versetzt und das Parlament terrorisiert hatte, als er im Amte nicht bestätigt worden war, der schwieg, solange er die Hoffnung noch hatte, bestätigt zu werden, und der wiederum still geworden ist, als er schon bestätigt worden war.

Für Graf Badeni war die »Wiener Frage« gleich zu Beginn seiner Regierung eine Schwierigkeit, die, als sie überwunden worden war, in der Erinnerung verblaßt ist. Sie hat ihm eine starke Krise verursacht und eine jede Krise entzieht, gleichwie das Fieber dem Körper, einer jeden Regierung Kraft. Gerade die Einfachheit und Leichtigkeit, mit der sie zu überwinden gewesen wäre, war ein

Maßstab für die Größe des Fehlers, der dadurch begangen wurde, daß man es zugelassen hatte, daß eine in ihrem Wesen kleine Angelegenheit einen so großen Umfang angenommen hat. Ein wirklicher Staatsmann und vorausblickender Politiker muß derlei Eventualitäten vorbeugen. Indem er zur Beseitigung solcher Intermezzi seine Potenz erschöpft, wird er impotent, wenn er an wahrhaft große und weit wichtigere Aufgaben gehen soll.

Man muß es dem Grafen Badeni zubilligen, daß er die Lösung der böhmischen Frage nicht leicht nahm. In ihr Grundwesen war er nicht eingeweiht. Er durchblickte weder den eigentlichen Charakter des deutsch-böhmischen Kampfes noch die Tragweite und das Gepräge des Kampfes des böhmischen Volkes mit dem österreichischen Staate. Er kannte die Personen nicht, er kannte die Verhältnisse nicht.

Graf Taaffe war, an die Spitze der Staatsverwaltung gestellt, in einer weit günstigeren Position. Von seiner Tätigkeit in der böhmischen Statthalterei her, auf Grund seiner Beziehungen zu den Kavalieren in Böhmen und als ehemaliger Statthalter und Ministerpräsident verstand er es, in alle verborgenen Tiefen der böhmischen Frage hineinzublicken, besonders in die innersten Eingeweide der Deutschen hineinzuschauen und auf Grund einer untrüglichen Diagnose deren Schwächen und Gebrechen festzustellen. Nicht der Mangel an Kenntnissen war bei ihm ein Fehler, wohl aber der Mangel an Wille. Ein entschiedener Zentralist, glaubte er, das böhmische Volk mit Brosamen befriedigen zu können, die obendrein noch aus ihm mit Druck und Drohungen herausgepreßt werden mußten. Deshalb betrachtete er den status quo in Mähren als ein noli me tangere und was immer er unternahm, immer war seine erste Frage nicht die: ob die Čechen zufrieden, sondern ob die Deutschen nicht unzufrieden sein werden und in welchem Maße. Die auswärtige Politik, das Bündnis mit Deutschland, war die Ursache, derentwegen er die Čechen in die Majorität eingeführt hat. Nicht in deren Befriedigung suchte er seinen Ruhm: daß er aus dem Wiener Rumpfparlament bald ein Vollparlament gemacht hat, war sein größter, vielleicht sein einziger Triumph.

Graf Badeni wollte Fortsetzer des Grafen Taaffe sein, auf den von ihm gelegten Grundlagen weiterbauen und seinen Namen mit Ehren in die böhmische Geschichte eintragen. Wo sein Vorbild, Graf Alfred Potocki, nicht reussiert hatte, dort wollte er ansetzen. Aus den ersten Worten, die er ans Parlament richtete,

tönt noch der Widerhall der altösterreichischen Schlagworte von der Superiorität der Deutschen in Österreich wieder.

Eine feste Majorität zimmernd, warb er, wie Graf Taaffe im Jahre 1879, beim rechten Flügel der Linken um Unterstützung — vergeblich wie er. Gegen seine Absicht wurde er nach rechts verdrängt wie er. Allein er weigerte sich, die Konsequenzen dieses Faktums durchzuführen — wie er. Er wollte über den Parteien stehen, ein unparlamentarisches System etablieren und damit ein Übergewicht der Exekutive gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften — wie er. Auch dann noch, als dieses Experiment mißlungen war. In der programmatischen Erklärung seines Kabinetts vom 22. Oktober 1895 machte er die Realisierung »aktuell berechtigter Forderungen« ausdrücklich davon abhängig, daß »die auf dem historischen Moment beruhende traditionelle Stellung des deutschen Volkes sowie dessen vieljährige, allen Völkern voranleuchtende Kultur die ihnen gebührenden Rücksichten erfahren müssen«.

In der Debatte über diese Erklärung wiesen alle Slaven auf das entschiedenste jedwede Superiorität des deutschen Volksstammes ebenso zurück wie die stolze Ankündigung, daß die Minister »führen, nicht aber geführt werden wollen«. Angesichts dieses Eindruckes seines Pronunciamientos retirierte Graf Badeni schon am 28. Oktober: er versicherte, er wolle nicht anmaßend sein, er wolle den Parlamentarismus nicht herabdrücken, wolle kein Protektorat über den Parteien ausüben, wolle ein Volk gegen das andere nicht erniedrigen, wolle die Gleichberechtigung nicht verletzen. Es war dies der erste Rückzug, es war dies der erste Schritt nach rechts — schon nach sechs Tagen.

Graf Badeni war für die Lösung der böhmischen Frage auf seinem Wege nach Wien nicht mit jenen Kenntnissen ausgerüstet, welche Graf Taaffe besessen, wohl aber mit anderen besseren Dispositionen den Böhmen gegenüber. Den Defekt dieser Wissenschaft trachtete er zu ersetzen, indem er sich von beiden Seiten in Gesprächen und unverbindlichen Konferenzen informierte. Aus drei Irrtümern mußte er hinausgeführt werden. Er glaubte bis zum April 1897, die Deutschen werden sich mit der Gleichheit begnügen und er werde sie zu einem Manifest bewegen, welches nicht nur implicite, sondern auch explicite eine derartige Kundgebung ihrerseits enthielte. Er gab sich ferner der Täuschung hin, daß wir Böhmen es werden bei dem Stande bewenden lassen, welcher die vollständige und absolute Gleichheit im ganzen Ge-

biete der Länder der böhmischen Krone nicht wäre. Schließlich hegte er die stille und unausgesprochene Hoffnung, er werde in Mähren jene Politik betreiben können, durch welche Giskra die böhmische nationale Einheit zu sprengen versucht hatte und welche nach dessen Rezept Graf Taaffe betrieben.

Zur Ehre des Grafen Badeni muß gesagt werden: sobald er aus diesen Irrtümern draußen war, sobald er klar sah und sobald er sich überzeugte, wo das Recht ist und wo das Streben nach Vorrecht, proklamierte er die Gleichheit und Gleichwertigkeit unseres Volkes mit dem deutschen und dessen natürliches und gesetzliches Recht, seine Nationalität zu bekunden und sich national in seiner ganzen historischen Heimat zu entwickeln. Er stellte sich auf unsere Seite und führte die Konsequenzen dieser seiner Entscheidung durch. Er negierte das deutsche geschlossene Sprachgebiet im Königreich Böhmen durch Wort und Tat, anerkannte die Einheit und Unteilbarkeit dieses Königreiches und durch gleichlautende Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren anerkannte er auch die nationale Einheit des böhmischen Volkes in beiden Ländern.

Er traf diese seine Entscheidung nicht auf einmal. Die böhmische Frage wollte er nur sukzessive lösen und bevor er überhaupt an eine ordentliche und gründliche Lösung herantreten wollte, wollte er zuvor von allen anderen Sorgen befreit sein. Deshalb eilte er mit der Wahlreform, deshalb wollte er die Erneuerung der Verträge mit Ungarn beschleunigen, in fortwährender Furcht, sein Schiff könnte auf dem stürmischen Meere der innerösterreichischen Politik zerschellt werden, bevor es zur böhmischen Frage gelangt.

Langsam und allmählich lernte er deren beide Seiten auseinanderzuhalten; die eine: das Verhältnis der böhmischen Majoritäten zu den deutschen Minoritäten, die zweite Seite: das Verhältnis des böhmischen Volkes zu Wien.

In keinem Stadium seiner Politik, vom 1. Oktober 1895 bis zum September 1897 gedachte er ohne die Deutschen aus den Ländern der St. Wenzelskrone zu regieren. Immer schwebt ihm vor der Gedanke, zumindest einen Teil von ihnen an der Seite der Böhmen in der Majorität zu haben — freilich in Eintracht und Freundschaft, welche noch nicht der deutschböhmische Ausgleich, aber doch eine Vorbereitung dazu wäre.

Den Böhmen kam er als Staatsmann ohne Schuld entgegen. Als homo novus et integer, der sich durch gar nichts an ihnen versündigt und der die Sünden einer jüngstvergangenen Zeit ge-

sühnt hat — der Ausnahmszustand wurde aufgehoben, die Verurteilten aus der sogenannten »Omladina« amnestiert, Graf Thun amotus, sed non promotus — als Verwalter eines eine weite Autonomie genießenden Königreiches, als österreichischer Ministerpräsident zwar, aber auch als Pole.

Seine ersten Taten waren bloß negativer Natur. Nicht nur die angeführten, auch andere. Auch die Tatsache, daß er die böhmische Delegation in allen Belangen anderen Parteien gleichstellte.

Sofern es sich um das Verhältnis Wien gegenüber handelte, war sein Plan benevolent und durchsichtig. Kannte er sich auch in der parlamentarischen Dynamik nicht aus, um erfassen zu können, was das böhmische Volk für Österreich bedeutet und was es für Österreich sein könnte, wenn die Bande gestärkt wären, die sie vereinigen, soviel wußte er: dieses historisch wichtige, dieses arbeitsame, dieses gebildete, dieses politisch gereifte und gefestigte Volk darf nicht vergewaltigt, verfeindet, entfremdet, abgestoßen, erniedrigt, zurückgesetzt und in einen nicht bloß passiven, sondern auch nicht aktiven Widerstand getrieben werden, diesem Volke muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß es zur Geltung komme, daß es vermöge seiner Bedeutung und Leistungsfähigkeit an den positiven Aufgaben des Staates teilnehme, daß es ein Faktor der Gesetzgebung werde und daß es Einfluß habe auf Exekutive und Administrative. Diesem Volke muß jedoch auch zugleich die Möglichkeit geboten werden, dem Zentralparlament einen Teil seiner Agenden abzunehmen und sie selbst derart zu besorgen, daß seine nationale Entwicklung nicht begleitet und aufgehalten wird durch materielle Schwächung.

Ihr Verhältnis legten einander Regierung und böhmische Delegation öffentlich und unverblümt dar. In der erwähnten programmatischen Erklärung vom 22. Oktober charakterisierte Graf Badeni die böhmische Frage als einen »Komplex von Angelegenheiten« und forderte die böhmischen Abgeordneten und das böhmische Volk auf, sie mögen ihm ihre hilfreiche Hand bieten zu einer dem Lande und dem Staate zuträglichen Regelung der Verhältnisse. Das war nicht viel. Dr. Herold konstatierte denn auch am 24. Oktober, daß nach der materiellen Seite hin der Ministerpräsident über die böhmische Frage nichts gesagt habe, fügte hinzu: »Für deren Lösung müssen zuvor die Bedingungen geschaffen werden« und schloß seine Rede mit den Worten: »Wenn Graf Badeni tatsächlich Gerechtigkeit üben will, muß er vor allem, bevor man an eine Ände-

rung der Position des böhmischen Volkes zu ihm auch nur denken kann, alle Steine des Anstoßes und alle Ursachen der Unzufriedenheit und Erbitterung des böhmischen Volkes beseitigen.«

Dasselbe Thema erneuernd und die persönlichen Beziehungen streifend, welche Graf Badeni mit den Böhmen aufsuchte, konnte Dr. Kramář am 10. Dezember erklären: »Graf Badeni wird wohl kein Dementi einlegen, wenn ich kategorisch sage, daß er aus den mit uns geführten Gesprächen nur einen Eindruck gewonnen — daß wir nicht gesonnen sind, unseren prinzipiellen Standpunkt zu verlassen, solange nicht die Grundlagen zu einer nationalen, zu einer parlamentarischen und gerechten Lösung der böhmischen Frage gelegt werden.«

Am selben Tage erwiderte Graf Badeni: »Die Regierung wird die Annäherung der Volksstämme, namentlich in Böhmen, mit offenen und gesetzlichen Mitteln anstreben, weil berechtigte Ansprüche und Forderungen nur auf Grund beiderseitigen Einvernehmens erfüllbar sind.«

Auch das war nicht viel. Deshalb sprach der Abgeordnete Kaizl am 13. Dezember entschiedener: »Bis wir nach den Feiertagen und nach der Session des Landtages zurückkehren werden, müssen an die Stelle von Worten Taten treten und dann muß endlich der Vorhang fallen von dem verhüllten Bilde auf der Ministerbank.«

Eine Woche hierauf hatte Graf Badeni den bewilligten Staatsvoranschlag, den Dispositionsfonds inklusive — gegen die Stimmen der Böhmen. Es geschah da einmal eine große Ausnahme: das Budget war vor dem Beginne des Verwaltungsjahres genehmigt. Erwägt man, daß es für das Jahr 1895 erst Ende Juli angenommen war, begreift man die Freude und Genugtuung des Grafen Badeni.

Wieder eine Woche später traten die Landtage zusammen; auch der böhmische. Dessen erste Kampagne war für den Grafen Thun die letzte. Vom 6. Jänner an saß er dort nur schon als Entlassener. Am 16. Februar mit dem goldenen Vlies ausgezeichnet, hörte er auch der zu sein auf. Als er unter den Rufen: »Der Krönungsstatthalter!« den Freiherrn von Kraus ersetzt hatte, mochte er wohl nicht ahnen, er werde sobald, von niemandem beweint, und in einem Augenblicke gehen, in dem die Partei, gegen welche er ausgezogen und welche zu vernichten sein Bestreben war, die ausschließliche Repräsentantin des Volkes geworden ist.

IV.

Die Wiener Verhältnisse waren für Graf Kazimir Badeni nicht nur groß und in ihrer Kompliziertheit verwirrend, sondern auch neu. In Galizien ein bekanntes Terrain und darauf vollberechtigte Polen und erniedrigte Ruthenen; in Galizien eine ohne anstrengende Mitwirkung reproduzierende Tätigkeit in bezug auf die Weisungen der Wiener Regierung. Und welche Bequemlichkeit und welche Annehmlichkeit, Statthalter in einem Königreiche zu sein, dessen dominierendes Volk und Repräsentanten von dem Augenblicke, wo das feierliche Konfiteor gesprochen worden ist: »Zu dir, o Herr, stehen wir«, nicht so durch eigenes Verdienst wie durch äußere Momente: durch die Unverläßlichkeit der deutschliberalen Partei und durch die auswärtige Politik des Reiches, regierungsfreundlich, staatlich, kaiserlich geworden sind.

Als Träger dieser nunmehr orthodoxen Tradition der österreichischen Polen wurde er zum ersten Ratgeber der Krone berufen. In seinem Programm, in seiner Stellung, in seinem Auftreten gegenüber den Parteien sehen wir den offenkundigen Charakter dieser Fundamentalartikel der polnisch-galizischen Politik. Graf Badeni blieb Exekutor des Willens des Monarchen, blieb sein Statthalter. Nur der Schauplatz hat sich geändert, nur das in seine Verwaltung gegebene Gebiet hat sich erweitert, nur die Macht ist gewachsen.

Der Unterschied war plötzlich und lastete auf Graf Badeni mit ungeheurer Schwere, besonders im ersten Moment. Dort, zu Hause, eine Leichtigkeit und Spielerei in der Bewältigung von Sachen und Personen, welche teils auf der Gewohnheit, teils auf dem Beharrungsvermögen atavistischer Einrichtungen beruhten. Hier, in Wien, Schwierigkeit über Schwierigkeit, die einander steigerten und multiplizierten, ein erschreckender Überfluß an schwersten Problemen und obendrein noch das Milieu von unerprobten und zum großen Teil feindselig gesinnten Menschen. Daß er ein Pole war, hatte seine Licht-, aber auch seine Schattenseiten. Als Pole konnte er erwarten, daß er bei den Slaven, insbesondere bei den Böhmen mehr Vertrauen finden werde als ein Deutscher, sei es ein Bureaukrat, sei es ein Konservativer. Als Pole erschien er den höchsten Faktoren der geeignetste Vermittler zwischen Böhmen und Deutschen. Er hatte selbst bald eingesehen, daß er gerade als Pole sich in manchen Dingen Reserve auferlegen müsse, in denen ein anderer energisch aufgetreten wäre, daß er sich Grenzen abstecken müsse, die ein anderer überschritten hätte, und daß er

rechnen, wenn wir einen richtigen Kalkul machen wollen. Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß das Interesse für sprachliche Gleichberechtigung bei den Polen ein gleich starkes ist wie bei uns. Es ist nicht, weil es nicht sein kann. Nicht bloß mit Rücksicht auf das andere, an Zahl fast gleiche Volk im Lande, sondern auch deshalb, weil es psychologisch unmöglich ist, daß jemand in gleicher Weise sich für ein Ziel ereifere, das der andere anstrebt, das man jedoch selbst schon erreicht hat. Der Satte wird niemals das Leid und die Sehnsucht des Hungernden empfinden.

Was ich da von den Polen gesagt, muß man, und das in einem noch höheren Maße, bei den deutschen Konservativen im Auge behalten, weil sie Deutsche sind und weil sie rings umgeben sind von den reißenden Strömungen des intransigenten Teutonismus.

Ganz anders geartet sind die Dispositionen der Slovenen und Kroaten. Sie können auch sein. Ihnen sind wir Pioniere und ein jeder Fortschritt bei uns ist eine moralische Stärkung für sie. Ihr praktischer Sinn hat das in gleicher Weise herausgefühlt wie ihr Instinkt. Ihr Schicksal ist mit dem unserigen verbunden. Sie stehen uns nicht bloß näher als die Polen, sie stellen sich auch. Deshalb kann nur ein Lächeln die Deklamation des Hauptorgans »Jung-Mährens« hervorrufen, welches gleichzeitig Weisungen vom Generalstabe der sogenannten radikal fortschrittlichen Partei in Prag und des orthodox-absolutistischen Oberkommandos in Petersburg erhält und dem Fürst Uchtomsky und sein Blatt die höchste Autorität über die Bedürfnisse und Interessen der Böhmen sind — eine Deklamation über die schreckliche Tat und den schwarzen Verrat, welchen die Böhmen dadurch begangen haben sollen, daß sie sich mit Sprachenverordnungen für das Böhmische, nicht jedoch für die Slovenen, Kroaten und Ruthenen zufriedengegeben haben.

Es ist unendlich traurig, daß eine solche Meinung es überhaupt wagt, in die Öffentlichkeit zu gehen und publizistisch sich verkünden zu lassen, eine Meinung, die aus Unwissenheit entstanden ist oder auf Unwissenheit spekuliert. Denn der einfache, unbeirrte Verstand wird nicht in Abrede stellen, daß, wenn es keine polnische innere Amtssprache gäbe, es auch keine böhmische gäbe, und daß, wenn diese nicht sein wird, es auch keine slovenische geben wird; daß die Polen 26 Jahre hätten warten müssen, um nicht Verräter an uns zu werden, und wir noch ein Vierteljahrhundert, um nicht Verräter an den Südslaven zu werden.

Ich habe dargetan, daß die Nähe der anderen Parteien der jetzigen Rechten uns gegenüber eine ungleiche ist und daß ein gleiches Interesse in bezug auf die sprachliche Gleichberechtigung lediglich Slovenen und Kroaten haben, die jedoch eine andere Autonomie wollen als wir.

V.

Das alte Parlament hat schon am 20. Jänner das ordentliche Budget für das Jahr 1897 bewilligt. Nach zwei Tagen wurde es aufgelöst. Aber schon nach zwei Monaten trat das neue zusammen. Man eilte mit dem Ausgleich — zum Sommer sollte er fertig sein.

Die allgemeinen Wahlen haben im großen und ganzen nicht überrascht. Auch die Ergebnisse in der fünften Kurie entsprachen so ziemlich den Berechnungen und Voraussagen. Der böhmische Klub wuchs zur größten Partei des Hauses an. Der Polenklub ist nicht geblieben, was er bisher gewesen: eine Repräsentanz aller nichtrussischen Abgeordneten aus Galizien. Zwei oppositionelle Fraktionen betraten neben ihm und gegen ihn das Parlament. Gleichzeitig neben einer polonophilen russischen noch eine radikale, drei Mann hoch, von denen der Arzt Jaroševič den 14 Sozialisten beitrat. Von diesen hatte die fünfte Kurie in Böhmen sieben, in Mähren drei, Schlesien und Steiermark je einen, Galizien zwei entsendet. Von den neuen 72 Mandaten gewannen die Deutschliberalen nur zwei in Böhmen. Das Budweiser durch eine Felonie der Sozialisten, welche hierdurch ihre Aktion gegen das böhmische Volk einleiteten. Es machte sich überhaupt ein Zersplittern alter Formationen und ein Entstehen neuer bemerkbar. Die Großgrundbesitzer teilten sich in drei Gruppen: in die böhmische mit 19 Mitgliedern, ins Zentrum mit sechs und in die deutsche Gruppe mit 30 Mitgliedern. Die Italiener vereinigten sich, 19 an der Zahl, aber auch die Slovenen, Kroaten und Ruthenen schlossen sich in einem Verbande zusammen, 35 Abgeordnete. Die Rumänen hatten ihren Klub. Die Deutschen waren in acht Fraktionen zerschlagen: die beiden erwähnten Großgrundbesitzergruppen, die antisemitische, die fortschrittliche, die Volkspartei, die liberale Gruppe, die katholische Volkspartei und die Schönerergruppe. Die Zeit des Provisoriums war vorüber. Man mußte eine beständige und verläßliche Majorität aufstellen. »Nicht ohne die Deutschliberalen« lautete die Parole des Grafen Badeni. Deshalb reihte er in seine Majorität ein: die frei-deutsche Vereinigung, in welche die Mährer Promber

und Proskowetz und die Schlesier Haase und Demel und die verfassungstreuen Großgrundbesitzer, zu welchen damals auch Vetter und Baltazzi gehörten, zusammen 45 Mann.

Wie man sieht, griff Graf Badeni zu demselben Plane zurück, welcher dem Grafen Taaffe nicht gelungen: mit einem Teile der Deutschliberalen zu regieren. Die Erfahrungen des Grafen Taaffe schreckten ihn nicht zurück. Das Ende war dasselbe. Nur hatte Dr. Plener im Jahre 1879 gleich abgelehnt, während Dr. Baernreither sein Wort gab und es nicht hielt; Graf Taaffe zerschlug sich mit den Liberalen erst nach zwei Jahren, Graf Badeni nach einem Tag und einer Nacht. Es wird als Widerspruch erscheinen, wenn ich behaupte, daß er die Durchführung seiner Koalition eineinhalb Jahre lang vorbereitet hat. Und das unter Zustimmung jener Deutschen, die er im Regierungslager haben wollte. Ja, ich füge hinzu, daß er deren Unterstützung zugesagt erhalten, trotzdem er Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren im Plane führte, deren Inhalt und Bedeutung doch niemand unbekannt sein konnte, der da weiß, was der interne Dienst in Behörden und Ämtern ist.

Eine solche Zusammensetzung der Majorität hatte aus vielen Gründen manches für sich. Wo ein sachliches Argument fehlte, wurde es ersetzt durch Zureden zahlreicher kleiner Machiavellis oder Faktoren, welche die Neutralität jener gerierten, die man nicht gewinnen konnte.

Ich resümiere den Kalkul, von dem er sich leiten ließ, kurz folgendermaßen: Vor allem betone ich gegenüber der allgemeinen, jedoch falschen Meinung, daß die katholische Volkspartei nicht ausgeschlossen war. Auch ohne Zentrum zählte sie 31 Mitglieder und es war fast sicher, daß aus ihr bei Beobachtung der Anciennität des Hauses der Präsident hervorgehen wird. Ihr Programm und ihre Tätigkeit erhielten die Sanktion der Bischöfe und mit der Nunziatur waren sie in steter Verbindung. Dort rapportierte Baron Dipauli, ihr nomineller Präsident, und dort holte er Ratschläge, Weisungen und Direktiven. Sie von vornherein zu verfeinden, schien nicht ratsam. So kurzsichtig war Graf Badeni nicht. Namentlich da er wußte, daß sie eine Dependance im großen Flügel des slovenisch-kroatischen Klubs hatte, wo Dr. Šusteršič in seiner Gutmütigkeit oft mehr auf die Stimme des Baron Dipauli als auf jene Jaworskis oder Dr. Bulats gab, welche den Weinbauer von Bozen besser und gründlicher kannten als der junge, begabte, jedoch unerfahrene Führer der katholisch-nationalen slo-

venischen Partei. Außerdem glaubte man, die 31 »Klerikalen« würden 30 »liberale« Großgrundbesitzer in Schach halten und daß diese jene und jene diese paralysieren würden. Die Ratgeber — ich bemerke ausdrücklich, daß es keine Abgeordneten waren — überzeugten den Grafen Badeni, es läge in seinem Interesse, gegen drei slavische Klubs: den böhmischen, den polnischen und den slovenisch-kroatischen mit 155, zu denen für alle Eventualitäten 19 böhmische, von unseren Volksabgeordneten untrennbare Großgrundbesitzer zu zählen waren, somit gegen 174 Mann, in der Majorität so viel Deutsche als möglich zu haben. Deshalb sagten sie, müsse danach getrachtet werden, daß in der Majorität neben 31 Anhängern der katholischen Volkspartei und 6 Anhängern des Grafen Falkenhayn auch Anhänger des Dr. Baernreither, des Baron Ludwigstorff und des Grafen Stürgkh vom verfassungstreuen Adel und auch Liberale sich befinden aus Schlesien, Mähren und Niederösterreich, welche nicht zur Fahne des deutschen Kasinos in Prag geschworen haben. Das werde, so prophezeite man dem Grafen Badeni, auch deshalb von Vorteil sein, weil 82 Deutsche in der Regierungspartei den Slaven und deren Aspirationen entgegentreten werden. Zumindest werde er nicht deren Gefangener sein und werde tatsächlich führen können. Außerdem könne man, so wurde ihm nahegelegt, hoffen, daß diese drei deutschen Fraktionen in der Mehrheit besänftigend auf die deutschen oppositionellen Elemente einwirken werden. Die Wirklichkeit hat freilich eine ganz entgegengesetzte Erscheinung gezeitigt, und zwar sehr bald. Nicht erst nach Monaten, nicht erst nach einem Jahre, nicht erst im Augenblicke, da Graf Oswald Thun von der Herrenhausloge des Abgeordnetenhauses zusah, wie Dr. Baernreither in den letzten Maitagen gegen den Grafen Badeni den Dolch zückte, den er selbst geschliffen: noch bevor dieser seine Mosaik zusammengestellt hat, die er von den ersten Anfängen seiner Regierung an zusammengetragen hatte, beugten liberale Großgrundbesitzer und die freie, nach Mauthner benannte Vereinigung — Dr. Promber ausgenommen, der überhaupt im Hause nicht erschien — ihren Nacken vor dem Kommando aus Prag und entzogen sich ihren in aller Form gegebenen Verpflichtungen. Wird einmal Graf Badeni seine Memoiren darüber herausgeben, dann wird die Welt staunen, wie sich diese Kavaliere aufgeführt haben und wie insbesondere eine Schar deutscher Großgrundbesitzer, hinter welcher rein niemand steht und welche trotzdem die Rolle arrogiert einer Vermittlerin,

einer Versöhnerin, einer Ausgleicherin, jeder Festigkeit bar, neugebackenen Radikalen nachlief in nationaler Unverträglichkeit und in vollständigem Mangel an Sinn für Recht und Gerechtigkeit.

Doch ich muß zuvor die Reihe der Irrlichter ergänzen, durch welche sich Graf Badeni verleiten ließ, eine weitere Majorität zu bilden. Am verlockendsten waren jene, welche Mähren, die Deutschnationalen und schließlich die Antisemiten betrafen.

Ich bin mir bewußt, den diskreten Schleier zu heben, der geheime und vertrauliche Transaktionen bedeckt. Ich werde es nicht über das erlaubte Maß tun. In dieser und auch in anderer Beziehung war ich rechtzeitig und noch genauer ex post informiert und auch nach dem, was ich mitteilen werde, wird manches übrig bleiben, was ich ans Licht zu fördern anstehe, da ich hierzu nicht ermächtigt bin. Den moralischen Ekel beim Anblick auf soviel Schwäche und Brüchigkeit in den Charakteren muß freilich bei mir der Wunsch überwinden, die Realität und Wahrheit, insoweit es möglich ist, zu schildern und auf einfachste Weise zu erklären, was rätselhaft erscheint.

Zuvor muß ich einen Irrtum richtigstellen, der in jenen erregten Zeiten entstanden ist. Es fand damals die Annahme Glauben, Baron Gautsch, Graf Gleispach und Baron Glanz drängen Graf Badeni halb nach links. Dem ist nicht so; er ließ sich nicht drängen. Er machte Politik und traf Dispositionen allein. Leider ließ er allzusehr Suggestionen von Personen auf sich einwirken, welche ihm gegenüber nicht bloß mit Kenntnissen von Personen und Sachen brüsteten, sondern auch mit ihren Konnexionen und ihre Gespräche mit ihm mit den Worten endeten: »Verlassen Sie sich auf mich — ich werde schon richten.« Er verließ sich, sie verdarben's. Er glaubte, sie täuschten. Er baute auf Hypothesen, welche sie ihm als sicheres, felsenfestes fait accompli hinstellten. Sie führten ihn auf einen vorgeblich verläßlichen Nachen und als er in diesen einsteigen wollte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß es Latten und Balken sind, die unter seinem Fuße nachgaben.

Man hatte ihm gesagt: Der Deutschen aus Mähren bist du sicher. Sie sind dein — nicht aus Liebe, sondern aus Furcht. Sie fürchten, ihre Positionen zu verlieren. Haben sie es doch im Brünner Deutschen Hause gesagt, ein Strich deiner Feder und sie wären des Todes. Die werden sich nicht den Sprachenverordnungen und der obligaten Zweisprachigkeit aller Ämter und aller Beamten widersetzen. Wie könnten sie auch! Waren es nicht Promber

und Fux gewesen, über deren Anregung der mährische Landtag den obligaten Unterricht in beiden Landessprachen an Realschulen beschlossen und unter einem den Wunsch ausgesprochen hatte, es möge desgleichen für Gymnasien geschehen? Gewiß hatten sie das im Interesse der deutschen Jugend getan und werden ihren Kollegen aus dem Königreiche Böhmen nahelegen, daß, wenn die deutschen Beamten zweisprachig werden, der Zug zweisprachiger böhmischer Beamter in das deutsche Gebiet aufhören werde und daß somit die Sprachenverordnungen zum Vorteile jener und nicht dieser sind.

So wurde vorausgesagt. Dr. Promber drang mit seiner Meinung nicht durch und ging erzürnt in den Streik; Dr. Fux schlug sich in den Landesausschuß; Proskowetz beschwor, rang die Hände, weinte, verfluchte den Tag, an welchem Dr. Menger, im Städtebezirk Jägerndorf geschlagen, nach Fux das Mandat der Neutitscheiner Landgemeinden geerbt — es siegten Lecher und d'Elvert, gingen zu Funke hinüber und mit ihnen später auch Demel und Haase.

Ähnlich erging es mit den Deutschnationalen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, sich der Hoffnung hinzugeben, deren gesamter Verband werde, mit Rücksicht auf die Konkurrenz in Böhmen einerseits mit den fortschrittlichen Abgeordneten, anderseits mit den Schönerianern, auch nur eine Minute lang abseits stehen wollen oder können, wenn diese das Signal zum schärfsten Kampfe geben.

Sich selbst durften die Ratgeber des Grafen Badeni täuschen, ihn prellen niemals. Hatten sie tatsächlich einen solchen subjektiven Eindruck, so waren sie zu bedauern, daß sie von den tatsächlichen nationalen politischen Strömungen auch nicht eine Ahnung hatten. Aber doppelt bedauernswert war Graf Badeni, weil sie es wagten, sich ihm als Helfer aufzudrängen und weil er sich ihnen anvertraute. Dr. Steinwender war ihre Säule, ihr Hauptpfeiler. Warum, weiß ich nicht. Vielleicht, weil er einmal gesagt, die deutschböhmischen Streitereien fangen schon an, ihm fad zu sein. Vielleicht auch aus dem Grunde, weil er in einem lucidum intervallum sich geäußert hatte, vom deutschen Standpunkte seien die Sprachenverordnungen gut. Vielleicht auch wegen seines Ausspruches, ihm und seiner Partei sei hauptsächlich an wirtschaftlichen Reformen gelegen. Vielleicht waren da auch andere Momente mitbestimmend, über die viel getuschelt wurde. Es ist nichts daran gelegen. Herr Steinwender war eine sehr labile Stütze. So wie Ludwigstorff

Baernreither beiseite geschoben, so depossedierte Hochenburger jählings durch eine Palastrevolution den eines Flirts mit der Regierung verdächtigen Steinwender und wie Baernreither laudabiliter se subiecit, so auch der Abgeordnete für Villach.

Die letzte Post im Präliminare waren die Antisemiten; eigentlich Dr. Lueger. Dessen Wahl zum Bürgermeister wurde im Herbst 1895 nicht bestätigt. Die Einbläser des Grafen Badeni rieten nun: Jetzt bestätigen! Daß hierbei ein schönes Stück an Autorität vergeudet wurde, bedrückte ihr Gewissen nicht. Aus fremdem Gut ist leicht zu geben. Er opferte sich, als er hörte: »Dafür werden die Christlichsozialen in Wien die extrem Nationalen abmurksen; in einem Jahre sind diese hin.« Zwei Tage nach Erlassung der Sprachenverordnungen wurde Dr. Lueger Bürgermeister. Freilich im Frühjahre beteiligten sich die Antisemiten an der Obstruktion nicht, aber im Herbste unterstützten sie sie und predigten in den niederösterreichischen Dörfern den Kreuzzug gegen die Sprachenverordnungen, um so feuriger, je weniger sie davon verstanden. Dr. Lueger hatte sich für Wien verbürgt. Autoritativ wurde dies in der parlamentarischen Kommission der Rechten angekündigt. Es wurde auch hinzugefügt: wem gegenüber. Wir wissen, wie er dieses Versprechen erfüllt hat. Und wir waren in den letzten Tagen Zeugen, wie er die Deutschnationalen niedergerungen. So gründlich, daß er für den Antrag Kolisko auf ausschließlich deutsche Unterrichtssprache in Niederösterreich stimmte und auch für den Antrag Hofer gegen die Sprachenverordnungen.

Überzeugt von der Richtigkeit aller Referate, aller Relationen, aller Prognosen und aller Additionen und Subtraktionen, machte sich Graf Badeni ans Bauen. Er konnte später, als das Gebäude seiner Konzeptionen eingestürzt war, nicht behaupten, daß er nicht gewarnt wurde; er wurde gewarnt und nachdrücklich von böhmischer Seite. Wieder und abermals wurde darauf hingewiesen, daß ein Zusammenarbeiten der Böhmen und Deutschen in der Majorität unhaltbar, ja unmöglich sei, solange nicht eine dauernde, rechtliche Gleichheit zwischen ihnen hergestellt sein werde. Insbesondere — wurde gesagt — ist es undenkbar, daß die Böhmen aus Mähren neben den Deutschen in der Majorität Platz haben, in welcher auf diese und auf deren Bestreben Rücksicht genommen werden mußte, zu Hause die Vorherrschaft zu erhalten. Es wurde auch eingewendet, daß — wie sich in der Koalitionsära gezeigt — Deutschliberale und Deutschklerikale schwer auszugleichen sind. Dem

Grafen Badeni war jedoch daran gelegen, eine möglichst zahlreiche Majorität zu haben — für das Wehrgesetz, zu dessen Erneuerung auf zehn Jahre eine Zweidrittelmajorität notwendig ist.

Deshalb war auch die Thronrede, mit welcher der neue Reichsrat am 29. März eröffnet wurde, politisch farblos und bei allem Lakonismus breitmaschig genug, daß man die buntesten Programme hineinzwängen konnte. Es war dies eine magere Kost zwar, aber für jedermann war irgendeine Ingredienz darin. Auch einige autonomistische Fettaugen waren darauf. Sie hat nirgends Bewegung, aber auch keine Befriedigung hervorgerufen, denn sie war größtenteils nur eine Aufzählung gesetzgebender Operate, welche bis zum heutigen Tage gar nicht in Angriff genommen sind, und legte das Hauptgewicht auf den Ausgleich mit Ungarn.

Montag wurde sie den versammelten beiden Häusern verlesen. Donnerstag schon war das Kabinett in statu crisae. Man sprach von einer partiellen Krise. Es war jedoch eine allgemeine. Die ursprünglichen Gerüchte, es hätten sich einige Minister den Sprachenverordnungen widersetzt, erwiesen sich als vollkommen falsch. Diesen widersetzte man sich anderswo und der Sitz der Krise war nicht im Ministerium, sondern außerhalb des Kabinetts. Das Ministerium wollte eine bestimmte Majorität konstruieren; es hatte hierzu einen gemessenen Auftrag. Da es außerstande war, ihm nachzukommen, beschloß es, Seiner Majestät die Portefeuilles solidarisch zur Disposition zu stellen.

Es ist eine fable convenue, daß die Krise des Kabinetts Badeni durch die Konstruierung einer Majorität der Rechten veranlaßt worden sei, welche Samstag den 3. April so weit fertig war, daß tags darauf zeitlich früh deren Führer sie dem Ministerpräsidenten offiziell in optima forma melden gingen. Auf 11 Uhr vormittags war der Kronrat angesagt. Nach 10 Uhr kam Freiherr von Ludwigstorff dem Regierungschef mitzuteilen, daß Dr. Baernreither nicht berechtigt sei, im Namen der deutschen Großgrundbesitzer zu sprechen und zu verhandeln, und daß diese ein Arbeiten mit der Regierung ablehnen. Graf Badeni erwiderte, daß diese Erklärung das Kabinett nur bewegen könne, auf seiner Demission gegenüber dem Monarchen zu verharren. Nicht die Bereitschaft und Fertigstellung der Rechten, sondern die Weigerung des verfassungstreuen Adels, die Regierung bei den Staatsnotwendigkeiten zu unterstützen, habe die Krise herbeigeführt und verschärft.

Und doch war Graf Badeni dieser Partei gegenüber bescheiden.

In der letzten Budgetdebatte, die im Ausschuß stattgefunden, hatte Dr. Baernreither den Standpunkt der Zweisprachigkeit fast vollständig akzeptiert. Konnte man da, ganz abgesehen von anderen Umständen, sich einer offensiven oder gar aggressiven Taktik gegen sie von ihm versehen? Man verlangte von ihm ja nicht, er möge sich für sie exponieren. Ja, man erlaubte ihm, öffentlich gegen die Sprachenverordnungen zu sein. Man forderte von ihm nichts, als er möge sich nicht den Faktiösen anschließen und möge beim Budget, beim Ausgleich, beim Wehrgesetz helfen. Jedermann wird zugestehen, daß das die größte Latitüde ist. Dr. Baernreither gerierte sich als Gerant der Partei, tat, als wären er und sie dasselbe, und als es zum Handeln kam, lief er davon.

Die Demission des Kabinetts wurde nicht angenommen. Der Kaiser beauftragte mit allerhöchstem Handschreiben vom 4. April das Kabinett, im Amte zu bleiben. »Ich nehme das Gesuch um Entlassung nicht an«, schrieb der Monarch dem Grafen Badeni, »weil ich Gewicht darauf lege, daß die von mir gewählte Regierung, unbeirrt durch die ihr von den Parteien bereiteten Schwierigkeiten, sich in ihrer Tätigkeit lediglich von allgemeinen Staatsinteressen leiten lasse.«

Am nächsten Tage Nachmittag waren die Sprachenverordnungen unterzeichnet, Mittwoch den 6. April veröffentlicht.

Mit ihnen beginnt ein neuer, letzter Abschnitt in der zweijährigen Regierung des Grafen Badeni.

VI.

Die Geschichte der Sprachenverordnungen des Grafen Badeni ist lang und doch könnte sie ganz kurz sein, weil der Ursprung und weil die Triebfeder der Kämpfe, die ihretwegen veranstaltet wurden, einfach und sichtbar sind. Freilich muß man sie außerhalb des Inhaltes und der Tragweite der Erlässe suchen. Das Wesen, die Tendenz und der Charakter der Verordnungen ist absolut unanfechtbar. Sie sind sozusagen eine Inkarnation des gleichen Rechtes und wo durch sie keine Parität hergestellt wurde, geschah es überall zugunsten der deutschen Sprache, zum weiteren Schaden der unseren.

Wenn wir die Frage stellen: Wie war es möglich, daß die Ordonnanzen des Grafen Badeni, des Grafen Gleispach, Dr. Bilinskis, Baron Glanz und des Grafen Ledebur nicht die sachliche Ursache,

sondern der Vorwand zu einer Revolution und zu einem in der Tat elementaren Sturm werden konnten? — so wird die Antwort nicht schwer.

An sich waren sie auch der leidenschaftlichsten Agitation, auch der stärksten Parteiwut kein dankbares Objekt zu einer Empörung. Sie wurden hierzu erst gemacht: einerseits durch eine Täuschung über ihre Genesis, anderseits durch eine absichtliche und böswillige, falsche Interpretation und schließlich und hauptsächlich durch begleitende Umstände.

Sie präsentierten sich als Kundgebung des starken und festen Willens, die Bedingungen für die Versöhnung beider Volksstämme in den Ländern der böhmischen Krone vorzubereiten, und wurden vom Grafen Badeni als Teil dieses Ausgleiches weder angesehen noch ausgegeben. In seinem Hauptbuche schrieb er sie nicht als eine Post ein, für welche ihm die Vertreter des böhmischen Volkes irgendwie verpflichtet wären. Sie haben sich hierfür ihm gegenüber zu nichts obligiert. Anderseits hat er von ihnen für sie nichts erwartet. Es kann somit keine größere Vergewaltigung der Wahrheit geben, als es die leider aus deutschen Reden in die böhmische Anklageliteratur rezipierte Behauptung ist, Graf Badeni hätte durch die Sprachenverordnungen die Stimmen der böhmischen Delegation für die Ausgleichsvorlagen erkauft und sie hätte dafür ihre Stimmen verkauft. Auch nach den Sprachenverordnungen hatten sie in bezug auf die Erneuerung der Verträge mit Ungarn vollkommene Freiheit.

Graf Badeni betrachtete die Sprachenverordnungen für keine Konzession der Regierung an eine bestimmte Partei, sondern für eine Abzahlung, durch welche ein Teil der Schuld des Staates gegenüber dem böhmischen Volke getilgt wurde. Um eine wahrhafte und dauernde Verständigung der Böhmen und Deutschen bemüht, war er des Lehrsatzes eingedenk, daß eine Allianz ungleicher Kompaziszenten eine contradictio in adiecto ist, daß dies ein Vertrag ist, bei welchem der Schwächere im Nachteil sein muß. Deshalb wollte er die Böhmen für die beabsichtigten Verhandlungen über einen definitiven Ausgleich mit den deutschen Landsleuten durch seine Sprachenverordnungen moralisch und rechtlich stärken. Diesen Zweck legte er ihnen bei — einen anderen nicht.

Zu seiner Ehre konstatiere ich, daß er diesen Vorsatz proprio motu gefaßt hat. Er brachte ihn aus Lemberg mit. Schon als galizischer Statthalter hat er sich zu wiederholtenmalen geäußert, die innere böhmische Amtierung wäre der point d'honneur für das

böhmische Volk und zugleich eine Ehrenpflicht Österreichs ihm gegenüber. Für ihn bedeutete die Erfüllung dieses Postulats eine selbständige, von der jeweiligen Regierung unabhängige und mit der aktuellen Politik nicht zusammenhängende Tat. »Das muß sein, das müssen die Böhmen haben«, so meinte er, allein er verging sich selbst an seiner eigenen Entscheidung. Wie, werde ich sofort auseinandersetzen.

Die Sprachenverordnungen bereitete er volle fünfzehn Monate vor. Er verhehlte auch seinen Plan niemandem. Dr. Baernreither, Dr. Bareuther, Dr. Ruß und Lippert wußten schon im Dezember 1895, daß er im inneren Amtsverkehre die Gleichheit der böhmischen Sprache mit der deutschen einführen wolle. Das waren doch keine Neulinge in der Politik, um nicht zu wissen, worum es sich handle, wenn man ihnen sagte: innere Amtssprache.

Nicht bloß privat, sondern in der offiziellsten Weise, bei der Verhandlung über die Kurien und den Schlüssel für die Wahlen in die Kommissionen des böhmischen Landtages und aller von ihm verwalteten und gewählten Anstalten wurden sie verständigt. »Die Regierung hat prinzipiell beschlossen, die innere böhmische Amtssprache zu dekretieren.«

Er beging den Fehler, daß er dies in Zusammenhang brachte mit den Kurien, ja daß er zwischen ihnen einen solchen Konnex konstruierte, daß ohne Kurien keine innere böhmische Amtssprache und vice versa sein sollte.

Das war ein vollkommen verkehrter Standpunkt und daß er unrichtig war, darüber belehrten ihn — die Deutschen. Sie antworteten ganz korrekt — sie befanden sich damals noch im Stadium, in welchem sie erklärten, die innere böhmische Amtssprache wäre keine Angelegenheit des deutschen Volkes, sondern lediglich des Staates — man müsse diese beiden Angelegenheiten auseinanderhalten; die Kurien könnten durch den Landtag selbst eingeführt werden, die böhmische innere Amtssprache hingegen durch die Exekutive. Nicht genug daran. Sie fügten hinzu: ihnen könnte es gleichgültig sein, ob das Ministerium auf eigene Verantwortung einen neuen Riß in die Einheit der Administration machen wolle — ihrer Zustimmung bedürfe sie hierzu nicht. Ihnen sei an der gesicherten Vertretung in den Landesausschüssen und in der Landesverwaltung durch Kurienwahl gelegen. Von böhmischer Seite wurde gegen diese Wahl und gegen die proportionale Repräsentanz der deutschen Minoritäten prinzipieller Widerstand nicht erhoben. Man

willigte auch ein, zum Landmarschallstellvertreter möge ein der böhmischen Sprache mächtiger Deutscher ernannt werden.

Die Besprechungen waren ziemlich günstig beendet. Man hoffte, es werde ein Modus angenommen werden, welcher für die Deutschen kein Unrecht bedeutet, wonach die Mandate in den Kommissionen und in den Landesinstituten nach der Gesellschaftsrechnung verteilt werden würden. Dr. Ruß debütierte zwar mit der Theorie von der »virtuellen« Gleichheit der deutschen Minorität gegenüber der böhmischen Majorität in Böhmen — die »virtuelle« Gleichheit der böhmischen Majorität mit der deutschen Minorität in Mähren hat er freilich geleugnet — das war jedoch nur der letzte verzweifelte und unglückliche Versuch, das ehemalige Übergewicht der Deutschen in irgendeiner Gestalt zu retten.*)

Graf Badeni hoffte auf gute Witterung im böhmischen Landtage. Er prophezeite sie nach den Dispositionen, welche die von ihm nach Wien geladenen politischen Persönlichkeiten an den Tag gelegt hatten. Von der Nebenregierung im Prager deutschen Kasino hatte er keine Ahnung, von der Rivalität zwischen den deutschen Führern noch weniger. Deshalb war er nicht wenig überrascht, als aus beiden deutschen, aus dem Hauptquartier, wo Lipperts Rivale das Kommando führte, inspirierten Tagesblättern eine Dissonanz herausklang und als schließlich alles desavouiert wurde, was in Wien vereinbart worden war. Dr. Ruß sprach frappiert und erbost von »unberufenen Leuten, welche sich der Spritzen bemächtigt hatten«.

Doch Graf Badeni gab den Gedanken nicht auf, von den Deutschen die Zustimmung zu den Sprachenverordnungen zu erhalten, von denen sie ihm selbst gesagt, die Exekutive könne sie im eigenen Wirkungskreis erlassen. Er zauderte und wartete. Er schrak förmlich zurück vor deren Verlautbarung vor den Wahlen und während der Wahlen, damit nicht Wasser auf die Mühle der Deutschnationalen getrieben werde. Er glaubte, nach den Wahlen werden die Fortschrittler nachgiebiger werden. Es ist mir bis zum heutigen Tage ein Rätsel, wer ihm solche grundfalsche Auffassungen suggeriert hat. Das konnte nur ein der deutsch-böhmischen Frage

*) In Zahlen stellen sich die einzelnen Propositionen folgendermaßen dar: Nach der Meinung des Grafen Badeni hätten die Deutschen mit beiden Händen zugreifen können, hätte man ihnen in einem Achtzehnerausschuß 6, den Böhmen 8, den Großgrundbesitzern 4 Mandate gegeben. Dr. Ruß verlangte das Verhältnis 4:4:2, anstatt 3:4:2.

ganz unkundiger Mensch sein. Das konnte nur ein Ignorant sein, der ihm einredete, man könne die Deutschen dazu bewegen, unverhohlen und öffentlich ihr »placet« zur böhmischen Amtssprache, in welchen Dimensionen immer, zu geben. Graf Badeni unternahm eine vergebliche Arbeit, indem er Leute überreden wollte, die a priori nicht nachgeben wollten. Einen ganzen Tag lang hatte er sich mit ihnen abgeplagt.

Graf Badeni teilte den deutschen Unterhändlern in loyaler Weise die Grundsätze der Sprachenverordnungen mit, wie sie in jenem Augenblick projektiert waren. Keinen Augenblick lang hat er damit hinter dem Berge gehalten und in nichts würden alle Anklagen zerfallen, daß er falsch zu ihnen gewesen, wenn er sich entschlöße, aus seiner deplacierten, kavaliermäßigen Reserve herauszutreten und wenn er spräche. Sobald sie einmal die Grundlage verworfen hatten, war er nicht mehr verpflichtet, sie von den Details zu benachrichtigen, über welche er nachher dann nur noch mit einem Kompaziszenten übereinzukommen hatte, mit den Böhmen. Am wenigsten war er hierzu verpflichtet Parlamentariern gegenüber, die ihm sofort den Krieg gegen die Sprachenverordnungen mit weiterer oder engerer innerer böhmischer Amtssprache ankündigten.

Die Sprachenverordnungen waren von der Regierung nicht konzipiert und wurden den böhmischen Vertrauensmännern nicht vorgelegt in der Form, in der sie erlassen wurden. Um diese mußten sie mit den beteiligten Ministern und deren Ratgebern scharfe Kämpfe führen, so scharfe, daß sie genötigt waren, mit dem Abbruche aller Beziehungen zu drohen. Es handelte sich vornehmlich um die sogenannte innerste böhmische Amtssprache im Königreiche Böhmen, respektive in der Markgrafschaft Mähren, das ist um die Agenda, welche die Parteien nicht betrifft. Innerhalb der Grenzen beider Länder wurden somit beide Sprachen gleichgestellt, nicht bloß insoweit es sich um Parteieneingaben handelt, sondern auch in Angelegenheiten, welche ohne deren Anregung, das heißt aus der Initiative der Behörden selbst hervorgegangen sind, die Ressorts der Eisenbahn und der Landwehr ausgenommen.

Ich bedaure jetzt, daß ich zum Andenken nicht habe in Farben eine graphische Darstellung aller Veränderungen der strittigen und wichtigen Artikel dieser Verordnungen photographieren lassen; es wäre dies ein interessantes Dokument und auch ein lehrreiches. Es würde beredt verkünden, wie schwer und mühsam wir jeden

Fußbreit des Fortschrittes in der Geltendmachung der nationalen Rechte erkämpfen müssen.

Das Original ist lithographiert. Die ersten Korrekturen sind mit schwarzer Tinte gemacht, die zweiten mit Bleistift, die dritten mit blauer Tinte, die vierten mit roter. Dann ist die ganze Stilisierung einfach durchgestrichen und nebenan in margine ist eine neue niedergeschrieben. In dieser wiederholt sich abermals die ganze Prozedur mit allen Regenbogenfarben. Die Hauptmomente dieses Prozesses hat Dr. Pacák in seiner lichtvollen Broschüre »Einige Worte der Wahrheit zu den Sprachenverordnungen« festgehalten. Die zweite Verordnung betreffend die sprachliche Qualifikation der Beamten in Böhmen und in Mähren war nur eine Ergänzung des ersten Erlasses betreffend die Anwendung der Landessprachen, gewissermaßen eine Durchführung hierzu. Ich maße mir kein eigenes Urteil an, ob sie unerläßlich war, und auch nicht darüber, ob sie uns zuträglich war. Doch ist es vielleicht gestattet, zumindest zu zweifeln.

Im böhmischen Memorandum vom Jahre 1879 wurde zwar für die landesfürstlichen Beamten die obligate Kenntnis beider Landessprachen verlangt, nicht aber in der Verordnung des Grafen Taaffe und Dr. Stremayrs vom Jahre 1880 betreffend die Anwendung dieser Sprachen im äußeren Amtsverkehre der Gerichte und politischen Behörden erster Instanz. Wäre dieser Erlaß streng durchgeführt worden, strenger, als es nach dem eigenen Geständnisse des Ministers Pražák der Fall war, dann hätten sich die Konsequenzen viel durchgreifender eingestellt, als sie de facto waren; bei einer rigorosen Durchführung des reellen und materiellen Rechtes der böhmischen Sprache im ganzen Bereiche unseres Vaterlandes wäre und war auch, wenn auch nicht vollständig, die logische und unabwendbare Konsequenz nach der persönlichen Seite hin eingetreten: das Eindringen böhmischer Beamter dort, wo es keine deutschen gab, die der böhmischen Sprache mächtig waren. Und dabei handelt es sich nur um politische Behörden und Gerichte. Durch die Verordnungen des Grafen Badeni und seiner ministeriellen Kollegen kamen noch drei Ressorts hinzu: Finanz, Handel und Ackerbau, und kam hinzu die innere böhmische Amtierung und auch die innerste. Unser Interesse ist es, daß diese Vorschriften auf das sorgfältigste und gewissenhafteste eingehalten werden, damit nicht der Minister vor die Abgeordneten mit der reumütigen Selbstanklage treten müsse, dem sei nicht überall so, daß der Aufstieg der böhmischen

Sprache zur vollen Gleichheit nicht retardiert und redressiert werde, wie dies durch Instruktionen geschehen ist, welche in Abwesenheit des Ministers Rittner, des Chefredakteurs der Sprachenverordnungen, durch subalterne Funktionäre auf Grund des ursprünglichen Elaborats hinausgegeben worden sind, in denen die böhmische Sprache aus dem von den Parteien nicht herbeigeführten Amtieren ausgeschlossen war. Unsere Forderung ist, es möge in praxi nicht ins Gegenteil verkehrt werden, was auf dem Papier steht, man möge nicht Ausreden und Ausflüchte gebrauchen, es seien zweisprache Exekutivorgane nicht vorhanden und wir müssen angesichts dieses Mangels Pardon erteilen. Wie und wo die Regierung die sprachlich qualifizierten Beamten hernimmt, soll ihre Sorge sein.

Das Ministerium des Grafen Badeni hat erkannt, es empfehle sich am besten der obligate Nachweis der Kenntnis beider Landessprachen durch das gesamte Beamtenpersonal. Maßgebendenorts — ich meine da nicht bloß einen einzelnen Faktor — war man und ist man für die Zweisprachigkeit der Behörden und für die Zweisprachigkeit der Beamten. Nicht bloß aus Rücksicht auf die Einheit der Administrative, sondern aus Gründen der Staatsräson, aus Rücksicht auf die Interessen der Dynastie und Monarchie. Hier decken sich unsere nationalen und staatsrechlichen Interessen mit den höchsten Reichsinteressen: die Integrität und Unteilbarkeit des Königreiches Böhmen ist ein kategorischer Imperativ für jede österreichische Regierung.

Es war somit für den Grafen Badeni nicht schwer, für die sprachlichen Maßnahmen vom 5. und 22. April 1897 die Sanktion der allerhöchsten Kreise zu erwirken. Diese haben, wie ein hervorragender Würdenträger aus Böhmen, der unwillkürlich die Wahrheit getroffen hat, sich sehr charakteristisch geäußert, einen militärischen Gesichtspunkt eingenommen in doppelter Hinsicht. Fürs erste, daß, gleichwie jeder Offizier neben der Armeesprache die Regimentssprache erlernen muß, auch der Beamte im Lande; fürs zweite, daß eine so exponierte Position, wie es das Königreich Böhmen ist, möglichst befestigt sein muß.

Als Graf Badeni im Sommer 1897 mit einem neuen, auf der Zweiteilung beruhenden Projekt kam, auf Grund dessen die gegenwärtige Regierung ihre Sprachenverordnungen aufbauen wollte, stieß er oben auf Widerstand aus den angeführten Gründen. Man sagte ihm, die einfachste Regelung ist die beste und die einfachste Regelung ist auch die verläßlichste vom gesamtstaatlichen Gesichts-

punkte. Für die neue Methode erhielt er die Ermächtigung nicht so leicht wie für die ursprüngliche. Allein das Vertrauen in ihn war dermaßen unerschüttert und der Wunsch, die Revolte der Deutschen niederzuhalten, bei der Regierung und der Krone so stark, daß sie dem Frieden und der Ruhe im Lande und Reichrate bereit waren eine Modifikation der Sprachenverordnungen, welche im Prinzip der Gleichheit beider Völker und der Einheit des Königreiches Böhmen nicht widerspräche, vorzunehmen.

Ich spreche nur ein historisches Faktum aus, wenn ich an dieser Stelle sage, daß, was immer Baron Gautsch zustande bringt, ihm Graf Badeni bereits appretiert hat; daß, wenn die Deutschen die Augustkonferenzen beschickt hätten, er seine modifizierten Sprachenverordnungen vor der Herbstkampagne hinausgegeben hätte, und daß er, hätte man ihn nicht im November wie ein corpus vile der Straße zum Fraße hingeworfen, sie sicherlich vor der Tagung des Landtages publiziert hätte. War ja auch schon hierfür das Datum angesetzt.

Ich kann mich wohl auf eine kurze Schilderung des Feldzuges der deutschen Opposition im Parlament gegen diese Verordnungen beschränken. Aus unschuldigen Vorschriften hat Dr. Funke aus Leitmeritz »Aufruhrakte« gemacht. Ein Verbrechen an dem deutschen Volke und dessen Rechten nannte sie der deutschnationale Benjamin, eine Erniedrigung der Deutschen der rückgratlose Baernreither. So zahlreiche deutsche Redner auch sich und die Massen gegen dieses »Unrecht« entflammen mochten, keiner wagte den Beweis, daß sie eine Unbill und eine Verletzung des legalen Rechtes sind. Alle haben in einem fort bis zum heutigen Tage in der Tat nur die Wunde zur Schau gestellt, welche das fiktive Recht erlitten, das sich zusammensetzt aus dem Vorrechte und aus der Vorherrschaft des deutschen Stammes und der deutschen Sprache. Hierbei verschwand das vorgeschützte Staatsinteresse ganz und gar und blieb die nationale Überhebung und das Diktat: »Unser künstlich begrenztes deutsches Sprachgebiet wollen wir ausschließlich deutsch haben, die übrigen Teile der »Provinz« gemischt und verlangen, daß unsere Söhne in die Ämter des ganzen Landes auch dann eingesetzt werden, wenn sie nur deutsch können werden!«

Das war der Tenor aller Auseinandersetzungen und Reden aus den deutschen Schlachtreihen. Freilich hat man sich damit nicht besonders angestrengt. Man hat sich auf eine bequemere, geistlose, unendlich niedrige Obstruktion verlegt. Reden und etwas

sagen — das ist eine Leistung, die immerhin Intellekt und geistige Arbeit erheischt. Damit sich abzumühen, hatte die Phalanx der Obstruktion keine Lust. Sie gebrauchte zwei andere ausgiebigere Mittel: entweder Lärm und Tosen, durch welches alles niedergeschrien wurde, oder geisttötende namentliche Abstimmungen, durch welche jegliche positive Arbeit unmöglich gemacht wurde. Stolz zu sein auf diese Taktik, hatten unsere Widersacher keinen besonderen Grund: von der kulturellen Superiorität zeugte sie wahrlich nicht.

Ich muß da einen allgemein verbreiteten Irrtum richtigstellen, zur Obstrukttion hätte Schönerer das Signal gegeben. Es hat dies Dr. Ruß in seiner bekannten Zuschrift an die »Neue Freie Presse« getan, die daselbst am Tage der Eröffnung des neuen Abgeordnetenhauses veröffentlicht wurde. Daß der Anstoß gerade von ihm ausgegangen, das hatte seine individuellen und auch allgemeinen Motive. Dr. Ruß war nicht zum Führer erkoren worden. Er aber wollte zeigen, daß, wenn auch diese Würde anderen zuteil geworden, er den Spiritus habe, und wenn ihm kein Amt gegeben worden, ihm sei der Verstand gegeben worden. Es gibt jedoch noch eine tiefere, ernstere Ursache. Ein so leidenschaftliches, barbarisches, blindwütiges, ein solch geradezu unzurechnungsfähiges Toben, dessen Zeugen wir gewesen vom vorigen April bis Ende November, hat gewiß eine brennendere und stachligere Spitze als die Sprachenverordnungen, von denen die deutschen Führer im März des Vorjahres in camera caritatis gesagt hatten, sie gehe es national gar nicht an, wenn der einzige Interessent, der Staat, die Uniformität der deutschen inneren Amtssprache zerstöre.

Man braucht diesen Stachel nicht lange suchen, er ist sichtbar.

Vom Jahre 1881 bis zum Jahre 1891 wurde der Beweis erbracht, daß man tatsächlich nach dem Worte Dunajewskis ohne die Deutschen auf der Linken regieren könne. Vom Jahre 1891 jedoch bis zum Jahre 1893 waren diese in der Majorität. Sie hatten zwar freie Hand, waren aber doch ein Teil der Regierungsmehrheit. Vom Oktober des Jahres 1893 bis Juni des Jahres 1895 hatten sie ihre Minister, hatten sie einen Teil und ein Stück der Macht, waren sie in der Koalition der an Zahl stärkste Alliierte und hofften, daß dasjenige, was sie errafft, auch wachsen werde. In dieser Hoffnung wurden sie getäuscht. Als sich dann wieder eine Majorität der Rechten ohne sie gebildet hatte, als das Kabinett Badeni im Amte geblieben war, trotzdem die Linke ihm ihre Unterstützung versagt hatte, als

die Majorität sich befestigte, als die Attribute deren organischer Angliederung sich mehrten, als sie sich über eine gemeinsame Adresse mit den Kardinalpostulaten: historisches Recht, Autonomie und nationale Gleichberechtigung geeinigt hatte — während zwei deutsche Parteien überhaupt keinen Adreßentwurf beantragten, die übrigen eine jede ihren eigenen — als offenkundig wurde, daß, wenn sie noch nicht eingetreten, doch auf dem Marsche ist eine Ära, welche nach dem Intermezzo der dreibeinigen und dann Koalitionsmajorität nicht bloß eine zeitliche Fortsetzung des Taaffeschen, auf die Rechte sich stützenden Dezennats, sondern auch ein Fortschritt, eine Umgestaltung, eine Vervollständigung seines Systems ist, als es nicht mehr schien, sondern klar zu werden begann, daß Österreich an der Schwelle neuer interner Formationen angekommen ist, die anders waren, als welche vom Konservatismus der Pseudoliberalen und der rechtgläubigen Altzentralisten überkommen waren, da verloren die Erben dieser alle Ruhe und Besonnenheit. Leidenschaft und Rache wurden zum einzigen Programm erhoben und in der Nachgiebigkeit diesen gegenüber verfielen auch die Eliteelemente unter den Deutschen immer tiefer und immer mehr in die Botmäßigkeit des Flügels, der nur vom Skandal lebt.

So waren die Anfänge und Triebkräfte der deutschen Obstruktion beschaffen. Eingeleitet wurde sie durch konzentrierte Angriffe auf die Regierung und die Böhmen schon am 9. April 1897 bei den Anträgen auf Aufhebung der Sprachenverordnungen, durch Angriffe, die auch durch böhmische und polnische Sozialisten unterstützt wurden, die sich nicht besonders rühmlich in das Abgeordnetenhaus eingeführt haben durch ein Pamphlet gegen das böhmische Staatsrecht und durch eine Anklage wegen der galizischen Wahlen, während deren Erledigung sie berechtigte Beschwerden durch einen rohen Ton und durch Terror gegen jedermann abschwächten, der ihnen nicht zustimmte. Während des Sturmes hatte Graf Badeni den Mut, zu sagen: Die Sprachenverordnungen sind nicht aus taktischer parlamentarischer Berechnung erlassen worden, sondern als Bedingung einer erfolgreichen Lösung der böhmischen Frage und im Interesse nicht bloß des Königreiches Böhmen, sondern des ganzen Staates, und den Deutschen die Versicherung zu geben, daß deren berechtigte Interessen in Böhmen durch die Regierung geschützt werden. Der Sektionschef Dr. Ruber, der nachmalige Justizchef, der für den erkrankten Justizminister sprach, erinnerte die Deutschen, welche in einem fort

von reindeutschen Gerichtssprengeln perorieren, daran, daß es in Böhmen von 219 Bezirksgerichten nur 5 ohne böhmische Agenda gibt, schilderte die Monstrosität des bisherigen Verfahrens, insbesondere des Übersetzungswesens, sprach seine Verwunderung aus, daß es schon längst nicht beseitigt worden, und fügte hinzu, daß vom praktischen Standpunkte die Notwendigkeit der Spcachenverordnungen erwiesen sei.

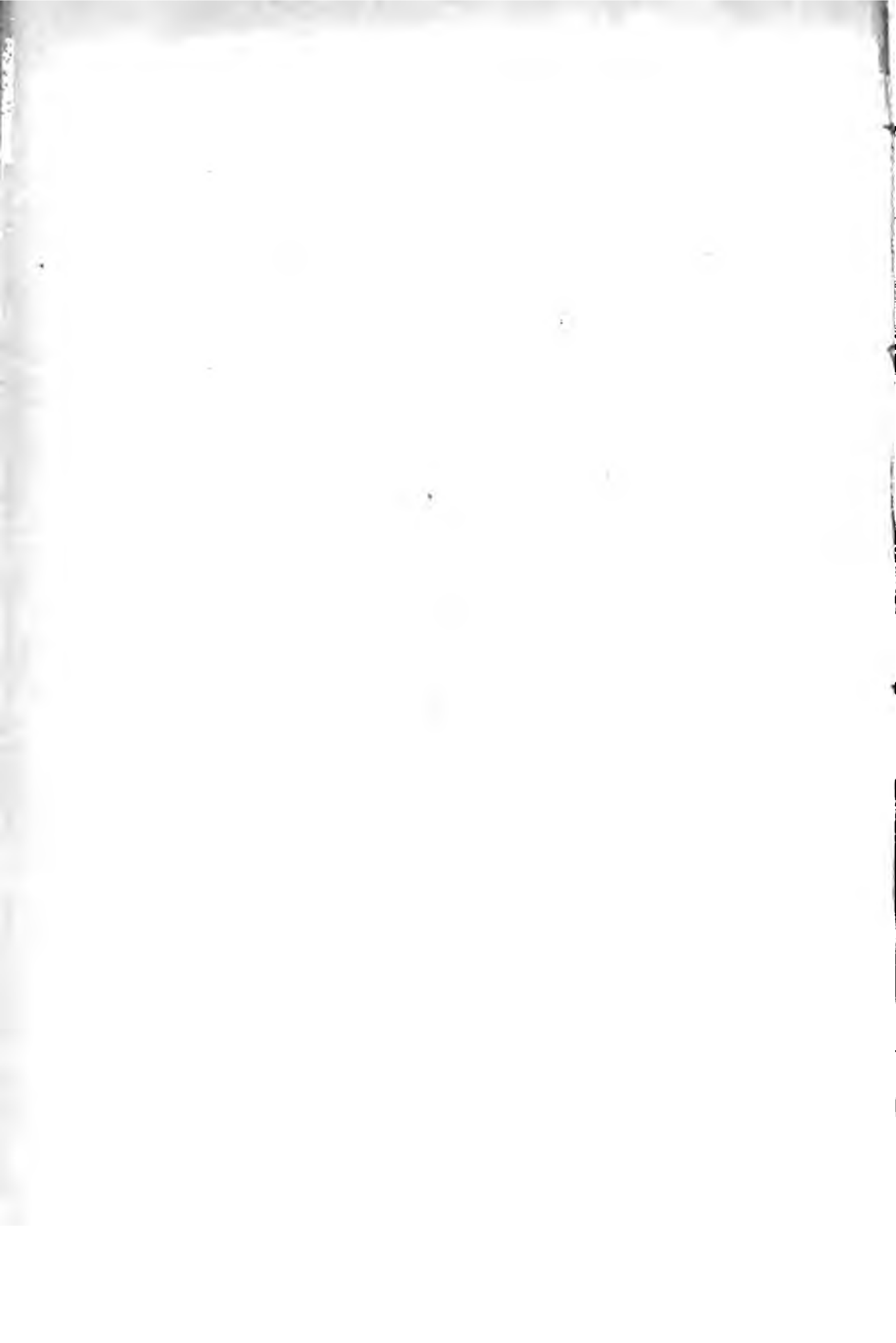
Weil Herr Dr. Edler von Ruber der Nachfolger des Grafen Gleispach geworden ist, zitiere ich da nach dem stenographischen Protokoll (XII. Session, Seite 282/3) dessen Ausspruch: »Es war kein Grund vorhanden für die Justizverwaltung, in dieser Sache anders zum Schaden des böhmischen Volkes zu verfahren, welches so glücklich ist, eine Sprache zu besitzen, die als höchst entwickelt bezeichnet werden muß und die sich schon im 15. und 16. Jahrhundert mit literarischen Blüten, namentlich juristischer Natur, ausweisen kann. Ich erwähne die weltbekannten neun Bücher des Cornelius von Všehrd, der in ihnen eine tiefe Quelle der Terminologie, speziell in juristischer Hinsicht, hinterlassen hat. Gegenüber einem solchen Volke darf die Justizverwaltung keine Nuance mehr dulden, sofern es sich um den Verkehr der Behörden untereinander handelt.«

Einen Monat später folgte ein ausgiebiges Crescendo in den Angriffen der vereinigten deutschen Parteien. Nachdem sie am 16. April einen Aufruf an das Volk erlassen, worin sie den Krieg bis zum Exzeß ankündigten, brachten sie am 30. April Anträge ein auf Versetzung der Minister, welche die Sprachenverordnungen unterschrieben hatten, in Anklagezustand. Zur Debatte hierüber stärkten sie sich auf den Parteitagen in Teplitz und Reichenberg am 2. Mai; sie währte drei Tage. Graf Badeni wies die Legalität der Verordnungen durch Präzedenzfälle, durch das Verordnundsrecht der Exekutive und auch durch den Inhalt der neuen Ordonnanzen nach. Er konnte wenigstens zu Ende reden. Graf Gleispach jedoch schrie man nieder, kaum daß er es gewagt, die Seriosität der ganzen Obstruktionsanabasis und deren Moralität anzuzweifeln. Wolf sprach von »tief minderwertigeren Völkern als es die Deutschen sind«, welcher Ausspruch ein Duell zur Folge hatte. Für den gegenwärtigen Moment haben die Worte Professor Kaizls Bedeutung: »Das einmal ausgesprochene, gewährte, zuerkannte Recht kann nie mehr genommen werden.« In einer unerschrockenen Rede charakterisierte Graf Falkenhayn den Charakter der deutschen Opposition. Alle Anklageanträge wurden durch





Graf Badeni



Annahme des Antrages Kaizl auf einfachen Übergang zur Tagesordnung mit 203 Stimmen, auch mit jenen der Katholischen Volkspartei, gegen 163 abgelehnt.

Mitten im Kriegslärm gab es am 10. Mai eine kleine Idylle: es wurde der Handelsvertrag mit Bulgarien genehmigt. Es ist dies die einzige Vorlage, die seit dem 27. März 1897 überhaupt perfektioniert wurde. An den folgenden Tagen hatten das Wort die slavischen Abgeordneten aus dem Küstenlande: durch ihre Anklagen gegen das Regime des Statthalters Rinaldini wurde dessen Schicksal besiegelt. Das Entlassungsdekret erhielt er erst von Baron Gautsch.

Die Obstruktion, die während der letztgenannten Debatten ausgeruht hatte, unternahm nun einen forcierten Sturm, um jedwede Verhandlung zu vereiteln. Am 18. Mai beginnt eine neue Phase in ihrer Tätigkeit: die störende Arbeit. An diesem Tage war auf der Tagesordnung die erste Lesung der neuen Gerichtsgebürenordnung. Der erste Redner hierzu, Dr. Schücker, wurde am Sprechen verhindert. Als das Abgeordnetenhaus sich wieder am 24. Mai versammelte, trat die Obstruktion in ein neues Stadium: es wurde namentlich über Petitionen mit Zehnminutenpausen vor jeder Abstimmung abgestimmt. Eine neue Variation waren dann die namentlichen Abstimmungen über beantragte Korrekturen im Protokoll. Am 26. Mai schloß der Vizepräsident Abrahamowicz, um diesem Anschlage zu begegnen, die Sitzung, welche durch lauter Abstimmungen ausgefüllt war, nicht, sondern vertagte sie bis zum 28. Mai. An diesem Tage griff die Obstruktion unter unerhörten Ausschreitungen noch zum Mittel der doppelten namentlichen Abstimmungen über jeden Antrag — die erwähnte Vorlage wurde dem Justizausschusse zugewiesen. Am 1. Juni vollzog Baernreither sein Attentat auf Badeni: er führte unter den Auspizien Seiner Exzellenz des geheimen Rates Grafen Oswald Thun seine 30 Anhänger in das Lager der Aufständischen hinüber. Am selben Tage wurde dem Hause ein von der deutschfortschrittlichen Partei gegen beide Vizepräsidenten überreichter Protest mitgeteilt. Präsident Dr. Kathrein, welcher erkrankt war, weilte im nicht fernen Rodaun. Die Rechte antwortete mit einer meisterhaften Replik aus der Feder Madejskis, welche zugleich eine flammende Verurteilung der Obstruktion war. Mit mächtiger Stimme, welche alles Geschrei der Opposition übertönte, verlas sie bis zum Ende — Dr. Ebenhoch.

Es war nicht nötig, zu raten, wogegen die stetig gesteigerte Vehemenz der Obstruktion gerichtet war: sie selbst schrie es öffent-

lich hinaus, daß sie gegen die Erledigung der Adresse der Rechten gerichtet sei. Graf Badeni erschrak vor dem Anschlage des deutschen Großgrundbesitzes und war ihr hierin behilflich. Mittwoch den 2. Mai erklärte er auf Grund allerhöchster Ermächtigung die Session für geschlossen. Vorher konnte noch Jaworski im Namen der Rechten nachdrücklich deren in dem Adreßentwurfe niedergelegtes, feierliches Confiteor erneuern.

In seinem Schlußworte nannte Graf Badeni das plötzliche Ende des Reichsrates ein Gebot der Staatsnotwendigkeit. Die Wirklichheit machte einen ganz anderen Eindruck: einer Retirade der Regierung vor der Obstruktion und eines materiellen — und was die Hauptsache war — moralischen Sieges der Opposition. Es war dies ein verhängnisvoller Fehler, weil er nicht eine Äußerung der Kraft, sondern der Schwäche war. Es war dies nicht der einzige, eine ganze Reihe von anderen folgte. Der Geheimerlaß vom 2. Juni war einer, das Verbot des Volkstages in Eger ein noch größerer; der größte jedoch war das fortwährende Nachlaufen der Obstruktion, die fortwährende Sucht, sie zu versöhnen, durch welche sie nur zur Ausdauer angeeifert wurde, und das fieberhafte Suchen von zu ihr führenden Wegen, zuerst durch Hilfe des Großgrundbesitzes, dann durch den Oberstlandmarschall und zuletzt durch Vermittlung der deutschen Vertrauensmänner, denen am 19. August die Einladung zu einer am 26. August beginnenden Ausgleichskonferenz zugestellt wurde. Die Deutschen lehnten ihre Teilnahme schon am 23. ab. Eine Woche hierauf verschrieb sich Graf Badeni der Rechten. Nur drei Monate noch waren ihm vergönnt.

Die zweite Lesung des Ausgleichsprovisoriums war herangekommen, durch einen ad hoc gefaßten Beschluß des Abgeordnetenhauses wurde es auf die Tagesordnung gesetzt und es wurde ihm gegenüber den Anträgen Groß und Rieger auf Erhebung einer Anklage gegen die Regierung wegen der Verordnung betreffend die verlängerte Dauer der Novelle zum Zuckersteuergesetz vom Jahre 1896 die Priorität zuerkannt.

Die Frage ist heute gegenstandslos, warum nicht das von Jaworski vorgeschlagene Vorgehen gewählt, dieser Angelegenheit die Nachtsitzung zu widmen, oder warum nicht durch absolute Majorität und debattelos angenommen, ja nicht einmal in Form eines formulierten Antrages die Anregung des Berichterstatters Pientak gestellt wurde: »Das hohe Haus wolle das Ausgleichsprovisorium ohne Verzug, ohne Unterbrechung und ohne alle formalen Proze-

duren erledigen.« Die Obstruktion war auf derartige Eventualitäten vorbereitet. Sie hielt ihre Partie schon für verspielt und resigniert rief Dr. Groß: »Alles ist verloren!« Professor Pfersche tröstete die deutsche Öffentlichkeit im »Neuen Wiener Tagblatt«, die Partie beim Provisorium wäre wohl verloren, beim Definitivum jedoch werde sie sicher gewonnen werden.

Daß eine andere Taktik, die erwähnte, gewählt wurde, erklärt sich durch den kurzen Termin, der vom ungarischen Kabinett der Regierung des Grafen Badeni gegeben war. Zuerst bis Samstag den 4. Dezember inklusive, dann bis zum 1. Dezember exklusive. Man hatte somit, wenn man den Sonntag des 28. November abrechnet — bloß fünf Tage.

Auf der Linken wußte man dies gut — von den magyarischen Freunden und Gönnern. Ihr Bestreben war darauf gerichtet, die Erledigung dieser Angelegenheit bis zu diesem Termin zu vereiteln. Man benutzte hierzu die doppelten namentlichen Abstimmungen über jede Petition. Mittwoch brachten die Obstruktionisten deren 60 ins Haus. 56 waren wörtlich identisch, waren gedruckt und betrafen die Sprachenverordnungen. Dr. Dyk beantragte für sie ein summarisches Verfahren: von den gleichlautenden soll nur eine verlesen und eo ipso protokolliert werden, von den übrigen sollen nur die Einsender angeführt werden. Nun geschah der erste Fehler. Der Präsident ließ über den Antrag nicht, wie es der Antragsteller ausdrücklich verlangt hatte, ohne Debatte abstimmen, sondern ließ sie zu. Als sie sich dann in einen breiten Strom ergoß, wollte er ihn eindämmen: er verweigerte den Oppositionellen das Wort. Dafür entrissen ihm zuerst Schönerer und dann Wolf die Glocke, dafür stürmten ihre Helfershelfer aus der deutschfortschrittlichen Partei das Präsidium und als dieses von der Rechten verteidigt wurde, zückte Professor Pfersche sein Taschenmesser und drohte dem Abgeordneten Březnovský, er werde ihm den Bauch aufschlitzen. Der Plan gelang. Zur Abstimmung über den Antrag Dyk kam es überhaupt nicht und für den Grafen Badeni war wieder ein Tag verloren. Obwohl an zwanzig Abgeordnete einstimmig deponierten, daß Professor Pfersche nicht in der Defensive, sondern in der Offensive handelte, obwohl die Immunität nur für Abstimmungen und Äußerungen garantiert ist, geschah ihm ebenso nichts wie Schönerer und Wolf für den Raub der Glocke und wie Schönerer für das drohende Erheben eines Ministerfauteuils gegen die Abgeordneten der Rechten.

Der Herr Präsident des Wiener Oberlandesgerichtes, Ritter Krall von Krallenburg, erhob schützend über sie seine Flügel, ebenso wie zwei bis drei Tage später über die anarchistischen Sozialisten. Es fand sich kein einziges deutsches Blatt, welches den moralischen Mut gehabt hätte, sein Mißlieben über derartige Erscheinungen auszusprechen. Ja das »Fremdenblatt«, das bisher als Dolmetsch des Grafen Badeni galt, griff die Böhmen an, weil sie die Präsidenten dem Wüten der Aufrührer nicht preisgaben. Über Pfersche schrieb es kein Wort. Schon damals tuschelte man, Graf Goluchowski habe sich gegen seine Konnationalen gewendet. Die Opposition schöpfte Kraft aus der Haltung dieses Blattes, welches niemals aufgehört hat, den Deutschen die Stange zu halten. Sie erblickte darin ein Anzeichen, daß sich der Wind drehe.

Unmittelbar nach der Sitzung beschlossen Präsidium und parlamentarische Kommission der Rechten unter Mitwirkung aller Minister Schutz- und Präventivmaßnahmen. Das Präsidium wurde mit einer Barrière umgeben. Eine Abänderung der Geschäftsordnung, welche die namentlichen Abstimmungen beschränken sollte, ging infolge Widerspruches der böhmischen Abgeordneten nicht durch, sondern lediglich ein Zusatz betreffend die Ausschließung von Exzedenten auf drei Sitzungen ex praesidio, auf dreißig Sitzungen durchs Haus. Das ist die sogenannte Lex Falkenhayn.

Sie bedeutet auch nicht die geringste Schmälerung der Abgeordnetenrechte. Sie ist ausschließlich gerichtet gegen professionelle Raufer und Ausschreiter; sie ist bei weitem milder als die Bestimmung des Artikels 124 der Geschäftsordnung der französischen Kammer, wonach mit einer Zensur und zeitweiliger Ausschließung belegt wird »qui se sera rendu coupable d'outrages envers la chambres ou une partie de la chambre ou envers son Président«. Somit wer eine Beleidigung des Hauses oder eines Teiles oder des Präsidenten begeht, gar nicht zu reden von der Diziplinargewalt gegen störende Elemente im englischen und amerikanischen Parlament.

Das Mittel, zu welchem sich die Majorität in der Bedrängnis entschloß, hatte sie bereits im Sommer vorbereitet. Die Schwäche des Dr. Kathrein, die Kabalen von Personen, welche sich als Freunde des Grafen Badeni ausgaben, überall jedoch Verschwörungen gegen ihn anzettelten, und die Unentschlossenheit der Majorität selbst waren schuld daran, daß man die fertiggestellten Waffen nicht gebrauchte.

Als die Ereignisse sie ihr in die Hand drückten, war der Aufruhr, von unteren Strömungen gestärkt, schon zu übermütig geworden. Bevor die Lex Falkenhayn im tosendsten Lärm dekretiert war, ging für Graf Badeni von fünf Tagen der zweite verloren.

Die beiden nachfolgenden, der Freitag des 26. und der Samstag des 27. November, sind Tage der größten Erniedrigung des Wiener Parlaments, sind historische Daten, welche an die unlöschbare Schändung des deutschen Namens erinnern, sie sind jedoch auch vereint mit unvergeßlicher Schande, welche die sozialistische Gruppe auf sich geladen.

Wie sich am nächsten Tage zeigte, hätten die deutschen oppositionellen Parteien, mit Ausnahme des Quartetts Schönerer, gegen die provisorische Norm, nach welcher die renitenten, vom Präsidenten oder vom Hause selbst ausgeschlossenen Mitglieder durch ad hoc berufene Vollzugsorgane hinausgeführt werden sollten, sich auf einen bloßen Protest beschränkt. Allein die Sozialisten gaben die Parole aus: brutale und Brachialgewalt — und führten sie durch.

Sie stießen im konkretesten Sinne des Wortes Freitag den Präsidenten herab und besetzten unter dem Jubel der Linken das Präsidium. Sie zerwarfen und zerrissen seine amtlichen Schriftstücke In diesem Augenblicke hörten sie auf, eine Reformpartei zu sein und wurden eine Revolutionspartei. In diesem Augenblicke verloren sie durch ihre Handlungen, die der Strauchritter würdig waren, die sich vierzehn Mann stark auf einen stürzen, die letzten Reste der Sympathien anständiger Leute. Sobald sie ihre schlagenden Argumente mit den Fäusten zu demonstrieren begannen, verwandelten sie sich in Keulenschwinger, die den Mangel an Argumenten durch Überschuß an Anspannung ihrer Muskeln ersetzen. Niemals hätte Bebel und Liebknecht zugelassen, wozu im Wiener Parlament Adler und Pernerstorfer ihre Waffenträger kommandierten. Heftiger und leidenschaftlicher war der Kampf der Sozialisten im Deutschen Reichstage gegen Fürst Bismarck, insbesondere während der Gültigkeit des Sozialistengesetzes, als der österreichischen gegen Grafen Badeni, welcher ihnen den Weg ins Parlament geebnet, welcher bei den Wahlen keinen Druck zu ihren Ungunsten ausüben ließ, der ihnen mit keinem Worte wehe getan, auch wenn sie ihn schmähten und schimpften. Und dennoch würden wir vergeblich im langen Kampfe der Sozialdemokratie in Deutschland auch nur den Schatten jener Niedrigkeit und Gemeinheit suchen, durch welche die achtmonatliche Tätigkeit der österreichischen Sozialisten im Parlament traurig gekennzeichnet ist.



Graf Badeni

Polizei ist, er verlor die Festigkeit und befahl, die Verhandlung zu vertagen.

Das Abgeordnetenhaus hat ihn nicht mehr gesehen. Tags darauf wurde er seines Amtes enthoben.

Er hatte viele Feinde und sein Zusammensturz war nur eine Frage der Zeit. Seine Situation war ganz ähnlich dem Stande der Dinge unter Graf Hohenwart. Er wurde nicht bloß von geschworenen und offenen Gegnern im Parlament und auf der Straße der Residenz gestürzt, sondern auch von geheimen und verborgenen. Diese waren geringer an Zahl, aber feuriger und stärker. Vielleicht kannte er sie und wußte von ihnen. Doch er verließ sich auf eine Stütze, schöpfte Kraft aus einer Quelle, blickte zu einem Sterne hinauf. Die Stütze versagte, die Quelle versiegte, das Licht des Sternes erlosch. Deshalb fühlte er sich plötzlich so vereinsamt und so verlassen und deshalb trat er von der Höhe hinab, die er beklommenen Herzens und zitternden Schrittes hinaufgegangen war.

Die pragmatische Historie muß den ursächlichen Zusammenhang der Geschehnisse darlegen. Wer den Konnex zwischen dem Sturze des Grafen Badeni und zwischen seiner Politik untersuchen wird, der wird der Wahrheit und Wirklichkeit gemäß kühl und gerecht das Urteil sprechen: er fiel und wurde niedergerungen durch den Widerstand, der arrangiert wurde gegen die Sprachenverordnungen, als gegen einen Anfang, nicht gegen einen Ausfluß des werdenden Systems, das auf die Befriedigung des böhmischen Volkes abzielte, das ihm eine würdige Stätte in der Monarchie, ein werktätiges Mitwirken bei deren Entwicklung ermöglichen wollte.

Diejenigen messen unvollständig und unrichtig seine Verdienste ab, die bloß auf seine fertigen Taten sehen. Sie haben keine Ahnung, welche Schwierigkeiten er überwinden mußte und wo. Er selbst hat einmal in einem Gespräche mir anvertraut, er habe um eine unserer Sachen kämpfen müssen wie Jakob mit Jehovah. Und er hat sie erkämpft.

Wer ehrlich seine Individualität abschätzen und eine ordentliche Bilanz seiner Verwaltung machen will, der muß nicht bloß seine vollzogenen Handlungen, sondern auch die geplanten und vorbereiteten, auch seine Absichten und Pläne in Berechnung ziehen. Er gehörte zu jenen, deren Lob verkündet wird durch die Worte auf dem historischen böhmischen Gebäude: »Optima intenti.« Zu zahlreichen und wichtigen Errungenschaften hat er Vorbereitungen

getroffen, die Veränderung in der obersten Verwaltung einiger Länder sind noch sein Werk und wenn in der nächsten Zeit die Grundlagen gelegt werden zur böhmischen Technik und böhmischen Universität in Mähren, so sind das seine Leistungen.

Und wenn er auch nichts anderes getan hätte: daß er das Prestige des böhmischen Volkes gehoben, daß er die maßgebenden Kreise von der Staatsnotwendigkeit eines Ausgleiches mit ihm überzeugt, daß er ihm die Geltung eines Faktors verschafft hat, mit welchem unter allen Umständen zu rechnen ist, und daß er die Attribute seiner materiellen Rechte und seiner Einheit vermehrt hat — das verdient unseren Dank.

Er war nicht frei von Fehlern. Seine größte, seine tragische Schuld war seine Unentschlossenheit. Wo es der Schneidigkeit und Entschiedenheit bedurfte, zauderte er. Er verweilte in einem fort bei Provisorien und Halbheiten, die er verlängerte und die seine Kräfte absorbierten. Er vermehrte und steigerte so die Gegnerschaft, anstatt sie zu überwinden und zu zermalmen. Er hat sich vorzeitig verbraucht und fiel gebrochen, erschöpft, vernichtet.

Er war ein treuer Diener seines Herrn. Seine Person stellte er überall dem Schuß entgegen, und sie schließlich zum Opfer zu bringen, war ihm Glückseligkeit und Heil zugleich.

Und dennoch schied er mit bitteren Gefühlen wie Hohenwart, wie Beust, wie Taaffe. Ihn brannte in die Seele das Bewußtsein, daß er gekommen, um sich zu opfern und daß er geht — geopfert.

Mit Unrecht sagt man von uns, wir seien kein dankbares Volk. Mitnichten — der Undank, welchen der Dichter das schwärzeste Verbrechen nennt, verunziert nicht unseren Nationalcharakter. Wir vergessen nicht und unsere Herzen sind durchdrungen von innigsten Gefühlen zu allen, die uns gegenüber Freundschaft und Hilfe bewahren.

Immer werden wir dessen eingedenk bleiben, daß Graf Kazimir Badeni gelitten und gestritten hat und bis zum Zusammensinken verfolgt wurde unseretwegen und unseres Rechtes wegen.

Sein Name erglänzte durch sein politisches Ende in noch hellerem Lichte. Er wird neben jenem Hohenwarts noch späten politischen Generationen erstrahlen, wenn die ephemere und billige Gloriole eines Wolf, eines Lecher, eines Pfersche, eines Funke und anderer schon längst verdunkelt sein wird, und in der Geschichte unseres Volkes wird ihm immerdar ein Ehrenplatz gewahrt bleiben.

Grandios, wie Graf Taaffe scheidet er. Kämpfen und fallen fürs gleiche Recht ist ruhmreich, und von den Sympathien eines ganzen Volkes begleitet zu sein, eine unerreichte Ehre, ein beneidenswertes Los. Wir schreiben dem Grafen Badeni keinen Nekrolog, wir haben nicht bloß eine Ahnung, wir hegen den Glauben und die Überzeugung, daß seine Zeit noch kommen wird.

Die ruhige und selbstbewußte Sprache in der Rede, die er in Busk gehalten, die bar jeder Animosität, aber erfüllt war vom unerschütterlichen Bewußtsein, daß die Grundsätze, für die er sich eingesetzt und gerungen hat, für die er gefallen ist, richtig waren und siegreich sein werden, ist kein Testament, sondern eine Verkündigung. »Non omnis moriar« konnte er stolz von sich sagen. Unseretwegen hat man ihn hingestreckt. Er will jedoch kein politisch Toter sein; er meldet sich zur Arbeit und Wirksamkeit. »Nehmt mich wieder in eure Reihen auf!« In diesem Busker Epilog kündet er den Willen an, politisch noch zu leben. Das fünfzigste Lebensjahr ist kein Alter, in welchem man Pensionär oder Invalide wird.

Ob er ein Staatsmann war? Ob er ein großer Staatsmann war? Über die Fähigkeiten der Staatsmänner sowie der Strategen entscheidet gemeiniglich der Erfolg. Mit Unrecht. Wer erkannt hat, daß ohne Versöhnung des böhmischen Volkes, ohne Schlichtung der böhmischen Frage es kein konsolidiertes Österreich gibt, es überhaupt kein Österreich gibt, und wer diese Erkenntnis in Taten verkörpern wollte, ist ein österreichischer Staatsmann. Graf Badeni war einer.

Wer begreifen will, warum Graf Badeni und seine Richtung — nicht zu reden von dem System, wo es keines gab und wo es erst zu wachsen begann — unmöglich geworden sind, muß das Milieu kennen, in dem er gewirkt und gekämpft hat. Aus Krisen ist er überhaupt nicht hinausgekommen. Sie waren gar nicht latent, sondern patent. Er geriet in sie hinein nicht durch seine eigenen Intentionen, vielmehr infolge der Aufgaben, die ihm gestellt waren. Diesen nachzukommen bestrebt, opferte er jene. So geriet er in Widerspruch mit sich selbst. So wurde er inkonsequent, indem er beharrlich war in seinem Eifer, die Staatsnotwendigkeiten zu besorgen. So wurde er gegen seinen Willen nach rechts gedrängt, als man ihm links einen Refus gegeben.

Als er nach einer langen Odyssee in den gastlichen Hafen der Rechten sich eingeschifft und sich deren Unterstützung vergewissert hatte, die sie ihm in Tages- und Nachtkämpfen mit den

gegen ihn vereinigten Revolutionären bewahrte, konnte er endlich aufatmen und auf das Gelingen seiner Mission hoffen, trotzdem sich gegen ihn Baron Dipauli und die unverbesserlichen Dissidenten im Polenklub verschworen. Die Majorität hatte sich verpflichtet, ihn in der Versehung unabweisbarer Exigentien zu unterstützen. Diesem ihrem Versprechen ist sie keinen Augenblick untreu geworden. Nach reiflicher Überlegung schreibe ich da nieder: »Sie ging mit ihm und sie folgte ihm dorthin, wohin er nicht gehen wollte und wohin sie nicht gehen wollten, sondern wohin sie geschickt wurden.« Wer nicht eingeweiht ist, würde nicht glauben, wie groß ihre Ergebenheit, Opferwilligkeit und Bereitwilligkeit war.

Im entscheidenden Augenblick, wo man aus dem Stadium der Vorbereitungen zu einer ernsten Tat übergehen wollte, stürzte plötzlich der Erdboden ein, auf welchem Graf Badeni unerschütterlich stehen zu können glaubte. Bis zur letzten Minute glaubte er, daß diese Position — nach oben nicht ins Wanken zu bringen ist. So wie er sich niemals ans Portefeuille klammerte, so trug er auch keinen Augenblick Bedenken, es zurückzustellen, als er sich überzeugt hatte, daß in den obersten Sphären durch Erschütterungen von unten, aus dem Parlament und außerhalb desselben, eine Wendung eingetreten ist. Was diese verursacht hat, ist klar. Die Pfeifer und Bläser im Hause und die Exzedenten auf der Wiener Ringstraße spannten ihre Kehlen zur letzten, stärksten Leistung an, erst nachdem sie erfahren hatten, daß man, was brüchig geworden, brechen muß.

Graf Badeni ahnte nicht, daß seine Rolle zu Ende gespielt sei, als er Samstag den 27. November der parlamentarischen Kommission zusagte, er werde ihr Dienstag die allerhöchste Entscheidung mitteilen. Er verließ sich darauf, daß er den Reichsrat vertagen und daß er das Ausgleichsprovisorium mit dem Artikel 14 aktivieren werde. Er versah sich dessen nicht, daß er in den nächsten Stunden der Straßenpolitik und der auswärtigen Politik werde geopfert werden. Jener mußte er schon einmal weichen — durch die Bestätigung der Wahl Dr. Luegers zum Bürgermeister der Residenz, desselben Windbeutels und Dilettanten, der sich nun gegen ihn mit den Sozialisten und Schönerianern verband, die er vor wenigen Tagen erst bis aufs Blut bekämpft hatte.

Die Einflüsse der auswärtigen Politik fürchtete er nicht, da er sich an dieser niemals versündigt hatte, allein zwei führende

polnische Minister waren auf die Dauer nebeneinander unmöglich. Goluchowski blieb, Badeni mußte ins Privatleben zurücktreten.

Mehr als zwei Jahre hatte er sich gerackert. Er kam nach Wien, welches ihn haßte, bevor er es betreten, und welches ihm gegenüber eine nur schwer zurückgehaltene Mißgunst hegte, die beim Gedanken entstand, daß in der deutschen Metropole ein Pole herrsche.

Es verließ sie bei nächtlichem Dunkel, begleitet von ihrem nunmehr ausgelösten Zorn und zugleich von ihrem Frohlocken über seinen Sturz. Von Sonntag früh, seit er aus der Hofburg als Premier außer Dienst zurückgekehrt war, bis Freitag abend, bis zur Fahrt auf den Nordbahnhof, verließ er seine Wohnung nicht. Als wäre er irgendein John Law, der vor dem erzürnten, zu Spekulationen verleiteten und betrogenen Volke sich flüchten mußte.

Er warf gern das Amt von sich, das ihn beengte und drückte. Julian Dunajewski hat nach seiner Demission, als ich ihm sagte, er sehe gut aus, mir zur Antwort gegeben: »Wie denn nicht! Fühle ich mich ja wie neugeboren!« Kazimir Badeni erzählte, daß er nach seiner Entlassung zu seiner Familie gekommen sei und sie mit den Worten ansprach: »Ich bin frei, wir ziehen aus!« Und Frau und Sohn riefen unisono: »Gott sei Lob und Dank!«

Als ich von ihm Abschied nahm, an derselben Stelle, wo ich ihn so oft vergrämt sah, war er voll Humor. Nur zwei Momente betrübten ihn. Die Sorge um uns Böhmen. Er begriff die psychologischen Motive der Prager Ereignisse, fürchtete jedoch, man werde sie gegen uns fruktifizieren. Die Hand mir drückend, sagte er: »Mein letzter Rat — die Böhmen sollen ohne ernsten Grund nicht in die Opposition gehen.« Das war eine Sache — über die zweite ist es schwer, jetzt unter dem frischen Eindrucke vollzogener Tatsachen zu schreiben. Er schied freudig und mit dem Gefühl eines Gefangenen, den man wider sein Erwarten freigelassen, allein aus seinem blassen Antlitz sah ich, was er vergeblich verhehlen und leugnen wollte: wie schmerzlich und tief es ihn kränkt, daß er hingeworfen worden ist, wie auf dem Bilde von Rybkowski »Jagd auf Wölfe«, dem wilden Tier zum Fraße, der Bestie vor dem Parlamentspalais und drinnen und daß diese über ihn so leicht und so schnell triumphieren konnte.

1898.

Baron Gautsch.

1898.

Ministerpräsident Baron Gautsch ist keine Individualität von hervorstechendem Charakter. Er erinnert mich an den Neffen aus Prévosts Roman »Der gelbe Domino«, dem sein Onkel nur einen Rat erteilt hat: »Toujours correct.« So ist er in seinem Äußeren geartet. In sein Inneres hat noch niemand hineingeblickt. Er hat seinerseits auch niemand hineinblicken lassen. Zweimal hat er sich übereilt. Das war am Anfang seiner ministeriellen Tätigkeit in jener Phase, in der der Leiter eines jeden Ressorts Anfälle von Energie hat und an Reformfieber leidet. Er dekretierte einen Erlaß, durch welchen einige Mittelschulen aufgehoben werden und anderen die Subvention entzogen wird, und verlangte vom Parlament die Bewilligung einer neuen akademischen Ordnung, durch welche die Hochschulprofessoren Polizeiinspektoren geworden wären. Der Schulausschuß des Abgeordnetenhauses hat dieses letztere Werk ohne Prozeß guillotiniert. Für jene Verordnung hat Baron Gautsch schwer gebüßt. Hätte Graf Taaffe ihn nicht mit seiner vollen Autorität geschützt und wäre nicht unter Mitwirkung Ziemialkowskis in bezug auf die Verstaatlichung böhmischer, von den Gemeinden oder vom Schulverein erhaltenen Mittelschulen ein Abkommen vereinbart worden, welches erst unter Badeni in bezug auf das Troppauer Gymnasium realisiert worden ist, er hätte sie mit seinem Portefeuille bezahlt. Und doch war sein Verschulden ein geringes. Er vollzog lediglich, was die längst vergessene »Ersparungskommission« beantragt hatte, in der Heinrich Clam-Martinic, Hohenwart und Hausner saßen, insbesondere, was Josef Jireček beantragt hatte. Allein seine Pflicht war es gewesen, sich nicht zum Vollstrecker einer so odiosen Sache herzugeben, wie diejenige ist, in einem Staate mit einem

600 Millionen Guldenbudget — damals — 4000 Gulden ersparen zu wollen, die man den Städten Caslau und Neu-Bydžov genommen hatte.

Nachdem er sich solchermaßen die Finger verbrannt hatte, fürchtete er nachher das Feuer. Er wurde vorsichtig, umsichtig und machte zu seiner Parole: »Niemals mehr zu unternehmen, als die Situation verträgt.« Er war klug genug, die Koalition zu meiden; er wußte, daß sie bald zusammenbrechen und daß dann seine Zeit kommen wird. Und sie ist gekommen. »Bereit sein, ist alles«, sagt Hamlet.

Acht Jahre an der Seite Taaffes und über zwei Jahre an jener Badenis sitzend, lernte er Sachen und Personen ansehen. Er erkannte den ganzen Apparat der Bureaukratie, des Parlaments, dessen Parteien und auch dessen geheime Falten. Er lernte, wie man etwas machen, und insbesondere, wie man etwas nicht machen solle, wie man einen Fels umschiffen, wie man Schwierigkeiten überwinden und wie man das Fatum spielen solle. Er bereitete sich auf seine Rolle längst und lange vor. Es hat Winke genug gegeben, daß sie ihm anvertraut werden wird. Daß jetzt, dessen hat er sich nicht versehen, und es ist ihm gewiß nicht angenehm. Den Knoten der gegenwärtigen Wirren zu zerhauen, ist nicht erlaubt, ihn zu entwirren, ist vielleicht ein dankbares und verdienstvolles Werk, aber kein leichtes. Und dann: Auf dem Staatsschiffe wie auf jedem Schiffe ist es bequemer an zweiter Stelle, denn als verantwortlicher Kapitän zu sein.

Ich kenne ihn aus der Nähe, kann somit seine Tätigkeit beurteilen und mit bestem Gewissen sagen: er war ein guter Unterrichtsminister. Er hatte einen feinen Sinn für das Kulturmäßige — ich gebrauche absichtlich dieses ungewöhnliche Wort — und besaß Verständnis für unsere Bildungs-, Kunst- und wissenschaftlichen Bedürfnisse und Verhältnisse. Sie zu pflegen, hielt er für seine Pflicht. »Ich wäre ja sonst kein zivilisierter Mensch«, mit diesen Worten lehnte er jedes Lob und jede Anerkennung ab. Ich schließe daraus, daß er auch die Bedeutung und Wichtigkeit des böhmischen Volkes für Österreich nach der politischen Seite hin erfaßt hat. Ich weiß zuversichtlich — die Abgeordneten, die mit dem Grafen Badeni verhandelten, werden es bestätigen und bekräftigen — daß er bei der Ausarbeitung der Sprachenverordnungen sich durchaus loyal benommen hat. Er hat sie auch unverzüglich durch Instruktionen für das mährische Schulwesen ergänzt, die vollkommen befriedigten.

Als er seine Mitarbeiter suchte, hörte man manchenorts den Einwand, warum hat er das Justizressort dem Grafen Schönborn nicht anvertraut und warum hat er das Handelsportefeuille nicht Marquis Bacquehem zurückgegeben, welche unter Taaffe und Windischgrätz gedient haben, warum hat er lieber ganz neue Männer gewählt? Die Erklärung liegt auf der Hand. Er wollte neben sich keinen Dauphin haben, wohl wissend, was für ein Gefühl es ist, sicher zu sein, daß dieser auf den Tod des Regenten wartet.

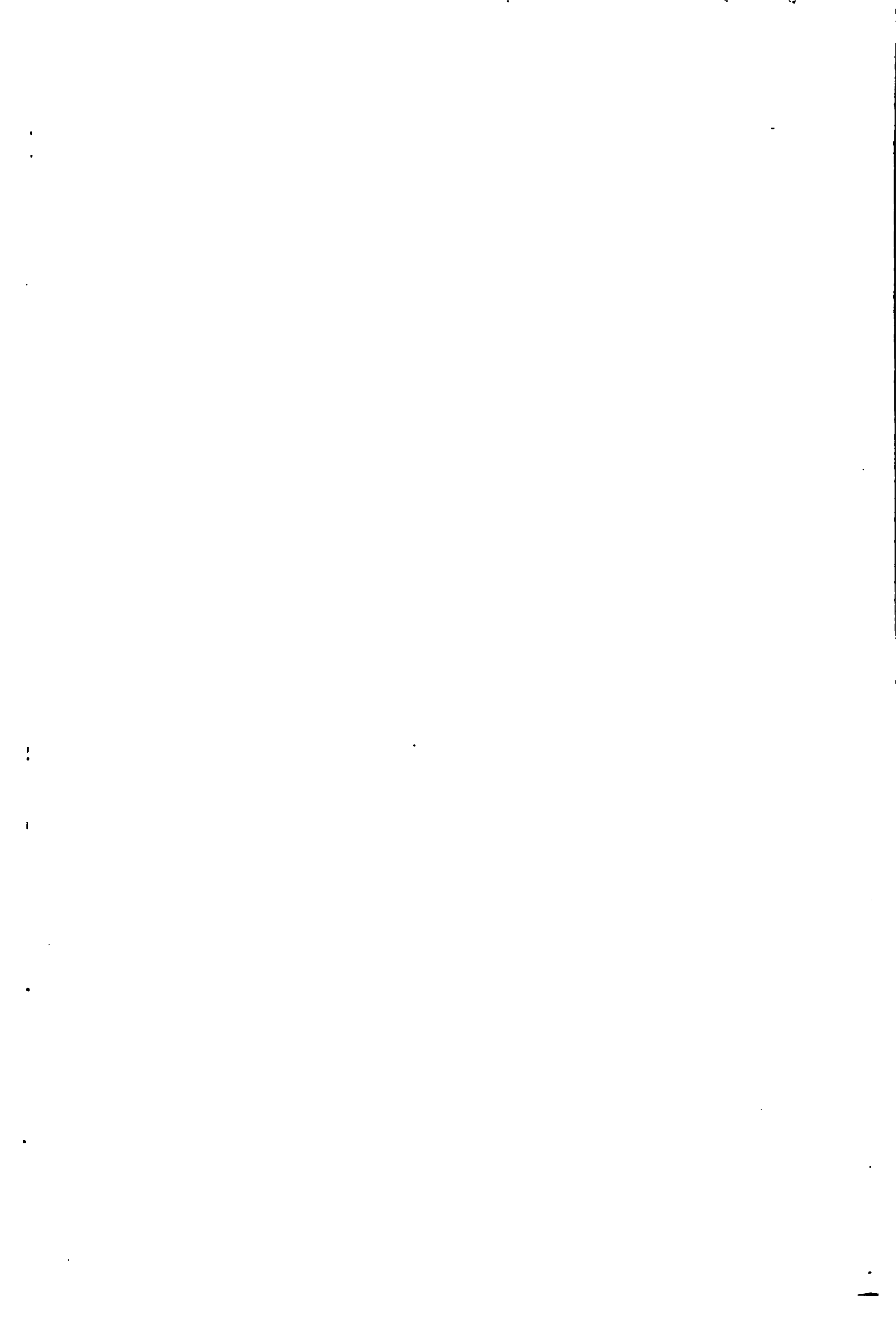
Auch das galizische Ministerium hat er wider Erwarten bald besetzt. Durch den ehemaligen Statthalter von Mähren, Löbl, dem gegenüber Zaleski als galizischer Statthalter, wie man böswilligerweise, aber mit Recht zu sagen pflegte, ein alter ego war. Gewiß Herr Löbl ist Beamter und eignet sich für ein bureaukratisches Kabinett besser als ein polnischer Landsmannminister aus dem Polenklub. Dieser hat für die nach Rittner erledigte Stelle überhaupt niemand präsentiert. Nichtsdestoweniger glaubte man, aus dem Terno: Dzieduszycki, Pininski, Piętak werde einer berufen werden. Deshalb hat die Nachricht, Freiherr von Gautsch habe sich entschieden, auf kein Mitglied des Polenklubs zu reflektieren überall überrascht, in Galizien wurde die Ernennung des neuen Ministers geradezu unwillig aufgenommen. Man muß diese Verdrossenheit nicht tragisch und nicht gleich nach dem ersten Eindruck beurteilen. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, daß, wenn sie noch nicht geschwunden ist, sie schwinden wird. Das wird schon Baron Löbl besorgen, dazu werden die Polen beitragen. Haben sie doch die seltene Gabe, mit vollzogenen und unabänderlichen Tatsachen zu rechnen und aus jeder Vorteil zu ziehen. Der Vertreter Galiziens im Kronrate weilte in Lemberg und Krakau und trat dort in Beziehungen mit hervorragenden polnischen Politikern. Man bankettierte zu seinen Ehren und beim Champagner ist die bisherige eisige Atmosphäre sichtbar lauer geworden. Er ist ihnen entgegengekommen und sie ihm. Er brachte Botschaften und kam Temperatur und Terrain kennen zu lernen. Er ging zufrieden von dannen und konnte Baron Gautsch berichten: »Es wird gehen.« Ich wage es, zu behaupten, daß Freiherr von Löbl im nichtpolitischen Ministerium der einzige Politiker und Diplomat ist. Schließlich und endlich werden die Polen mit der Wirklichkeit sich versöhnen und sich sagen: »Es ist besser, wenn wir von Löbl erfahren, was die Regierung will, so wie es besser ist, daß die Regierung von ihm

erfährt, was wir wollen.« Baron Löbl ist nicht als Vertrauensmann des Polenklubs berufen worden, allein er wird es werden.

Baron Gautsch ist zur Majorität, ist zu den Böhmen im besondern loyal. Im eigenen Interesse. Seine Ambition kann darin bestehen, den Ausgleich mit Ungarn und das neue Wehrgesetz in den Hafen der Fertigstellung zu schiffen. Wenn er objektiv ist und wenn er von seinem Sitze als Unterrichtsminister aus nüchtern und durch die ungetrübten Gläser seines Pincenez die Entwicklung der parlamentarischen Wirren betrachtete, muß er anerkennen, daß das Parlament durch die Obstruktionsparteien lahmgelegt worden ist und daß es daher ihre Pflicht, nicht die der Rechten ist, es wieder arbeitsfähig zu machen. Und so kurzsichtig ist Freiherr von Gautsch nicht, um nicht zu wissen, daß die Linke durch ihre Revolte ein bedenkliches Präjudiz geschaffen hat: daß in der Zukunft jedwede Opposition nur in der Form der Obstruktion werde geführt werden und daß es auf der Rechten außerhalb des Polenklubs 130 Abgeordnete gibt, die alle Funktionen des Wiener Parlaments, auch ohne Unterstützung seitens der Sozialisten, sistieren würden.

Er handelt somit im eigenen Interesse, wenn er bei seinem Bestreben, die Linke zumindest für eine ruhige Abart der Opposition zu gewinnen, es vermeidet, die Rechte, namentlich die Vertreter des böhmischen Volkes zu provozieren. Wenn die Deutschen keine Gleichstellung mit ihm wollen, fortwährend auf das Privilegium eines besonderen Sprachgebietes pochend, in welchem nur ihre Sprache Geltung hätte, dann wird das Interregnum im Wiener Parlament weiter bleiben. Wir sind und werden nicht bereit sein, das Ende der parlamentlosen Zeit durch Konzessionen zum Schaden der historischen und gesetzlichen Gleichberechtigung unseres Volkes herbeizuführen. Die Ereignisse in Prag — wir meinen damit durchaus nicht die letzten Exzesse, für die niemand von den Abgeordneten verantwortlich gemacht werden kann und die wir verurteilen, weil sie gerade a tempo den durch die Obstruktion kompromittierten Deutschen geholfen haben — sind in dieser Hinsicht eine eindringliche Warnung. Eine Lehre verkünden sie: daß die Zeit des geduldigen Zusehens vorüber ist.

Jeder Schadenfreude bar, beobachten wir, wie die deutschen Fortschrittler sich in einer Zwangslage befinden, in welche sie durch eigene Schuld hineingeraten sind. Sie haben sich solange dem Kommando Wolfs und Schönerers unterworfen, daß sie nur schwer es abschütteln werden. Die neue Konferenz in Wien am



Dr. Paul Gautsch Freiherr von Frankenthurn



3. Jänner betraf sie allein. Der Vertrauensmann der Deutsch-Nationalen, den sie selbst auserwählt hatten, ließ sie im Stich. Angeblich, weil er durch den Egerer Schwur gebunden war, »in keinerlei Verhandlungen einzutreten, solange die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben sind«. Nun geht aber aus Wien und Graz auf die Verräter ein wahres Donnerwetter nieder. Wer sich für Unmöglichkeiten engagiert, wird verflucht, wenn er die Möglichkeit retten will. So war es und so wird es sein, immer und überall.

* * *

Er ist versunken.

Nicht wie ein Felsblock, der, durch eine weit hörbare Dynamitexplosion abgerissen, in die Tiefe kollert, ein starkes Aufschäumen des Wassers, mächtige Wellen und weite Ringe verursacht. Wie ein flacher Kieselstein, der kaum die glatte Oberfläche des seichten Teiches berührt, sich noch einigemal über dem Wasser zeigt und dann laut- und geräuschlos fällt.

So ist das Kabinett des Freiherrn von Gautsch gefallen.

Sein Träger lebte drei Monate lang in einer subjektiven und objektiven Täuschung. In jener, gut gerechnet, vielleicht ganze zwölf Jahre. Von jener Zeit nämlich, in welcher er sich dem später von Schmeichlern und Heuchlern befestigten Irrglauben hingab, die deutsche Linke könnte ihn je als den Ihrigen anerkennen. Wahrheitsliebende Menschen freilich verhehlten ihm nicht, daß, wenn die sogenannten Liberalen hinaufkämen, sie einen der Ihrigen hinaufsetzen würden.

Vielleicht glaubte man an jenen Stellen, an welchen man in ihm eine der destruktiven Opposition persona grata erblickte, daß durch seine Anstellung gleich nach dem Sturze Badenis, der ihre Gunst gesucht und ihren Haß erfahren, man sie zu Dank verpflichten oder wenigstens beruhigen werde. Dieser Kalkul hat sich als ein falscher erwiesen.

Baron Gautsch war sich des Charakters seines Ministeriums nicht bewußt. Es war ein bloßes Füllsel, zum Ausstopfen des leeren Raumes da, es war ein Interim, ein Provisorium. Er traf jedoch Dispositionen auf Jahre hinaus, sonder Ahnung, daß sein Leben nur auf Monate bemessen ist. Er umgab sich mit definitiven Kollegen, die er aus ihren Stellen, der ihre Ambition befriedigenden Wirksamkeit herausriß, und mit einem Stabe von Beamten, durch welchen er die Umgebung des Grafen Taaffe und des Grafen Badeni ersetzte.

Seine Vertrauensseligkeit war geradezu tragisch. Er schritt aus, als stünde er auf Granit, während der Boden unter ihm Sprünge hatte. Er leitete Aktionen ein, ohne zu wissen, daß dem Unterhändler der anderen Reichshälfte bekannt ist, daß Atropos schon ihre Schere aufgetan, um den Faden seiner Existenz entzweizuschneiden. Erst als Baron Banffy ihm in brutaler Weise zu verstehen gab, wofür er ihn halte, begriff er, daß schon am ersten Tage seiner Ministerpräsidentschaft bestimmt war, daß er nicht das Parlament mit der Würde angetan betreten wird, die ihm auf nicht volle neunzig Tage verliehen worden war. Damals tat er leid auch jenen, denen er politisch nicht sympathisch war. Und auch seine Gegner haben voll Erbitterung und Unwillen die Frage gestellt, ob es notwendig gewesen, den österreichischen Ministerpräsidenten — ohne Rücksicht auf die Person — vor dem magyarischen und noch dazu in solcher Weise zu demütigen.

Das war die subjektive Irrung des Freiherrn von Gautsch. Die objektive war eine Folge der Unkenntnis der Deutschen. Er hatte gehofft, sie zu irgendeinem Kompromiß zu bewegen. Er hatte jedoch selbst dazu beigetragen, sie übermütig zu machen. War er es nicht, der alle Prozesse gegen die gewalttätigen Exzedenten der Obstruktion niederschlagen ließ? Der durch die Bezirkshauptleute und Stationschefs den Sturz des Grafen Badeni verkünden ließ? Der den Offiziösen verbot, Rekriminationen gegen die Verbrechen der deutschen Parteien zu erheben? Der schwieg, als die deutschen Rektoren es wagten, den Studenten ein Recht auf Straßendemonstrationen gegen nichtdeutsche Minister einzuräumen? Der gegenüber den Burschenschaften einen völligen Mangel an Energie und staatlicher Autorität an den Tag gelegt hat, von welcher in Österreich so viel geschrieben und gesprochen wird und von der nirgends eine Spur zu finden ist? Der für die Lex Falkenhayn das Präsidium des Abgeordnetenhauses verantwortlich machte, obwohl er informiert war, daß die Anregung hierzu nicht einmal vom Grafen Badeni gegeben worden war, der lediglich als Vollstrecker übernommener Aufträge fungierte?

Nach alldem, nach der großen Retirade, die schon seit dem 2. Juni 1897 dauerte, zu glauben, daß die Deutschen sich mit einem Waffenstillstand zufriedengeben und nicht auf der Kapitulation aller Faktoren beharren werden, wie dies de facto geschehen ist — das war Einfalt, Gutmütigkeit, Naivität.

Es waren Leute unter uns, die fürchteten, diese Biene, genannt

Kabinett Gautsch, werde vor ihrem Tode uns durch den Stachel ihrer Sprachenverordnung verwunden. Deren Schattenseiten habe ich nicht verschwiegen, die grundlosen Einwände widerlegt. Zwei werden noch immerfort wiederholt: daß durch sie Dolmetsche eingeführt und das Land gedreiteilt werde. Woraus das deduziert wird, vermag ich nicht zu erraten. Die böhmischen Abgeordneten halten weder diese noch die Badenischen Verordnungen für Gleichberechtigung. Allein anderseits ist es bedenklich, auch jenes Maß der Rechte zu schmälern, das uns durch sie zuteil geworden ist. Durch ein derartiges Entwerten erschweren wir selbst den böhmischen Beamten, die ohnehin manchmal ohne Not decouragiert sind, ihre Amtsführung und nehmen ihnen den Mut, das durchzuführen, wozu sie verpflichtet sind.

Die Sprachenverordnungen des Freiherrn von Gautsch.

Sie wurden erst gestern publiziert, datiert sind sie vom 24. Februar, in Kraft treten sie am 15. d. M. Dem Wesen nach sind sie eine bloß partielle Abänderung der vorjährigen Badenischen Verordnungen vom 5., respektive 20. April.

Wir wollen sie sachlich und ruhig besprechen, deren Schattenseiten nicht verschweigen, aber auch deren Vorteile nicht verhehlen. Denn nichts rächt sich so in der Politik, als wenn man mit einem unbewußten oder bewußten Truge operiert.

Vor allem konstatieren wir zwei Tatsachen. Die eine, daß diese Verordnungen des Baron Gautsch und seiner vier Kollegen keineswegs zwischen ihnen und den böhmischen Abgeordneten vereinbart sind und daß sie somit deren Zustimmung entbehren. Der böhmische Klub als Ganzes und alle seine Mitglieder haben für diese Verordnungen keine obligaten Rücksichten auf das Ministerium und haben nicht Verpflichtungen übernommen, welche den Unterfertigern des Wiener Protokolls vom Jahre 1890 auferlegt worden sind, sich für die formelle Annahme bei der Partei einzusetzen. Die zweite, daß dieses Opus kein Ergebnis irgendeiner Verständigung oder eines Ausgleiches mit den Deutschen ist, obwohl wir hinzufügen können, daß ein solches Abkommen kaum günstiger sein dürfte, als die Ordonnanzen des gestern entlassenen Kabinetts. Diese müssen daher lediglich als dessen ureigenstes Werk, als bloßer Akt der Exekutive, als ein bureaukratisches Experiment angesehen werden.

Was wir diesem Versuch vorerst vorhalten, ist die Verschiedenheit der Normen für Böhmen und Mähren. In den Verordnungen des Grafen Badeni gefiel unserer gesamten Öffentlichkeit am meisten

die vollständige Gleichheit und absolute Übereinstimmung der sprachlichen Vorschriften für beide Länder.

Ein sachliches Moment, dessentwegen sein Nachfolger für Mähren ein anderes Provisorium der sprachlichen Regelung hinausgegeben hat, durch welches die Geltung der böhmischen Sprache im inneren Amtsverkehr auf das Maß herabgedrückt wird, das Graf Badeni ursprünglich den Böhmen angeboten hat, welches von ihnen abgelehnt, später jedoch durch die berüchtigten Erläuterungen restituiert worden ist, können wir nicht herausfinden. Der Einwand des Freiherrn von Gautsch, daß dort (in Mähren) andere nationale Verhältnisse sind, zeugt nicht für ihn, sondern für uns; denn, wenn die innere Amtssprache in den böhmischen und zweisprachigen Bezirken des Königreiches Böhmen bleibt, ja wenn sie noch durch die böhmische Dienstsprache, durch die sogenannte innerste gesteigert werden konnte, welchen plausiblen Grund kann er geltend machen, daß in Mähren zumindest nicht überall der status quo ante belassen wurde, wie er vom Grafen Badeni in der internen Amtierung eingeführt worden war, und warum diese ohne jeden zureichenden Grund eingeschränkt worden ist. Freiherr von Gautsch war gezwungen, in der Markgrafschaft die Zweisprachigkeit der Behörden und der Beamten zu belassen. Neben ihr ist die Reduktion der inneren Amtssprache paradox und widersinnig. Gerade in der Markgrafschaft konnte sie mit Rücksicht auf diesen Utraquismus allgemein bleiben und überall, wie es in Böhmen teilweise geschehen ist, zur innersten, zur böhmischen Dienstsprache ausgestaltet werden. Wir werden wohl kaum fehlgehen, wenn wir behaupten, daß diese Modifikation ad peius der böhmischen Sprache aus einem politischen Kalkul geschehen ist, ad captandam benevolentam Germanorum Moraviae und daß auch hier nach dem Rezept Giskras vorgegangen wurde: Böhmen extra und Mähren ebenfalls extra. Freiherr von Gautsch täuscht sich, wenn er glaubt, daß niemand den Zweck dieser Taktik herausgefunden hat und hätte seinem Oberoffiziosus verbieten sollen, dem Grafen Badeni den Stein des Vorwurfes nachzuwerfen, seine Verordnungen seien nicht aus einem sachlichen Bedürfnis hervorgegangen, sondern aus politischer Berechnung. Wer selbst unter einem Glasdach sitzt, soll sich hüten, von seiner Schleuder Quarzsteine abzuschnellen.

Es ist nichts Leichteres, als diese Unwahrheit zu zerstören. Ich begehe keine Indiskretion, im Gegenteil, ich erweise der Sache einen Dienst und widerlege auf einen Schlag eine Menge Fabeln,

die darüber im Kurs sind, wie die Böhmen sich für die Sprachenverordnungen verkauft haben, wenn ich konstatiere, daß Graf Badeni ihnen sie vor den letzten Wahlen angeboten und sie gefragt hat, ob sie deren bedürfen. Und welche Antwort haben sie ihm erteilt? Eine verneinende. Das ist die Wahrheit.

Was in bezug auf die Mähren betreffende Verordnung zu sagen notwendig gewesen ist, ist alles gesagt worden. Eingehendere Aufmerksamkeit verdient die Verordnung für das Königreich Böhmen.

Durch ihren ganzen Inhalt und durch ihre gesamte Struktur entspricht sie durchaus der Charakteristik, die Graf Badeni gegeben und die oben angeführt worden ist, und ebenso der bereits erwähnten, vom Grafen Coudenhove gemachten Ankündigung.*)

*) Über diese beiden Andeutungen heißt es: »Graf Badeni und seine Referenten haben unter Mithilfe des Referenten des Grafen Gleispach für Baron Gautsch die Basis vorbereitet, auf welcher dieser seine Sprachenverordnungen aufgebaut hat. Manche Norm darin ist abweichend, aber der gesamte Plan war schon in den ersten Tagen des August entworfen und auf dem äußerst detailierten Material und dessen eifrigem Studium ausgearbeitet. Montag den 6. August, spät nachts aus dem kaiserlichen Lustschloß Lainz nach privaten Audienzen, über welche etwas zn melden, ich kein Recht habe, zurückgekehrt, teilte Graf Badeni mir dieses Projekt mit. Mitternacht war bereits vorüber, als ich sein Schlafzimmer verließ. Er war guten Mutes, als wäre er eine große Sorge los geworden und eine Schwierigkeit überwunden, die ihn lange gedrückt hat. Er hoffte, daß die Deutschen dieses Elaborat, welches einer ihrer Führer in diesem Augenblicke schon in Händen hatte, annehmen werden. Seine Hoffnung war nicht unbegründet. Sie beruhte auf bestimmten Antecedentien. In nicht ganz 48 Stunden, noch ehe die Einladungen zu einer gemeinsamen Konferenz verschickt worden sind, erschrak man in Prag vor der Drohung Wolfs, jedermann werde auf den Pranger gestellt werden, der nach Wien gehen wird. Ich füge hinzu: es erschraken auch Männer, von denen niemand eine solche Schwäche gegenüber einem gegebenen Worte erwartet hätte.

Graf Badeni beendete seinen Kommentar mit den Worten, die ich mir notiert habe: ‚Vom staatlichen Standpunkt sind meine ersten Verordnungen besser; vom nationalen, sofern es sich um das Ausmaß und die Ausdehnung der Geltung der böhmischen Sprache handelt, meine zweiten. Moralisch und materiell wird diese steigen, weil sie weiter hinauf sich ausdehnt und streckt und in dieser Richtung noch wachsen wird.

Im Kraftmesser wird die Säule vielleicht enger sein, dafür aber sichtbar höher.‘ Ich bemerke nur noch, daß Graf Badeni seine Verordnungen für Mähren mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse, auf das Faktum, daß dort beide Völker und Sprachen einander durchdringen und miteinander verwachsen sind, für unantastbar hielt und daß von irgend einer Abänderung keine Rede war, ja überhaupt niemand gegenüber auch nur eine Erwähnung geschah. Ich bemerke ferner, daß für die Modifikation der Verordnung für das Königreich

Doch ich höre die Hauptanklage: »Durch die Dreiteilung ist die Einheit des Landes zunichte geworden.« Und gleich die zweite: »Das deutsche Sprachgebiet ist de facto anerkannt.«

Ich will nicht in Abrede stellen, daß Graf Badeni das Königreich Böhmen mit einem festen Reifen umgeben hat und daß dieser schon nach elf Monaten locker geworden ist. Ich wage jedoch die Behauptung und werde sie beweisen, daß weder eine Dreiteilung noch ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet, wie sie in den Forderungen der Deutschen aus dem Königreiche Böhmen verlangt werden, auch nach dem Erlaß des Freiherrn von Gautsch und seiner Kollegen nicht existieren. Ich habe durchaus nicht die Absicht, ihnen einen Advokaten zu machen. Was ich jedoch als meine Pflicht ansehe, ist, jener Scheelsucht und Schwarzseherei bei uns entgegenzutreten, welche die Dinge ärger und für uns ungünstiger darstellt, als sie in Wirklichkeit sind.

Die Forderung der Deutschen bestand zuerst in der Zweiteilung, und dann in der Dreiteilung, bei dieser jedoch, gleichwie bei jener in der Schaffung eines deutschen Sprachgebietes mit ausschließlich deutscher äußerer und innerer Amtierung, das heißt in der Redressierung der Rechtsgültigkeit unserer Sprache auf den Stand vor dem Jahre 1880. Ein solches Gebiet wäre ein deutsches, geschlossenes Gebiet nach dem Herzenswunsche der Teutonen, allein ein solches wird durch die Verordnung des Freiherrn von Gautsch nicht geschaffen.

Böhmen den Böhmen angeboten wurde: eine Novelle zur Landeswahlordnung, welche ihnen vierzehn neue Mandate in der Städtekurie garantierte, eine neue Handelskammer, die bereits in dem Wiener Ausgleich vom Jahre 1890 mit zwei Landtagsmandaten projektiert war, und eine neue Vorlage, durch welche die Erhaltung der Minoritätsschulen auf Landeskosten geschehen sollte.«

»Das Reskript der Wiener Regierung enthielt drei Teile. Der eine betrifft die äußere Amtierung, der zweite die innere, der dritte ‚die praktische Erlernung der zweiten Landessprache'. Da jede Äußerung gelesen und verstanden werden muß ihrem Zusammenhange nach, verstehen wir die Erklärung folgendermaßen: ‚im ganzen Lande sind beide Sprachen gleichberechtigt. Jeder Angehörige eines der beiden Volksstämme hat das Recht, sein Recht in seiner Sprache zu suchen und zu finden', das heißt Eingaben einzubringen und eine Erledigung zu erhalten in seiner Sprache. Was ist jedoch zwischen der Eingabe und der Erledigung? Da hat das Kabinett neue Maßnahmen dahin angekündigt, daß nach der Volkszählung Bezirke festgesetzt werden, in welchen als innere Amtssprache und als Dienstsprache gelten wird ausschließlich die böhmische, ausschließlich die deutsche, beide Sprachen. Danach werden auch die Bedingungen in bezug auf die sprachliche Qualifikation sein.«

Im ganzen Bereich unseres Vaterlandes werden böhmische Eingaben angenommen und böhmisch erledigt werden; im ganzen Bereich wird mit böhmischen Parteien böhmisch verhandelt; in Asch sowie in Eger und in Brüx werden Schwurgerichtsverhandlungen mit Böhmen böhmisch sein; in ganz Böhmen werden Straf- und Zivilverhandlungen mit Böhmen böhmisch sein; in ganz Böhmen werden amtliche Kundmachungen, welche für die Öffentlichkeit bestimmt sind, in beiden Landessprachen hinausgegeben werden; das Bezirksgericht in Čáslau wird an das in Reichenberg böhmisch schreiben. Demnach werden auch überall die Richter der böhmischen Sprache kundig sein.

Die deutschen Bezirke, in welchen unsere Sprache die eben taxativ aufgezählte Geltung haben wird, sind für sie keine geschlossene, sondern offene. Nur die innere Amtssprache wird dort deutsch sein. Wäre jedoch die deutsche innere Amtssprache ein zureichendes Kriterium für das deutsche, geschlossene Sprachgebiet, dann wäre das ganze Königreich Böhmen bis zum 5. April 1897 ein einheitliches deutsches Sprachgebiet gewesen: bis zu jenem Tage war die innere Amtssprache überall deutsch. Sie wurde durch die Verordnung vom Jahre 1880 als solche bestätigt, durch den Ausgleich vom Jahre 1890 hat sich in dieser Hinsicht nichts geändert.

Das deutsche, geschlossene Sprachgebiet ist auch nach den Gautschischen Erlässen eine Fiktion und eine Phrase.

Allein man wird einwenden: die Deutschen können sich auch noch mit einer anderen Konzession ausweisen: mit der formalen Aufhebung des Erlasses über die obligate Zweisprachigkeit aller Beamten.

Ich hege die Überzeugung, daß man über diese Sache bei uns anders urteilt, als es früher der Fall gewesen. Nüchtern und gut. Daß nämlich die obligate Kenntnis beider Landessprachen — wie ich schon auf eigene Verantwortung in einem Essay »Zwei Jahre der Regierung des Grafen Badeni«*) dargelegt habe — nicht in unserem Interesse gelegen war. Ihr Zweck war, die Deutschen gegen die Konkurrenz der Böhmen zu versichern. Promber, August Weber und Fux haben erkannt, wem sie zum Vorteil gereichen würde. Wir hatten keine Ursache, uns der zweiten Verordnung des Grafen Badeni in bezug auf die sprachliche Qualifikation der Beamten zu

*) Hier unter dem Titel »Graf Badeni«.

freuen und uns für sie zu ereifern, wir haben heute keine Ursache, uns zu grämen, weil eine gegen uns gerichtete Institution gefallen ist. Um so weniger, weil wir erst jetzt in Böhmen endlich böhmische Behörden haben werden. Wenn wir nunmehr in der Absicht, eine ehrliche Bilanz aufzustellen, Rückschau halten über den Gewinn aus den Verordnungen Badenis und über den Verlust aus jenen des Freiherrn von Gautsch, gelangen wir zu nachstehendem Schluß: in Böhmen ist die innere böhmische Amtssprache lediglich auf die böhmischen und gemischten Bezirke beschränkt worden, dagegen hat in jenen die böhmische Dienstsprache (die innerste Amtssprache) einen größeren Umfang erhalten; in Mähren hat man die böhmische Amtssprache in dem Ausmaße beschnitten, wie dies Graf Gleispach m März vorigen Jahres auch für Böhmen machen wollte.

Das sind die Veränderungen, die eine Regierung vorgenommen hat, welche die Deutschen gewinnen wollte. Mehr hat sie sich nicht getraut. Weil sie nicht konnte. So groß ist die moralische Kraft dessen, was Graf Badeni gegeben, daß, obwohl seine Verordnungen nur elf Monate in Kraft sind, trotz allem Wüten der deutschen Obstruktion die Hauptpfeiler seiner Verordnungen unerschüttert, unbewegt geblieben sind. Erst nach den Verordnungen des Baron Gautsch kann bemessen werden, was wir durch die Badenischen erreicht haben und erst nach jenen kann man erkennen, wie richtig, wie zuträglich der großen böhmischen Sache die Politik der böhmischen Abgeordneten gewesen. Was aus den Verordnungen Badenis durch die Gautschischen erneuert und validiert worden ist, das wird uns schon keine Feindseligkeit, keine Wendung mehr nehmen.

6. März 1898.

Das Ministerium Thun.

Im Wiener Parlament ist es, Juni 1898, wie in den Gedichten der modernsten Moderne: drei Verse Text und fünf Zeilen lauter Gedankenstriche. Und auch der Text Worte, nichts als Worte ohne Gedanken, ohne Geist, ohne Inhalt.

Anderthalb Jahre ist im Abgeordnetenhause nichts, aber rein gar nichts Positives geschehen. In dieser Zeit fanden drei Sessionen statt — vom 27. März bis 2. Juni vorigen Jahres, vom 23. September bis 28. November und vom 21. März bis 12. Juni dieses Jahres — im ganzen 219 Tage. Während dieser Zeit hat eine schöne Zahl Plenarsitzungen stattgefunden, deren Leistung jedoch ist nicht bloß gleich Null, sondern ist negativ, ist ein Verlust und ein Schaden.

Überall anderswo hätte man längst an Mittel gedacht, um die Verlängerung und Rückkehr einer derartigen Sterilität hintanzuhalten, die herbeigeführt worden ist nicht durch eine unvorhergesehene Elementarkatastrophe, sondern lediglich durch die Bosheit von Leuten, die die Räder des staatlichen Apparats zum Stillstand bringen, weil er nicht mehr der Apparat ihrer Willkür und ihres Egoismus ist. Die Verhältnisse sind von der ersten Praxis der Wahlreform Badenis durchaus verkehrt, mit einem Worte: antikonstitutionell. Auf der einen Seite eine Majorität, deren Wille und Streben, dem Staate zu geben, was des Staates ist, nicht realisiert werden kann, auf der anderen Seite eine Minorität, welche tatsächlich entscheidet, und neben ihnen Regierungen, die nichts unternommen haben, um diesem Zustande Einhalt zu gebieten, bei dessen Fortdauer das Parlament entweder der Schauplatz von Gewalttaten oder zum Schweigen und zur Untätigkeit verurteilt ist.

Und doch zeigt die Geschichte selbst den Weg.

Wenn das Zentralparlament und dessen Arbeitsfähigkeit eine Notwendigkeit sind, wenn sie jetzt eine unerläßliche Bedingung sind, wie sie es vor 25 Jahren gewesen sind, wenn vor ihnen alle anderen Rücksichten zurücktreten müssen und wenn der Zweck, der nach der Meinung der Staatslenker höhere Zweck die Mittel heiligt, wie er sie im Jahre 1873 geheiligt hat, dann dürfen sie, wenn sie jenen wollen, vor diesem nicht zurückschrecken.

Wir hatten am 3. April ein trauriges und denkwürdiges Jubiläum. Ich habe seiner gedacht in einem einige Zeilen ausfüllenden Telegramm an die »Národní Listy«. Durch dessen Erwähnung jedoch ist kaum jemand gerührt worden. Und doch führten wir gegen den Gewaltakt, welchen die Einführung der direkten Reichsratswahlen an den Rechten der Landtage bedeutet, einen historischen Kampf, dessen Größe dem brutalen Unrechte gleichkam, das zur Niederwerfung unseres Widerstandes gegen Wien Lasser und sein gehorsamer Auersperg II. gewagt hatten. Beide Häuser genehmigten diesen Akt en bloc am 26. und 27. März 1873. Das Abgeordnetenhaus in absentia Polonorum. Um keinen Preis waren sie auch zu einer passiven Assistenz zu bewegen. Schon am 3. April erfolgte die Sanktion.

Der Triumph der Regierung war eine Niederlage der autonomistischen Bestrebungen der Polen und eine Verletzung der Prärogativen aller Landesvertretungen. Das Kabinett motivierte diese seine Tat mit der »durch die Ereignisse der letzten Zeit gereiften Erkenntnis«. Gemeint war damit die Weigerung einiger Landtage, die Wahl nach Wien vorzunehmen, und der gewählten Abgeordneten, nach Wien zu kommen. So wurden denn zuerst provisorisch, dann definitiv direkte Wahlen eingeführt, um den Mißbrauch der Mandate unmöglich zu machen. Es war das eine vorsätzlich und ausdrücklich ad hoc eingeführte Wahlordnung, deren offenkundiger und zugestandener Zweck es war, die böhmisch-polnisch-slovenische Opposition zu brechen.*)

Wir, die Polen, die Rumänen und die Deutsch-Konservativen haben die Rechtsgültigkeit der direkten Wahlen niemals anerkannt. Und dies um so weniger, als bis auf den heutigen Tag in den Landesordnungen den Landtagen das Recht vorbehalten ist, Abgeordnete zum Reichsrat zu wählen.**) Die betreffenden Paragraphen

*) Thronrede vom 28. Dezember 1872.

**) Das Königreich Böhmen hat 54 Abgeordnete, die Bukowina 5, Dalmatien 5, Galizien 38, Kärnten 5, Krain 6, Mähren 22, Triest, Istrien und Görz

sind nicht aufgehoben worden (§ 16 der Landesordnung für das Königreich Böhmen, das Herzogtum Bukowina, das Königreich Galizien, das Herzogtum Kärnten, das Herzogtum Krain, die Markgrafschaft Mähren, die Herzogtümer Ober und und Unter der Enns, die Herzogtümer Salzburg, Schlesien und Steiermark, die gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg, § 1 des Statuts für Triest und § 2 der Landesordnung für Görz und Istrien), sie sind durch kein Landesgesetz derogiert worden und gegen deren Reaktivierung besteht kein legales Hindernis.

Wenn lediglich zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Wiener Parlaments das erwähnte Notwahlgesetz erlaubt war, welches seiner Struktur, seinem Charakter und seiner Tendenz nach de lege lata ein Unrecht ist, dann muß es gewiß — vom Standpunkt derer, die das Zentralparlament für unentbehrlich halten — gestattet sein, den Weg zurückzugehen, zu den in voller Rechtsgültigkeit befindlichen Landesordnungen und auf solche Weise das Unrecht vom Jahre 1873 durch eine Restitution ad integrum gutzumachen, freilich dabei auf der einen Seite den Kreis der Wirksamkeit der Landtage auszudehnen, auf der anderen Seite das Wahlrecht für sie in modernster und liberalster Weise zu erweitern.

Wenn der k. k. Rittmeister in Pension, der ehemalige Statthalter von Salzburg, Adolf Auersperg, den Mut hatte, als Chef des zweiten deutschen Kabinetts die Wahlreform vom Jahre 1873 zu dekretieren, deren Legalität von der Mehrheit der österreichischen Völker noch heute negiert wird, sollte Graf Franz Thun, k. k. Major und ehemaliger Statthalter im Königreiche Böhmen, nach all der Zerfahrenheit und angesichts des Chaos, welche die Ochlokratie der vereinigten Oppositionsparteien angerichtet hat, Bedenken tragen, mit einem einzigen Schlage das Intermezzo jener Reform zu beseitigen und zu verwischen? Die eiserne Notwendigkeit, das Wiener Parlament auf andere Grundlagen zu stellen, wird kommen. Die jetzigen sind baufällig. Was die Deutschen »Staatsstreich« nennen, ist eine Revindikation des Zustandes, den durch einen Staatsstreich *sie* beseitigt haben.

Graf Thun hat bisher die Entschiedenheit nicht bewährt, die Freund und Feind von ihm erwartet hatten. Auch er betrieb die Politik, die vor ihm Graf Badeni und Baron Gautsch betrieben hatten und welche bereits Graf Taaffe inauguriert hatte: eine Politik,

---

je 2, Oberösterreich 10, Niederösterreich 18, Salzburg 3, Schlesien 6, Steiermark 13, Tirol 10, Vorarlberg 2 Abgeordnete zu wählen, zusammen 203.

deren Force die Schwäche ist und deren einziges Inventar Aufschübe bilden. Das Ergebnis seines zweimonatlichen Regimes sind nicht Dubiosa, sondern Passiva. Seine Bilanz für diese Zeit ist durchaus negativ. Die Rechte hat sich nicht durch eigene Schuld, sondern durch seine, gleichwie unter Badeni, ihre eigene Rechnung und ihr eigenes Hauptbuch angelegt und diese sind aktiv.

Möge Graf Thun und die über ihm stehenden Faktoren die jetzige Episode der Stagnation wie immer beenden, wir selbst werden nicht zurückweichen und niemand wird es gelingen, uns in die früheren Positionen zurückzuwerfen. Was in das Rechtsbewußtsein und in das Empfinden des ganzen Volkes übergegangen ist, was mit dessen Blute sich vereinigt hat, das wird keine Ungunst und keine Gewalt mehr entreißen und beseitigen. Das ist ein organischer Teil seines Wesens und kann nur mit diesem selbst vernichtet werden. Graf Thun, als er sah, daß aus der Sprachendebatte sich kein Ausweg und kein Gewinn bietet, tat, was ein Regisseur tut, wenn er sich gegenüber dem Chaos auf der Bühne nicht zu helfen weiß: er ließ den Vorhang fallen. Die nächste Vorstellung wird auf einen unbestimmten Tag verschoben. Wenn der Ministerpräsident den Reichsrat nicht sofort vertagte, als der Abgeordnete Kaiser im Namen aller Obstruktionsparteien ankündigte, daß ihr Trotz gegen jede positive Arbeit nicht zu brechen ist, was wir von seinem Standpunkte als Fehler und Mangel an Energie ansehen, als er trotz der Ansage dieses Streiks, der in der Geschichte des Parlamentarismus nicht seinesgleichen hat, weil es ein Streik ist, der andere an der Arbeit hindert, die Parole ausgab: die Session soll fortdauern! war es ein zweiter und noch größerer Fehler, daß dieses Diktum nicht durchgeführt, sondern daß von dessen Realisierung gerade in dem Augenblicke abgelassen wurde, als Sachen in Sicht waren, die der Obstruktion unangenehm gewesen wären. Graf Thun erhob sich nämlich am 7. Juni, um die Anfrage betreffend die Ereignisse in Graz zu beantworten: betreffend die Ernennung des Grafen Gleispach zum Präsidenten des Obergerichtes und betreffend die Auflösung des dortigen Gemeinderates. Durch Lärm und Geschrei verhindert, konnte er nicht weiterlesen und sagte: »Ich werde morgen antworten.« Am selben Tage jedoch setzte Präsident Dr. Fuchs die nächste Sitzung für den 14. Juni an und die hat nicht mehr stattgefunden: am 12. Juni wurde mit Allerhöchstem Patent der Reichsrat vertagt.

In der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« war zu lesen,

daß die vom Grafen Thun und vom Grafen Welsersheimb vorbereiteten, Graz betreffenden Antworten durchaus gemäßigt waren. Wir bezweifeln es nicht, allein durch eine noch so mildere hätte nicht widerrufen werden können, was geschehen ist, und auch ein noch so milderes Urteil wäre die Verurteilung der Grazer Exzesse gewesen. Die Linke hätte eine Debatte über die ministeriellen Antworten verlangt. Die Rechte hätte sie abgelehnt. Aus nachfolgender einfacher Erwägung: »Wenn der Obstruktionsrevolte die sprachliche Diskussion so dringend erscheint, daß sie nicht einmal gestattet, eine Formalität einzuschieben, wie es die erste Lesung pressanter Regierungsvorlagen ist, dann kann sie der Majorität nicht zumuten, die Unterbrechung der Sprachendebatte durch eine andere Debatte, nämlich durch jene, welche die Minorität will, zu bewerkstelligen.« Es bedarf keines besonderen prophetischen Geistes, um mit Sicherheit vorauszusagen, daß die Antwort der Regierung und die Ablehnung der Debatte darüber die Obstruktion reizen würde. Aus diesem Grunde entstand begreiflicherweise die Vermutung, daß Graf Thun, da er den oppositionellen Deutschen das Dach über dem Kopfe nicht anzünden wollte, beim Monarchen die Schließung des Reichsrates erwirkte.

Die Obstruktion deutete sie als ihren Erfolg. Als Furcht und Rückzug vor ihr, als Nachgiebigkeit des Kabinetts, als Rettung des Portefeuilles Dr. Baernreithers. Sie fruktifizierte diese Interpretation in ihren Zeitungen, welche moralische Kraft daraus schöpften und sie der deutschen Revolution transfundierten. Es fruchtete gar nichts, daß das ministerielle »Fremdenblatt« perorierte: »Das Parlament ist lediglich wegen Erfolglosigkeit und Hoffnungslosigkeit der sprachlichen Aktion vertagt worden.« Es war wie im Vorjahre zur selben Zeit: in dem vorzeitigen und plötzlichen Auseinanderjagen des Parlaments erblickte die Obstruktion nicht die Stärke des Kabinetts, sondern ihre eigene. Der Schein war für sie damals und ist es auch jetzt.

Es war sehr leicht möglich, in diesem Falle eine Ausbeutung der Regierungsmaßnahme zugunsten und zur Ermunterung der Obstruktionstaktik zu verhindern. Man konnte rechtzeitig und unverzüglich die Tatsache anführen, die kaiserliche Entschließung ist von Sonntag gegeben. Schon Donnerstag ging ihr ein Einvernehmen des Grafen Thun mit der Rechten voran. Deren Obmänner wurden von ihm zu Rate gezogen und gaben ausdrücklich ihre Zustimmung dazu, daß der Faden der Sommersession entzwei-

geschnitten werde. Es hätte somit genügt, diese Zustimmung öffentlich und in offizieller Weise bekanntzugeben in demselben Augenblicke, in welchem verlautbart wurde, daß der Reichsrat geschlossen ist.

Allein im Konklave der Kardinäle der Rechten ist eine unüberwindliche Scheu vor der Öffentlichkeit. Eine veraltete und schädliche Scheu. Hätte man Montag den 13. Juni in den Wiener Mittagblättern ein von der Rechten autorisiertes Communiqué publiziert, daß der der Krone auf Vertagung des Parlaments unterbreitete Vorschlag vier Tage zuvor die Approbation aller Obmänner der Majorität erlangt hat, die Preßorgane der Obstruktion hätten es niemals gewagt, ihre Leser und die Öffentlichkeit mit der Unwahrheit zu täuschen, daß dieser Akt vor sich gegangen ist ohne die Rechte, gegen die Rechte und zur Beruhigung und Versöhnung der Opposition. Es gilt nicht immer: »Schweigen ist Gold«, es gilt manchmal auch: »Eine träge Zunge ist ein fertiges Unglück.« Als man auf der Rechten das erkannt hatte, war es schon zu spät.

Volle drei Tage lang frohlockte die deutsche Publizistik in dem berauschenden Gefühle: wir haben gewonnen. Die Korrektur dieser ihrer Phantasie hat nichts gefruchtet. Man sagte, sie ist posthum. Allgemein war die Verwunderung, daß die Session des Reichsrates nicht für geschlossen erklärt worden ist. So hätte man tabula rasa mit allem gemacht: mit der Sprachendebatte, mit den Sprachenanträgen, mit den Anklagen gegen Badeni, mit den Interpellationen und mit allen Dringlichkeitsanträgen, und im Herbste wäre der Weg nicht verlegt gewesen durch einen Berg von Hindernissen. Die Neukonstituierung des Hauses ist doch keine gigantische Arbeit und was die Quotendeputation anbelangt, die ihre Mandate verloren hätte, so wäre es kein Verlust, wenn sie mit der ungarischen anstatt im Juni erst im September übereingekommen wäre. Kaum waren die gewählten Vertreter des Volkes zu ihren Penaten geschickt worden, erschien auf dem politischen Horizont abermals das Projekt der deutsch-böhmischen Konferenz. Auch Graf Badeni hat eine solche geplant und hatte ein reiches Repertoire vorbereitet. Die Deutschen sind nicht gekommen. Manche, wie Baernreither, Lippert, der freiwillig in den Ruhestand getreten ist, und Schlesinger von dem es heißt, daß er sich mit der gleichen Absicht trage, wären gern gekommen. Sie erschraken jedoch vor dem Bann, mit dem ihnen gedroht worden war. Diesmal würden die Deutschen kommen. Allein vor der Tür des Konferenzzimmers muß in Stücke zerrissen liegen das

Papier, auf welchem die Sprachenverordnungen geschrieben sind und darf den Böhmen hierfür irgendein Ersatz weder gegeben noch zugesagt werden.

Graf Badeni hatte den Böhmen als Kompensation für die Revision dieser Verordnungen, wie sie durch Baron Gautsch, Dr. Ruber, Dr. Koerber und Graf Bylandt geschehen ist, außer anderen Sachen auch die Ausgestaltung der Sprachenverordnungen in der Richtung nach oben versprochen. Versprochen mit Zustimmung der Deutschen, die ihn in unverbindlichen Gesprächen wiederholten: die Rechte der böhmischen Sprache mögen erweitert werden und mögen bis in die höchsten Tribunale und in die Zentralbehörden reichen, wenn sie nur in den deutschen Gegenden beschnitten werden.

Heute, nach einem Jahr, haben die Deutschen ihre Prätensionen gesteigert. Sie sind begehrlicher geworden, weil sie sehen, daß schon die dritte Regierung sich nicht getraut, ihnen entgegenzutreten, und daß eine jede ein Decrescendo in der Resistenz gegen sie bedeutet. Auch Graf Thun imponiert ihnen nicht. Öffentlich brüsten sie sich, daß sie ihn nicht fürchten. Er sei nicht der, den sie sich vorgestellt haben. Sie hätten erwartet, er werde energisch sein, und hätten sich überzeugt, daß er ein guter Kerl ist. Er sei kein großer Politiker, sondern nur ein langer, und werde ebenso geräuschlos und ruhmlos fallen wie Baron Gautsch, der niemand getäuscht und doch alle Welt enttäuscht hat.

Was die Deutschen verlangen ist die absolute Kapitulation der Böhmen, der Regierung, des Staates, nicht vor ihrem Rechte, sondern vor ihrem Trotz, nicht vor dem gleichen Rechte, sondern vor ihrem Vorrechte. So verhalten sich die Dinge, insoweit es sich um die Deutschen handelt. Insofern um die Böhmen, tragen deren Vertrauensmänner kein Bedenken, auf welcher Konferenz immer und wem gegenüber immer ihre Forderungen zu präzisieren: ihre Forderungen, die in ihrer Einfachheit so gerecht und in ihrer Gerechtigkeit so einfach sind. Es kann jedoch logisch und juridisch kein höheres Recht geben als Gleichberechtigung bei Vollberechtigung. Wir können dem Staate und der jeweiligen Regierung es nicht verwehren, dem deutschen Justament nachzugeben. Wir werden davor nicht kapitulieren. Graf Thun möge wissen und jeder seiner Nachfolger möge dessen eingedenk sein, daß die abwartende Politik der gesamten böhmischen Delegation ausgelöst würde durch deren aggresivste Opposition in dem Augenblick, in welchem, wir sagen nicht die Sprachenverordnungen als Ganzes den Deutschen als

Opfer hingeworfen wurden, sondern in den Gautschischen Verordnungen eine neue Restrinktion der Rechte der böhmischen Sprache vorgenommen wurde. Zu irgendeiner, wenn auch noch so kleinen Reduktion werden die böhmischen Abgeordneten, wird der böhmische Minister (Dr. Kaizl), wird das böhmische Volk niemals seine Zustimmung geben, und wenn sie ohne sie und gegen sie geschehen sollte, werden sie ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Für die Errichtung einer mährischen Universität und einer mährischen Technik ist eine erfreuliche Bewegung eingeleitet worden. Die böhmischen Gelehrten sind an deren Spitze. Alle großen Städte haben ihre Stimmen erhoben. Die in ihnen abgehaltenen Versammlungen haben ihrem bestimmten Zweck vollauf entsprochen. Doch wurde auch noch ein anderer Erfolg erzielt: die Träger der Wissenschaft trugen zur Belehrung, zur Hebung und zur Aufmunterung ganzer Gegenden bei, aus welchen ein großer Andrang zu jenen Versammlungen war. Zwischen der Systemisierung der beiden Hochschulen in Mähren und zwischen den Verhandlungen des vom mährischen Landtage eingesetzten Ausgleichsausschusses besteht absolut kein Zusammenhang.

Auch die Deutschen behaupten nicht, daß ein solcher existiert. Würde ein solcher tatsächlich existieren, würde nur von ihrem Placet die Erfüllung dieses alten Postulats des böhmischen Volkes abhängen, dann hätten sie nicht Massenkundgebungen in allen Städten gegen die »slavisierenden« Anstalten und hätten sie nicht einen Massenangriff durch die daselbst votierten Resolutionen unternommen. Es wäre sehr verlockend, diese aus der Nähe zu beleuchten. Es sei jedoch lediglich konstatiert, daß sich in diesen Kundgebungen zwei Einwände wiederholen: der erste, daß die beiden Hochschulen kein kulturelles Bedürfnis sind, der zweite, daß sie nicht der Wissenschaft, sondern der nationalen, slavischen, slavisierenden, čechisierenden und panslavischen Agitation dienen würden. Es wäre eine Selbsterniedrigung und ein Sichselbsthinwegwerfen, wollten wir uns gegen die Anwendung so unehrlicher, so unreiner und so unwürdiger Waffen verteidigen, wie sie bei den mährischen Deutschen systematisch geworden ist. Die Erfahrung hätte sie, glauben wir, schon belehren können, daß diese Waffen versagen, daß ganz vergeblich damit geschossen wird und daß nach der Salve der Schütze jedesmal gründlich schmachbedeckt und eingerußt bleibt. Wir beschränken uns deshalb, darauf zu antworten: Wenn die böhmische Technik für 1,600.000 Einwohner

den ihr von den Deutschen zuerkannten Charakter besäße, dann hätte die Technik für 600.000 Deutsche im Lande ihn in dreifachem Maße und hätte ihn mit Rücksicht auf das Faktum, daß für acht Millionen Deutsche vier technische Hochschulen erhalten werden, in sechsfachem Maße.

Die Regierung ist es, die diesen nicht existenten, von den Deutschen selbst nicht proklamierten Konnex als Ausrede benutzt für ihr »Nicht« oder »Noch nicht«. In der mährischen Ausgleichsaktion besteht das Verhältnis »do, ut des« nur zwischen zwei Konzessionen: zwischen den Kurien, die wir bewilligen, und zwischen der Reform der Wahlordnung, welche die Deutschen bewilligen, welche sie aber auch vereiteln können. So verhalten sich die Dinge. Wir verlangen die beiden Hochschulen in Mähren nicht von den Deutschen, deren Gnade oder Ungnade in dieser nunmehr kardinalen Volksnotwendigkeit der böhmischen Nation ganz und gar gleichgültig ist, sondern von der Regierung. Wir verlangen sie in demselben Sinne, in welchem die Regierung diese Frage auffaßt: im Sinne der Kaiserin Maria Theresia, wonach die Schule ein Politikum ist. Wir verlangen sie, weil wir sie benötigen, weil wir ein Recht haben, sie zu verlangen, und weil die Regierung die Pflicht hat, sie zu geben.

Wir werden nicht zugeben, daß in diese Beziehungen, bei denen wir der Gläubiger und das Ministerium der Schuldner ist, ein Unberufener eingreife, und weisen mit aller Entschiedenheit die Theorie und Praxis zurück, welche keinem anderen Volke gegenüber tradiert und exekutiert wird, und bei welcher dort, wo es sich um unsere Desiderien, um unsere kulturelle und nationale Gleichheit und unseren Fortschritt handelt, zum Schiedsrichter ein fremder Faktor, obendrein ein neidischer Konkurrent, ein haßerfüllter Schädiger und Feind eingesetzt werde.

Konnte die Universität in Czernowitz, ohne daß jemand gefragt worden ist, in aller Eile errichtet werden, konnte im Jahre 1869 die innere polnische Amtssprache, in breiterer und tieferer Dimension als die innere böhmische Amtssprache im Jahre 1897, durch einen Akt der Exekutive selbst und ohne vorher erwirkte Zustimmung anderer Faktoren eingeführt werden, dann ist es keine Unbescheidenheit, wenn wir sagen: »Geht und tut desgleichen uns gegenüber!«

Vor dem Sturze Thuns.

Nach dem Fortissimo der Obstruktionsproduktion ist das ausgiebigste Crescendo angestimmt worden. Ein solches, das überhaupt für unmöglich gehalten wurde. Hat es doch Thomase gegeben, die meinten, die Deutschen auf der Linken werden sich niemals entschließen, ihr eigenes Parlament niederzureißen. Diese naiven Seelen sind durch die Wirklichkeit gründlich von ihrem Optimismus kuriert worden. Allein dasjenige, was im verflossenen Monat offenbar nach einem einheitlichen mot d'ordre geschehen ist an einigen Orten, ist noch nicht der Gipfel, sondern nur eine Stufe, ist noch nicht das Letzte und Äußerste, sondern nur eine Vorbereitung, ist noch nicht die ganze Tat, sondern lediglich deren Ankündigung.

Die Ereignisse im August kann man nicht mit dem nonchalanten Satz abtun: »Die Taktik der Opposition ist aus dem Zentrum, aus dem Abgeordnetenhaus, auf die Peripherie, in deutsche Gegenden übertragen worden. Diese leichtfertige Diagnose zeigt nicht von der Fähigkeit, die Tragweite jener Erscheinungen zu erfassen, noch weniger ist sie ein Beweis des Vermögens, die Konsequenzen dieser Erscheinungen durchzuführen und deren Wiederkehr vorzubeugen.

Nur der oberflächliche Bureaukratismus, der froh ist, wenn er ein unbequemes Aktenstück vom Tische loskriegt, kann so urteilen. Dem Politiker und dem pragmatischen Historiker bleibt es verwehrt, eine Unwissenheit von einem solchen Grade zu begehen. Der muß einerseits den Zusammenhang suchen zwischen den gegenwärtigen Begebenheiten mit der Vergangenheit, das heißt deren Ursachen und Ursprung erforschen, anderseits den Zusammenhang suchen mit der Zukunft, das heißt deren Zweck ausfindig machen.

Ein derartiger Zusammenhang besteht nach beiden Richtungen

Noch war das hohenzollerische Kaisertum nicht verkündet, noch fühlte die Monarchie die Nachwehen der Katastrophe von Königgrätz, noch war der Dualismus in den ersten Anfängen, noch hatten die Deutschen in dieser Reichshälfte die ausschließliche Regierung und Führung und schon wurden großdeutsche Bestrebungen öffentlich verkündet, öffentlich betätigt. Nach Sedan wuchs die Verwegenheit. Straflos erhob die Irredenta im Norden das Haupt. Als wir im Interesse der Dynastie warnten, wurden wir niedergeschrien. Wir hatten instinktiv das Gefühl, daß jene Tendenzen hauptsächlich gegen uns gerichtet sind. Wir wußten und wissen: nostra res agitur. Im Interesse der Selbsterhaltung, im Interesse der Selbstverteidigung standen wir und stehen wir auf der Wacht Österreichs. Wir wollten und wollen: »Errichtet eine starke Festung, welche der pangermanischen Sturmflut standhalte — das eigenberechtigte Königreich Böhmen!« Vergeblich. Die Schnelligkeit und Leichtigkeit, mit der man nach der Episode Hohenwart zum zentralistisch-deutschen Regime zurückgekehrt ist, hat natürlicherweise jene noch ermuntert, deren einzige Aufgabe war und ist: »Travailler pour le roi de Prusse.«

Dann wiederholten sich zwei Erscheinungen.

Unser staatsrechtliches Programm wurde bekämpft als ein zentrifugales, ein Programm, durch dessen Realisierung der Verband der Länder der St. Wenzelskrone mit den anderen Teilen der habsburgischen Monarchie befestigt worden wäre. Zugleich jedoch wurde direkt und indirekt, mittelbar und unmittelbar jenes deutsche Programm favorisiert, dessen Endzweck ist: die Lockerung der Bande, welche das geschlossene Sprachgebiet mit Österreich verbinden, dessen Losreißung von diesem und dessen Inkorporierung in das Deutsche Reich. Die Sprachenerlässe Badenis wurden maßgebendenorts dahin aufgefaßt, daß die zweisprachige Gleichberechtigung ein verläßlicher Reifen ist, der das Königreich Böhmen zusammenhält und es vor dem Auseinanderfallen schützt. Deshalb hat man an jenen Orten lange und entschieden gegen einen Plan sich gewehrt, den durch Graf Badeni geschaffenen Stand durch einen anderen zu ersetzen, der diese Garantie nicht bietet. Aus ebendemselben Grunde haben auch die Deutsch-Nationalen ihren Widerstand gegen jene Verordnungen organisiert und sind entschlossen, kriegerisch gegen jede Regelung der nationalen Verhältnisse in Böhmen aufzutreten, durch welche nicht a priori die böhmische Sprache aus den sogenannten deutschen Bezirken ausge-

schlossen wäre. Um so verhängnisvoller war der Fehler, der dadurch begangen worden ist, daß man, ehe ein Jahr um war, das Prinzip, welches man vom dynastischen Standpunkt nicht bloß als unerläßlich, sondern auch als einzig möglich, richtig und zuträglich erkannt hatte, verließ und aufgab 'und ein Prinzip durchführt, das den Wünschen der Deutschen zwar noch nicht entspricht, aber sich ihnen nähert.

Das zweite Symptom, das aus der Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte konstatiert werden kann, ist ebenso bedenklich, wie das eben angeführte. Der Trotz nämlich, mit welchem die Deutschen offenen Hochverrat betreiben, sobald in diesem Staate nicht ihr Wille geschieht. Betreiben nicht in geschlossenen Räumen und in vertraulichen Versammlungen, sondern auf Plätzen und Ringen großdeutsche Fahnen, großdeutsche Expeditionen, großdeutsche Lieder und Reden, großdeutsche Schlagworte, großdeutsche Demonstrationen — Großdeutschtum überall. Schamlos wird es geübt. In Cilli und in Graslitz wurden Rufe ausgestoßen gegen Österreich und das habsburgische Geschlecht und für Germanien und das preußische Geschlecht. In zahlreichen Städten im Norden unseres Königreiches wurde am 17. August die österreichische Hymne durch die »Wacht am Rhein« und durch »Deutschland, Deutschland über alles« übertönt. Nach Meldungen deutscher Blätter. Uns kann man somit keine Angeberei vorhalten. Wir können uns darauf beschränken, die in den Blättern unserer Gegner gemeldeten Tatsachen zu verzeichnen. Aus ihnen ist zu ersehen, daß der Feldzug gegen alles gerichtet ist, was österreichisch ist. Der Abgeordnete Hofer sagte zu seinen Wählern: »Die Deutschen wollen keinen zweiköpfigen Adler, sondern den einköpfigen.« Diese Worte sind in Taten umgewandelt worden. Der österreichische Adler wurde von den Staatsgebäuden heruntergerissen, diese bombardiert. Die politischen Beamten und die Gendarmen mußten sich durch Flucht retten. Diese sahen sich in Graslitz an ihrem Leben bedroht, machten von ihren Schußwaffen Gebrauch und fünf Männer waren das Opfer der Tollwut deutscher Empörer. Ihr Blut fällt auf die Führer. Nunmehr wälzen sie alle die Verantwortung auf einen untergeordneten Beamten, auf den Kommissär der Graslitzer Bezirkshauptmannschaft. Die Fortschrittler, die Nationalen und die Sozialisten. Die letzten waschen ihre Hände am eifrigsten in Unschuld. Haben auch Grund dazu. Aus dem Referate der »Neuen Freien Presse« ging nämlich hervor, daß die Genossen des Herrn

Verkauf an den blutigen, in den Tagen vom 17.—21. August veranstalteten Revolten nicht bloß beteiligt waren, sondern deren Führung hatten. Das ist eine unliebsame Enthüllung. Aus vielen Gründen. Ebenso unangenehm war die Mitteilung desselben Organs der Obstruktion, daß in Innsbruck die Arbeiterkapelle den dortigen Prussophilen die »Wacht am Rhein« gespielt hat. Es ist für mich unauffindbar, warum mit einemmal die Sozialdemokraten gegen die Allianz mit den Deutschnationalen protestieren. Hatten sie sie nicht im Vorjahre in Wien? Und in diesem Jahre wieder? War Dr. Verkauf nicht gemeinsam mit Hofer in Graslitz tätig? Woher auf einmal diese mimosenhafte Empfindsamkeit gegen die Zumutung, daß sie im Bunde mit den Schönererianern sind? Erst nachdem die Mannlichergewehre auch in Graslitz erprobt worden waren, hat die Leitung der Sozialistenpartei eine Kundgebung erlassen, in welcher die Genossen aufgefordert werden, von leeren Kundgebungen abzustehen. Diese Warnung ist posthum. Sie ist die Stimme des schlechten Gewissens. Sie ist das reumütige Geständnis der Sünde, auf die keine Absolution erteilt wird.

Wenigstens nicht von der wichtigsten Instanz: von der geschichtlichen Wahrheit. Vor deren Tribunal werden die Führer der österreichischen, insbesondere der böhmischen Sozialdemokratie schuldig gesprochen werden, daß sie, den Kardinalartikel ihres Kredo verratend, im Kampfe zwischen Gleichheit und Überhebung sich an die Seite jener Gewalttätigen gestellt haben, die sich nicht gescheut haben, die verwerflichsten Mittel anzuwenden, um ihre Superiorität und die Inferiorität aller anderen zu erhalten. Wir würden wünschen, es möge sich nicht als sanguinisch die Hoffnung erweisen, daß gleichwie das Urteil des Wiener Stabes der Sozialdemokratie über das Maiprogramm der Linken und über die deutschen Brutalitäten in Wien und Cilli, auch die anläßlich der Ausschreitungen in Asch und Graslitz erlassene Proklamation ein Akt der Buße ist. Leider lassen die Vorbereitungen der Sozialisten für die bevorstehende Session des Reichsrates, in der sie abermals Helfershelfer Wolfs sein wollen, den Gedanken nicht aufkommen, daß die Besserung eingetreten ist, geschweige denn, daß sie anhält.

Einmütig hat die deutsche Öffentlichkeit die fünf Toten aus Graslitz auf den Konto des jetzigen »čechischen Systems« gesetzt. Das »Prager Tagblatt« hat es schüchtern angedeutet, anderswo wurde es mit vollem Munde ausgesprochen. Der Sinn war: fort mit einem Zustand, bei dem die Deutschen so verfolgt werden, daß sie die

Wahl haben, entweder Hochverräter zu sein oder Zielscheibe für die Repetiergewehre der Gendarmerie. Mit wahrhaft provokatorischer Verwegenheit wurde Deutschböhmen gleichgestellt der Lombardei, Schleswig-Holstein — unerlösten Ländern. Da kann es nicht wundernehmen, daß der Leitmeritzer Bürgermeister und Generalissimus der Obstruktion, Dr. Funke, durch eine derartige Sprache der Presse ermuntert, bei der Bewillkommnung des Thronfolgers und Erzherzogs Franz Ferdinand d'Este sich zu sagen unterfing: »Ihre Begrüßung ist ein Beweis der Treue zum Kaiser und der patriotischen Liebe, die sich im deutschen Volke trotz seiner jetzigen großen Leiden und begründeter Erbitterung erhalten haben. Möge ihm bald sein Recht werden!«

War das ein Lärm vor einigen Jahren, als ein beherzter, aufgeklärter und einfacher mährischer Bauer dem Kaiser die Bitte unterbreitete, er möge sich zum König von Böhmen krönen lassen. Als hätte er ein crimen laesae maiestatis begangen durch einen in der Tat royalistischen und loyalen Wunsch. Hier in Leitmeritz aber wurde der Versuch gemacht, den Erben des habsburgischen Zepters in die innerpolitischen, spezifisch böhmisch-deutschen Streitfragen hineinzuzerren und ihn zu irgendeiner Äußerung zu veranlassen, ein Versuch, von dem dessen Arrangeur im vorhinein wußte, daß darauf nicht reagiert werden wird.

Allein die Absicht und die Triebfeder all dieses Beginnens: aller publizistischen Drohungen, aller Angriffe auf Amtspersonen, Amtsgebäude und Embleme, des ganzen Terrors und aller Ränke liegen klar zutage. Es war kein Zufall, daß die antiösterreichischen Manifestationen gerade am Vorabende des Geburtstages des Kaisers und vor dessen Ankunft zu den Manövern in Reichstadt veranstaltet wurden. Durch diese verschiedenen Hilfsmittel sollte nach oben gewirkt werden. Dort sollte man sehen und hören, was Badeni, Gautsch und Thun gemacht haben, und daß es nur ein Mittel zur Sanierung der Folgen ihres deutschfeindlichen Regimes gebe — ein deutsches Regime.

Es wird hier einfach ein Druck ausgeübt auf die obersten Sphären, ein Druck, der nicht genug verhüllt war, um nicht sichtbar zu sein. Von dem Hintergrunde antidynastischer und verräterischer Exzesse im Norden und im Süden hebt sich um so wirksamer ab die Loyalität der deutschen Gemeindevorstände, welche den Monarchen in Reichstadt begrüßten. Es handelte sich um den Effekt. Und der war. Alles, was inszeniert worden war vor dessen Ankunft, war

gegen die Regierung gerichtet, nur gegen die Regierung und wird mit dieser Regierung verschwinden.

Wieder und abermals muß gegenüber dem Bestreben, die Richtung der inneren Politik vom Frühjahre 1897 als einzigen Quell des wüsten und verbrecherischen Treibens der Anhänger der Obstruktion die einfache und primäre Frage gestellt werden: womit ist das Recht der Deutschen verletzt worden, und die Antwort gegeben werden: den Deutschen ist gar kein Unrecht geschehen, den Böhmen das gleiche Recht nicht gewährt worden.

Es ist nicht der Mangel an Willen der Abgeordneten der Linken, wenn ihre Vorträge in den Städten des Deutschen Reiches nicht häufiger sind, sondern der Mangel an Willen zweier Bundesstaaten gegenüber dem Bestreben, die Deutschen in Deutschland über die Verhältnisse in Österreich durch Deutsche aus Österreich belehren zu lassen. In Dresden und in München haben sie offenbar gedacht: geht Herr Eugen Richter nicht nach Wien gegen Herrn Miquel hetzen, weil man dies weder dort noch zu Hause dulden würde, soll Herr Dr. Funke auch nicht gegen die österreichische Regierung nach Deutschland hetzen gehen.

Dafür öffnet das freie Hamburg angelweit seine Tore den Wanderpredigern aus Deutsch-Zisleithanien. Dort hat, auf der Brust der Allmutter Germania, Schönerer, der »Vizekönig der Ostmark«, geweint und gefrohlockt. Dort hat vor wenigen Tagen sein bedrücktes Herz das journalistische Genie der deutsch-nationalen Vereinigung, der Abgeordnete Heger, der Vertreter Jägerndorfs, erleichtert, indem er die biederen Baumwollhändler der großen Hafenstadt versicherte, die Deutschen Zisleithaniens werden nicht lange mehr leiden und der nicht ferne Herbst werde ihnen Heil bringen. Dr. Bareuther hat auf dieses Kraut den Pfeffer nachstehenden Telegramms geschüttet: »Alle meine Wünsche und Hoffnungen fasse ich zusammen in die Worte: wir hoffen und vertrauen auf euch. Heil Alldeutschland!« Der Wahrheit gemäß soll konstatiert werden: Manches läßt sich an dieser Depesche beanstanden, nur eines nicht: Unaufrichtigkeit.

Von demselben Geiste, der über den Produktionen in Erfurt und Hamburg schwebte, waren auch alle deutschen Manifestationen durchdrungen, von Salzburg angefangen bis zu Hohenelbe. Vom Geiste der Abstoßung und der Feindseligkeit gegenüber Österreich und dessen Gesetzen, welches, nach einem Ausspruche eines literarisierenden Großpreußen nur eine Aufgabe hat: eine preußische

Kolonie zu sein. Zwischen Salzburg, wo die Straßenrevolten begonnen, zwischen Cilli, wo der furor Germanicus in gleicher Weise gegen die Slovenen wie gegen die Böhmen wütete, zwischen Asch, Eger, Graslitz, Arnau und anderen nordböhmischen Städten und zwischen Klagenfurt, wo die Deutsch-Konservativen das Opfer für den Deutsch-Nationalismus hergeben mußten, besteht ein organischer Zusammenhang. Der Haß gegen den böhmischen Gendarm, gegen slavische Studenten, gegen klerikale Konnationale, gegen den k. k. Beamten hat seinen Ursprung in der Erkenntnis, daß alle diese Faktoren den Deutschradikalen im Wege stehen, auf dem sie Österreich zuerst zu ihrem Paschalik und dann zur preußisch-deutsch-protestantischen Satrapie machen wollen.

Die Vertreter der Majorität müssen die Hydra dieses Deutschtums allein bekämpfen. Die Regierungen, sowohl die gemeinsame wie die Wiener, sehen fast untätig zu. Ihre Passivität hat endlich die Deutschen in der katholischen Volkspartei erbittert. Vier Mitglieder sind in den letzten Tagen energisch aufgetreten und alle haben einmütig nach Wien den entschiedenen Appell gerichtet, es möge doch endlich einmal ein Ende sein mit jener Lauheit und Untätigkeit, mit der die großdeutsche Bewegung Kreise dulden, die in erster Reihe verpflichtet wären, ihr mit der ganzen Autorität, der ganzen Macht und der ganzen Entschlossenheit entgegenzutreten.

Freilich mußten die sehr verehrten Herren erst durch zwei Ereignisse aus ihrer Lethargie aufgerüttelt werden: durch das in Salzburg gegen die Redaktion ihres dortigen Tagblattes durchgeführte Bombardement und durch den Überfall der in Klagenfurt versammelten Geistlichen, mußten selbst Hiebe und Schläge empfangen, bevor sie uns glaubten, daß sie wehe tun, und daß wir mit Recht uns beschweren über das Martyrium unserer Stammesgenossen unter der Peitsche und dem Joche der deutschen Sklavenhälter. Als erster sprach am 27. v. M. der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Fuchs, ein außerordentlich nüchterner, gemäßigter und bedächtiger Mann. Er sagte, daß die Deutschradikalen jedes Patriotismus bar sind, daß sie schamlos den österreichischen Staatsgedanken von sich gewiesen, daß sie gegen den Thron kämpfen, daß sich unter ihnen nicht bloß Studenten, sondern auch Staatsbeamte befinden und fügte hinzu: »Hierin muß Remedur geschaffen werden. Man muß den festen Entschluß nicht bloß fassen, sondern auch durchführen und gegen solche Machinationen mutvoll und entschiedenst einschreiten. Nicht bloß durch zaghafte Erlässe und

halbe Taten, sondern durch beherzte, entschlossene und mannhafte Handlungen. Wir müssen alle gegen die katilinarischen Bestrebungen politischer Flibustiers furchtlos auftreten.« In der nach dieser Rede angenommenen Resolution wird die Rebellion in den deutschen Städten als eine Frucht verurteilt, die auf dem Baume radikaler Hetzereien gewachsen ist, und konstatiert, daß Sprachenerlässe, Rettung des Deutschtums usw. nur Vorwände sind, durch die das Vorgehen der Obstruktion nicht gerechtfertigt werden kann.

Schon am nächsten Tage stimmte seinem Kollegen Doktor Ebenhoch in seinem lapidaren und klaren Stil bei. Er verlangte, die Regierung, gegen welche in der katholischen Volkspartei die Verdrossenheit wächst, weil sie nicht alle Staatsmittel erschöpft hat zur Niederhaltung der unerhörten Exzesse der radikalen Deutschen, möge die von ihnen inszenierte revolutionäre Bewegung brechen. Die Geduld der katholischen Volkspartei sei zu Ende, denn es hat den Anschein, daß vom Staate nur derjenige respektiert wird, der radikal ist. Radikal zu sein, wird die katholische Volkspartei auch treffen. Wie die Dinge sind, können und dürfen sie nicht bleiben. Dafür wird schon die Partei allein sorgen, die auch die Kunst verstehen wird, sich ohne Hilfe der Regierung zu verteidigen. Nach dieser Publikation ist der Landeshauptmann von Oberösterreich unverzüglich nach Wien berufen worden. Offenbar hat seine kernige Rede dort Eindruck gemacht.

Auch Dr. Kathrein, der Obmann der katholischen Volkspartei, ist vor die Wähler getreten. Allein mehr als eine larmoyante Klage über die Zustände im Parlament enthielt seine Rede nicht. Vielleicht wären sie nicht solche geworden, wenn auf dem Stuhl des Präsidenten im kritischen Augenblicke dieser Politiker mehr Festigkeit bewährt und die Obstruktion in deren Anfängen eingestellt hätte. Den Wunsch nach Versöhnung zwischen beiden Böhmen bewohnenden Völkern, die er befürwortete, teilen wir alle. Aber ein Ausgleich, der diesen Namen verdient, kann nicht eine Kapitulation der Mehrheit vor der Minderheit sein.

Da ist der Landeshauptmann von Vorarlberg, Rhomberg, ein ganz anderer Mann. Er meinte, den deutschen Revolutionären wäre nicht mit Limonade, sondern mit Scheidewasser beizukommen. Der lief der Obstruktion nicht nach wie sein Landsmann Dr. Kathrein, sondern sagte: »Ursache des Kampfes ist nicht das bedrohte Deutschtum — das Motiv ist die Herrschsucht.« Er schloß: »Die Tiroler Deutschen fürchten Leute, wie Wolf ist, nicht.«

Mit noch größerem Temperament als Dr. Fuchs tadelte der Abgeordnete Dr. Kern die Schwäche der Regierung gegenüber der deutsch-nationalen Bureaukratie. »Wo in der Welt«, rief er, »könnten anderswo Staatsbeamte mit hochverräterischen Parteien zusammen arbeiten, wo anders könnten sie sie unterstützen? Jene schmähen, die für Staat und Dynastie wirken?«

Aus zwei Gründen verzeichnen wir gern diese Kundgebungen.

Man hat uns »Polizeiwenzel« und »Detektivkreaturen« genannt, so oft wir auf die bedenklichen und gefährlichen Erscheinungen der fremden Bewegung in den österreichischen Ländern aufmerksam gemacht haben. Man glaubte uns nicht. Man sagte: aus euch spricht die Furcht — das ist eine Idiosynkrasie von euch. Nun, da haben die Wiener Machthaber mehrere Beweise von echten und unvoreingenommenen Deutschen, daß wir nicht übertrieben haben. Was wird die Regierung jetzt tun? Wird sie fernerhin eine Agitation ignorieren, welche auf die Grundfesten des Reiches selbst greift? Wird sie sie bagatellisieren, wie es bisher geschehen, und sich und die Öffentlichkeit mit dem Einwande beruhigen, daß es nur einzelne sind, die im Volke keine Resonanz haben? Solche naive Anschauungen konnten vielleicht vor fünfundzwanzig Jahren geäußert werden, heutzutage wären sie die reinste Ignoranz und ein Verbrechen zugleich.

Weit entfernt sind wir auch vom leisesten Wunsch nach einer Persekution unserer deutschen Landsleute und von drakonischen Maßnahmen ihnen gegenüber. In der Tiefe unseres Herzens ist die Trauer über das Blutvergießen in Graslitz nicht geringer, als im Innern jener, die es verschuldet haben. Was wir wollen, ist sehr wenig: wir verlangen, daß gegen Willkür und Gewalt aufgestellt und mit unerschütterlicher Festigkeit, mit unermüdlicher Autorität, mit unbeugsamer Gerechtigkeit durchgeführt werde einerseits der Wille, das Recht zu schützen, anderseits der Entschluß gefaßt werde, österreichische Interessen zu verteidigen, wir verlangen, daß im Norden und im Süden die antiösterreichische Politik durch eine Politik bekämpft werde, welche der Gleichheit der Völker und dem Wohle der Monarchie entspricht.

Das, glauben wir, ist Pflicht einer jeden österreichischen Regierung. Und eine jede versündigt sich an den Grundsätzen der Gleichberechtigung und an der Existenz des Reiches, welche das Gebot dieses kategorischen Imperativs entweder unvollkommen oder gar nicht erfüllt. Deshalb begrüßen wir es mit Genugtuung, daß

nunmehr auch eine deutsche Partei der Regierung eine Rüge pro praeterito und eine Weisung pro futuro gegeben hat und daß solchermaßen die gesamte Rechte einig ist in der Erkenntnis dessen, was in der gegenwärtigen Situation unerläßlich notwendig ist. Bei einer solchen Übereinstimmung fürchten wir nicht um die Einigkeit und Solidarität der Rechten. Vielleicht haben zu deren Befestigung gerade jene Ereignisse beigetragen, bei denen gleichgültig bleiben können nur diejenigen, die sich zur Lehre des Herrn Witzthum bekennen, wonach Österreich ein verlöschendes Franziskerl sei, bestimmt, mit seiner Asche das Ackerfeld Alldeutschlands zu düngen.

War die erste Ursache, derentwegen wir die Stimmen aus. deutsch-konservativem Lager freudig begrüßt haben, allgemein österreichisch, so ist die zweite spezifisch slavisch.

So oft die Vertrauensmänner des böhmischen und slovenischen Volkes in der parlamentarischen Kommission der Rechten Klage führten über die Brutalität der Deutschen in den Alpen- und in den Sudetenländern konnten sie in neunundneunzig Fällen von hundert von ihren deutschen Bundesgenossen die alte Melodei vernehmen, man müsse den Deutschen bereitwillig entgegenkommen, Intransigenten gebe es auf beiden Seiten, und von unserer Seite dürfe zu deutschradikalen Ausschreitungen kein Anlaß gegeben werden. Hat doch Herr Dr. Ebenhoch die Schuld am Cillier Skandal der »čechischen Invasion in ein fremdes Land« zugeschrieben und gedroht, die katholische Volkspartei, die ja doch auch eine deutsche Partei, sei, werde das nicht dulden.

Noch sind keine zwei Wochen vergangen — was in Cilli geschehen, hat sich in Klagenfurt wiederholt. Dort wurden Slaven insultiert und gesteinigt, hier Deutsche. In der kärntnerischen Hauptstadt ist der katholischen Volkspartei eine zwar unliebsame, aber gesunde Lektion erteilt worden. Sie hat sie belehrt, wie die oppositionellen Deutschen insgesamt tolerant sind gegenüber Andersgesinnten, gegenüber national andersgesinnten, gleichwie gegenüber politisch Andersgesinnten. Jetzt erst ist in der Gesinnung der katholischen Volkspartei eine gründliche Metamorphose eingetreten, die wir vom slavischen Gesichtspunkt aus für einen Gewinn halten.

Das berühmte Cilli, wie es der Abgeordnete Dr. Ferjancic benannt hat, das berüchtigte Cilli, wie es benannt zu werden verdienen würde, ist zum zweitenmal innerhalb von vier Jahren zu einem Kampfplatz geworden, wo zwei Welten aneinandergeprallt sind: die slavische und die deutsche, der Austroslavismus und der

Pangermanismus. Im Jahre 1895 war es im Juni, heuer im August. Darin besteht der ganze Unterschied. Sowohl der Charakter, wie das Wesen, wie die Motive, wie das Ziel waren dieselben damals wie jetzt.

Der Streit um das gleiche Recht des slovenischen Volkes mit dem deutschen, ein Streit, der durch den Sieg der gerechten Sache jenes entschieden worden ist, hat dem Koalitionssystem, einem schwachen und kranken, unausgetragenen Kinde des parlamentarischen, hauptsächlich gegen die Böhmen errichteten Dreibundes, den Todesstoß gegeben. An jenem Abende, an welchem mit Hilfe böhmischer Stimmen die sogenannte Cillier Post, eine armselige Ausgabe für slovenischen Unterricht in Latein, in Geschichte und Religion an dem Gymnasium in dieser denkwürdigen Stadt, angenommen wurde, lag jenes System in Trümmern. Drei Wochen hierauf hat das Abgeordnetenhaus selbst die Ausgabe mit einer Majorität von 40 Stimmen angenommen.

Alle, die Zeugen waren des großen Ringens, das mit einem glänzenden Siege der Rechten endete, waren sich bewußt, worum es sich handelt. Nicht um die Schule, nicht um Cilli, sondern um den Zweikampf zwischen dem verendenden, sich verzweifelt wehrenden austro-deutschen Geiste, dem Geiste unermeßlicher Selbstsucht, mit dem neuösterreichischen Geiste, der noch nicht gesiegt hat, von dem jedoch mit Emil Zola gesagt werden kann: »Die Wahrheit ist auf dem Marsche.«

Schon damals hatte das um die Cillier Post kämpfende österreichische Deutschtum einen starken preußischen Beigeschmack. Es genügt, daran zu erinnern, daß für Cilli Gelder in Deutschland gesammelt wurden, ebenso wie sie gesammelt wurden für die politische Apostasie, die unter der Parole »Los von Rom« betrieben wird. Schon damals rief man über die Grenze hinaus um Hilfe und sie ist auch gekommen, zwar keine Armee, aber ein sympathischer Widerhall. Doch wurde auch da noch der Schein gewahrt, daß die Deutschen nur für ihre Sache kämpfen. Dieses Feigenblatt ist heuer abgelegt worden. In ihrer ganzen Nacktheit zeigte sich auf den Straßen von Cilli die großdeutsche Fronde, feierte dort Tag und Nacht wahre Orgien. Und es war nicht das Verdienst der Staatsorgane, sondern der Unerschrockenheit der böhmischen Gäste und der slovenischen Gastgeber, daß diese pangermanischen Pioniere nicht auf der ganzen Linie gewonnen haben. Die Autorität der österreichischen Exekutive hat dort einen empfindlichen Schlag

erhalten. Einen ebenso empfindlichen wie in Pirano und anderen küstenländischen Städten unter der Koalition, als sie dort vor den zweisprachige Schilder auf Amtsgebäuden zertrümmernden Italianissimi retiriert war, und wie in Wien, wo sie am 28. November 1897 ihr Debacle hatte, und wie während der verflossenen Tage an manchen Orten im Nordwesten unseres Vaterlandes.

Etwa 120 böhmische Studenten sind nach Cilli gekommen. Diese 120 jungen Leute jagten einen furchtbaren Schrecken ein. Über Nacht werden sie Cilli slovenisieren, deshalb muß man sich auf sie stürzen. Noch hatten sie ihre Heimat nicht verlassen und schon flog ihnen der Gruß aus Herrn Dobernigs Zeitschrift entgegen, wo sie Wegelagerer genannt wurden, denen man geben müßte, was ihnen gebührt. Dieser Aufruf hat die Zensur passiert. Er ist auch befolgt worden. Schon im Bahnhofe St. Michael haben die böhmischen Wanderer zu kosten bekommen, was ihrer harrt.

In den Regierungsjournalen und auch im Vaterland, gleichwie in den oppositionellen Blättern wurde die Schuld an dem Cillier Skandal dem ersten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Ferjancic, zugeschrieben. Dieser hatte in seiner die Ankömmlinge aus dem Norden begrüßenden Rede vom Kriege gesprochen, den die südsteirischen Slovenen mit den Deutschen führen müssen. Das war in Veldes gesprochen, nach dem Attentat in St. Michael und nach der Proklamation des Herrn Dobernig. Konnte somit nicht rückwirken.

Im übrigen haben die Deutschen kein Geheimnis daraus gemacht, daß sie die böhmischen Akademiker überfallen wollen. Wurden ja aus Klagenfurt, aus Leoben und aus Graz und Wien nach Cilli Burschenschafter entsendet, die ihrer Aufgabe aufs vollkommenste nachkamen. Sie waren mehrfach in der Übermacht, hatten das noble und gemeine Lokalgesindel zur Disposition und führten ihren Part mit deutscher Gründlichkeit aus.

Die böhmischen Studenten hatten ein Recht, nach Cilli zu den Slovenen einzutreffen, deren Zahl nicht einmal um 50 geringer ist als jene der Deutschen, nach Cilli, welches eine Stadt ist mit deutscher Majorität in rein slovenischer Gegend. Wird ihnen dieses Recht abgesprochen und wird durch Gewalt dessen Betätigung vereitelt, so ist das ein gefährliches Spiel, weil es zu einer Revanche auf der anderen Seite führen könnte.

Als deutsche Burschenschafter slavische, zu einem Konzert auf der Wiener Türkenschanze versammelte Sänger überfallen hatten,

habe ich vor Retorsionen bei uns gegen die Deutschen gewarnt. Als dieselben Burschenschafter böhmische Turner in Wien, die zur Feier des Jubiläums ihres Vereines fuhren, blutig geschlagen hatten, wiederholte ich diese Warnung. Es wäre jedoch erklärlich, es wäre begreiflich, wenn auf die Nachrichten von solchen Akten bei uns zu Hause jedwede Rücksicht wäre beiseite gelassen worden, wenn die aufschäumende Leidenschaft die Stimme der Vernunft unterdrückt und wenn man dem Rachegefühl freien Lauf gelassen hätte. Ich wiederhole: es wäre kein Wunder, im Gegenteil, es wäre ganz natürlich, wenn man in Laibach, Prag, Pilsen und anderswo gesagt hätte: gehen wir und tun wir desgleichen! Und wenn man es getan hätte. Wenn man in Laibach gesagt hätte: wenn die Unsrigen in Cilli nicht in ihr Nationalhaus hineindürfen, dann lassen wir einfach die hiesigen Deutschen nicht ins Landestheater hinein, wo für sie, einen geringen Bruchteil der Bevölkerung, dreimal in der Woche gespielt wird. Wenn man in Prag gesagt hätte: sind unsere Söhne in Cilli meuchlerisch mit Steinen und mit Knütteln verwundet worden, warum sollten wir nicht mit gleicher Münze heimzahlen und mit unserer physischen Übermacht nicht die Feier des 150jährigen Geburtstages Goethes im deutschen Kasino vereiteln? Oder kommen den Deutschen in Prag mehr Rechte zu als den Slovenen in Cilli? Es wäre nur eine Reaktion der Ereignisse vom 9. und 10. August d. J. in der genannten Stadt, wenn dort, wo die Böhmen und Slovenen die Majorität haben, gesagt worden wäre: gut denn. Wollen die Deutschen das gleiche Recht nach der Cillier und Wiener Methode haben, es geschehe ihr Wille. Eine solche Abzahlung läge psychologisch und auch politisch nahe und wäre zu entschuldigen. Allein es ist nichts, gar nichts geschehen, was unsere Gegner nach ihrer Art hätten ausbeuten können, nicht nur wurde von irgendwelcher Seite hierzu nicht aufgefordert, sondern es gab nur ein Urteil und eine Stimme: keine Revanche, und eine Parole ging durchs Volk: die Ruhe und Besonnenheit nicht verlieren. So sind wir. Nicht Zahn für Zahn, Aug' für Aug'. Nicht zwar die andere Wange hinhalten, wenn man auf eine geschlagen worden ist, aber auch nicht herabsinken zur Niedrigkeit und Schlechtigkeit des Gegners. So lautete die Weisung und überall wurde sie befolgt.

Das letzte Instrument in der Steigerung der Obstruktionstaktik ist die Drohung, daß die Delegationswahlen werden vereitelt werden. Der Wahrheit gemäß sei konstatiert, daß dieser Plan von den Sozialdemokraten stammt. Wird Graf Thun die Delegation gewählt haben

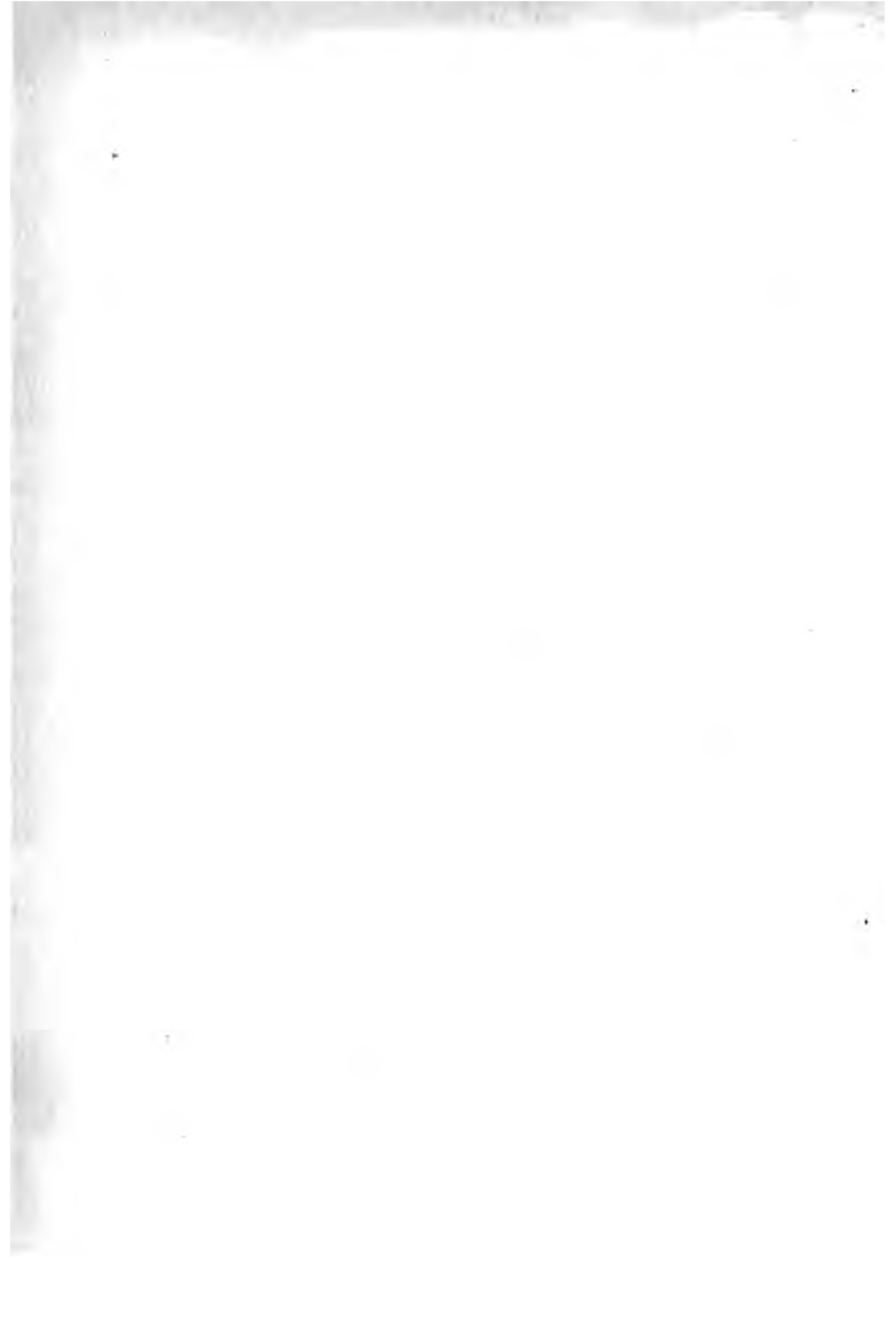
— kalkulieren sie — das Parlament nicht brav sein, wird es wieder vertagt werden und man wird ohne das Parlament regieren. Deshalb sei die Vereitlung der Delegationswahlen eine Gewähr, daß das Abgeordnetenhaus lange tagen und daß die diätenlose Ära ihr Ende finden wird. Die Deutsch-Nationalen griffen wohlgemut diesen Gedanken auf. Aus einem anderen Grunde wieder. Da wäre der archimedische Punkt, wo man mit starkem Hebel das gegenwärtige System stürzen könnte. Herr Girstmayr war der erste, der in einer Wählerversammlung sich für die Durchführung dieses Planes aussprach. Andere folgten. Die Antisemiten ausgenommen, wagte keine oppositionelle Gruppe öffentlich zu widersprechen. Nicht einmal der verfassungstreue Großgrundbesitz.

Auf der deutschen Linken wußte man, daß nicht bloß wichtigen und mächtigen Faktoren im Reiche, sondern auch den höchsten an dem Zustandekommen des gemeinsamen Budgets gelegen sei. Daß man dort Heeresangelegenheiten als die ersten ansieht und ihnen, wenn es not tut, die parlamentarischen Formationen unterordnet. In diesem Jahre hatte das Heeresbudget eine außerordentliche Bedeutung. Mit Rücksicht auf die Regelung der Offiziersgagen. Die Opposition schrak vor dem Vorwurf nicht zurück, daß sie durch die Bedrohung der Delegationswahlen diese Reform und ein Kardinalinteresse der Monarchie bedroht: die Schlagfertigkeit der Armee. Sie war auf diesen Vorwurf gefaßt. Sie war bereit, ihm durch den Einwand zu begegnen, das Hindernis wäre Graf Thun, dessen Kabinett, dessen Regime. Verschwänden die auf einen Wink von oben, dann würden alle Schwierigkeiten beseitigt und alle, sowohl innerpolitischen als auch gemeinsamen Angelegenheiten wohl versehen. Eine solche Ordnung wäre doch durch die Aufopferung eines Ministeriums nicht zu teuer erkauft.

Diese Erwägungen veranlaßten die deutsche Opposition, sich für die Vereitlung der Delegationswahlen zu entflammen. Sie hoffte zuversichtlich, daß, wenn es zur prekären Alternative käme: entweder Delegationen und alles, was mit ihnen zusammenhängt und was von ihnen abhängt, oder ein bestimmtes Kabinett — die Wahl den maßgebenden Kreisen nicht schwer fiele. Gestärkt wurde sie durch die Überzeugung, daß in jenen Sphären ein Beharrungsvermögen für die bisherige Ordnung vorhanden ist und ein Konservatismus, der ungern und schwer sich entschließt oder einwilligt zu durchgreifenden Veränderungen. Deshalb glaubte sie kein Gerücht über Verfassungsänderungen, über Rückkehr zum Oktoberdiplom usw.



Franz Graf Thun



Durch gesetzliche Mittel lassen sich die Wahlen in die Delegationen nicht vereiteln. Nur durch ungesetzliche, durch physische Gewalt. Herr Pernerstorfer, der commis voyageur der österreichischen Sozialdemokratie, versicherte in seinen auf Schweizer Boden gehaltenen Reden, man werde sie anwenden.

Es kann außerdem kein Zweifel darüber obwalten, daß das im Abgeordnetenhause durchgeführte Unternehmen ein Relief außer dem Hause finden wird: in Zusammenrottungen und Exzessen der Arbeitermassen und der deutsch-nationalen Menge, daß somit eine kombinierte Aktion inszeniert wird, deren Zweck es ist, eine vermehrte Ausgabe der Ereignisse herbeizuführen, die sich am 27. und 28. November 1897 zugetragen, und eine gleiche Konsequenz herbeizuführen, wie sie damals war: die Entlassung des Ministeriums.

Es ist offenkundig, daß da, sei es durch die Handlungen selbst, sei es durch deren bloße Ankündigung, eine Wendung nach links erzwungen werden sollte. Wer konnte es wagen, mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß dieser Terror, dem man anfangs und dem man später nicht entgegengetreten ist, nicht wieder siegen wird?

Eines war sicher: die Vereitlung der Delegationswahlen ist eine Karte, auf welche die Opposition ihre letzte Hoffnung setzt. Wie der Kartenspieler, dem in der Tasche ein einziges Geldstück geblieben ist. Bisnun hat sie jedesmal verspielt. Budget, Ausgleich, zahlreiche Kodifikationen sind trotz ihrer Revolte aktiviert worden. Sie wußte, daß sie verloren wäre, wenn sie jetzt nicht reussierte. Dieses Bewußtsein verlieh ihr jene Verwegenheit, wie sie nur verzweifelte Hasardiers haben.

Aufgemuntert wurde sie durch ein äußeres, aber für ihre Kampagne willkommenes Moment. Es galt: den Ausgleich zu perfektionieren. Das neue Zoll- und Handelsbündnis und die neue Bankrate sollte promulgiert werden. Dann käme eine andere Aufgabe an die Reihe: die Zustimmung des Parlaments für sämtliche kaiserliche Verordnungen zu erwirken, durch welche der vierte Ausgleich mit Ungarn aktiviert worden ist. Und da war es interessant zu horchen, was einige Monate lang von unten nach oben gerufen worden ist.

Nachstehendes.

»Lasset das Kabinett Thun nicht mehr ins Parlament hinein. Es wäre vergeblich. Nichts Wesentliches würde es dort erreichen. Höchstens den Zorn des Gegners steigern. Graf Thun hat seine

Mission vollzogen — schicket ihn dem Freiherrn von Gautsch nach! Setzet ein neues Ministerium ein, welches frei nach allen Seiten hin wäre, unkomprimittiert, so daß zwar das Objekt da wäre: der auf unparlamentarische Weise durchgeführte Ausgleich, aber nicht das Subjekt, die Regierung, welche ihn durchgeführt. Das neue Regime wird seine Hände in Unschuld waschen und sagen, es habe das Vermächtnis von seinen Vorgängern übernommen und man müsse pro praeterito Absolution erteilen. Auf der Linken wird man triumphieren können, die Regierung der Rechten sei gestürzt und durch eine neutrale ersetzt worden und die Indemnität nicht versagen. Wenn somit die Regierung des Grafen Thun eine Notwendigkeit war, um die Ausgleichvorlagen zum Gesetz zu erheben, so bedarf es jetzt einer neuen Regierung, damit sie verabschiedet werden.«

Die Delegationswahlen, die neuen Offiziersgagen, die Approbation des Ausgleichs durch das Parlament — das sind insgesamt sogenannte Staatsnotwendigkeiten. Man wird sagen: die werden nicht durchgehen, wenn Graf Thun bleibt. Und sobald sich der Streit derart zuspitzt, daß auf der einen Seite die Sachen, auf der anderen die Personen sein werden, ist leicht zu sagen, wie der Konflikt enden wird. In die durch die gesteigerte Obstruktionstaktik verursachte Situation griff noch das Intermezzo Chlumecký ein. Es wurde behauptet, daß er zum Kaiser berufen wurde und sich zum deutschen Großgrundbesitz und zum ungarischen Ministerpräsidenten (Szell) mit Wissen des Grafen Thun begeben habe. Wir zweifeln nicht. Graf Thun hätte im entgegengesetzten Fall die Demission eingereicht. Ob jedoch Graf Thun von allem weiß, zweifeln wir.*) Freiherr von Chlumecký gehört nicht zu jenen Leuten, welche das Herz auf der Zunge haben, sondern zu jenen, welche auch einem intimsten Freunde gegenüber den untersten Winkel ihres Innern nicht aufdecken. Daß er überhaupt zur Intervention aufgefordert wurde, mußte den begründeten Verdacht erwecken, daß die innerösterreichische Politik nicht mehr gerade Wege wandelt, sondern sich in einer Kurve nach links neigt oder zum mindesten zu einem Abschwenken nach dieser Richtung hin sich vorbereitet.

Freiherr vom Chlumecký ist kein österreichischer Szell und auch kein kommender Mann. Er verrichtet gerne das officium boni

---

*) Es hat sich später herausgestellt, daß Freiherr von Chlumecký zum Kaiser ohne des Grafen Thun Wissen nach Ischl zitiert worden ist.

viri und wenn er sich ein Verdienst gewinnen kann, ist er glücklich. Für sich hofft und sucht er nichts. Mit 65 Jahren, bei seiner unabhängigen Stellung, bei seinem Reichtum, bei der Macht, die er als Präsident der Südbahn besitzt, verstummen Ambitionen und Wünsche nach Ehrenfunktionen auf einem abschüssigen Terrain. Er weiß besser als wer immer, daß seine Zeit längst vorüber ist. Er war gewesen — vor 20 Jahren. Heute ist der Herr von Řikovic ein Überbleibsel des Plusquamperfektums — »der letzte gemäßigte Deutsche.« Ihn lockt nicht eine Position, auf welche von vielen, ja von allen Seiten Angriffe unternommen werden würden: von slavischer, noch mehr von deutscher und sozialistischer. Eine Politik, wie sie, ich sage nicht Wolf, aber die Deutsch-Nationalen wünschen, kann auch der deutscheste Minister nicht betreiben, wenn er auch österreichisch heißen will.

Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn wir diesen Großmeister der Hintertreppenränke, diesen stets lächelnden Diplomaten, diesen stets regen Prokureur des österreichischen Deutschtums, für das er allein mehr getan hat als alle Radikalen zusammen, diesen glatten und schmiegsamen Unterhändler, der überall Beziehungen und Zutritt hat, in voller Agilität mit einem Mandat herumfahren sehen, dessen Inhalt uns unbekannt ist, zum Graf Goluchowski nach Schönbrunn, zum Kaiser nach Ischl, zu Szell nach Ratot, zu Parteigenossen nach Wien. Ist er an der Arbeit, dann heißt es sich in acht nehmen, damit nicht eine uns unliebsame Überraschung komme.

Allein zu Furcht und zum Zittern, zu mattem Sichverkriechen, zu kleinmütigem Zähneklappern ist kein Grund für uns vorhanden und wäre es auch nicht dann, wenn ein deutsches Kabinett mit Baron Chlumecký oder ohne ihn ernannt werden würde. Peiora passi. Seit wann denn schlottern unsere Glieder aus Schreck vor einer Regierung? Uns, die wir oft in gleich deplacierter und unpolitischer Großtuerei, gleich wie deplaciert, unzeitgemäß und unpolitisch die Furcht vor einer Ära der Linken ist, die ganze Welt zum Kampfe aufgefordert und gerufen haben, der Starke wäre am stärksten allein? Ist es jedoch im äußersten Maße unpolitisch, Furcht zu h a b e n, so ist es ein noch unpolitischeres Beginnen, Furcht zu z e i g e n und zu v e r r a t e n. So wackelig und so schütter ist fürwahr nicht die Grundlage unserer Existenz in diesem Staate, daß wir verzweifeln müßten bei der bloßen Möglichkeit, in den obersten Lagerungen werde sich der Wind nach einer anderen Richtung drehen. Haben wir nicht schon unter weit schwierigeren

Verhältnissen dem frostigsten Nord getrotzt und die stärksten Erschütterungen und Stöße ertragen? Wann werden wir endlich zum Niveau stabilisierter Bedachtsamkeit und mannhafter Festigkeit gelangen, die unserer Sache zuträglicher sind als das Fallen aus einem Extrem ins andere? Hüten wir uns vor Unstetheit, die mit zu unserer politischen Natur gehört, und bewahren wir ruhiges Blut. Dieses ist auf dornigen Wegen eine bessere Begleiterin als Furchtsamkeit und Schüchternheit.

Die Regierung hatte im Monat August eine dankbarere und ihr gewiß willkommenere Rolle, jene der Geberin. Namentlich der Finanzminister. Er schüttete aus dem Füllhorn manche Gabe, die dem städtischen und ländlichen Steuerträger angenehm wurde. Den Staatsdienern, diesen ärmsten Arbeitern, erhöhte er die Bezüge, besserte die Existenz auf, hob den standard of life. Dem Polizeiwachmann und dem Finanzwachmann verschaffte er eine menschlichere Existenz. Den Gendarmen und den Eisenbahnorganen ist sie für die nächste Zeit zugesichert. Alle Kategorien werden teilhaftig werden der Wohltat einer weitausgreifenden Reform, die bei den obersten Beamten begonnen, bei den untersten beendet wird. Der Pole Bilinski hat sie eingeleitet, der Böhme Dr. Kaizl hat sie vervollständigt und perfektioniert. Die schwerere Hälfte des ganzen Werkes ist diesem zugefallen: Das Geld nämlich zu beschaffen zur Deckung der großen Mehrauslagen. Er hat das mit gewandter Hand getan und mit größter Schonung der Konsumenten. Ein anderer an seiner Statt, zum Beispiel Julian Dunajewski, hätte kühler, rücksichtsloser, fiskaler gehandelt.

Mit der Regelung der Bezüge der Staatsbeamten, welche tiefgreifender ist als jene vom Jahre 1873 gewesen und auch ausgiebiger als diejenige gewesen, welche Dr. von Bilinski vorbereitet hatte, ist sein Name untrennbar und ehrenvoll verbunden. Zahlreiche Diplome und Dankkundgebungen seitens der Interessenten aller Nationalitäten waren ein Beweis, daß seine Verdienste und Leistungen anerkannt und gewürdigt werden. Möge man über die Tätigkeit dieses Mitgliedes des Kabinetts Thun wie immer urteilen, der objektive Richter wird nicht in Abrede stellen, daß er nicht bloß ein Herz, sondern auch eine freigebige Hand hatte für die darbenden Klassen und daß er ihnen nicht durch wohlfeile Worte, sondern durch vorteilhafte Taten Hilfe brachte. Am wenigsten Grund, sich ihm gegenüber feindselig zu benehmen, haben die Sozialdemokraten. Jene Tausende, die glücklich sind, daß sie am Monatsgehalt sechs

oder dreizehn Gulden zubekommen haben und daß sich die Bedingungen ihres Aufstieges zu einer höheren Gehaltsklasse günstiger gestaltet haben, sind kleine Leute, sind Proletarier der Arbeit. Der materielle Gewinn, den sie erreicht haben, ist für sie gesünder als die Deklamationen der Steiner, Vrátný und Hybeš.*) Gerade das soziale Moment verleiht dieser Maßnahme ihre lichteste Seite, die freilich nicht gelegen sein kann jenen Führern, die aus der Armut und aus dem Elend sowie aus der Unzufriedenheit, welche die beiden hervorrufen, Kapital schlagen für ihre Agitationen und Parteizwecke.

Doch auch das Bauernvolk ist nicht vergessen worden. Dessen langgehegter Wunsch nach Herabsetzung der Übertragungs- und Erbschaftsgebühren ist erfüllt worden. Die erste Anregung zu dieser konservativen und zugleich sozialen Reform ist aus dem Polenklub gekommen, vom nachmaligen Statthalter in Galizien.**) Dr. von Bilinski hat sie angekündigt, Dr. Kaizl hat sie zur Tat gemacht. Sie wird ein wahrer Segen für die Landwirte und den Kleinstädter sein. Die Börsenorgane wandten ein, sie wäre keine Notwendigkeit, geschweige denn eine Unerläßlichkeit, die mit dem § 14 hätte aktiviert werden müssen. Allerdings, für diese Journale gibt es nur eine Notwendigkeit: eine recht einträgliche Rentenemission, eine Hausse, die dem Frühlingswasser gleicht, welches Au und Gau befruchtet. Das Schicksal der Landwirtschaft, dieser Volksernährerin, dieser verläßlichen Stütze des Staates, dieses größten Zahlers an Blut- und Gutsteuer, ist ihnen gleichgültig. Es konnte jedoch nicht Dr. Kaizl gleichgültig sein und war es auch nicht. Niemals ist der § 14 zu einer besseren, wohltätigeren, edleren, lobenswerteren Sache herangezogen worden. Dr. Kaizl hat den Beweis erbracht, daß er nicht bloß Staatsexigenzen, sondern auch Volksexigenzen sicherstellen kann. Ohne seine Entschlossenheit hätten die Inhaber kleiner Liegenschaften noch lange auf Erleichterungen warten können, die sie ersehnt haben. Unsere Internationale hat für derlei Dinge keinen Sinn.

Sie soll das Ferment sein, welches auf Reformarbeiten hinwirkt und sie vereitelt sie. Sie soll die Helferin sein jener, die die Gleichheit anstreben, und stellt sich in den Dienst jener, die ihre Vorrechte erhalten wollen. Sie soll eine Partei sein der positiven und frucht-

*) Steiner war Abgeordneter der Kladnoer allgemeinen Kurie, Vrátný der Pilsener.

**) Vom Grafen Pininski.

baren Tätigkeit und ist eine Partei der Negation und der Skandale. Sie soll an unserer Seite stehen und schießt uns in den Rücken. Sie hat ihren Beruf und ihre Mission verfehlt. Sich an ihren eigenen Prinzipien versündigend, sitzt sie über andere zu Gericht. Mit einer falschen Aureole der Volkstümlichkeit ist sie die Feindin wahrer Volksinteressen. Ihre Tätigkeit ist das Gegenteil ihres Programms. Bisher hat ihr Wirken niemandem Vorteil gebracht außer österreichischen Bismarckianern.

August 1899.

Das Pfingstprogramm.

Wenn auch die magna charta der verehrlichen Obstruktion durch den Konflikt beider Regierungen stark in den Hintergrund gedrängt worden und wenn es auch noch nicht geschehen ist, daß ein Opus von der Wichtigkeit, mit welcher es vorbereitet und veröffentlicht wurde, selbst im eigenen Lager so geringe Aufmerksamkeit geweckt hat — bis zum heutigen Tage hat ihm die Prager »Bohemia« keine einzige Besprechung gewidmet — so wollen wir es doch sorgfältig betrachten und von der Nähe ansehen.

Sollen wir nun den Eindruck aussprechen, den in uns die Lektüre dieses Elaborats hinterlassen, so sind wir tatsächlich in Verlegenheit: ob es mehr Heiterkeit als Unwillen ist, ob es sich nicht empfiehlt, mit Gelächter eine Naivität abzutun, die ein solches Programm für ein positives erklärt und die da glaubt, es sei so, wie ein jedes Programm sein muß: realisierbar, oder ob man mit Erbitterung eine grenzenlose Anmaßung und einen ungeheuerlichen Größenwahn abtun soll, welche dieses ganze Werk atmen.

Wir für unsere Person würden, nicht aus eigener Bequemlichkeit, sondern nach reiflicher Erwägung, uns am liebsten für die Methode entscheiden, welche ein Operat von derartiger Qualität einfach ignoriert oder es unter den literarischen Ausschuß einreiht, der einen seriösen Maßstab nicht verträgt. Da jedoch auch unsere slavische Öffentlichkeit bereits die zweite Vorgangsweise optiert hat, können wir nicht umhin, das fait accompli zu akzeptieren, uns ihm unterzuordnen und solchermaßen von einer kompilatorischen Arbeit, auf welche nicht die Worte passen: »Zum Werke, das wir ernst bereiten, geziemt sich wohl ein ernstes Wort«, gegen dessen Verdienst ernstlich zu sprechen.

Als Ganzes und in ihren Teilen ist sie eine Kundgebung der

Unduldsamkeit und der Sucht nach Vorherrschaft in diesem Staate, jener Leidenschaften also, welche die Triebfedern der deutschen Minderheit in Österreich 50 Jahre lang waren, welche es auch heute sind und welche die einzige Ursache der Zerfahrenheit sind, in der sich Österreich seit mehr denn zwei Jahren befindet.

Das Manifest, welches die vereinigten deutschen Oppositionsparteien am Vorabend des Pfingstfestes publiziert haben, ist nicht die Stimme, die nach Recht, sondern nach Vorrecht und dessen Erhaltung ruft. Das ist kein Schrei des Schmerzes und des Martyriums eines Volkes oder dessen Schichten, die da Erniedrigung, Bedrückung und Unbill ertragen, sondern — so wollen wir hoffen — das ohnmächtige Langen nach Erreichung und Erhaltung dessen, was gewesen ist — jener Gleichberechtigung, welche für die einen die Superiorität und für alle anderen die Gleichheit in der Sklaverei bedeutet.

Diese Kundgebung ist eine — hoffen wir die letzte — fieberhafte Anspannung, das Altösterreich der fünfziger und sechziger Jahre mit dem deutschen Primat in dem gesamten Staatsleben auch für die Zukunft zu stabilisieren.

Wie ein notarieller Akt aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts liest sich dieses Pronunciamiento. Es ist trocken wie ein welkes Blatt im Herbst, es ist ohne Saft und Kraft, es ist ohne Schwung und Wärme. Es ist langweilig wie eine Schrift aus der Registratur. Es ist kalt wie die Falschheit. Kein einziges inniges Gefühl ist drin. Es ist sichtbar und offenbar, daß es nicht dem Herzen, sondern der Lunge entsprungen ist. Nicht einmal dem Kopfe, denn es ist kopflos. Aus dem gemeinsamen Programm unterdrückter Parteien und Völker würde die Glut jugendlichen und frischen Willens zum Leben ausstrahlen. Aus diesem Programm weht uns an der kalte Hauch der Fäulnis, der Moder, der Verwesung, der Tod.

Es ist dies ein Haufen, auf den zusammengetragen, auf den abgeladen, wer da immer gekommen und für dessen zumindest dekorative Harmonie sich keine ordnende Hand gefunden hat. So ist es geschehen, daß diese gemeinsamen Postulate nichts anderes sind als ein aus mehreren Schobern zusammengesetzer Schober, daß das eine Halde verschiedener Programme ist, aber kein einheitliches Programm, daß dort Platz gefunden nicht bloß unsinnige, sondern auch widersinnige Dinge, antipode Standpunkte, bunteste Petita, wie auch solche, die einander ausschließen.

Hätten die Autoren, welche vergessen haben, daß man auch

bei einem Programm der Lehre eingedenk sein muß: »Legem opportet esse brevem, quo facilius a quoque teneatur«, ein Gesetz muß kurz sein, damit es um so leichter von jedermann gehalten werde; ihr viele Monate umfassendes Pensum dem Redakteur eines kerndeutschen Wochenblattes anvertraut, er wäre damit in einem Tage fertig geworden. Er hätte ein Ragout gemacht aus oppositionellen, in den beiden verflossenen Jahren gehaltenen Reden, hätte ein wenig Kren oder Senf hinzugetan und anstatt einer großen Schüssel nur einen Dessertteller angefüllt. Ein Programm, zu dessen Lesung man zwei Stunden braucht, ist ein monstrum horrendum ingens cui lumen ademptum.

Wir sagen das durchaus nicht ab irato. Davon sind wir fern Im Gegenteil, wenn neben der Heiterkeit noch ein anderes Gefühl für dieses Werk der deutschen Gemeinbürgschaft übriggeblieben ist, so ist dies das Bedauern. Trotz allem, was in der letzten Zeit geschehen ist, hofften wir noch immer, daß die Führer der Linken, die absolute Negation verlassend und vom Wunsche beseelt, ihre Postulate in positiver Weise zu präzisieren, ein Programm entwerfen werden, das diskutierbar wäre, über welches sich verhandeln und handeln ließe — kurz, ein Programm, welches nicht ein unüberschreitbarer Felsblock auf dem Wege zur deutschböhmischen Versöhnung wäre. In dieser Hoffnung haben wir uns getäuscht. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir das Vorgehen der deutschen Vertrauensmänner durch vollem Herzen bedauern.

Wir sind verpflichtet, unser herbes Urteil über die deutschen Forderungen aus deren Inhalt selbst zu begründen.

Bei der kritischen Exegese haben wir drei Momente im Sinne.

Erstens: Die Deutschen auf der Linken haben unzähligemal wiederholt, daß sie ihren Feldzug einzig und allein zur Defensive, zum Schutze und zur Wehr ihrer eigenen Rechte und keinesfalls zum Angriffe auf die Rechte anderer unternommen haben.

Zweitens: Vom Jahre 1880, von der Erlassung der Sprachenverordnung Stremayrs, hörten wir im Parlament und außerhalb des Parlaments, daß die Deutschen in Böhmen keine anderen Rechte beanspruchen, als welche die Deutschen in Niederösterreich, Salzburg usw. besitzen.

Drittens: Vom Peter- und Paulstage des Jahres 1896, an welchem die deutschliberale Partei begraben und die deutschfortschrittliche geboren wurde, hat man abermals und wieder ver-

sichert, daß diese sich nicht um den Staat, sondern nur um das deutsche Volk und dessen Interessen kümmern wolle.

Wohin wir jedoch im Programm blicken mögen, überall sehen wir, daß diese Kardinalparolen verleugnet sind, daß diese Grundsätze verletzt sind, daß diese Dämme durchbrochen sind und daß die Eroberungs- und Herrschsucht nicht die zweite, sondern die erste Natur der Urheber der deutschen Artikel sind.

Was geht die deutschnationale Partei die Armeesprache an, was geht sie an die Staatssprache, was die innere Amtssprache, was die Sprache des Obersten Gerichtshofes und was die Sprache des Parlaments? Was geht sie die Sprache an, in welcher die böhmische Bezirkshauptmannschaft in Tábor mit der böhmischen Bezirkshauptmannschaft in Mühlhausen korrespondiert? Was geht sie die Sprache an, in welcher die Zentralbehörden verkehren? Was geht sie die Sprache der Gendarmerie, des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens an? Nichts, gar nichts.

Das Recht der Deutschen in allen Zweigen der Staatsververwaltung ist: daß die Behörden und die Gerichte mit ihnen in ihrer Sprache verhandeln, daß sie in dieser Sprache sich bilden können, daß ihre Nationalität geschützt werde, daß sie sich unter Mitwirkung des Staates entwickle, daß sie den anderen gleichgestellt sei.

Das alles haben die Deutschen. Ja mehr als bloß das. Der Deutsche ist im Vorteil insofern, daß er die Armeesprache nicht lernen muß, daß er im Parlament nicht mit sprachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat usw. usw.

Ob wir nun den Standpunkt des Interesses oder jenen des Rechtes einnehmen, wir müssen a limine nachstehende Forderungen ablehnen:

Daß die deutsche Sprache überhaupt gesetzlich zu irgendeiner Vermittlungssprache erhoben werde, daß sie die ausschließliche Sprache des Reichsrates, der Ministerien, des Verwaltungsgerichtshofes, des Reichsgerichtes und des Kassationshofes sei;

daß sie deren einzige Verhandlungssprache im mündlichen und schriftlichen Verkehre sei und daß man mit Parteien, die ihrer nicht mächtig sind, mit Zuhilfenahme von Dolmetschen verhandle;

daß alle Entscheidungen der Zentralstellen und höchsten Tribunale nur deutsch gefaßt und nur deutsch den Parteien zugestellt werden;

daß die deutsche Sprache — insoweit es sich nicht um Parteiangelegenheiten handelt — die ausschließliche innere Amtssprache sei;

daß die deutsche Sprache die Verhandlungssprache des steiermärkischen und kärntnerischen Landtages, des Grazer Oberlandesgerichtes und der Schwurgerichte in Steiermark und in Kärnten sei.

Welches Recht, ja welches nationale Interesse der Deutschen wird eine Einbuße erleiden, wenn der Oberste Gerichtshof in slovenischen Prozessen slovenische Erkenntnisse herausgeben wird? Wenn in Mähren neben der deutschen inneren Amtssprache auch die böhmische sein wird? Wenn im Wiener Parlament auch böhmisch zu sprechen erlaubt sein wird? Wenn in Klagenfurt und Marburg Schwurgerichtsverhandlungen mit slovenischen Inkulpaten slovenisch stattfinden werden? Wenn den Slovenen des steirischen Landtages in ihrer Muttersprache Reden zu halten gestattet sein wird? Wenn in Prčic oder Frain der böhmische Postknecht seinen Gehalt böhmisch quittieren wird? Wenn der slovenische Advokat beim Grazer Oberlandesgericht sein Plaidoyer in einer von den unteren Instanzen slovenisch erledigten Sache wieder slovenisch vortragen wird?

Kein Recht, kein nationales Interesse der Deutschen wird hierdurch berührt.

Und anderseits ist es ein Unrecht für die deutsche Sprache und Nation, wenn der Staat in seinen Beziehungen zu den Angehörigen anderer Volksstämme sich ihrer Sprache bedient? Gar keines.

Dieses ganze Programm ist keine petition of right, es ist keine Sammlung berechtigter deutscher Ansprüche, sondern unberechtigter, unbegründeter, eigenwilliger, eigensinniger.

Würde es sich bloß um Rechte handeln — für die Deutschen bestünde keine Notwendigkeit, erst ein detailliertes Programm zusammenzustellen. Ihre Rechte haben sie voll und ganz. Ihnen handelt es sich jedoch um Vorrechte, um Privilegien, um Bevorzugung, um Superiorität.

Alles, aber alles in diesem Staate: Parlament, Landtage, Armee, Kommunikationen, Gerichte, Behörden, Schulen — alles das soll in den Dienst einer einzigen Nationalität gestellt werden, der Deutschen, welche kaum ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ausmacht?

Deshalb ist dieses Programm ein πρῶτον ψεῦδος, eine einzige große Lüge. Es wird für eine Zusammenfassung der Rechte für die Deutschen ausgegeben, in Wirklichkeit ist es eine Zusammen-

fassung des Unrechtes an den nichtdeutschen Völkern. Deshalb ist dieses Programm nicht österreichisch, wie der offiziöse Ignorant gemeint hat, sondern antiösterreichisch, ist eine Negation Österreichs, seiner Struktur und der Garantien seines Bestandes, es ist ein verwegenes Attentat auf die Mehrheit seiner Völker, es ist eine gewagte Tat, auf welche es nur eine Antwort gibt: es von sich zu stoßen, so weit als möglich.

Das ist keine Defensive der eigenen Interessen, denen kein Leid angetan worden ist, die nicht bedroht sind und keines Schutzes bedürfen, das ist ein offensives und provokatorisches Programm. Nach ihm müßten der Staat und alle seine Organe nur in einer Sprache sich vernehmen lassen, in der Sprache des deutschen Stammes, allen anderen gegenüber müßte er wie ein Fremder auftreten.

Nicht nur maßlos frech, auch maßlos dumm ist dieses Programm. Sollen in Steiermark und Kärnten Schwurgerichtsverhandlungen nur deutsch stattfinden, dann wird vorausgesetzt, daß dort die P. T. Betrüger, Diebe, Räuber und Verbrecher nur Deutsche sind, daß es also dort keine slovenischen gibt. Waren sich die Urheber des eben angeführten Postulats dieser Konsequenz bewußt? Wohl kaum!

Es wurde gesagt und geschrieben, daß dieses Programm nirgends die Gleichberechtigung berühre. Daß doch der Mund nicht stumm geworden, daß doch die Hand nicht hölzern geworden!

Was für eine Gleichberechtigung ist es, bei der die Deutschen in Böhmen für sich ein deutsches Gebiet verlangen, aus welchem sie jedes böhmische Wort ausgeschlossen, das übrige Land jedoch zweisprachig haben wollen, indem sie in dem sogenannten böhmischen Gebiet, wo deutsche Eingaben angenommen werden müßten, die innere böhmische Amtssprache, nur insoweit es sich um Angelegenheiten der Parteien handelt, zulassen, in dem sogenannten gemischten Gebiet jedoch nur eine deutsche innere Amtierung fordern?

Was für eine Gleichberechtigung ist es, bei der in Mähren, das zu drei Vierteln böhmisch ist, die innere Amtssprache nur deutsch sein soll?

Was für eine Gleichberechtigung ist es, bei der für Schlesien, das doch seiner Majorität nach böhmisch und polnisch ist, alle öffentlichen Schulen deutsch sein sollen und für die slavische Majorität gnädig nur das Minimum an Rechten bei den Gerichten und

den Behörden erlaubt wird, auf welches nicht einmal die unterjochten Stämme in den afrikanischen Kolonien herabgedrückt sind?

Was für eine Gleichberechtigung ist es, bei der 100.000 Slovenen in Kärnten und 400.000 Slovenen in Steiermark rechtlos gemacht werden sollen?

Was für eine Gleichberechtigung ist es, welche die böhmische Majorität in den Ländern der St. Wenzelskrone auf das Niveau geduldeter Kostgänger oder Bettler erniedrigen will, denen der deutsche Wirt beschert, was ihm beliebt?

Dieses Programm ist keine Brücke, auf der zwei gleichwertige Völker, miteinander versöhnt, sich die Hände reichen könnten, dieses Programm ist eine Kriegserklärung. Wir haben keine Friedensbedingungen erwartet, wir haben nicht einmal die Bedingungen eines Waffenstillstandes erwartet. Wir haben jedoch erwartet, daß die Deutschen aus ihrer Schlachtreihe heraustreten werden, in welche sie durch keinen Druck gedrängt worden sind, sondern in welche sie sich, durch ihren Größenwahn irregeführt, zusammengerottet haben, und Angebote machen werden, bei denen das erste Wort nicht gleich das letzte ist. Von diesen Postulaten ist das erste zugleich das letzte. Das Wort »niemals«.

Von Logik ist keine Spur. Niemand suche Konsequenz bei Leuten, bei denen die Willkür das einzige Gebot und das einzige Argument ist, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, die sich in ihren Köpfen den Staat konstruieren, als wären sie darin allein, die an eine fixe Idee sich anklammern und sich davon durch keine Erfahrungen kurieren lassen.

Dieses Programm ist ein Werk von politisch unzurechnungsfähigen Leuten. Allein Konsequenz und Methode ist in diesem Wahnsinn nicht. Es wurde gesagt: Wir Deutschen in Böhmen wollen dieselben Rechte haben, welche unsere Stammesangehörigen in Oberösterreich besitzen. Gut. Das ist ein Standpunkt. Welche Rechte besitzen denn die Deutschen im Herzogtum ober der Enns? daß man mit ihnen deutsch amtiert. Wird denn mit den Deutschen in Böhmen anders amtiert? Keineswegs. Was wollen sie also? Sie wollen also etwas anderes als Rechte. Sie wollen, daß in Böhmen und Mähren alles so eingerichtet werde wie in Oberösterreich. Nämlich deutsch. Nur daß in Oberösterreich lauter Deutsche sind, in Böhmen machen sie kaum ein Drittel aus. Es ist nicht wahr, daß unsere Landsleute anderer Nationalität dasselbe wollen, was deren Konnationalen anderswo haben: Sie wollen viel mehr, sie

wollen ihre bis zur Exklusivität gesteigerte Priorität und dabei die Inferiorität der anderen.

Das ist der Ursprung aller nationalen Kämpfe in diesem Staate. Das ist die Ursache, warum er zu keiner Konsolidierung und Stabilisierung gelangen kann, sondern aus einer Krise in die andere gerät. Das deutsche Programm ist nicht das Öl, welches stürmische Wellen besänftigt. Es ist der Dreizack Neptuns, der sie noch mehr aufwühlt.

Zur Regelung der Sprachenverhältnisse wird nunmehr das System der reziproken Gleichberechtigung als das geeigneteste angesehen. Unserer Meinung nach kann es keine höhere Gerechtigkeit geben, als die absolute Gleichheit der Minorität mit der Majorität. So wie »etwas« in der Logik der weiteste Begriff ist, so ist in nationaler Hinsicht die absolute rechtliche Parität die vollendetste Form. Für die deutschen Minoritäten in Böhmen, Mähren und Schlesien wird sich niemals, solange sie Minoritäten bleiben, eine vorteilhaftere Methode finden, als diejenige war, die in den Verordnungen Badenis durchgeführt war, eine wahrhaft ideale, einfache, demokratische, sozialdemokratische Methode. Gleichheit — das ist der Gipfel menschlicher Bestrebungen. Die Sozialdemokratie hat somit ein Verbrechen an ihren Grundsätzen begangen, indem sie sich im Abgeordnetenhause mit den Deutschen gegen sie, gegen Graf Badeni, gegen uns vereinigte.

Sehen wir nun zu, wie das Prinzip der Reziprozität im deutschen Programm durchgeführt ist. Vergessen und verraten ist, was Pfersche und Ulbrich ersonnen. Der nackte Egoismus wurde anstatt der Gegenseitigkeit inthronisiert. Hätte man für Böhmen neben einem gemischten Gebiet und einem böhmischen Gebiet ein deutsches Gebiet vorgeschlagen — das hätte Sinn. Allein ein böhmisches Gebiet mit böhmischer äußerer Amtssprache, ein gemischtes mit deutscher innerer Amtssprache und ein deutsches durchaus deutsches — das ist eine kubische Frechheit. Von der deutschen inneren Amtssprache für Mähren, dem bettelhaften Ausgedinge, welches der böhmischen und polnischen Sprache in Schlesien gegeben wird, gar nicht zu reden. Durch keine Rabulistik wird man beweisen können, warum ein deutsches geschlossenes Sprachgebiet in Böhmen zulässig und wünschenswert ist und warum ein slovenisches in der Steiermark nicht. Und ebenso kann nur ein Deutscher begreifen und billigen, daß beim Obergerichte in Prag und in Brünn die deutsche Minderheit volle Gleichheit hat, beim Obergerichte in

Graz die slovenische Mehrheit des Sprengels gar keine Rechte haben soll. Item ist es gerecht — nach dem deutschen Programm, daß diese deutsche Minorität in den Landtagen in ihrer Sprache reden und in ihr Anfragen und Anträge stellen und Antwort und Erledigung in ihrer Sprache erhalten soll, daß jedoch die Slovenen in Kärnten und Steiermark gezwungen werden sollen, die Landtage als Korporationen anzuerkennen, deren Verhandlungssprache deutsch ist.

Wir besitzen nicht die Phantasie, um auszumalen, was geschehen würde, wenn so in einem böhmischen Programm zu lesen wäre, daß die Verhandlungssprache der Geschwornengerichte, des Landtages und des Obergerichtes in Böhmen und Mähren die böhmische Sprache ist. Zum mindesten würde man gegen eine derartige Impertinenz das Einschreiten Preußens mit den Waffen forden.

Nicht bloß einen Artikel, ein ganzes Buch würden wir füllen, wenn wir nach Gebühr das deutsche Programm würdigen wollten, diesen Beweis der Gutmütigkeit seiner Autoren, und alle seine Ränke, Schliche und Falten, alle seine Infamien, seinen ganzen Charakter. Solche Bedingungen vermochte nur der stolze und barbarische altrömische Sieger den eroberten Dakiern zu diktieren, heute damit zu vorgeschrittenen, ihrer Kraft sich bewußten Völkern zu kommen, dazu gehört entweder großer Mut oder große Torheit.

Wir werden Ruhe und Besonnenheit bewahren ihnen gegenüber und werden unseren Weg weiter zu unserem Ziele gehen. Guarda e passa! Sie sind nicht wert, daß wir uns ihretwegen aufregen. Noch weniger, daß wir uns beunruhigen. Nein. Nicht für einen Augenblick lang hegen wir die Furcht, daß ein solches Programm verwirklicht werden könnte. An dem Willen hierzu zweifeln wir nicht. Wenn nur auch die Möglichkeit wäre. Sollte der Versuch gewagt werden, den Buchstaben dieses Pasquills zur Tat werden zu lassen, dann wird wie ein lebendiger Wall die Landwehr der nichtdeutschen Völker sich erheben und mit elementarer Wucht ein jedes derartiges, verhängnisvolles Experiment im Keime erdrücken.

Dieses Programm muß ein wertloses Papier bleiben, wenn Österreich Österreich bleiben soll. Nur auf dessen Ruinen ließe sich aus diesem Programm eine Fahne machen und auf die Stange stecken, die auf den Trümmern des Staates und Reiches aufgestellt ist. Daß ihnen dieses Schicksal nicht bereitet werde, dafür werden schon diejenigen sorgen, denen an deren Erhaltung liegt. Wem nichts daran liegt, der erhebe die Hände und stimme für dieses Programm.

Mit Genugtuung sei konstatiert, daß das Urteil über diese

gemeinsame Manifestation der Linken einmütig war bei allen Parteien der Rechten, bei allen nichtdeutschen Völkern und auch bei jenem Teile des deutschen Volkes, welcher sich so viel Sinn für Gerechtigkeit und für den eigenen Vorteil gewahrt hat, um diesen nicht in fremdem Schaden zu suchen. Der Wahrheit und der Tatsache gemäß stellen wir fest, daß das deutsche Programm die wirksamste Kritik im Wiener Organ der sozialen Demokratie gefunden hat. Dort wurde in ihrer ganzen Nacktheit die wahre Natur der deutschen Politik gezeigt, welche dahin strebt, die Majorität der österreichischen Völker in Botmäßigkeit und ins Helotentum herabzudrücken. Uns freut diese Diagnose. Wir haben sie gestellt, als die Obstruktion der deutschen Parteien eingeleitet wurde. Fünfzehn Sozialisten im Parlament unterstützten sie. Wem sie halfen, haben sie vielleicht jetzt erkannt. Vielleicht sind auch ihnen die Schuppen vom Auge gefallen, angesichts der famosen national-politischen Postulate der deutschen Minorität im Abgeordnetenhause.

Graf Thun hat im Exekutivkomité der Rechten ihnen einen Kommentar von vollen zwei Stunden gewidmet. Er überraschte die Kenner und Spezialisten sowohl durch gründliches Wissen, sowohl durch die negative Seite seiner Ausführungen: durch die Ablehnung der Vorschläge der obstruktionistischen Klubs sowie durch die positive Seite: durch Anträge und Anregungen zur Regelung der sprachlichen Verhältnisse.

Nichtsdestoweniger bleiben wir bei unserer Ansicht, daß das Opus der Herren Baernreither, Pergelt, Groß und Genossen eine derartige Aufmerksamkeit nicht verdient. Aus diesem Grunde sind wir gewissermaßen froh, daß es von den geplanten Kundgebungen in Brünn und Laibach gegen dieses Werk sein Abkommen gefunden hat. Solche Meetings hätten ihm nur ein Relief verliehen, hätten es aus der Vergessenheit befreit, in die es sofort verfallen ist.

Das deutsche Programm ist — wie ausdrücklich betont wird — zu keinerlei Verhandlungen mit der Regierung oder mit der Rechten verfaßt worden, sondern lediglich — für den eigenen Bedarf, und es wurde bezüglich seiner die Erklärung abgegeben, es müsse als Ganzes angenommen oder als Ganzes verworfen werden. Daß somit von einem Lizitieren nach unten keine Rede sein könne.

Auf der Rechten hat man beides übersehen. Es gibt dort Parteien und Personen, welche gegen diese Intentionen der Deutschen selbst handeln oder handeln wollen, welche ihnen nachlaufen, welche dieses Programm für einen Faden halten und erklären, durch

welchen man Beziehungen zur oppositionellen Linken anknüpfen könne, welche dieser sozusagen die Liebe aufzwingen, die sie von vornherein zurückgewiesen.

Das ist ein Sympton von Schwäche oder Unaufrichtigkeit oder Achselträgerei. Sei es wovon immer, jedenfalls verleiht man so der deutschen Revolte eine Stärkung, die nicht bloß moralisch, sondern auch physisch ist.

Die Rechte hat — wir glaubens wenigstens — ihr Programm. Auf diesem zu verharren, zu dessen Verwirklichung beizutragen, zu dessen Realisierung auch in administrativer Hinsicht die Regierung zu bewegen, haben alle Kontrahenten der Majorität zu wiederholtenmalen und feierlich gelobt. Leider gibt es in der Majorität Leute, welche mehr die Realisierung des Programms der Opposition als ihres eigenen betreiben.

Sic non itur ad astra.

Wir können freilich niemand daran hindern, nach seinem Herzen zu sprechen und zu handeln. Anderseits wird auch uns niemand dazu treiben, daß wir — geschehe da, was immer — die Demarkationslinie überschreiten, welche einer jeden böhmischen Partei gezogen ist. Auch wir haben unser Programm und unsern Standpunkt und werden auf ihnen um so mehr beharren, je weniger sie ein Unrecht für andere bedeuten.

Die Ausgleichskrise dauert schon das vierte Jahr. Es hat freilich verschiedene Stadien innerhalb der Krise gegeben. Alle jedoch — man scheint das schon zu vergessen — sind durch die deutsche Obstruktion herbeigeführt worden. Wenn heute Herr von Szell die ungarische Begehrlichkeit steigert, um eine noch größere Beute als seine Vorgänger heimzutragen, so ist sie daran schuld. Wenn er die unparlamentarische Form für die Aktivierung der Ausgleichsvorlage in dieser Reichshälfte durch deren Konzessionen bezahlt haben will, so geht das abermals auf Rechnung der deutschen Obstruktion. Wenn Graf Thun und sein Kabinett die wirtschaftliche Einheit der Monarchie verteidigen muß, so geht das ebenfalls auf ihre Rechnung. Alle Zerfahrenheit, alle Verwirrung, alle Zwangslage, alle Verlegenheiten, alle Verdrießlichkeiten und Schwierigkeiten hat nur sie verursacht. Durch ihre Eigenmächtigkeit, durch ihren Trotz und durch ihre Ungezogenheit. Für all das soll sie noch eine Satisfaktion bekommen durch Erfüllung ihrer Postulate? Das wäre eine schöne historische, das wäre eine schöne dramatische Gerechtigkeit! Aber österreichisch wäre sie. Nur in diesem Staate ist

konsequent jene Logik eingehalten worden, derzufolge diejenigen gewannen, die im Unrecht waren. Es hat den Anschein, daß dieser Widersinn, daß diese Absurdität zahlreiche und mächtige Anhänger nicht nur in außerparlamentarischen Kreisen, sondern auch in der Festung der Rechten selbst hat, und wer Augen zum Sehen und Ohren zum Hören hat, kann wahrnehmen, wie man die Köpfe zusammensteckt und einander im geheimen zutuschelt: »Durch Versöhnung der Obstruktion zu normalen parlamentarischen Verhältnissen!«

Nach dem Sturze Thuns.

Das Wasser ist über den Köpfen der Mitglieder des Kabinetts Thun zusammengeflossen. Durch dessen Flut sind sie hinweggeschwemmt worden.

Es wäre eine falsche Vermutung, ein unrichtiges Urteil und eine verfehlte Diagnose, würde man sagen, daß die Sintflut jählings und wider alles Erwarten gekommen ist, würde die Krise, welche abermals durch die Opferung eines von der Rechten unterstützten Ministeriums geendet hat, als irgendeine elementare Katastrophe dargestellt werden, welche die Minister wie ein Blitz aus heiterem Himmel ereilt hat.

Durchaus nicht. Die Position der entlassenen Regierung wurde längst unterwühlt, unterwühlt von allen Seiten. Allein die unterirdischen Strömungen hätten sie nicht niedergerissen, würde man sie von oben gestützt haben. Heute kann jedoch gesagt werden: nach oben war die Stellung des Grafen Thun niemals fest. Und hätte es sich nicht um den österreichisch-ungarischen Ausgleich gehandelt, er hätte augenblicklich die Kündigung bekommen, sobald die Deutschen ihre Teilnahme an den Beratungen über seine Gesetzentwürfe betreffend die Regelung der sprachlichen Verhältnisse in Böhmen und Mähren abgelehnt haben. Ich habe den Sturz der Regierung mit mathematischer Sicherheit vor den Delegationswahlen, ja vor der Session des Reichsrates vorausgesagt. Ich brüste mich durchaus nicht mit dieser Weissagung, die nichts anderes war als ein Resumé, als eine Abstraktion tatsächlicher, jedem Beobachter sichtbarer und verständlicher Erscheinungen. Die Kunst, in ihnen zu lesen, ist nicht schwer. Namentlich in Österreich, wo die Szenerie des Kabinettwechsels fast immer dieselbe ist.

Ich habe auf die militärischen Einflüsse hingewiesen, auf die

Drohungen mit Obstruktion und Brachialgewalt im Parlament und auf deren Begleiterscheinungen auf der Straße, auf die Kodifikation der Ausgleichsvorlagen und auf die Notwendigkeit, für sie die Indemnität durch eine nicht kompromittierte Regierung zu erlangen, auf die Scheu der maßgebenden Kreise vor allen radikalen Wendungen, auf alle Mittel, durch welche die Obstruktion ihr Fortissimo bis zum nackten, im In- und Auslande geübten Hochverrate steigerte.

Durch dieses Fortissimo sind die Mauern von Jericho gefallen. Es hat kapituliert und dem Sieger angelweit die Pforten geöffnet.

Es ist schwer, den Zeitpunkt und den Ort ausfindig zu machen wann und wo der Weg der zisleithanischen Politik nach links einschwenkte. Es war dies nicht erst am 28. August, als Freiherr von Chlumecký urplötzlich, ohne Wissen, ich wiederhole, ohne Wissen des Grafen Thun in Ischl erschienen ist. Dieser war verpflichtet, augenblicklich seine Demission zu geben. Wenn nicht seinetwegen, so seiner Kollegen wegen, die es schwer trugen und die auch ihre Erbitterung darüber aussprachen, daß Dispositionen nicht bloß ohne sie, sondern gegen sie getroffen werden. Graf Thun sah, daß er nicht mehr das Vertrauen genießt und sollte ohne Verzug die Konsequenzen durchführen. Hat er sich früher nicht zum Rücktritt entschieden, jetzt war es ein Gebot des Selbstbewußtseins und der Selbstachtung. Er jedoch handelte wie jener tapfere Herr, von dem unser Poet aus der Zeit der Wiedergeburt singt, daß: »Welcher Befehl ihm immer je ward, dem treuen Diener war er wie heilig.«

Er diente bis zum letzten Atemzuge, er diente bis zur Erschöpfung, er diente bis zum Zusammenbruch. Als er sein ganzes Pensum erledigt hatte, wurde er hinweggeschleudert wie ein corpus vile.

Die Peripetie vollzog sich viel früher, als der Herr von Řikovic aus dem steirischen Aussee im oberösterreichischen Badeorte eintraf. Seine Berufung dorthin war in der Reihe der Folgen des neuen Systems nicht an erster Stelle. Als an ihn die Einladung erging, sich über die Mittel zur Herstellung normaler Verhältnisse im Wiener Parlamente zu äußern, wehte in den höchsten Sphären der Wind schon nach links.

Schon im Vorjahre, während der in Budapest stattfindenden Delegationskampagne hatte Graf Goluchowski, anfangs Patron, dann

Gegner des Grafen Badeni, anfangs Beschützer, dann Rivale des Grafen Thun, den Anhängern der Linken gesagt, daß, wenn sein Wille maßgebend wäre, man ihnen entsprechen würde.

Kein Jahr verging, noch haben die diesjährigen Delegationen nicht stattgefunden und schon ist sein Wille maßgebend und schon ist den oppositionellen Deutschen entsprochen worden.

Nicht mit Unrecht erinnert man an die Rede, die der Abgeordnete Prade im Abgeordnetenhause am 30. Jänner d. J. gehalten hat. Er appellierte direkt an die Krone, ein Beamtenkabinett einzusetzen — dann würden die Deutschen Ruhe geben. Das war am Vorabend der Vertagung des Reichsrates. Und siehe da! Bevor dieser wieder zusammengetreten ist, ist das bureaukratische Ministerium da, mit der Aufgabe betraut, die Deutschen mit dem Staate zu versöhnen.

Zweimal war Graf Thun in diesem Jahre daran, zurückzutreten. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn er gleich das erstemal, ehrenvoll und rühmlich gegangen wäre.

Das war Mitte Februar. Die einseitigen Abmachungen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Szell waren fertig. Die österreichische Regierung wurde gar nicht gefragt, ob sie zustimme, wiewohl diese Abmachungen sie und wichtige Interessen dieser Reichshälfte berührten. Graf Goluchowski freilich meinte, hier werden die Dinge glatt vor sich gehen. Seine Pflicht war es gewesen, auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, welche entstehen könnten und auch entstanden sind. Er hat jedoch in seinem deplacierten Optimismus dem zisleithanischen Kabinett die würdelose Rolle eines Vollstreckers des Willens der ungarischen Regierung zugedacht und übersah die Gefahr, die heraufbeschworen werden könnte, wenn das Wiener Kabinett es ablehnen sollte, sich dem magyarischen Kommando unterzuordnen.

In solennster Weise bot Graf Thun auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums damals seine Demission an. Er zog die Linie, bis zu welcher seine bereitwillige Nachgiebigkeit reichte, die er jedoch nicht überschreiten könnte. Es wurde ihm die Antwort zuteil: Die Krone erwartet, daß die Regierung sie in ihrem patriotischen Vorgehen nicht verlassen wird. Noch ist die Zeit nicht gekommen, um alle Details jener Krise zu veröffentlichen. Doch kann gesagt werden, daß sie scharf und stürmisch war und daß die vorausblickenden Leute in der Diagnose übereinstimmten: wie es nach dem Ausgleich sein wird und wie man an die nationalen

Angelegenheiten wird herantreten wollen — ist das Kabinett geliefert.

Das zweitemal bot sich dem Grafen Thun die Gelegenheit, als Mann von unerschütterlichem Charakter im Juni zurückzutreten während des Konflikts mit dem ungarischen Kabinett über die Ausgleichsvorlagen, insbesondere über den Termin der Rechtsgültigkeit des Zoll- und Handelsbündnisses und der Bankvorlage.

Angelegentlich wurde dem Grafen Thun und Dr. Kaizl nahegelegt, lieber einen ehrenvollen Tod zu wählen als ein fortwährendes Sichaufopfern, das gar nicht anerkannt wird. Da war eine seltene Möglichkeit zu einem glänzenden, heroischen Sturze, welchem eine feierliche Auferstehung folgt. Graf Thun und Dr. Kaizl wären entlassen worden, weil sie die Interessen dieses Staates und dessen Bevölkerung der magyarischen Begehrlichkeit nicht preisgeben wollten. Was für eine Perspektive! Welches Kabinett hätte es wagen können, nachgiebiger zu sein als sie? Welches Parlament hätte die Kapitulation eines solchen Kabinetts vor Franz Kossuth ratifiziert? Graf Thun und Dr. Kaizl nahmen den Kampf gegen die magyarische Regierung zum zweitenmal und allein auf. Das erstemal, in Ischl, rangen sie mit Baron Bánffy. Graf Goluchowski weilte damals procul negotiis. Jetzt zündelte er und unterstützte Herrn Szell, in der Hoffnung, der Konflikt werde mit einer Niederlage des österreichischen Kabinetts enden. Er hat nicht so geendet. Dr. Kaizl parierte so parat, widerstand so fest seinem transleithanischen Rivalen, daß dieser nach langem Weigern nachgab. Graf Thun und Dr. Kaizl retteten den Ausgleich, retteten den Dualismus, retteten die wirtschaftliche Einheit der Monarchie — an ihre eigene Rettung haben sie nicht gedacht. Niemals, seit Österreich Österreich ist, hat sich eine Regierung dermaßen für Staat und dessen Interessen exponiert, niemals hat eine Regierung ihre ganze Individualität auf deren Altar gelegt, aber auch niemals hat eine Regierung einen gleichen Undank geerntet. Früh am 23. September wurde der Rest der Ausgleichsvorlagen in der »Wiener Zeitung« veröffentlicht und kaum war diese erschienen, mußte das Kabinett seine Demission beschließen. Mußte, weil hinter ihm schon ein anderes Kabinett mit anderen Männern, mit anderen Tendenzen, mit anderem Programm, mit anderer Richtung stand. Ein zwar anonymes Kabinett, aber mit bestimmter Mission, ein zwar in seiner Zusammensetzung noch nicht fertiges Kabinett, aber mit fertiger Marschroute. Im Vordergrunde der politisch-parlamentarischen Bühne bemühte sich Herr

Dr. Fuchs, der Präsident des Abgeordnetenhauses, um eine Konferenz aller Parteien, allein im Hintergrunde war schon ganze zwei Wochen zuvor das Mißlingen dieses Versuches eskomptiert und war schon entschieden, daß der deutsche Trotz mit einer Submission auf der ganzen Linie wird beantwortet werden.

Die Kundgebungen auf der Reise von Kärnten nach Tirol waren nicht Anzeichen des Anfanges einer neuen Situation, sondern schon deren Folgen. »Ich hoffe, wir werden uns wiedersehen«, sagte der Kaiser zum Abgeordneten Ghon in Klagenfurt, »ich rechne bald auf ihre Dienste« zu Dr. Grabmayr in Meran. Dort wurde Baron Dipauli geradezu ignoriert. Dort erkannte Graf Thun die Unerläßlichkeit, sofort zu handeln. In Wien angekommen, berief er seine Mitarbeiter. In einigen Minuten waren sie einig im Entschluß: Zurücktreten.

Ich sagte zuvor, daß Graf Thun oben niemals eine feste Position gehabt hat. Er hat auch keine gehabt. Man hat es ihm zu verstehen gegeben. Mehr als ein Jahr wartete er von dort auf irgendeine Weisung. Vergeblich. Es war sein Fehler — nicht der einzige — daß er nicht drängte, man möge sie ihm geben oder daß er nicht selbst die Initiative ergriff. Hätte er damit angestoßen, dann hätte er gewußt, was er zu tun hat.

Hiermit erklärt es sich auch, warum er, insbesondere nach dem Rücktritte Dr. Baernreithers, nicht schon im Oktober vorigen Jahres auf einer Rekonstruktion des Kabinetts im Sinne eines parlamentarischen Ministeriums der Rechten bestand. Hiermit erklärt es sich auch, warum er keine Vollmacht erwirkt hat, um dem Abgeordnetenhause eine neue Geschäftsordnung zu oktroyieren, die es gegen den Terror der Minorität schützen würde. Erstaunt fragten Fremde: In Österreich aktiviert man den ganzen Komplex der Ausgleichsvorlagen, ein Akt, mittels welchem das Verhältnis der beiden Reichshälften auf zehn Jahre geregelt wird, ein Akt, der die höchsten politischen, wirtschaftlichen, staatsrechtlichen und dynastischen Interessen berührt, mit dem § 14 und getraut sich nicht, mit demselben Mittel einem der beiden Häuser ein neues Statut zu geben? Und dieselben Fremden fragten: Kaiser Wilhelm kann Preußen mit einem einfachen Dekret eine ganze Wahlordnung geben, und in Wien soll man auf Grund eines Paragraphen der Dezemberverfassung eine Geschäftsordnung nicht geben können?

Bei alldem wäre die Lebensdauer des Kabinetts des Grafen Thun verlängert worden, wenn es sich zur Strangulierung der

Sprachenerlässe hergegeben hätte. Diese war beschlossen. Wer diesen Beschluß durchführen wird, war schon eine untergeordnete Frage. Hätte hierzu Graf Thun, der Vertreter des konservativen Adels, und Dr. Kaizl, der Vertreter der böhmischen, nationalen Abgeordneten, ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, man hätte ihnen allerdings den Vorrang eingeräumt. In der Mitte des Monats Februar wußten sie bereits, daß man solches von ihnen verlangen wird. Allein sie wußten schon damals, daß sie ein entschiedenes quod non sagen werden. Und sie wußten schon damals, daß, wenn sie Berge versetzen und Flüsse zum Stillstand bringen würden, dieses einzige Wort sie um ihre Portefeuilles bringen wird. Und sie haben es ausgesprochen. Graf Thun war ein gehorsamer Diener seines Herrn. In dieser Sache verweigerte er den Gehorsam.

Fast zwei Wochen vor der Demission seines Kabinetts war der Nachfolger schon ausersehen. Fürst Alfred Liechtenstein. Bevor jedoch die bisherigen Minister entlassen und bevor dieser Kavalier mit der offiziellen Mission der Bildung eines neuen Kabinetts betraut worden war, haben die oppositionellen Deutschen schon Kenntnis davon gehabt, daß man ihnen gleich und mit einem Schlage in mehreren Richtungen nachgeben wird, daß die Einstellung der Obstruktion ihnen mit mehreren und großen Preisen wird honoriert werden, daß, wer immer an die Spitze der künftigen Regierung wird gestellt werden, die Pflicht haben wird, sie zu befriedigen, als ertränken alle anderen Völker im Überfluß von Vorrechten und Privilegien und als hätte Österreich für nun und für alle Zukunft nur eine Aufgabe, nur eine Bestimmung, nur eine Mission: Zu tun, was das deutsche Obstruktionslager wünscht, will, befiehlt.

Ihm wurde die Regierung des Grafen Thun zum Opfer geworfen.

Ihm wurde die Majorität der Rechten zum Opfer geworfen.

Ihm wurden die Sprachenverordnungen zum Opfer geworfen.

Eine dreifache Belohnung das für den Fleiß, mit welchem es jedwede positive Arbeit im Parlamente vereitelte und für die guten Sitten, die es bei seinen Exzessen im November 1897 an den Tag gelegt hat. Eine dreifache Belohnung das, die manchen verleiten könnte, desgleichen, ja mehr zu tun.

Kein Wunder, daß die Sieger übermütig waren. Herr K. H. Wolf sagte in Cilli, er werde dem Grafen Thun blutig heimzahlen, was in Graslitz geschehen. Diese Drohung hat zur Beseitigung des

Grafen Thun genügt. Herr Prade wollte ein Beamtenministerium — es kam ein Beamtenministerium. Herr Pommer und andere Papageien wiederholten, man müsse den Böhmen den Raub und die Beute wegnehmen. Man wird ihnen ihren Willen tun. Herr Grabmayr verkündete, die Böhmen müssen vom hohen Roß heruntergerissen und völlig isoliert werden. Auch in dieser Beziehung ist ein Versuch gemacht worden. Daß er mißlungen, hat nur der deutsche Großgrundbesitz verschuldet. Schon hat man eine Koalition gegen uns gezimmert. In die neue Allianz sollten aufgenommen werden: die ganze Linke, Wolfs Septett ausgenommen, und die ganze Rechte, ausgenommen uns, die Slovenen und die Kroaten. Die Pläne zerschlugen sich an der Unverträglichkeit des Herrn Stürgkh und Genossen. Sie maßten sich die Führung dieses Bundes an und duldeten nicht, daß Baron Dipauli wieder im Kabinett sitze. Obwohl es sich wieder um eine antiböhmische Formation handelte, bedauern wir fast, daß sie nicht zustande gekommen ist. Sie wäre in einigen Monaten zerschmettert und es wäre neuerdings der noch überzeugendere Beweis als im Jahre 1895 erbracht gewesen, daß eine so bunte Majorität ein monstrum horrendum ingens ist, cui lumen ademptum.

Fürst Alfred Liechtenstein hat seine Mission zurückgelegt. Nach der Vereitlung seiner Kandidatur und Kombination ist ein Stillstand eingetreten, der in der Geschichte des modernen Parlamentarismus nicht seinesgleichen hat. Fürst Liechtenstein hätte sich zumindest auf eine große Majorität gestützt und die konstitutionelle Fiktion wäre gerettet, das Prinzip wäre nicht nur intakt, sondern um so mehr respektiert, als sein Kabinett, gleichwie jenes des Grafen Taaffe, wenigstens teilweise den Reihen der Abgeordneten entnommen worden wäre. Deshalb verhehlen wir anderseits nicht, daß aus dem angeführten Grunde eben das System Liechtenstein für uns ein gefährliches gewesen wäre, ganz abgesehen davon, daß der Polenklub und der Klub der katholischen Volkspartei, im Ministerium durch ihre hervorragenden Vertrauensmänner — durch Bilinski und Dipauli — vertreten, ihren Anschluß an die große working majority nicht abgelehnt hätten. Und deshalb kann man es fast begrüßen, daß Fürst Alfred Liechtenstein als Pazifikator der triumphierenden Obstruktion nicht reüssiert hat und daß ein Provisorium eingesetzt worden ist, bei dem eine Apertur auch nach rechts ist.

In beispielloser Weise wurde dieses Interim angekündigt, in

beispielloser Weise wurden ihm die Wege geebnet, in beispielloser Weise wurde sein Programm verlautbart.

Darüber geziemt sich ein freimütiges und mannhaftes Wort. In die Hofburg wurden Vertreter aller Parteien berufen und verständigt, es werde ein bureaukratisches Ministerium installiert werden, dessen Aufgabe in der Aufhebung der Sprachenerlässe bestehen wird. Was die Vertrauensmänner der Rechten gesagt haben, wissen wir nicht. Sie waren diskret und verschwiegen bis zum äußersten. Nicht so die Führer der deutschen Linken. Die haben alles veröffentlicht, sowohl was ihnen gesagt wurde, als was sie selbst entgegnet haben. Ganze Gespräche wurden publiziert. Sie erweckten nur einen Eindruck: Daß ein starkes Einlenken nach links, wenn auch nicht ganz nach links, sich vollzogen hat, daß dem zweijährigen Rufe stattgegeben wird, zuerst müssen die Sprachenverordnungen verschwinden — welche, wurde nicht gesagt — und noch manches andere geschehen werde, um die deutsche Revolte zu befriedigen.

Ich gehöre nicht zu jenen, die da glauben, man dürfe der Opposition oder Obstruktion niemals nachgeben. In dieser Allgemeinheit kann ein solches Interdikt nicht ausgesprochen werden. Man kann auch der entschiedensten Opposition ohne Beeinträchtigung der staatlichen Autorität stattgeben, aber nur dann, wenn sie objektiv, nicht subjektiv im Rechte ist, wie irrigerweise in seinem Abschiedsbriefe anläßlich seiner Ernennung zum Herrenhausmitgliede an die Wähler Herr von Madeyski lehrt, und wenn sie ein objektives und tatsächliches, keineswegs wenn sie ein bloß subjektives, vorgeschütztes und suggeriertes Unrecht erlitten hat. Es hat niemals jemand bewiesen und es wird niemals jemand beweisen, daß durch die Verordnungen Badenis und Gautsch' das gleiche Recht oder überhaupt irgendein Recht der Deutschen verletzt worden ist. Verletzt worden ist lediglich ihr Vorrecht. Eine Maßnahme, durch die neuerdings die Gleichberechtigung der Minorität mit der Majorität und das Recht der deutschen Sprache im ganzen Lande bestätigt, bekräftigt und verlängert wird, wie dies in den Ordonnanzen Badenis geschehen ist, kann mit Fug und Recht nicht angefochten werden. Noch weniger kann sie einen reellen Grund abgeben zu einem Kriege, wie ihn die in der deutschen Gemeinbürgschaft vereinigten Parteien geführt haben.

Aber wenn auch die soeben auseinander gesetzte Bedingung erfüllt worden ist, die ganze mise en scène des Friedens mit ihnen hätte eine andere sein sollen. Eine solche, daß hierbei die Krone

sich überhaupt nicht engagiert hätte. Diejenigen haben ihr einen schlechten Dienst erwiesen, welche der Krise eine solche Deutung gegeben haben, daß man die Krone zum Schiedsrichter zwischen Böhmen und Deutschen, zwischen Majorität und Minorität erhoben hat. Das war kein glücklicher Rat, der es herbeigeführt hat, daß der Regierungsantritt eines außerparlamentarischen Kabinetts und die von der Opposition verlangte Aufhebung der Sprachenerlässe vom höchsten konstitutionellen Faktor verkündet wurden. Sich selbst haben die Führer der Linken keinen Dienst erwiesen, indem sie verlautbaren ließen, ihre Sache hätte mit seiner Hilfe gesiegt.

Wir trösten uns nicht mit dem Spruche: Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni. Wir halten uns auch nicht für geschlagen und überwunden. Schon deshalb nicht, weil unsere Widersacher, auf sich allein gestellt, nicht erreicht hätten, was sie angestrebt hatten. Wir haben uns auch ihnen nicht untergeordnet und werden uns auch nicht unterordnen, möge wer immer ihren Standpunkt einnehmen. Wir schauen auf diesen Kampf, der eben zu einer neuen, anderen Phase gediehen ist, wie auf einen Konflikt im antiken Drama, der nicht von den auf der Bühne agierenden Personen, sondern durch Intervention einer höheren Hilfe und eines höheren Willens entschieden worden ist. Wenn die Deutschen wollen, sollen sie auf dieses Zuhilfekommen stolz sein. Allein es war nicht ihre Kraft, es war nicht die Unbesiegbarkeit ihres Rechtes, es war nicht ihre eigene Potenz, welche ihnen zeitweilige Chancen und einen Gewinn verschafft hat. Das ist ein Moment, welches uns nicht drückt und betrübt, sondern erhebt.

Eine andere Seite ist es, die uns erbittert und kränkt. Fürwahr, nicht die Nichtanerkennung unserer Dienste. Ganz und gar nicht. Eine viel höhere Rücksicht ist es: die traurige Erfahrung nämlich, daß durch das Hinzutun von dritter Seite der deutschen Minorität in diesem Staate quasi das Recht zuerkannt worden ist, gegen das gleiche Recht der anderen sich aufzulehnen und es ihnen zu bemessen. Als die Linke in der Affäre der Cillier Parallelklassen ein solches Pouvoir gegen die Slovenen sich anmaßen wollte und trotzig dabei verharrte, wurde sie für ihren Übermut bestraft. Sie hat moralisch und materiell verspielt. Diesmal jedoch, wo sie den gleichen Versuch gegen uns machte, ist er ihr gelungen. Eben das Bewußtsein, daß man es überhaupt hat zulassen können, daß die Minorität in Österreich, die Minorität im Parlament, die Minorität im Lande über die Majorität und daß deren Trotz über unser Recht siege und

daß dieser Minorität das Recht und die Kompetenz zugebilligt wurde, zu entscheiden, ob uns von dem großen Stück, das uns noch zur Gleichberechtigung fehlt, ein homöopatisch kleines Stück gegeben oder genommen werden soll, brennt, wurmt und giftet am meisten.

Hat man bedacht, wohin ein solcher Vorgang führen kann? Wie er das Rechtsgefühl und die Rechtsüberzeugung nicht bloß unseres Volkes, sondern aller Völker erschüttern kann? Wohl kaum. Im Gegenteil, es hat den Anschein, daß die berufenen Ratgeber, die aus Animosität gegen uns das Pfingstprogramm als ein Denkmal der Gerechtigkeit und der Friedensliebe der Opposition priesen, der Tragweite ihres Handelns sich nicht genügend bewußt waren und daß ihnen die Majestät der Krone nicht heilig war, wie sie ihnen heilig hätte sein sollen. Das sagen wir, denen wehe getan worden ist.

Fast will es uns bedünken, daß man auf deutscher Seite nirgends zu siegesfrohem Frohlocken disponiert ist, daß viel eher dort eine Skepsis Platz greift bei dem Gedanken, was denn eigentlich Wesentliches erobert worden ist, was jetzt und was später sein wird.

Die Sprachenverordnungen werden aufgehoben werden. Man behauptet und redet der Wählerschaft ein, daß dies bedingungslos geschehen wird. Das heißt, daß sie spurlos und restlos verschwinden werden. Und das ist nicht wahr.

Nicht nur ist nicht wahr, daß der sprachliche Rechtszustand derart retardiert wird, daß er sein wird, wie er vor dem Jahre 1880, vor Erlassung der Stremayrschen Verordnung gewesen ist, es ist auch nicht wahr, daß die Gautschischen Verordnungen ihre Rechtsgültigkeit ganz und gar verlieren werden.

Die Herren von der Linken haben es billiger gegeben und haben sich sagen lassen. In einer während der Ministerkrise veröffentlichten Kundgebung verlangten die Deutsch-Nationalen lediglich die Aufhebung der nach dem Jahre 1897 erlassenen Verordnungen, sie haben sich daher mit dem Zustande befreundet, der vor Graf Badeni gewesen war, mit jenem Zustande, während dessen die Zweisprachigkeit in Böhmen allgemeiner war als nach der Erlassung der Gautschischen Verordnungen. Aus diesen aber wird in ein Gesetz rezipiert werden, was den Kern der Badenischen Verordnungen ausgemacht hat: die böhmische Sprache in der internen Amtierung.

Von einer absoluten Aufhebung der Sprachenerlässe kann somit keine Rede sein. Sie werden durch ein Gesetz ersetzt werden, in welchem wenigstens ein Teil von ihnen wieder aufleben wird. Es

wird freilich darauf ankommen, welche Rechte der böhmischen Sprache im deutschen und gemischten Gebiete zuerkannt sein werden. Danach werden wir das ganze Opus beurteilen. Den Glauben jedoch hegen wir, daß dasjenige, was sich als Gewinn der Badenischen Verordnungen herausstellt: die Rechtsgültigkeit und Gleichberechtigung unserer Sprache im inneren Amtsverkehre — uns nicht genommen werden kann

Bevor das Gesetz fertiggestellt werden wird — das kann recht lange dauern — wird ein Vakuum sein, wenigstens was die innere Amtssprache anbelangt. Dieses kann eingeführt und die Sprachenverordnungen Gautsch' können sistiert werden wieder nur durch eine Verordnung, also im Verordnungswege, den die Linke bekämpft hat. In formeller Beziehung entsprach der Antrag, die Gültigkeit der Sprachenverordnungen möge aufgehoben werden, sobald das Gesetz aktiviert sein wird, dem Kommando der Linken, daß in sprachlichen Angelegenheiten nie mehr zu einer Ordonnanz gegriffen werden darf, mehr als die gewählte Taktik, welche zu jenem Kommando in diametralem Widerspruch steht. Doch verlange ja niemand Konsequenz in Marotten und Launen.

Die Sprachenverordnungen Gautsch' aufzuheben, ein Sprachengesetz für das Königreich Böhmen auszuarbeiten, die Delegationswahlen vorzunehmen, das sind die Hauptaufgaben des Übergangsministeriums. Kein anderes ist so schwer geboren worden. Als Justizminister ist ein Richter berufen worden, der unter Italienern tätig gewesen und dem der Schauplatz der böhmisch-deutschen Kämpfe eine terra incognita ist. Es gibt keinen definitiven Premier. Die wichtigsten Ressorts: Finanzen, Handel und Unterricht, haben bloß Leiter inne. Provisorischer Hüter des Staatsschatzes wollte niemand werden. Schließlich mußte der jüngste, vierte Sektionschef Kniaziolucki. Der Polenklub hatte keinem seiner Mitglieder erlaubt, Landsmannminister zu werden. So wurde denn Hofrat Chlendowski dazu gemacht. Die Polen haben also zwei Repräsentanten. Durch Zufall. Sie hätten sie nicht, wenn im Finanzministerium fünf Sektionschefs wären.

Allein der Zufall spielt, wie im Leben überhaupt, so auch in der Politik eine wichtige Rolle. Durch seine beiden Gesandten wird der Polenklub von den Plänen der Regierung rechtzeitig und richtig informiert werden. Das ist ein unleugbarer Vorteil. Die galizische Publizistik leugnet es nicht. Die polnischen Interessen werden versorgt sein. Deswegen benimmt sich auch die polnische

Presse gegenüber dem Beamtenministerium so kalt und ablehnend nach der Konstituierung nicht wie vor ihr.

Uns Böhmen ist die Stellung gegen dieses Kabinett gegeben, einerseits durch dessen Mission und Absichten, anderseits durch unser Programm. Eine Regierung, welche die Prokura des deutschen Vorrechtes und des Unrechtes an uns besorgt, kann bei uns nur dem entschiedensten Widerstand begegnen. Rücksichten, welche die Beziehungen zu den Parteien der Rechten auferlegen, Rücksichten auf die Zukunft, Rücksichten somit auf höhere und dauerhaftere Interessen werden diesem unserem Widerstande den Grad und die Form bestimmen. Aber auch in bestimmten Grenzen muß unsere Opposition eine offenkundige und energische sein. Nicht so der materielle Inhalt der Sprachenverordnungen, der restituiert werden kann, sondern das ganze Arrangement, wie sie aufgehoben worden, berührt schonungs- und rücksichtslos unsere Empfindungen und weckt Unwillen bei den ruhigsten und geduldigsten Böhmen. Wir alle haben das klare Bewußtsein eines objektiven Unrechts. Die Tatsache, daß wir durch nichts beigetragen haben zum Verlust der von uns teuer erworbenen Etappe, daß wir uns in nichts vergangen haben, daß wir durch unseren Trotz die Kapitulation vor dem deutschen Justament nicht verschuldet haben, wird uns — dessen können die Regierungskreise sicher sein — im bevorstehenden Kampfe eine ausgiebige moralische Kräftigung verleihen, die sie selbst gewiß nicht ahnen. Und ebenso sagen wir ihnen, daß wir nicht rasten und ruhen werden und daß wir eine ruhige Konsolidierung der österreichischen Politik nicht zulassen werden, solange nicht für unser Volk vollständig und ehrenvoll der Schlag wird wettgemacht werden, den ihm zu versetzen, sich das Regime des Grafen Clary anschickt.

Vergebens konstruiert man jetzt ex post Delikte, die auf unserer Seite begangen worden sein sollen. Die Böhmen hätten bei den Reichenauer Manövern den Soldaten gegenüber nicht das gleiche Entgegenkommen geübt wie die Deutschen. Nahrungsmittel wären ihnen teuer verkauft worden. Die böhmischen Gemeindevorsteher hätten sich geweigert, mit Offizieren deutsch zu verkehren. Einigen hätte man sogar in demonstrativer Weise aufgeschrieben »Zde«. Über all das hätte man nach oben referiert, nur das habe die Wendung im Gefolge gehabt. So wird dies in der Umgebung des Grafen Goluchowski und des Freiherrn von Beck erklärt und exkulpiert.

Fürwahr, der Versuch, die Verantwortung dafür auf die Böhmen zu wälzen, konnte nicht unglücklicher ausfallen. Die Autoren haben offenbar gerechnet: post hoc, ergo propter hoc. Allein dieser Kalkul ist ganz falsch. Die Manöver bei Reichenau haben in der ersten Septemberwoche stattgefunden, der Umsturz der ganzen politischen Situation war jedoch schon vor diesen Manövern in der letzten Augustwoche fertig. Er war fertig, als Freiherr von Chlumecký am 28. August in Ischl erschien, als daselbst — wie erst jetzt zum Vorschein kommt — zur selbigen Zeit Dr. von Körber in Audienz empfangen wurde. Die Weigerung des Bürgermeisters von Lomnitz, mit deutschen Offizieren zu verkehren, ein Ereignis somit vom 1. oder 2. September, konnte doch nicht Ereignisse vom 25. oder 28. August herbeiführen.

Das böhmische Volk hat nur eine Schuld. Es wollte nicht freiwillig der Aufhebung der Sprachenerlässe zustimmen, der Verkürzung seiner Rechte, der Erniedrigung unter das Niveau eines gleichwertigen Volkes. Ein Volk, dessen Sprache aus dem internen Dienst ausgeschlossen ist, sondern nur die Sprache des Parteienverkehrs ist, ist kein Volk. Das böhmische Volk wollte seine Zustimmung zur Abolition dieser Erlässe nicht geben, weil diese Zustimmung gleichbedeutend wäre mit dem Geständnis, daß sie ein Unrecht für die Deutschen und etwas enthalten, was uns nach Recht und Gesetz nicht zusteht. So hat man ihm denn, als es darauf nicht verzichten wollte, genommen, was man ihm gegeben. Wie in Goethes »Erlkönig«: »Und gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt.«

Auf die Sprengung der Rechten konzentriert sich nunmehr die geheime Agitation und die öffentlichen Bestrebungen. Auf deren Zertrümmerung und auf die Errichtung einer neuen Majorität ohne uns und gegen uns und auf unsere Isolierung. Man hofft, daß, wenn man uns isoliert, man uns leichter überwinden, niederhalten und demütigen wird.

Wir fürchten den Erfolg und das Gelingen dieser Anstrengungen nicht. Doch werden wir selbst dazu nicht beitragen, soweit dies mit unserer Ehre vereinbar sein wird. Wir werden kein Feuer zur Lunte beilegen, durch deren Inbrandsetzung die Majorität in die Luft flöge. Das Verbleiben der böhmischen Delegation im Verbande der Mehrheit hängt jedoch von zwei Bedingungen ab. Die anderen Verbündeten müssen anerkennen, daß die vollzogene Wendung gegen uns gerichtet ist und daß man deren Tendenz entgegentreten und Revanche üben muß für den uns durch die Aufhebung der Sprachen-

erlässe versetzten Schlag. Daß, wenn für uns der casus belli gegeben ist, für sie der casus foederis gegeben ist. Wenn wir auch spezielle, begründete und zureichende, nicht Vorwände, sondern Ursachen haben, das jetzige Regierungsprovisorium zu bekämpfen, dem die Aufgabe zuteil geworden ist, ein fait accompli gegen uns zu schaffen, so glauben wir denn doch, daß auch die gesamte Rechte gegen dasselbe Stellung nehmen muß. Weil es die eklatante Negation ihrer Existenz ist. Weil es ein Experiment ist, die Exekutive und auch die Administrative ohne sie zu vollziehen. Weil es die Ignorierung der tatsächlichen und reellen Verhältnisse im Parlamente und außerhalb dieses ist, weil es ein parlamentarisches Embryo eines Regimes nach links ist.

Wenn auch uns, als den Hauptinteressenten, als dem ersten Objekt der neuen Politik des neuen Ministeriums, der entschiedenste Kampf gegen dieses obliegt, so obliegt den anderen Parteien der Majorität der Kampf auch. Die Majorität ist ja doch nicht bloß Zweck, sie muß auch Mittel sein. Es genügt nicht, Programm und Ziele aufzustellen — man muß sich auch zu einer Aktion für deren Durchführung und Erreichung aufraffen.

Wir hören Zweifel und Einwendungen in bezug auf die Rechte der Majorität aussprechen. Wir hören sagen: »Hat die Majorität die Vernichtung der Sprachenerlässe abgewendet? Was hat denn diese Majorität überhaupt erreicht? Welche Bürgschaft bietet sie? Sind wir nicht Zeugen dessen, wie weitgreifendste Tatsachen direkt gegen sie geschehen, als wäre sie gar nicht da? Welchen Wert hat eine solche Majorität? Was nutzt alle Selbstverleugnung, um sie zu erhalten, wenn in allem und jedem der Minorität entsprochen wird? Was kann aus der Majorität in der Zukunft herauskommen, wenn die Gegenwart nicht nur unfruchtbar ist, sondern wenn sie sogar Verluste aufweist?« Ich gestehe offen: Ich habe nicht den Mut, diesen Fragen die Berechtigung abzusprechen. Sie würden vielleicht verstummen, wenn alle Parteien dort, wo es sich um böhmische Interessen handelt, sich so benehmen werden, wie der böhmische Großgrundbesitz, dessen kriegerischer, geharnischter Protest gegen die Verletzung des gleichen Rechtes der böhmischen Sprache durch die Verwischung der Gautschischen Erlässe für uns eine moralische und materielle Stärkung, für die Regierung ein energisches Memento sein wird, auf daß sie wisse, daß die nationalen Abgeordneten in ihrem Feldzuge gegen sie nicht allein sind und auch nicht sein werden.

Allein Kundgebungen, wie die ist, welche im Linzer Organ der katholischen Volkspartei veröffentlicht wird: Daß diese die Sprachenverordnungen gar nichts angehen, daß sie dem Kabinett des Grafen Clary gegenüber eine wohlwollende Neutralität einnehmen werde und daß sie in dieser Neutralität alle sogenannten Staatsnotwendigkeiten bewilligen werde, sind nicht danach angetan, die angeführten skeptischen Stimmen über die Ersprießlichkeit und den Nutzen der Rechten für die böhmische Politik zum Schweigen zu bringen.

Ein solcher Standpunkt des Desinteressements, welchen der Autor dieser Kundgebung einnimmt, könnte sehr ernste Erwägungen und sehr bedenkliche Interpretationen zur Folge haben. Wenn der casus foederis bei der Aufhebung der Sprachenerlässe negiert wird, bei einer Aufhebung, welche der konservative Adel in seiner Erklärung vom 7. Oktober eine schwere Schädigung der Rechte der böhmischen Sprache genannt hat, wäre es da zu verwundern, wenn bei uns folgende Anschauungen Platz greifen würden: »Wenn von uns verlangt werden konnte — es ist dies von Dr. Bilinski im ‚Pester Lloyd' geschehen — wir sollen freiwillig auf die Sprachenverordnungen verzichten, um die Majorität zu retten, wenn die Rechte uns nicht vor deren Abolition schützt und wenn auch nach dieser der Haß der Deutschen auf der Linken gegen uns andauern wird, sollen wir da noch in der Allianz bleiben mit den konservativen Deutschen, hierbei den effektiven Gewinn und Fortschritt unseres Rechtes verlieren, den Unwillen unserer deutschen Landsleute gegen uns jedoch nicht verlieren, und wenn bei diesem Schaden die Freunde teilnahmslos bleiben, ja von uns neue Opfer verlangen, wäre da nicht besser unserem nationalen und wirtschaftlichen Vorteil gedient, wenn wir das, was wir den Deutschen aus den Alpenländern bewilligen und dafür die brüske Gegnerschaft der Deutschen zu Hause einheimsen sollen, diesen bewilligen und solchermaßen ein ruhiges und friedfertiges Zusammenleben mit ihnen in unsern Heimatländern sichern würden? Wenn wir durch einen Ausgleich, der allerdings Entgegenkommen, Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit auf beiden Seiten erheischt, die Verhältnisse im Lande selbst regeln und wenigstens jenen Waffenstillstand herbeiführen würden, welcher zwischen vollbewußten, geistig und materiell einander gleichen Völkern unter dem Regime des Nationalitätenprinzips möglich ist?«

Minister Dr. Josef Kaizl.

»I awoke one morning and found myself famous«, als ich eines Morgens aufwachte, fand ich mich berühmt — auf ihn konnte man diesen Ausspruch Byrons nicht anwenden, als das Wiener Amtsblatt vom 8. März 1898 seine Ernennung zum Mitglied einer neuen Regierung veröffentlichte. Er teilte nicht das Schicksal des Ritters von Gautsch, dessen Berufung in den Kronrat am 5. November 1885 mit allgemeinem Staunen und einer einzigen Frage begleitet wurde: »Wer ist der?« auf welche geantwortet wurde, er war ein Zögling Stremayrs und den Segen hat ihm der niederösterreichische Erzbischof Ganglbauer erteilt.

Er betrat auch nicht das Abgeordnetenhaus am 21. desselben Monats mit dem Portefeuille des Schatzkanzlers als ein Unbekannter wie sein Kollege vom Ackerbauressort, Baron Kast, dessen Namen die parlamentarische Welt zum erstenmal hörte und den nicht einmal die eigenen Anhänger aus dem Zentrum als ihren Vertreter im Kabinett anerkannten, oder wie Dr. Baernreither, der neue Handelsminister, dem seine ehemaligen Freunde ausweichen und dem nur die couragierteren die Hände reichen.

Die vox populi hat Dr. Josef Kaizl nicht Finanzminister, sondern den böhmischen Minister genannt. Diese Stimme und dieses einmütige Urteil entsprach der Wirklichkeit und Wahrheit.

Als Repräsentant des böhmischen Volkes, als Vorkämpfer seiner Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften nahm er in der Exekutive einen der wichtigsten Fauteuils ein. Deshalb streckten sich ihm entgegen die Hände aller seiner bisherigen Kommilitonen, und deren Druck war für alle, die darüber vielleicht noch zu zweifeln vermochten, ein Beweis, daß Dr. Kaizl in seinem Amte der Vertrauensmann der gesamten böhmischen Delegation ist.

Wir sahen ihn wachsen und steigen, allmählich zwar, aber

stetig, lange zwölf Jahre lang, die ausgefüllt waren von nie rastendem Streben und beharrlicher Arbeit. Er wurde durch keine geheime Sprungfeder hinaufgeschnellt, war niemals Favorit, weder Geschlecht noch Stand waren ihm Empfehlung. Er kam durch eigene Potenz hinauf.

Aus den Reihen der Abgeordneten ging er auf die Ministerbank, als eine eigengeartete Individualität, als ein energischer Politiker von eigenem Willen, dem das Terrain bekannt ist, und als ein Fachmann, der sich Respekt und Achtung auch bei Gegnern zu verschaffen wußte.

Josef Kaizl stammte aus einer Beamtenfamilie. Er wurde 1854 in Volyň geboren, wo sein Vater Steuereinnehmer war. Obwohl die Mutter eine geborne Deutsche aus dem Böhmerwald war, wurde die Häuslichkeit und Erziehung des Sohnes von allem Anfang an böhmisch geführt.

Der Vater kam dann auf einige Jahre nach Rumburg. Dort begann Josef die deutsche Schule zu besuchen. Dann gab man ihn in eine böhmische nach Prag. Im Kleinseitner deutschen Gymnasium studierte er fünf Klassen, bei seiner Großmutter wohnend, Die sechste an der Piaristenanstalt in Leitomischl, wohin der Vater. der zuvor noch in Wildenschwert gewirkt hatte, versetzt wurde. Nach einem Jahr übersiedelte er mit ihm nach Prag. Nach Ablegung der deutschen Maturitätsprüfung auf der Kleinseite entschied er sich für das juridische Studium. Unter seinen Lehrern waren Randa und Zucker. Alle Rigorosen legte er cum applauso ab. 1876 promoviert, erhielt er ein Staatsstipendium, um sich mit Hilfe dessen für die Dozentur vorzubereiten. Zwei Semester verbrachte er, sich der politischen Ökonomie widmend, an der Universität Straßburg. Von diesen einen Monat in Paris. Während er in der Ferne weilte, starb ihm der Vater.

Die eiserne Notwendigkeit gebot: primum vivere! Er wurde Advokaturskonzipient, zuerst bei Dr. Brdička, dann bei Dr. Hauschild. In den Jahren 1880—1883 war er als Konzipist in der vom Abgeordneten Zeithammer verwalteten finanziellen Abteilung des Landesausschusses beschäftigt.

Inzwischen hatte er eine Habilitationsschrift überreicht: »Der Kampf um Gewerbereform und Gewerbefreiheit in Bayern 1799 bis 1868.« Die Universität in Straßburg zeichnete sie durch einen Preis aus, Schmoller gab sie in seinen »Leipziger Forschungen« heraus. Dennoch stieß Kaizls Habilitierung auf Schwierigkeiten bei

Dr. Jonák, die verursachten, daß ihm erst im Jahre 1879 die venia legendi für die Volkswirtschaft erteilt wurde. Ein Jahr unterrichtete er auch in diesem Fach an der böhmisch-slavischen Handelsakademie.

Im Jahre 1883 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt — dermalen zum unhonorierten. Er blieb es ganze zwei Jahre. Jetzt erst war es ihm möglich, die Arbeit im Landesausschusse aufzugeben. Um diese Zeit gab er in Leipzig die Schrift heraus: »Die Lehre von der Überwälzung der Steuern«, für welche ihm die venia legendi auch auf die Finanzwirtschaft ausgedehnt wurde und welche auch in Deutschland beifällige Aufnahme fand, und in böhmischer Sprache »Die Volkswirtschaftslehre«.

Bald wurde er jedoch aus dem Hörsaale auf die parlamentarische Wahlstätte gerufen. Bei den allgemeinen Wahlen 1885 wurde er am 3. Juni zum Reichsratsabgeordneten für den Städtebezirk Čáslau-Kuttenberg gewählt. Rasch verschaffte er sich Geltung. Obwohl er direkt vom Katheder kam und sich nicht sofort aus dem Professorenton in die parlamentarische Redeweise einführen konnte, so litt dennoch durch die Form nicht die allgemeine Überzeugung, daß die böhmischen Abgeordneten eine nicht gewöhnliche Akquisition gewonnen haben. Bei der Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn fanden seine Fähigkeiten bereits Würdigung. Er wurde nämlich mit Dr. Mattuš in die Quotendeputation entsendet. In deren Subkomité vertrat er allein den böhmischen Klub. Seine Schrift: »Der deutsch-ungarische Ausgleich« war ihm die beste Rekommandation für diese Funktion.

In Wien blieb er jedoch nicht lange. Am 1. September 1887 überraschte der Unterrichtsminister Gautsch während der parlamentarischen Ferien die Böhmen und Deutschen durch seinen Dislokationserlaß. Es war dies ein Akt, auf den das Prädikat »kulturfeindlich« paßt. Uns traf er grausamer als die auf dem Gebiete des Schulwesens saturierten Landsleute der anderen Nationalität.

Die Erbitterung, die darob in der böhmischen Öffentlichkeit entstand, war tief und groß. Sie rüttelte an der ganzen Position der böhmischen Delegation in Wien. Aus ihrem eigenen Lager, nicht aus dem kaum embryonalen oppositionellen, wurde ihr die Alternative gestellt »entweder Gautsch oder wir!« Wir wissen ja, es geschah weder die eine noch die andere. Der alte Grocholski apostrophierte die böhmischen Führer: »Wegen eines Gymnasiums geht man nicht in die Opposition.« Das Ende war: Gautsch blieb im Kabinett und die Böhmen in der Regierungsmajorität. Allein bei

uns zu Hause glaubte man an die Aggressivität der böhmischen Abgeordneten und glaubte, daß nach einem oppositionellen Anlaufe nicht eine Retirade, sondern ein Sprung folgen werde. In dem Bezirke, in welchem der Minister Schaden angerichtet hatte, drängte man den Abgeordneten nach vorwärts. Dieser Konflikt zwischen dem Willen der Mandanten und zwischen dem Rückzuge des Abgeordnetenklubs veranlaßte Kaizl zur Resignation. Sein Nachfolger wurde Dr. Herold.

Für Dr. Kaizl war der Moment der Wendung gekommen. Hier teilten sich seine Wege von jenen der konservativen böhmischen Partei.

Nach dem Tode Salášeks vertraute ihm die Handelskammer in Prag das erledigte Mandat an. Er wurde nicht mehr auf Grundlage des altčechischen Programms gewählt, sondern erhielt vollständige Freiheit der Aktion. Er schloß sich dem Klub der unabhängigen böhmischen Abgeordneten an, deren Phalanx damals noch klein war.

Als die Wiener Vereinbarungen vom Jahre 1890 einen wachsenden Widerstand im gesamten böhmischen Volke zur Folge hatten, löste Graf Taaffe plötzlich im Jänner des Jahres 1891 den Reichsrat auf. Die Neuwahlen wurden im März vorgenommen. Die Böhmen gingen in sie mit oppositionellen Parolen. Die bisherige böhmische Delegation wurde aufs Haupt geschlagen. An der Seite der siegreichen Partei stand die realistische Gruppe, deren drei Hauptvertreter in die gemeinsame Armee eintraten. Dr. Kaizl war in deren Generalstab. Den Wahlaufruf verfaßte er mit Dr. Julius Grégr. Dr. Kaizl erhielt — in einer engeren Wahl — das Mandat der Städtegruppe Smíchov-Karolinental, welche bisher vom Eisenbahndirektor a. D. Hladík vertreten worden war.

Sein Realismus war mit dem Programm und Kredo der nationalfreisinnigen Partei sehr wohl vereinbar. Er tangierte sie nicht, er verletzte sie nicht. Es war das kein Nihilismus, der sich grobe, beschlagene Stiefel angezogen und dann ausging, um auf heimatlichen Fluren jedwede liebevoll betreute Blüte zu zertreten. Es war das auch keine Negation, welche wie ein Frost dort berührte, wo es der Anregung und Wärme bedurfte. Es war auch nicht jene Zerstörungswut, welche zuerst zersplittert und zersprengt und dann zermalmt und vernichtet. Der Realismus Dr. Kaizls war schließlich auch nicht jene krankhafte Schwarzseherei, die da in einem fort ruft: »Wir sind klein und dem Tode geweiht, wozu der vergebliche und verzweifelte Widerstand des Schwachen?«, sondern es war

dies eine gesunde Bewegung, welche die luftigen Wege und transzendentalen Höhen des Romantismus aufgegeben und die Wüste seichten Radikalismus verlassen und sich auf die Heerstraße der Wirklichkeit gestellt und dort die Parole ausgegeben: »Zum Werk! An die Arbeit! Weniger Worte und mehr Taten! Weniger Phrasen und mehr Kern! Weniger optimistische Selbsttäuschung und mehr Nüchternheit! Nicht aus dem Auge verlieren weitere Etappen, aber nicht faulenzen bei der Möglichkeit, nähere zu erreichen!«

Die böhmische Opposition, obwohl sie gegenüber der dreibeinigen und dann Koalitionsmajorität isoliert war, verschaffte sich Achtung und Gewicht, nicht bloß durch die Opposition, sondern bei weitem mehr dadurch, daß — im Gegensatz zu den Vorgängern — die »Jungčechen« Männer waren, welche nach dem »altčechischen« Rezept handelten: »In der Arbeit und im Wissen ist unser Heil.« Man wußte, daß wir wählerisch geworden sind. Daß es bei uns nicht mehr genüge, bloß Böhme zu sein, sondern, daß dieser Böhme zu etwas taugen muß. Und man sah, daß auf der Linken, wo man ein Monopol auf Spezialisten besaß, in dieser Hinsicht eine galoppierende Schwindsucht sich zeige, daß hingegen auf den böhmischen Bänken es frische, unverbrauchte, mit reichem Wissen und modernen Geisteswaffen ausgerüstete Elemente gibt. Man blickte die Böhmen gleich feindlich an wie zuvor, aber man sah auf sie nicht von oben herab. Wer nicht selbst Zeuge des durchdringenden Unterschiedes zwischen 1879 und 1891 war, kann schwer den großen Fortschritt ermessen, den wir in zwölf Jahren gemacht haben. Nach der Abstinenz, während derer wir auf einer Sandbank festgerammt waren, während andere weiterzogen, ward der Boden des Wiener Parlaments für die Unsrigen eine terra incognita. Ihre ungeübten Füße konnten sich dort nicht bewegen, und daß Fälle nicht zahlreicher waren, war ein wahres Wunder. Wir hatten Rekruten, die anderen geschulte Truppen. Zeitlich waren wir fünfzehn, faktisch jedoch fünfzig Jahre zurück. Nach zwei Sessionen war der Unterschied verwischt. Wir konnten uns ehrenhaft mit den besten Rivalen messen. Dr. Kaizl fielen in der neuen Situation wichtige Aufgaben zu. Er ist der Autor des Adreßentwurfes der böhmischen Abgeordneten, die er im Adreßausschusse mit Dr. Trojan vertrat. Im Budgetausschusse hatte er mit Dr. Herold und später mit Dr. Pacák volle sechs Jahre die ausgebreitete böhmische Agenda. In dieser Kommission hatte er die böhmischen Postulate verschiedenster Natur gegen drei Regierungen zu vertreten. Vor deren Forum wurden die einzelnen

Phasen unserer Anklagen gegen sie absolviert. Außer zahllosen kleinen Interessen gab es da große böhmische Ziele zu verfechten. Nach den im Jahre 1897 auf Grund der neuen Wahlordnung durchgeführten Wahlen wurde er Obmann dieses Ausschusses.

Im Abgeordnetenhause selbst griff er in alle großen Debatten ein: in die politischen sowohl, wie in die wirtschaftlichen.

Seine Redeweise wich von der traditionellen Schablone ab. Er wirkte weder durch Brusttöne noch durch Pathos, noch durch physische Kraft, also nicht durch äußere Momente. Nur durch innere, nur durch den von keiner glänzenden Schale eingehüllten Inhalt, nur durch die Materie selbst, nur durch einfache Gedanken. Und doch wurden seine Ausführungen angehört, wurden mit Aufmerksamkeit begleitet und verfehlten die unmittelbare Wirkung nicht. Anfangs sagte man, Dr. Kaizl sei wie Dr. Plener englisch trocken und es gab solche, die behaupteten: »Alles von der Lunge, von dem Herzen nichts.« Doch allmählich gewöhnte sich die Öffentlichkeit und änderte ihre Ansicht. Sie überzeugte sich, daß der Mangel ein absichtlicher ist und daß er für den Redner kein Hindernis bedeutet, der nicht reden, sondern etwas sagen wollte, der wußte, was er sagen will, und der sah, wohin er ziele und wohin er nicht ziele. Er verließ sich nicht auf augenblickliche Eingebungen, sondern bereitete sich aufs gewissenhafteste zu jedem Speech vor, anderseits war er jedoch immer bereit, zur Polemik aufzustehen.

Sein Standpunkt in bezug auf die Tarife der Staatsbahnen ist bekannt. Er konnte sich nicht verhehlen, was ein billiger Satz für die Freiheit des Angebotes gerade von seiten der produzierenden Bevölkerung bedeute. Aber er war auch gegen die niedrigen Frachttarife mit doppeltem Vorbehalt: solange die Staatsbahnen passiv sind und solange auf privaten höhere Tarife sind. Seine Motive waren sozialer und wirtschaftlicher Natur. Es schien ihm nicht gerecht, daß das Defizit der Staatsbahnen von den gesamten Steuerträgern gedeckt wird, auch von jenen, welche keine Eisenbahnen haben oder wo die Kommunikationen noch nicht einen Wechsel der lokalen Wirtschaft zur Folge gehabt haben, bei welcher zu Hause aufgegessen oder verkauft wird, was zu Hause wächst oder gemacht wird, und bei welcher man im Jahre einen einzigen Weg macht: auf den nächsten Jahrmarkt. Er beanstandete, daß das niedere Porto de facto nicht dem kleinen Mann, sondern dem großen Unternehmer, dem Spediteur, dem Kapitalisten zugute kommt.

Schließlich, aber nicht hauptsächlich, hielt er es für eine nicht zu rechtfertigende Favorisierung der Etablissements in der Nähe von Staatsbahnen mit niedrigeren Tarifen, wenn diejenigen, welche nicht so vorteilhaft situiert sind, für die Zu- und Abfuhr höhere zahlen müssen.

Der entschiedene Widerspruch, den Dr. Kaizl in dieser Beziehung hervorgerufen, ist manchenorts schon verstummt, und viele von seinen Gegnern sind seine Anhänger geworden. Ich maße mir nicht an, mich zu dieser oder jener Partei zu schlagen. Kaizl hat seine Argumente gründlich dargelegt in der Schrift »Passive Eisenbahnen« (herausgegeben durch die Wiener »Zeit«) und in der großen Studie »Über Verstaatlichung der österreichischen Bahnen«, welche ursprünglich böhmisch im Prager »Athenäum«, dann deutsch in Leipzig erschienen ist. Mit böhmischen, slovenischen, kroatischen und Wiener Abgeordneten war Dr. Kaizl gegen die Handelsverträge, insbesondere mit Deutschland. Als Generalredner sagte er am 19. Jänner 1892: »Die neuen Verträge werden eine empfindliche Abnahme des österreichischen Exports zur Folge haben.« Leider war er propheta in patria.

Der Sommer des Jahres 1892 war von der parlamentarischen Aktion für eine teilweise Reform der österreichischen Währung ausgefüllt. Im Valutaausschusse arbeitete Dr. Kaizl mit dem verstorbenen Eim, Kramář und Honorius Lang. Im böhmischen Publikum verbreitete er Verständnis für diese Reform durch eine populäre und klare Schrift, der ersten dieser Art bei uns, als deklarierter Goldmann. Im Abgeordnetenhause nahm er einigemal an den Debatten teil, namentlich am 11., 14. und 17. Juli. Nach zwei Jahren sehen wir ihn an der Spitze der entschiedenen Opposition gegen die Steuerreform, welche Steinbach eingebracht, Plener zum Gesetz erheben wollte und Bilinski finalisierte. Der schwache Prinz Windischgrätz willigte ein, daß dieses Opus die Priorität vor dem ordentlichen Staatsvoranschlage erhalte und in continuo erledigt werde.

Die Operate des Ausschusses gelangten am 5. März ins Haus. Es begann ein in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus denkwürdiger Kampf. Als erster sprach gegen die Entwürfe Dr. Kaizl. Die normale Opposition reizte die Majorität, insbesondere den Präsidenten Chlumecký und Minister Plener. Sie wurden ungeduldig und begannen die Diskussionen mit Gewaltmitteln zu beschleunigen. Die Antwort war: eine abnormale Opposition, die

Obstruktion. In der erwies sich Dr. Kaizl als Meister. Er betrieb sie mit eingehenden, gründlichen, inhaltsreichen Reden. Seine Obstruktionstätigkeit war eine Arbeit des Geistes — zur niedrigen Obstruktion durch Geschrei, Skandal, Poltern mit den Schubladen, mit gezückten Messern und geworfenen Tintenzeugen ist weder er noch jemand anderer der böhmischen Abgeordneten herabgesunken. Ihre Obstruktion war anstrengender, da sie Nachdenken, Fleiß und Studium erforderte, sie war jedoch imposant, würdig — ein superiore — und verschaffte dem böhmischen Namen Achtung auch in der Fremde, welche unseren Bestrebungen nicht hold war.

Der Mai des Jahres 1895 ging bereits zu Ende und das Werk, an das Plener seinen Namen knüpfen wollte, war weit vom Ende. Mitte Juni waren die Chancen nicht besser. Am 19. des genannten Monats war Plener entlassen. Zu seinem Sturze hat außer anderen Ursachen die böhmische Obstruktion gewiß wesentlich beigetragen.

Gegenüber dem provisorischen Kabinett formulierte Kaizl die Bedingungen, unter denen die Obstruktion eingestellt werden könnte. Als sie erfüllt worden waren, wurde diese eingestellt.

Unter Graf Badeni wurde die Steuerreform zu Ende beraten. Noch im letzten Stadium unternahm Kaizl Versuche, um sie zu verbessern. Große Bewegung rief sein Antrag hervor, die gewährten Nachlässe mögen nach Klassen verteilt werden. Nur um ein Haar hätte er gesiegt. Als es sich dann um das Verhältnis der Länder zur neuen Steuerreform handelte, proponierte er ein zehnjähriges Provisorium. Es wurde verworfen. Heuer jedoch hat der Landtag des Königreiches Böhmen ein fünfjähriges beschlossen.

Im Herbste des Jahres 1896 brachte Baron Gautsch zugleich mit den Beamtenvorlagen die Reform des Kollegiengeldes ein. Die großen deutschen Gelehrten zeigten sich dabei klein. Ihre Reden troffen von Plutokratismus und Selbstsucht. Wie ganz anders benahmen sich in beiden Häusern die Böhmen und Slaven: Albert, Jagič, Randa, Kaizl. Dieser bekämpfte am 30. November den Materialismus Baernreithers, Groß' und Sueß'. Durch eine sarkastisch angelegte Polemik, in der er ein neues, in frischen Strömungen pulsierendes Leben an den Hochschulen voraussagte und in der er erklärte: die Vertreter des bisherigen Kollegiengeldes zwingen einen, zu glauben, den Universitätsprofessoren sei ein voller Hörsaal aus dem Grunde willkommen, weil, je voller der Saal, um so voller die Kasse, um so größer das Einkommen aus der Quästur.

»Ein voller Hörsaal ist und wird, Gott sei Dank, in jedem Falle das höchste Ziel der Bestrebungen des Professors sein: denn ein voller Saal ist eine ausgebreitete Herrschaft des Professors. Der Professor ist auf seinem Katheder ein König, der die Gedanken jener beherrscht, die zuhörend an seinen Lippen hängen. Und Macht zu gewinnen über die Geister, seinen Geist andern aufzudrücken, seine Überzeugung anderen aufzuzwängen, das ist ein des größten Eifers würdiges Ziel. Darin beruht die große innere Befriedigung, der hohe Lohn, den der Professor in seiner Tätigkeit findet, daß er sein Zepter schwingt über den Geistern, die ihm folgen wollen, und eine Herrschaft ausübt, die in der Tat nicht bloß idealen Charakters ist, denn die Ideen, welche die Studenten vom Professor erhalten, verwandeln sich nachher in der Praxis, direkt bei jenen, die Brotstudium treiben.«

Politisch charakteristisch jedoch ist die Rede, die Dr. Kaizl in der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1896 am 13. Dezember 1895 gehalten hat. Mit Offenheit und Wahrheit bekannte er sein Confiteor, auf die Wege zeigend, auf denen allein das böhmische Volk mit Erfolg zu den letzten und höchsten Zielen seines Sehnens und seines Strebens wandeln kann. Er beschränkte sich nicht auf die bloße Negation, auf das Hervorkehren der Fehler pro praeterito, sondern gab — seiner Überzeugung nach — ein verheißungsvolles taktisches Vorgehen an pro futuro. Keine Aktualität ließ er hierbei außer acht. Er wußte, daß dasjenige, was er verkündet, vielleicht leichtsinnig, vielleicht gar böswillig werde gedeutet werden, ja daß man seinen Worten unterschieben werde, was er nicht in sie hineingelegt. Ihn schreckte das nicht zurück. Er täuschte sich darüber nicht, daß nicht angenehm ins Ohr klingen werde das Eingeständnis: »Wir haben gefehlt, indem wir von hinten begannen und indem wir bestrebt waren, die größten Schwierigkeiten zu beseitigen, bevor wir die kleineren oder alle mit einem Schlage überwunden haben, und es ist höchste Zeit, sich lieber für eine praktische Vorgangsweise zu entscheiden, als weiter zu irren.« Allein er machte dieses Bekenntnis und machte diesen Appell. Der Effekt war groß und doch war Kaizl kein Neuer in der Sache, sondern nur in der Art und Weise. Dies aber genügte, um für sein Debüt das größte und weiteste Interesse hervorzurufen. Ich schließe da aus dieser seiner Rede die markantesten Partien an:

»Wir erblicken im Staatsrechte nichts anderes als die Formel

und zugleich den rechtlichen Titel für die föderative Ausgestaltung des Reiches und wir möchten jetzt noch ausdrücklich hervorheben, daß wir die Auffrischung dieser staatsrechtlichen Petita in dem hohen Hause und in der gesamten Öffentlichkeit unserer Partei als ein Verdienst anrechnen, welches nicht nur uns, sondern welches insbesondere für den ganzen Staat vorteilhaft ist, weil es das Bestreben ist, den Staat von den unnatürlichen Grundlagen, auf denen er aufgebaut ist, hinwegzubringen und die Entwicklung auf Bahnen zu lenken, welche nach unserer und — ich gebe mich der Hoffnung hin — auch bald nach der allgemeinen Ansicht allein Heil zu bringen vermögen.

Zu Beginn unseres parlamentarischen Lebens, nach Erlassung des Oktoberdiploms, war bei uns die ganze politische Bewegung von nichts anderem erfüllt als von dem staatsrechtlichen Radikalismus, an dessen Spitze sich niemand anderer gestellt hat als die Vertreter des sogenannten historischen Adels in Böhmen.

Vielleicht war dieser staatsrechtliche Radikalismus in der ganzen Reihe der historischen Entwicklung unvermeidlich, das wird ein künftiger Historiker vielleicht einmal konstatieren und erkennen; ich für meine Person jedoch sehe in diesem einstigen staatsrechtlichen Radikalismus wenig des Vorteilhaften, ich sehe, daß es durch unsere Passivität dazu gekommen ist, daß hier die Verhältnisse für lange Zeit so festgenagelt wurden, wie sie nun tatsächlich sind; ich schiebe diesem staatsrechtlichen Radikalismus auch die Schuld zu, daß sich in unserem Volke in bezug auf das politische Denken — ich möchte sagen — eine Art von Undiszipliniertheit festgewurzelt hat, welche immerfort mit möglichst romantischen Umstürzen weitesttragender Art rechnete, welche sehr wenig die konkreten Verhältnisse in Betracht gezogen, und wie es gerade bei diesem staatsrechtlichen Radikalismus der Fall gewesen ist, den modernen Staat, seine Bedürfnisse und alles außer acht gelassen hat — alles Merkmale eines richtigen Radikalismus nach der Formel ‚tout ou rien', ‚alles oder nichts'.

Nach diesem Prinzip hat man bei uns gehandelt, insbesondere als es sich um die Anerbietungen des Ministeriums Potocki gehandelt hat usf. Das sind — wenn ich so sagen darf — die psychologischen Charakteristika dieses ehemaligen staatsrechtlichen Radikalismus.

Unsere Partei ist aus der Atmosphäre dieses staatsrechtlichen Radikalismus herausgewachsen. Die Idee einer Änderung der

zentralistischen Verfassung des Reiches ist gewiß eine Idee, welche Sie kaum je aus den Gemütern unseres Volkes verwischen werden. Aber ich glaube, mit Vergnügen konstatieren zu können, daß es der Erfolg und das Verdienst unserer Partei ist — und ich glaube, solche Dinge müssen auch einmal öffentlich gesagt werden — daß dieses staatsrechtliche Programm in gewissen Punkten ausgebildet, vervollkommnet, wenn Sie wollen, modernisiert worden ist.

Zunächst das, daß wir bei einer föderalistischen Ausgestaltung der Verfassung nie und nimmer davon ablassen, daß dieselbe in der Weise erfolge, daß die freiheitlichen Rechte der Staatsbürger, die freie Bewegung derselben und überhaupt der volkstümliche Charakter bewahrt werde. Das ist das eine.

Zweitens will ich hervorheben, daß wir die Idee nicht teilen, es könne sich eine derartige Föderalisierung der Verfassung und eine Wiederaufrichtung des böhmischen Staatsrechtes durchführen lassen zum Trotze und zur Unterdrückung unserer deutschen Landesgenossen, daß wir vielmehr überzeugt sind, daß dieselbe mit ihrem Einverständnisse, ja, wie wir hoffen, einstens auch unter ihrer Mitbetätigung erfolgen wird.

Und das dritte Moment, welches ich als ein Symptom der fortschrittlichen Evolution des staatsrechtlichen Programms auffasse, besteht darin, daß wir von der alten Romantik des passiv-politischen Radikalismus abgelassen haben, welche meinte, es ließen sich derartige grundlegende Dinge im Handumdrehen durchführen und sie würden fertig, etwa wie Minerva aus dem Haupte Jupiters, eines schönen Tages vor uns treten. Wir wissen und sind uns dessen bewußt, daß eine Entwicklung, die nahezu Jahrhunderte in entgegengesetzter Richtung gegangen ist, nicht mit einem Schlage umgekehrt und restituiert werden kann und wir erachten — und ich habe davon schon des öfteren gesprochen — als Voraussetzung für unser letztes Ziel eine Reihe von wichtigen großen Etappen, bei welchen, glaube ich, eine Mitwirkung des gesamten Hauses, und ich hoffe, insbesondere eine Mitwirkung auch unserer deutschen Landesgenossen mit der Zeit endlich nicht ausbleiben dürfte.

Nun, meine Herren, ich habe gesagt, wir hätten unser Programm vervollkommnet und weiter entwickelt.

Wenn Sie das, was ich soeben mitgeteilt, in Betracht ziehen, so werden Sie finden, daß das wirklich ein reales Programm geworden ist, mit welchem wir hier jetzt auftreten und bei welchem wir nicht mehr allein auf historische Reminiszenzen, auf Gefühle

und Phantasien sondern tatsächlich auch auf den Verstand und die praktischen Interessen aller der Inwohner der betreffenden Länder rechnen können.

Wir geben uns dermalen hinsichtlich des nationalen und verfassungsmäßigen Ausgleiches noch keinen großen Illusionen hin. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Sache noch einen ziemlich langen Weg wird wandeln müssen, bis wir zu praktischen Resultaten kommen. Auch soviel ist mir klar, daß man bei den Auseinandersetzungen nicht mit dem Prinzip ‚Staatsrecht oder nicht Staatsrecht' anfangen wird. Das wäre der Vorgang des richtigen Prinzipienreiters, der von vornherein alles verdirbt. Allein, lassen wir es zu bestimmten praktischen Ergebnissen kommen, vielleicht werden die Deutschen zu ihrer Überraschung sehen, daß das etwas ist, was von dem Staatsrechte, von dem wir gesprochen haben, nicht so weit entfernt ist. Ich sage, nicht bei dem letzten Ende der prinzipiellen Erörterung soll man eine Diskussion eröffnen. Es gibt wichtige Punkte, in denen nach meiner Ansicht der Ausgangspunkt einer derartigen Auseinandersetzung liegt. Ich will einige anführen; zum Beispiel eine richtige Reform der Wahlordnung. Die Herren wissen, daß die Wahlordnung dasjenige ist, worauf die widernatürliche Übermacht gewisser Klassen und auch gewisser Nationen in diesem Hause beruht, worin der Grund liegt, daß eine den wirklichen konkreten Verhältnissen entsprechende Repräsentanz der Völker in diesem hohen Hause einfach nicht vorhanden ist.

Und, meine Herren, wollen Sie Auseinandersetzungen haben, welche wirklich feste Wurzel im Volke besitzen sollen, dann müssen Sie dazu Leute berufen, welche wirklich Vertreter der herrschenden Stimmung im Volke sind, daher auch keine unnatürlichen Konfigurationen in diesem Hause aufkommen lassen. Jetzt darf ich doch schon weiter fortfahren. Die Frage der Wahlreform ist gewiß eine der wichtigsten auch für die Schaffung einer Basis für wirklich ernste Auseinandersetzungen.

Was, meine Herren, nicht minder wichtig ist, das ist die Frage der Regelung der Sprachenverhältnisse, und da wäre es Sache, ich glaube nicht zunächst der Deutschen, welche das ja weniger interessiert, aber zunächst Sache der Regierung, gewisse kleinliche schikanöse Institutionen, welche insbesondere darin bestehen, daß uns fortwährend die sogenannte innere Amtssprache nicht zugestanden wird, endlich abzuschaffen. Das ist, meine Herren, eine

Angelegenheit, welche mit dem Deutschtum gar nichts zu schaffen hat, denn daß es die Deutschen interessiert, ob ein Akt, welcher vom Kreisgerichte Tábor an das Oberlandesgericht in Prag geht, mit einem deutschen Zettel einbegleitet wird oder mit einem böhmischen, daß dieser gewisse Zettel, mit dem das einbegleitet wird, etwa eine Suprematie der Deutschen in Österreich oder irgendwelche Vorrechte der deutschen Sprache aufrecht erhält, das wird gewiß niemand behaupten; daß es zur Bequemlichkeit der Administration diene, auch das wird heutzutage niemand behaupten. Ich glaube, die Regierung sollte vernünftigerweise nichts anderes tun, als durch einen Federstrich diese sogenannte innere Amtssprache einführen, welche uns ja ohnehin nur gegen das bestehende Recht und gegen das bestehende Gesetz verweigert wird.

Warum soll zum Beispiel beim Obersten Gerichtshofe nicht böhmisch verhandelt werden? Der böhmische Senat ist und muß komplett hier sein. Es wird aber böhmisch nicht verhandelt. Warum? Etwa, weil das Interesse des Staates daran liegt, daß dort bei dieser Verhandlung der gewisse deutsche Rahmen der Verhandlung, nämlich Referate usw., im geschlossenen Saale bewahrt werde, während die Akten selbstverständlich böhmisch bleiben, das Urteil böhmisch hinausgeht?

Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, allen Nationen in diesem Staate gleiches Recht!

Aber die Tatsache! Die wirkliche Entwicklung der kulturellen Zustände und das Niveau der einzelnen Völker ist eben bisher verschieden, und wenn Sie zu einer Reihe von Nationen in diesem Staate treten und ihnen die Frage stellen: Was haltet ihr in euren nationalen Vorteilen zunächst für wichtig und was verlangt ihr? so bin ich überzeugt, sie werden heute nicht jene weitgehenden Forderungen stellen und jene weitgehenden Bedürfnisse empfinden, welche wir, der entwickeltste von den nichtdeutschen Stämmen dieses Staates, hegen und welche unser kultureller Zustand bedingt.

Wir verlangen deshalb nicht als Luxus Institutionen, zum Beispiel eine zweite Universität, das wäre kein leeres Haus, sondern es wäre sehr voll und überfüllt, in unserem Schwesterlande Mähren. Wir verlangen einen Senat beim Obersten Gerichtshofe, beim Verwaltungsgerichtshofe. Das letztere ist beinahe ohne weitere finanzielle Opfer sehr leicht durchzuführen. Wenn mit der Zeit die anderen Nationalitäten in ähnliche Entwicklungen und kulturelle Verhältnisse einrücken werden — ich bin überzeugt, sie fänden an

uns wenigstens immer nur die ausgiebigste Unterstützung ihrer Bestrebungen.

Aber wenn Sie sich auf einmal dieses gewisse jakobinische Richtmaß der Geradlinigkeit aneignen, um sagen zu können: ‚Weil wir das nicht sofort allen gleich geben können, so geben wir es gar niemand', so ist das zum allermindesten ein Zeichen von wenig gutem Willen, den sie uns in dieser Frage entgegenbringen.

Mähren kann nicht ausgeschlossen werden, im Gegenteil, die entsprechende Regelung der Verhältnisse ist in Mähren viel leichter als irgendwo anders. Daß schließlich Schlesien, wenn hinsichtlich Böhmens und Mährens die Sachen geregelt werden, doch auch irgendwie einzubeziehen gelingen würde, das, glaube ich, unterliegt keinem Zweifel.

Wir konzedieren Ihnen die nationalen Kurien sofort unter den Umständen, unter denen sie in den Fundamentalartikeln konzediert wurden, nämlich auf Grund einer entsprechenden Regelung der Gleichberechtigung für beide Nationen in Amt und Schule. Auf dieser Grundlage werden Ihnen, glaube ich, von uns die nationalen Kurien ohne jedwede Skrupel zugestanden.

Doch ich lasse die Dinge, welche ich vielleicht zu weit ausgesponnen habe, zur Seite und sage nur, daß die Strömung trotz alledem doch dahin geht, daß die Dinge neuerdings und ernsthaft und ohne Leidenschaft hier diskutiert werden. Dazu trägt vor allem der realpolitische Standpunkt bei, den wir in dieser Frage eingenommen haben, dazu trägt der große kulturelle Fortschritt bei, den unser Volk gemacht hat, es trägt bei der Druck der immer mehr heranrückenden sozialen Probleme, es trägt dazu bei ein allmähliches Erschlaffen des nationalen Hasses. Der nationale Geist betätigt sich immer mehr in der Liebe zum eigenen Volkstum und immer weniger im Hasse gegen das fremde Volkstum, ohne deshalb schwächer zu werden und nachzulassen. Und endlich trägt bei das Bewußtsein von der Machtlosigkeit und Bedeutungslosigkeit dieses Parlaments, deren Hauptursache darin gelegen ist, daß die wichtigsten Faktoren unentwegt gegen einander ankämpfen.«

Aus dem deutschen Lager ertönte auf diese Rede ein versöhnlicher Widerhall. Er dauerte jedoch nich lange. Es war dies nur ein schwacher Lichtstrahl, dem eine noch dichtere Finsternis folgte.

Im Juli vorigen Jahres wurde Dr. Kaizl zum ordentlichen Professor ernannt.

Vorher hatte er zwei Bücher ganz verschiedener Fächer heraus-

gegeben, welche ich hier erwähnen will. »Die Finanzwissenschaft«, welche bald eine zweite Auflage erlebte, ist ein Lehrbuch für Universitätshörer. Gegenüber den deutschen zeichnet sie sich durch ein selbständiges System und durch Berücksichtigung der italienischen und russischen Literatur aus. Sie fand im »Finanzarchiv« günstige Beurteilung.

In der Entwicklung Dr. Kaizls vollzog sich seit seiner Rückkehr aus Straßburg eine Wandlung. Er verharrte, in sein Vaterland heimgekehrt, in bezug auf die Volkswirtschaft auf dem Standpunkt historischer Forschung und der sogenannten induktiven Schule. Erst allmählich nahm er den sozialen Standpunkt ein, auf dem wir ihn bei zahlreichen Anlässen der letzten Jahre gesehen haben.

Eine wahre Überraschung waren seine »Böhmischen Gedanken«*) über vier Themen: Humanität, Altčechentum, die national-freisinnige Partei, Staat und Politik. Die Tendenz war eine aufgelegt polemische an eine bestimmte Adresse. Allein die Form wurde manchenorts durchbrochen: aus dem Opponenten wurde an vielen Stellen ein Exponent, anderswo wieder ein Proponent. Die letzte Tätigkeit Dr. Kaizls, der vom Jahre 1895 an auch dem böhmischen Landtage angehörte — er wurde in zwei Bezirken gewählt, nämlich im Karolinentaler und im Smíchover und entschied sich für den ersteren — war nach den neuen Wahlen in den Reichsrat den Sprachenverordnungen Badenis und in diesem Jahre jenen des Baron Gautsch gewidmet. Wie intensiv sie war, was er da geleistet und mit ihm Dr. Pacák, Dr. Herold, Dr. Kramář, Dr. Engel, Dr. Brzorád, Dr. Škarda und Dr. Stránský, davon hat unsere Öffentlichkeit keine Ahnung. Es war dies eine zwar nicht laute, aber von Kämpfen und Mühsalen erfüllte Wirksamkeit. Von überwundenen Schwierigkeiten — heißt es — soll man nicht reden. Ich sage aber jenen, welche die genannten Abgeordneten für ihre Wege zur Regierung angreifen, daß ohne sie die böhmische Sprache nicht die Rechte erlangt hätte, welche sie gegenwärtig hat.

Noch knapp vor Beginn der deutschen Obstruktion konnte sich Dr. Kaizl über die Verordnungen des Kabinetts Badeni auslassen. Am 7. Mai vorigen Jahres veröffentlichte er in Hardens Berliner »Zukunft« dem unvoreingenommenen außerösterreichischen Publikum eine Studie darüber, was wir ohne Beeinträchtigung der Deutschen

*) Das Werk erschien seither in einer deutschen und in einer italienischen Übersetzung.

erlangt haben und was uns noch zur vollen Gleichheit mit ihnen fehlt.*)

In der »Böhmischen Revue« veröffentlichte er zwei Artikel, die gewissermaßen eine Einleitung waren zu den modifizierten Verordnungen. Der zweite gelangte in die Hände der Leser, als seine Ernennung zum Minister schon amtlich veröffentlicht war.

* * *

Es geziemt sich, in diesem Augenblicke der Verdienste jenes zu gedenken, der den Weg durchbrochen und geebnet, der erkannt und anerkannt hat, was das böhmische Volk für Österreich und dessen Dynastie bedeutet, der ein Bestreben, eine Sehnsucht, ein Ideal hatte: diesem Faktor Anteil und Geltung in der Legislative und Exekutive zu verschaffen. Des Grafen Badeni. Das war sein Plan: auf eine dieses Volkes würdige Weise beide Kooperationen zu ermöglichen, und nicht bloß ad hoc, nicht bloß zeitweilig, sondern dauerhaft. Die Böhmen wollte er den Polen gleichstellen und wie diese zu einem Koeffizienten erheben, der aus keiner Kombination ausgeschlossen werden darf. Die Formel war einfach: nicht bloß nicht gegen die Böhmen, nicht bloß nicht ohne die Böhmen, sondern jederzeit mit den Böhmen. Diesen Plan verhehlte er nicht, sondern gab ihn kund — auch den Deutschen. Er gewann hierfür auch die maßgebenden Kreise, nachdem er sie überzeugt hatte, daß die Durchführung des Projektes nicht bloß ein Vorteil, sondern eine Notwendigkeit ist.

Darin beruht das Ersprießliche seines Regimes. Hätte man ihm

---

*) Der deutsch-böhmische Sprachenstreit, im Hefte vom 8. Mai 1897. Bemerkenswert ist nachstehende Randglosse der Berliner Redaktion zu Kaizls Essay: »Die Erbitterung, mit der die neuen Sprachenverordnungen des Grafen Badeni in den deutschen Ländern Österreichs aufgenommen würden und die zu einer — einstweilen freilich wohl nicht allzu ernst nehmenden obstruktionistischen Politik der deutschen Parteien und zu dem Versuch geführt haben, die für die Verordnung verantwortlichen Minister in den Anklagezustand zu versetzen, gab die Veranlassung, einen der bedeutendsten und ruhigsten Führer der Jungčechen um eine Darstellung der besonderen böhmischen Verhältnisse zu ersuchen. Es braucht kaum ausdrücklich gesagt zu werden, daß auch die ergänzende oder entgegnende Darstellung eines Deutschen willkommen sein wird, besonders wenn sie nicht auf Parteiphrasen gestützt ist, sondern von der Erwägung ausgeht, daß nationale Verschiebungen heutzutage mehr durch die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet, als durch reglementierende Eingriffe der Politiker alten Stils bestimmt werden.« Auf eine solche Replik von deutscher Seite wartet die Redaktion der »Zukunft« noch heute.

Zeit gewährt, er hätte verwirklicht, was er intendiert. Und auch noch mehr. Graf Thun vollzog nur sein Vermächtnis, indem er nicht zauderte, Dispositionen zu vollziehen, welche die Zustimmung der Krone hatten.

Im gegenwärtigen Ministerpräsidenten erblicken wir lediglich den Vollstrecker jenes Willens. Nach der Art und Weise, wie er seine Mission auffaßt, wird auch unsere Stellung zu ihm sein.

Dr. Kaizl ist für uns im Ministerium Thun der Gesandte bei einer Macht, bei der wir gute Beziehungen voraussetzen und auch den Wunsch, sie zu erhalten, sie besser zu gestalten und auch zu befestigen. Sollten sie sich verschlechtern oder sollten sie gar feindselige werden, Dr. Kaizl wird niemand abberufen müssen, so wie er jederzeit wußte, was zu lassen wäre, so wird er auch ohne fremde Aufforderung wissen, was ihm die Pflicht zu tun befiehlt.

Das weiß wohl schon bei uns vielleicht auch der letzte politische Taferlschüler, daß, wenn Dr. Kaizl, wenn überhaupt ein Böhme im Ministerium etwas richten, etwas nutzen soll, er nicht von der großen Kommune seines Volkes abgetrennt werden darf, sondern daß er dessen Teil und von ihm getragen werden muß. Hinter dem böhmischen Minister muß die ganze böhmische Delegation so stehen, daß er auf die Wage nicht bloß sein Votum, sondern auch das ihrige legen kann.

Das hat mit seinem gesunden Verstande und mit seiner untrügerischen Diagnose Dr. Engel erkannt. Den anderen Ministern kündigte er Reserve an, Dr. Kaizl jedoch drückte er im Namen des ganzen böhmischen Klubs das vollste Vertrauen aus. Nach reiflicher Überlegung gewiß, deren Resultat war: auf sich selbst gestellt ist unser Dr. Kaizl Finanzminister, in die Lage jedoch versetzt, bei jeder Gelegenheit auf uns verweisen und sich durch unsere Vollmacht ausweisen zu können, ist er ein starker böhmischer Minister.

Und noch etwas. Das Finanzportefeuille ist von allen das undankbarste, das unpopulärste. Noch kein Inhaber desselben hat die Bürgerkrone erhalten. Denn man verlangt von ihm, er solle habgierig sein in den Einnahmen und geizig bei der Bewilligung der Ausgaben. Wir Böhmen haben es am schmerzlichsten empfunden, was es heißt, gerade von diesem Minister abgewiesen zu werden, wenn die anderen endlich zu irgendeiner produktiven Investition eingewilligt haben. Wir werden von Dr. Kaizl nicht verlangen, er solle offene Hände bloß für unser Vaterland und für unser Volk haben. Allein wir hoffen, daß er, wenn sie mit berechtigten

Forderungen kommen, nicht nach russischer Art sagen wird: »Mach' die Taschen zu!« Wird er die Finanznot in unserem Königreiche bannen, dann wird er ein Andenken zurücklassen, das gesegnet sein wird.

Ein Amt, das zu normalen Zeiten schwer ist, hat er übernommen in abnormaler Zeit, allgemeiner Verwirrung und Zerfahrenheit, in welchen auch der nächste Augenblick ungewiß ist. In solchen Momenten, in einer Übergangssituation, in einem Provisorium, dessen Länge unberechenbar und unabsehbar und dessen Ausgang ein Rätsel ist, kann und muß das böhmische Volk Trost im Bewußtsein finden, daß es für alle Eventualitäten an maßgebenden Stellen, welche vielleicht die Geschicke des Staates ohne Kontrolle des Parlaments leiten werden, einen wachsamen Hüter seiner Interessen zu haben.

Möge endlich bei uns Verständnis Platz greifen für faktische Vorteile und möge die Kurzsichtigkeit aufhören, die heute in Klagen sich ergeht, daß wir in der Administrative zurückgesetzt sind, morgen jedoch denjenigen als Verräter hinstellt, der in der Staatsverwaltung auf eine hohe Stufe gestellt ist.

Es wurde gesagt, Dr. Kaizl ist auf eigene Verantwortung in das Kabinett des Grafen Thun getreten, das Risiko trägt er somit allein. Soweit wir Dr. Kaizl kennen, hat er nie eine Last von seinen Schultern abgewälzt. Er hat aber auch keinen Grund, sich zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Er ist nicht schuldig, er ist nicht angeklagt. Deshalb suchte er auch keinen Milderungsgrund in der Tatsache, daß Dr. Engel und Dr. Škarda, der Obmann des Abgeordnetenklubs und der Obmann des Exekutivkomités, nicht bloß die Annahme des ihm angebotenen Portefeuilles billigten, sondern ihn hierzu ermunterten, die Verantwortung auf sich nehmend. Dr. Kaizl wird gewiß nicht einwenden, daß beide Funktionäre, bei allem Mangel an Kultus von Autorität in unserer Partei, dennoch als berufene Schiedsrichter angesehen werden können in einer Sache, in der man, mit Rücksicht auf deren Charakter und auch mit Rücksicht auf die Eile, keine Umfrage bei tausend Vertrauensmännern im Lande machen kann.

Ich glaube im Sinne und Geiste aller Menschen guten Willens bei uns zu handeln, wenn ich diesen Streit um die kompetente Instanz, die berufen war ihr placet zu geben, ob Dr. Kaizl Minister und somit sichtbar werden soll die Erfüllung der unabweisbaren Forderung des böhmischen Volkes auf Teilnahme und einen

gerechten Anteil an der Leitung der Monarchie und deren Bevölkerung, mit dem Ausspruche beende: Ich kenne nur eine solche Instanz: das Gewissen Dr. Kaizls. Er hat es verdient, daß wir glauben, es werde ihm den rechten und guten Weg zeigen, jetzt und auch fernerhin.

Zum Minister ernannt, resignierte Dr. Kaizl auf sein Abgeordnetenmandat. Seine Kollegen im Kabinett, Dr. Baernreither und Dr. Jędrzejowicz folgten seinem Beispiele nicht. Seine Vorgänger, die Minister und Abgeordnete waren, von Plener, Wurmbrand, Madeyski und Jaworski bis zurück zu Khuenburg und Dunajewski haben ihm kein Beispiel gegeben. Soweit meine Erinnerung reicht, hat in den verflossenen zwanzig Jahren ein einziger Abgeordneter nach Annahme eines Staatsamtes sich einer Neuwahl unterzogen. Herr Struszkiewicz, jetzt noch Mitglied des Polenklubs. Die Wähler in Karolinental und Smíchov haben Dr. Kaizl auch als Schatzkanzler das Mandat anvertraut. Sie haben ihm dadurch das Vertrauen ausgedrückt, daß er sich nicht geändert hat und sich nicht ändern wird, weil er den grünen Ministerrock angezogen. Sie haben jedoch zugleich einen Beweis ihrer politischen Reife gegeben, von der wir wünschen würden, sie möge allgemeiner werden. Diese Bürger haben begriffen, daß der Minister, der ihr Vertrauensmann ist, als Vertrauensmann der Krone eine stärkere Position hat.

Das persönliche Moment muß da ganz beiseite gelassen werden. Hat Dr. Kaizl durch seinen Respekt vor den Traditionen wahrer Verfassungsmäßigkeit und vor dem Statut der Partei, aus der er hervorgegangen und in der er geblieben ist, es nicht verdient, daß im vorhinein die Distinktion unterdrückt werde: ein Minister darf nicht Abgeordneter sein, und wenn er es werden will, so darf er vom Exekutivkomité nicht empfohlen werden?

Über das Schreiben, das in dieser Sache Herr Dr. Eduard Grégr veröffentlicht hat, will ich mich nicht auslassen, weil er es selbst auf das richtige Maß zurückgeführt, ja derogiert hat. Nur auf zwei Momente sei hingewiesen. Wäre es nicht besser gewesen, die Schuld, den Vorwurf zu unterlassen und so die Entschuldigung überflüssig zu machen? Auf diese rhetorische Frage hat Herr Dr. Grégr eine zustimmende, wenn auch indirekte Antwort gegeben. Das ist das eine. Das andere ist meritorischer Natur und betrifft den Staatsvoranschlag und die Ausgleichsvorlagen, für welche er Dr. Kaizl verantwortlich macht. Gewiß, dem Parlament ist er für sie verantwortlich. Dr. Grégr ist jedoch ein geschulter Politiker,

den ich, der fast zweimal Jüngere, nicht zu belehren wagen kann, daß Budget und Ausgleich, Werke von kolossalem Umfange, nicht in zwei Wochen gemacht werden können. Wenn aber der berühmte Orator behauptet, daß das Präliminare Dr. Bilinskis für dieses Jahr das allerärgste ist und daß somit Dr. Kaizl ein opus turpe als das seine angenommen hat, da muß ich widersprechen. Nicht durch meine schwachen Worte, sondern durch die Kraft tatsächlicher Daten und Ziffern. Sie sind in den »Národní listy« als »Bohemica aus dem Budget pro 1898« veröffentlicht. Wenn er sie mit den Posten aus früheren Jahren vergleicht, wird er mir zugestehen, daß ein Budget, in welchem die ersten Grundlagen gelegt sind für die mährische Universität und für die böhmische Technik in Brünn, durch welches das Schulvereinsgymnasium in Troppau verstaatlicht wird, was sich Graf Taaffe nicht getraut hatte, eingeschüchtert durch die Drohungen des Abgeordneten Dr. Fuß aus dem Jahre 1885, in Berlin werde man so etwas nicht erlauben, durch welches alle kulturellen Bedürfnisse unseres Volkes in noch nie dagewesenem Maße besorgt und durch welches ausgiebigere Summen als bisher zu wirtschaftlichen Investitionen bewilligt werden, ein anderes Prädikat verdient, als er ihm gegeben.

Und jetzt noch eine kurze Reminiszenz, den Ausgleich betreffend.

Ich kenne einen Abgeordneten, der während der Kämpfe um den Zolltarif*) einen glänzenden Beweis nicht nur der Disziplin, sondern auch politischer Vernunft gegeben hat, als er erkannte, daß es der vereinigten Linken nicht um den Sieg eines höheren Zolles auf Petroleum handelte, sondern um den eigenen Sieg, und daß der Zolltarif als Teil des Ausgleiches und wie dieser selbst auch vom Gesichtspunkt der parlamentarischen Konstellation beurteilt werden muß; ich kenne einen Abgeordneten, der alle Verführungskünste der deutschen Opposition durch Treue zur Partei und zur Rechten beantwortet hat und hierdurch ein Vorbild den Jüngeren geworden ist. Dieser Abgeordnete war Herr Dr. Eduard Grégr.

Die Konsequenzen seiner damaligen Zucht werde ich weder für ihn noch für die böhmischen Abgeordneten noch für den Finanzminister Dr. Kaizl ableiten. Sie liegen klar zutage und sind selbstverständlich.

Dr. Kaizl bedarf meiner Verteidigung nicht. Er wird sich schon allein verteidigen. In Melnik hat Herr Zinke über dessen in der

*) 1887.

deutsch-böhmischen Ausgleichskonferenz getane Äußerung sich beschwert, daß, solange nicht die innere böhmische Amtssprache erneuert wird, es keinen Frieden in Böhmen geben könne. Dr. Grégr (Eduard) bemerkte hierzu: »Ob Dr. Kaizl gesagt, daß im böhmischen Volke Ruhe eintreten wird, sobald in irgendeiner Weise die Sprachenfrage geregelt sein wird, weiß ich nicht. Hat er's aber gesagt, so war er hierzu nicht berechtigt. Dr. Kaizl ist Minister in Disposition und ist am wenigsten legitimiert, im Namen des böhmischen Volkes das Wort zu führen. Das Sprichwort: ‚Wessen Brot du ißt, dessen Lied du singst' gilt auch von den Ministern. Würde er das nicht beobachten, hört er auf, Minister in Disposition zu sein.«

Die Erklärung Dr. Kaizls war richtig und wortgetreu in allen böhmischen Blättern wiedergegeben. Sie beruhte auf einem einstimmigen Beschluß der böhmischen Abgeordneten und jener des Großgrundbesitzes in der deutsch-böhmischen Ausgleichskonferenz und hatte durchaus nicht den Sinn, daß durch die Restituierung der inneren böhmischen Amtssprache alle nationalen und politischen Kämpfe des böhmischen Volkes beendet sein werden, noch auch den Sinn, daß die böhmische Delegation über Nacht eine Regierungspartei werden wird, sondern sollte lediglich besagen: sie wird dann die Obstruktion einstellen und wird Opposition bleiben.

Dr. Kaizl war formell durch alle seine Genossen in der Konferenz zu einer solchen Erklärung ermächtigt. Allein, wenn auch das nicht wäre, Dr. Kaizl ist durch sein Mandat wie jeder andere Abgeordnete legitimiert, überall als Vertreter des böhmischen Volkes zu fungieren. Kein Mitglied der böhmischen Delegation hat sich lediglich als Vertreter seines Bezirkes, sondern der ganzen böhmischen Gemeinschaft gehalten und jeder wurde auch so gehalten. Nachdem er Minister zu sein aufgehört hatte, kehrte Dr. Kaizl als gemeiner Soldat in Reih' und Glied der Abgeordneten zurück. Dort ist er gleichberechtigt. Er wäre es auch, wenn er aktiver Minister und Abgeordneter zugleich wäre. Und er ist es auch in Disposition. Nur nebenbei sei bemerkt, daß er nicht in Disposition ist als Minister, sondern als Staatsbeamter. Nur von ihm war es abgehangen und er hätte wieder aktiviert werden können. Ein Wort von ihm hätte genügt, und heute wäre nicht Dr. Bilinski, sondern Dr. Kaizl Gouverneur der Österreichisch-ungarischen Bank, die den Böhmen viel lieber gesehen hätte als den Polen. Aus Gründen, die man nicht laut aussprechen darf.

Dr. Bilinski war in Disposition über zwei Jahre, Herr von Zaleski ist in Disposition fast sieben Jahre, Herr von Madeyski fünf Jahre. Wir haben jedoch niemals gehört, daß ihnen jemals auf polnischer Seite jemand das Recht abgesprochen, im Namen des polnischen Volkes das Wort zu führen, geschweige denn, sie als Kostgänger, als Menschen ohne eigenen Willen hingestellt hätte. Das geschieht nur bei uns. Wir bringen es zusammen, in demselben Atemzuge zu rufen und zu verlangen, die Böhmen müssen zu den höchsten Stellen der Bureaukratie gelangen, und zugleich den höchsten Beamten die böhmische Gesinnung abzusprechen. Auch das ist ein traditioneller Fehler unserer gesellschaftlichen, nationalen und politischen Verderbtheit, aus der wir herauskommen müssen.

Es ist nicht recht, es ist nicht gerecht, sich allem zu entziehen, was mit irgendeiner Verantwortung verbunden ist, jeder positiven Arbeit aus dem Wege zu gehen und dann eine bequeme und verdächtigende Kritik zu üben. Die böhmischen Teilnehmer an der Konferenz überhaupt und Dr. Kaizl im besondern fürchten auch diese nicht. Sie haben ein ruhiges Gewissen, daß sie durch nichts die Rechte, die Interessen und die Würde des böhmischen Volkes verletzt haben. Herr Dr. Grégr hatte Gelegenheit, ihr, wir sagen nicht Gesellschafter, aber ihr Inspektor zu sein. Er hat diese Rolle nicht angenommen. Er hätte sich überzeugt, daß auf dieser Konferenz viel, sehr viel Arbeit geleistet werden muß — und an die drängt sich nicht jedermann — viel, sehr viel Geduld — die ist nicht jedermann gegeben — und schließlich viel, sehr viel Behutsamkeit und Bedachtsamkeit, sachliches Wissen und allseitige praktische Erfahrung — und dieses Geschenk hat Gott nicht jedermann verliehen.

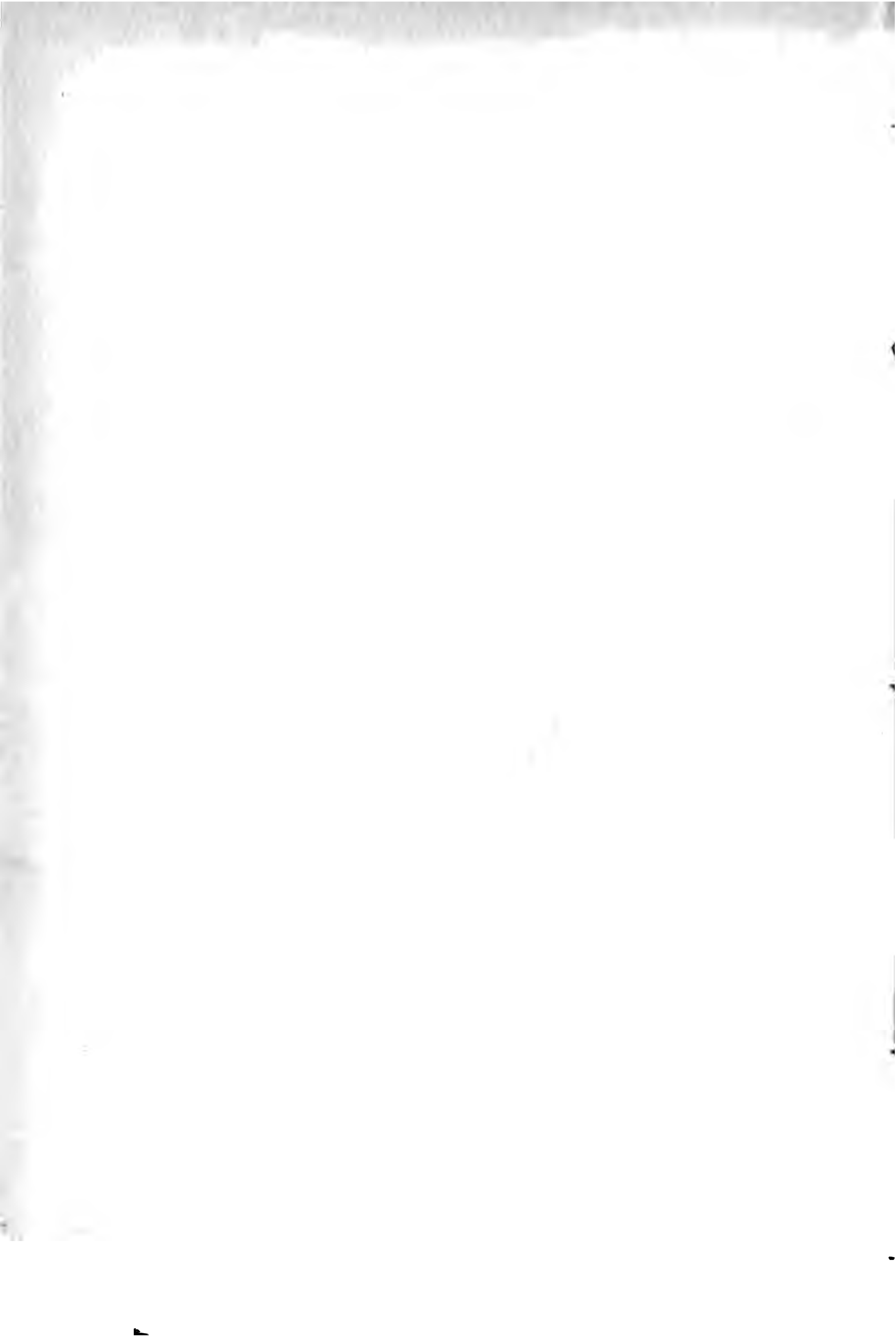
Dem Andenken Dr. Josef Kaizls.

† 19. August d. J. in Miskovic.

Er ist uns jählings entrissen worden. Als wäre aus dem Gewölk, das mit einemmal über unseren Köpfen sich zusammengeballt hat, ein Blitzstrahl niedergefahren und hätte ihn, den nichts Ahnenden, aus unserer Mitte, der nichts Ahnenden, hinwegerafft. Wir sind durch diesen Schlag aus heiterem Himmel betäubt, physisch niedergedrückt, psychisch gebrochen. Die Augen brennen uns, das Herz ist beklommen, die Hände zittern. Wir können uns nicht fassen. Und wir empfinden bloß, daß uns alle eine große Katastrophe ereilt hat, wir empfinden bloß einen dumpfen Schmerz, allein ins Bewußtsein bringen, erkennen, ermessen die Lücke, welche durch seinen vorzeitigen Tod entstand, den Verlust, den wir haben, den Schaden, den wir erleiden, das vermögen wir nicht. Vielleicht werden wir es lange nicht vermögen. Potenzen von der Größe des Verstorbenen wachsen mit der Entfernung, sie scheinen, wie die ägyptischen Pyramiden dem klassischen Wanderer — größer, ein je größerer Raum zwischen ihnen und uns liegt. Als er noch in unseren Reihen einherschritt, wirkte und lebte, bewerteten wir ihn gerechter, als es die Mitwelt gegenüber einem Zeitgenossen zu tun pflegt. Doch erst jetzt, da er uns genommen ist, sehen wir, daß wir ihn nicht hoch genug geschätzt haben, daß sein Gewicht, seine Bedeutung, daß seine Position zu Hause und nach außen mächtiger war, als wir glaubten. Er wird uns fehlen, wir werden ihn vermissen überall und auf unabsehbare Zeit, weil Menschen seiner Art nicht alltägliche Erscheinungen sind, auch in umfangreicheren Organisationen, als es unsere böhmische Gemeinde ist. Weil Menschen seiner Art ohne sichtbare Spuren nicht verschwinden. Weil er selbst zusammengewachsen ist mit allen



Dr. Josef Kaizl



Zweigen unseres nationalen Strebens, unserer Kämpfe, unserer gegenwärtigen Politik, mit der böhmischen Sache, mit der böhmischen Frage. Weil anderseits in ihm, wie in einem Fokus, welcher die Strahlen auffängt und wieder entsendet, sich unser Streit mit diesem Staate konzentriert, weil er dieses Streites markantester Repräsentant war, weil er wie ein Pegel war, an welchem die Höhe des Wassers, dessen Steigen und Sinken sich zeigt. Und auch aus dem Grunde, weil er zu den überhaupt und in Österreich besonders seltenen Politikern gehörte, die, nachdem sie den Ministerstuhl verlassen, ihre Zukunft nicht hinter sich haben, weil er zwar seine Vergangenheit hatte, aber einstimmigem Urteil nach ein Revenant war und weil für ihn der Weg zu den Anhöhen und zum Gipfel nicht verlegt war, wo jenen, die sie erreichen, Macht zuteil wird.

Er selbst strebte nicht danach. Allein er gehörte zu jenen, die es auch als einen Teil der Autonomie ansehen, daß wir nicht immer von Fremden, nicht immer von Gegnern regiert und verwaltet werden, sondern auch von Unsrigen, daß wir in der Exekutive und Administrative jenen Anteil haben, auf den wir ein Anrecht besitzen. Bevor er selbst einen Teil der Zentralmacht ausübte, kannte er deren Wichtigkeit und Tragweite. Als er sie ausübte, erkannte er deren Vorteile und Nützlichkeit noch besser. Das Portefeuille betrachtete er niemals als Sache der Person, sondern als Sache des Volkes, niemals als Konzession, sondern als Abzahlung auf die historische Schuld des Staates, der Jahrzehnte lang die Böhmen aus dem Kronrate ausschloß, in welchem Dr. Kaizl der erste böhmische Finanzminister war. So beurteilte er die Möglichkeit seiner Rückkehr aus der Disponibilität in die Aktivität, welche näher und gerade jetzt wahrscheinlicher war, als die große Öffentlichkeit bemerken konnte. Er verhehlte sich nicht, daß er sich opfern würde. Er war jedoch bereit und vorbereitet, sich in jedem Augenblicke zu opfern. Unter einer Bedingung jedoch: daß das gebrachte Opfer nicht vergeblich, sondern zum Vorteil und zum national-politischen Fortschritt für die böhmischen Interessen, zu einem nicht bloß zugesagten, sondern sichtbaren Vorteil und Nutzen sei.

So wie viele andere große Hoffnungen, die sich an seine Person knüpften, ist auch diese größte mit ihm ins Grab gesunken. Leider gerade jetzt, wo auch für den Laien auf dem innerpolitischen Horizont Anzeichen sichtbar werden, daß eine Zeit herankommt, in der über die durchgreifendsten, die Schicksale der ganzen

Monarchie berührenden Angelegenheiten wird entschieden werden, und in welcher er notwendig wäre für uns und für den Staat. Gewiß hätte er, gleichwie zum erstenmal, auch zum zweitenmal es verstanden, den österreichischen Staatsmann mit dem böhmischen Nationalen und Patrioten in Einklang zu bringen und auszugleichen und einen neuen, vielleicht noch glänzenderen Beweis zu erbringen, daß diese beiden Eigenschaften sich nicht ausschließen, sondern ergänzen. Als Abgeordneter und als Minister, als Mitglied der böhmischen Opposition und als Vertrauensmann des Herrschers, im Parlament redend, zu den Wählern redend und zum Monarchen redend, hat Dr. Kaizl diesen Beweis erbracht. Auf imponierende Weise, suaviter in modo, fortiter in re. Es wäre uns ein Trost, es wäre uns ein nicht bloß moralischer, sondern auch materieller Vorteil, wenn so manche, die tiefer stehen, als er gestanden, nach oben hin soviel Festigkeit, soviel Treue zu ihrer Überzeugung, soviel Selbstbewußtsein und Mannhaftigkeit bewähren würden, wie er zu wiederholtenmalen in der Uniform eines Geheimrats und Ministers bewährt hat. Diese hat nur sein Äußeres verändert. Sein Inneres, sein Charakter, sein politisches Bekenntnis sind durch sie unberührt geblieben. Die Luft in den hohen und höchsten Sphären tangierte seine reine und echte Natur nicht im geringsten. Als er somit als gemeiner Soldat wieder in die Nationalarmee eintrat, war er, wie er früher gewesen.

Er war ein durchaus loyaler, wahrer, offener und ganzer Mann, immer und an allen Orten. Loyalität und Offenheit waren ihm ganz kongruente Begriffe. Er deutete sie nicht einseitig, nicht nach einer Richtung hin, sondern nach zwei Richtungen, nach beiden. Nach oben und nach unten. Geradheit und Offenheit waren seine Leitsterne, und als oberstes Gesetz für jedermann, der öffentlich wirkt und zwischen beiden konstitutionellen Faktoren, dem Volke und dem Herrscher steht, betrachtete er: die Wahrheit zu sagen jenem und diesem. Sie zu sagen, möge geschehen was immer. Möge man sich auch der Gefahr aussetzen, unbeliebt und unbequem zu werden, in Ungnade zu fallen dort, die Popularität zu verlieren da.

Er war durchaus volkstümlich, war ein Demokrat, ein einfacher Bürger und war es auch im Prinz Eugenpalais und an den Stufen des Thrones. Er fand den Mut, dort Befürworter zu sein des allgemeinen, gleichen Stimmrechtes und darzulegen, daß nur dieses gerecht, daß nur dieses der Quell und die Garantie der Wiedergeburt und Konsolidierung Österreichs ist. Er hatte diesen Mut, als die verhängnisvolle Wendung

des Jahres 1899 im Zuge war. Allein seine ganze Seele bäumte sich auf gegen jede Schmeichelei den Massen, gegen jeden Appell an ihre Empfindungen oder gar Empfindsamkeiten, gegen jedes Frönen ihrer Leidenschaft. Er wollte sie nicht überreden, sondern überzeugen, er wollte sie nicht reizen, sondern belehren. Er ging in seinen Bezirk und sprach dort — nicht wie die Wähler meinten, sondern wie er meinte. Vom Abgeordneten überhaupt hatte er eine erhabene Vorstellung — er sah in ihm den Lehrer, Führer, Berater, Helfer seiner Mandanten, nicht einen bloßen Boten. So tief auch sein Respekt war vor dem Willen und den Gesinnungen der Wähler, so verharrte er doch auf dem Standpunkt, daß die Abgeordneten Vertrauensmänner sind, daß es ihre Sache ist, nach bestem Wissen und Gewissen, nach Maßgabe der gegebenen Situationen und nach Erwägung aller Momente über das taktische Vorgehen zu entscheiden. Er war ein Gegner des imperativen Mandats, die Ansicht vertretend, daß es Aufgabe der Gewählten ist, Parolen auszugeben, die Direktive festzusetzen, Richtung und Ziel zu bestimmen und zu unterscheiden zwischen erreichbaren und nahen und zwischen entfernten Etappen und ebenso zu unterscheiden zwischen möglichen und wünschenswerten Objekten.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob Dr. Kaizl ein Oportunist, ein Realist, ein Verkünder der Etappenpolitik usw. war. Der Streit ist gegenstandslos. Sein Kredo hat er ja nicht verheimlicht. Selbst dann nicht, wenn es sich ums Prinzip handelte. Noch weniger, wenn es sich um dessen Verwirklichung, um die positive Tat handelte. Im Gegenteil, der gesamten Welt war es offenkundig, wie er die böhmische Politik auffaßte, wie deren Ausrüstung und deren Ausmusterung, wie deren Strategie, wie deren faktische Durchführung. Er war a priori für eine aktive Politik und daher Gegner einer leeren Negation, einer unfruchtbaren Abstinenz und Passivität, jeder hohlen Phrase und jeder eitlen Drohung, stets des Wortes Lamartins eingedenk: »Menacer sans frapper en politique, c'est se découvrir« — in der Politik drohen, ohne zu schlagen, heißt seine Schwächen zeigen. Jederzeit bereit sein, die ganze Potenz in der geeigneten Minute auf die Wagschale zu legen und ac oculus zu demonstrieren, daß man diese Potenz nicht wie eine quantité négligéable ignorieren oder wie eine Kleinigkeit beiseite schieben kann, die nicht gefährlich zu sein vermag, sondern daß man mit ihr rechnen und bei jeder Operation auf sie Rücksicht nehmen muß, dahin wirkte er, dahin arbeitete er, das war für ihn

primum necessarium und der kategorische Imperativ jeder teleologischen, bedächtigen und doch entschiedenen böhmischen Politik.

Es kommt nicht auf den Namen an. Nennen wir es wie immer, sagen wir, er war real, praktisch, ein Utilitarist, ja ein Materialist, die Summe und Resultante aller dieser Prädikate läuft auf den Sinn hinaus, daß er einen klaren Blick für die Wirklichkeit hatte, daß er richtig und gut die eigene Kraft auf der einen, den Widerstand der anderen auf jener Seite abwog, daß er seine Berechnungen und Pläne weder auf Sand noch in der Luft ausgestaltete, sondern auf dem Boden des Konkreten, daß er sich immer die Frage vorlegte: was verträgt die Situation und was nicht? Daß er die Politik gemacht haben wollte nicht ohne Psychologie, aber ohne matte Sentimentalität, welche nach rückwärts schaut und die Augen nicht nach vorn gerichtet hat, daß er die Sprungfedern und verdeckten Räderchen der traditionellen österreichischen Politik kannte und daß er deren Tätigkeit aufmerksam und wachsam beobachtete, kontrollierte und auch paralisierte, daß er aus zeitgenössischen Minen und Gegenminen Vorteil für Volk und dessen Stärkung zu gewinnen bestrebt war, daß er auf der verspielten und verlorenen Position nicht haften blieb, sondern zusah, wie man eine andere gewinnen könnte, daß er nicht melancholisch auf erlittene Wunden blickte, sondern nach deren Beseitigung durch einen nicht bloß negativen Erfolg, sondern auch durch eine Errungenschaft bestrebt war, die Kern und Wesen hat. Vielleicht würde seiner Individualität, seiner Persönlichkeit, wie sie sich selbst entwickelt hat — auch in seiner Erziehung gab es Stadien, gab es Phasen, gab es Abschnitte, auch er war kein Petrefakt, sondern ein Organismus, auf dessen Wachstum Umstände, Erfahrung und das ganze Milieu einwirkten, in welchem er vom parlamentarischen Noviziat bis zum Führer des ganzen Parlaments heranreifte, wie ein solcher meines Andenkens bloß Graf Hohenwart während der ganzen Ära des Grafen Taaffe gewesen — vielleicht würde es seiner sechzehnjährigen Arbeit als Abgeordneter und Minister am meisten entsprechen, würde man von ihm sagen: er war Positivist und Verist.

Das berührt keineswegs das Programm der Partei, der er über zehn Jahre angehört hat, noch das gesamte böhmische Programm. Das berührt einzig die Methode, dessen Verwirklichung. Das Programm — er hat es einigemal in Wahlmanifesten und Adreßentwürfen formuliert — war ihm heilig. Er zog davon nichts zurück

und verleugnete davon nicht einen Buchstaben. Nicht einmal in bezug der Regelung der Sprachenfrage bei den Behörden und Gerichten der Länder der böhmischen Krone. Es ist nicht wahr, daß er für das System der Einsprachigkeit gewesen, welches der Vater des Postulats nach einem deutschen geschlossenen Sprachgebiet ist. Das Gegenteil ist wahr. Nicht bloß als Minister, auch als er es nicht mehr wahr, verteidigte er die Rechte der böhmischen Minorität bis zum äußersten. Niemals, ich wiederhole, niemals gab er zu, es möge die böhmische Sprache in Reichenberg weniger Rechte haben als die deutsche in Tábor und niemals ist er auch mit einem Worte der Einsprachigkeit des »geschlossenen Sprachgebietes« beigetreten, wie es die Deutschen abgrenzen wollten. Wäre er ihr beigetreten, hätte er der Aufhebung der Sprachenverordnungen zugestimmt, Graf Thun wäre vielleicht — ich habe darüber meine Zweifel — noch Ministerpräsident. Allein in den Ministerkonferenzen und in den Ausgleichskonferenzen erklärte er entschiedenst »niemals« und die Denkschrift gegen den Sprachgesetzentwurf der jetzigen Regierung, worin die Gleichheit der böhmischen Sprache mit der deutschen betont wird, stammt aus seiner Feder.

Und doch hat er zum Berichterstatter einer Berliner Korrespondenz gesagt, Böhmen und Deutsche trennt in der Sprachenfrage nur eine papierdünne Wand. Er widerrief diese Äußerung nicht und legte später in sie nichts hinein, was nicht ursprünglich darin gewesen war. Daß der Friede in Böhmen nämlich ein leichtes Werk sei, wie es das Durchreißen eines Papierblattes ist, wenn die Deutschen in Bezirken mit deutscher Majorität den Böhmen dieselben Rechte zuerkennen wollten, welche diese den Deutschen in überwiegend böhmischen Bezirken zu garantieren bereit sind. Wir wissen, daß die deutschen Sieger in ihr Deutschböhmen nicht einmal eine böhmische Eingabe hineinlassen, geschweige denn deren böhmische Erledigung bewilligen wollen.

Dabei waren seine Beziehungen zu den Wählern die besten. Es bestand zwischen ihm und ihnen eine bilaterale, wahrhaft musterhafte, wahrhaft ideale Gegenseitigkeit. Würde sie nur allüberall Platz greifen! Es wäre anders — besser für das Ganze. Sie beruhte auf vollständigem, ungetrübtem und untrübbarem Vertrauen. Als er ins Kabinett des Grafen Thun berufen worden war, legte er nach der im konstitutionellsten Staate, in England, üblichen Tradition das Mandat nieder. Man vertraute es wieder seinen Händen an. Man ignorierte die niedrige und verwerfliche, von

kleinlichen Leuten ausgehende Verleumdung, ein Böhme müsse an der Schwelle des Ministerzimmers seine Nationalität ablegen. Dieses Votum erfreute ihn. Nach seiner ersten Rede, die er als Entlassener in Karolinental gehalten, sagte er: Ich bin erfrischt, wie nach einem Bade.

Gerade so war auch seine Stellung in der Partei. Niemals suchte er Konflikte auf. Im Gegenteil, er schlichtete sie, wenn welche entstanden, und war überhaupt von ruhigem, friedfertigem, besänftigendem Naturell. Auch er fühlte menschlich. Auch seine Brust erbebte von Unwillen und Zorn, von Freude und Jauchzen. Aber alles bei ihm war gedämpft, zu einer gewissen Zartheit temperiert, die er in der Familie und im öffentlichen Leben bekundete, zu einer gewissen Duldsamkeit und Verträglichkeit anderen gegenüber. Die Liebe zum Volk und Vaterland, welche bei ihm inniger war, wenn er auch nicht davon sprach, als bei manchem, der alltäglich auf offenem Markt sich damit brüstet, bedeutete ihm niemals Haß gegen die anderen. Daß diese haßten und daß sie es nicht verhehlten, machte ihn nicht irre. »Wir müssen ihnen nicht in schlechten Dingen folgen, wir müssen nicht fortwährend schauen, was der Gegner tut — seien wir besser als er!« pflegte er zu sagen. Und wie ihm daran gelegen war, daß das böhmische Programm nicht besudelt werde mit einem aus der Fremde entliehenen Schmutze — er hat einmal Dr. Lueger eine bittere Lektion über böhmischen Freisinn und deutschen Antisemitismus gegeben — so wie ihm daran gelegen war, alle im Staate zu überzeugen, daß wir nur das unsere wollen und niemands rechtlichen Besitz angreifen, so war ihm auch daran gelegen, daß keine günstige Chance durch uns verloren gehe, daß ohne Not nicht die Zahl der uns mißgünstigen Elemente vermehrt werde, daß in den böhmischen parlamentarischen Schlachtreihen Platz greifen Zucht, Bedächtigkeit, Einigkeit, Gehorsam gegenüber den Geboten der Zeit und Fügsamkeit der einzelnen gegenüber den ausgegebenen Tagesbefehlen. Selbst unterwarf und fügte er sich ihnen immer. Selbst hielt er die strengste Disziplin ein. Selbst kam er seiner Mission auf das gewissenhafteste nach. All das verlangte er von seinen Genossen. Bloße Gesinnung hielt er nicht für zureichende Qualifikation eines Volksvertreters in gesetzgebenden Körperschaften. Gesinnung ohne Wissen und Fähigkeiten ist dürre Heide, ist ein Brachfeld, das man nicht besäen kann, das war seine Meinung.

Weit entfernt war er von jeder kleinlichen Eitelkeit. Er blieb

bescheiden bis zur Selbstverleugnung. Er war froh und glücklich, wenn ihm etwas gelungen war und wollte hierfür nicht gepriesen werden. Ja, oft wünschte er ausdrücklich, auch nicht einmal genannt zu werden. Ihm handelte es sich nur um die Sache und deren Gelingen, nicht um das eigene Verdienst und den eigenen Ruhm. Wie hätte sich ein anderer Minister an seiner Stelle feiern lassen, als er die Aktivierung der Beamtengehalte und andere populäre Sachen erwirkt hatte. Er strebte nicht nach Lob, ihm genügte innere Selbstbefriedigung.

Not und Armut, die er in seiner Jugend und am Anfang des Weges nach Brot gelitten, hatten seine Seele weich gemacht gegenüber Leid und Leiden. Er war freigebig und wohltätig und half, wo er konnte. Als wir nach beendetem Requiem für sein Seelenheil die Karolinentaler Basilika verließen, trat an uns eine alte Frau in Trauer heran und rief schluchzend: »Helfen Sie, meine Herren, einer armen Witwe! Ich lebte von seiner Gnade. Wer wird mir jetzt helfen?«

Er war wahrheitsliebend, unerschrocken und ehrlich auch nach oben. Unzähligemal, ob er nun gefragt wurde oder aus eigenem Entschluß sprach, immer schilderte er die Dinge mit erhobenem Haupte, mit mannhafter Rechtschaffenheit und mit großer Offenheit wahrheitsgemäß und der Wirklichkeit entsprechend. Er hatte den Mut, dem Diktum sich zu widersetzen, man möge mit den Beamtengehalten warten, bis die Offziersgagen aktiviert werden. Er hatte den Mut, dem Drange nach unverzüglicher Vermehrung der Kriegsflotte zu trotzen. Er hatte den Mut zu sagen, daß auch in außerparlamentarischen Zeiten die Bereitwilligkeit der Regierung in Sachen des Ausgleiches mit Ungarn ihre Grenzen hat. Er hatte den Mut zu sagen, daß die böhmische Obstruktion kommen muß und daß es gut sein wird, wenn sie kommt, und daß es um so besser sein wird, je früher sie kommt. Daß sie kommen muß aus psychologischen und politischen Gründen und daß sie gelegen wäre im Interesse des Staates und der Monarchie, schon deshalb, damit das wünschenswerte Gleichgewicht in ihnen nicht gestört werde durch eine Neigung und Richtung nach einer Seite hin, nach der alles durch die Kapitulation vor der Revolte der deutschen Opposition gedrängt worden war.

Er wurde angehört, aufmerksam angehört — er besaß die seltene Gabe, entschiedenst auch in glatter Form und delikater Tonart zu sprechen und wurde nicht mißliebig. Im Gegenteil. Er war

geehrt, geachtet, respektiert. Denn auch in unseren Tagen gilt das Wort Martialis: principis est virtus maxima nosse suos. Für die Wahrheit, die er verkündete, erntete er Dank, erntete er Anerkennung und wurde gerne gesehen, auch wenn seine Meldung nicht angenehm klang.

So erklärt es sich, daß er nach seiner Resignation auf das Ministerportefeuille weder oben noch unten gefallen ist, daß er bloß die Attribute, fast würde ich sagen die Insignien der Macht verloren hat, aber das Prestige und die Macht ihm verblieben sind, wie selten jemals einem gewesenen Minister. In Österreich kenne ich kein Beispiel. Selbst Graf Taaffe war nach der Demission ein toter Mann. Julian Dunajewski ging in das Krakauer Tuskulum, Dr. Herbst und Plener — von anderen deutschen Ministern nicht zu reden — verloren die Partie unten und oben. Jener, aus dem Königreiche Böhmen vertrieben, mußte nach Wien flüchten, dieser, vor dem Ostrakismus der Egerer Handelskammer ins Ausgedinge des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes. In Ungarn ist der einzige Tisza so gefallen. Heute, nach zehn Jahren, ist er so stark als er war, solange er noch die Zügel der Regierung in seinen Händen hielt.

Dr. Kaizl war und blieb bei der Krone persona gratissima Während seines Besuches in Prag gab dies der Kaiser auf ostentative Weise zu erkennen. Der Verewigte war Dolmetsch, war Befürworter, Anwalt und Gesandter des böhmischen Volkes beim Hof, auch als er in Disponibilität war. Dort war es entschieden, daß, sobald sich die Möglichkeit einer parlamentarischen Vertretung der Böhmen im Kabinett zeigen werde, Dr. Kaizl reaktiviert und in sein früheres Amt eingesetzt werden wird. Man rechnete mit ihm für eine nicht ferne Eventualität. Man wußte überall, daß er nicht verbraucht, sondern zu neuen und großen Aufgaben ausersehen sei. In seinem Ressort wünschte man seine Rückkehr herbei. Nicht bloß, weil er ein guter Chef gewesen, sondern weil man gerne mit ihm arbeitete, weil man dort wußte, daß er, selbst der Sohn eines Beamten — ein Herz für Beamte und seine Leute habe, und weil man wußte, daß er als Finanzminister derzeit keinen gleichwertigen Rivalen hat.

Er war die lebendige Brücke zwischen dem böhmischen Volke und dem Monarchen und in der Rolle eines solchen Vermittlers war er unschätzbar. In dieser Funktion, die zu seiner denkwürdigsten und verdienstvollsten Tätigkeit gehörte, weil sie die Irrtümer über

uns und unsere Postulate verscheuchte, weil sie die Machinationen und Ränke gegen deren Erfüllung vereitelte und weil sie nicht selten ein positives Resultat erzielte, wird er lange unersetzlich sein. Die Verbindung ist abgebrochen — durch wen und wann wird sie erneuert werden?

Es wurde einmal von Österreich gesagt, daß dort selten etwas zur rechten Zeit geschieht und daß dort selten jemand auf den rechten Ort gestellt wird. Diese Diagnose hat sich leider auch bei Dr. Kaizl als richtig erwiesen. In der Zeit der größten Zerrüttung des Parlaments ist er Finanzminister geworden. Was hätte er vollbringen, wie hätte er sein Talent, seinen nie rastenden Fleiß, sein Wissen, seine Gewandtheit und all sein Können noch glänzender bewähren und wie hätte er durch große, moderne Reformen hervorragen können, wäre er unter normalen Verhältnissen Minister geworden! Ihm, dem Eiferer für die liberalste Ausgestaltung des Repräsentativsystems, war jedoch beschieden, ohne Parlament zu regieren und die Arbeit für dasselbe zu verrichten. Ihm, der das sich breitmachende Bestreben bekämpfte, die notwendigen Ausgaben nur aus den indirekten Steuern zu bestreiten, fiel das bittere Los zu, die Konsumabgaben zu erhöhen. Er nahm dieses Kreuz auf sich und trug es, als ihm die Versicherung gegeben worden war, es werde zum nationalen Vorteil seines Volkes gereichen. Er glaubte und diente ergeben und beharrlich. Als im Sommer des Jahres 1899 die Dinge zu einer Wendung sich neigten und es klar wurde, daß sie eintreten wird, sobald der österreichisch-ungarische Ausgleich aktiviert sein wird, wurde der Regierung ein Wink gegeben, sie möge vor dieser Aktivierung zurücktreten. »Das werde ich nicht tun«, entschied Dr. Kaizl in einer vertraulichen Besprechung mit seinen Kollegen. »Ich werde meinen Verbindlichkeiten nachkommen, auch wenn andere den ihrigen nicht nachkommen.« Sprachs und unterfertigte die kaiserliche Verordnung, durch welche die provisorischen Ausgleichsverträge eingeführt wurden. Schon ein halbes Jahr zuvor, als das Kabinett gegen die einseitigen, mit Koloman Szell gemachten Vereinbarungen Stellung genommen, wurde ihm gesagt: »Sie werden schon sehen, was geschehen wird. Kaum wird der Ausgleich mit Ungarn mit Ach und Krach fertig sein und der Weg einigermaßen fei für die nationale Frage, werdet ihr geopfert werden.« »Ich weiß das«, antwortete er, »aber ich werde ausharren, solange es die nationale Ehre gestatten wird.« Und als diese im Spiele war, sagte er: »Gehen wir!« Und

er sagte es früher, gute drei Wochen früher, als man es erwartete.

Er war der erste böhmische Finanzminister und hatte als solcher den Befähigungsnachweis nicht bloß für seine Person, sondern für die Böhmen überhaupt in bezug auf die höchsten Stellen der Staatsverwaltung zu erbringen. Diese Prüfung bestand er meisterhaft. Freund und Feind waren einig darin, daß Österreich keinen berufeneren Kanzler des Staatsschatzes hat. Obwohl er auf die Beseitigung des Defizits der Staatsbahnen drang, war er dennoch kein Fiskalist. Er brachte ins Eugenpalais einen sozialen, modernen Geist. Von diesem war durchdrungen sein Aktienregulativ, von dem noch lange wird gesprochen werden und immer mit Achtung vor dessen Autor, sein Erlaß betreffend die Herabsetzung der Übertragungsgebühren, sein Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Zeitungsstempels und die Aufhebung der ärarischen Mauten. Die Erhöhung der Biersteuer um ganze 50% sistierte er. Die Aktion zur Sanierung des Landesfinanzen bahnte er an und arbeitete sie ganz aus. Zahlreichen Kategorien der Staatsangestellten hat er den Gehalt aufgebessert, die Arbeit erleichtert.

Die Zeit seiner ministeriellen Tätigkeit war für ihn eine Zeit unausgesetzter Arbeit ohne Rast und Ruhe. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein saß er im Bureau. Keinen Tag hatte er Ferien. Er war die Seele des Kabinetts Thun. Das brachten die Aktualitäten mit sich, Angelegenheiten das seines Ressorts, das brachte auch die gesteigerte Animosität gegen die Böhmen und deren augenblickliche Position mit sich. Ihn trafen somit alle Mühseligkeiten und Schwierigkeiten, gegen ihn waren aber auch zugleich alle Geschosse, alle Angriffe, alle Feldzüge gerichtet.

Und doch, als er wieder das Abgeordnetenhaus betrat, wieder ein einfaches Mitglied desselben, und als die Böhmen sich um ihn geschart hatten, um ihm demonstrativ die Hand zu drücken, war ihm gegenüber fast keine Feindseligkeit vorhanden. Man riet ihm: »Fahren sie nach dem Süden — sie sind abgearbeitet und die Deutschen werden sie anschreien.« Er jedoch wehrte mit der Hand ab und sagte: »Mögen sie schreien, sie werden schon wieder aufhören. Und mich freut die Arbeit.«

Tatsächlich vertiefte er sich in sie aufs intensivste. Er war frisch und guten Mutes. Frei von jeder Verdrossenheit und Bitternis setzte er sich vom Ministerfauteuil auf den Abgeordnetensitz. Ohne jede Rekrimination für die Vergangenheit und nur in die Zukunft sehend,

nur darauf bedacht, nur darüber nachsinnend, wie man sie besser gestalten könnte. Mit staunenswerter Raschheit und Flinkheit, geradezu spielend stand er wieder an der Spitze der böhmischen Delegation. Freiwillig, ja bereitwillig vertraute sie sich seiner Führung an. Durch sachliche Argumente, durch die innere Kraft seiner Ausführungen gewann er dort eine dominierende Stellung. Er lebte auf darin, sie erfüllte ihn mit unermeßlicher Freude Nicht die physische Macht war es, die ihm Genugtuung gewährte, sondern das Vertrauen, das Verständnis, der Instinkt und der Intellekt, welche an den Tag gelegt wurden für dasjenige, was notwendig und was ersprießlich ist. Niemand drängte er seine Ansichten auf, um so mehr freute er sich, wenn ihnen auch jene beitraten, welche sonst mit ihren Einwänden und mit ihrem Widerspruch gegen die von ihm empfohlene Taktik nicht hinter dem Berge hielten.

In der zur Tat gewordenen böhmischen Obstruktion erblickte er ein großes moralisches Moment. Er betrachtete es nicht als eine Kleinigkeit, sondern als einen starken Koeffizienten, daß die böhmische Delegation, welche 60 Mitglieder zählte, dieselbe Kraft zur Lahmlegung des Parlaments dokumentiert hat, wie die 140 Mitglieder zählende deutsche Gemeinbürgschaft. Er war jedoch der Meinung, daß die vollzogene Leistung hingereicht habe, um für alle zukünftigen Zeiten eine eindringliche Warnung zu sein, und begann bereits langsam nach den Neuwahlen eine neue Situation zu bauen. Noch wurde der Beweis erbracht, daß die Isolierung der Böhmen die Parlamentsmaschine zum Stillstand bringen würde, ebenso wie ein Versuch, sie niederzuringen. Und als dieser Beweis erbracht worden war, als das Kabinett und die Parteien gezwungen worden waren, den Böhmen entgegenzukommen, und diese nicht bloß als gleichwertiger, sondern als entscheidender Faktor anerkannt worden waren und als sich bereits die Konsequenzen dieser besseren Erkenntnis eingestellt hatten, stand Dr. Kaizl auf der Höhe seiner diplomatischen Kunst. Er veranlaßte zuerst die Deutschen aus den böhmischen Ländern, dann die Polen, dann das ganze Haus mit den Böhmen und hinter den Böhmen zu gehen. Diese diktierten das Arbeitsprogramm und das parlamentarische Kalendarium. Damals war Dr. Kaizl Dirigent des Parlaments. Damals entriß er dessen Führung der Regierung, damals bot sich der heimischen Welt die sonderbare und interessante Erscheinung dar, wie ein einzelner Abgeordneter, nicht durch Terror, sondern durch Ruhe mehr Einfluß gewonnen hat, als das ganze Kabinett besaß. Damals schrieb ein in der

deutschen Obstruktion berühmt gewordener Abgeordneter nach Hause folgenden Brief: »Der Kaizl hat uns dran gekriegt, aber auch den superklugen Körber. Er hat den Böhmen die glänzendste Position gewonnen. Er hat sie, kaum ein Jahr nach dem 8. Juni, an welchem Tage wir sie durch unsere ziffermäßige Übermacht zertreten wollten, zu Herren der Situation gemacht.«

Niemals war Dr. Kaizl größer als im Mai und Juni dieses Jahres. Wer nicht Zeuge gewesen, mit welcher Andacht ihm das ganze Haus zuhörte, als er von Tarifen und Wasserbauten sprach, mit einer Klarheit, mit einer Sachkenntnis, mit einer vollendeten Plastizität, wie dasselbe Haus, das in den Orgien der Roheit aufs tiefste gesunken war, mit zurückgehaltenem Atem den sachlichen und doch fesselnden Inhalt seiner Rede begleitete, wer nicht gesehen, wie nachher Wolf sich bei ihm Belehrung über einige Details erbat, wer nicht gesehen, wie er dastand: Zentrum, Schwerpunkt, Achse des Hauses, würde nicht glauben, wie hoch er damals gestiegen ist.

Von dieser lichten Höhe hat ihn der Blitz vor unseren Augen in ewiges Dunkel hinabgeschleudert. Stumm, vergeblich grübelnd, vergeblich klagend, stehen wir dem unerforschlichen Schicksal gegenüber. Ein ganzer Trubel von Fragen wirbelt uns durch den Kopf: Warum ist er uns entrissen worden, so jung, in voller Kraft und Frische, wo er uns noch soviel nutzen konnte, wo wir seiner noch so sehr bedurften? Warum? Und wie werden wir ohne ihn sein, ohne seine Ratschläge, seine Erfahrungen, sein Urteil, ohne sein Zutun und Mitwirken? Es gibt keine Antwort auf alle solche Fragen.

Was wir mit ihm in den Schoß der Erde gesenkt haben, läßt sich nicht schildern und sagen. Was er uns bisher gewesen, das darzustellen, das mit einigen Strichen zu zeichnen, habe ich versucht. Was er uns aber noch sein konnte — dieser Gedanke vermehrt unsere Trauer in unendlichem Maße.

Non diu vixit, sed totus. So steht geschrieben in der Wiener Hofburg auf dem Monumente Kaiser Josefs. So könnte, so sollte auch auf das Denkmal des Bürgers Josef Kaizl geschrieben werden. Er lebte das energischeste, das arbeitsamste, das intensivste Leben, er lebte für ein kleines, aber in der Ungleichheit leidendes Volk, er lebte ganz, ja er lebte mehr als ganz. Er war ein Hyperanthropos, ein Übermensch, wie schon die alten Griechen solche Männer benannt haben, und deshalb ist der Faden seines Lebens bald gerissen. Ja, es ist kein bloßer antiker Mythus, es ist unabwendbare Wirklichkeit das Fatum vom berühmten, aber kurzen Leben.

Auf Freitag den 16. August hatten wir verabredet, wir werden, wie schon oft, zu einem nachmittägigen Gespräche über die künftige böhmische Politik zusammenkommen. Er hatte darüber schon seine feste Vorstellung. Montag stand ich schon bei seiner Leiche, neben seiner jugendlichen Witwe, der in den wenigen, an seinem Lager verbrachten Nächten die Hälfte ihres ebenholzschwarzen Haares ergraut war. Mittwoch warf ich dann auf den ins Grab hinabgelassenen Sarg einige Rosen. Hier lege ich auf sein Grab ein Vergißmeinnicht dieses Nekrologs. Ich habe ihn mit dem Blute meines Herzens geschrieben.

* * *

Non omnis mortuus est. Er bleibt uns unvergeßlich. Er hat kein politisches Testament hinterlassen, aber es gibt ein Vermächtnis, das uns heilig sein wird. Es ist dies das leuchtende Beispiel seines Lebens. Wir werden sein Andenken am treuesten und dankbarsten bewahren, wenn es uns in trüben und lichten Augenblicken ein Vorbild sein wird, wenn wir seine Wege wandeln werden und wenn unser Herz jene seine Liebe erwärmen wird, welche um so tiefer war, je weniger sie zur Schau gestellt wurde und welche eine nie verlöschende Gloriole seines Namens auch dann bleiben wird, wenn andere Zeiten und andere Generationen kommen werden.

Wien, 6. September 1901.

Baron Dipauli

(in der vorministeriellen Zeit).

Die XIV. Session.

Sechs volle Wochen dauert schon die XIV. Session des Reichsrates, allein von dessen Tätigkeit kann nicht gesprochen werden. Es geschieht, was ein Abgeordneter der Rechten, vom Grafen Thun befragt, vorausgesagt hat. Als der Ministerpräsident an ihn die Frage richtete, ob Hoffnung auf Beruhigung der Gemüter vorhanden ist, antwortete er: »Wenn Sie ruhige Sitzungen haben wollen, können Sie sie haben. Es wird keine wilde Obstruktion geben, sondern eine zahme. Man wird debattieren ohne Ende und ohne Ergebnis. Viel Gerede, wenig Wolle.«

So ist es auch in der Tat gewesen. Es gab eine mehrtägige Debatte über die bloß einige Zeilen füllende Ansprache des Grafen Thun. Der böhmische Klub hat durch Dr. Engel seine Position gegenüber der neuen Regierung präzisiert und das Kredo seiner Postulate erneuert. Die Diskussion zerfloß in einen Bach, der keine Ufer hat, der keine Mündung hat, sondern in der Sandwüste sich verliert.

Die Freiheit des Wortes ist gegenwärtig im Wiener Parlament eine wahrhaft ideale. Die Freiheit überhaupt. Jeder macht, was er will und redet, wie er will — niemand hindert ihn daran. Das Präsidium sitzt wie angeschmiedet. Wolf und Verkauf nennen die Wiener Richter »Mörder« und »käufliche Feiglinge« — es rührt sich nicht. Schönerer drückt allen Postämtern in Böhmen die tiefste Verachtung aus — es muckt sich nicht. Es ist ganz gleichgültig, was auf der Tagesordnung ist — der Redner darf verlesen, was er sich aufgeschrieben. Schluß der Debatte und Kloture sind ver-

schwunden. Wer sollte sich auch ihrer erinnern? Die Rechte? Warum, für wen sollte sie sich exponieren? Es lebe die Ordnung! Daß deren Kehrseite die vollständige Unordnung, die gründlichste Ungebundenheit und die reinste Anarchie ist — was verschlägt's?

Einmal wird sich in grausamer Weise die Schwäche rächen, deren Zeugen wir am 28. November vorigen Jahres gewesen sind. Deren Folgen werden sich einstellen und es wird nicht überall Bereitwilligkeit sein, sie abzuwenden: es wird aber solche geben, die sagen werden: »après nous le déluge.«

In zwei Expertisen, zuerst in einer Prager, dann in einer Wiener, wurde sichergestellt, woran die wichtigsten Zweige fruchtbringender Arbeit leiden. Das Herz zog sich einem vor Schmerz zusammen und die Galle ging einem über vor Zorn bei der Lektüre der Gutachten der Experten. Der sogenannte Mahlverkehr konnte nicht aufgehoben werden — durch Schuld der Obstruktion. Zahlreiche Ausgabeposten konnten nicht liquidiert werden — durch Schuld der Obstruktion. Die neuen Beamtengehalte konnten überhaupt nicht aktiviert werden — durch Schuld der Obstruktion. Alles hat sie verseucht, erstickt, gelähmt. Warum? Weil wir ein Stück Rechtes bekommen haben, durch welches niemands Recht beeinträchtigt wird. Vor dieser Obstruktion retiriert alles: Das dritte Kabinett schon, die Parteien des Parlaments und auch andere Faktoren. Der brutalen Unsittlichkeit der Gewalt, dem Terror der Minorität will man zum Siege verhelfen? Das kann verhängnisvolle Konsequenzen haben.

Die zweite Debatte in der Ära des Grafen Thun war den Anträgen gewidmet auf Versetzung des Grafen Badeni in Anklagezustand, weil er zur Durchführung der Lex Falkenhayn die Polizei für das Parlament zur Verfügung gestellt hat. Alles war in dieser Diskussion auf den Kopf gestellt. Die Obstruktionsparteien okkupierten die Richterstühle. Die Klubs der Rechten waren in der Defensive. Dr. Kramář war der einzige, der zur Offensive überging, die in diesem Falle unerläßlich war. Durch Baron Dipaulis Verschulden wurde die Majorität zur Minorität: die Anträge wurden nicht, wie sie verdient, a limine abgelehnt, sondern dem Ausschusse zugewiesen.

Die dritte Debatte fand statt über zehn Sprachenanträge. Die Regierung leitete sie durch eine Erklärung ein, in der für jeden ein Röslein, für jeden jedoch auch eine Brennessel ist.

Auf der großen Retirade vor der Armee, die ihre monotonen

Rufe erneuerte: »Heraus mit dem geraubten Gut der Sprachenverordnungen!« war die Deklaration des Kabinetts eine neue, unrühmliche Etappe. Graf Thun war nämlich nicht nur bereit, die Sprachenverordnungen des Baron Gautsch aufzuheben, wenn sich zuvor beide Seiten über die Grundsätze eines zu erlassenden Sprachengesetzes einigen, sondern erklärte in bezug auf die Erlässe des Grafen Badeni, sie hätten den tatsächlichen Verhältnissen des Landes nicht entsprochen, und die Formel, in welcher durch sie das gleiche Recht eingeführt wurde, habe auf entschiedene Bedenken stoßen müssen.

Ich weiß nicht, aus wessen Feder diese Deklaration geflossen ist, ob aus jener Baernreithers oder Rubers. Ich weiß aber, daß vier Minister verpflichtet gewesen sind, solche Worte zurückzuweisen: Dr. Ruber, der die Badenischen Verordnungen im Hause verteidigt hat, Dr. Kaizl, deren Miturheber, Dr. Jędrzejowicz, der ein solches Pauschalurteil über seinen Schwager ad captandam benevolentiam Teutonorum nicht hätte dulden sollen, und vor allen und hauptsächlich Graf Thun selbst. Dieser aus mehreren Gründen. Schon seiner Vergangenheit wegen, die mit den in den Badenischen Erlässen teilweise realisierten Prinzipien übereinstimmte. Dann auch aus dem Grunde, damit nicht wieder laut werden, sondern verstummen die Stimmen, die zu ihm nicht gedrungen, die jedoch verständlich genug sind, in welchen nicht alles herausgesagt, in welchen jedoch der Verdacht angedeutet worden ist, daß das Erkenntnis des Reichsgerichtes betreffend die Diäten der ausgeschlossenen Abgeordneten und die Annahme der Anträge auf eine Anklage des Grafen Badeni in der ersten Phase ihrer Erledigung nicht ohne seine Ingerenz geschehen sind. Und auch aus dem Grunde, damit nicht entstehe, sondern verscheucht werde jeder Verdacht, daß er einen Akt der Revanche an dem Grafen Badeni übe. Graf Thun ist gewiß erhaben über eine derartige Zumutung und muß sich nicht dagegen verteidigen: allein sobald er einmal derartige apodiktische Äußerungen getan, war es seine Pflicht, zu beweisen, daß und warum die Erlässe des Grafen Badeni dem Charakter des Königreiches Böhmen nicht entsprachen, und daß und warum die Einwände von deutscher Seite auch begründet waren. Das hat Graf Thun nicht getan. Wir haben Thesen gehört, die dem Ohr der deutschen Obstruktion schmeichelten — nichts mehr.

Aus diesen Thesen wurden jedoch Folgerungen in der nachfolgenden Debatte gezogen, die Graf Thun doch hätten zu denken geben

sollen. Wir meinen durchaus nicht die Rede des Prinzen Liechtenstein, eines Dilettanten, der heute von den Handelsverträgen, morgen von den Sprachenverordnungen wiederholt, was ihm gestern seine Souffleure suggeriert haben. Wir meinen Baron Dipauli. Vor der Kundgebung des Grafen Thun vertrat er den Standpunkt, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden können, wenn zuvor ein Ersatz für sie da sein wird. Er bekundete solchermaßen einen horror vacui im eigentlichsten Sinne des Wortes. Nach der Kundgebung des Grafen Thun war Baron Dipauli eines Sinnes mit der Obstruktion und ihr zu Recht verlangte er die absolute Aufhebung der Sprachenerlässe ohne vorherigen Ersatz.

Ein Argument des Baron Dipauli war ohne Zweifel richtig und unwiderlegbar: konnte Graf Thun von den Badenischen Verordnungen sagen, daß sie den Verhältnissen im Königreiche Böhmen nicht entsprechen, wer könnte seinen Nachfolger daran hindern, die gleiche Meinung von den Gautschischen zu haben und zu verkünden?

Wir konnten ruhig bleiben, als Liechtenstein und Baron Dipauli der Diktatur Schönerers fluchten und sich ihr unterwarfen, als sie mit den radikalen Despoten, die sie mit ihren Worten in Bann legten, in ihren Taten sich verbündeten und unisono den Refrain sangen: Fort mit den Sprachenverordnungen!

Allein wir können nicht gleichgültig bleiben und uns gleichgültig stellen, wenn die Regierung der deutschen Opposition Avancen macht auf unsere Kosten. Graf Thun möge die Obstruktion wie immer versöhnen. Daß er von dem Wenigen, was wir haben, für sie was wegnehme, werden wir ihm nie gestatten. Niemals werden wir unsere Zustimmung dazu geben, daß der durch die Verordnungen des Baron Gautsch hergestellte Zustand in peius geändert werde, sei es in welcher Form immer. Graf Thun könnte uns an eine Grenze bringen, wo unsere Geduld aufhört. Wir werden den Kampf eigensinnig und unbedacht nicht provozieren. Wenn uns aber dazu unsere Ehre zwingt, dann werden wir Graf Thun überzeugen, daß wir in Wien gleich entschieden wie in Prag, ja, noch viel energischer ihn zu bekämpfen treffen werden, als in Prag. Dr. Pacák hat ihm klar und verständlich genug gesagt, wann der casus belli eintreten würde.

In der Introduktion der Regierung zur polyphonen, aber unharmonischen Sprachendebatte hat es noch andere Momente bedenklichen präjudiziellen Charakters gegeben. Am Tage nach Graf

Thun sprach Dr. Steinwender. Seine Ausführungen lassen sich in zwei Sätze zusammenfassen: »Wir, die Deutschen, sind beleidigt. Ob wir beleidigt sind, darüber zu entscheiden, sind nur wir berufen.« Graf Thun hat in seiner programmatischen Ouvertüre indirekt zugegeben, daß die Deutschen Grund haben, sich für verletzt zu halten. Er hat ihrem Trotz — einen Kampf kann man's nicht nennen — gegen die Sprachenerlässe sachliche Berechtigung gegeben, er hat Unrecht gegeben uns, Graf Badeni und allen dessen Kollegen und auch seinem eigenen, Dr. Ruber.

Sein Placet will er nur einem einstimmig angenommenen Sprachengesetz geben, keineswegs einem solchen, das verfassungsmäßig und parlamentarisch, das heißt von der Majorität beschlossen worden ist. So hat Graf Thun Ibsens Wort im »Volksfeind« von der verfluchten Majorität sich zu eigen gemacht. Die Minorität ist auf diese Weise geschützt, zwar nicht durch ein Gesetz, aber doch durch die Zusage des Ministerpräsidenten gegen jedwede Majorisierung, und Graf Thun führt auf einem Umwege in Wien ein, wogegen wir uns in Prag mit allen Kräften wehren, das Vetorecht. Wir schmeicheln uns nicht, daß die Ankündigung der Bedingungen, unter welchen die Approbation des Sprachengesetzes erfolgen könnte, nicht an uns, sondern an die Linke adressiert war.

Wir verhehlen uns nicht und verhehlen der Öffentlichkeit nicht die gegenwärtige Lage im Parlament. Wir haben nicht bloß kein Vertrauen mehr zur katholischen Volkspartei, wir glauben nicht bloß an die Möglichkeit des Solidaritätsbruches ihrerseits — wir haben die Gewißheit, daß sie in nationalen Fragen gegen uns und zu unseren Widersachern steht. Es wäre eine sündhafte Erniedrigung, einer solchen Partei, die uns verlassen hat, als es sich um einen Zentimeter Gleichberechtigung handelte, die Hoffnung zu lassen, daß sie auf unsere Hilfe rechnen kann, wenn es sich um die Verwirklichung ihrer Prinzipien um einen Kilometer handeln wird.

Wir sind erfüllt von Zweifeln über die Absichten des Grafen Thun, dessen Ratgeber Baron Hauenschield ist, ein Faktor der polnisch-deutschen Allianz und ein offenkundiger Parteigänger der Obstruktion, und stehen bereit, wieder den schweren Weg der Opposition zu betreten. Denn wir sagen uns: besser ohne solche Verbündete als mit ihnen. Will man in Wien eine zweite Auflage des Jahres 1890 mit den Deutschen, dann können sie auch eine zweite, vermehrte Auflage mit uns erleben.

Allerdings hat der erste Ansturm der Obstruktion genügt, um

die ganze Basis der Badenischen Verordnungen zu verschieben, um die innere böhmische Amtssprache in Böhmen und Mähren noch mehr einzuengen, um den Grafen Thun zu veranlassen, öffentlich jene Verordnungen als unpassend für die Verhältnisse im Lande zu bezeichnen und eine gemeinsame Aktion über sein eigenes Substrat einzuleiten, das eine abermalige Annäherung an den deutschen Standpunkt bedeutet. Vermochten die deutschen Abgeordneten über zwei Jahre lang dem Volke durch Suggestion den Glauben aufzuzwingen, daß jene Verordnungen ein Raub sind, durch welchen den Deutschen ihr Recht genommen, den Böhmen ein Vorrecht eingeräumt worden ist, ohne daß im Parlament und seitens der Regierung dieser Irrglaube widerlegt worden wäre — dann ist es kein Wunder, daß die deutsche Wählerschaft allmälig dieser Täuschung sich hingab und die feste Überzeugung gewann, daß an ihr Verbrechen begangen worden sind. Und wenn im Parlament den Gewalttätern alles durchging, durchweg alles, auch die offenkundigsten Vergehen, warum sollte der deutsche Bürger das gleiche Vorgehen nicht außerhalb des Parlaments wagen? Wenn er hierbei die Grenzen überschritt, welche fast bis zur Zügellosigkeit reichten und wenn er hierbei in Konflikt mit Organen geriet, welche vieles vertrugen, sich aber mit deutschen Steinen die Köpfe nicht zerschlagen ließen, dann haben die Schuld, dann haben die Verantwortung die intellektuellen Urheber, die mit rohen Worten anfingen, mit rohen Taten fortsetzten und noch nicht entschieden sind, welcher Art die ferneren Produktionen sein werden. Jede Opposition hat die Eigenschaft, ihre Aggressivität zu steigern. Die deutsche hat aus ihrem Arsenal schon manche Waffe hervorgeholt. Als es jedoch auch mit dem schärfsten Feuer nicht gelungen war, die Festung der Rechten zu zerschießen und das System zu stürzen, welches auf ihr beruht, als die Sprachenerlässe nicht aufgehoben worden waren, die Regierung nicht entlassen worden war, die Majorität nicht zerfallen war, der Ausgleich mit Ungarn ohne das Parlament finalisiert worden war, als somit die Ergebnisse ihrer Aktion nur negative waren, leitete sie mit einemmal die schärfste Gradation ein. Mit mehreren Mitteln.

1. Durch Expeditionen nach Deutschland,

2. durch schärfere Angriffe auf die in der Rechten vertretenen Elemente,

3. durch eine Agitation gegen den Staat,

4. durch die Drohung, daß sie die Wahlen in die Delegation vereiteln werde.

Bevor Abgeordneter Wolf vom Abgeordneten Křepek im Duell geritzt worden war, sprach er in Erfurt. Als Delegierter der Germanissimi, von denen der Prager Versifex gesagt:

> Wir schielen nicht, wir schauen,
> Wir schauen unverwandt,
> Wir schauen mit Vertrauen
> Ins Deutsche Vaterland.

Er hat dort ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, ein Bündnis zur Eroberung der »vergessenen Ostmark« durch das übrige vereinigte Germanien. Ein preußischer General mit polnischem Namen garantierte ihm jene Intervention, nach welcher im österreichischen Abgeordnetenhause gerufen werden konnte. Hätte im preußischen ein Däne, ein Elsässer oder ein Pole von einer auswärtigen Intervention sich auch nur gemuckst, man hätte ihn zermalmt. Die »čechische« Regierung machte Herrn Wolf nicht einmal Vorwürfe; Berliner Blätter waren es, die ihr Erstaunen über dessen Courage und die Untätigkeit der österreichischen Regierung ausdrückten und die Frage stellten, ob der Dreibund noch fortbestehen könne, wenn Preußen Österreichern gestattet, auf dessen Boden gegen den eigenen Staat zu konspirieren. Ein Wiener, der Regierung nahestendes Journal hat sich zur Energie der Berliner Zeitschriften für österreichische Interessen nicht aufgerafft.

Wir erinnern uns, was vor zwei Jahren gerade um diese Zeit geschehen ist.

Unsere und polnische Ärzte und Naturforscher, also Männer der Wissenschaft, wollten an dem Medizinerkongreß in Posen teilnehmen. Die »Hamburger Nachrichten« haranguierten die Berliner Regierung, sie solle sie wie gemeine Verbrecher an der Grenze verhaften. Tatsächlich wurde den Österreichern die Beteiligung verboten und es wurde ihnen angedroht, wozu das genannte Organ Bismarcks aufgefordert hatte. Der Kongreß kam überhaupt nicht zustande. Den Böhmen und Polen, welche zu einer ausschließlich wissenschaftlichen Expedition ausziehen wollten, hat Preußen das Betreten seines Bodens untersagt. Allein dem Abgeordneten Wolf hat es Agitationsreisen gegen das verbündete Österreich erlaubt. Nach dem Erfurter Debüt des erwähnten Emissärs hat Sachsen und Bayern erklärt, daß sie solche Gastspiele nicht gestatten. Preußen ist bisher ihrem Beispiele nicht gefolgt. Die gutmütigsten Menschen schüttelten darüber den Kopf. Ob auch Graf Goluchowski unter ihnen war, wissen wir nicht.

Wir erinnern uns, was geschehen ist, als unsere Leute vom Ethnographischen Kongreß in Moskau zurückkehrten. Damals hat sich ein bekannter deutscher Pseudostaatsmann geäußert, Dr. Rieger würde verdienen, an der Grenze verhaftet zu werden, derselbe Dr. Rieger, der selbst, als er im Wiener Abgeordnetenhause »Moskaupilger« beschimpft worden war, erklärt hat, daß er unserem Kaiser über alles berichtet, was er auf jenem Kongreß getan, und daß der Monarch vom österreichischen Standpunkte nichts zu beanstanden fand. Seit dem Jahre 1868 sind die österreichischen Deutschen in der Beurteilung der Tätigkeit eines österreichischen Politikers in der Fremde liberaler geworden — wenn es sich um Deutsche handelt.

Baron Dipauli

(in der vorministeriellen Zeit).

Das Ministerium des Grafen Thun ist nach jeder Seite hin ein mixtum compositum. Der Chef und Graf Welsersheimb repräsentieren das Herrenhaus, Dr. Jędrzejowicz, Dr. Kaizl und Dr. Baernreither das Abgeordnetenhaus, Graf Bylandt, Dr. Ruber und Dr. Wittek die Bureaukratie, Baron Kast — sich selbst.

Die Zusammensetzung entspricht jenem Plane des Grafen Badeni, den er vor dem 4. April vorigen Jahres hatte und wegen dessen Nichtverwirklichung er an dem genannten Tage seine Demission gegeben hatte. Elemente gibt es in dieser Mosaik vier. Politisch vertritt jedoch dieses Kabinett fünf Parteien. Der slovenisch-kroatische Klub, der doch auch zur Majorität gehört, auf welche sich Graf Thun stützen will, hat im Kronrat sein Mitglied nicht. Das ist die eine Inkonsequenz. Die katholische Volkspartei hat auch keines. Das ist die zweite Inkonsequenz. Die slavische Taubennatur hat sich jedoch nicht empört. Baron Dipauli hat seit der Berufung des oberösterreichischen Landeshauptmannes nach Wien schon vier Revolutionen veranstaltet.

In einer Sache muß man ihm recht geben. Sobald einmal entschieden worden ist, in die Exekutive je einen Gesandten der Parteien aufzunehmen, auf die man reflektiert, hätte dieses Prinzip auch bei der katholischen Volkspartei eingehalten werden sollen. Warum gerade bei ihr eine Ausnahme gemacht, warum ihr Parlamentarier nicht genommen worden ist, bleibt ein Rätsel. Baron Kast ist keine so imponierende Individualität, daß alle Mitglieder der katholischen Volkspartei zu seinen Gunsten zurücktreten müßten. Die Biographen wissen nichts anderes von ihm zu sagen, als daß er Praktikant in der Eisenbahnsektion des Handelsministeriums ge-

wesen und im Linzer Landesausschuß ein Referatchen über Stipendien gehabt hat. Die katholische Volkspartei hatte somit Grund, sich zu beschweren, daß sie zurückgesetzt wäre und daß man mit ihr anders verfahren als mit dem deutschen Großgrundbesitze, der die Obstruktion moralisch unterstützt hatte.

Zudem war eine Persönlichkeit da, die Graf Thun im eigenen Interesse nicht hatte ignorieren, geschweige denn reizen sollen, Baron Dipauli. Für den Ackerbauminister ist er, bei allem politischen parlamentarischen Wankelmut — prädestiniert. Es gab und gibt keinen Grund, ihn zu präterieren. Niemand wird doch ernstlich behaupten wollen, daß Baron Dipauli nicht neben Dr. Baernreither hätte sitzen können, mit dem er ja zu Badenis Zeiten nur allzu intime Beziehungen hatte. Nach der Koalition Plener-Falkenhayn wäre ein Kooperation Baernreither-Dipauli fürwahr nur ein schwacher Abguß.

Es gibt Ambitionen, die man als berechtigt bezeichnen muß. Wollte Baron Dipauli Ackerbauminister werden, so ist das eine erlaubte Ambition; will er österreichischer Ministerpräsident werden, so ist dies eine Anmaßung.

Die erste Revolte hat der Bozener Weinzüchter am Vorabend der jetzigen Session inszeniert. Tags zuvor, am 18. März, haben die deutsch-nationalen Vertrauensmänner die deutschen Klubs soweit in die Obstruktion hineingezogen, daß sich keiner getraute, eine Stelle im Präsidium anzunehmen. Dort sitzen: Dr. Fuchs, als Deutscher von der Rechten, Dr. Ferjancic aus dem Grunde, weil der sogenannte südslavische Klub ohne Minister geblieben ist, Herr Lupul endlich für den sechs Mitglieder zählenden Verband der Rumänen, der den Dalmatinern immer darin gleicht, daß er die Mandate zu Hause ausübt.

Abnormal wie im allgemeinen sind auch die Verhältnisse in diesem Präsidium, in welchem die größten Majoritätsparteien, der böhmische und polnische Klub, nicht vertreten sind. Nicht vertreten sind auf Grund einer solidarischen Vereinbarung: nach dem Undank, nach den Stößen und Beleidigungen, die sie dafür eingeheimst haben, daß sie in den ärgsten Zeiten, die je nicht bloß für das zisleithanische, sondern für das moderne Parlament überhaupt gewesen, jenes Parlament geschützt haben, das ihnen wahrhaftig nicht ans Herz gewachsen ist; daß die Präsidenten aus ihrer Mitte die Autorität gewahrt haben, als sie am meisten erschüttert wurde; daß sie fest standen, als ringsumher alles einstürzte; daß sie ihr

Leben opferten für Staatsnotwendigkeiten und für das Prestige des Ganzen — ist unerschütterlich ihr Entschluß, zu einer ähnlichen Rolle sich nicht herzugeben, solange die geltende Geschäftsordnung nicht einer gründlichen Korrektur unterzogen wird.

Bei der Abstimmung über die Anträge auf Anklage des Grafen Badeni wegen der Lex Falkenhayn, die von fünfzehn Freunden des Baron Dipauli mitunterfertigt war*), stimmte mit Herrn Lupul aus seinem Verbande kein einziger und hinter Dr. Fuchs, der als Präsident kein anderes Votum außer ein dirimitives hat, stand an diesem Tage auch niemand. Man zeige uns in der ganzen Welt ein Parlament, wo ein derartiger Nonsens möglich wäre! Man zeige uns einen Präsidenten, der auch nur eine Minute in seiner Funktion verbleiben würde, nachdem er sich überzeugt, daß er absolut isoliert ist.

Das ist schon keine Kränklichkeit, das ist eine bis zum äußersten gediehene Krankheit, die zur schärfsten Krise gesteigert ist durch die absolute Untätigkeit und Unfruchtbarkeit des Abgeordnetenhauses, das vierzehn Monate lang fortwährend über die Sprachenverordnungen ins Leere debattiert und außer dem Handelsvertrage mit Bulgarien nichts erledigt hat.

Sonntag den 19. März hat Baron Dipauli, als er mit seinem Antrage, die Partei solle aus der Majorität austreten, nicht reüssiert hatte, das Präsidium des Klubs niedergelegt und zugleich mit seinem Schwager Zallinger auf die Stellen in der parlamentarischen Kommission der Rechten resigniert. Nach vier Tagen wurde die Sezession des Tiroler Flügels durch eine Resolution beschwichtigt, derzufolge der Klub zwar in der Majorität verbleibt, sich jedoch in nationalen und konfessionellen Fragen Freiheit vorbehält.

Heute bedauern wir fast, daß es schon damals nicht zum Exodus der katholischen Volkspartei aus der Majorität gekommen ist. Wir bedauern es mit Rücksicht auf die Ereignisse, die gefolgt sind, wir bedauern es im Interesse der Klärung der Beziehungen der Parteien der Rechten gegenseitig. Denn das Band, welches mit ihr die katholische Volkspartei noch verknüpft, ist ein sehr dünner Faden.

---

*) Es sind dies (Seite 1800 des Protokolls der 13. Session): Doblhofer, Kaltenegger, Plaß, Ebenhoch, Zaunegger, Doblhamer, Schachinger, Kheil, Hölzl, Hagenhofer, Herk, Karlon, Zehetmayr, Rogl, Wagner.

(Die Abgeordneten, deren Namen gesperrt sind, gehören dem Exekutivkomité der Rechten an.)

Ruhig und gelassen, ohne die geringste Erregung sehen wir dem Augenblick entgegen, in welchem die katholische Volkspartei eine Allianz brechen wird, die keinen anderen Wert hat als bloß für sie. Was ist das für ein Verbündeter, der den Allianzvertrag angenommen und nachher sich ausbedingt, er werde bestimmen, wann der casus foederis eintritt?! Was für ein Helfer ist das, der in kritischesten Lagen regelmäßig seine Freunde verläßt und dem Feinde hilft?! Was für eine Gegenseitigkeit ist das, bei der die katholische Volkspartei gar keine Verpflichtungen haben soll, die anderen jedoch alle?!

Fühlt sich die katholische Volkspartei im Lager der Majorität nicht behaglich — der Weg zur deutschen Gemeinbürgschaft steht ihr offen. Allein Baron Dipauli befindet sich in einem gründlichen Irrtum, wenn er glaubt, daß die katholische Volkspartei noch eine wertvolle und gesuchte Akquisition ist. Sie ist gut und willkommen als Widder zu Stößen gegen die Rechte. Auf der Linken wird man sich hüten, einen Bund mit einem Menschen einzugehen, der sich als Prototyp der Unverläßlichkeit, der Intrigue, des Treubruches und des ewigen Paktierens mit dem Gegner erwiesen hat. Auf der Linken haben sie auch Augen zum Sehen und werden sich in acht nehmen vor einem Bündnis mit einer Partei, die ihre Zusagen auf der einen Seite nicht erfüllt hat, die somit ihre Versprechungen auch auf der anderen Seite nicht einhalten kann und die allen Kredit verloren hat. Die Herren Dipauli und Zallinger haben durch ihre geheimen Ränke und durch ihre öffentlichen Taten die katholische Volkspartei allianzunfähig gemacht, sie haben auf sie die größte Katastrophe heraufbeschworen, die eine kleine Partei ereilen kann, sie haben sie isoliert.

Nominell ist sie zwar noch in der Majorität, aber de facto ist sie aus deren Kette ausgelöst. Die Rechte ist jetzt Baron Dipauli nur ein Asyl in dessen Furcht, sich auf das weite Meer zu begeben, weil die ganze Welt sehen würde, wie er vereinsamt und verlassen ist. Die öffentliche Rüge, die sein Konkurrent Dr. Grabmayr, auch ein Ministerpräsidentschaftskandidat, sich zugezogen, weil er sich ihm angetragen hatte, könnte ihn belehren, wohin er mit seiner Taktik gekommen ist. Und wenn er etwa erwartet hat, daß er durch den Exodus seiner Anhänger, als über die Anklage gegen Graf Badeni entschieden wurde, die Böhmen, Polen, Slovenen und Kroaten schlagen werde, so hat er sich verrechnet. Geschlagen ist die katholische Volkspartei worden. Es hat sich neuerdings

gezeigt: ganze Parteien, welche in wichtigen Fragen keine Meinung und keinen Standpunkt und keinen Mut besitzen, sie zu dokumentieren — haben auch keine Bedeutung und keinen Wert, sei es für wen immer.

Noch im Herbst konnte Baron Gautsch hoffen, berufener Vermittler zwischen Slaven und Deutschen zu werden und sich zum Richter zwischen ihnen aufzuschwingen. Diese Chance hat er verscherzt. Er wollte über beiden stehen, Licht und Schatten verteilend: jetzt hängt er zwischen ihnen wie in einem luftleeren Raum, niemand anziehend und weder vom rechten noch vom linken Pol angezogen.

Wäre mit den Deutschen auf der Linken zu diskutieren, hätten sie nicht alle Besonnenheit verloren, Baron Dipauli wäre in der Versenkung verschwunden und die katholische Volkspartei würde lange bereuen, daß sie ihm seine Machinationen geduldet und ihm nicht rechtzeitig zugerufen hat: dich selbst zu kompromittieren, ist dir gestattet, die Partei keineswegs. Wer aus der katholischen Volkspartei eine Potenz nach dem Muster des deutschen Zentrums machen will, muß eine ganz andere Methode anwenden. Windthorst würde seinen zisleithanischen Nachahmer einen Unglückseligen nennen, der so ungeschickt operiert, daß er sich von seinen Zielen entfernt.

Clary.

I.

Die Regierung des Grafen Clary gleicht einem Komet. Sein Verbleib auf dem politischen Horizont ist zeitweilig, seine Bewegung vollzieht sich in einer krummen Linie und sein Licht ist nicht sein eigenes Licht. Er wurde durch fremden, höheren Willen in Bewegung gesetzt und Glanz verleiht ihm abermals ein anderer Faktor. Nicht einmal das Kabinett Kielmansegg hatte eine so armselige Rolle. Es unterschied sich jedoch durch eine schöne Eigenschaft: es war sich bewußt seines kurzen Lebens, seines provisorischen Charakters und bekannte sich öffentlich dazu. Jedermann wußte im Juli 1895, daß im Oktober auf den Ministerstühlen andere Männer Platz nehmen werden. Ganz anders Graf Clary. Er entfaltete und entwickelte ein großes Programm. Ein so großes, daß es auf Jahrzehnte ausreichen würde.

Zu Graf Badenis und zu Graf Thuns Zeiten war der § 14 als letztes Refugium, wenn alle Hilfsmittel versagt hatten. Graf Clary hat unvorsichtigerweise die Tür dieses Asyls zugeschlagen. Er kann nicht hinein. Ein anderer kann. Er lehnte das Regime mit § 14 ab. Seine Kollegen jedoch, Herr von Körber und Kindinger, erklärten im Ausschuß, die Regierung könne sich weder mit dessen Aufhebung noch mit irgendeinem Antrage auf dessen Einschränkung einverstanden erklären.

Mit einem Furor zogen die Parteien der Linken gegen diesen Paragraphen ins Feld, daß die Meinung entstand, sie werden ihn bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit gänzlich beseitigen. In ihrem Laufe jedoch haben sie bald Halt gemacht. Sie verlangen nicht dessen Abolition wie die Böhmen — sondern nur dessen Einengung und auch das nur in der sichersten Erwartung, daß

weder das Herrenhaus noch die Krone dazu ihre Zustimmung geben werden.

Ich habe die Parallele zwischen der Regierung des Grafen Clary und einem Komet gebraucht. Absichtlich. Gleichwie über den Komet prophezeit worden war, er werde unsere Erdkugel zerschmettern und der Welt ein Ende bereiten, wurde auch vom Ministerpräsidenten verkündet, er werde die Rechte zerschlagen und auf deren Trümmern eine neue Mehrheit aufbauen. Er hat noch nichts niedergerissen und er hat noch nichts errichtet.

Den Dank der Geschichte haben diejenigen nicht verdient, die den wahrhaft wahnsinnigen Gedanken gefaßt haben, die bisherige Majorität zu vernichten. Die Majorität, welche im September 1897 einstimmig die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, die Staatsnotwendigkeiten anzunehmen; die Majorität, welche das Zoll- und Handelsbündnis bereits im Ausschuß genehmigt hat; die Majorität, welche auch das neue Bankstatut und eine gerechte Quote genehmigt hätte. Eine Majorität zu haben und sie auseinanderzujagen und noch keine andere, verläßliche zu haben, das ist keine Politik, das ist sträflicher Leichtsinn.

Heute gibt es für das Abkommen über die Quote keine Majorität im Abgeordnetenhause. Wenn es auch gelänge, den böhmischen Widerstand zu versöhnen oder niederzuringen, wenn auch der Weg freigemacht wäre für die Finalisierung aller drei genannten Staatsnotwendigkeiten durch den Reichsrat, wo wird man die zu deren Annahme notwendige Zahl von Stimmen auftreiben? Und wenn die Quotenvorlage in Minorität bliebe oder wenn von vornherein konstatiert werden müßte, daß sie in der Minorität bliebe — dann hätten wir keine Ministerkrise, sondern eine Staatskrise.

So ausgezeichnet hat Graf Goluchowski mit Baron Chlumecký die Wirrnisse entwirrt, so glänzend haben sie die Schwierigkeiten überwunden, so großartig haben sie die Wege geebnet. Freilich, dieser kann sich hinter der Ausrede verschanzen, er habe nicht Graf Clary, sondern Dr. von Körber empfohlen. Allein er ist nicht frei von jeglicher Schuld.

Als zu Beginn dieses Jahres die Formel Szell vereinbart worden war, da haben Graf Goluchowski und Freiherr von Chlumecký ebenfalls optimistische Hoffnungen geweckt, indem sie versicherten daß in dieser Reichshälfte sich alles glatt und leicht abwickeln werde. Wir wissen, daß dies nicht der Fall gewesen. Mitten im

Sommer haben wir eine gefährliche Krise gehabt. Nur durch Dr. Kaizls Gewandtheit wurde sie überwunden.

Dieselbe Prozedur wiederholte sich, bevor das Kabinett Thun entlassen worden ist. Eigentlich bevor die Sprachenverordnungen aufgehoben worden sind, was wohl dasselbe ist. Wiederum wurde behauptet: Nur Schwamm drüber, nur vollständig verwischen und es wird gut sein. Und als diejenigen, die nicht an politischer Kurzsichtigkeit laborieren, entgegenhielten: dann wird die deutsche Obstruktion durch die böhmische ausgelöst werden, wurde ihnen repliziert, sie seien Hasenfüße oder Ignoranten. Die böhmische Obstruktion werde nicht kommen, die Böhmen werden die bittere Pille schlucken. Die Rechte werde sie ihnen versüßen. Sollten sie einen obstruktionistischen Anlauf nehmen, dann werde die katholische Volkspartei sie an der rechten Hand zurückhalten, die Polen an der linken. Und der böhmische Wenzel werde sich nicht rühren können. Und sollte er ausreißen, dann wird es aus sein mit der Rechten und dann wird es gut sein, ja noch besser — man wird eine neue Kombination, gegen die Böhmen, machen.

Alle diese Berechnungen haben sich als trügerisch erwiesen. Die Böhmen haben alle jene Lügen gestraft, die von ihnen feiges Ducken, ohnmächtiges Kriechen und auf dem Bauche liegen erwartet haben, die da geglaubt haben, Dalila, die Rechte, habe Samson, dem Böhmen, die Haare abgeschnitten und ihn solchermaßen aller Kraft beraubt. Die Böhmen setzten mit einem vehementen Stoß ein, der alle politischen Faktoren stutzig machte und den parlamentarischen Apparat zum Stillstehen brachte. Er kann sich nicht bewegen, und wenn die Böhmen nicht wollen werden, wird er sich auch nicht bewegen. Das ist heute der ganzen Welt klar und offenbar. Wenn aus keinem anderen Grunde, so mußte schon, um den Irrglauben zu widerlegen, daß wir eines energischen Widerstandes unfähig sind und daß wir ihn nicht allein ausüben können, der Widerstand eröffnet werden. Mit imponierender Stärke, mit unablässiger Beharrlichkeit, mit einer Ausdauer und Aufopferung, die ein für allemal jeden Faktor in diesem Staate einschüchtern müssen, zu wiederholen, was am 17. Oktober d. J. geschehen ist. Denn so tief sind wir, Gott sei Dank, noch nicht gesunken, um für einen Schlag ins Gesicht sagen zu müssen: Danke schön! und die Hand küssen zu müssen, die ihn versetzt hat. Wir besitzen Potenz genug zur Revanche für jedes Unrecht, die Art und Weise, wie wir sie vollziehen, muß uns allein anheimgestellt werden. Wir

werden jederzeit jene wählen, die unseren Schädigern am meisten wehe tut, für uns am vorteilhaftesten und geeignet ist, eine Remedur des uns zugefügten Unrechtes herbeizuführen. Streiten wir nicht um den Namen, wie das schon in unserer Gewohnheit liegt. Ob es schon Obstruktion ist oder noch schärfste Opposition. Wenn man nur unsern Widerstand sieht und — fühlt.

* * *

Ein nur einigermaßen mit Menschenkenntnis ausgestatteter Mensch hätte das Kabinett gewarnt und gesagt: Das böhmische Volk und seine Abgeordneten sind doch keine Kinder, die man mit der Rute schlägt oder mit dem Versprechen beruhigt, sie werden ein Reitpferd bekommen. Von einem gereiften Volk, von einer mannhaften Delegation kann man doch nichts anderes erwarten als Unwillen, wenn man ihnen einen Tag nach der Aufhebung der Sprachenverordnungen mit Phrasen kommt, die in direktem Widerspruch stehen zu den vollzogenen Tatsachen.

Graf Clary hat eine derartige warnende Stimme nicht vernommen und in seiner Naivität einfach verlesen, was ihm Dr. Körber aufgeschrieben und was den böhmischen Abgeordneten wie eine Verhöhnung und Verspottung ins Ohr klingen mußte.

Dazu kam noch die unglückliche Stilisierung über die Sprachenerlässe, von der selbst die Deutsch-Konservativen sagten, daß sie durch ihre Breitspurigkeit und Schärfe die böhmischen Abgeordneten aufs peinlichste berühren mußte. Graf Clary hätte am besten getan, wenn er davon ganz geschwiegen hätte. Wo die Tat selbst sprach, war es kein kluges Beginnen, deren üble Folgen noch zu vergrößern durch unbedachte Worte und in die gespannte Atmosphäre noch mehr Elektrizität hineinzutreiben. Von einer neutralen Regierung war es ferner unklug, von der Höhe in die Niederung der Parteilichkeit herabzusteigen und sichtbar nach links hinüberzuschwenken. Ebenso unklug war es aber auch, daß die bisherige Obstruktion Graf Clary mit Beifall überschüttete. Sie deklarierte die Regierung damit als die ihrige und sich als die ihrige. In den Reden der böhmischen Abgeordneten über die Regierungsdeklaration war keine Spur von Beklommenheit und Wehmut. Aus allen klang frische, laute und entschlossene Kampflust, und alle hatten einen Refrain: auch jetzt ist das böhmische Volk zum Frieden und Ausgleich bereit, unter Graf Clary jedoch niemals. Solange er regiert, wird kein Böhme

in Verhandlungen eintreten. Zwischen ihm und uns kann nur ein Zustand sein — der Krieg.

Die böhmischen Abgeordneten gerieten in keine Verzweiflungsstimmung und keine Mutlosigkeit durch einen Mißerfolg, durch eine verlorene Schlacht in dem langen Kriege, welchen das böhmische Volk in diesem Österreich für seine Existenz und seine Zukunft führt. Ein schlechter Soldat das, der nach einem Unfall die Waffen wegwirft, ein schlechter Heerführer das, der nach einer Katastrophe den Marschallstab niederlegt.

Die Anregung, die Mandate niederzulegen, fand weder im Abgeordnetenklub noch im Vertrauensmännerkollegium Zustimmung. Mit Recht. Vergeblich suchen wir nach einem zureichenden Motiv und nach einem ernsten Grund für die Berufung an die Wählerschaft. Aus deren Mitte ist ein derartiger Wunsch nirgends ausgesprochen worden. Daß die böhmische Delegation genötigt ist, ihre Front gegen Wien und ihre Taktik gegen die Regierung zu ändern, kann kein Hindernis sein für die weitere Ausübung des den Abgeordneten im Jahre 1897 erteilten plein pouvoirs.

Die Taktik in Vertretungskörpern ist keine Sache, die sich im vorhinein auf sechs Jahre bestimmen läßt. Sie hängt ab von den Verhältnissen, von der momentanen Situation, von der Zweckmäßigkeit, vom Interesse der böhmischen Sache. Dieses erfordert das einemal eine abwartende Politik, das anderemal eine angreifende, das drittemal eine defensive, ein anderesmal wieder eine andere. Dieselben Abgeordneten können und müssen in verschiedenen Zeiten eine verschiedene Taktik beobachten. Eine jede wird jedoch von der Rücksicht auf die Utilitarität bestimmt. Eine Taktik, welche diese Rücksicht ignoriert, ist eine verfehlte und verkehrte. In der Taktik Stetigkeit und Konsequenz verlangen, können nur Leute, die sich in der politischen Strategie nicht auskennen. Den Übergang von der einen zur anderen diktiert die Wirklichkeit und deren Bedürfnisse, keineswegs der Wille und die Dispositionen der aktiven Personen. Deshalb haben auch die jetzigen Abgeordneten seit dem Jahre 1891 einigemal die taktische Richtung geändert; einmal gings nach links, dann nach rechts, dann wieder nach links, allein niemals wurde gesagt und verlangt, daß ein Abschwenken von der bisherigen Linie die Zurücklegung der Mandate zur Folge haben muß.

Dem Volke würde damit nicht gedient werden. Wohl aber dem Grafen Clary und allen jenen, welche die Formation irgendeiner antiböhmischen Koalition und die dauernde Isolierung der

böhmischen Abgeordneten und des böhmischen Volkes anstreben. Denen würde hiermit die größte Hilfe geboten werden. Einige Monate wären die Bänke der böhmischen Abgeordneten leer. Das böhmische Volk wäre aus allen Konstellationen, Kombinationen, Kalkuls ausgeschlossen, ausgeschaltet, eliminiert. Alles würde ohne dasselbe, gegen dasselbe geschehen. Bevor die böhmischen Abgeordneten auf ihre Plätze zurückkehren würden, wäre manches fait accompli da. In der Zusammensetzung des Parlaments, in der Gesetzgebung, in der Administrative, was während ihrer Anwesenheit nicht geschehen könnte. Genügt ja die bloße Teilnahme der Böhmen an der Majorität der Rechten, um einer noch größeren Wendung nach links vorzubeugen, als diejenige ist, die bereits vollzogen ist, einer Wendung, auf welche viele und mächtige Leute gedrängt haben und noch drängen. Inzwischen wären die Elemente im Hause gebunden in einer Allianz, welche die Böhmen erst zerschlagen müßten, bevor man an ein neues Gebilde denken könnte. Wie viel Kraft würde man da zu einer rein negativen Arbeit vergeblich verschwenden, die man für eine positive verwenden kann. Heute sind die Abgeordneten des böhmischen Volkes ein wichtiges Glied der Majorität und mag auch der Wert dieser Angehörigkeit noch so problematisch sein, auch bei der niedrigsten Schätzung ist es ein Gewinn. Zum mindesten in der Richtung, daß der Beitritt zu jeder anderen Allianz ihnen doppelt bezahlt werden müßte, für den Austritt aus der bisherigen und für den Eintritt in die neue. Eine bedächtige und ausblickende böhmische Politik wird bei aller Solidarität mit der Rechten immer mit zwei Eisen im Feuer operieren. Eine Massenresignation wäre eine Politik, die mit gar keinem Eisen operiert. Wohl, die Rechte ist kein Ideal einer Kooperation, und manche Erscheinungen aus der letzten Zeit haben den Glauben an dieses Ideal erschüttert. Allein in der Politik, gleichwie im Leben überhaupt, ist leichter niederzureißen als zu bauen, leichter zu isolieren und aufzulösen als zu vereinigen und zu verbinden. Trotz aller Wirrnisse der letzten Jahre und trotz der Erschütterung des Parlaments durch die deutsche Obstruktion, ist die Majorität der Rechten denn doch eine Majorität und als solche eine Potenz. Freilich hängt die Größe dieser Potenz nur von ihr ab.

Ob die Regierung des Grafen Clary kurz oder lang sein wird, ist für uns kein entscheidendes Moment. Die Kürze oder Länge ihres ministeriellen Lebens ist uns gleichgültig. Der Analogie nach urteilen wir, daß bei einem festen und anhaltenden Widerstand

des böhmischen Volkes gegen eine Tat, durch welche das jetzige Kabinett gezeichnet ist, gegen die Aufhebung der Sprachenerlässe, dieses Kabinett bald verschwinden wird. Das Objekt wird bleiben, das Subjekt wird hinweggeräumt werden.

Unsere Opposition ist gegen eine Regierung gerichtet, welche die Kraft besaß, uns zu erbittern, aber die Kraft nicht besaß, uns zu beugen, welche uns beleidigen konnte, welche uns aber nicht erniedrigen kann. Eines ist ihr gelungen: Das ganze böhmische Volk zu einem mächtigen Aufschwunge zu vereinigen, der — dessen möge man in Wien sicher sein — ein positives Resultat erzielen wird.

Als nach dem unglücklichen Krimkrieg das Petersburger Kabinett die russischen Gesandten bei den europäischen Höfen informierte, ließ es durch seine Vertreter vermelden: Rußland erhebt sich — es fürchtet nicht. So rufen auch wir nach Wien: Böhmen erhebt sich — es fürchtet nicht.

Wir haben auf einem Boden gebaut und gedacht und geglaubt, er wäre fest und verläßlich. Es hat sich herausgestellt, daß er schütter und wankend ist. Nach dieser Enttäuschung werden wir vorsichtiger sein. Von einem bekannten Herbartianer ist gesagt worden, die Philosophie begänne mit der Skepsis. Nach der Vertrauenseligkeit muß durch die Skepsis eine andere, eine neue Phase der böhmischen Politik beginnen. Die Phase der vollzogenen Tatsachen.

Obwohl das Kabinett des Grafen Clary nach oben eine bedeutend festere Position hatte als die Kabinette Badeni und Thun und wiewohl es von oben unterstützt und gehalten wurde, wie schon lang keine zweite Regierung, so hätte sich dennoch sein Los viel früher erfüllt, würde sich die gesamte Rechte nach dessen Einsetzung so benommen haben, wie sich zu benehmen, sie vor dessen Einsetzung versprochen hat. Einstimmig war nämlich von den Vertrauensmännern der Rechten der Beschluß gefaßt worden, dieses Kabinett zu bekämpfen, weil es eine Ignorierung der Majorität und des konstitutionellen Prinzips bedeute. Nicht also aus dem Grund, weil es die Sprachenverordnungen aufgehoben hat. Und wie wurde dieser Beschluß durchgeführt! Dr. Ebenhoch erklärte, geblendet durch die Liebenswürdigkeit des Grafen Clary, schon nach einigen Tagen, die Aufhebung der Sprachenerlässe bedeute für die katholische Volkspartei keinen casus belli und sie sei verpflichtet, die Regierung des Grafen Clary, soweit es sich um die

Staatsnotwendigkeiten handelt, zu unterstützen. Ein derartiges Vorgehen mußte bei einem Abgeordneten frappieren, der an Graf Clary nachstehende Drohung gerichtet hat: »Möge er nur kommen! Wir, die Rechte, wir, die Majorität, haben es gar nicht nötig, Obstruktion zu betreiben. Wir haben das Präsidium und die Mehrheit. Wir werden bei der ersten Gelegenheit unser Votum gegen ihn abgeben und er ist geliefert!«

Hätte man nach diesen Worten gehandelt, so wäre Graf Clary schon Ende Oktober gezwungen gewesen, zurückzutreten. Als er nämlich mit dem kaiserlichen Telegramm kam, die Wahlen in die Delegationen sollen noch vor Allerheiligen vorgenommen werden. Es bedurfte keiner großen Anstrengung — es hätte nachfolgende Entschließung genügt: Wir, die Mehrheit, sind bereit, diese Wahlen unverzüglich vorzunehmen und sie sofort auf die Tagesordnung zu setzen, jedoch nur nach Entlassung der gegenwärtigen Regierung. Eine derartige Satisfaktion waren die Alliierten den böhmischen Abgeordneten schuldig. Sie hätte imponiert. Sie hätte dem Ansehen und dem Prestige der Rechten mehr genutzt als hundert Deklarationen von Solidarität und Einheit. Einer so peremptorischen Forderung, einer so bestimmten Bedingung hätte man entsprochen. Graf Goluchowski wäre unwillkürlich deren Befürworter geworden. In einer, durch den Sturz des Kabinetts des Grafen Clary gereinigten Atmosphäre, nach einer so gearteten sachlichen Genugtuung hätten die Staatsnotwendigkeiten vielleicht parlamentarisch versorgt werden können. Die Rechte hat sich jedoch zu einer solchen Energie nicht aufgerafft, die Delegationen sind gewählt worden.

Wir gestehen aufrichtig: Gäbe es ein Mittel, ein untrügliches und verläßliches, um die Delegationswahlen zu vereiteln, wir hätten es angewendet. Ohne Rücksicht — niemands Ungunst fürchtend. Es gibt kein solches.

* * *

II.

Im Empfangsalon des Palais des Ministerratspräsidiums saßen Dr. Pacák und Dr. Škarda mit Graf Clary.

Graf Clary: »Das Sprachengesetz, das wir vorbereiten, ist nicht bloß für Böhmen und Mähren bestimmt, sondern für alle Länder.«

Dr. Pacák (gedehnt, aber nachdrücklich): »Ich erlaube mir meinen Zweifel darüber zu äußern, ob für ein so großes Werk

die Zeit auslangen wird, welche der Regierung Eurer Exzellenz bemessen ist . . .«

Graf Clary (rasch einfallend): »Es steht nirgends geschrieben, daß das gegenwärtige Kabinett nur drei Monate im Amt bleiben wird.«

* * *

In der Ministerialloge des Abgeordnetenhauses saßen die Gemahlin des Vorsitzenden im Ministerrate und Dr. Stránský.

Abg. Dr. Stránský (nach der Vorstellung): »Exzellenz sind hier täglicher Gast?«

Gräfin Clary: »Das Leben dort unten (in den Sitzungssaal deutend) interessiert mich ungemein.«

Abg. Dr. Stránský: »Ich fürchte, dieses Interesse wird nicht lange anhalten.«

Gräfin Clary (die den Doppelsinn dieses Ausspruches nicht erfaßt hat): »Oh, das wird mich immer interessieren!«

* * *

Graf Clary-Aldringen ist wieder Statthalter in der Steiermark.

Er hat am 2. Oktober vorigen Jahres aufgehört es zu sein und ist am 26. Dezember, als Vorsitzender im Ministerrate außer Dienst, reaktiviert worden. Zwischen diesen beiden Daten liegt das nach ihm benannte Provisorium. Das verhängnisvolle, verderbliche, auf lange Zeit hinaus irreparable. Die pragmatische Geschichte muß seine Schuld auf das wirkliche Maß herabdrücken. Sie besteht lediglich darin, daß er diesem Interim seinen Namen verliehen und daß er in gehorsamer Demut sich zu Taten hergegeben hat, welche gegen unser Volk gerichtet waren.

Bis zu Neujahr war seine Lebensdauer bemessen. Sie ist abgekürzt worden. Wichtige, riesige Aufgaben wurden ihm gestellt: Den österreichisch-ungarischen Ausgleich parlamentarisch zu erledigen und normale Zustände im Parlament herzustellen. Er hat keine von beiden vollzogen. Er wollte und sollte die Situation entwirren — er hat sie noch mehr verwirrt und kompliziert. Das Regime des § 14 wollte er überflüssig machen. Dieser ist jedoch neuerdings unumgänglich geworden und das ganze Repräsentativsystem ist durch diesen einzigen Artikel der Dezember-Verfassung ebenso ersetzt worden wie im Jahre 1897, wie im Jahre 1898, wie

im Jahre 1899. Und so drängen sich einem unwillkürlich die Fragen auf: Warum und wozu sind die Kabinette Badeni und Thun geopfert worden, da ja doch in der Regierungsform sich nichts geändert und gebessert hat, vielmehr der Stand der innerpolitischen Dinge ein noch ärgerer, ein noch kombinierterer geworden ist? Warum wurde das böhmische Volk zum äußersten Widerstand getrieben, da ja doch durch die Kapitulation vor der Minorität der Linken nichts gewonnen worden ist? Warum ist der böhmischen Sprache das ihr in der inneren Amtierung gegebene Recht genommen worden? Warum ist die gesamte Rechte provoziert worden? Wozu dieses ganze Experiment mit dem unparlamentarischen und bureaukratischen System? Warum all das? Pro nihilo.

Wie jedesmal ist auch hier der größte Fehler anfangs gemacht worden. Dadurch, daß man dem Grafen Clary eine negative und eine positive Aufgabe zugleich gestellt hat. Keinen blassen Dunst von der Psychologie der Völker und von der Seele des Volkes hatten diejenigen, die auf die schwachen Schultern des Grafen Clary, der sein Leben lang nicht im Parlament gewesen ist, der die Dynamik der dort gegeneinander operierenden Kräfte nicht kannte, dem die Personen und Sachen dort völlig unbekannt waren und der in das Wesen der deutsch-böhmischen Frage, geschweige denn in deren Details, nicht eingeweiht war, eine so schwere Last aufgebürdet haben, die auch einen viel Stärkeren niedergedrückt hätte. Er jedoch brachte ins Amt lediglich Naivität, Optimismus und Ehrlichkeit. Das sind alles Eigenschaften, die den Mann zieren, aber für einen Ministerpräsidenten reichen sie nicht aus. Er war ein Charakter, ein politischer Charakter im eigensten Sinne des Wortes, in den Verhandlungen mit den Parteien war er ohne Falschheit und Trug, allein der Mann ist sehr wenig in der Politik, der nur rechtschaffen ist.

Das negative Opus bestand in der vollständigen Aufhebung der Sprachenerlässe, das positive in der Gesetzmachung der sogenannten Staatsnotwendigkeiten bis zu Neujahr. Hatte er es nicht selbst erkannt, so waren diejenigen, die ihn gefördert, die ihn empfohlen und die ihn aus der Ruhe einer provinziellen Administrative auf einen Kriegsschauplatz gezogen hatten, wo er nach mehreren Fronten hin gleichzeitig kämpfen mußte, auf Grund ihrer Erfahrungen verpflichtet, zu wissen, daß zwei so große Aufgaben ein Staatsmann, und wäre er ein Titan, nicht zu bewältigen vermag.

Mochten sie auch die Resistenz des böhmischen Volkes unter-

schätzen, mochten sie auch Clarys Fähigkeiten überschätzen, sie mußten des kategorischen Imperativs einer jeden praktischen Politik eingedenk sein: Niemals mehr zu tun, als die Situation erträgt.

Nach dem Siege der deutschen Obstruktion war es für jedermann, der auch nur einigermaßen den Instinkt der Parteien und Völker kennt, klar und offenbar: Wer die Böhmen vergewaltigt, muß nicht nur mit der Wahrscheinlichkeit, sondern mit der Gewißheit rechnen, daß sie durch ihre Obstruktion jedwede andere Tätigkeit der Regierung, welche die Sprachenverordnungen ganz aufhebt, vereiteln werden. Die Logik dieser Revanche ist so einfach und so natürlich, daß es keiner Divination bedurfte, um sich darüber keiner Täuschung hinzugeben, daß sie kommen wird. Die böhmische Obstruktion war unabwendbar. Auch in dem Falle, wenn ihr kein Erfolg winkte.

Noch nach der Aufhebung der Sprachenerlässe war Gelegenheit und Möglichkeit, ihr vorzubeugen. Graf Clary hätte, als er, an Füßen und Händen gebunden, sich der triumphierenden Linken ergeben hatte, es unter Zustimmung der Krone getan. Der Generalstab seiner Freunde jedoch hat es ihm, dem Leibeigenen, nicht erlaubt, so daß der politische Kritiker, der nicht auf das Kredo alltäglicher Phrasen eingeschworen ist, tatsächlich sich in Verlegenheit befindet, wer mehr zu seinem Sturze beigetragen: ob durch ihren Widerstand die Rechte, ob durch ihre Obstruktion die Böhmen oder ob durch ihren Mangel an Willen, ihm in Not und Bedrängnis zu helfen, die Deutschen, auf welche er sich stützte, die ihm jedoch im kritischen Augenblicke ihre Benevolenz versagten, ohne welche er verloren war.

Graf Clary gehörte zu jenen Politikern, die nur einen Plan haben und die ihn auf einer einseitigen Grundlage ausführen, auf der Eventualität nämlich, daß ihnen alles gelingen werde. An die gegenteilige Eventualität denken sie nicht. Sie sind darauf gar nicht vorbereitet. Reüssieren sie nicht auf der einen Seite, sind sie des Todes.

Der Kalkul des Grafen Clary basierte samt und sonders auf der sicheren Erwartung, welche mit ihm teilten, das heißt, welche ihm suggeriert hatten seine Protektoren, daß nämlich, wenn einmal die Abolition der Sprachenverordnungen zur Tat geworden sein wird, es kein Hindernis mehr geben wird, den gesamten Rest des Komplexes der Ausgleichsvorlagen im Reichsrate zum Gesetz zu erheben. Graf Clary war das Medium, das in der Hypnose tat,

was ihm vorgesagt wurde. Man hatte ihm gesagt: die Deutschen wollen, daß die Sprachenverordnungen bedingungslos verschwinden. Er hat sie bedingungslos beseitigt. Später entschuldigte er sich, das sei nicht sein Wille gewesen, den er realisiert habe; er habe eine rem iudicatam vorgefunden; man habe ihm den Auftrag gegeben, »die Sprachenverordnungen schlankweg beseitigen«; er wollte und wolle die Böhmen nicht kränken. Die Böhmen gaben nichts auf solche Worte, sie sahen nur die vollzogene Tatsache und den für sie verantwortlichen Minister. Sie gaben den mildernden Umstand zu, vermochten jedoch Grafen Clary von Schuld und Sühne nicht zu befreien.

Es wurde gewissermaßen zur Bestätigung des Ausspruches, daß die Aufhebung der Sprachenerlässe ein fait accompli gewesen, bevor Graf Clary aus Graz nach Wien gekommen, angeführt. Fürst Alfred Liechtenstein hätte hierzu geraten, der als Chef eines Kabinetts designiert gewesen war, der jedoch, als er mit dem deutschen Großgrundbesitz nicht einig werden konnte, seine Mission in die Hände des Kaisers zurückgelegt hatte. Ich bin überzeugt, daß hier nicht die volle Wahrheit gesagt und daß ein wesentlicher Teil verschwiegen wird. Fürst Alfred Liechtenstein war für die formale Aufhebung der Sprachenverordnungen, keineswegs jedoch für die Strangulierung ihres gesamten Inhalts. Ich weiß zuversichtlich, es sei vorgeschlagen gewesen, nur dasjenige aufzuheben, was die Deutschen mit Rücksicht auf ihre Interessen beanstanden konnten, nicht aber dasjenige, was die Rechte ihrer Sprache nicht berührte, oder es solle in derselben Nummer des Wiener Amtsblattes, in der verkündet werden wird, daß die Sprachenverordnungen pro futuro außer Kraft gesetzt werden, den Böhmen ein Ersatz gegeben werden durch eine provisorische Entscheidung, sei es durch eine allerhöchste Entschließung, sei es durch eine Verordnung der fünf beteiligten Minister. Allein weder dieser noch jener Vorschlag wurde akzeptiert. Ja, es wurde sogar die Anregung abgelehnt, man möge in praxi die Böhmen nicht provozieren durch Widerruf von Vorschriften, welche durch zweijährige Übung gewissermaßen die Sanktion eines Gewohnheitsrechtes erhalten haben. Es hat der radikalste Standpunkt, der Standpunkt des »schlankweg« gesiegt. Vielleicht erklärt es sich durch den Sieg dieses Standpunkts, warum Fürst Alfred Liechtenstein seine Mission aufgegeben. Unter jenen, die ihm die größten Schwierigkeiten bereitet haben, befanden sich Graf Oswald Thun und Graf Goluchowski. Jener war im Schlepp-

tau des Freiherrn von Chlumecký und noch mehr der intransigenten Gruppe des deutschen Adels, zu welchem Dr. Baernreither sich weder zählt noch angehört, in welcher jedoch Graf Stürgkh eine maßgebende Rolle innehat. Der aber wird jede Kombination stören, in der er nicht selbst sein wird. Würde Dr. Grabmayr Minister werden, er wäre ihm in gleichem Maße Widersacher und würde ihm den Boden abgraben, wie er es dem Grafen Gleispach getan und Dr. Baernreither täte.

Dem Grafen Goluchowski war nur an der Wahl in die Delegationen gelegen. Alle Kenner des mechanischen Parlamentarismus waren darin einig, daß man sie auch vereiteln nicht mit Gewalt könne. Niemand fürchtete die Drohungen der Deutsch-Radikalen. Nur er. Er wollte diese Wahl von vornherein gesichert und ruhig haben. Das Prestige Österreichs hätte gegenüber dem Auslande gelitten, wenn sie unter brachialen Zusammenstößen vor sich gegangen wären, und so hat man für die Ermöglichung eines rein formalen Aktes der deutschen Obstruktion drei Preise gegeben: die Sprachenverordnungen, das Kabinett Thun und die Majorität der Rechten.

Was ich da niedergeschrieben habe, ist historische Wirklichkeit. Graf Clary hat seine Schuld durch den Verlust seiner ministeriellen Existenz gebüßt. Graf Goluchowski ist abseits geblieben, wohin die tötenden Geschosse aus den von den Reihen der Volksvertreter abgegebenen Salven nicht reichen. Aber auch seine Zeit wird kommen, bis sich im vollen Umfange die unheilvollen Folgen seiner Politik, nicht so der auswärtigen wie der inneren, herausstellen werden.

1900.

Das Regime Körber.

Die Situation, wie sie sich nach der ersten Kampagne des Wiener Parlaments in der Ära Körber und nach der zweiten Serie der deutsch-böhmischen Konferenzen für das Königreich Böhmen gestaltet hat, kann man nicht anders charakterisieren, als wenn man von ihr sagt, daß sie des Charakters und der Farbe überhaupt entbehrt. Man behauptet, es sei jetzt eine frischere Atmosphäre, eine andere Luft. Das ist nicht wahr. Kein Lüftchen weht und wellt den luftleeren Raum. Im Gegenteil, es ist dumpf zum Ersticken.

Wieder ist ein Monat vorüber, der mit unermüdlicher Arbeit und ununterbrochener physischer und geistiger Anstrengung ausgefüllt war. Viele Mühe, viel Fleiß, das Resultat jedoch ist gleich null. Nur die Einteilung war anders als im Februar. Damals tagte zuvor der Reichsrat, das Abgeordnetenhaus bis zum 17. März, das Herrenhaus bis zum 20. März, dann erst wurden Verständigungskonferenzen abgehalten. Bis zum 25. Februar war das Parlament vertagt. Die Verlängerung seiner Session, welche spätestens am 19. März hätte ganz gut formell für beendet erklärt werden können, repräsentiert eine Summe von 35.000 Gulden, ungefähr dieselbe, die zum jährlichen Haushalt der größten Mittelschule ausreicht. Was gibt es nicht Bitten um eine Zweitausendguldensubvention für irgendeine von der Gemeinde unterhaltene Unterrichtsanstalt, und wie oft wird noch ein solches Ansuchen abgelehnt. Hier jedoch wurde Geld ausgegeben, als hätte man's zum Hinauswerfen.

Die positiven Leistungen in der vorösterlichen Session sind arm, und nur die alleräußerste Bescheidenheit kann sich damit zufriedengeben.

Im Herrenhaus gab es am 6. März eine Debatte über das Regierungsprogramm. Sie erregte Interesse nicht so sehr durch ihren Inhalt wie durch ihre Seltenheit. Das wichtigste Moment der

Diskussion war die Kongruenz der verfassungstreuen Linken mit der Mittelpartei im Urgieren der Gesetzeserhebung der deutschen Sprache zur staatlichen Vermittlungssprache. Alles andere war nur die Umsäumung dieses Postulats. Wir sehen und müssen uns bewußt sein, daß dieses auf einem breiten Fundament ruht, das vom Fürsten Auersperg und Grafen Rohan bis zu Wolf reicht. Die absolute Solidarität des deutschen Adels in beiden Lagern des österreichischen Senats mit den extremsten bürgerlichen deutschen Elementen mußte frappieren. Die Parole ist eine gemeinsame, doch hatte es den Anschein, als wollte sich die hohe Aristokratie rechtzeitig das Oberkommando sichern. Der Eindruck wurde nur noch verstärkt durch den Kontrast. Die Rechte parierte diesen plötzlichen Ansturm nicht, ja sie unternahm hierzu nicht einmal einen Versuch. Der historische Adel schwieg. Vor 13 Jahren hatte der Oberstlandmarschall im Königreiche Böhmen die nach einer Teilung Böhmens rufenden Deutschen mit einer fulminanten Rede abgefertigt. Warum erhob er sich nicht, um mit einem Schlage diesen verwegenen Angriff zurückzuweisen? Graf Friedrich Schönborn sprach von der Gleichwertigkeit der Čechen und der Deutschen, allein er trat nicht entgegen der auf sie vom linken Flügel und vom Zentrum gemachten Attacke. Dr. Rieger leistete entschiedenen Widerstand und auch Professor Albert erinnerte die Deutschen, die deutsche Staatssprache widerspräche ihrer eigenen Tat, dem Gesetze nämlich, durch welches der obligate Unterricht beider Landessprachen in dem Königreiche Böhmen aufgehoben worden ist. Allein weder Rieger noch Albert rangieren unter dem historischen Adel, ganz abgesehen davon, daß für Dr. Rieger niemand eintrat, als Auersperg, Czedik und Lemayr in ungeziemender Weise von ihm sprachen. Graf Franz Thun ist jetzt Führer der Rechten des Herrenhauses. Es ist höchste Zeit, aber auch höchste Notwendigkeit, daß er ihr mehr Leben, Regsamkeit, Resistenz und Kampfesmut einflöße, daß er sie aus der Passivität und Mattheit herausreiße, die es dem Prinzen Karl Auersperg ermöglicht hat, das ganze Herrenhaus zu beherrschen.

Im Abgeordnetenhaus wurde das Präsidium durch die Wahl zweier Vizepräsidenten, Heinrich Prade und Dr. Johann Začek, ergänzt. Die Minorität erhielt endlich eine Vertretung auf dem Präsidialstuhle. Gewiß, es gebührt ihr und niemand war dagegen. Doch war es nicht notwendig, einen Schemel hinzustellen gerade diesem Abgeordneten, der sich durch seine politische Vergangen-

heit für dieses Amt disqualifiziert hatte. Wie so oft in kritischen Fällen, hat sich auch diesmal die katholische Volkspartei der Solidarität entzogen.

Die Einsetzung eines mährischen Čechen in die Funktion des zweiten Vizepräsidenten, welche der Čechenklub schon im Jahre 1897 innehatte, war ein zweckmäßiger Akt. Nicht bloß aus dem Grunde, daß er als die größte Partei im Hause das Recht hatte, im Präsidium repräsentiert zu sein, sondern auch deshalb, weil neben einem Deutschen aus den Ländern der böhmischen Krone ein Čeche hingehörte und weil der böhmischen Opposition daran gelegen sein muß, ein Kontrollorgan für die Arbeiten des Hauses zu haben. Der Abgeordnete Lupul hat bereitwillig die Ansprüche der böhmischen Abgeordneten anerkannt und ist freiwillig aus dem Präsidium geschieden.

Eine ernste Arbeit hat das Parlament überhaupt nicht in Angriff genommen. Konnte einfach nicht. In jedem Ausschuß drohte nämlich die Obstruktion der Čechen. Am meisten im Budgetausschusse und im Eisenbahnausschuß. Diese traten nicht einmal zur Verteilung der Referate zusammen. Sein Pensum hat nur der Wehrausschuß erledigt: das Gesetz über das Rekrutenkontingent für das Jahr 1900. In anderen, normalen Jahren pflegte es in einigen Minuten fertig zu sein, heuer bedurfte es zweier Wochen.

Im Plenum wurde der Antrag auf Erhebung einer Anklage gegen das »Ministerium« Wittek wegen der von ihm auf Grund des § 14 vollzogenen Akte gestellt. Als es aber zur Verhandlung kam, nahm von der Linken ein einziger Abgeordneter daran teil, und als es zur Abstimmung kam, zerstob sie wie eine Spatzenschar, wenn man hineinschießt. Es war ein ausgezeichneter Coup, als die böhmischen Abgeordneten vor der Abstimmung sich absentierten und die Antragsteller inter suos ließen. Da zeigte es sich wenigstens, wie wenig ihrer waren samt den Sozialisten und Schönererianern. Wir kehren zum Gesetzentwurf betreffend die Rekrutenaushebung für das Jahr 1900 zurück. Er war die Achse im Parlament und ist nunmehr Gegenstand des Streites der Wählerschaft. Der Klub stand vor der Entscheidung, wie er sich dazu in der zweiten und dritten Lesung stellen solle. Am 8. März wurde nach einer eingehenden, lebhaften, aber würdigen Debatte beschlossen, keine Obstruktion dagegen zu betreiben, weder eine technische noch eine oratorische, sondern nur eine Opposition, gegen die Regierungsvorlage jedoch betreffend die Investitionskredite

die Obstruktion einzuleiten. Über drei Anträge wurde abgestimmt Der weitestgehende Antrag, es möge Obstruktion betrieben werden, wurde mit 31 Stimmen gegen 14 abgelehnt; der Antrag auf Opposition wurde mit 22 gegen 18 angenommen; der dritte Antrag auf oratorische Obstruktion ist sohin gegenstandslos geworden. Wir konstatieren daher, daß die Obstruktion mit einer Majorität von 17 Stimmen verworfen wurde. Und nicht, wie fortwährend irrtümlich angegeben wird, mit einer vierstimmigen.

Die Öffentlichkeit fragt: Warum ist gerade diese Vorlage aus der Obstruktion ausgeschaltet worden?

Es geziemt sich, sie zu belehren und sie auch zu beruhigen. Im vorhinein möge gesagt werden, daß auf die Entscheidung des Klubs keinerlei Rücksicht auf die Majorität der Rechten und schon gar nicht eine Rücksicht auf die Regierung eingewirkt hat. Und es möge ferner hinzugefügt werden, auch keinerlei Furcht vor jemand und vor etwas.

Die Beweggründe waren gewiß ernster Natur. Einige sind bereits angeführt worden, alle anzuführen, ist nicht recht möglich.

Die böhmischen Abgeordneten wußten, daß bei dieser wichtigen Vorlage eine Grube für sie gegraben wird. Sie zu ihr zu führen, auf daß sie sicher hineinfallen, war der heißeste Wunsch unserer Gegner im Hause und noch mehr außerhalb des Hauses. Durch diese Rechnung ist aber ein Strich gemacht worden. Wer nicht die sauren Gesichter der Deutschen gesehen, als diese Hoffnungen fehlgeschlagen, kann sich keine Vorstellung machen, wie groß ihre Enttäuschung war. Bei uns herrscht der Aberglaube, es sei möglich gewesen, dieses Gesetz zu Falle zu bringen. Die Rekrutierung wäre hierdurch vielleicht nicht einmal um eine Woche verschoben worden. Sie wäre einfach auf Grund einer kaiserlichen Verordnung vorgenommen worden.

Es gab nur zwei Möglichkeiten für den Fall, als Dr. v. Körber von der Vollmacht, die ihm die Krone zur Schließung der Session gegeben, keinen Gebrauch gemacht und zugelassen hätte, daß die böhmische Obstruktion zeige, was sie imstande ist.

Entweder hätte man eine Obstruktion durch namentliche Abstimmungen betrieben, damit man die Diskussion über diese Vorlage überhaupt hintanhalte, oder man hätte oratorische Obstruktion betrieben. In keinem dieser beiden Fälle hätten die Čechen reüssiert. Die technische Obstruktion hätte eine einzige Sitzung gedauert, länger nicht. An deren Schluß hätte auf Grund des in der Sitzung

des Polenklubs am 21. Februar gefaßten Beschlusses der Abgeordnete Jaworski sich erhoben und beantragt, es möge für das Gesetz betreffend das Rekrutenkontingent eine besondere, nur dieser Angelegenheit gewidmete Nachtsitzung mit Ausschluß aller Formalitäten anberaumt werden. Sechs Siebentel des Hauses hätten diesen Antrag unterstützt. In einer solchen Sitzung wären den böhmischen Abgeordneten wenige Mittel und unausgiebige geblieben. Sie hätten die Perfektionierung der Vorlage um einen Tag, aber nicht länger hinziehen können. Der erste Versuch der böhmischen Obstruktion hätte auf die Art im Plenum mit einem eklatanten Fiasko geendet.

Bedenken wir ferner, daß nach der Geschäftsordnung dem Präsidenten das Recht zusteht, über einige Paragraphen eine gemeinsame Debatte abhalten zu lassen und daß er somit entscheiden konnte, daß nach der Generaldebatte über beide meritorische Artikel des Gesetzentwurfes in der Spezialdebatte nur eine Diskussion stattfinden solle. Bedenken wir ferner, daß der Präsident nicht verpflichtet ist, einem Redner zu gestatten, in der Spezialdebatte etwas anderes zu besprechen als den eigentlichen Inhalt des betreffenden Paragraphen, und daß er dem Abgeordneten, der nicht zur Sache spricht, einfach das Wort entziehen kann. Alles dies setzt allerdings voraus, daß ein böhmischer Abgeordneter überhaupt zum Worte kommt. Das war jedoch von vornherein gar nicht sicher. In der Generaldebatte z. B. sind ausgelost worden: Kontra die Abgeordneten Herzmansky, Okunĕvsky, Tschernigg, Sylvester und Zimmer, dann erst als sechster Herold; pro Scheicher, Pogačnik. Was wäre geschehen, wenn nach dem sechsten Redner ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden wäre? Die Čechen konnten bei einer Präsenz von 50 Mitgliedern eine namentliche Abstimmung herbeiführen. Was hätten sie dadurch gewonnen? Dreiviertel Stunden Zeit. Wenn sich alle hätten eintragen lassen, so hätten sie auch dann ihren Generalredner nicht gesichert. Denn die anderen Parteien hätten noch mehr Abgeordnete anmelden und die Čechen bei der Wahl des Generalredners überstimmen können. Und so hätte es geschehen können, daß in der ganzen Debatte über die Wehrvorlage kein einziger Čeche wäre zu Worte gekommen, weder Dr. Engel, dem die Deutsch-Nationalen Platz machten, noch Dr. Herold.

So hätten sich auch die Dinge verhalten bei einer oratorischen Obstruktion. Die Guillotine hätte ihr schon nach dem zweiten Redner (nachdem von jeder Seite einer gesprochen) ein Ende be-

reitet. Das Ende vom Lied wäre: Triumphgeschrei bei den Gegnern, Sieg der Regierung, Niederlage, Schmach und Spott für die Čechen.

Das haben auch diejenigen vorausgesehen, welche im Klub gegen die technische Obstruktion waren. Sie fühlten wohl, daß ein Mißerfolg eine doppelte Katastrophe wäre. Das Odium wäre geblieben. Das wäre zu ertragen, wenn es von Erfolg begleitet wäre. Allein Odium und Mißerfolg vorauszusehen und sie doch herbeizuführen — das wollte das Vertrauensmännerkollegium nicht, als es seine Abgeordneten nach Wien schickte, damit sie dort Opposition betreiben, je nach der Situation, nach den gegebenen Verhältnissen und mit entsprechender Berücksichtigung des Interesses der böhmischen Sache.

Mit jener Klarheit, durch welche sich alle seine öffentlichen Kundgebungen auszeichnen, hat der Präsident des böhmischen Abgeordnetenklubs (Dr. Engel) dessen Stellung gekennzeichnet und ausdrücklich und nachdrücklich folgendes erklärt: »Zur gegenwärtigen Regierung haben wir kein Vertrauen, im Gegenteil, wir sind ihr gegenüber vom größten Mißtrauen erfüllt, nicht bloß deshalb, weil Herr Dr. von Körber beim ungesetzlichen und politisch unbegründeten Aufheben der Sprachenverordnungen tätig gewesen ist, sondern auch aus dem Grunde, weil die Regierung den durch die Aufhebung dieser Verordnungen verursachten und das böhmische Volk verletzenden Zustand verlängert. Deshalb werden die böhmischen Abgeordneten alle Mittel des politischen Kampfes dort anwenden, wann und wo sie diese zur Erreichung ihrer politischen Ziele für angebracht erachten, und werden nicht zulassen, daß vor der Sühne des an uns begangenen Unrechtes die Position der Regierung durch die Arbeitsfähigkeit des Parlaments irgendwie befestigt werde.«

Die radikale Fraktion, welche ein Jahr zuvor die böhmischen Abgeordneten bei allen Göttern beschworen hatte, ja nicht den Absolutismus auf das böhmische Volk heraufzubeschwören, weil eine parlamentarische, wenn auch noch so schlechte Regierung besser ist als dieser, hat den böhmischen Abgeordneten vorgeworfen, daß sie gegen die Soldaten die Obstruktion eingestellt haben, sie jedoch gegen die Investitionen betreiben wollen. Ich gestehe, daß ich von radikaler Seite einen derartigen Vorwurf am wenigsten begreife. Die Rekruten hat sich die Regierung schon zum zweitenmal mit dem § 14 verschafft und hätte sich sie spielend auch zum drittenmal verschafft. Der Investitionskredit, der nicht bloß

auf ein Jahr, sondern bis zu Ende des Jahres 1904 bewilligt werden soll, läßt sich auf nichtparlamentarischem Wege nicht beschaffen. Es ist ein Dispositionsfonds für fünf Jahre und es handelt sich dabei um eine für Österreich ungewöhnliche Summe. Aus den Geldern dieser Anleihe kann man große Geschenke gewähren und auch kleine, von denen bekannt ist, daß sie die Freundschaft erhalten. Fünfhundert Millionen Kronen kann man nur jener Regierung in die Hand geben, die es verdient, daß man sie ihr anvertraue. Wir wissen nicht, wodurch Herr Dr. von Wittek dessen würdig geworden ist, daß gerade die Čechen ihm eine derartige Latitüde ermöglichen. Im Gegenteil, wir glauben, daß das politische Verhalten dieses Ministers die böhmischen Abgeordneten zu einem entgegengesetzten Standpunkt veranlassen muß. Daß die Staatsverwaltung sich ohne diese Gelder nicht rühren kann, wissen wir. Aber wir wollen, daß sie sich nicht rühren könne, solange sie uns nicht zurückgibt, was sie uns genommen. Ja, darin eben beruht Zweck und Wert der Obstruktion, daß sie vereitle, woran der Regierung am meisten gelegen ist. Deshalb werden wir die Obstruktion gerade auf die Investitionsanleihe konzentrieren, wenn der deklarierten Forderung des böhmischen Volkes nicht entsprochen werden wird.

War einmal der böhmische Klub in eine Phase eingetreten, in welcher von einer chose jugée, von einer bereits entschiedenen Streitfrage gesprochen werden konnte, soweit es sich um das taktische Vorgehen gegenüber dem Rekrutenkontingent handelt, dann gab es für die böhmischen Abgeordneten nur eine Pflicht: sich diesem Votum unterwerfen. Das verlangt die Zucht und ohne diese kann keine geordnete Gesellschaft existieren.

Man kann nicht mit Stillschweigen vorübergehen an dem Debüt des Abgeordneten Dr. Eduard Grégr in Melnik, dessen Ausführungen insgesamt auf einer einzigen Tatsache aufgebaut waren: auf der Ausschaltung der Rekrutenvorlage aus der Obstruktion. Ich bewundere die apodiktische Bestimmtheit, mit der er anfangs von der ganz sicheren Vereitlung der Vorlage sprach. Später allerdings hat Herr Dr. Eduard Grégr seinen kategorischen Kalkul betreffend den gewissen Erfolg der Obstruktion gegen die Rekruten sehr wesentlich eingeschränkt, indem er sagte: »Es ist möglich, daß die Obstruktion fehlgeschlagen hätte.« Die Behauptung, daß durch die böhmischen Abgeordneten gerettet wurden: die gegenwärtige Regierung wenigstens auf eine lange Zeit, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und vielleicht auch das zentralistische System, läßt sich

nicht auf einmal abtun. Was die Regierung anbelangt und die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, so hätte Herr Dr. Grégr auf Grund der Tatsachen zu einem entgegengesetzten Resultat gelangen können. Es gab und gibt keine Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Ja, man hatte nicht einmal den Mut, zu versuchen, ob es eine gibt. Die bloße Drohung, daß die Čechen schon dafür Sorge tragen werden, damit das Ergebnis eines derartigen Experiments negativ und sichtbar werde, hat genügt, daß es gar nicht unternommen worden ist. Von der parlamentarischen Bewilligung des jährlichen Kontingents — das weiß Herr Dr. Grégr sehr gut — hängt das Schicksal einer Regierung nicht ab. Sonst wäre das Kabinett des Grafen Thun schon in den ersten Tagen des Jahres 1899 gefallen. Was das zentralistische System anbelangt, so ist Dr. Grégr gewiß kein solcher Optimist, um auch nur einen Augenblick lang zu glauben, daß es mit dem Zentralismus aus wäre, wenn die Rekruten nicht vom Parlament bewilligt wären, und daß unverzüglich nach deren Nichtbewilligung schon der Föderalismus ganz und voll eintreten werde. Denn sonst hätte jener sein Ende gefunden und dieser seinen Anfang genommen schon vor zwei Jahren, als das Rekrutengesetz nicht einmal zur ersten Lesung kam. Ich weiß fürwahr nicht, woher man den Sanguinismus genommen hat, auf welcher sachlichen Grundlage er beruht oder wenigstens auf welcher Voraussetzung, der da mit mathematischer Sicherheit verkündet: Wird es in Österreich zu einem Staatsstreich kommen, so wird er der Übergang zum Föderalismus sein. Womit haben es denn die Propheten eines solchen Evangeliums gewährleistet, daß ein Staatsstreich, der obendrein noch von uns herbeigeführt wäre, nicht auch gegen uns ausfallen könnte?

Dr. Kaizl bedarf meines Plaidoyers nicht und wird allein sich verteidigen können. Nichtsdestoweniger muß hier auf einige unberechtigte Angriffe reagiert werden. Herr Zinke beschwerte sich über die Worte, die Dr. Kaizl in der deutsch-böhmischen Konferenz gesagt hat, es werde keine Ruhe in Böhmen eintreten, solange nicht die innere böhmische Amtssprache in Böhmen erneuert werden wird. Dr. Grégr bemerkt hierzu: Ob Dr. Kaizl wirklich gesagt hat, es werde Ruhe im böhmischen Volke eintreten, sobald in irgendeiner Weise die Sprachenfrage geregelt werden wird, weiß ich nicht. Hat er es aber gesagt, so war er hierzu nicht berechtigt. Dr. Kaizl ist Minister in Disposition und hat am wenigsten das Recht, im Namen des böhmischen Volkes zu sprechen. Das Sprich-

wort: »Wessen Brot du ißt, dessen Lied du singst« gilt auch von Ministern und wenn er sich nicht daran halten wollte, würde er aufhören, Minister in Disposition zu sein.

Die Erklärung Dr. Kaizls war richtig und treu in allen böhmischen Blättern wiedergegeben. Sie ist abgegeben worden auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der an den deutsch-böhmischen Konferenzen teilnehmenden Abgeordneten des böhmischen Volkes und des Großgrundbesitzes und hatte durchaus nicht den Sinn, daß durch die Rückgabe der böhmischen inneren Amtssprache alle nationalen und politischen Kämpfe des böhmischen Volkes werden eingestellt werden, noch auch den Sinn, daß die böhmische Delegation über Nacht eine Regierungspartei werden wird, sondern nur den Sinn, daß sie dann die Obstruktion einstellen und Opposition bleiben wird.

Dr. Kaizl war formal berechtigt und durch alle seine Kollegen ermächtigt, in der Konferenz eine derartige Erklärung abzugeben, die sich in voller Übereinstimmung befindet mit den Manifestationen unserer gesamten Partei. Allein auch ohne diese ist Dr. Kaizl durch sein Mandat legitimiert, gleichwie jeder andere Abgeordnete überall im Namen des böhmischen Volkes das Wort zu führen. Kein Mitglied der böhmischen Delegation hat sich jemals bloß als Vertreter seines Bezirkes betrachtet, sondern als jener der gesamten böhmischen Gesellschaft.

Nachdem er aufgehört hatte, Minister zu sein, kehrte Dr. Kaizl als gemeiner Soldat in die Reihen der Abgeordneten zurück und ist dort gleichberechtigt. Das wäre er auch in dem Falle, wenn er aktiver Minister und Abgeordneter zugleich wäre. Und er ist es auch in der Disponibilität. Nur nebenbei möge darauf aufmerksam gemacht werden, daß er sich nicht als Minister, sondern als Staatsbeamter in Disponibilität befindet. Nur von ihm hing es ab und er hätte wieder aktiviert werden können. Und ein Wort von ihm hätte genügt und heute wäre nicht Dr. Bilinski, sondern Dr. Kaizl Gouverneur der Österreichisch-ungarischen Bank, die einen Böhmen viel lieber gehabt hätte als einen Polen — aus Gründen, die man nicht laut auszusprechen braucht.

Dr. Bilinski war in Disponibilität mehr als zwei Jahre, Herr von Zaleski ist in Disponibilität länger als sieben Jahre, Herr von Madejski fünf Jahre. Doch haben wir niemals gehört, daß ihnen jemand unter den Polen das Recht abgesprochen hätte, im Namen des polnischen Volkes das Wort zu führen, geschweige denn sie

als Kostgänger und Menschen zu erklären, die nicht sui juris sind. Das geschieht nur bei uns. Wir bringen das Werk zustande, mit demselben Atemzuge zu verlangen, Čechen mögen zu höchsten Beamten im Staate ernannt werden, und ihnen zugleich das Čechentum abzusprechen. Das ist ein traditioneller Fehler unserer gesellschaftlichen, nationalen und politischen Verderbtheit, aus der wir hinauskommen und uns emanzipieren müssen.

Es ist nicht geziemend und auch nicht gerecht, allem aus dem Wege zu gehen, was mit irgendeiner Verantwortung verbunden ist, sich jeder positiven Arbeit zu entziehen und dann eine bequeme und verdächtigende Kritik zu üben. Die böhmischen Teilnehmer der Konferenz überhaupt und Dr. Kaizl im besonderen fürchten auch eine solche nicht. Sie haben das beruhigende Bewußtsein, die Rechte, die Interessen und die Würde des böhmischen Volkes in keinerlei Hinsicht verletzt zu haben. Herr Dr. Grégr hatte Gelegenheit, ihr, wir sagen nicht Gesellschafter, wir sagen Aufseher zu sein. Er hatte diese Rolle nicht angenommen. Schade, er hätte sich überzeugt, daß eine solche Konferenz sehr viel Arbeit — und an die drängt sich nicht jedermann, viel, sehr viel Geduld — die ist nicht jedermann gegeben, und endlich viel, sehr viel Vorsicht und Bedachtsamkeit, sachliches Wissen und allseitige praktische Erfahrungen erfordert — und dieses Geschenk hat Gott nicht jedermann anvertraut.

Der Abgeordnete Prášek hat sich in den Konferenzen klug benommen. Er ging hin und war dort nicht bloßer Zuhörer. Er trat dort im Namen eines Standes auf, den er vertritt, und es gelang ihm, für ihn eine Reform zu erwirken. Zugleich aber konnte er sich überzeugen, daß die Verdächtigungen gegen die Jungčechen Verleumdungen waren, und gab öffentlich, aus eigenem Antriebe Zeugenschaft ab, daß sie in der Konferenz rechtschaffen und ehrlich handelten.

Es ist nicht schwer, zu ausgesuchten Parteianhängern zu gehen, die bereit sind, beizustimmen und Beifall zu spenden, wenn man ihren Gefühlen schmeichelt. Allerdings ist das auch kein Verdienst. Eine schwierigere Arbeit ist es, das Interesse der böhmischen Sache gegen Machthaber zu vertreten, die nicht immer zustimmen, sondern im Gegenteil öfter widersprechen. Wer in die Ereignisse der letzten Zeit eingeweiht ist, weiß, daß Dr. Kaizl eine solche Festigkeit, die ihn nicht verließ, als er die Ministeruniform anhatte, erst unlängst bewies. In aller Stille, aber mit allem Nachdruck.

In vier Sitzungen der deutsch-böhmischen Konferenz für das Königreich Böhmen — die mährische Sektion ist nach der Reichsratssession nicht mehr zusammengetreten — ist nichts Wesentliches geleistet worden. Die Regierung hat ihren Entwurf betreffend die Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden nicht vorgelegt, wohl aber ein Material betreffend die nationale Abgrenzung der Bezirke für Gerichte und Behörden in Böhmen. Es ist dies kein Projekt, kein Operat, kein Antrag. Es ist dies statistisch-hypothetisches Elaborat. Ein Summarium habe ich in den »Národní Listy« veröffentlicht, sobald in der Konferenz die Debatte über den Gesetzentwurf eingeleitet worden ist, durch welchen die Geltung beider Landessprachen bei autonomen Behörden sichergestellt wird. Zugleich jedoch eine Note, die wichtiger ist als alle Ziffern, Berechnungen und Entwürfe und in der gesagt wird, daß die Zusammenlegung von Gerichtsbezirken nicht bloß aus Rücksichten auf das national sprachliche Moment allein erfolgen soll, sondern auch auf andere, welche oft wichtiger sind.

Alle Verhandlungen der zweiten Serie der deutsch-böhmischen Konferenz wurden in der Sitzung des Klubs der freisinnigen Nationalpartei am 27. v. M. dargelegt und mit Belegen begleitet. Es wurde gesagt, daß in suspenso geblieben sind zwei Artikel des Sprachengesetzentwurfes über die autonomen Behörden, daß ein besonderes Subkomité gewählt wurde für Minoritätsschulen und wieder ein besonderes für die Regelung der Sprachenverhältnisse bei den Staatsbehörden, daß auf Drängen der Čechen Dr. Körber endlich erklärt hat: »Die Regierung ist bereit, die innere böhmische Amtssprache einzuführen, wenn dadurch der Friede im Lande hergestellt werden kann«, daß Dr. Kaizl im Namen aller Abgeordneten des böhmischen Volkes und des Großgrundbesitzes die Erklärung abgegeben hat: »Wir beharren auf der vollständigen Gleichberechtigung innerhalb des gesamten Landesgebietes und werden die Möglichkeit der Teilung der Behörden und ebenso die Teilung des Beamtenstatus nicht zulassen.« Was schließlich die Wahlreform anbelangt, muß hinzugefügt werden, daß ein Protokoll abgefaßt wurde, das die schon bekannten Grundsätze enthält.

Die Regierung hat in der ganzen Aktion zahlreiche Fehler begangen, die nicht verschwiegen bleiben sollen. Vorsicht ist eine schöne Sache, namentlich wo es sich um ein heikles Objekt handelt, bei dem die berechtigte nationale Empfindlichkeit leicht verletzt werden könnte. Allein die dilatorische Methode Dr. Körbers war

nur diktiert von der blassen Furcht vor den Deutschen, von denen er überhaupt kein Auge abwendete, ganz vergessend, worum es sich handelt: um die Sühne eines Unrechtes, das er mitbegangen, und um wenigstens teilweise Beruhigung der Čechen, und daß es sich bei diesen in erster Reihe um kein neues Recht handelt, sondern um die Restitution eines schon anerkannten und praktizierten Rechtes. Zur aufschiebenden Taktik des Herrn von Körber gehört es wohl auch, daß die Arbeiten für die Kampagne des böhmischen Landtages eingestellt werden sollten, so daß sich einem die Frage aufdrängt, warum es der Ministerpräsident so eilig mit der Einsetzung von Subkomités hatte, wenn sie sechs Wochen lang zur völligen Untätigkeit verurteilt sein sollten. Allerdings, als Dr. Pacák meinte, man könnte in Prag weiter beraten, sprang Herr Dr. Pergelt auf, als hätte ihn eine Tarantel gestochen. Das genügte Herrn Dr. von Körber, um den Deutschen ihren Willen zu tun und eine Generalpause zu machen. Es war ferner ein großer Fehler, statistisches Material zu verteilen, das irrtümlicherweise als offizielles Operat beurteilt und gehalten wurde, bevor noch Dr. von Körber selbst seine Grundsätze für die Regelung der Sprachenverhältnisse in den Staatsämtern ausgesprochen oder bevor sie zwischen den Parteien vereinbart waren. Mit seinen Tabellen hatte es noch lange Zeit, bis zu jenem Augenblick, in welchem das Kriterium für den sprachlichen Charakter eines Bezirkes festgesetzt sein wird. Heute z. B. ist es noch strittig und problematisch, welcher Bezirk als gemischtsprachig anzusehen ist, von anderen Dingen gar nicht zu reden.

Zweieinhalb Monate befindet sich die gegenwärtige Regierung im Amte. Die Lösung der Sprachenfrage ist auch nicht um den Schritt einer Schnecke weitergekommen. Die böse Tat Clarys zu sühnen, weigert sie sich ohne Approbation der Deutschen. Sie kann lange warten, bevor sie diese von ihnen erhält, besonders wenn sie ihnen gegenüber so unentschlossen und furchtsam vorgehen wird wie bisher. Die Čechen aber wollen nicht warten. Wenn zum Sessionsschluß die Remedur nicht geschaffen wird, die sie als Bedingung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments erklärt haben, dann werden sie die Konsequenzen ziehen: sie werden sich die Frage zu beantworten haben, ob es sich verträgt mit ihrer Würde und mit der Ehre des Volkes, bei der Untätigkeit der Regierung noch weiter in den Konferenzen zu bleiben, und werden der Regierung keine Vorlage durchlassen. Zu einem solchen Ent-

schlusse braucht man sie nicht erst zu drängen. Sie werden selbst wissen, was ihnen die Achtung vor sich selbst und vor der Nation gebietet. Es wird der Augenblick kommen, in welchem die böhmischen Abgeordneten sich aller Rücksicht auf eine Regierung enthoben fühlen werden, die ein Spielball deutschen Übermutes und deutscher Herrschsucht geworden ist.

Der Massenstreik der Bergleute ist noch nicht ganz beendigt, wird es aber wohl bald werden. Ich weiß fürwahr nicht, welche Niederlage der armen Kohlenarbeiter größer und empfindlicher ist: ob die materielle oder die moralische. Fast will es mir scheinen, daß diese. Sie sind zur Arbeit zurückgekehrt, in allen ihren Hoffnungen getäuscht, ohne daß ihnen die lange Entbehrung irgendeinen Gewinn oder auch nur einen Ersatz gebracht hätte, und sind genötigt gewesen, bedingungslos zu kapitulieren. Aus diesem Streik ist die auf allen sozialdemokratischen Kongressen gepriesene Solidarität aller Proletarier ganz zerschlagen hervorgegangen. Sie hat versagt. Denn einen Generalstreik hat es nicht einmal in Österreich gegeben. Einige Meilen weit von den schlesischen Kohlenwerken wurde ununterbrochen in preußischen gearbeitet und solchermaßen untergruben die Kohlengräber in Preußisch-Schlesien die Aktion ihrer Genossen in Österreichisch-Schlesien. Die Feuerprobe hat die Gemeinsamkeit der Beschäftigten derselben Kategorie nicht bestanden. Von einer dreifachen Schuld kann die Führung der sozialdemokratischen Partei nicht freigesprochen werden. Die erste war, daß sie nicht den Mut gefunden, sich gegen den Streik auszusprechen, dessen Chancen von vornherein ungünstig waren und welche als solche von der Parteileitung selbst richtig diagnostiziert wurden. Die zweite war, daß sie nicht gewagt hat, die Einstellung des Streiks anzuraten, als daraus ein Vorteil winkte, und daß auf diese Weise eine Gelegenheit verpaßt wurde, durch deren Benutzung die unermeßlichen Opfer der Bedauernswerten nicht vergeblich geblieben wären. Die dritte endlich bestand darin, daß sie, in Überschätzung ihrer Kraft, in den Streikenden übermäßige, unerfüllbare Hoffnungen geweckt hat, als müßte unter dem Drucke einer derartigen Bewegung und infolge der Anregung und des Druckes der sozialdemokratischen Abgeordneten das Parlament die Hauptforderung der Streikenden, die achtstündige Normalarbeitszeit, in Gesetzesform inkorporieren. Alles, was im Parlament geschah, ist durch die böhmischen Abgeordneten geschehen. Das ganze Abgeordnetenhaus hat den Antrag Dr. Slámas angenommen, durch welchen die Regierung aufgefordert

wird, das Ende des Streiks in einer Weise herbeizuführen, welche den berechtigten Forderungen der Arbeiter, aber auch den Interessen der Bevölkerung entspricht. Außerdem eine Resolution Scheichers zum Schutz der Kinder und Frauen unter Tagwerk. Die zentrifugale Diskussion des sozialpolitischen Ausschusses über die Normalarbeitszeit in Bergwerken konzentrierte Dr. Fořt und formulierte sie in Grundsätze für ein adjustiertes Gesetz, dessen Ausarbeitung einer späteren Zeit vorbehalten blieb.

Die neue Wahlordnung und das Gemeindestatut für die Stadt Wien hat die Sanktion erhalten. Sie konnte ihnen nicht verweigert werden. Die liberale Minorität beantwortete das fait accompli durch Resignation auf ihre Mandate. Sie hofften, man werde vor der Minorität im Rathause ebenso kapitulieren wie vor der Minorität im Parlament. Da diese Erwartung nicht in Erfüllung gegangen ist, trotzt sie.

Die Landtage sind am 26. und 27. März und am 2. April zusammengetreten. Noch ist die Tätigkeit nicht im Zuge, doch sieht man schon Blitze schlängeln. In Prag ist stürmisches Wetter und noch stürmischeres Wetter wird kommen. Dort ist die Spannung verdichtet, dort ist die Unzufriedenheit und der Unwille des böhmischen Volkes komprimiert. Es wäre eine Unaufrichtigkeit, wenn man ihnen auf der Tribüne des Landtages nicht unverhohlen Ausdruck gäbe. Die von Dr. Engel, Dr. Herold und Dr. Fořt in der Debatte über das Budgetprovisorium gehaltenen Reden sind eine nachdrückliche Warnung nach Wien. Wird Dr. Körber sie verstehen, dann werden die Signale aus der böhmischen Metropole eine Aufmunterung sein, nicht müßig zuzusehen, sondern sich ans Werk zu machen. Bisher sind alle seine Vorgänger durch einen Sturm aus Böhmen hinweggefegt worden. Möge er sich in acht nehmen, daß ihn nicht das gleiche Schicksal ereile, bevor er sich dessen versieht. Die böhmischen Gewitter pflegen ein sehr rasches Tempo zu haben.

Die Marburger Erklärung der steiermärkischen Slovenen, in der sie ihre Abstinenz gegen den Landtag ankündigen, ist der ernste Widerhall einer ernsten Tat. Das slovenische Drittel in diesem Lande will nicht rechtlos sein und bleiben. Sie haben die Brücken hinter sich verbrannt. Die Regierung muß sie wieder herstellen und mit Akten der Gerechtigkeit pflastern.

In Ungarn rüstet man zu Neuwahlen, die den heurigen Sommer ausfüllen werden. Alles, was geschieht, geschieht nur aus Rücksichten für sie.

1900.

Zum 10. September 1905.

Einen festlichen und denkwürdigen Tag begeht heute das slovenische Volk. In seiner Metropole, in seinem nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Brennpunkt, in dem fortgeschrittenen und fortschrittlichen Laibach enthüllt es seinem ersten Sänger, seinem ersten Propheten, dem ersten Erwecker dieses volkstümlichen und demokratischen slavischen Stammes, Franz Prešern, ein Monument.

Allein nicht bloß dem Propheten der tiefen, melancholischen, resignierten Liebe zum unendlich geliebten Mädchen, das er gleich warm und begeistert verherrlichte wie Petrarca seine Laura, wie Dante seine Beatrice, wie unser Kollár seine Mina, und des felsenfesten Patriotismus hat aus seinen Groschen, aus seinen Schwielen, aus seiner opferbereiten Dankbarkeit eine Gesellschaft aufgeklärter Nachkommen ein Denkmal gesetzt — es verkündet der kalte Stein dieses Monuments nicht bloß, was der Gefeierte getan, wie er die Schläfrigen aufgerüttelt, wie er die Verzweifelten getröstet, wie er feurige Funken und zündende Kränze in die geknechteten Massen einfacher städtischer Bürger und noch einfacherer bäuerlicher Landleute geworfen, wie er selbst an sich und seiner Zukunft zweifelnd, selbst dem schwärzesten Pessimismus, ja dem Materialismus hingegeben, die Hoffnung auf bessere Zeiten für die Krainer nicht aufgab und wie er diese Hoffnung in die leidenden Seelen goß, aufmunterte, stärkte, anfeuerte — — die slovenischen Millionen manifestieren durch das heutige Festival der ganzen Welt, daß sie ein durch starken Glauben und Willen zum Leben durchdrungener Faktor sind. Nach Norden und nach Süden hin, von wo auf ihnen ein Druck gelastet hat und noch lastet, rufen der bronzene Prešern und seine Verehrer: »Hier sind wir und hier bleiben wir!«

Was in den Zeiten ärgster antinationaler und antiliberaler Reaktion Franz Prešern geahnt und vorausgesagt hat, ist in Er-

füllung gegangen. Slovenisch ist Krain, slovenisch ist Laibach. Die Sprache hat sich entwickelt. Fruchtbare Keime sind in ungezählten Strömen durch Zeitungen und Bücher verbreitet worden. Die Schulen wachsen in die Tiefe, in die Breite und auch in die Höhe. Schon ist die Rechtsfakultät als Beginn einer Universität in Sicht. Das selbständige Theater geht denselben Dornenweg, den das unserige gegangen — langsam, aber es schreitet fort. Das Netz der Vereine ist verzweigt und dicht. Überall Bewegung und Aufschwung. Ein heiliger Trotz ist ausgegossen — jenes aufregende Animo, aus welchem positive Taten geboren werden. Kein leeres und unfruchtbares Gerede, kein verblendeter Größenwahn — eine gesunde, werktätige Arbeit auf allen Gebieten, auch in der Kunst.

Ein halbes Jahrhundert ist erst seit dem Tode Prešerns vergangen, und was hat in dieser Zeit das biedere, arbeitsame, der Kultur zustrebende kleine slovenische Volk geleistet! In ungeahntem Maße ist es vorwärts gekommen. Und es war auf sich selbst gestellt, auf sich selbst angewiesen, von allen Seiten verlassen. Es war kein Glück und kein Segen für die Slovenen und Kroaten, daß die Keime der Gemeinsamkeit zertreten worden sind, daß die Grundlagen der Einheit zerstört worden sind und daß der unglückselige Separatismus diejenigen getrennt hat, die zueinander gehörten, wie die Slovaken zu uns gehören. Was wären Slovenen und Kroaten zusammen, nicht bloß pro domo, nicht bloß für die Monarchie, sondern auch für die anderen Slaven? Ihre Potenz würde sich nicht nur summieren, sondern vervielfältigen. Das Wort Palmerstons: »Der Starke ist am stärksten allein« hat auch seine Kehrseite für die kleinen Völker, und zwar diese: »Was nicht groß ist, schwäche nicht durch Teilung.« Darüber nachzudenken, haben sowohl jene als diese gerade heute alle Ursache.

Was das slovenische Volk geworden und was es ist, was es sein nennt, was es errungen und erkämpft — das ist alles ausschließlich sein Gut. Niemand hat ihm was gegeben. Weder der Hof, noch der Staat, noch die Regierungen. Es war froh, wenn sie ihm nichts wegnahmen. Ihre Schuld ihm gegenüber ist groß. Nicht zur Freigebigkeit, nicht zu Geschenken, noch weniger aber zu irgendwelcher Gunst oder gar Gnade — zur bloßen Gerechtigkeit haben sie alle noch recht weit. Ist ja auch dieses Denkmal nur und nur durch interne Sammlungen errichtet worden. Anderswo und anderswohin gibt man Millionen für Monumente, für welche man erst die Größen suchen muß. Hier hat man 60 Jahre

lang Pfennig zu Pfennig gelegt, bevor die Auslagen für ein Monument beisammen waren. Schon im Jahre 1900, zum 100. Geburtstage Prešerns, wollte man es aufstellen. Es fehlte jedoch an Geld. Und vielleicht wäre auch die heutige Feier unterblieben, wenn die Laibacher Damen nicht im letzten Moment verschafft hätten, was da fehlte. Es liegt kein Grund vor, sich dieser Langsamkeit, dieses Mangels zu schämen Hat der Reichtum seinen Stolz, so hat die Armut auch den ihren. Namentlich die siegreiche Armut, die Armut, welche über die Widerwärtigkeit der Menschen und Dinge, über Schwierigkeiten und Hindernisse, über Gegnerschaft und Neid triumphiert, jene Armut, die, wenn auch auf eine Krücke gestützt, zur Höhe aufstrebt, aus Erniedrigung zur Eigenberechtigung, aus dem Dunkel zum Licht und die, oben auf dem Gipfel angekommen, strahlenden Auges hinabblickt in das trübe Tal und aus voller Lunge und frohem Herzen jubelt: Eitel doch ist gegen uns all euree Kabale.

Dem Namen nach ist heute in Laibach eine Prešernfeier, in der Tat ist es ein politisches Fest, ein Fest der Regenerierung, des Wachstums, des Erstarkens eines bedrückten Volkes zu einem Volke, das die Existenzfähigkeit besitzt, das in sich selbst die Gewähr seines Wesens hat und das auch den geharnischten Entschluß hat, gegen wen immer den überkommenen und erhaltenen Besitz zu verteidigen. Das slovenische Volk feiert heute die Erlangung von Zielen, das Erreichen von Etappen, die Erkämpfung von Erfolgen, die es selbst nicht erwartet hat. Es ist zu ihnen gelangt durch zähe, ausdauernde Regsamkeit, durch jenen flammenden und leidenschaftlichen Eifer, den südliches Blut, wärmeres Klima und innere Begeisterung verleihen. Und wenn der russische Apostel, von dem das einstimmige Urteil besagt, daß er durch seine »Memoiren eines Jägers« mehr zur Aufhebung der Leibeigenschaft beigetragen hat als alle Politiker zusammen, gesagt hat: »So ihr euer Volk liebt — belehrt es«, so ruft der slovenische Bauernsohn, der im Dorfe Vrba geborene Prešern, der für sein Volk mehr getan hat als dessen Delegation in den Vertretungskörpern: Wenn ihr für euer Volk kämpfen wollet — arbeitet dafür. Und er selbst hat die Initiative ergriffen, war selbst ein Vorbild. Er hat dem Volke, aus dem er hervorgegangen, die dichterische Sprache gegeben, der Dichtung hat er Schwung, Form, Geist gegeben, dem Volke hat er den Glauben an die eigene nationale Seele gegeben, er hat aus seinen Reihen Unzucht, Streit, Uneinigkeit, Eifersucht und gegenseitige Unverträglichkeit sowie sklavischen

Sinn gegenüber anderen vertrieben. Er hat es verstanden, mit gezückktem Schwerte gerade so zu ahnden, wie mit der Friedenspalme aufzumuntern. Er hat es verstanden, mit der Hölle der Göttlichen Komödie zu verdammen und diejenigen zu segnen, die Achtung verdienten. In der vormärzlichen Niedergeschlagenheit hatte er vor allem eine seltene Energie: sich über den Schmutz des Alltaglebens und der zeitgenössischen Zustände zu erheben und die Legionen der nationalen Armee zur Anabasis nach dem goldenen Vlies zu führen.

Einen solchen Sinn und eine solche Bedeutung hat der heutige Tag für die Slovenen, für diese tapfere, treue, hingebungsvolle, nie wankende Wacht im Süden, die einem zweifachen, unzähligemal stärkeren Gegner nicht bloß mannhaft, sondern erfolgreich standhält und trotzt, welche tatsächlich stets und immerfort noch mit der einen Hand die Waffe hält, mit der anderen die Kelle, mit der einen von den Bastionen und Mauern den äußeren Feind abwehrt, mit der anderen Zelte und Interieurs innerhalb der Festung und Wälle, der Gürtel und Türme baut. Grenzenlose Achtung, grenzenlose Bewunderung verdient dieses der Mehrheit nach agrarische Volk für diese unerschütterliche Defensive, für diese lange Ausdauer, für diesen nie ermattenden Widerstand und auch für diese positiven Leistungen zwischen Kriegen und Schlachten. Solche Völker gehen nicht unter. Möge man in Wien, in Graz, Klagenfurt und Triest Pläne schmieden zur Unterdrückung der Slovenen — alles vergebliche Arbeit. Ein vereinzelter Blitz von oben kann einen Zweig abbrechen, ein starker Wind einen anderen — wenn der Stamm gesund, die Wurzeln gut und der Saft frisch ist, der Baum wird nicht gefällt. Er steckt und steht fest, breit gelagert und unverschiebbar. Lieblich ist dessen Schatten, reichlich und nahrhaft dessen Frucht, er ist ein Segen und ein Glück.

Die Slaven sind heute in Laibach versammelt. Aus dem Küstenlande, aus Kroatien, aus Kärnten und Bosnien, aus Steiermark und den böhmischen Ländern. Die verbrüderten Völker haben erkannt, worum es sich handelt — um ein Familienfest.

So wie Franz Miklošic, der größte Slavist, so war auch Franz Prešern der Sohn eines Ackermannes. Er lernte ausgezeichnet. Nach Ablegung des Doktorats und der Kanzleiprüfung litt er vierzehn Jahre lang Not und Elend. Er konnte nicht selbständig werden. Der numerus clausus war die Ursache. Zuvor waren nur zwölf, nachher vierzehn Advokatenstellen für ganz Krain limitiert. Er

war vorzüglich qualifiziert, hatte schmeichelhafteste Zeugnisse, hatte wärmste Empfehlungen, allein so oft eine Stelle frei geworden, wurde er abgewiesen. Das Glück war ihm nicht hold. Auch oben war man ihm nicht grün. Er war dort nicht gut angeschrieben aus vielen Gründen. Zwei Sachen namentlich schadeten. Die Schwäche, jedem direkt die Wahrheit zu sagen, und die Stärke einer stabilisierten, freisinnigen Überzeugung. Bis übers Grab hinaus war ihm das abträglich, ja noch heute bedeutet es für ihn einen Abbruch. »Meine Kopfhaare werden schon grau«, beschwerte er sich bei seinen Kollegen, »und noch bin ich nicht Advokat und werde es wohl nie werden.« Und er ist es doch geworden. Sechsundvierzig Jahre war er alt, als seinem fünften Gesuche entsprochen und ihm eine Kanzlei in Krainburg verliehen wurde. Dort hat er im Jahre 1848 seine »Poesien« herausgegeben. Am 8. Februar 1849 starb er nach langer und schwerer Krankheit. Sein Leben war kurz aber mühsam und schwer. Sein Schicksal war: entsagen dem Glücke der Liebe, der Familie, dem Eigentum, dem eigenen Herd, allen Gütern der Erde, allem, was das Herz erfreut und beseelt, allem, was erwärmt und beruhigt. Doch haben ihm die Parzen in die Wiege jene Resistenz gelegt, welche Flüsse durchwatet und Berge versetzt.

Er war ein Dichter, er war ein slovenischer Dichter, er war ein slavischer Dichter, er war ein fortschrittlicher Dichter und er war ein armer Dichter. Alle diese Posten ergeben zusammen ein materielles Defizit, das durch Krankheit noch angewachsen ist.

Wenn aber auch sein Leben nach der materiellen Seite hin passiv ist, wenn es eine Reihe von Entbehrungen, Resignation, Rackern für andere ist, nach der geistigen Seite hin ist die Bilanz seiner Tätigkeit durchaus positiv, durchaus groß. Er war Erotiker, Nationaler und Patriot zugleich. Was vor ihm war, war ein Surrogat, das weder durch Form noch durch Inhalt den Beinamen Poesie verdiente. Prešern erst war der schaffende Geist. Was Čelakovský, Jungmann und Kollár, jeder einzeln und zusammen geschaffen haben, hat er allein vollbracht. Er hat in der Mitte des vorigen Jahrhunderts den schlagenden Beweis erbracht, daß die verächtlich gottscheebische oder windische genannte slovenische Sprache geeignet und fähig ist, biegsam und elastisch für die höchsten Ideen, für die erhabensten Vorstellungen, für die innigsten und zartesten Empfindungen, für die schwierigsten altklassischen, italienischen und orientalischen Formen, für den griechischen Hexameter, für

Dantes Terzinen, für Petrarcas Sonette, für persische Ghaseln, für volkstümliches, lyrisches Lied. Ein Meisterwerk, das nicht seinesgleichen hat, ist der der geliebten Julia Primic geweihte Sonettenkranz. Vierzehn Sonette dichtete er, deren Inhalt ist: Liebe zu diesem Mädchen. Liebe zur Muttersprache und Liebe zum Volke. Die ersten Buchstaben dieser Sonette ergeben ihren Namen. Der letzte vorhergehende Vers ist zugleich der erste Vers des nachfolgenden Sonetts. Das fünfzehnte Sonett, Magistrale genannt, vereinigt alle diese Verse. Die Anfangsbuchstaben dieses fünfzehnten Sonetts, von oben nach unten gelesen, ergeben wieder den Namen der besungenen, vergötterten, beweinten und verlorenen Slovenin. Er war ein souveräner Meister der Form. Die schwierigsten suchte er hervor. Jede bewältigte er. Und der Kern seiner Poesie — der ist heute Eigentum des ganzen Volkes. Seine Verse kennt jedermann, man liest sie, man zitiert sie, man singt sie. Wonach Mickiewicz am Schlusse seines Vorgesanges zum »Herr Thaddäus« sich gesehnt: seine Gedichte mögen in den entlegensten Hütten und Einsiedeleien gehört werden, das ist an Franz Prešerns Dichtungen in Erfüllung gegangen. Der Student, der Soldat, der Bauer, der Bürger, insbesondere jedoch die heranwachsende Jugend in den Jahren, da in den Herzen das Verlangen nach dem anderen Geschlechte rege wird, finden darin den Widerhall ihres Innern. Wie schön sind diese an sich sangbaren Lieder vokalisiert. Wer kann, der sie einmal gehört, die Melodie des Nocturno »Luna strahlet« vergessen? Unsterblich ist Prešern: er lebt im Munde der Nachkommen. Auf seinen Schultern stehen, die nach ihm kamen, und was er von Čop geschrieben, gilt mit viel mehr Recht von ihm:

»Was du gesät, ist aufgeschossen in Halme,
Uns und fernem Geschlecht reichliche Frucht es bringt.«

So ist uns Prešern der Repräsentant eines Mannes, der, ungebeugt durch die Sorgen ums Brot, fest auf dem heimatlichen Boden steht, der klaren Auges weiter und höher schaut, wenn der Horizont um ihn sich verfinstert, der nicht kleinmütig wird durch augenblickliche Leiden, sondern Trost und Stärkung sucht in dem Glauben, daß man Recht und Wahrheit zwar bedrücken, aber nicht erdrücken kann, daß man — um das Wort Maria Stuarts zu gebrauchen — gegen Leute, die nichts anderes tun, als daß sie ehrlich das Ihrige verteidigen, niedrige Mittel anwenden, daß man sie jedoch nicht erniedrigen kann, und auch im Glauben,

daß die wertvollste Errungenschaft dasjenige ist, was ein jeder sich selbst erringt, daß die beste Stütze der eigene Fuß ist, daß die wirksamste Helferin die eigene Hand ist. Derjenige ist nicht der gebenedeite Bote, der unter das Volk geht, um ihm das Vertrauen zu entziehen und Zweifel zu säen, sondern der Vertrauen weckt und die Skepsis verscheucht. Allein, ganz allein stehend, ohne jemand zu haben, sei es ein Freund, sei es das Weib, die ihn trösten würde, ihn, den vom Schicksal unbarmherzig Zusammengehauenen, vorzeitig zu Tode Gehetzten, hat dieser Dulder und Märtyrer Tausenden und Tausenden den Zaubertrank der Hoffnung gereicht, selbst unter der Schwere seiner Last zusammenbrechend, hat er andere gestützt und gestärkt. Er war ein großer Dichter und ein großer Mensch zugleich, wert und würdig, daß alle Söhne und Töchter des slovenischen Volkes ohne Unterschied vor dem Monument, das man heute auf dem Marienplatze in Laibach enthüllen wird, ihren häuslichen Krieg einstellen, seinem lichten Andenken die Huldigung darbringen und vor dem Metall, das seine Physiognomie darstellt, geloben, daß sie sein Vermächtnis bewahren wollen und werden mit allen ihren Kräften, daß sie den Weg gehen werden, den er für sie ausgetreten, daß sie ihre Hingebung dartun werden durch Arbeit und daß jeder von ihnen die Gebote und Gesetze des nationalen Evangeliums vollziehen wird.

Aus vollem Herzen, mit jener Solidarität, die uns mit allen slavischen Völkern verknüpft, mit jener Teilnahme, welche die Erniedrigten, einzelne und Völker, näher bringt, schließen wir Böhmen uns den Ehrungen an, welche das slovenische Volk seinem hervorragenden Dichter erweist.

Als ich — vor einem Vierteljahrhundert — eine Auswahl seiner Gedichte herausgab, begann für die Slaven dieses Staates ein lauer Wind zu wehen. Das Eis schmolz, eine regere Bewegung machte sich auf den Triften bemerkbar. Wir fühlten uns frei wie ein der Ketten entledigter Mann. Wir traten beherzter auf. Seit jener Wendung schreiten wir trotz aller störenden Episoden höher und schreiten wir vorwärts. Die Slovenen neben uns oder hinter uns. Sie wissen, daß unsere Erfolge auch die ihren sind. Es besteht zwischen uns eine Gegenseitigkeit, welche auf dem gleichen Interesse und auf gleichen Dispositionen beruht. Wir brauchen einer den anderen. Wir ergänzen uns, wir unterstützen uns, wir helfen uns — physisch und moralisch. Wir sind natürliche Alliierte und werden es bleiben. Die böhmische Universität, das königliche Prag, die

böhmische Delegation haben diese politische, kulturelle und materielle Allianz dokumentiert, indem sie ihre Vertreter nach Laibach entsendeten. Vor dem Monument Prešerns wird dieser Bund erneuert und bekräftigt werden.

So wie der heutige Tag ein Fest ist, durch welches die Slovenen ihre halbhundertjährige Vergangenheit feiern, die seit dem Tode Prešerns verflossen ist, so möge sie auch der Ausgangs- und Meilenpunkt sein einer neuen Ära, einer fröhlicheren Zukunft für sie. Dieser Wunsch möge heute von Norden nach Süden fliegen. Von den Stufen des Prešern-Monuments zu den Stufen der slovenischen Universität in Laibach wird kein halbes Jahrhundert verfließen. Die Feier der Begründung dieser Hochschule wird das nächste slovenische und slavische Fest sein. Das hoffen wir, das erwarten, daran glauben wir, davon sind wir überzeugt, wie wir überzeugt sind von der siegreichen, unaufhaltsamen und unerschütterlichen Macht des Lichtes, der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

*

»Auf ein derartiges Gedränge waren wir nicht gefaßt«, ereiferte sich teils, entschuldigte sich teils Montag mittag, als wir von Laibach nach Agram abreisten, der erste Kondukteur des Triester Zuges im Südbahnhofe. Das war auch die stereotype Antwort aller Organe der Station auf Klagen, daß die Waggons vollgepfropft seien, daß das eine Rücksichtslosigkeit und ein Mangel an Vorkehrungen — später wurden in die gereizte Diskussion noch schärfere Worte geworfen — und das sei nur auf dieser Bahn möglich, nämlich auf der Südbahn. Als der Konflikt am schärfsten war, als die Gefahr nicht bloß von Zusammenstößen, sondern strafgesetzlich verfolgbarer Beleidigungen drohte, wurde die Spitze unfreiwillig von einem Kondukteur abgebrochen, der in seiner Aufregung rief: »Aber meine Herrschaften, wir sind doch alle Menschen und müssen bedenken, was menschenmöglich ist!«

Nur nebenbei sei konstatiert, die Verbindung zwischen der Hauptstadt Krains und der Kroatiens ist eine allmiserable. In doppelter Hinsicht miserabel. Einerseits kann von einer Verbindung nicht gesprochen werden, wenn man in der Umsteigstation Steinbrück 6 Stunden bei Nacht warten muß, anderseits dauert die Fahrt auf der kaum 140 km langen Strecke einen halben Tag. In dieser Zeit gelangt man von Prag nach Wien. Und es ist keine Hoffnung auf Remedur. Im ungarischen Handelsministerium sitzen Zentralisten und die wollen, daß man lediglich nach Pest rasch kommt, überall

anderswohin langsam. Die Slovenen und Kroaten durch häufige, obendrein noch durch Expreßzüge näher zu bringen, sei nicht Aufgabe der ungarischen Eisenbahnpolitik und der magyarischen Politik überhaupt. So wird Agram, so wird das kroatische Volk auch auf diese Weise geschädigt und an dieser kleinen Tatsache wird es sichtbar, welche Tragweite der Eisenbahnpolitik zukommt.

In Laibach hat es faktisch nie so viele Leute gegeben, wie viele ihrer dort zur Prešernfeier versammelt waren. Sie ist wahrhaft zu einem slavischen Fest geworden. Nur Polen waren nicht zugegen. Warum, weiß ich nicht. Geladen waren sie. Das böhmische Volk war aufs würdigste vertreten. Es waren da: Jaroslav Vrchlický für die Akademie, Professor Hlava für die Universität, Dr. Herold für den Nationalrat, Dr. Srb und Dr. Groš mit einer ganzen Deputation von Prag, Frau Preiß für den Kunstverein. Am zahlreichsten waren die Serben repräsentiert, über hundert waren ihrer entsendet worden. Ihren Oberpriester ausgenommen, eine imposante Gestalt mit zahlreichen russischen Orden, waren sie insgesamt westeuropäisch gekleidet. Die russische Gelehrtenwelt hatte den feurigen Professor der Warschauer Universität Dr. Zabolotsky delegiert. Kroaten aus dem Königreiche waren in großer Menge erschienen, Slovenen aus allen Gegenden. Am freudigsten wurden jene aus Triest begrüßt. »Was euch Böhmen eure Konnationalen aus dem sogenannten geschlossenen Sprachgebiete sind, das sind uns die unsrigen aus dem Küstenlande«, sagte ein junger Laibacher Advokat und Politiker, als man die Triestiner stürmisch akklamierte.

Nationaltrachten gab es nur wenige. Die interessantesten waren die Oberkrainer Frauen in lichten, ganz weißen Kopftüchern (diese heißen Peče) und in schwarzen seidenen Kleidern. Man hat ihnen lebhaft applaudiert, als sie festen Schrittes über den Platz auf ihren Standort marschierten. Auch Bergleute sahen wir in hohen Stiefeln, die bis übers Knie reichten. Sehr gering an Zahl waren die Sloveninnen mit hübschen hohen Hauben, farbigen Brusttüchern und Schürzen und mit zinnoberroten Regenschirmen. Das ist der schönste und gesündeste Schlag. Schade, daß die alten, frischen, lieben, anmutigen und interessanten Trachten mit einer größeren, bei weitem größeren Schnelligkeit verschwinden als bei uns in Böhmen und in Mähren. So wird aus dem nationalen Ganzen nicht bloß ein heimisches, eigengeartetes, konservatives Element eliminiert, sondern auch Buntheit und Licht, die in lebhaften und frischen Konturen zu einem harmonischen Eindruck sich vereinigen.

Man überschüttete uns ganz mit Blumen, als wir langsam vom Platze vor dem Nationalhause, das einigermaßen abseits liegt und deshalb weniger besucht wird, hinunterfuhren auf den Marienring, wo das Prešern-Monument aufgestellt ist. Der Platz ist ausgezeichnet gewählt. Als Hintergrund dient der nahe und hohe Schloßberg, von wo Pöllerschüsse abgefeuert wurden, als die Hülle vom Monument fiel, von wo ein prachtvoller Ausblick auf die Stadt und auf die ganze Umgebung bis zur Kette der Alpen ist. Laibach liegt überhaupt schön. Der blaugrüne, reine Laibachfluß durchflutet es. Einige pittoreske Brücken überwölben ihn. Aus den Ruinen des des Erdbebens vom Jahre 1894 sind neue, moderne Häuser, breite Gassen und Straßen entstanden. Überall ist Wachstum und Fortschritt bemerkbar, überall ein Anspannen der Kräfte, überall ein Strecken. Ein geschmackvolles Theater, ein graziöses Landtagsgebäude, ein sezessionistisches Hotel Union, einige ganz neumodische Bauten. Laibach ist der Brennpunkt nicht bloß Krains sondern aller Slovenen. Es ist uns nicht entgangen, mit welcher Freude durch dessen Pforten die tapferen Ankömmlinge aus Cilli mit ihrem Musikchor einzogen, und wie man sie demonstrativ und frohlockend auszeichnete als Kämpfer, die auf heißem Boden stehen und denen der Sieg winkt.

Kulissen des Schauplatzes, auf dem man den bronzenen Prešern in Überlebensgröße placiert hat, sind Häusergruppen. Zwischen diesen stehen Tausende Festteilnehmer. In musterhafter Ruhe und Ordnung warten sie schon vom frühen Morgen im Sonnenbrand. Es ist dies eine selten schöne Dekoration, ein Panorama von ungewöhnlichem Reiz. Es ist das slovenische Volk. Diese Massen, später elektrisiert, explodierten in einer Begeisterung, wie ich sie nie in meinem Leben gesehen habe. Es war ein geradezu vulkanisches Feuer darin. Möge es den Slovenen lange erhalten bleiben, möge es sie erwärmen; sie bedürfen seiner. Zwar sind sie emporgewachsen, sind jedoch noch dort, wo wir in den sechziger Jahren waren. Sie schreiten sichtbar vorwärts. Das Tempo ihrer Entwicklung wird schon beschleunigt werden. Es tut nicht bloß Flammen not, auch Geduld empfiehlt sich.

Nicht bloß ein slavisches Fest war die Prešernfeier, sondern ein Volksfest, ein bürgerliches Fest, ein fortschrittliches Fest. Es gab keine Beamten und keine militärischen Uniformen — einen einzigen Oberleutnant der Landwehr habe ich gesehen. Es gab auch keine Geistlichen. Die waren mit der Bischofpartei und mit

der Šusteršičpartei in Abstinenz. Nur aus Kroatien waren einige Priester. So nahm dieses Festival einen antiklerikalen Charakter an — in der äußeren Szenerie, im Tenor der Festrede, noch mehr jedoch in dem, was sich nach dem 10. September ereignet hat. Doch davon später.

Dr. Tavčar habe ich einigemal im Hause sprechen gehört. Er ist ein ausgezeichneter Redner. Er besitzt Witz im Sinne des französischen Esprit; er besitzt jedoch im besonderen die Agressivität, jene Impetuosität, welche im fortwährenden Kampfe entsteht und die Tendenz hat, sich zu steigern. Dieser Mann steht nicht nur inmitten des Kulturkampfes zwischen den slovenischen Fortschrittlern und Klerikalen, er steht an dessen Spitze. Er ist erfüllt und durchdrungen von kriegerischer Gesinnung gegen den heimatlichen Gegner. Sie dringt ihm aus allen Poren. Ich war nicht erstaunt, zu sehen, daß sie auch in seiner kurzen, aber geharnischten Ansprache wetterte.

Kein Märchen ist die antike Erzählung vom starken Antaios dem Sohne Poseidons und Gaias, der durch Berührung des heimischen Bodens neue Kraft in seinen Zweikämpfen gewann. Es ist das eine Wahrheit im mythischen Gewande, die sich Tag für Tag bestätigt. Der verstorbene Dr. Eduard Brzorád war ein talentierter Orator. Wie anders jedoch floß seine Rede, wenn er deutsch und wie anders, wenn er in seiner Muttersprache sprach. Der dalmatinische Kroate, der mutige Bianchini, ist ein Redner, der alle Ingredienzien eines Anwaltes auf dem Forum des Wiener Parlaments hat. Ein ganz anderer Mensch wird er jedoch, wenn er sich in seiner klangreichen und schönen Sprache vernehmen lassen kann. Und so ist es auch mit Dr. Tavčar, wenn er die Fesseln des Fremden abstreift und sich in seinem Element bewegt — zum nicht wieder erkennen.

Er gab nur ein Reliefbild der poetischen Tätigkeit, der literarischen, nationalen und politischen Verdienste Prešerns, ein Bild, das mit fester Hand gezeichnet war, dessen Züge anschaulich waren. Salven von Zustimmung ertönten, als er nachdrücklich erklärte, daß die Enthüllung des diesem Dichter geweihten Denkmales ein allslavischer und liberaler Kongreß ist. Der Widerhall dieser Kundgebung war mächtig. Es war ein ergreifender Moment, als er die feste Entschlossenheit des slovenischen Volkes akzentuierte, in den Spuren seines Apostels weiterzuschreiten, national und freisinnig zugleich zu bleiben und im Widerstande gegen den reaktionären

Geist zu verharren, als im Glanze des sonnenbeschienenen Mittags die hohe Statur des gefeierten Poeten, den seine Muse mit Lorbeer schmückt, sichtbar wurde, als Tausende von Zuschauern, die aus allen slovenischen und slavischen Gegenden zusammengeströmt waren, ihr Slava! riefen, als ein dichter Rosenregen von zarten Frauenhänden auf das Monument niederging, als die große Menge ohne jede Weisung und ohne jedwedes Zeichen die Hymne »Hej slované« anstimmte. Es war dies einer von den Augenblicken, die unvergeßlich nicht bloß heißen, sondern auch sind, die sich unverwischbar dem Gedächtnisse einprägen.

Wahrhaft, in unserer Zeit stumpfer Blasiertheit wirkt eine derartige elementare, eruptive Manifestation unwiderstehlich. Unwillkürlich fängt man selbst Feuer, begeistert man sich, entflammt man. Und im größten Paroxismus verstummt der Mund, die Augen werden feucht. In diesem Augenblicke ward ich mir bewußt, was Prešern ausgestanden, was das Volk ausgestanden, aus dem er hervorgegangen und dem er gesungen, und Tränen flossen mir übers Antlitz. Ich schäme mich ihrer nicht.

Als Professor Zabolotsky die Tribüne betrat, geriet die Menge, welche das Monument umgab, in Bewegung. Alles drängte vor und rief: ura! als wäre allen daran gelegen gewesen, Sympathien dem russischen Volke zu bezeigen, das eine unfähige Diplomatie, eine verfaulte Bureaukratie, eine verlotterte Administrative auf die Schlachtbänke der Mandschurei geführt hat. Als hätten alle sagen wollen, durch die ostasiatischen Niederlagen sind die moralischen Bande zwischen den Russen und den anderen slavischen Völkern nicht gelockert, nicht berührt worden. Das war der Sinn der spontanen Demonstration.

Vierzigtausend Hände erhoben sich Dr. Srb zum Gruße entgegen. Das war der Dank dem böhmischen Volke für dessen Gegenseitigkeit und Hilfe dem jüngeren Bruder, dem jüngeren, aber auch dem kleineren und ärmeren. Das war der Schwur auf den neuen, ungeschriebenen Vertrag, den der Bürgermeister der ersten böhmischen Gemeinde feierlich proklamierte, indem er einen silbernen Linden- und Lorbeerkranz auf die Stufen des Monuments niederlegte. Das war eine Allianz Prags mit Laibach, der die Verlobung Agrams mit dieser Stadt folgte. Ein Dreibund dies, der nicht ausgeht auf Eroberungen, dem jedoch alle Garantien der Dauerhaftigkeit innewohnen.

Hätte die Feier der Enthüllung des Prešern-Monuments kein

Licht und keine Wärme den Slovenen gebracht, wenn sie nicht zum Dankopfer für die Vergangenheit und nicht zum Bittgebete für die Zukunft geworden wäre, wenn sie nicht der Ausgang zu fernerer Kulturarbeit wäre — daß dabei das Dreieck Prag-Laibach-Agram errichtet worden ist, diese Tatsache hat sie zu einem denkwürdigen Tage und zu einer erhebenden historischen Begebenheit gemacht.

Ein tiefer Schatten ist auf den Ruhm und Glanz dieses Tages gefallen und hat sie gründlich verdunkelt. Wir Gäste fühlten das mehr als die Heimischen, die den Separatismus, das Zerwürfnis, die Sezession gewohnt sind. Wir konnten nicht erfassen, warum die katholische Partei einen Mann nicht feiern kann oder will, der doch für alle Slovenen ohne Unterschied gearbeitet hat. Verehren wir nicht, alle Böhmen, die Geistlichen Kamaryt, Doucha, Sušil, Vinařický, Pravda, Beneš, Kosmák, Křížkovský? Hat sie ihre Hingabe für die Kirche an der Treue zum Volke gehindert? Hindert uns jene, diese dankbar anzuerkennen?

Eine Stelle muß es doch geben, wo der häusliche Krieg innehält, einen neutralen Boden muß es doch geben, wo das Gerassel der Waffen ausgeschlossen und wo nur ein Kampf erlaubt ist: um die Palme. Diese Stelle, dieser Boden ist das gemeinsame Feld des Schrifttums, auf dem alle ihr Können versuchen können, wo es Platz genug gibt, daß alle dort ihre Energie zu einer Tätigkeit entfalten, deren Ergebnisse ein Erfolg und ein Segen für alle Akteure und Mitwirkenden sind.

Uns ist der Streik der slovenischen katholischen Partei bei diesem Anlasse unerklärlich, unbegreiflich, unentschuldbar. Er ist uns ein Rätsel. Wir halten ihn für ein ärgeres Vergehen, als Trotz und Zwiespalt dort sind, wo die erste Notwendigkeit lautet: Unitas.

Nicht genug daran. Der Laibacher Bischof hat auf das schon fertige, schon enthüllte, schon durchs Volk, ohne die Geistlichkeit eingeweihte und geheiligte Monument, ex post, eine volle Tonne der Verleumdung ausgeschüttet: es wäre ein Scheusal, weil die Muse Prešerns nackte Brüste hat. Seine Eminenz verflucht das Denkmal als Verderbnis der Jugend und fordert den Bürgermeister Hribar auf: Hinunter mit dem verruchten Frauenzimmer!

Ich kann mich verbürgen, daß dies Urteil und diesen Eindruck der Hirt der Krainer Diözese ganz allein hat. Und es will mir scheinen, daß dieser Bann nicht einmal sein eigenes Werk ist, daß er ihm suggeriert worden ist von jenen, die unliebsam über-

rascht waren, daß die Prešernfeier, gegen welche sie einen deplacierten, unzeitgemäßen und unsachlichen passiven Widerstand organisiert haben, so großartig gelungen und in ein mächtiges Kredo der Unabhängigkeit von der Macht der Bischöfe und der Geistlichen ausgeklungen ist. Daß durch das Anrufen der Moral, die auch nicht im geringsten verletzt worden ist, dieser Eindruck der Feier des Prešernschen national-fortschrittlichen Glaubens herabgemindert und paralysiert werden soll. Das heißt beschmutzt, besudelt, entwertet, in Abscheu gekehrt.

Warum erhoben sich die Paladine der Keuschheit erst nach dem 10. September? Wo waren denn die wachsamen Wächter der Unverdorbenheit? Volle sechs Jahre lang, die das Monument gebaut, während derer es zu wiederholtenmalen ausgestellt, wieder und wieder verbessert, somit allgemein bekannt und auch bildlich dargestellt wurde. Warum wetterten sie nicht damals, früher und solange Zeit dazu war? Woher auf einmal diese plötzlich wachgewordene, fürwahr krankhafte Empfindsamkeit? Und warum früher Gleichgültigkeit und Stumpfsinn? Warum? Auf diese Frage vermögen sie keine befriedigende Antwort zu geben. Die Agitation gegen die bronzene Muse, welcher der Schöpfer des Monuments aufs dezenteste und ästhetischeste von den Schultern und von den Brüsten den Chiton abgestreift, gegen ein ganz unverfängliches und unschuldiges Werk ist in der Tat nicht gegen das tote Metall gerichtet, sondern gegen die lebendige und wachsende Fortschrittspartei. Diese Agitation ist läppisch, mißglückt, undiplomatisch, vergeblich. Die Urheber haben durch sie bloß ihre eigene Schwäche verraten. Nur schlechte Kutscher, deren Fuhrwerk im Kote stecken bleibt, spannen an die Deichsel ihres Wagens so schundige Mähren, wie es die Pseudomoral ist, deren Gewand so dünn und durchsichtig ist, daß man darunter die unreinen Motive der Aktion sieht, die überall mit einem Fiasko geendet hat und die auch hier ein gleich klägliches Ende haben wird. Weil die siegreiche Macht der reinen Kunst, der reinen Liebe und der jede Finsternis durchdringenden Wahrheit zur Tagesordnung geht über jene Beschränktheit, die da einherschreitet in der Maske des Cato, um ihre teuflische Verworfenheit und ihre infernale Gemeinheit zu verdecken.

Dr. Anton Rezek.

Wie ein Tropfen dichten und warmen Regens, der die Luft nicht bewegt und den Wasserspiegel nicht aufwühlt, versinkt, verschwindet und sich verflüchtigt, so still und ohne die Öffentlichkeit durch sein Entstehen, durch sein Leben, durch sein Ende aufzuregen, zerfloß das Provisorissimum des Herrn Dr. Heinrich Ritter von Wittek. Die politische Welt wußte kaum von seiner Existenz, fühlte sie nicht, ja ahnte sie gar nicht. Als somit dieses Provisorissimum vorüber war, wußten die Leute nicht, daß irgendeine Veränderung vor sich gegangen war. Regierung, Ministerium, Kabinett waren tatsächlich da, deren Existenz jedoch wurde ignoriert — überall. In der Bevölkerung, in der Bureaukratie, in der Parlamentssphäre. Jeder sagte sich: »Pah, die sind nur zur Ausfüllung des leeren Raumes« und ging weiter.

Und doch war dieses Intermezzo nicht ganz pour rien. Im Gegenteil: es war ad hoc — für bestimmte wichtige Aufgaben. Und es hat sie durchgeführt. Dann aber starb es wie jene lebenden Geschöpfe, die nach dem Befruchtungsakt zugrunde gehen. Das Interim, das vom 22. Dezember 1899 bis zum 19. Jänner 1900 im Amte gewesen war, bestätigte nur die Diagnose, die bereits im Jahre 1897 in bezug auf Österreich gemacht worden war: Wenn die dort ein Gesetz machen wollen, müssen sie den gesetzgebenden Körper zumachen.

Es hatte sich die Unmöglichkeit herausgestellt, die sogenannten Staatsnotwendigkeiten mit dem Parlament zu perfektionieren. So ergab sich denn die Notwendigkeit, sie auf nichtparlamentarischem Wege zu machen. Und hierzu war das Regime Witteks eingesetzt worden. Mehr verlangte man und erwartete man von ihm nicht. Gewiß, es konnte mehr machen. Es konnte mit dem § 14 das

Gesetz betreffend die Rekrutierung für das Jahr 1900 aktivieren. Es konnte den Streit um die neue Wahlordnung für Wien schlichten. Allein der Chef der Regierung mochte sich wohl gedacht haben: Warum soll denn ich alle diese Dinge ordnen — für meinen Nachfolger soll auch etwas zurückbleiben. Und er hinterließ ihm beide Sorgen — zu allen jenen großen und zahlreichen, die ihn drückten. Vereitelt die Obstruktion die Erledigung der Vorlage, durch welche das Rekrutenkontingent pro 1900 festgesetzt wird, bis Ende März, dann muß Graf Welsersheimb die Assentierung zum Herbste verschieben und sie gleichwie für das vorige Jahr mit einer kaiserlichen Verordnung dekretieren. Ohne Unfall und ohne eine Katastrophe durch die Schrecknisse hindurchzugleiten, welche auf der einen Seite die Antisemiten bereiteten, auf der anderen Seite alle ihre Gegner in Sachen der Sanktion des Luegerschen Gemeindestatuts — das ist ein so verflucht schweres Problem, daß Herr Dr. von Körber Herzbeklemmungen bekommt, wenn er auch nur im entferntesten daran denkt. Der Vorgänger hat es lösen können. Man drang in ihn, man gab ihm verständliche Winke, er aber entgegnete: Meine Arbeit werde ich machen, die ganze, alle, wie ich es versprochen und wie ich mich verpflichtet habe, das andere mögen wieder andere machen! — nach dem Gesetze über die Arbeitsteilung.

Dr. von Wittek ist wieder nur Eisenbahnminister zum großen Leidwesen der Plutokratie, die es ihm vergönnt hätte, daß er faktischer Ministerpräsident werde und dann gehe — um nie wiederzukommen. Sie ist ihn nicht losgeworden. Sie verdrängte ihn lediglich ins antisemitische Lager, wo man den ehemaligen starren Zentralisten und Altliberalen freudig begrüßte. So sorgen die Herren Fortschrittler um die Vermehrung ihrer Gegner.

Sechs Sektionschefs kehrten wieder in ihre Stellungen zurück. Dr. Stibral verdrossen und erzürnt; er hatte bestimmt gehofft, Handelsminister zu werden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen, wiewohl seine Protektoren sich alle Mühe gegeben hatten, indem sie darauf hinwiesen, er wäre der geeignetste Fachmann für die Erneuerung der Handelsverträge mit den Nachbarstaaten — alles vergeblich. Man gab ihm zu verstehen, daß er ein Beamter wäre, dessen erstes Gebot lautet: Ich dien'.

Die Deutsch-Radikalen und -Nationalen gingen nur konsequent vor, wenn sie »Fort mit Dr. Wittek!« riefen und die Absicht kundgaben, gegen ihn und alle seine Kollegen, die Leiter der einzelnen

Ressorts mit eingerechnet*), die Anklage wegen Verfassungsverletzung zu erheben, die sie ihrer Meinung nach durch die Aktivierung des Restes der Ausgleichsvorlagen, durch die neue Quote, durch das Budgetprovisorium für ein halbes Jahr und durch das Gesetz betreffend die Konsumsteuern auf Grund des § 14 begangen haben. Denn waren Graf Badeni und seine Kollegen Verbrecher, waren Graf Thun und Dr. Kaizl und Konsorten derselben Handlung wegen Verbrecher, dann besteht kein Grund, für Herrn Dr. Wittek eine Ausnahme zu machen. Der Einwand, daß die beiden früheren Regierungen politisch waren, diejenige Witteks bureaukratisch, verdient keine Widerlegung. Schon aus dem Grunde nicht, weil die Schuld nach der Tat und nicht nach der Person beurteilt wird.

Das Kabinett Dr. Körbers war dem ursprünglichen Plane nach ein anderes, als es amtlich verlautbart worden ist. Vor allem war es zahlreicher. Es bestand die Absicht, außer dem polnischen und böhmischen Minister ohne Portefeuille auch einen deutschen zu ernennen. Schon war der Streit entbrannt um den Kandidaten — Czyhlarz oder Knoll wollten die einen, Pattai die anderen. Der Streit wurde gegenstandslos, als die Führer der Linken entschieden hatten, daß diese ihren Delegierten in die neue Regierung nicht entsenden wird. Man spekulierte hierbei folgendermaßen: Entweder wird Dr. von Körber einen von den unseren wählen, dem gegenüber wir völlige Freiheit haben werden, und wenn nicht, dann wird er auch keinen Böhmen nehmen. Dieser Kalkul versagte in beiden Richtungen. Der Unwille ob dieser Enttäuschung war im deutschen Lager sehr groß, viel größer als gezeigt wurde. So viel wenigstens haben die Diplomaten im Generalstabe der ehemaligen Obstruktion erkannt: Hab' ich einen Zorn, so muß es der Gegner nicht merken.

Die zweite Schwierigkeit war mit dem polnischen Minister. Einigermaßen vorzeitig wurde die Meldung in die Öffentlichkeit gebracht, der Eintritt des Herrn von Bilinski sei ein fait accompli. Die Deutschen liefen Sturm und drohten mit dem entschiedensten Widerstande. Der ehemalige Finanzminister wollte nicht der Stein des Anstoßes werden, um so weniger, als dessen Freunde in der parlamentarischen Kommission des Polenklubs die Meinung vertraten,

*) § 4 des Gesetzes vom 25. Juli 1867 lautet: »Die mit der selbständigen Leitung der Ministerien betrauten Beamten sind in bezug auf die Verantwortlichkeit den Ministern gleichgestellt.«

es empfehle sich nicht, daß ein Abgeordneter der Nachfolger des Herrn von Chlendowski werde. Aber sonderbar: als einige Tage hierauf Dr. von Körber an die Tür derselben Körperschaft klopfte, um die Zustimmung werbend, daß die für Dr. von Bilinski bestimmte Stelle der Abgeordnete Piętak annehme, wurde die Zustimmung erteilt.

Warum in ganz kurzer Zeit zwei einander vollkommen widersprechende Entscheidungen getroffen worden sind, wissen wir nicht. Konsequenz war niemals eine starke Seite der galizisch-polnischen Delegation und bis auf den heutigen Tag gilt der Ausspruch des verstorbenen Pater Greuter: »Der Polenklub hat das Privileg, seine Verhandlungen dreimal zu reassumieren und jedesmal anders zu beschließen.«

Wir forschen nicht nach dem Motiv. Wir betrachten nur den Effekt. Die Folgen der Ernennung gerade dieses Mitgliedes der polnischen Delegation zum Minister sind zweifacher Natur und bei der Wahl dieses Mannes war gewiß die Rücksicht entscheidend, daß hierbei ein doppelter Zweck zu erreichen ist.

Auf der Ministerbank wird ein Beamtenkabinett sitzen, ein nichtparlamentarisches, allen Parteien des Hauses fernes Ministerium. Allein auf dem rechten Flügel wird Herr von Piętak, der Gesandte des Polenklubs in der Regierung, dessen Parlamentarier in doppeltem Sinne sein. Der Polenklub ist somit allein in der neuen Regierung vertreten, und zwar durch seinen hervorragenden Führer. Das gegenseitige Verhältnis ist somit ein anderes als zwischen den anderen Parteien und dem bureaukratischen System des Herrn von Körber. Infolge dieses Verhältnisses ist der Polenklub a priori gebunden. In konkreten Fällen wird er die ganze Rechte mitziehen oder sich von ihr lossagen. Am drastischesten zeigt sich die Sache, wenn man bedenkt, in welcher Position der Čechenklub ist. In einer kriegerischen Position. In der entschiedensten Opposition, welche durch die bloße Installierung des Ministeriums durchaus keine Änderung erfahren hat. Resümieren wir: der Polenklub ist eine Regierungspartei, der Čechenklub ist gegen die Regierung — beide sind jedoch im gemeinsamen Verbande der Rechten.

Nach Herrn Dr. Piętak ist die Funktion des ersten Vizepräsidenten erledigt. Sie war absichtlich erledigt worden, damit sie ein Mitglied der deutschen Linken erhalte — der Abgeordnete Prade oder ein anderer. Beobachten wir nur aufmerksam, wie sich die Situation im Präsidium entwickelt hat. Unter Clary ist die durch

Dr. Funke verdolmetschte Forderung abgelehnt worden, es möge die Würde des ersten Vizepräsidenten den Parteien der ehemaligen Obstruktion eingeräumt werden. Doch kam man ihnen insofern entgegen, daß auf Drängen der Deutsch-Nationalen von den Parteien der Rechten selbst, den Polen und den Konservativen, Dr. Ferjančič aus dem Präsidium hinausgestoßen wurde. Nun steigt in die von den beiden erwähnten Parteien in die Festungsmauer der Majorität gelegte Bresche ein Deutsch-Nationaler.

Wir verschweigen und verhehlen nicht: beide Momente, welche die Wahl Dr. Piętaks zum polnischen Minister begleiten, erfüllen uns mit Mißtrauen in die Zukunft, weil in beiden ein starkes Einschwenken aus der Neutralität einerseits gegenüber der Ministerbank, anderseits gegenüber den Bänken der Linken, kurz, von rechts nach links sich dokumentiert.

Schon zur Zeit, als Dr. von Körber mit der hypothetischen Mission betraut wurde, ein neues Ministerium zusammenzustellen — es war in den letzten Tagen der Regierung des Grafen Clary — war die Erneuerung des böhmischen Ministeriums eine vollzogene Tatsache. Er war schon damals entschlossen, es Dr. Anton Rezek anzuvertrauen.

Im Jahre 1892, nach der Demission des Freiherrn von Pražák, wurde die Institution des böhmischen Ministers aufgehoben. Die böhmischen Abgeordneten forderten energisch deren Reaktivierung. Ich kann heute die Tatsache konstatieren, daß Graf Badeni die entsprechende allerhöchste Entscheidung in Händen hatte und daß darin nur der Name unausgefüllt war. Er ließ das Portefeuille zuerst Dr. Engel und dann Dr. Herold anbieten. Dieser lehnte ab. Unter Thun wurde dieses Postulat abermals betont, schon aus dem Grunde, um Dr. Kaizl, der mit Ressortangelegenheiten überlastet war, Erleichterung zu verschaffen. Graf Thun, der einen verhängnisvollen Fehler hatte: Unentschlossenheit, antwortete jedesmal dilatorisch: bis das Verhältnis der Rechten zur Regierung geklärt sein wird.

Graf Clary hätte Dr. Rezek sehr gern im Kronrate gesehen, damit Rezek durch seine Person und durch sein Amt dokumentiere, daß die Regierung, welche die Sprachenverordnungen aufgehoben und sich zur schändlichsten Kapitulation vor dem deutschen Terror hergegeben hatte, keine antiböhmische wäre. Als Vignette auf einer falschen Ware zu dienen — diese Rolle lehnte Dr. Rezek aufs entschiedenste ab. Er gab sich mit einer scheinbar bescheideneren,

Dr. Anton Rezek



aber faktisch fruchtbareren und verdienstvolleren zufrieden: im Unterrichtsministerium zu arbeiten, wo er bald die höchste Sprosse erreichte.

Im Jahre 1896 hat Graf Badeni es für angezeigt und für notwendig erachtet, in jedem Ressort einen Kenner böhmischer Angelegenheiten zu haben. Er wollte in jedes einen böhmischen Fachmann berufen. Da jedoch regelmäßig von dem, was unserem Volke versprochen wird, immer nur kaum der zehnte Teil erfüllt wird, so hat der einzige Baron Gautsch den kundgegebenen Willen seines Chefs durchgeführt. Von Prag aus wurden ihm drei Kandidaten vorgeschlagen. Es stellte sich bald heraus, daß er eine glückliche Hand gehabt hat. Nach Wien kam Dr. Rezek als Historiker, dessen Name nicht bloß zu Hause, sondern auch in der Fremde einen guten Klang hatte. Hatte er ja — Essays in politischen und belletristischen Zeitschriften und Rezensionen nicht miteingerechnet — 120 Arbeiten in böhmischer und deutscher Sprache herausgegeben. Wir nennen: die Wahl und die Krönung Ferdinands I. zum König von Böhmen, die Memoiren des Nikolaus Dačický von Heßlov, Beckovskýs »Botin«, der Ausgleich mit Ungarn, die Memoiren des Wilhelm Slavata, die Geschichte der volkstümlichen religiösen Bewegung in Böhmen, die Geschichte des sächsischen Einfalles in Böhmen und die Rückkehr der Emigration, Geschichte Böhmens und Mährens unter Ferdinand III. bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, Geschichte Böhmens und Mährens in der Neuzeit, Fortsetzung der böhmisch-mährischen Chronik. Insbesondere war es seine Geschichte, welche volle, lobende Anerkennung seitens der polnischen, französischen und deutschen Kritik gefunden hat. In der polnischen historischen Vierteljahrschrift vom Jahre 1890 wurde darüber geschrieben: »In dem Autor können wir schon jetzt den würdigen Nachfolger Palackýs erblicken.« In den historisch-politischen Blättern wurde im folgenden Jahre der Wunsch ausgesprochen, dieses Werk möge auch deutsch erscheinen. Als dessen Vorzüge werden besonders hervorgehoben: einfacher, klarer Stil, Objektivität, ungewöhnlicher Fleiß, kritische Verwertung der Quellen, Übersichtlichkeit, vollständige Beherrschung des gesamten Materials, auch des archivarischen, eine angenehme und fließende Form, der Mut im Niederreißen unrichtiger, wenn auch noch so alter Anschauungen, ein wissenschaftliches und dabei dennoch böhmisch-patriotisches Feuer.

Nachdem Dr. Rezek seine überaus gesegnete wissenschaftliche Tätigkeit in Prag verlassen, kam er nach Wien — in eine fremde

Sphäre. Der Forscher wurde zu keinem trockenen Bureaukraten. Mit außergewöhnlicher Raschheit erlernte er das bureaukratische Handwerk, erstickte jedoch nicht im Aktenstaub. Er brachte ins Ministerium ein Stück böhmischen Lebens, war dort Repräsentant und Förderer dieses Lebens zugleich. Nicht lange währte es und die gesamte Agenda unserer Kulturbestrebungen ging durch seine Hände. Nichts geschah ohne ihn. Namentlich bei der Aktivierung der böhmischen Technik in Mähren. Er verstand es, mit Takt, mit gewandter und ruhiger Hand, aber auch, wenn es nottat, mit Entschiedenheit derart zu handeln, daß für die Kulturbedürfnisse unseres Volkes ein Vorteil resultierte, ohne daß der Widerspruch der Deutschen hervorgerufen wurde. »Rezek ist für uns unschätzbar«, sagte mir Minister Dr. Hartel. »Bevor wir ihn hatten, gab es jeden Augenblick irgendein Versehen, irgendeinen Fehlgriff, weil wir über böhmische Anliegen in bezug auf unser Ressort keine direkten Informationen erhalten.« Es gelang ihm hierbei, die Objektivität nach allen Seiten zu wahren. Es gab keine Konflikte, er hatte keine Affären. Als er die Leitung seines Ministeriums übernahm, kam seine ganze Sektion mit dem Sektionschef Stadler an der Spitze ihm danken und alle, sonst kühle Männer, weinten.

Alle Eigenschaften, die seine Zierde ausmachten, während er zuerst als Hofrat und nachher Sektionschef wirkte, verließen ihn nicht auf dem kurzen Wege vom Minoritenplatz in die Herrengasse. Rezek und Kaizl sind nicht Männer, die sich in ihrem Innern, in ihrer Gesinnung, in ihren Intentionen, in ihrer Überzeugung, in ihrer Liebe ändern, wenn sich ihr Wirkungskreis ändert. Im Gegenteil, in dieser Hinsicht sind sie beharrliche Konservative.

Wohl, es gab und gibt noch eine Kontroverse über die Kompetenz des zweiten Landsmannministers. Eine Kontroverse in der Publizistik, in der breiten Öffentlichkeit, unter Politikern, zwischen den Abgeordneten und Dr. von Körber. Eine ganz und gar überflüssige Kontroverse. Denn in der Politik wie im Leben überhaupt hat jeder einzelne so viel Geltung, als er sich erwirbt und erkämpft. Wie wir Dr. Rezek kennen, ist er weder ein Leisetreter, noch ein Bescheidener, noch ein Figurant, sondern hat seinen Willen und hat auch Ellbogen zum Kämpfen, zum Stoßen, um durchzudringen und sich Durchgang dorthin zu verschaffen, wohin er will und zielt.

Eines kann gewiß keinem Zweifel unterliegen: Dr. Rezek genießt das Vertrauen des böhmischen Volkes. Allein dieses Vertrauen ist sein persönliches Eigentum, das hat er allein gewonnen

und sich gesichert. Das ist sein Fond. Das war das Resultat seiner Wirksamkeit, ehe er die Schwelle seines Ministerbureaus überschritten. Er hat es früher durch eigenes Zutun angesammelt. Dieses Gut ist noch nicht dadurch vermehrt worden, daß er Minister geworden ist. Das kann erst geschehen. Allerdings wird niemand von den Böhmen ihm seine ohnehin schwierige Stellung absichtlich und leichtfertig erschweren. Das Vertrauen zu ihm im Volke kann nur die Regierung vergrößern, vertiefen und befestigen: durch ihre Taten, durch ihre Politik. Bei aller Hochachtung zu Dr. Rezek wird unter den böhmischen Abgeordneten niemand gewillt sein, wegen dessen bloßer Existenz im Ministerium die taktische Linie zu verlassen, welche uns der Charakter der Regierungspolitik in diesem Staate vorzeichnet. Dr. von Körber würde sich arg verrechnen nicht bloß in uns, sondern auch in Dr. Rezek, wollte er glauben, dieser sei einzig und allein dazu da, ihm zu dienen. So stehen die Dinge durchaus nicht: Dr. Rezek ist berufen worden, um in erster Reihe die Rechte und Bedürfnisse des böhmischen Volkes zu vertreten und deren Dolmetsch sowohl den Kollegen als auch der Krone gegenüber zu sein. So faßt unserer Meinung nach Dr. Rezek seine Mission, seine Opfer auf. Diese seine Mission wäre von vornherein verloren, wenn darüber eine falsche Anschauung, eine unrichtige Deutung Platz griffe und, was das ärgste wäre, eine dieser falschen Anschauung und dieser unrichtigen Deutung entsprechende verkehrte Praxis.

Mit aller Offenheit werde ich nun über die heikelste Seite der Stellung Dr. Rezeks sprechen: über dessen Verhältnis zu den böhmischen Abgeordneten und über deren Verhältnis zu ihm.

Er ist kein Abgeordneter und ist formal kein Mitglied der Partei. Unsere Partei hat somit ihm gegenüber kein formales Obligo, wie sie es beispielsweise Dr. Kaizl gegenüber gehabt hat. Aus diesem Grunde ist die Stellung des böhmischen Abgeordnetenklubs ihm gegenüber keine derartige, wie sie dem Finanzminister im Kabinett Thun, ja diesem ganzen Kabinett gegenüber gewesen ist.

Anderseits kann nicht bestritten werden, daß irgendwelche Beziehungen zwischen ihnen sein werden. Irgendwelche — wenn auch nicht formale. Nur Beziehungen, kein Verhältnis, keine Gegenseitigkeit. Sachliche und reelle Beziehungen entstanden bereits im Augenblick, in welchem Dr. Rezek die bestimmteste Erklärung abgab, daß er in das Kabinett nur dann eintreten werde, wenn dermalen und derzeit einem Mitgliede des Klubs, einem Abgeordneten

einzutreten unmöglich sein wird. Daß er jedoch auch dann nur mit dem Vorbehalte eintreten werde, daß, sobald die Dinge im Parlament oder zwischen den böhmischen Abgeordneten und der Regierung sich so gestalten werden, daß ein böhmischer Abgeordneter oder zwei böhmische Abgeordnete Portefeuilles annehmen könnten, er das seine sofort zur Disposition für einen böhmischen Parlamentarier stellen wird.

Das hat Dr. Rezek loyal den böhmischen Mitgliedern der österreichischen Delegation gesagt, die in Wien weilten, als ihm das Portefeuille angeboten wurde. In gleicher Weise loyal äußerte er sich ihnen über seine Absichten und über die mit Dr. von Körber vereinbarten Modalitäten. Diese Erklärungen an sich sind der Beweis eines gewissen Kontakts Dr. Rezeks mit den böhmischen Abgeordneten, den zu erhalten, zu pflegen und auszugestalten im gegenseitigen Interesse liegt.

Allerdings, es wäre für die Partei besser, wenn ein böhmischer Abgeordneter Minister werden könnte; als ihrem Angehörigen wäre es ihm möglich, in ihrem Namen in den Ministerkonferenzen und hierbei auch vielleicht energischer aufzutreten, als dies ein Minister vermag, der der Partei gegenüber zwar im Verhältnis gegenseitigen Vertrauens steht, aber nicht im Verhältnis gegenseitiger Verbindlichkeit.

Vielleicht hat auch dies seine Vorteile. Es gewährt der Partei eine größere Freiheit und dem Minister eine größere Latitüde. Allein auch dieser sind gewisse Grenzen gesteckt, wenn die restaurierte Institution der böhmischen Staatskanzlei nicht mit dem Abgange Dr. Rezeks geschlossen werden soll, sondern auch nach ihm eine ständige Institution sein und bleiben soll, ein Haus, das unter jeder Regierung bewohnt ist.

Wir haben die Bedingungen präzisiert, unter denen Dr. Rezek seine außerordentliche Potenz den Interessen des Volkes ersprießlich widmen kann. Sein fest kristallisierter Charakter bietet uns die Gewähr, daß er selbst die Diagnose stellen wird, in welchem Augenblick diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden sein wird und daß er danach handeln wird, von niemandem aufgefordert und von niemandem aufgemuntert. Die Parole des Generals Buller: Niemals zurück! hat für ihn keine Gültigkeit. Für ihn ist der Weg zurück nicht verrammelt, wie diejenigen behaupten, die davon am meisten schreien, vielleicht deshalb, weil sie am wenigsten wissen.

Bei der Verteilung der Ressorts ging Dr. von Körber nach dem

Muster des Grafen Taaffe vor. So wie dieser, dachte er insbesondere an die Statthalter. Dem mährischen teilte er die Justiz zu, dem küstenländischen wollte er den Handel zuteilen, dem Krainer den Ackerbau. Spens, Goëß, Hein, Böhm — das war für eine neutrale Leinwand zuviel altliberale und altverfassungstreue Farbe. Herrn von Körber wurde in verständiger Weise bedeutet, daß ein derartiger Überfluß an Elementen der Linken in seinem Kabinett einen Mangel an Vertrauen der Rechten zur Folge hätte. Herr von Körber verstand und schickte den Grafen Goëß und den Freiherrn von Hein wieder heim. Er hat wohl getan, daß er sie durch die Konservativen Call und Giovanelli ersetzte. Allein es war eine Schwäche, daß er den Führern der Linken gegenüber sich entschuldigte und den Nervösen unter ihnen Beruhigungspulver verabreichte, als sie aufgeregt von ihm eine Aufklärung verlangten, wie er es denn wagen konnte, zwei Minister zu berufen, die auf das Pfingstprogramm nicht eingeschworen waren. Eine derartige Aufklärung könnten im besten Falle orthodoxe Regierungsparteien verlangen. Als solche wollen jedoch die Klubs der Linken weder gehalten werden noch fungieren. Wenn Herr Dr. von Körber auf jedes Hallo ihrerseits sich an die Wand drücken wird, wird er nicht gewinnen, sondern verlieren. Erpressern ist es am besten die Faust zu zeigen.

Außerstande, ins Parlament zu gehen, verkündete die Regierung ihr Programm, gleich nachdem sie den Amtseid geleistet, in der nichtamtlichen Wiener Abendpost. Es war dies eine an die Völker gerichtete, in frischem und herzlichem Tone abgefaßte Epistel. Es dokumentierte sich darin Sinn und Verständnis für die Größe und Wichtigkeit der böhmischen Frage und für deren unerläßliche und friedfertige Lösung gleichwie für die materiellen Bedürfnisse der Zeit. Es war das keine süßliche Limonade in der Art der Claryschen Deklarationen — es war dies ein Glas reinen Wassers in einfachem Gefäß. Und nichts war versprochen, ehrliches Streben und aufrichtige Dispositionen ausgenommen. Keine große Phrase, keine Phrase überhaupt, keine Schelle. Man ist froh, wenn man sie nicht hört und wenn man zu einem in ungesuchter Weise spricht. Vielleicht wird die Regierung, wenn sie das Parlament betreten haben wird, dieses ihr Programm in konkreter Weise ergänzen. Leere Nichtigkeiten kriechen uns schon zum Hals hinaus.

Der Leiter des Ministeriums des Innern, Dr. von Körber, hat an die politischen Behörden einen Erlaß betreffend deren Bezie-

hungen zum Publikum hinausgegeben. Er enthält Selbstverständlichkeiten: sie sollen sich anständig benehmen, sie sollen sich über die Bedürfnisse des Volkes informieren, ihnen womöglich entgegenkommen und sich nicht von politischer Parteilichkeit leiten lassen. Wäre nur ein derartiger Befehl was nutz! Hätte man in Wien nur den Mut, nicht alles zu billigen und zu decken, was irgendein Bezirkshauptmann, Kommissär und Konzipist ausführt, sondern gegen sie aufzutreten, wenn sie sich vergehen! Es ist dies ein einzigesmal geschehen. Im Abgeordnetenhause hat unter Taaffe der Vertreter des Ministeriums des Innern einige Bezirkshauptleute im Königreiche Böhmen desavouiert (es war dies der verstorbene Hofrat und nachmalige Sektionschef Helm). War das eine Sensation! Die Art und Weise, in welcher die Behörden während des Massenstreiks der Kohlenarbeiter vorgehen, entspricht weder den Intentionen der Regierung, noch dem Geiste der Gesetze, noch der Bedenklichkeit der Situation in den Kohlenrevieren. An dem Streik nehmen mehrere tausend Personen teil. Sie haben sich selbst zu langen Entbehrungen und großen Verlusten verurteilt, um einen günstigen standard of life zu erkämpfen. Sie ertragen diese ruhig und in Geduld, hoffend, die Opfer werden nicht vergeblich sein. Man möge über ihre Forderungen: achtstündige Schicht, Minimallohn, Erhöhung dieses Minimallohnes wie immer denken, auch die Gegner müssen die tadellose Zucht und die würdige Ordnung anerkennen und müssen Respekt haben vor der imponierenden Solidarität und der festen Beharrlichkeit.

Kann und will die Regierung nicht in den Kampf zwischen den kapitalistischen Unternehmern und den armen Leibeigenen, den Bergleuten, zugunsten der wirtschaftlich Schwachen eingreifen, hat sie die Mittel oder die Entschiedenheit nicht, um die Inhaber der Bergwerke nach fetten Jahren und unter der günstigsten Konjunktur zur Menschlichkeit und kleinen Konzessionen zu bewegen, so viel Kraft besitzt sie immer, um an ihre untergeordneten Organe ein Verbot zu erlassen, sie mögen die erregten Massen durch Beschränkung deren politischer Rechte nicht beunruhigen und reizen und solchermaßen nicht den Schein erwecken, als stünde die Regierung auf der Seite der Arbeitgeber und als wollte sie den Arbeitnehmern auch die Möglichkeit benehmen, das Ihre anzustreben.

Morgen, am 5. Februar, beginnt die Regierung ein Werk, das sie selbst als ihre Hauptaufgabe bezeichnet hat: die deutsch-böh-

mischen Verständigungskonferenzen. Die böhmischen und deutschen Radikalen werden nicht kommen. Sie sind eingeladen worden und können sich nicht beschweren, man habe sie ignoriert und habe etwas ohne sie unternommen.

Die Beschickung dieser Konferenzen hätte fast ein Krise in der deutschen Gemeinbürgschaft hervorgerufen, als der deutschvölkische Verband diktierte: zuerst Reichsrat und dann Konferenzen! Herr Dr. von Körber mußte wieder ein Beruhigungsmittel verabreichen — die Versicherung, das Parlament werde sicher und bestimmt im Februar zusammentreten. Dann erst hat die Fronde Ruhe gegeben. Sie deckt ihren Rückzug durch die Versicherung ihrerseits, daß die Teilnahme an diesen Konferenzen noch keine Kundgebung des Vertrauens für die Regierung bedeute.

Das böhmische Volk hat keinen sehnlicheren Wunsch, als daß die endlose Periode des nationalen Kampfes, der die Kräfte ganzer Nationen absorbiert, beendet werde und daß es sich der kulturellen und materiellen Arbeit widmen könne; es hat keinen sehnlicheren Wunsch, als daß es bald in einen Zustand gelange, in dem das gleiche Recht seiner Sprache gegen alle Angriffe in der Zukunft sichergestellt wäre und daß es mit seinem deutschen Nachbar in Ruhe und Frieden leben könne. Der Erfüllung dieses Herzenswunsches aller Böhmen ist das Volk bereit, ein Opfer zu bringen. Doch verlange niemand von ihm, es solle sich unter die Gleichheit erniedrigen, es möge unehrenhafte Bedingungen annehmen, es möge selbst die böhmische Sprache von wo immer in Böhmen und Mähren ausschließen. Ein Vertrag, der die Beseitigung aller böhmischer Urheber und das Zerreißen des Traktats selbst durch den Unwillen des böhmischen Volkes zur Folge hätte, somit die Ungültigkeit und Vereitlung dieses Traktats, der würde keinen Segen bringen, dessen man sich davon gewärtigt, sondern einen noch schärferen Kampf und einen noch ärgeren Fluch.

Eine Delegationskampagne, wie diejenige im Dezember 1899 und im Jänner 1900 gewesen, haben Graf Goluchowski und Baron Krieghammer nicht gehabt, seit sie Minister sind, hat Österreich überhaupt noch nie gehabt. Ich glaube nicht, daß hierin ein Gewinn und ein Ruhm liegt. Denn es kann dem Ganzen nicht zuträglich sein, wenn die Vertreter eines großen Volkes, wie es das böhmische ist, zum heftigsten Ansturm gezwungen werden, wo es sich um die höchsten Interessen des Reiches, aber zugleich auch um die höchsten Interessen dieses Volkes handelt. Stellt man jedoch die

Frage, wodurch dieser Ansturm verschuldet worden ist, dann ist die Antwort sehr einfach: Weil die Leitung und Verwaltung dieser höchsten Interessen der Monarchie von den beiden genannten Ministern in einer Weise betrieben wird, daß sie in den schroffsten Widerspruch mit den Gefühlen, mit den berechtigten Gefühlen, nicht mit bloßen Empfindsamkeiten, und mit den Rechten des böhmischen Volkes geraten. Das ist die Grundursache des Kampfes der böhmischen Mitglieder der Delegation gegen Graf Goluchowski und gegen Baron Krieghammer.

Ein bitteres Wort, aber leider ein wahres ist am 27. Dezember v. J. in Pilsen gesprochen worden — ein Wort, durch welches das ganze Verhältnis des böhmischen Volkes zu Staat und Reich ausgedrückt ist: daß nämlich überall die Administrative im Dienste des Volkes steht, in Österreich allein, soweit es sich um das böhmische Volk handelt, gegen das Volk. Zwischen uns und den Regierungen im weitesten Sinne des Wortes gibt es ein fortwährendes Ringen. Um jedes böhmische Wort bei Gericht, bei den Behörden, in den Schulen müssen wir streiten. Es ist eine paradoxe Erscheinung, leider jedoch traurige Wirklichkeit: wir sind mit Österreich verwachsen und verbunden, aber wir führen einen gegenseitigen ewigen Krieg. Warum? Weil Österreich noch immer sich nicht von der Tradition emanzipiert hat, derzufolge nicht für ein jedes Volk mit gleichem Recht administriert wurde, sondern für die Deutschen und gegen die anderen. Nur diese Tradition hat es verschuldet, daß ein untergeordneter politischer Beamter in Mähren auf dem Fragebogen in der Rubrik, ob er der böhmischen Sprache mächtig ist, aufgeschrieben hat: »Selbstverständlich nicht.« Und daß ein Wiener Hofrat sich nicht gescheut hat, in Gesellschaft mehrerer Personen den Wunsch auszusprechen, wenn es Gott nur fügen wollte, daß sich die Konferenzen Körbers zerschlagen, dann bliebe wenigstens das Deutsche die ausschließliche innere Amtssprache.

Wir bekämpfen den Grafen Goluchowski und Baron Krieghammer als Fortsetzer und Förderer jener Traditionen und werden sie weiter bekämpfen. Wir werden in unserem Bestreben fortfahren, in der Armee unserer Sprache und unserer Nation jenen Respekt zu verschaffen, auf den sie Anrecht haben und der die wirklichen Interessen der Monarchie nicht im geringsten tangiert.

Wir wußten, daß Graf Goluchowski in der Politik ein oberflächlicher, sprunghafter, flatterhafter, kleiner und kleinlicher Dilettant ist. Wir wußten, daß er ein Protektor der deutschen Obstruktion ist,

daß er kein Pole, kein Slave ist und daß er nicht unser Freund ist. Mit diesen Tatsachen haben wir gerechnet und rechnen. Nach der verflossenen Delegationssession wissen wir noch eines: daß er kein Redner ist, daß er auch ein schlechter Redner nicht ist, daß er überhaupt ein Redner nicht ist. Er hat keinen Gedanken, keinen Vortrag, keinen Schwung. Er kann nicht einmal das rezitieren, was ihm seine Sektionschefs niedergeschrieben, noch versteht er es, seinen banalen, der Vorzimmer der Börse würdigen Witzen eine Pointe zu geben. Kein Politiker, kein Redner. Was bleibt von ihm? Nur ein gewöhnlicher Poseur und der Verbündete des K. H. Wolf. Für den ersten Minister eines ganzen Reiches sehr, sehr wenig.

Dr. von Körber wieder zu Hause.

Wien, 9. September 1904.

Dr. von Körber regiert wieder in Wien. Vormittags im Ministerium des Innern, nachmittags im Palais des Ministerratspräsidiums. Er regiert schon das fünfte Jahr, regiert in einem fort und regiert allein. Auersperg hatte seinen Lasser, Taaffe seinen Dunajewski, Badeni seinen Bilinski, Thun seinen Kaizl. Der Chef der gegenwärtigen Regierung hat keine rechte Hand, keinen Spezialfreund, keine für ihn denkende Seele. Er macht alles nach seinem Kopfe. Es ist übrigens zweifelhaft, ob er neben sich jemanden ertrüge und ob er sich mit jemandem vertrüge. Alle Umstände deuten darauf hin, daß er ein Autokrat sein und bleiben will und daß er seine Macht mit niemandem zu teilen gedenkt. Diese ist aber eine ganz ungewöhnliche. Es ist noch nie geschehen, daß ein Mensch drei Portefeuilles innehat, von denen eines ein administratives, das andere ein judizielles ist, zwei Ressorts, die oft ganz unvereinbar sind. Dr. Unger hat einmal gesagt: »Es gibt Minister, die zu gar nichts fähig sind, und es gibt wiederum andere Minister, die zu allem fähig sind.« Dr. von Körber ist ein solcher Universalstaatsmann.

Im Fluge durcheilte er die galizisch-bukowinaer Welt, überall begrüßt und überall auftretend, wir sagen nicht, wie ein Potentat, aber doch wie dessen Stellvertreter oder Nachfolger. Das gewissenhafte k. k. Korrespondenzbureau meldete uns genau, wohin er sich gerührt und wann und wen er besucht hat. Wir erfuhren auch, daß die Hauptstadt der Bukowina, dieser Domäne der Vasilkoischen Cousins, aus Freude über dessen Kommen sich mit Fahnen geschmückt hat. Wenn Herr Dr. von Körber alle diese Formalitäten pour la minute freuen, sie seien ihm aus Herzen von uns gegönnt.

Doch mögen sie nicht als Beweise der Erkenntnis hingestellt werden, daß er diesen Staat gut, gerecht, mit Erfolg verwaltet. Und noch eines. Wenn der Ministerpräsident in der politischen Geschichte dieses Reiches vom Jahre 1860 an blättert, wird er lernen, daß solche Spritzfahrten von Ministerpräsidenten oben um so scheeler angesehen werden, je größer die Parade ist, mit der sie verbunden sind. Aber nicht bloß hier, auch anderwärts. Als einmal Wilhelm I. — so wird erzählt — während des Deutsch-französischen Krieges mit Bismarck ausritt und als aus den Reihen der Truppen »Hoch Bismarck!« gerufen wurde, wandte sich der damalige König von Preußen um und richtete an seinen Minister die ernste Frage: »Exzellenz, sind das meine oder Ihre Soldaten?«

Wir zweifeln nicht, daß aus der Orientwallfahrt Dr. von Körbers für die Polen etwas abfallen und daß ein Teil der ihnen reichlich gemachten Versprechungen erfüllt werden wird. Ohne jede Regung des Neides wünschen wir ihnen dies. Wir wissen, daß sie Realpolitiker sind und daß sie nichts umsonst machen. Sie tun gut daran. Ob hierbei eine Gegenseitigkeit vorhanden sein wird, ob Herr Dr. von Körber in gleichem Maße reüssieren wird, wissen wir nicht und kümmern uns auch nicht. Für uns gibt es eine viel höhere Frage: Ob der Feldzug zu den Polen irgendwelche Folgen für unsere Politik und für unser Verhältnis zur Wiener Politik haben kann, die am 17. Oktober 1899 mit der Konfiskation eines schon geübten Rechtes eingeleitet wurde und welche in fünf Jahren nichts getan hat, um jene Sünde zu sühnen, um das im Innersten beleidigte böhmische Volk zu versöhnen, sondern in die noch offene Wunde ätzende Flüssigkeit goß.

Herr Dr. von Körber — das beweist die Rede, die er am 31. vorigen Monats auf einem Abend beim Landmarschall Grafen Stanislaus Badeni in Lemberg gehalten — ist noch immer nicht zur Erkenntnis gelangt, daß die ganze Misere, in der sich der Staat befindet, nur eine Quelle hat: die Schwäche gegenüber dem deutschen Terror, und daß jedwede Änderung in der Taktik der böhmischen Abgeordneten ausgeschlossen ist, solange dieser Terror nicht auf sichtbare Weise gebrochen wird und solange der dem böhmischen Volke zugefügte Schaden nicht ersetzt wird. Hundert und tausend noch so sorgfältig gemeißelte Reden werden in dieser Hinsicht nichts nutzen. Das böhmische Volk will eine vollzogene Handlung sehen, durch welche die schwere Wunde sich schlöße, die man ihm geschlagen. Solange diese Kur nicht durchgeführt werden wird,

sind alle anderen Mittel vergeblich. Unerschöpflich ist die Geduld, unbesiegbar der Widerstand, unversiegbar die Zähigkeit des böhmischen Volkes. Es hat ärgere Sachen überstanden, als das bureaukratische System Dr. von Körbers ist. Die Aufopferungswilligkeit unseres Volkes ist grenzenlos. Wo es sich um die höchsten Güter handelt, ist es nicht materialisiert und seine Ausdauer ist wahrhaft ideal.

Das böhmische Volk hat keine Ursache, Buße und Reue zu tun, sich zu bessern und Abbitte zu leisten. Es hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Allerdings, wenn es ein Verschulden ist, zu verlangen, die magna charta der Verfassung, welche Dr. von Körber preist, möge auch durchgeführt werden, dann sind wir Böhmen Sünder. Denn wenn wir auch die rechtliche Basis der Dezemberverfassung nicht anerkennen, so reklamieren wir dennoch mit allem Nachdruck deren positiv gültige Bestimmungen für uns. Diese Bestimmungen sind nicht durch uns, sondern von oben verletzt worden. Dort muß eine Änderung eintreten, dort muß sich eine Rückkehr zum gleichen Recht vollziehen, von dort muß der Weg zu den bitter enttäuschten, schwer verletzten Herzen des böhmischen Volkes angetreten werden.

Die Staatsgrundgesetze nach ihrem Geiste und Wortlaute einzuhalten und durchzuführen, allen gegenüber gleich zu regieren, die Entwicklung aller in gleichem Maße zu unterstützen — das sind die primitivsten und selbstverständlichsten Aufgaben einer modernen und über den Parteien stehenden Regierung. Wenn somit Herr von Körber aus Lemberg emphathisch gerufen hat: »Wir haben die ernste Pflicht, den nationalen Besitzstand auch der Deutschen nicht zu mindern, so verriet er, daß das jetzige Kabinett nicht auf der Höhe eines unparteiischen Regimes steht, sondern einfach den Schutzmann hergibt für ein Gut, das auch widerrechtlich erworben ist, daß es, kurz gesagt, im Dienste der deutschen Oligarchie steht.

Herr von Körber würde gewiß sehr verlegen sein, wenn er sagen müßte, was denn eigentlich das ist: deutscher Besitzstand. Ist es das, was sie jetzt haben? Bedeutet dies, daß neben ihnen niemand ein Recht, niemand Unterrichtsanstalten haben soll? Das haben fürwahr weder die beiden Auersperg, noch Herbst, noch Glaser, noch Plener, noch irgendwelcher deutscher Minister sich getraut, öffentlich zu sagen, ihre Pflicht bestünde im Schutze des deutschen Besitzstandes. Herr Dr. von Körber ist in dieser Hinsicht tatsächlich der erste und — hoffen wir — auch der letzte. Denn die Verhältnisse, die Wirklichkeit und die reale Macht der faktischen

Faktoren sind immer stärker als die Personen. Ach ja, hätte es bloß an dem Willen der deutschen Minister gelegen, diese hätten gewiß die Privilegien, die Vorrechte und die Alleinherrschaft der deutschen Minorität — denn um diese handelt es sich, wenn vom Besitzstande die Rede ist — bis auf den heutigen Tag gewahrt und noch weiter hinaus. Aber heutzutage werden die Schicksale der Völker nicht in geheimen Kabinetten entschieden, und auch Herr von Körber schindet sich umsonst, wenn er die Schleuse hält gegen die Bewegung und den Aufschwung nichtdeutscher Völker, besonders des unseren. Der Strom wird sich über ihn weiterstürzen und ungehindert und frei ergießen. Wir sind im Jahre 1904 andere, als wir im Jahre 1864 gewesen, und können warten. Dafür, was uns gebührt und uns gehört, brauchen wir keinen hohen Preis zahlen, am wenigsten jedoch es durch Verrat und Niedertracht an unseren armen Minoritäten erkaufen.

Und derselbe Herr Dr. von Körber ist als erster auf der Verordnung Clarys unterschrieben, durch welche die böhmische innere Amtssprache einfach aufgehoben wird, ein Recht, das im Jahre 1897 anerkannt worden ist und zweieinhalb Jahre fast in Übung war. Und da fragen wir ihn: Ist dieses Recht nicht auch ein Besitzstand gewesen? Oder ist Besitzstand nur dasjenige, was unehrlich und ungesetzlich ist, vielleicht aus dem Grunde, weil es älter ist? Die innere böhmische Amtssprache aufzuheben, sie nicht zu restaurieren, in Böhmen einen besonderen Status deutscher Beamten zu systemisieren und daneben einen Status von gemischtsprachigen Beamten und dann nach Lemberg gehen und dort den Wunsch aussprechen, die Beamten sollen einiger Landessprachen mächtig sein, das ist ein widerspruchsvolles und unaufrichtiges Vorgehen.

Dr. von Körber hat sich lange mit den sprachlichen Verhältnissen und sprachlichen Rechten des böhmischen Volkes befaßt — fast zehn Jahre lang. Um so größer ist unsere Verwunderung darüber, daß er in Lemberg die Sachen schildern konnte, als hätten wir erst nach dem Jahre 1867, nach Erlassung der Dezemberverfassung, in Amt und Gericht ein Plätzchen für unsere Sprache gewonnen und als wären wir Gegner des Artikels 19 dieser Verfassung. Wir staunen ob einer so großen Unkenntnis und einer derartigen Entstellung der Tatsachen. Weiß Herr Dr. von Körber nichts davon, daß längst vor dem Jahre 1867 die böhmische Sprache im ganzen Lande gleichberechtigt war, ja, daß es Zeiten gegeben

hat, in denen die böhmische Sprache die allein zulässige gewesen ist. Wenn er die Belege nicht kennt, die hierfür von böhmischer Seite zusammengetragen worden sind, dann möge er zumindest die ersten zwei Blätter der Broschüre des bekannten Dr. Onciul »Zur österreichischen Sprachenfrage« lesen, die vor sechs Jahren in Wien erschienen ist, und solchermaßen die Lücken seines historischen Wissens ausfüllen.

Was aber die Verfassung und deren sprachliche Vorschriften betrifft, so hat Dr. von Körber nicht die ganze Wahrheit gesagt, wenn er behauptet hat, daß Böhmen, Ruthenen, Slovenen, Rumänen und Italiener sie vernichten wollen. Diese Verfassung und diese Vorschriften verletzt und vernichtet hat Herr Dr. von Körber und seine deutschen Favorits, indem sie sich der Geltendmachung der durch die Verfassung selbst allen Nationen garantierten Rechte entgegenstemmen. Diese Verfassung verletzt gegenwärtig hauptsächlich die Regierung, indem sie Hochschulen verweigert, indem sie die innere böhmische Amtssprache verweigert, indem sie die Gleichheit in Schulen und Staatsanstalten verweigert. Diese Verfassung hat keinen ärgeren Feind, als es das gegenwärtige System ist.

Diese Verfassung verletzen Dr. von Körber und Dr. von Hartel in Schlesien. Nach einer Äußerung des Ministerpräsidenten zu einer deutschen Deputation aus diesem Kronlande haben die dortigen Böhmen und Polen längst ein Recht auf selbständige Pädagogien. Das hat der Regierungschef eingestanden und was tut er? Er quartiert die böhmisch-polnische Majorität dieses Landes in Aftermiete dort ein, wo sie einen evidenten Anspruch auf eigene Wohnung hat, und droht mit radikalen Mitteln, wenn der Versuch unternommen werden sollte, die Troppauer und Teschener Parallelklassen in den Mechanismus der nationalen Kämpfe einzufügen. Was ist der Sinn dieser deutsch-nationalen Phraseologie? Und was bedeutet der Ausspruch des Herrn Dr. von Körber zur deutschen Deputation, daß selbständige Pädagogien Agitationsherde wären? Was bedeutet das scheinbar seriöse, tatsächlich jedoch leichtsinnige Pauschalurteil, daß übertriebene Forderungen gestellt werden?

Es gibt Dinge, die kein Bureaukrat reden darf, noch weniger ein Minister, am wenigsten aber ein Regierungschef. Kein Statthalter bekäme Absolution für Gespräche, die in der letzten Zeit Herr Dr. von Körber gehalten hat. Nur zwei Möglichkeiten gibt es: entweder weiß er nicht, was er redet, oder er weiß es. In seinem Interesse nehmen wir an, daß er es weiß, daß er in bewußter

Weise die Deutschen besänftigt und aufmuntert. Hat er sich ja bereits ihre Termini angeeignet und reizt und verletzt in gleich bewußter Weise die Böhmen.

Oder glaubt er denn, daß in die nationale Agitation nur die böhmischen Anstalten eingefügt werden können? Und sind Agitationsherde nur die böhmischen und polnischen? Und ist die Forderung der Böhmen: die innere Amtssprache möge ihnen zurückerstattet werden, eine übertriebene? Ist ihre Forderung nach einer zweiten Universität angesichts des Umstandes, daß die an Zahl zweimal kleineren Polen zwei haben, die Deutschen fünf haben, eine übertriebene? Worin, in welchem Postulat ist ein Unmaß? Welches ist unerfüllbar? Welches ist ungesetzlich oder inkonstitutionell? Welches tangiert die Interessen der Deutschen?

Sic non itur ad astra. Eine derartige Methode, uns als Störenfriede, als Begehrliche, als Bedroher der Konstitution auszuschreien, führt aus dem Labyrinth zu keinem Ausgang. Wer eine solche Sprache führt, will keine Ausheiterung, sondern Finsternis, will keine Entwicklung, sondern Verwicklung und Wirrnis, will keine Besserung, sondern Verlängerung des gegenwärtigen Elends, will keinen Frieden und keine Versöhnung des böhmischen Volkes mit dem Staate und dessen Verwaltung und dessen Faktoren, sondern will die Fortsetzung des Krieges und die Steigerung des Widerstandes.

Deswegen lautet unsere Diagnose: Die Reise nach Galizien war kein Akt der Beruhigung, der Besänftigung, der Mäßigung, und die Folgen dieser Reise können somit nur solche sein, wie ihr Charakter war. Will man in Wien die Fortdauer dieses Konflikts mit dem böhmischen Volke, dieses fürchtet den Kampf nicht. Fünf Jahre führt es Krieg und wird ihn neue fünf Jahre und, wenn es nottut, auch noch mehr führen. Der Ausgang eines jeden Krieges ist unsicher. Allein es gibt Kriege, die ausgekämpft werden müssen. Und es wird eine Zeit kommen, in der uns Dank wissen werden auch jene, die uns heute fluchen, daß wir uns weder geduckt haben, noch untergekrochen sind, sondern uns aufgelehnt haben, als die Rezidive in die Vergangenheit angebahnt worden war, und daß wir mit unseren Opfern eine bessere Zukunft für alle bereiten halfen, die erniedrigt und bedrückt worden waren.

Ohne Parlament.

Wien, 23. September 1904.

Fünf Jahre sind es heute eben, seit ausgegeben und verschickt worden ist das Reichsgesetzblatt, allerdings nur deutsch, an erster Stelle die kaiserliche Verordnung enthaltend, durch welche das Wirtschaftsverhältnis zu den Ländern der ungarischen Krone geregelt wird. Durch den § 14 der Dezemberverfassung ist da ein Akt von großer prinzipieller und tief einschneidender Tragweite vollzogen worden. Nicht so sehr in meritorischer als formaler Hinsicht. Denn auch ein parlamentarisch erledigter Ausgleich wäre allen Erfahrungen aus der Vergangenheit gemäß genau so kodifiziert worden, wie er von den beiden Regierungen vereinbart und den Parlamenten in Wien und Budapest vorgelegt worden war. Da ist jedoch ohne Parlament, ja gegen das Parlament und provisorisch der Ausgleich aktiviert worden. Nämlich bis zur Annahme des ganzen Ausgleichaktes durch die legislative Körperschaft, durch den Reichsrat. Es war dies ein Akt ministeriellen Absolutismus, dessen Nacktheit teilweise mit dem Feigenblatte des erwähnten Verfassungsartikels gedeckt wurde. Datiert ist die Verordnung bereits vom 21. September. Sie betrifft die wichtigsten Partien des Ausgleichs mit der anderen Reichshälfte: das Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn, die vollständige Einlösung der Staatsnoten, die Einführung der Kronenwährung als Landeswährung, die Verlängerung des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Bank und die Regelung der Achtzigmillionenschuld. Ein großes Stück ist zurückgestellt worden. Das Kabinett des Grafen Franz Thun hat diesen Teil trotz allem Druck von oben, trotz allem Druck aus Ungarn, trotz allen Rücksichten, welche der Regierungschef hatte und gegenüber den entscheidenden Faktoren übte, nicht aktiviert. Das Über-

weisungsverfahren ist hängen geblieben zwischen Himmel und Erde. Als die Minister das historische Aktenstück der kaiserlichen Verordnung unterfertigt hatten, waren sie sich bewußt, daß sie ihr Testament gemacht haben und daß die Zeit gekommen ist, zurückzutreten. Das Kabinett Thun hat sofort die Demission überreicht.

Seit Jänner 1899 führte es einen schweren Kampf, bevor es sich entschloß, die Ausgleichsvorlagen auf nichtparlamentarischem Wege zu aktivieren. Die Details dieses Kampfes sind mir insgesamt bekannt, doch bin ich heute außerstande, sie insgesamt der Öffentlichkeit schon zu übergeben. Nur den Zipfel des Schleiers, der sie verhüllt, kann ich und will ich heute lüften. Nicht so sehr wegen des historischen Interesses und auch nicht aus dem Grunde, um Intimitäten und Vertraulichkeiten zu verraten, die sich im Halbdunkel der Ministerbureaux einerseits, anderseits zwischen dem Palais des Ministerratpräsidiums und der Hofburg abgespielt haben, sondern damit diese Publikation eine Belehrung und Warnung sein möge für die Zukunft. Die Geschichte ist immer die beste Lehrerin, namentlich in Österreich, jenem Staate, wo sich die Sachen wiederholen und die politischen Fehler mit ihnen.

Die Regierung des Grafen Thun ist vor eine vollzogene Tatsache: vor die Abmachung der Krone mit Koloman Szell, gestellt worden. Der vierte österreichisch-ungarische Ausgleich wurde von diesem einer neuen Redaktion unterzogen — natürlich in ungarischem Sinne. Graf Franz Thun gehört zu jenen Aristokraten, die ihren Beruf darin erblicken, dem Throne am nächsten zu stehen und dessen Willen zu vollstrecken. Sich selbst und seine Ministerkollegen, auch jene, die Volksabgeordnete waren, hielt er lediglich für Exekutoren dieses Willens. Während andere als echte und wahre Loyalität Aufrichtigkeit und Offenheit erklärten, verstand er unter Loyalität den submissesten Gehorsam. Allein auch dieser konservative, äußerst ergebene Aristokrat hat sich aufgebäumt und aufgelehnt. Er hat sich nicht geneigt und sich nicht unterworfen. Er ließ sich vom Winde nicht biegen wie ein Weidenzweig. Mitte Februar trat der Ministerrat zusammen. Er beschloß einen energischen Protest und steckte präzise und klar die Grenzen ab, bis zu welchen er zu gehen gewillt ist, und jenseits welcher alle Minister ihre Mandate niederzulegen gewillt waren. Es folgten Audienzen des Grafen Thun und Dr. Kaizls. Ernstere als alle vorhergehenden. Ein Schritt nur und das Kabinett wäre gegangen — selbstbewußt, stolz, glorreich. Es wäre dies ein Abgang gewesen

so groß, so ostentativ, so imposant, wie es keinen gegeben, seit Österreich konstitutionell ist. Es ist nicht dazu gekommen.

Was die Peripetie herbeigeführt hat, was Graf Thun und Dr. Kaizl veranlaßt hat, einen Kompromiß einzugehen, kann ich heute noch nicht erzählen. Aber ich darf sagen, daß das Motiv bei jedem ein anderes war. Bei dem ehemaligen Statthalter von Böhmen die absolute Hingebung, beim böhmischen Minister der Glaube, der immer und jedesmal noch dem durch so viele Enttäuschungen zerstampften Boden entsprießt, der Glaube, daß er durch sein Opfer dem böhmischen Volke nutzen wird. Er hoffte, er glaubte, er war überzeugt wie andere und wurde getäuscht wie andere.

Lange sprachen wir darüber am 17. Februar. Ich redete ihm an jenem Tage zu, er möge zurücktreten und der Refrain aller meiner Auseinandersetzungen lautete: »Gehen Sie freiwillig! Wenn Sie den Ausgleich abgetan haben werden, werden Sie freiwillig nicht gehen!« Und sein Einwand lautete: »Ein jeder seiner Verantwortung dem Volke gegenüber bewußte Böhme müßte gerade so handeln wie ich. Solange ich nur den Schatten einer Hoffnung habe, daß ich ihm nutzen und helfen werde, werde ich bleiben. Daß ich mich ans Portefeuille nicht klammere, wissen Sie.«

Wir sprachen darüber abermals am 4. September. Er wußte, daß er, bona fide handelnd, getäuscht wurde. Voll Bitternis, aber ohne jeden Kleinmut und durchdrungen von tiefem Glauben an den Fortschritt und das Wohlergehen des böhmischen Volkes, setzte er seinen Namen auf die kaiserliche Verordnung vom 21. September und dann auf das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen.

Die heute vor fünf Jahren verkündete Verordnung ist bis zum heutigen Tage vom Parlament nicht erledigt worden. Sie liegt unangetastet wie zahllose andere. Deren Meritum ist durch den zweiten Ausgleich Szells — einer dritten Redaktion des vierten Ausgleiches mit Ungarn — ersetzt worden, das mit dem Kabinett Körber in der Nacht vom 31. Dezember 1902 auf den 1. Jänner 1903 vereinbart worden war. Der Zolltarif und das Zoll- und Handelsbündnis sind zwar im Ausschuß in Angriff genommen, aber nicht zu Ende beraten worden. Und wenn sie auch dort zur Annahme gelangen würden, dermalen besteht keine Hoffnung, daß dies auch im Plenum der Fall sein wird. Gesetzt den Fall: das ungarische Parlament erteilt diesen Vorlagen im Herbst oder Frühjahr sein

Placet, geholfen wird damit nichts sein. Graf Stephan Tisza hat vom ungarischen Reichstag die Erhöhung der Zivilliste erwirkt, und wir haben in den letzten Tagen eine Seltenheit mitgemacht, daß nämlich in Ungarn eine gemeinsame Angelegenheit bewilligt wurde, welche in dieser Reichshälfte unter den sotanen Verhältnissen ausgeschlossen ist.

Geht der zweite Ausgleich Szells in Ungarn im Unterhause und im Magnatenhause durch, so wird er hier mit dem § 14 ebenso aktiviert werden, wie der erste Szellsche Ausgleich heute vor fünf Jahren. Bei solchen Sachen handelt es sich für die Magyaren immer nur um den Preis. Und der wird sich finden. Wird es keinen Ausweg geben, dann erlischt der Vertrag eo ipso im Jahre 1907.

Und geben wir uns keiner Täuschung hin: auch die Handelsverträge werden mit Zustimmung Ungarns auf unparlamentarischem Wege aktiviert werden und in gleicher Weise wird das Geld für außerordentliche Bedürfnisse der Armee verschafft werden. Es ist entschieden, es ist fest entschieden, daß man ohne Parlament regieren wird. Die Entschuldigung wird in den lateinischen Worten: dura necessitas, harte Notwendigkeit, gefunden werden.

Es wird gut sein, wenn wir diese bestimmten Dispositionen uns vergegenwärtigen und mit ihnen rechnen, weil in der Politik überhaupt klare Situationen die besten sind. Ich meine durchaus nicht, daß der Entschluß der maßgebenden Kreise, ohne Parlament zu regieren, durch die Taktik der böhmischen Abgeordneten herbeigeführt, auf diese von Einfluß sein sollte. Das Beharrungsvermögen ist eine Kraft nicht bloß in der Physik, sondern auch in der Politik. Und das Wort Julian Dujanewskis: »Durata vincunt« hat auch heute noch seine Geltung. Hat Herr Dr. von Körber seine Ausdauer, dann haben wir die unsere. Und wir fürchten durchaus nicht den Wettstreit beider. Ein Volk gegen einen einzelnen, eine bescheidene und gerechte Sache gegen ein verkehrtes System, ein Volk, das da ist und das ein wertvoller Faktor für Staat und Monarchie bleiben wird, gegenüber einem Ministerium, das nur zeitweilig da ist zu einer undankbaren Aufgabe, um die sogenannten Staatsnotwendigkeiten irgendwie abzutun — nein, nein, wir werden nicht kleinmütig werden, wenn Dr. von Körber den Apparat des Artikels 14 in einer Weise anwendet, wie dies kein Minister vor ihm, Ignaz von Plener nicht ausgenommen, getan hat, gerade so, wie Dr. Kaizl nicht kleinmütig gewesen ist, als er vor fünf Jahren seine Unterschrift auf sein ministerielles Testament gegeben hat.

Herr Dr. von Körber aber, der berufen worden ist, um normale Zustände im Parlament wieder herzustellen, wird den Beinamen des unparlamentarischesten Ministers in der politischen Geschichte Österreichs erhalten, in jener Geschichte, die sich wiederholt. Auch Graf Thun mußte sterben und war mehr als er.

Herbe Reminiszenzen.

21. September 1905.

Seit gestern fährt man von Schwarzach nach Gastein mit der Bahn. In feierlicher Weise ist der Verkehr darauf eröffnet worden. Der Kaiser, die Minister, die Präsidenten beider Häuser, Abgeordnete waren zugegen. Der Ministerpräsident selbst hielt eine Ansprache an den Monarchen, dessen Antwort einen seltenen Absatz enthielt: den Dank der Krone dem Parlament.

Das alles hätte es nicht gegeben, würde es sich bloß um die Verbindung des genannten Kurortes mit einem Schienenwege gehandelt haben. Es hat sich um mehr gehandelt. Um ein Stück und um den Anfang der sogenannten Tauernbahn, einer Bahn, die man auch nennt: der zweite Weg zum österreichischen Meer. Soll heißen: zu Triest. Einer luxuriösen und teuern Bahn. Einer Bahn, bei deren Bau die Technik die Natur besiegt. Einer Bahn, bei der es, als über die Trace entschieden werden sollte, zahlreiche Rivalen gab. Einer Bahn, bei der das erste Wort ein Interessent hatte: das Heeresärar. Genau so wie bei der passiven Wiener Stadtbahn, welche wahrscheinlich diesen Namen deshalb erhalten, weil sie nicht durch die Stadt führt. Einer Bahn, in bezug auf welche ernste Zweifel vernehmbar sind, einerseits, ob sie sich rentieren, anderseits, ob sie nicht den Interessen Deutschlands, das heißt des Konkurrenten, mehr dienen wird als jenen Österreichs.

Im verflossenen Sommer habe ich einige Teile dieser großen Investition gesehen. Ich kann sagen, daß sie wahrhaft schön sind, daß alles an ihnen harmonisch und lieb ist. Gewiß, touristisch werden sie alle in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen, in bezug auf deren Rentabilität jedoch getraue ich mir kein Urteil zu, noch eine Voraussage darüber, ob es sich verwirklichen wird, was wir in

Böhmen für die Ausfuhr unserer Erzeugnisse gewärtigen. Nicht der Volkswirt, der politische Chronist spricht. Er verzeichnet ein interessantes Faktum — ein negatives. Die beiden intellektuellen Urheber dieses großen Werkes wohnten der ersten Ausfahrt nicht bei: Dr. von Körber und Wurmb. Beide sind im Ruhestande. Die haben gewiß zurückgedacht und ihre Reminiszenzen waren bitter. Denn es ist schmerzlich, Zeuge zu sein, wie andere ernten, was wir eingesät haben.

Die Tauernbahn war für die Alpenländer ein doppelter Ersatz. »Diese Bahn« — rief in einer Wählerversammlung der Abgeordnete Sylvester — »ist unsere Sprachenverordnung.« Die Süddeutschen wollte man politisch besänftigen. Und unter einem auch für die den nördlichen Ländern gewährten Wasserstraßen, vornehmlich für die Regulierung der böhmischen Flüsse, hat man ihnen eine Kompensation gegeben — eine große. Sie hat nicht ausgereicht. Man hat einen Nachtragskredit zugegeben. Und wer weiß, ob nicht noch ein Kredit wird notwendig sein.

Wir sind nicht neidisch, wir vergönnen einem jeden, daß er habe, wessen er zum leben bedarf. Aber wir reklamieren unser Recht, auf daß man uns gewähre, was uns gebührt nach geltendem Gesetz. Nichts mehr. Niemandem nehmen wir was und wollen wir was nehmen. Anderseits sind wir jedoch nicht bereit, auf etwas zu verzichten, was ein Volk erst gleichberechtigt macht, was den böhmischen Beamten, den böhmischen Soldaten gleichwertig macht. Uns hat man ein Stück jener Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit genommen, die wir uns erst haben verdienen, erwerben, erringen müssen, wiewohl sie uns ohne neue Dienstleistungen, ohne neuen Kaufpreis gebührten. Sechs Jahre sind es, seit man an uns in noch nie dagewesener Form einen Raub verübt hat, der jede böhmische Seele tief verwundet hat.

Er wurde vollbracht aus Furcht, die Delegationswahlen werden vereitelt werden, der Dualismus werde einen Riß bekommen und die gemeinsamen Angelegenheiten werden parlamentarisch nicht versorgt werden können. Und siehe da! Sechs Jahre nach diesem unerhörten Gewaltakt, durch welchen mit Zuhilfenahme außerparlamentarischer Faktoren unser langer und schwerer Sprachenkampf mit einer Niederlage für unsere Sache beendet worden ist, mit einer Niederlage, die ganz ähnlich ist der Niederlage in der Ära der Fundamentalartikel, nach dieser Kapitulation vor dem deutschen Terror und vor einer Armee, die teils vom alldeutschen

Geiste, teils vom alten Wahn über die deutsche Superiorität betört war, welche Ironie des Schicksals! Schon ist die Quote verlängert worden, nicht durch die der Krone gesetzmäßig zustehende Entscheidung, sondern auf das bloße Giro des ungarischen Ministerpräsidenten, der sich dermalen in statu demissionis befindet. Und das gesamte Verhältnis beider Reichshälften ist in einem Maße bedroht, daß die Delegationen und mit ihnen der gemeinsame Staatsvoranschlag im Nebel sind und daß absolut keine Sicherheit besteht, ob sie in absehbarer Zeit verwirklicht werden können. Ist ja doch durchaus die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die dualistische Form, die schon starke Sprünge hat, ganz zerfällt. Wird es gelingen, sie wieder zusammenzukleistern, ohne Konzession an die Magyaren wird es nicht abgehen. Der Gesetzentwurf, den Freiherr von Gautsch Dienstag in der Eröffnungssitzung der Herbstkampagne des Abgeordnetenhauses ankündigen und durch welchen die Regierung dieses Staates beim Parlament um die Vollmacht ansuchen wird, damit sie pro 1906 zu den gemeinsamen Angelegenheiten ohne Delegationsbeschluß ebensoviel beitrage, wie viel sie auf Grund der Beschlüsse der Delegationen für das heurige Jahr ausbezahlt hat, ist das sichtbarste Zeichen der Krise, in welcher infolge des Konflikts der Krone mit der Majorität des ungarischen Reichstages sich das ganze Reich befindet — befindet wegen einer Sprachenfrage. Nur mit dem Unterschiede, daß die Magyaren die Macht besitzen, um die Delegationen zu Rumpfdelegationen zu machen, die Deutschen — nach ihrem eigenen nachherigen Geständnis — diese Macht nicht besessen haben. In Wien ist man jedoch vor ihren Drohungen und Einschüchterungsversuchen erschrocken und als der Minister, der jetzt im Grabe ruht, beantragte, es möge das gemeinsame Budget, soweit es sich um diese Reichshälfte handelt, ausnahmsweise mit dem § 14 aktiviert werden, verfiel er in Ungnade. Und nun, nach sechs Jahren, wird eine Ausnahmsmaßnahme begehrt, die man im Jahre 1899 verworfen, die jetzt nur äußerlich, keineswegs im Wesen selbst modifiziert ist.

Diese Reminiszenz hat einen lediglich historischen Wert. Die Wirklichkeit geht unbarmherzig über Gefühle und Eindrücke weiter und der Realpolitiker muß sich mit der Erkenntnis befreunden, daß wir in einem Doppelstaate leben, wo man nicht alle mit demselben Maße mißt, wo dem einen als Verbrechen angerechnet wird, was dem anderen durchgeht, wo heute bewilligt wird, was man gestern verweigert hat und wo man abends nicht weiß, was und wer früh

noch fest und unberührt stehen wird, wo sohin die Politik à la minute zum System erhoben worden ist.

Allein vor einer neuen Session geziemt es sich, einige Tatsachen zu konstatieren und sie allen ins Gedächtnis zurückzurufen, die es angeht. Nicht bloß der Exekutive, auch den Personen und Kreisen, die über ihr stehen. Daß die Tauernbahn gebaut wird, daß man auf einem ihrer Segmente den Verkehr hat schon eröffnen können, ist ein Verdienst der böhmischen Abgeordneten. Im Vertrauen, daß auf der Basis gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit auch politische wird ermöglicht werden, haben sie zeitweilig ihre Obstruktion eingestellt, die großen Bauten zugelassen und sind getäuscht worden. Wie einigemal schon, wie oft schon. Und trotzdem hat nach dem Sturze Dr. von Körbers das Vertrauen dieser Abgeordneten, daß Baron Gautsch durch seine Handlungen, durch seine Administrative, durch sein ganzes Vorgehen sich anders, das heißt besser erweisen wird als sein Vorgänger war, die Rückkehr normaler Zustände im Wiener Abgeordnetenhause zu einer Zeit ermöglicht, in der jedwede positive Arbeit im ungarischen Parlament durchweg sistiert ist, da man in der anderen Reichshälfte nicht bloß unparlamentarisch, sondern ex lex regiert, in einem Augenblick somit, in dem die Monarchie auch in ihren Beziehungen zum Auslande, zum Beispiel in ihren handelspolitischen Beziehungen gelähmt ist, in dem deren internationale Position durch Stagnation und durch die Unterbindung seitens der transleithanischen Reichshälfte leidet.

In dieser schweren und schwierigen Lage, in welcher die Einheit und Totalität des habsburgischen Kaiserreiches anderen Staaten gegenüber auf des Messers Schneide stehen, haben die böhmischen Abgeordneten der Dynastie und Monarchie einen unermeßlichen, nicht gewürdigten und anerkannten Dienst erwiesen, einen Dienst, den man nur dann entsprechend bewerten kann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie das Reich dastehen würde, wenn durch die Obstruktion der böhmischen Abgeordneten auch diese ihre Hälfte zerfahren wäre, wenn auch hier ein Chaos bestünde, wenn auch hier Knoten vorhanden wären, deren Lösung man in Ungarn seit dem 26. Jänner d. J. anstrebt. Ist Baron Gautsch ein gerechter, objektiver Staatsmann, dann muß er den Böhmen zubilligen, daß sie ihm nicht bloß das Regieren erleichtert, sondern daß sie auch die Monarchie nicht genötigt haben, auf zwei Krücken zu gehen, muß er sich bewußt sein, daß diese ihre Reserve nicht geübt wird seines schönen Augenpaares wegen, sondern in der

Erwartung, daß denn doch endlich eine Zeit gekommen ist, da man Opfer nicht honorieren, da man Verdienste nicht lohnen wird, wie man sie den Kroaten gelohnt hat — altösterreichisch, daß mit den Personen sich auch die Verhältnisse geändert haben, mit den Menschen auch die Sachen und daß diese Menschen nicht bloß Pflichtbewußtsein, sondern auch den moralischen Mut haben werden, jene Obliegenheiten zu erfüllen, welche ihnen das Gesetz und ihr eigener Eid auferlegt.

In der Politik ist Vertrauen unentbehrlich. Die böhmischen Abgeordneten zeigen es Baron Gautsch gegenüber fast ein ganzes Jahr lang schon. Es ist Herbst jetzt, die Zeit der Ernte. Die Früchte der Frujahrssaat sind jedoch keineswegs schon sichtbar. Wir warnen den Ministerpräsidenten aufs angelegentlichste vor dem Optimismus, als wäre das böhmische Volk gewillt, das Moratorium ins Unendliche zu verlängern oder sogar eine Insolvenz ruhig hinzunehmen. Das böhmische Volk ist geduldig und nachsichtig. Eine Irreführung verträgt es nicht. Wenn Baron Gautsch den Glauben dieses Volkes täuschen würde, er würde einen Sturm entfachen, der mehr hinwegfegen würde als bloß ihn und diejenigen, die ihm geglaubt haben.

Das allgemeine Wahlrecht.

Wien, 6. Oktober 1905.

Nach einer langen und interessanten Debatte über das allgemeine und gleiche Wahlrecht und nach einer noch interessanteren Abstimmung darüber ist der Reichsrat spät abends vom Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Nach allgemeinem Dafürhalten bis ins letzte Novemberviertel. Wiewohl die heute geschlossene Session in jeder Hinsicht armselig geblieben ist, ein politisches Ergebnis, ja, man kann sagen, ein denkwürdiges Ergebnis hat sie doch gehabt: im Abgeordnetenhause hat sich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht eine absolute Majorität von 41 Stimmen ergeben. Der von deutsch-klerikaler Seite aus nationalen, das heißt antiböhmischen und antislavischen Motiven gestellte Antrag, die Regierung solle beauftragt werden, Studien über das allgemeine, direkte und geheime, keineswegs jedoch gleiche Wahlrecht anzustellen, hat nicht einmal die absolute Majorität gefunden. Dieses negative Votum ist gleich erfreulich, wie das erste positive befriedigend ist. Das Abgeordnetenhaus hat sich vor dem Antritte einer sechswöchentlichen Pause zu einer ganz ungewöhnlichen Höhe aufgeschwungen, die niemand dem in den letzten Zügen liegenden, durch mehrjährige Obstruktion entkräfteten, zur vollständigen Unfruchtbarkeit verurteilten Parlament zugetraut hätte. Es hatte heute fürwahr den Anschein, als wäre die jetzige Volksvertretung durch die Diskussion über ihre zukünftige Zusammensetzung elektrisiert worden, als hätten sich die erkaltenden Glieder dieses Körpers noch einmal zum Ausholen und Ausgreifen aufgerafft, als würde diese Korporation fühlen und sich bewußt sein, daß draußen ein starker volkstümlicher Wind weht, der in absehbarer Zeit alle Scheide-

grenzen des Repräsentativsystems umwälzen wird, als würde sie fühlen, daß sie endlich auf die einzig gerechte, einzig gesunde und einzig mögliche Grundlage gestellt werden wird: auf die Basis der Gleichheit, und daß das Abgeordnetenhaus dasjenige werden wird in Wirklichkeit, was es bisher nur dem Namen nach gewesen ist: eine wahre Volksvertretung. Als würde sie geahnt haben, daß die von der Regierung für den Beginn des kommenden Herbstes in Aussicht genommenen Neuwahlen unter der Parole der Wahlreform stattfinden werden.

Die zweitägige Debatte über diese gehört zu den besten und man kann sagen bedeutendsten, welche dieses Haus je gehabt hat. Wir bekennen, daß wir solche Leistungen, deren Zeugen wir gewesen sind, eine derartige Aufmerksamkeit, ein so großes Interesse und eine solche Spannung bei einer Frage, die bei aller Tragweite, bei aller unermeßlichen Wichtigkeit dennoch im gegenwärtigen Augenblick nicht aktuell und dringend ist, nicht für möglich gehalten haben und daß wir, überrascht, gestaunt haben über die Energie, die wir sonst nur in einem neugewählten Hause gewohnt sind. Die Ursache und Erklärung dieses bemerkenswerten Symptoms suchen wir und finden wir nicht in den Personen, in den Abgeordneten, in den Parteien, sondern in der Sache selbst, in dem Postulat nach dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht, das in ungeahntem Maße das sumpfige, weithin schon übelriechende Wasser aufgewühlt und aufgestürmt hat. Die Auseinandersetzungen Dr. Kramářs und Daszynskis, Dr. Ebenhochs, des Grafen Dzieduszycki und anderer haben sowohl durch ihre Form als durch ihr Wesen den parlamentarischen Kampf um das Prinzip des gleichen Wahlrechtes — es hat sich um nichts mehr als das Prinzip gehandelt — zu einer Höhe erhoben, auf der sich keine andere Diskussion während des ganzen jetzigen Sexenniums befunden hat.

Wir müssen nicht nur unser tiefstes Bedauern, sondern auch unseren tiefsten Unwillen darüber ausdrücken, daß der Chef einer Beamtenregierung, obendrein noch einer teilweise provisorischen Beamtenregierung, in dem Kampfe um die Gleichheit der Bürger bei der Wahlurne, in dem Kampfe um die Gleichheit der Bürger, die schon bei der Militärbereitschaft gleich sind, nunmehr auch bei der politischen Bereitschaft, um die Gleichheit der Bürger, die im Kampfe mit dem Mannlichergewehre schon gleich sind, nunmehr auch im Kampfe mit dem Stimmzettel sich unverhohlen, aber unvorsichtig auf die Seite der Gegner dieser Gleichheit gestellt hat,

die sich, wie sich heute aus den Reden und Abstimmungen herausgestellt hat, im Lager des Großgrundbesitzes, im polnischen Lager oder im Lager jener befinden, die heute nicht den Mut gefunden haben, ja oder nein zu sagen und aus dem Sitzungssaale sich entfernten, wie z. B. die sogenannten böhmischen Agrarier. Was Graf Dzieduszycki, ein sonst aufgeklärter Mann, aber Vertreter von etwa 20 galizischen Latifundienbesitzern, tun konnte, ist einem Ministerpräsidenten nicht gestattet, einem Minister der Exekutive, die von sich behauptet, sie stehe über den Parteien. Ein solches Ministerium darf nicht, wir wiederholen darf niemals und nirgends, am wenigsten in einer so eminent heiklen Frage wie diejenige ist, über die gestern und heute im Abgeordnetenhause gesprochen und abgestimmt wurde, einen volksfeindlichen Standpunkt einnehmen und sich öffentlich als Helferin und Beschützerin von Interessen deklarieren, die sie fälschlich und betrügerisch konservative nennt. Noch weniger darf eine solche Regierung sich öffentlich als Protektorin einseitiger nationaler Interessen proklamieren, sagen wir es direkt und ohne Federlesen: deutscher Interessen. Denn die Rede des Freiherrn von Gautsch konnte ebenso irgendein Mitglied der deutschen Fortschrittspartei halten, welche ohne Furcht vor Gott und ohne Scham vor den Leuten und sich an ihrem eigenen Namen versündigend, heute gegen alle Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gestimmt hat. Die heute von Baron Gautsch im Abgeordnetenhause gehaltene Ansprache war mehr als ein politischer Fehler. Sie war eine Kurzsichtigkeit. Die aber muß man nicht bloß aufs entschiedenste zurückweisen, sondern auch aufs entschiedenste verurteilen. Als er zu Ende gesprochen, rief ihm Abgeordneter Eldersch zu: »Herr, erlöse uns von diesem Übel!« und der Abgeordnete Fresl schrie ihn an: »Jetzt lacht er, der Frechling, und dann wird er davonlaufen!« Der Ministerpräsident blieb stehen, wandte sich um und blieb im Hause. Seit der Abstimmung über den Antrag des Grafen Wurmbrand auf Anerkennung der deutschen Sprache als Staatssprache war im Hause keine so dumpfe Atmosphäre wie heute. Das Ergebnis war diesmal dasselbe wie damals: ein durchweg negatives. Es hat nämlich keiner von den sieben dringend eingebrachten Anträgen die erforderliche Zweidrittelmajorität erhalten. Nach der Abstimmung gibt es genau dasselbe Vakuum wie vor ihr. Zweimal wurde abgestimmt. Das erstemal namentlich, das zweitemal nicht namentlich. Das erstemal sum-

marisch über sechs Anträge zusammen, in welchen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangt wird. Für die Dringlichkeit haben 155, gegen sie 114 Abgeordnete votiert. Diese Ziffern sind für die Freunde der Gleichheit bei den Wahlen sehr erfreulich, denn sie besagen, daß in diesem Abgeordnetenhause, das auf der Interessenvertretung, auf dem Privileg des Großgrundbesitzes und auf dem noch größeren Privileg der deutschen Minorität in diesem Staate beruht, eine große, 41 stimmige Majorität für das allgemeine Wahlrecht vorhanden ist. Das Resultat der Abstimmung wurde ruhig angehört. Das zweitemal wurde über die Dringlichkeit des Antrages Dr. Ebenhochs abgestimmt, durch welchen die Regierung aufgefordert werden sollte, Studien über die Wahlreform zu pflegen und das allgemeine, direkte und geheime, nicht aber gleiche Stimmrecht mit Berücksichtigung der nationalen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern einzuführen. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde mit 137 Stimmen gegen 124 abgelehnt. Mit Genugtuung begrüßen wir dieses Resultat. Es haben dazu nur die Slaven beigetragen, die alle und insgesamt gegen den Antrag stimmten, gegen dieses Ei, welches die Regierung gelegt und die deutsche Linke ausgebrütet hat, denn der Antrag Dr. Ebenhochs bedeutet nichts anderes, als einen Aufschub der Wahlreform ad calendas graecas, als eine Versicherungspolizze auf deutschen Raub und deutschen Diebstahl an den nichtdeutschen Völkern, einen Raub und einen Diebstahl, den Herr Dr. Ebenhoch in seiner Offenherzigkeit nicht einmal in Abrede gestellt hat.

Zu einer Komödie und zu einem Verrate, als welche sich jedwede Unterstützung dieses Antrages herausgestellt hätte, hat sich kein einziger Slave hergegeben, und wir wundern uns, daß die Sozialdemokraten sie einem Antrage gewähren konnten, in dem nicht einmal das gleiche Wahlrecht verlangt wird. Wer aber noch im Zweifel über die Tendenz dieses Antrages gewesen ist, der möge sich die Parteien ansehen, die dafür gestimmt haben. Es waren dies außer den Sozialisten und Italienern nur Deutsche, sowohl die Wolfianer als auch die Schönerianer mit eingerechnet, von welchen beiden Gruppen bei der ersten Abstimmung die meisten Mitglieder fehlten.

Das Ergebnis der zweiten Abstimmung wurde nicht ruhig angehört. Die Sozialdemokraten riefen: »Sperrt die Bude zu! Fort mit den Großgrundbesitzern aller Parteien! Hoch das allgemeine Stimmrecht! Fort mit dem Adel und den Privilegien!« Freiherr von

Gautsch lächelte zufrieden. Er ist durch das Abgeordnetenhaus zu gar nichts aufgefordert worden: weder zur Einbringung einer Vorlage betreffend das allgemeine Wahlrecht, noch zu mehrjährigem Studium einer Wahlreform nach dem Rezept Ebenhochs. Die Abgeordneten eilten aus dem Sitzungssaale hinaus zu den Kassen, wo ihnen 60 Gulden Diäten und ihr Reisegeld ausbezahlt wurde. Die Kampagne, die im ganzen 10 Tage gedauert hat, ist zu Ende.

Die Herbstsession.

I. 26. September.

Wieder war Festvorstellung im Abgeordnetenhaus. Wieder war Parade oben, Parade unten. Wieder waren die Galerien voll. Wieder waren die Logen bis auf den letzten Platz besetzt, auch von Damen, die noch in lichten, sommerlichen Toiletten erschienen, unter ihnen auch die Frau des Ministers Dr. Randa. Wieder waren alle Minister, Schönaich ausgenommen, im Frack. Wieder präsentierte der Chef der Regierung dem Parlament neue Gehilfen. Diesmal nur provisorische und nur zwei, die beide auf der äußersten Linken der Ministerfauteuils Platz nahmen. Und wieder hielt der Ministerpräsident eine lange programmatische Einleitungsrede über die Situation. Und wieder wird über diese Rede gesprochen werden. Lange, mehrere Tage, verschieden, scharf, eingehend. Und wieder werden alle diese Reden keinen anderen Zweck haben, als die zwölftägige Kampagne und das stenographische Protokoll auszufüllen und sie werden in nichts zerflattern, so wie in der Wüste dünne Quellen verschwinden, die nichts erfrischen, nichts tränken, nichts stärken und an deren Ufern nichts sproßt.

Und wieder . . . .

Ins Unendliche wiederholt sich die alte Geschichte, die alte Szenerie, die alte Misere. Sine gratia ad infinitum. Ohne jedwede Variation. Als wäre auf der Welt nur ein Leisten, eine Formel, eine Schablone. Unzähligemal haben wir all das, was heute geschah und gesprochen wurde, schon gesehen und gehört. Kein neuer Gedanke in der ganzen mise en scène. Keine Invention. Lauter bemooste Traditionen. Über allem aber lagert die Langweile, welche ermüdet, ermattet, tötet.

Lieber eine noch so stärkere Bewegung, lieber Lärm und

Getöse als diese Erstarrung, als dieses Eis, als diese Teilnahmslosigkeit, diese Stummheit, die wie ein Alp drückt und jede Regung und jeden Aufschwung erstickt. Von zwei Seiten erwartete man für heute irgendein Animo, irgendeinen Funken, irgendeine Flamme. Allein es kam von keiner Seite was, weder von den Sozialdemokraten, noch von Baron Gautsch. Einige Raketten flogen auf, zündeten, erloschen jedoch sofort. Summa summarum: es war weit, weit nicht, was vorausgesagt und angekündigt worden, womit gedroht und geschreckt wurde wochenlang in Zeitungen und Versammlungen. Vorausgesagt wurde ein Gottesgericht, ein elementares Gewitter, eine Explosion des Unwillens, eine erbarmungslose Revanche, eine vernichtende Abrechnung. In Wirklichkeit waren es einige Kolophoniumblitze und einige Pappendeckeldonnerschläge. Sie erweckten weder Furcht noch Bewundernng, sondern ein Lächeln und Mitleid. Unwillkürlich fragte man jeden Augenblick: »Ist das alles? Oder kommt noch was nach?« Und es kam nichts, rein gar nichts.

Die Sozialdemokratie hat heute ihre Schwäche gezeigt. Wenn sie außerhalb des Hauses nicht stärker ist, als sie sich heute im Hause gezeigt hat, niemand wird vor ihr erschrecken, niemand wird sie fürchten. Entweder — oder. Entweder bin ich mir bewußt des Mangels meiner Kräfte und sage keine Revolution an, die ich nicht halten kann, oder ich rede nichts und handle. Auf die Weise jedoch, wie heute die zehn sozialdemokratischen Abgeordneten vorgingen, wird nur der ärgste Eindruck hervorgerufen, der Eindruck der Impotenz. Man braucht sie nicht zur Schau stellen, sie nicht in der ganzen Nacktheit zu enthüllen. Niemand wird genötigt, auf den offenen Markt zu gehen und dort auszurufen: »Hochverehrtes Publikum! Ich darf es mit niemandem aufnehmen, denn ich bin zu schwach.« Niemand. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei haben durch ihre heutige Mattigkeit das Prestige, wir meinen nicht ihrer Partei, aber ihrer Sache geschädigt. Der Abgeordnete Fresl, aus dem manchmal die Stimme der Natur sich vernehmen läßt, rief ihnen zu: »Das ist allzu wenig. Feiglinge, eure Obstruktion ist eine Komödie!« Und was unter allen Momenten das bedenklichste Moment war: es gab sehr viele Leute im Parlament unter den Abgeordneten und unter den Zuhörern, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten im Verdacht haben, daß sie mehr tun konnten, aber nicht wollten. Wir sprechen diese Verdächtigung nicht aus, wir verzeichnen sie lediglich und fügen hinzu: die österreichische

Sozialdemokratie hatte heute ihren unglücklichsten parlamentarischen Tag.

Als Baron Gautsch, begleitet von seinen Kollegen, den Sitzungssaal betrat, standen die Abgeordneten Eldersch, Resel, Schuhmeier und Daszynski bei der Ministerbank und riefen ihm zu: »Pfui, schämen Sie sich, kriechen Sie unter die Unterröcke einer Erzherzogin. Verstecken Sie sich unter ihre Krinoline. Fort mit Gautsch, fort mit dem Wahlrechtsräuber, hinaus mit den privilegierten Abgeordneten!« Der Ministerpräsident schaute die genannten Abgeordneten an und ließ sich dann auf seinen Fauteuil nieder, als würde nichts um ihn geschehen. Einige Interjektionen der Abgeordneten Choc und Fresl ausgenommen, welcher übrigens heiser war und schrie: »Wo ist die böhmische Universität für Mähren? Wo ist die sprachliche Gleichberechtigung? Sind Sie, Herr Gautsch, mit Ihren roten Hofräten zufrieden?« unterbrachen ihn nur die Sozialdemokraten. Sie taten ihm offenbar nicht weh. Er sprach zu Ende, was er vorbereitet hatte.

Das ganze Haus hörte ihn mit gespannter Aufmerksamkeit an, aber auch mit stoischer Ruhe. Nicht die geringste Bewegung war bemerkbar, als er das Datum des Todes des Abgeordnetenhauses ankündigte. Mitte Juli wird es aufgelöst werden. Ende September und Anfang Oktober werden die allgemeinen Neuwahlen stattfinden, und kein Wort des Widerspruches war vernehmbar, als er dem Hause das Pensum vorschrieb, das es bis dahin zu erledigen hat: Budget, Handelsverträge, gemeinsame Angelegenheiten, Niemand fragte: Und was für das Volk? Was für die Steuerträger? Was für die Wähler? Dieses Haus ist stumpf bis zum äußersten und reif zum Abschlachten. So wie der Heger im Walde mit schwarzer Farbe die zu fällenden Bäume bezeichnet, so hat Freiherr von Gautsch der gesamten Öffentlichkeit die Parte gezeigt, auf der geschrieben steht, daß das Abgeordnetenhaus sterben wird und wann es sterben wird. Graf Kazimir Badeni hat vor neun Jahren dem alten Hause noch eine Menge Sachen abgepreßt. Was will, was getraut sich vom jetzigen Hause noch Baron Gautsch abzupressen?

Es war interessant, die Ministerbank anzuschauen, während Baron Gautsch sprach. Der neue Leiter des Handelsministeriums, Graf Anersperg, lächelte in einem fort, als säße er vor einer Camera obscura eines Photographen. Wahrscheinlich unterhielt ihn der Anblick des für ihn neuen Schauspieles. Dr. von Bienerth war

gleichgültig. Als Präsidialist des Baron Gautsch, solange dieser Unterrichtsminister war, besuchte er lange das Parlament und hat sich an derlei unschuldige Szenen und unverfängliche Intermezzi gewöhnt, wie die heute von den Sozialdemokraten arrangierten sind. Dr. Wrba machte ein Gesicht, als hätte er einen tiefen Schluck Wermut getan; Dr. Kosel hatte eine neue Frisur und bewegte sich unruhig auf seinem Sitz; Dr. Klein legte seine Stirn in philosophische Falten; Dr. Randa saß vornübergebeugt, um gut zu hören; Herr Schönaich bewahrte souveräne Apathie, als sollte er den bekannten Refrain anstimmen:

Was geht das mich an,
Das geht mich gar nichts an,
Das ist auf jeden Fall
Mir tout égal.

Dr. Piętak endlich schaute zum Himmel hinauf, offenbar dachte dieser letzte Rest des ersten Kabinetts Körber nach über die Vergänglichkeit aller Dinge auf dieser Welt überhaupt und seines Portefeuilles im besonderen.

Wir sind wahrhaft in Verlegenheit, wenn wir in den Ausführungen des Freiherrn von Gautsch eine Stelle ausfindig machen sollen, an welche eine ernste Betrachtung angeknüpft werden könnte. Gewiß: sie sind vorsichtig konzipiert, sind glatt gemeißelt, aber Vorsicht ist nicht immer das primum necessarium eines aktiven Staatsmannes. Uns will grössere Entschiedenheit, Entschlossenheit und insbesondere positives Handeln besser gefallen. Fertige Tatsachen wollen wir! Die Durchführung gültiger Gesetze und gültiger Verordnungen — nichts mehr, aber auch nichts weniger.

Freiherr von Gautsch hat die Linie der Reserve nicht überschritten. In einer Sache bloß: in der Frage des allgemeinen Stimmrechtes wohl. In dieser Angelegenheit haben die Abgeordneten Dr. Pacák, Dr. Kramář, Dr. Stránský im Namen der böhmischen und Dr. Šusteršič im Namen der slovenischen Abgeordneten heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Ministerpräsident konnte sich auf eine Erklärung negativer Natur beschränken: daß er sein Votum gegen dessen Einführung in Ungarn nicht eingelegt habe. Das hätte genügt; er ließ sich jedoch ins Meritum ein. Verfocht die Ansicht, die Regelung der nationalen Frage müsse die erste, die Erweiterung des Wahlrechtes erst die zweite, aus der ersten folgende Sorge sein. Das ist ein Standpunkt, den unlängst auch Graf Apponyi vertreten hat. Wir erblicken jedoch im gleichen

Wahlrecht auch ein Mittel, durch welches unsere Stärke gegen künstliche und gewalttätige Wahlordnungen zur Geltung gebracht werden könnte.

Es machte keinen guten Eindruck, daß der erste Gratulant, der Baron Gautsch, als er geschlossen, die Hand drückte, Prinz Liechtenstein war. In camera caritatis — Gott befohlen, da möge ihre Liebe noch so dick sein, allein coram populo sollten sie beide sich ein wenig Selbstbeherrschung auferlegen. Denn manchmal ist Freundschaft schädlicher und mörderischer als Todfeindschaft.

Bloß das Zentrum hat Baron Gautsch Beifall gespendet und einige Polen. Das übrige Haus blieb eisig kühl. Es war keine Genugtuung, es gab aber anderseits auch keine Erregung. Wer nicht den Mut besitzt, sich Gegner zu schaffen, ist weder als Mensch, noch als Politiker, noch als Staatsmann groß. Wir glauben, daß die Ambitionen des Baron Gautsch höher reichen als zum alltäglichen, normalen Niveau und zum Mittelmaß. Und auch höher als bloß zur odiosen Rolle, Petrifikator zu sein des gegenwärtigen antikulturellen, antinationalen und antisozialen Zustandes.

Die Herbstsession 1905.

III. 27. September.

Die Sitzung war heute nicht lange. Keine volle drei Stunden währte sie. Die nächste wird erst übermorgen sein. Allein weder die morgige Unterbrechung noch die heutige Kürze waren ein Akt der Liebe gegenüber den böhmischen Abgeordneten und dem Feste ihres Landespatrons. Die Ursache ist anderswo. In der völligen Ohnmacht, Mattheit und Verkommenheit des jetzigen Parlaments. Dieses taugt schon zu gar nichts. Es verrichtet auch nichts. Nicht einmal seine regelmäßige, alltäglichste Arbeit, wie z. B. das ordentliche Budget, noch beschließt es Reformen dringlicher Natur, zu welchen beispielsweise die Preßnovelle oder die Versicherung von Privatbeamten gehört. Jetzt will es nicht einmal mehr reden. Im wahrsten Sinne des Wortes mußte man heute während der ganzen Sitzung Redner zusammenjagen und zusammentreiben, damit drei Stunden ausgefüllt werden und das Haus nicht schon um 2 Uhr nachmittags geschlossen werden mußte. Fürwahr, wir können nicht anders, als unser zu wiederholtenmalen ausgesprochenes ceterum censeo wiederholen: Auseinander mit diesem faulen Parlament; je früher, desto besser.

Fünf Abgeordnete sprachen über die Rede des Ministerpräsidenten. Eine Debatte war es nicht. Ein jeder sprach, als wäre er gerade aus irgendeiner Versenkung hinaufgestiegen und als hätte er den Vorredner gar nicht angehört.

Dr. Lecher — wir konstatieren ein bloßes Faktum — war sehr interessant. Es genügt zu dessen Charakterisierung festzustellen, daß er den Beifall der Sozialdemokraten eingeheimst hat. Er hat ihn auch verdient. Er hat sich aus der Niederung des Sekretärs der Brünner Handelskammer zur Höhe eines Demokraten auf-

geschwungen, der über die erbliche Monarchie und über das Wahlrecht Anschauungen vorbrachte, die in den Augen der sogenannten deutschen Fortschrittspartei als dermaßen ketzerisch angesehen wurden, daß deren Obmann, Herr Dr. Groß aus Iglau, wie von einer Tarantel gestochen, von seinem Sitze aufsprang und jedermann versicherte, Dr. Lecher habe nicht im Namen der deutschen Fortschrittler gesprochen, sondern nur für seine Person. Einer solchen Versicherung bedurfte es gar nicht. Das mußte ja auf den ersten Blick erkannt werden.

Der Abgeordnete Pernerstorfer ist gänzlich abgefallen. Bei ihm war immer alles gekünstelt, angeschminkt, geschwollen. Auch das vermag er nicht mehr. Er hat sich ausgegeben, hat all sein Pulver verschossen, er ist ein Vulkan, der längst erloschen ist. Lauter Rauch, kein Feuer.

Graf Sylva-Taroucca, der Obmann des konservativen Großgrundbesitzes, erging sich in Lobeshymnen auf den Freiherrn von Gautsch. Er ist ein Leib und eine Seele mit ihm. Die Dezemberverfassung beschwor er, als hätte es gar keine Vergangenheit vor dem Jahre 1879 gegeben. Den historischen Adel kann man jetzt eine Regierungspartei quand même nennen. Die sogenannten Staatsnotwendigkeiten sind jetzt dessen Hauptfrage. Die nationalen kann man ja zurückstellen.

Der fortschrittliche Slovene Dr. Tavčar ist gewiß ein tapferer Nationaler und Liberaler, mannhaft im Kampfe gegen deutsche, bureaukratische und rückschrittliche Gewaltakte. Sobald er sich jedoch für das allgemeine Wahlrecht entscheiden soll, hält er inne. Er fragt nicht: wer wird *wählen*, sondern: wer wird *gewählt werden*. Und antwortet selbst auf diese Frage: »In Krain werden insgesamt Šusteršičianer gewählt werden.« Deshalb lautet sein Votum: Nein! Ein Votum, das uns unbegreiflich ist. Allein man gewöhnt sich im zisleithanischen Parlament an alles. Auch an Rätsel, deren Lösung kein menschlicher Verstand zu finden vermöchte.

Die Herbstsession 1905.

IV. 29. September.

Kein böhmischer Redner hat heute gesprochen. Auch Doktor Lueger nicht. Gesprochen hat aber der Ministerpräsident Baron Gautsch und während der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier wurden — nach langer Zeit wieder — die Galerien geräumt.

Das sind die hervorstechendsten Momente der Sitzung, welche wahrhaft interessant war. Allen anderen kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Man kann sie auch ganz kurz abtun. Dr. Demel aus Teschen sprach sich für den obligaten Unterricht in beiden Landessprachen an den Volksschulen, aber gegen nichtdeutsche Mittel- und Hochschulen aus. Der Abgeordnete für die Stadt Troppau, Sommer, notabene Professor und Doktor, behauptete, gesetzlich wäre in Schlesien nur eine Amtssprache zulässig, die deutsche nämlich — eine Behauptung das, bei der es einem schwer wird, zu entscheiden, was dabei größer ist, ob die Dummheit oder die Frechheit. Dr. Šusteršič ist für das allgemeine Wahlrecht und gegen jedwede Konzession zugunsten der Magyaren. Graf Dzieduszycki — wie immer — für die Dynastie, für die Einheit der Monarchie, für die Einheit der Armee, aber auch — bei einem Vertreter der Großgrundbesitzkurie ein seltenes Plaidoyer — für demokratische Entwicklung. Professor Hofmann von Wellenhof ist gegen alles: gegen die Slovenen, gegen die Italiener, gegen die Böhmen, gegen die Magyaren, gegen die Regierung, als wären in Österreich die Deutschen allein, als würden sie alle Steuern allein zahlen, als wären sie die gesamte Armee allein.

Aus diesen Demels, Sommers, Hofmanns, aus den sudetischen Deutschen, gleichwie aus den alpinischen, aus den Norddeutschen,

gleichwie aus den Süddeutschen weht eine Überhebung und klingt ein diktatorischer Ton, die man niederschreien muß. Wir meinen nicht durch irgendeine akademische Rede. Wir meinen durch ein sichtbares und festes System, das sie belehren würde, daß ein entschlossener Wille da ist, sich nicht dort einschüchtern zu lassen, wo Recht und Gesetz Weg und Taktik strikte vorschreiben.

Diesen allen hat Baron Gautsch nicht geantwortet. Über all diese Dinge hat er gar nicht gesprochen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Polemik gegen Pernerstorfer und Lecher nur eine Garnitur seiner bunten heutigen Auseinandersetzungen war. Diese betrafen jedoch die Revision der gemeinsamen Angelegenheiten, nicht bloß der wirtschaftlichen, sondern aller. Über diese Neuregelung des Verhältnisses beider Staaten der Monarchie würde, nach ihm, eine Deputation beider Parlamente verhandeln. Einen Termin für die Wahl dieser Körperschaft hat er nicht angegeben, jedoch eine wichtige Bedingung hinzugefügt: zuvor müßten durch die Parlamente die Handelsverträge erledigt und sichergestellt werden.

Was mit der heutigen Kundgebung des österreichischen Kabinetts bezweckt werden wird, vermögen wir nicht zu sagen. Ist es ein Programm? Dazu ist es zu nebelhaft und für eine allzu weite Frist gegeben. Überdies ist es zu armselig, als daß die Magyaren darauf eingehen könnten. Ist es ein ausgesteckter Fühler, durch welchen die Härte der Majorität des ungarischen Parlaments sondiert werden soll? Ist es ein Anfang? Ist es irgendeine Wendung? Ist es irgendein Versuch zur Versöhnung? Jedenfalls muß abgewartet werden, welcher Eindruck und Widerhall aus Ungarn kommen wird, wohin offenbar adressiert ist, was Baron Gautsch dem Wiener Parlament dargelegt hat.

Wir wollen in dieser Hinsicht keine Propheten sein. In Österreich ist dies ein gewagtes und gefährliches Gewerbe. Deshalb werden wir gar nichts voraussagen, wie die Magyaren des Freiherrn von Gautsch Verkündigung aufnehmen werden. Aber die Enkel Arpads sind wie die Bewohner des Nordens, die für Witterungsumschläge feinen Sinn haben. Die Magyaren würden Wien schlecht kennen, wenn sie nicht sähen, daß der Frost nachgelassen, und wenn sie nicht daraus den Schluß zögen, sich nicht zu bescheiden und nicht nachzugeben, sondern bei ihren Forderungen zu beharren, weil sie sicher sein können, daß, was man ihnen in Militärfragen versagen, man ihnen in anderen Belangen ersetzen wird.

Die Szenen, welche sich während der Rede Schuhmeiers zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen abspielten und in welche sich auch die Galerien hineinmengten, schildern wir ausführlich, damit unser Publikum aus diesem Bilde ersehe, auf welchen Ton das Wiener Parlament hinabgesunken ist, wie sich gegenseitig die deutschen Abgeordneten der Residenz titulieren und welches Licht und welche Kultur aus dieser Residenz hinausströmt.

Der Kaiser.

In aller Stille, in der Abgeschiedenheit des Wallseer Schlosses, nur in der Mitte seiner Kinder und Enkel beging Kaiser Franz Josef den fünfzigsten Jahrestag seiner Einsetzung auf den habsburgischen Thron. Er hat eigens den Lärm und das Getöse der Residenz verlassen, um in ruhiger Einsamkeit, dem tiefen Schmerze und der Trauer hingegeben, die ihm die noch nicht vernarbte Wunde verursacht, deren Urheber man genau zwei Monate nach dem Genfer Attentat zu lebenslänglichem Kerker verurteilt hat, den 2. Dezember zuzubringen. Der Gedenktag wurde in diesem Staate — keineswegs in Ungarn — überall mit Pietät und Würde begangen, die nicht der Verve in Kundgebungen der Loyalität und Sympathien für den Monarchen entbehrten, der als Herrscher und Mensch heute ein lichtes, in der ganzen Welt verehrtes Muster ist, der der oberste Hüter und Gerant des Friedens ist, zu dem auch das Ausland mit Vertrauen und Respekt hinaufblickt.

Ein seltenes Jubiläum. Ohne die erwähnte tragische Begebenheit wäre es begleitet von blendendem Glanze, von noch nicht dagewesenem Ruhme, von erdrückender Ostentativität. Nun, da es einen elegischen Charakter gewonnen, hat es nicht den Charakter einer aufrichtigen und eindrucksvollen Manifestation verloren. In Österreich, wo die Krone der entscheidende Faktor im weitesten Sinne des Wortes ist, ist die Geschichte des Monarchen auch die Geschichte seiner Zeit. Wer somit über die fünfzigjährige Regierungszeit des Kaisers schreiben wollte, müßte schreiben über alle Wendungen und durchgreifenden Änderungen, ja Umstürze, durch welche das verflossene halbe Jahrhundert gezeichnet ist, von der großdeutschen Politik und der Politik in Italien, die zugleich und gleichzeitig ihr Ende erreicht haben. Von der deutschen Politik, die auswärts im Jahre 1866, im Innern jedoch erst 1879 begraben

ist, deren Konsequenzen aber noch immer nicht beseitigt sind, von der zentralisierenden Politik, welche zum Dualismus und teilweisen Trialismus geführt hat, noch nicht jedoch zum Föderalismus gelangt ist, von der Politik des Primats in Deutschland und von der Politik des Primats des Deutschtums in Österreich — von allen Kämpfen und Schlachten, welche fünf Jahrzehnte lang geführt werden, welche in diesem Augenblicke nicht entschieden, sondern gesteigert und verschärft sind.

Während dieser Kriegszeiten haben wir Fortschritte gemacht: politisch, kulturell, wirtschaftlich sind wir erstarkt. Durch eigene Kraft, Regsamkeit und Arbeitsamkeit. Wir haben um keine Gunst und keine Vorteile gebeten. Nur freies Wachsen, nur ungehemmte Entwicklung wollten wir für uns haben und wehrten uns bloß gegen den Druck, der uns die Hände fesselte, mit Bleigewicht die Füße beschwerte und die Brust zusammenzog. Frei atmen zu können und unser eigenes Leben zu führen — das haben wir angestrebt und das streben wir noch an. Wir sind nicht am Ziele und geben es nicht auf — auch das staatsrechtliche nicht. Niemals haben wir gesagt, daß die Etappenpolitik vom Staatsrecht entfernt, im Gegenteil, sie bringt dessen Verwirklichung näher. Gerade die Erfahrungen des für uns im Leben des Kaisers wichtigsten Jahres, des Jahres 1870 sind eine Warnung vor Übereilung und eine eindringliche Einschärfung der Wahrheit: chi va piano, va sano. Die böhmische Politik kann — nach Zweckmäßigkeit, verschiedene Mittel anwenden, allein ihrer letzten Endpunkte darf sie niemals entsagen. Die Partei, welche gegenwärtig das böhmische Volk vertritt, ist einer solchen Absicht nicht nur fern, sondern auch vollkommen bar.

Der Friede mit dem böhmischen Volke ist nicht abgeschlossen, geschweige denn besiegelt. Wir befinden uns günstigstenfalls in der Zwischenzeit eines Waffenstillstandes, in welchem wir möglichst vorteilhafte Ausgleichspräliminarien zu erreichen bemüht sind, nach welchem jedoch, wenn diese nicht bewilligt werden, ein neuer, längerer, vielleicht schärferer und entschiedenerer Krieg folgen kann als die vorherigen waren.

Bei alldem verhehlen wir uns nicht, daß auch in einem Staate, wie es Österreich ist, der Herrscher nicht Herr seines Willens ist. Von diesem Standpunkte aus beurteilen wir die Dispositionen des Kaisers aus dem Jahre 1861 und aus dem Jahre 1870 und die Gegenrichtungen, welche später angetreten worden sind. Unser Wunsch geht dahin, es möge dem König Leben und Kraft gegönnt

werden zur Erfüllung dessen, was uns abgesprochen worden ist und worauf er und wir gehofft haben. Am Tage seines goldenen Jubiläums glauben und hoffen wir, daß eine nicht ferne Zeit, daß eine bessere Zukunft bringen werde, was uns eine harte Vergangenheit nicht vergönnt hat, und daß die Bande zwischen dem böhmischen Volke und der Dynastie sich befestigen werden, wie es in ihrem gegenseitigen Interesse gelegen ist. Das böhmische Volk war und blieb seinem Monarchen in schweren Zeiten der Persekution ergeben und treu und hörte niemals zu hoffen auf, daß er diesem Leid und Leiden ein Ende bereiten werde. In dieser Hoffnung haben wir uns auch nicht getäuscht. Das antiböhmische Regime ex principe et a principio hat aufgehört. Wir fühlen uns leichter und freier. Wir benötigen jedoch mehr als lediglich negative Erfolge. Möge der Jubilar auf dem Throne den Augenblick erleben, wo ihm das auch vollberechtigte und zufriedene böhmische Volk huldigen wird!

Die Kaiserin.

Am 10. September, an einem Samstag nachmittags, ist unsere Kaiserin ein Opfer eines mörderischen Attentats des italienischen Anarchisten Luccheni geworden. Eine edle Frau, eine duldende Mutter, die musterhafte Gemahlin des Herrschers ist in Genf, als sie sich zu einer Ausfahrt auf einem Schiffe anschickte, durch den Dolch eines Fremden niedergestreckt worden. Sie hat sich abseits von allen Staatsaktionen gehalten, hat in die Entwicklung der Dinge nicht eingegriffen, ist nicht an der Spitze der Intrige von Hofdamen gestanden, welche anderswo oft entscheidet. Sie hat vielmehr die Ruhe, die Einsamkeit, die Wälder, die Berge und das Meer aufgesucht. Die Rekonvaleszentin hat ein plötzlicher, schmerzloser Tod ereilt unter freiem und sonnigem Himmel, ein Tod, wie sie ihn selbst gewünscht hatte.

Das Mitleid der gesamten zivilisierten Welt begleitete sie auf ihrem letzten Wege aus der freien Schweiz, welche zu einem Asyl der internationalen Liga der Anarchisten der Tat geworden ist, nach Wien und in herzlichster Weise wurde die Kondolenz aller Völker dem Gatten auf dem Thron ausgedrückt, dessen Wunden durch diese größte vermehrt worden sind. Mit Ergebenheit und Festigkeit ertrug er auch diese Schicksalsfügung und suchte Trost und Stärkung in der Ausübung seiner Herrscherpflichten. Unserem Volke und dessen nationalen und staatsrechtlichen Bestrebungen war die Verblichene nicht so nahe gestanden wie dem ungarischen. Kein böhmischer Zichy hat sie auf einem Bilde verewigt, wie sie am Sarge unseres Deak kniet. Die St. Wenzelskrone hat sich nicht auf die Stirn geneigt, auf welche vor dreißig Jahren die St. Stephanskrone gedrückt wurde.

Wie nach einem jeden derartigen Attentat ist auch diesmal die Welt nicht gegen den einzelnen, den Anarchisten, sondern

gegen die Anarchisten überhaupt und ohne Unterschied aufgerüttelt worden. Gegen die theoretischen im gleichen Maße wie gegen die extremsten. Wieder tauchten Projekte über eine Prophylaxis auf. Es wurde vorgeschlagen, jedes Land möge seine Anarchisten internieren. Das war eine Anregung zur Massenausweisung, insbesondere aus der Schweiz und in erster Reihe der Italiener. Dieser Initiative entsprang der Gedanke eines europäischen Kongresses zum Schutze gegen derartige Attentäter. Italien beruft ihn ein. Es ist auch am meisten interessiert. Italien liefert nämlich das größte Kontingent für die Anhänger des Umsturzes in allen Staaten und doch bleiben mehr als genug zu Hause. Warum gerade Italien? Das ist eine gleich wichtige wie interessante Frage. Erzeugen Nationalität, Naturell, Blut, Klima, Temperament, soziale, will sagen materielle Verhältnisse Dispositionen zum Anarchismus, wie sie nach der Statistik und nach der Psychologie die Dispositionen zum Selbstmord beeinflussen? Wir hören eine zustimmende Antwort. Wir hören eine Theorie, ja ein positives Axiom, wonach der Anarchismus eine Spezialität der Dekadenten der romanischen, katholischen Völker ist: der Italiener, der Spanier und der Franzosen. Man ist bereits geneigt, zuzustimmen und der Ansicht beizupflichten, daß der Same des Anarchismus am besten im Bereiche des altrömischen Imperiums aufgeht, daß er am ehesten im Boden der Armut und in der Atmosphäre gedeiht, welche durchtränkt ist mit berauschend verführerischen Theorien und Phantasmagorien des schon perversen Sozialismus. Da erinnert man sich jedoch rechtzeitig, daß im nördlichen Strich, im slavisch-orthodoxen Volkstum, sich selbständig nicht bloß analoge, sondern identische Tendenzen entwickelt haben — der Nihilismus der Gewalt, euphemistisch der Nihilismus der Tat genannt. Im Süden und im Westen und im Norden gibt es Theoretiker und Praktiker und man weiß nicht, wohin man sie einreihen soll: ob unter Irrsinnige oder unter Verbrecher, ob unter naive Raskolnikovs oder unter Bösewichter. Nur das weiß man bestimmt, daß der berühmte Anthropolog und Kriminalist Lombroso mit Unrecht einen angeborenen Instinkt, ein angeborenes Talent und eine angeborene Anlage für ein bestimmtes Delikt voraussetzt und daß Anarchisten nicht geboren werden, sondern erst werden: durch ihre Umgebung, durch das Milieu, in dem sie leben und verderben, durch die Bildung, durch die Gesellschaft, in welcher sie weilen, durch den materiellen Stand, durch die Lektüre, durch Vereine, durch Kameraden, durch individuelle

Eigenschaften — kurz, durch alles, was auf den Menschen un dessen Erziehung einwirkt. Der Anarchismus ist weder ein m(dernes, noch ein lokales Produkt, noch ist er ein Privileg bestimmt(Volksstämme, er ist die Resultante der Psychopathie, nicht d(Politik. Er ist und bleibt ein Problem. Er ist chronisch und kein Maßnahme wird ihn austilgen. Der herostratische Fanatismu der sich auf hervorragende Einzelpersonen oder auf die Masse mit Dynamit, Revolver und Dolch stürzt und, indem er der Mensch heit zu helfen wähnt, die Reaktion fördert, ist unheilbar wie di Blindheit. Wir beweinen die Personen, die er vernichtet. Wir sin jedoch machtlos gegen einen Wahn, dessen Motive verhüllt un zusammengesetzt sind. Was wir vermögen, ist: der Sekte, de Bewegung, dem Extrem, was alles der Anarchismus ist, durc kulturelle und materielle Reformen den Boden zu entziehen. De ungesunden und verderblichsten Revolution können wir am erfolg reichsten — wenn auch nicht vollkommen — durch eine gesund und ausgiebige Evolution der Gesellschaft entgegentreten. Es gäb keinen größeren, verhängnisvolleren Fehler, als wenn die vereinigte Staaten von Europa den entgegengesetzten Weg einschlügen: de Weg der Persekution aller, die für die Emanzipation der Arme und Elenden arbeiten.

An vielen Orten ist es zu Unruhen gekommen, deren Zweck die Vertreibung der Italiener aus der Arbeit war — in Wien, i Laibach, in Görz und Triest. Es war das erste Aufschäumen de Leidenschaften durch die Tat Lucchenis; zum Glück war es kurz Es wurde durch Besonnenheit und durch die Erkenntnis verscheucht daß niemand wegen unbegangener Schuld verfolgt werden soll und daß die Generalisierung eine Epidemie ist, welche vor Jahren Frank reich erfaßt, es zu einem Wirbel roher und blutiger Angriffe au arbeitende Italiener hingerissen und die nunmehr Deutsche, Slo venen und Kroaten angesteckt hat. Der Unwille dieser schlug i plötzlichen und hohen Flammen auf. Es war jedoch nur brennen des Stroh, angezündet durch die Konkurrenz der billigeren und bescheideneren italienischen Arbeiter. Es ist gut, daß dieser Schatten der auf das Andenken der erhabenen Toten gefallen ist, so schnel verschwand, wie er entstand.

hen und
ein mo-
stimmter
icht der
nd keine
iatismus,
Massen
Mensch-
wie die
Wir sind
üllt und
kte, der
, durch
n. Der
erfolg-
gesunde
Es gäbe
einigten
n: den
Armen

Zweck
en, in
n der
kurz.
eucht,
ll und
Frank-
fe auf
, Slo-
lug in
nnen-
und
atten,
chnell



Dr. Franz Ladislaus Rieger



Dr. Franz Ladislaus Rieger



Dr. Rieger.

(Zu seinem 81. Geburtstage.)

Rüstig an Geist und Körper, ungebrochen, ja ungebeugt von der Last des Alters, tritt Dr. Franz Ladislaus Rieger am 10. d. M. (Dezember 1898) in sein 81. Lebensjahr ein. Sechzig Jahre steht er inmitten der nationalen Bewegung und wohlgezählte vierzig gehören zu jenen, die dem Soldaten doppelt angerechnet werden. Leben ist kämpfen — an sich selbst hat er es erfahren.

In der Geschichte der politischen Hebung unseres Volkes bleibt ihm für immerwährende Zeiten eine der ehrenvollsten Stellen gesichert. Denn vom Ende der fünfziger Jahre bis zum Ende der achtziger Jahre war er der Brennpunkt, die Achse, die Autorität. Ob eine derartige Zentralisierung der böhmischen Sache zuträglich gewesen, bleibe hier unerörtert. Es gibt eine Verantwortung, welche eine Atlaslast auch für denjenigen bedeutet, der sich getraut, auf seine Schultern noch so viel aufzuladen und die Worte der Heiligen Schrift von einem Hirt und einer Herde eignen sich nicht für unser Volk und für unser Zeitalter. Uns genügt es, wenn — wie man in Mähren sagt — aus der böhmischen Hütte alle gleich sprechen werden.

Allein Dr. Rieger ist organisch mit dem System zusammengewachsen, das alle Arbeit und alles Denken einem einzigen auferlegte. Das war der Grund, warum Dr. Rieger so hoch hinausragte, daß die böhmische Politik in der Tat seine Politik war und daß konsequenterweise der Aufstand gegen sie sich gegen sein Haupt richtete, auch dann, wenn die Hauptschuld seine unverantwortlichen Adjutanten trugen.

Sein Wille war stets der beste und sein Streben ehrlich und rechtschaffen. Des Volkes Fortschritt und Vorteil war ihm Zweck. Diesem unterordnete er auch die Taktik. Es gab deren drei Phasen:

1848, 1868 und 1878. Niemand wird gegen ihn deshalb Rekriminationen erheben. Höchstens wird man den Vorwurf machen, der nicht gegen ihn allein zielt, sondern gegen uns alle: daß wir einen äußersten Widerstand organisiert, ohne unsere Potenz abzumessen und die Macht der anderen Faktoren unterschätzend.

Was auf seine Initiative oder unter seiner Mitwirkung für das gesamte Volk und für dessen Teile, Zweige, Berufe und Schichten geschehen ist — dessen wird immer dankbar gedacht, das wird immer gesegnet werden.

Nach mühevoller Arbeit auf der Anhöhe angekommen, kann er ins Tal, aus dem er ausgegangen, mit gehobenen Empfindungen hinabblicken. Ihm verbot man in Prag, deutsch-böhmische Kundgebungen zu affichieren — heute ist die böhmische Sprache gleichberechtigt in der inneren Amtierung und unsere Metropole ist böhmisch. Er verlangte ein Ausgedinge für böhmische Vorstellungen im Deutschen Theater — heute schicken wir uns an, ein zweites eigenes zu bauen. Er hat sich vor 34 Jahren durch seine Eloquenz für böhmische Hochschulen eingesetzt — heute haben wir die zweite Technik gesichert und treffen Vorbereitungen für die zweite Universität, heute haben wir unsere Akademie und unser Museum. Früher, in seiner Jugend, waren wir Leibeigene, heute sind wir nicht einmal mehr libertini, heute sind wir völlig unser. Daß wir es sind — unendlichen Dank hierfür allen jenen, welche den Grund zu den nunmehr fertigen Werken und Bauten gelegt haben.

Die Böhmen sind ein dankbares Volk. Dr. Rieger gratuliert zum Feste seines 81. Geburtstages das gesamte Volk in seltener Einmütigkeit und Eintracht, mit der es jedes Verdienst und fruchtbare Arbeit würdigt. Dr. Rieger, dem Greise mit dem jugendlichen Herzen, dem unermüdlichen Pionier, dem Veteran der böhmischen Politiker, bringt auch unsere Partei ihre aufrichtigen Grüße und ihre wärmsten Glückwünsche dar.





Dr. Franz Smolka



Dr. Franz Ladislaus Rieger

Jahre stand er abermals an der Spitze der nationalen Bewegung in Galizien. In den konstituierenden Reichstag entsendet, wurde er am 12. Oktober 1848 zu dessen Präsidenten gewählt. Als dessen Vizepräsident deckte er gemeinsam, aber vergeblich mit Dr. Fischhof mit eigenem Leibe den Kriegsminister Grafen Latour gegen die erbitterte Menge. Die Militärwache in der Wiener Hofburg präsentierte vor ihm, wenn er in deren Räumen erschien, das Gewehr, wie sie nur vor gekrönten Häuptern zu tun pflegte. Nach der Auseinandertreibung des Kremsierer Reichstages kehrte er zur Advokatur nach Lemberg zurück. Im Jahre 1861, nach der Wiederherstellung der Konstitution, war er abermals im Reichsrate. Nach der Demission des Grafen Coronini wurde er am 14. März 1881 zum zweitenmal zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt und blieb in dieser Stellung bis zum 17. März 1893.

Im Jahre 1888 beging er das 40jährige Jubiläum seiner ersten Präsidentschaft. Damals bereiteten ihm alle Parteien herzlichste Ovationen. Nach seiner Resignation wurde ihm zu Lebzeiten im Atrium des Parlamentspalastes ein Denkmal errichtet, eine Ehrung, die in unserer Zeit nur dem Fürsten Bismarck zuteil geworden.

Verdrossen, erzürnt und erbittert verließ er Wien. Er kehrte nie mehr dorthin zurück. Er haßte es. Mit dieser Bitternis ist er in die Ewigkeit hinübergegangen. Aus dem Revolutionär war ein stiller Mann geworden. Die letzten Jahre seines Alters verlebte er in völliger Zurückgezogenheit. Er starb, wie es sein Wunsch gewesen, auf heimatlichem Boden, für den er gekämpft, inmitten seines Volkes, für dessen Freiheit und Rechte er bereit war sein junges Leben zu opfern und in dessen Diensten er grau geworden.

Er war der größte polnische Politiker dieses Jahrhunderts. Sein Andenken bei allen Völkern wird ein bleibendes und ehrenvolles sein. In Verehrung und Bewunderung verneigen auch wir uns vor seinen Manen. Das polnische Volk hat einen braven Sohn verloren, das böhmische Volk einen treuen Freund, alle Kämpfer für Fortschritt, Freiheit und Gleichheit der Völker einen Mitkämpfer.

Möge ihm die polnische Erde leicht werden! Ewiger Ruhm seinem Namen.

Julian Dunajewski.

(Ein Jubiläumsartikel.*)

Am 26. Juni 1880 ist die zweite Rekonstruktion des Kabinetts Taaffe vollzogen, am 27. Juni ist sie im Wiener Amtsblatt veröffentlicht worden. Es war dies keine bloße Personalveränderung, sondern eine durchgreifende sachliche und politische. Es war dies ein Systemwechsel, es war ein Wandel in der Richtung der Regierung, ja der Staatspolitik. Durch einen Menschen war sie gekennzeichnet: durch Julian Dunajewski, den neuen Finanzminister.

Aus München vom 12. August 1879 ist das Allerhöchste Schreiben datiert, durch das ein neues Ministerium eingesetzt wurde. Dr. Pražák war darin als Vertreter der Länder der böhmischen Krone und Graf Falkenhayn, der Ackerbauminister, als Vertreter der Deutsch-Konservativen. Diese jedoch verliehen ihm den Charakter nicht. Neben ihnen saß Dr. Stremayr mit zwei, obendrein wichtigen Ressorts, jenem der Justiz und jenem des Unterrichtes. Baron Chertek wurde Leiter des Finanzministeriums, Freiherr von Korb-Weidenheim Handelsminister.

Die beiden letzten Portefeuilles wollte Graf Taaffe anders vergeben. Jenes bot er Dr. Ernst von Plener an, dieses dem Grafen Franz Coronini, dem nachmaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Die deutsche Linke verstand jedoch die Zeichen der Zeit nicht, begriff noch immer die Situation nicht, in welche sie teils durch eigene Schuld, teils durch die auswärtige Politik Österreichs, durch die Allianz mit Deutschland und durch den bosnischen Feldzug geraten war, und lebte noch immer in dem Wahne, die Zeit ihrer Alleinherrschaft werde zurückkehren. Es scheint, daß damals

*) Dieser Essay ist in einer polnischen Übersetzung des Professors Koneczny im Krakauer »Czas« erschienen (14., 15. und 16. Dezember 1905).

allgemein der Glaube war, den — unvorsichtigerweise — der Statthalter im Königreiche Böhmen, Weber von Ebenhof, verraten hat, das Interregnum des Tiroler Statthalters — Graf Taaffe war aus Innsbruck berufen worden — werde eine sehr kurze Lebensdauer haben. Die Deutschen nahmen in jener Periode den Standpunkt eines Hasardiers ein: alles oder nichts. Ihr Monopol hatte ein Wasser hinweggeschwemmt, das nicht zurückfließt. Sie setzten sich nun ans Ufer und warteten, das Monopol werde zurückgeschwemmt werden. Sie warteten 14 Jahre lang und dann nahm derselbe Dr. von Plener aus den Händen des Prinzen Alfred Windischgraetz dasselbe Ressort, das er abgelehnt, als es ihm der Herr von Elischau im Wiener Hotel Frankfurt anbot. Auch im Jahre 1893 waren die Deutschen noch nicht von ihrer inveterierten Krankheit geheilt. Verträglichkeit und Bescheidenheit, ohne welche ein gesellschaftliches Zusammenleben unmöglich ist, haben sie bisher nicht gelernt. Nur ein starker, zugleich jedoch auch beharrlicher Wille der Exekutivgewalt in der strikten und konsequenten Beobachtung des gleichen Rechtes allen Völkern gegenüber und in jeder Hinsicht könnte sie bessern — vielleicht.

Graf Taaffe begann, wie später Graf Badeni und Graf Thun begonnen haben. Er wollte weder gegen die Linke noch ohne die Linke regieren. Wollte zumindest einen Teil von ihr in seiner Majorität und einige ihrer Männer in seinem Kabinett haben. Er hat jedoch einen Korb bekommen. Und auch die Mittelpartei, welche den Druck der Rechten paralysieren und das Zünglein an der Wage sein sollte, hat er vergeblich gesucht.

Mitte Februar 1880 trat Stremayr das Unterrichtsressort an den niederösterreichischen Statthalter Freiherrn von Conrad ab, und der Sektionschef Kriegsau, ein ehemaliger Beamter der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der von den Staatsfinanzen keinen blauen Dunst hatte, wurde zum Nachfolger Cherteks ernannt. Nach einem halben Jahre abermals eine Veränderung.

Am 26. Juni 1880 unterfertigte der Kaiser in Schönbrunn eigenhändige Schreiben, durch welche Stremayr, Horst, der Minister für Landesverteidigung, und Korb-Weidenheim entlassen und zugleich ernannt werden: der Regierungsrat und der Reichsratsabgeordnete vom Jahre 1873 an, seit der Einführung der direkten Wahlen, und Professor an der Krakauer Universität Julian Dunajewski zum Finanzminister, der Oberlandesgerichtspräsident Streit zum Justizminister, Hofrat Krämer zum Handelsminister und

Generalmajor Graf Welsersheimb zum Landesverteidigungsminister. Am folgenden Tage ist dieser Akt der Öffentlichkeit übergeben worden. Dem Abgeordnetenhause konnten sich die neuen Minister erst Ende November vorstellen.

Graf Taaffe hatte sich entschlossen, die Verwaltung des Staatsschatzes einem Mitgliede der galizisch-polnischen Delegation anzuvertrauen. Dunajewski war nicht der einzige Kandidat und war auch nicht primo loco. Der Generalberichterstatter über das Budget, Smarzewski, ein Mann von großer Begabung und großen finanziellen Kenntnissen, war ein ernster und gefährlicher Rivale. Hinderlich waren ihm, so hat man uns wenigstens damals bedeutet, noch mehr angedeutet — Verhältnisse privater Natur.

Dr. Dunajewski war im Hause kein homo novus. Neben Grocholski, dem die Rednergabe abging, hatte er reichliche Gelegenheit, sich als Sprecher des Polenklubs zu bewähren, wenn es sich um politischeste, sagen wir heikelste Fragen handelte. Die Natur selbst hatte ihn freigebig mit allem bedacht, wessen ein parlamentarischer Orator bedarf. Vor allem mit Beredsamkeit, mit trockenem Humor, mit seltener Ruhe — wenigstens mit äußerlicher — mit einer Nonchalance, die er manchmal zu einer durchaus nicht goldenen Rücksichtslosigkeit steigerte, mit einem ungewöhnlichen Gedächtnis und mit Schlagfertigkeit. Dazu kamen noch ein bedeutendes Fachwissen ex cathedra und Erfahrungen, die er durch eine lange Praxis auf dem Boden des Parlaments gesammelt hatte. Alle diese Vorzüge verliehen ihm im vorhinein den Befähigungsnachweis für die dreifache Funktion, die er im Kabinett innehatte. Die eine, die hauptsächliche, bestand in der Regelung der Staatswirtschaft durch Beseitigung des chronischen Defizits. Fürs zweite war er der politische Inspirator, der spiritus rector, die Seele des Ministeriums, das nicht mit Unrecht das Kabinett Dunajewski genannt wurde. Schließlich war er berufen, die Stellung der Gesamtexekutive in allen Fragen, auch in nationalen, sprachlichen, kulturellen, politischen überhaupt zu präzisieren. Für alle diese Funktionen hatte er ein universelles Wissen und war ein Universalgenie, wie es die polnische Delegation bis dahin und auch nachher nicht gehabt hat und auch nicht sobald haben wird.

Ich habe alle seine Reden gehört. Er hatte eine rauhe, aber sonore Stimme und sprach das Deutsche mit jenem Akzent, dessen sich die Polen nicht schämen und den nur ein einziger von ihnen, der verstorbene Dr. Hausner, nicht hatte, mit jenem charakteristischen

Anhauche, der sie interessant macht, auch wenn sie französisch oder russisch sprechen. Das waren Festtage, wenn er entweder sein Exposé zum Staatsvoranschlag gab — zehnmal hat er's getan — oder in der Generaldebatte darüber sprach. Er war manchmal im Frack, denn er kam ins Abgeordnetenhaus von der Audienz in der Hofburg. Seine Force bestand in der Polemik. In der war er ätzend, unerbittlich, schonungslos und am wirksamsten dort, wo er konnivent zu sein schien. Besondere Freude gewährte es ihm, dem Gegner — er hatte derer viele und es waren alle geschulte Parlamentarier: Herbst, Tomaszczuk, Plener, Carneri, Süß, Rechbauer, Schaup, Hallwich, Sturm — eine Wunde mit dessen eigenen Waffen zu schlagen.

Alle diese großen oratorischen Leistungen habe ich jetzt durchgelesen und im Geiste durchgelebt. Habe sie doppelt gelesen: deutsch im Protokoll und polnisch. Sie sind sämtlich, sowohl die im Reichsrate als auch die im galizischen Landtag gehaltenen, vom Krakauer Universitätsprofessor Herrn Dr. Wladislaus Jaworski in zwei Bänden, versehen mit Einleitungen und Anmerkungen und mit einem sehr schönen Vorworte des Abgeordneten Dr. Peter Górski*), herausgegeben worden. Ich kann sagen, daß diese Lektüre für mich ein Genuß war und daß ich dem genannten Polen recht geben kann, wenn er von seinem berühmten Landsmanne sagt: jede seiner Reden war eine Tat.

Mag man auch seine Anschauungen nicht teilen über das Dienstverhältnis der Völker gegenüber der Dynastie, mag man auch seinen Konservatismus und seine souveräne Gleichgültigkeit in Dingen nicht teilen, bei denen uns die Galle überging und das Blut aufschäumte, mag man auch in manchem mit ihm nicht übereinstimmen, im Gegenteil ihm widersprechen, ja bis zum äußersten frappiert sein, so muß man doch anderseits grenzenlosen Respekt haben: vor seiner Geradheit, Offenheit und Ausdauer, vor seiner Unerschrockenheit auf dem Wege, den er betreten und der zur Vernichtung des Lindwurmes, des Defizits im ordentlichen Budget, geführt hat, vor seinem Glauben an die Unfehlbarkeit der gewählten Mittel, vor seiner Beständigkeit, vor der Verve, mit der er nicht aufhörte, die Rechte und die autonomistischen Parteien zu jener Mäßigung zu ermahnen, die siegt, und sie aufzufordern, ihn in seinem Lebenswerk, in der Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen, behilflich zu sein, vor seinem

*) Er ist während des Druckes dieses Buches gestorben.

Evangelium, das er wieder und abermals verkündete, daß die deutsche Linke in dem Kampfe um die Restitution ihrer Allmacht werde eine Niederlage erleiden, daß Österreich für alle Völker existiere und daß alle den gleichen Anspruch auf staatliche Fürsorge haben. Betonte er dieses sein Kredo, dann erhob er sich jedesmal, von jeder Phraseologie frei, zu wahrhaft prophetischer Höhe und seine sonst professorenhafte Stimme wurde warm, ja heiß. In solchen Augenblicken strömte ein warmer Hauch von der Ministerbank, in deren Mitte er stand, zu den Reihen der Rechten, feuerte an und entflammte zu neuen Opfern, zu neuer Geduld, zu neuer Selbstverleugnung und zu neuer Kampfentschlossenheit. In einer Sache hat er sich leider geirrt: alle von den Parteien der Rechten, namentlich von den Böhmen, geleisteten Dienste sind nicht anerkannt, geschweige denn belohnt worden. An sich selbst hat er es erfahren. Was hat er alles ertragen, erduldet, ersonnen, getan für den Staat und dessen Wohlergehen länger denn zehn Jahre, und wie ist ihm heimgezahlt worden! Waren das unlängst Ovationen für Lukács, als er das Jubiläum seiner zehnjährigen Tätigkeit als ungarischer Finanzminister feierte! Der Kaiser, das Kabinett, die Parteien, die Zeitungen — alle priesen ihn und zeichneten ihn aus. Das Dezennium Dunajewskis ging unbemerkt vorüber, wurde mit einer kurzen Notiz in einem Tagblatt abgetan. Und als er eine andere Meinung hatte als Graf Taaffe in bezug auf die Hauptstraße der österreichischen Politik, schob man ihn nach zehn Jahren wie den letzten Praktikanten hinaus. Doch davon später.

Man hatte erkannt, daß das Kabinett mit Dunajewski eine ausgezeichnete Akquisition gemacht habe. Es fühlte das im besonderen die Linke. Auf die Kunst der Diplomaten verstand sie sich niemals und vermochte ihre Verdrossenheit und ihren Unwillen nicht zu verhehlen. Im Gegenteil, sie verriet der ganzen Welt durch ihr Schreien, daß sie aufgebracht sei. Gegen Dunajewski als Finanzminister, gegen Dunajewski als Sprechminister des Kabinetts und gegen Dunajewski als Botschafter der Politik nach rechts wurde ein ganzes Jahrzehnt ein Feuer konzentriert, dessen Schärfe, Leidenschaftlichkeit und Feindseligkeit mit der Zeit nicht abnahm. Es wird vielleicht paradox klingen, wenn ich sage: in einer einzigen Rede des verstorbenen Abgeordneten Neuwirth gegen Dr. Dunajewski war mehr Gift, mehr Haß, mehr Gegnerschaft als in ganzwöchentlichen Exzessen der deutschen Obstruktion und in der deutschen, mit Waffen des Geistes gegen diesen Ratgeber

der Krone geführten Opposition war mehr Kraft als in der Taktik, die gegen Graf Badeni mit Brettern und Fäusten operierte. Zwei Momenfe sind hierbei zu berücksichtigen. Die Eitelkeit, die verletzt war, weil ein Slave das Ressort innehaben konnte, das die Deutschen für sich reklamierten, weil er bei Staatsanlehen die den Deutschen nahestehenden Geldanstalten ignorieren konnte, weil neben ihnen die Länderbank entstanden ist, weil diesem Polen die Sanierung der Staatsfinanzen allmählich gelang und schließlich auch gänzlich gelungen ist. Sodann die lange Dauer des Kampfes. In dieser Hinsicht ist es eine psychologische Erfahrung, daß der Widerstand mit der Zeit wächst. Vor den Wahlen des Jahres 1885 versicherte Dunajewski die Rechte, man werde auf den betretenen Wegen fortfahren und seine Stellung sei fest. In einer jeden derartigen Manifestation, mochte sie auch in den gedämpftesten Ausdrücken geschehen, erblickte die Linke immer eine Provokation und blies dann die Bälge auf, mit denen sie das Feuer ihrer Angriffe gegen ihn anfachte.

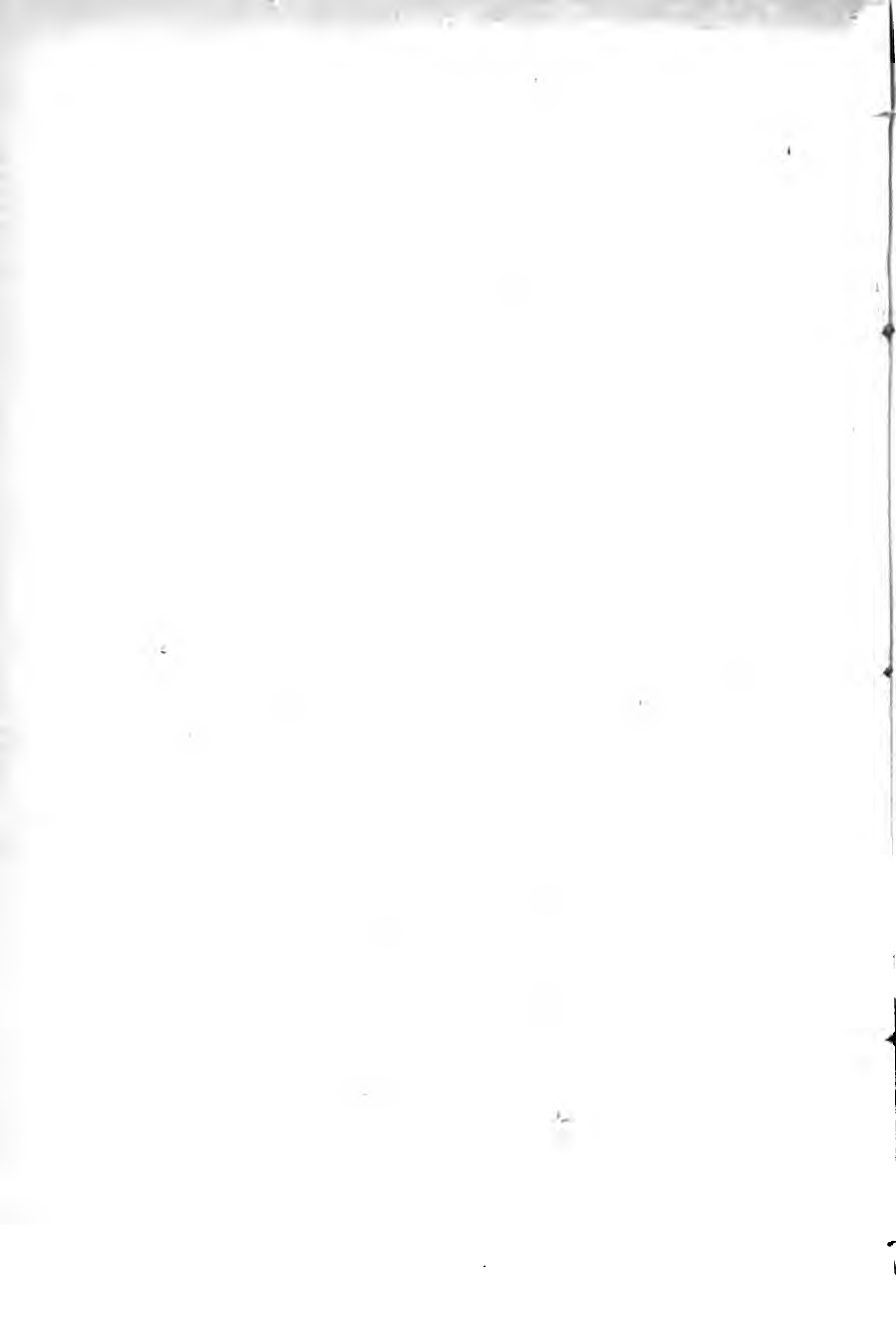
Ein anderer an seiner Stelle wäre durch die stetigen Ausfälle nervös geworden. Sein Naturell half ihm, sie mit derselben Ruhe zu ertragen wie die unliebsamen Zwischenfälle, die ihm entweder sein Kollege Dr. Ziemialkowski oder einige Herren im Polenklub bereiteten und die bei der dreifachen Funktion nicht ausbleiben konnten, welche er eifrig und lange versah. Er war abgehärtet, hart, zuweilen brüsk und rauh. Er hatte die Energie, sich die Linie seines sachlichen Vorgehens vorzuzeichnen und nicht von ihr abzugehen.

Der verstorbene Dr. Šrom führte ihm eine mährische Deputation vor. »Die Herren haben zu Hause bleiben und das Reisegeld ersparen können«, sprach er sie an. Er wollte sagen: Euer Begehren ist unerfüllbar. Ein anderer hätte mit leeren Versprechungen getröstet. Verstellung war nicht sein Metier, lieber zog er es vor, einen ungünstigen Eindruck hervorzurufen. Der mährischen Deputation war's zumute, als hätte man sie mit kaltem Wasser begossen.

Ein zweiter Fall. Ein militärisch-finanzieller Kronrat wurde abgehalten, dem auch der Chef des Generalstabes Baron Beck zugezogen wurde. Es war dies während der größten Spannung zwischen Österreich und Rußland nach der Depossedierung des Fürsten Alexander von Bulgarien. Schon hatte es damals den Anschein, daß die Diplomaten aufhören werden, in offiziellen und offiziösen Noten der Journale und in Relationen zu sprechen und daß die Kriegsminister mit Kanonen zu sprechen anfangen werden.



Dr. Julian R. v. Dunajewski



Die österreichische Heeresverwaltung urgierte den Bau der Strecke Stanislaw—Woronienka—Marmaros-Sziget behufs Erleichterung des Transports ungarischer Kavallerie nach dem Norden des Reiches. Dr. Dunajewski hatte sich zu wiederholtenmalen gegen die Realisierung dieses Projekts ausgesprochen, indem er einwandte, keine Mittel zur Deckung der Ausgaben hierfür zu haben. Die Konferenz in der Hofburg unter Vorsitz des Monarchen sollte für ihn eine Überraschung und ein Hochdruck zugleich sein. Alle, die es anging, hatten bereits das Wort ergriffen, nur Dr. Dunajewski schwieg. Graf Bylandt-Rheidt und Baron Beck waren bemüht, darzulegen, der österreichische Finanzminister habe sich einfach den nachgewiesenen Bedürfnissen zu fügen und müsse das Geld für diese Eisenbahnstrecke bereitstellen. Der Kaiser hatte sie angehört und sagte sodann: »Nach der Meinung dieser Herren muß also die gedachte Bahn gebaut werden. Welche Meinung hat jedoch der Minister des österreichischen Staatsschatzes?« Dr. Dunajewski erwiderte ruhig: »Wollen Eure Majestät mir nicht zu Ungnaden halten, daß für mich der Muß erst in dem Augenblicke eintritt, in welchem ich die finanzielle Bedeckung habe. Und die habe ich nicht.« In der größten Spannung blickten die Teilnehmer des Kronrates den Kaiser und Dr. Dunajewski an. Nach einer kurzen Pause entschied der Monarch: »Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Herrn Finanzministers müssen wir vom Bau dieser Bahn abstehen.«

Es war im Jahre 1887. Die Majorität der Rechten hatte den Zolltarif und den gesamten Ausgleich mit Ungarn genehmigt — den dritten, den letzten, der parlamentarisch erledigt worden ist. Auch das Bankstatut, nach welchem die Banknoten auch fürderhin zweisprachig geblieben sind: auf der einen Seite ausschließlich magyarisch, auf der anderen ausschließlich deutsch. So wie die Schöpfer des Dualismus die beiden Reichshälften gestaltet haben wünschten. Die böhmischen Abgeordneten brachten durch Dr. Trojan ein Minoritätsvotum ein, in dem beantragt wurde, die Wertbezeichnung der Banknoten möge mit zwei Worten in allen zisleithanischen Sprachen angegeben werden. Über dieses Votum betreffend den polyglotten Text hielt der Abgeordnete Dr. Eduard Grégr am 17. März eine fulminante Rede. Unmittelbar nach ihm erhob sich Dunajewski und sagte: »Ich habe gewiß Respekt vor dem schönen Gefühl der Liebe zur Muttersprache. Würde Herr Dr. Grégr meine Vergangenheit besser kennen, so würde er vielleicht anerkennen, daß ich diese Liebe in Taten bewährt habe. Für die Regierung

für das Jahr 1888 betrugen die Ausgaben 535, die Einnahmen 514, das Defizit 21 Millionen Gulden;

für das Jahr 1889 betrugen die Ausgaben 538,345.000, die Einnahmen 538,515.000, somit ein Suffizit von 169.459 Gulden.

Ich erinnere mich noch ganz gut, welche Aufregung im Abgeordnetenhause herrschte, als er diese Ziffer nannte, welche verkündete: Wonach ich gestrebt, hab' ich erreicht — das Defizit ist getilgt und es ist bis auf den heutigen Tag getilgt geblieben.

Für das Jahr 1890 betrugen:

Ausgaben	545,475.600	Gulden
Einnahmen	546,418.477	„
Überschuß	942.877	Gulden.

Für das Jahr 1891 — das war sein letztes Budget — betrugen die

Ausgaben	564,473.948	Gulden
Einnahmen	566,759.572	„
Überschuß	2,285.624	Gulden.

Er hatte die Finanzen mit einem Defizit von 12·7 Millionen übernommen und übergab sie seinem Nachfolger mit einem Überschuß von 2·28 Millionen, in einem somit um 15 Millionen gebesserten Zustande.

Exegit opus aere perennius.

Als er sein Werk vollbracht, als er das Geld für den Heeresdezennat verschafft, als er zur Tat gemacht, was niemand vor ihm zustande gebracht, entließ man ihn. Und gleichwie durch sein Kommen die Richtung nach rechts gekennzeichnet war, so war durch sein Gehen die Richtung nach links gekennzeichnet. Mit allen Kräften widersetzte er sich dieser Wendung. Man schob ihn beiseite. Frei war die Bahn, die von der Majorität der Rechten, von der Majorität ohne die Linke zur dreibeinigen Majorität, zur Majorität mit der Linken führte. Graf Taaffe warf vom Bord seines Schiffes den Spezialfreund als Ballast und Hindernis hinab. Keine zwei Jahre vergingen und diejenigen, denen er hinaufgeholfen, warfen ihn ihm nach. Es gibt eine Logik und eine Folgerichtigkeit in der Entwicklung der Dinge. Und eine Genugtuung schöpfe ich aus der Geschichte der österreichischen Politik. Jeder Undank, jede Schlechtigkeit, jede Unehrlichkeit ist bestraft, ist gerochen worden. Es gibt eine historische Gerechtigkeit. Sie ist zuweilen der einzige Trost in dem Schmutz, in dem Wankelmut, in der Flatterhaftigkeit und in der Verworfenheit der öffentlichen Dinge dieses Staates.

* * *

Ich verzeichne nunmehr eine Episode, die gerade in unserem gegenwärtigen Kampfe um die zweite böhmische Universität mir bemerkenswert erscheint. Sie stammt aus dem Jahre 1880. Damals hatten wir nicht einmal noch die eine Universität, sondern bloß vereinzelte böhmische Vorlesungen an der Prager Universität. In der Debatte über das Budget für das genannte Jahr hielt Dunajewski am 21. April eine Rede betreffend die polnischen und böhmischen Universitätsforderungen. Er sagte den Deutschen einige herbe Wahrheiten, die der Aktualität nicht entbehren. Sie befanden sich vor einem Vierteljahrhundert in den Fesseln von Schlagworten und Irrtümern, aus denen sie sich bis jetzt nicht befreit haben: daß die Kultur nämlich allen Österreichern in deutscher Sprache beigebracht werden müsse und daß es außer der deutschen Kultur keine andere gebe; daß die Justiz in deutscher Sprache geübt werden müsse, sonst sei ihre Einheit dahin; daß in der Armee der beiden Reichshälften alles deutsch sein müsse, denn sonst sei die Schlagfertigkeit der Armee verloren usw. usw. »Es gibt keine größere Gefahr für die Gesetzgebung«, rief ihnen der polnische Gelehrte und Redner zu, »als solche Allgemeinheiten!« Nach dieser Apostrophe, der die Feststellung der Tatsache folgte, daß der größte Zivilgelehrte ein Böhme ist, Professor Dr. Anton Randa, debütierte Dunajewski als Apostel der nichtdeutschen Universitäten und des Unterrichtes in der Muttersprache. »Nichts vermag«, sagte er, »jene Kraft und jene Wirkung zu ersetzen, die dem lebendigem Worte zukommen. Die geheimnisvolle Beziehung, welche die gemeinsame Sprache herstellt, die Möglichkeit, die gesamte Organisation des Baues der Wissenschaft den Hörern darzulegen, dieser gemeinsame Kontakt läßt sich durch gar nichts ersetzen — durch kein Buch, durch kein Experiment. Es ist ein physischer und geistiger Kontakt zugleich. Können Sie sich ein festeres Bindemittel als jenes der Muttersprache vorstellen?«

Nachdem er so gesprochen, forderte er die Deutschen auf der Linken auf, es einmal zu versuchen und in einer nichtdeutschen Sprache vorzutragen und zu lehren: »Reden Sie nur einmal in einer Ihnen fremden Sprache und sagen Sie dann, ob derjenige recht hat oder unrecht, der für sich dasselbe Mittel anwenden will, das Ihnen in so reichlichem Maße zu Gebote steht!« Wir empfehlen diese ausgezeichnete Diagnose dem Freiherrn v. Gautsch dem ehemaligen, und Dr. v. Hartel, dem gegenwärtigen Unterrichtsminister. Derartige und ähnliche Zureden an die Adresse der Linken

verfingen bei ihr jedoch nicht. Sie glaubte noch immerfort, die goldene Zeit werde wiederkehren, in der eine Gruppe der deutschen Minorität der österreichischen Bevölkerung die unumschränkte Herrschaft über die nichtdeutsche Majorität ausübte. Der Ausspruch des deutschen Gelehrten war für sie nicht gesprochen: daß man gegen alles auf der Welt mit Erfolg ankämpfen könne, nur gegen zwei Mächte nicht, gegen die Statistik und gegen die Topographie. Die Bestrebungen der Linken nach der Restitution ihrer Alleinherrschaft besprechend, gelangte Dunajewski am 11. März 1884 zu folgendem Resumé: Dieser Kampf muß mit der definitiven Niederlage jener Tendenz enden, welche das Interesse der Partei mit dem Interesse des Staates identifiziert. Die Zukunft gehört nicht einer Partei, gehört nicht einem Volke — sie gehört allen.

Er war ein Verkünder der Evolution, des Konservatismus, der eine allmähliche Entwicklung nicht ausschließt, der Arbeit, der Vorsicht und der Strebsamkeit, er war in der Politik ein Positivist und wirklicher Realist und bei allem finanziellen Materialismus war er ein Mann von Idealen, war ein Mensch von seltenster Eigenschaft: von politischem Charakter. Als Charakter schied er aus dem Amte, als er sah, daß die Wege, auf welche Graf Taaffe einzulenken sich anschickte, nicht vereinbar sind mit seiner eigenen Gesinnung, seiner eigenen Vergangenheit, seiner eigenen Überzeugung. »Ich werde nach links nicht gehen«, sagte er und überreichte sein Entlassungsgesuch. Ehrenvoll trat er zurück, klebte nicht am Portefeuille. Höher als die Macht stellte er die Treue zum Programm, zu den Prinzipien, zum politischen Glauben, die er nicht als Sachen behandelte, die man, wenn es für die egoistischen Ziele ersprießlich ist, verleugnet oder verkauft.

Am 29. April 1887 richtete er eine Adhortation an die Rechte, sie möge konservativ sein, das heißt erhalten, was die Grundlage der Gesellschaft und der historischen Ordnung der Völker dieses Staates bildet, ohne dadurch auf einen gesunden und sukzessiven und eben deshalb sicheren und anhaltenden Fortschritt zu verzichten. »Geduld und Ausdauer«, rief er, »aber auch Betätigung im Dienste des Staates! Nichts ist rasch erreicht worden. Violenta nemo imperia continuit diu, moderata durant.«

Das österreichische Problem formulierte er bündig am 2. März 1885: »Die Mäßigung in einzelnen, theoretisch noch so berechtigten Postulaten der Bevölkerung ist die Lebensbedingung unseres Staates, die eben darin besteht, daß der Staat die einzelnen Volksstämme

schütze, anderseits jedoch jeder dieser Volksstämme sich den Interessen des Staates unterordne.«

Unzähligemal und systematisch wurde im Parlament gegen das Kabinett des Grafen Taaffe die Anklage erhoben, es wäre antideutsch, es wäre slavisch, böhmisch, föderalistisch, slavisierend, čechisierend. Ein System, das vierzehn Jahre lang sich nicht traute den Finger zu rühren, damit in Mähren Verhältnisse eintreten, die der Wirklichkeit entsprechen, als böhmisch hinzustellen, vermochte nur eine Opposition, der sachliche Argumente abgehen. Dunajewski als Träger des Kabinetts wurde als Deutschenfresser verschrien. Da er ahnte, ja wußte, man werde mit dieser Parole in die Wahlen gehen, trat er ihr mit einer Erklärung entgegen, die nachher in sein Geständnis verdreht wurde,' daß tatsächlich gegen die Deutschen regiert werde. Ich führe deshalb diese seine Deklaration wörtlich an: »Fern ist uns die Absicht — sie wäre eine Pflichtverletzung — die gegenwärtige Opposition oder gar das Deutschtum zu bekämpfen oder zu verkürzen. Wir wollen ehrlich und aufrichtig jedermann geben, was ihm gebührt. Aber einen Erfolg haben wir gewiß erreicht. Wir haben den Beweis erbracht, daß in Österreich keine einzige Partei für sich allein imstande ist, das Staatsruder ordentlich zu führen, daß in Österreich die Herrschaft ausschließlich einer Partei nicht zukommt und auch keiner Nationalität, daß es weder ein Nationalitäten- noch ein Parteimonopol gibt — wir haben zwar bewiesen, daß es möglich ist zu regieren, nicht gegen Sie (er sprach diese Worte ganz zur Linken gewendet und auf sie deutend) — fern war ein solcher Gedanke, aber daß es möglich ist, was Sie, geehrte Herren, bezweifelt haben, ohne Sie zu regieren und doch die Bedürfnisse des Staates zu befriedigen!«

Das klang wie ein Kriegsmanifest von der Ministerbank für die Wahlkampagne. Die Rechte hörte es mit Begeisterung an, die sich noch steigerte, als er der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Rechte werde aus den Wahlen gestärkt zurückkehren. Sie ist auch tatsächlich erstarkt zurückgekehrt. Diese seine Hoffnung ist in Erfüllung gegangen. Sein Zenit aber und jener der Rechten war überschritten. Nach den Wahlen begann die magnetische Nadel auf dem Kompaß des Grafen Taaffe bedenklich in der Richtung nach links zu schwanken. Die zweitnächsten Wahlen hat Dunajewski als Minister nicht mehr mitgemacht. Sie wurden nicht bloß ohne ihn, sondern gegen ihn vollzogen.

* *
*

In ganz Österreich hat es kaum je eine gleich große Überraschung gegeben, als diejenige war, welche Sonntag den 25. Jänner 1891 durch die Publikation des kaiserlichen Patents vom 23. Jänner in der »Wiener Zeitung« verursacht wurde. Durch dieses Patent ist der Reichsrat vorzeitig aufgelöst und Neuwahlen unverzüglich ausgeschrieben worden.

Im nichtamtlichen Teil wurden die Motive verlautbart. Sie waren elend und in miserablem Stil abgefaßt, aber nach einer Seite hin waren sie klar und offen. Sie waren unzweideutig gegen die böhmische, gegen die jungčechische Opposition gerichtet. Es war die Rede drin von der Langsamkeit, die in den Arbeiten des Hauses gegen Ende des Sexenniums eintritt, von den Veränderungen innerhalb der Parteien, von den schwierigen und unsicheren Majoritätsverhältnissen, von den Rücksichten auf die Aufgaben der Zukunft, und es wurde hinzugefügt: » Die Majorität muß eine Festung sein gegen unpatriotische und extreme Bestrebungen. Es muß das eine Majorität sein, welche die Zeichen der Zeit versteht. Wer unser Vaterland nach dessen Geschichte und nach dessen innerer Entwicklung kennt, muß zuversichtlich erwarten, daß infolge der bevorstehenden Wahlen immer eine Majorität da sein wird, die, aus Politikern verschiedener Richtung bestehend, bereit sein wird, den Aufgaben unserer Gesetzgebung zu entsprechen und in diesem Sinne die Regierung zu unterstützen, der die Mitwirkung eines jeden gemäßigten Patrioten willkommen sein wird.«

Die ehemalige faktiöse Opposition wurde somit schon in Gnaden wieder aufgenommen. Das Kainszeichen war von ihr verwischt worden. Es wurde der böhmischen Opposition aufgedrückt. Die Prozedur war die gleiche. Nur das Prädikat wurde geändert. Es lautete: sonderbare Gesellschaft. Aber welche Ironie des Schicksals. So gut verstand die neue antiböhmische, antinationale und antisoziale Majorität die Zeichen der Zeit, daß sie die Wahlreform Taaffes verwarf und Werkmeister und Werk hinwegfegte.

Zwei Wochen vergingen und es folgte eine zweite, gleich große Überraschung. Am 4. Februar 1891 wurden in der »Wiener Zeitung« eigenhändige Schreiben veröffentlicht, durch welche Dr. Julian Dunajewski auf sein am 22. Jänner überreichtes Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses ernannt wird. Er wurde somit aus dem Kabinett und aus dem Abgeordnetenhaus, dessen Mitglied er 18 Jahre

lang war, mit einem Stoß hinausgeschoben. »Aus Gesundheitsrücksichten« hieß es im offiziellen Akt.

Zwischen der Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Anbahnung eines Systems nach links auf der einen Seite und zwischen der Entlassung, respektive dem Rücktritte Dr. Dunajewskis auf der anderen Seite war ein nicht bloß ursächlicher, sondern auch zeitlicher Zusammenhang. Er selbst hat dafür gesorgt, das heißt er hat es erzwungen, daß darüber keine Zweifel entstehen. Der Tag, an welchem er die Demission überreicht hat, mußte im Entlassungsschreiben angeführt werden. Es ist das derselbe Tag, an welchem gegen sein Votum der plötzliche Tod des Parlaments und der Anbruch einer neuen Ära in der Politik des Grafen Taaffe vom Ministerrate abgestimmt wurden.

Was sich zwischen jenem 22. Jänner und dem 2. Februar ereignet hat, an welchem der Kaiser die Resignation Dunajewskis unterfertigt hat, ist mir in allen Einzelheiten bekannt. Sie können heute noch nicht veröffentlicht werden. Doch habe ich Anstalten getroffen, daß sie schriftlich für eine gelegene Zeit aufbewahrt bleiben. Heute kann bloß gesagt werden, daß sie ein Beitrag, eine Illustration, ein Beleg zum Thema sein werden: Wie verdiente Minister fallen.

Nur so viel kann jetzt schon bemerkt werden: zehn Tage lang wurde Dunajewski zum Kaiser nicht gerufen. Als er endlich gerufen worden war, wurde die Frage an ihn gerichtet, unter welchen Bedingungen er bleiben wolle. Er gab sie an. Als Antwort erhielt er spät nachts das unterfertigte Entlassungsschreiben und das Großkreuz des St. Stephansordens.

Nach dem Ministerrate vom 22. Jänner kam er um 6 Uhr abends erregt in sein Bureau und sagte seinem treuen Mitarbeiter, dem Chef der Präsidialkanzlei, dem gegenwärtigen Präsidenten der Finanzlandesdirektion in Lemberg, Witold Korytowski,*) einem Manne von ungewöhnlicher Begabung und Entschlossenheit: »Wollen Sie mir gefälligst zwei Stempel zu 50 Kreuzer holen lassen.« Auf eindringliche Bitten, doch zu sagen, wozu er sie benötige und was überhaupt geschehen sei, sagte er nach langem Bedenken: »Wenn Sie es durchaus wissen wollen, nun, ich überreiche meine Demission.« Er war äußerst ungeduldig. Zehnmal läutete er den Kammerdiener herbei und fragte ihn, wo denn der Bote mit den Stempeln bleibe.

---

*) jetzt Finanzminister.

Jaworski.

Kleine Erinnerungen.

Er saß und stand gern in der prachtvollen Säulenhalle des Parlamentspalastes, in dessen schönstem Teile, vor der Statue Dr. Kazimir Grocholskis. Ganz oben neben Smolkas Denkmal hat man das Monument des ehemaligen Führers und Präses der galizisch-polnischen Delegation hinaufgegeben. Ein Werk Lewandowskis, das gelungenste unter den marmornen Bildnissen der dahingegangenen österreichischen Parlamentarier, die in diesem prunkvollen und teuren Saale placiert sind. Ich habe dieses Werk wachsen gesehen. Unten im Souterrain, in einem armselig beleuchteten Zimmer bildete es der polnische Künstler, im Reichsrate selbst, in einem Verschlage, wo sich nunmehr die Druckerei des Parlaments befindet. Er hat den Verstorbenen niemals gesehen, ja nicht einmal erblickt. Er hat sich einige Photographien in kleinem Format gesammelt und nach diesen schuf er. Wir kamen öfter, ihm zuzusehen und seine Schöpfung anzusehen. Schon das Modell hat uns überrascht, wie denn erst das fertige Opus. Wer Grocholski gekannt hat, muß zugeben, daß, wenn er Lewandowski einigemal gesessen wäre, er nicht treuer hätte können ausgehauen werden — in der ganzen Physiognomie, besonders in den Augen. So oft ich vorübergehe, schaue ich und staune ich; und ich sehe ihn vor mir, wie er in seinen hohen Stiefeln, auf den Stock gestützt, einherschreitet, mit seinem steifen, wie pergamentenen, regungslosen, kalten, strengen Gesicht. Ich sehe ihn, wie er im Jahre 1887 die Konferenz verläßt, der er beigewohnt mit Graf Martinic, Dr. Rieger, Professor Zeithammer, mit den Ministern Ziemialkowski, Graf Taaffe und Baron Gautsch und in der er den Böhmen, die sich anschickten, die Reihen der Regierungsmajorität wegen des

Dislokationserlasses des Unterrichtsministers zu verlassen, die eisig warnenden Worte zurief: »Eines Gymnasiums wegen geht man nicht in die Opposition!«

Auf die Herme Grocholskis blickte Jaworski oft und sinnend. Er war überhaupt eine in sich gekehrte Natur, wortkarg und verschwiegen und auch seine Scherze waren traurig. Er war ein Liebling der polnischen Melancholie; ihm bedeutete sie jedoch keinesfalls Apathie oder Passivität. Im Gegenteil, er war regsam bis zum letzten Augenblicke seines Lebens. Alles war in ihm Bewegung. Und er war vorbildlich in der Erfüllung der Pflichten, war auf äußerste Zucht bedacht, musterhaft arbeitsam und ausdauernd, rastlos und unermüdlich. Niemals hat ihn eine Arbeit verdrossen. Präzise zur bestimmten Zeit erschien er überall und wenn die anderen noch nicht da waren, sagte er ohne Groll: »Ja, ja, die Jugend!« Nach der denkwürdigen Obstruktionsnacht des Jahres 1897, die er ganz durchwacht hatte, fragte man ihn, wie er sich fühle. »Als wäre ich jetzt aufgestanden«, erwiderte er stolz.

In den Fußstapfen seines Vorgängers zu gehen, ihm gleich zu werden und zu sein, war seine Ambition. Er hat die Größe Grocholskis nicht erreicht. Er war ein interessanter Mensch, ein interessanter Politiker, eine eigengeartete Individualität, ein fleißiger Arbeiter, ihm fehlte jedoch die große Konzeption und Grandezza Grocholskis, ihm fehlte auch der Blick und der hohe Horizont, ihm fehlte überhaupt das eigene Sehen. Er betrachtete die Dinge, Erscheinungen und auch Personen mit fremden Augen — »mit ausgeliehenen Augengläsern« nennt man das. Danach war auch sein Wille geartet. Impulsive Potenz besaß er nicht, Eruption noch weniger. »Ruhe und Besonnenheit« war seine Parole, die er in den heikelsten Augenblicken verkündete und wenn es am ärgsten zuging, hatte er einen Trost: ohne Illusion, aber ohne Furcht. Er war passiv nach zwei Fronten: nach unten und nach oben. Er ließ zu wiederholtenmalen beide Richtungen auf sich einwirken, besonders die zweite. Der Wunsch der Krone war ihm Befehl; einem jeden nachzukommen, galt ihm als Loyalität. Und in diesem Sinne drückte er auf den Klub und erwirkte nicht das, was er selbst wollte, sondern was man anderswo wollte. Die gesamte Politik und Taktik der Polen unterordnete er oberen Diktaten und die Segel des polnischen Schiffes stellte er nach der Richtung oberer Strömungen. So wurde die polnische Delgation die traditionelle Vollstreckerin von Tendenzen und einer Geistesrichtung, die

außerhalb ihr lagen. Der Gehorsam in dieser Beziehung wurde belohnt. Freilich ist nicht jedermann für einen solchen geeignet und er wird auch nicht jedermann honoriert. Wir und die Kroaten haben die bittere Wahrheit des Ausspruches des fürstlichen Ministerpräsidenten: »Nous vous étonnerons par notre ingratitude« in vollem Maße erfahren. Das reumütige Konfiteor: »Zu dir, o Herr, stehen wir!«, durch welches nach der Revolution in den Gesinnungen der Polen eine Wendung proklamiert worden ist, hat sich für sie einträglich erwiesen. Nur einmal, ich glaube es war vor drei Jahren, ist zwischen Jaworski und dem Monarchen eine Trübung eingetreten. Man hatte vom Obmann des Polenklubs etwas verlangt. »Eure Majestät wollen zu bedenken geruhen, daß auch die Bereitwilligkeit unseres Klubs ihre Grenzen hat!« Er sagte das mit so lauter Stimme, daß es die ganze Umgebung hörte.

Sonst war Jaworski nicht nur Träger und Vertreter, sondern auch der Bote der Wünsche der Krone. Als die Großgrundbesitzer im Klub eine scharfe Opposition gegen Dunajewski und dessen Spiritussteuer eingeleitet hatten, wurde Jaworski, damals noch Vizepräsident, in die Hofburg berufen. Grocholski war das Gehen schon beschwerlich. Der Klub wartete. Es kam ihm eine Zuschrift Dr. Pleners zu, worin die Polen eingeladen wurden zu einer gemeinsamen Aktion, deren Zweck bestand in der Ablehnung des Gesetzes und in dem Sturze des Ministeriums Taaffe. Die deutsche Linke engagierte sich da auf riskanteste Weise. Gleich groß wie der Einsatz war auch der Verlust. Jaworski kam, verdolmetschte den Wunsch der Krone und der Klub trat den Rückzug an. Langsam, aber gründlich. Dann wurde das Schreiben Pleners verlesen. Kaum hatte der Schriftführer geendet, schlug Grocholski mit seinem Stock auf den Tisch, spuckte aus und rief: »Hundsblut!« Das war an den Führer der vereinigten deutschen Opposition gerichtet.

Am folgenden Tage ist die prinzipielle Retirade zu einer tatsächlichen geworden. Wie unter dem plötzlichen Schirokko das Eis springt und taut, so schwand der Trotz der Interessenten gegen die Regierungsvorlage. Paragraph auf Paragraph wurde genehmigt, wie sie der polnische Finanzminister wollte. Der verstorbene Abgeordnete Orzechowski, ein Mann einfach an Kleidung und Gesinnung, ein aufrichtiger und ehrlicher Provinziale, aus dessen Augen unter den konkaven Gläsern Rechtschaffenheit und Güte strahlten, kam auf den Gang zu mir hinaus und sagte: »Ist's auch nicht ehrenhaft, so ist es doch vorteilhaft.« Ich rechne es mir als Verdienst an, daß

ich diesen denkwürdigen Ausspruch, diese ausgezeichnete Diagnose, diese naive und doch so tiefe Philosophie der Nachwelt bewahrt habe. Sie ist ein geflügeltes Wort geworden.

Vor dem monumentalen Brustbilde Grocholskis stehend, mochte sich Jaworski oft die Frage vorgelegt haben: »Werden einmal gleichwie Smolka, dem Achtundvierziger und Revolutionär, der als geheimer Rat gestorben ist, der Verpflichtung enthoben, zum Kaiser in der Uniform zu gehen, und als lebenslänglich bezahlter Präsident des Abgeordnetenhauses, gleichwie Grocholski, der vom Jahre 1861—1888 Abgeordneter und $7^1/_2$ Monate Minister im Kabinett Hohenwart gewesen, auch mir meine Landsleute in diesem Peristyl ein Denkmal aufstellen?«

Beim Anblick so mancher Dinge war er ein Melancholiker und Pessimist, ja manchmal Nihilist und nicht selten machte er eine geringschätzende Handbewegung, als wollte er sagen: hole alles der Teufel, aber sentimental war er nicht. Er war ein Realist in der Politik und ein Positivist. Er war ein Repräsentant der stillen Opportunitäts- und Etappenpolitik. Ihm war eine sichere Kleinigkeit lieber als eine weiß der Himmel wie große unsichere. In der parlamentarischen Strategie gehörte er der alten Schule an.

Den Schwerpunkt verlegte er ins Ministerzimmer, in Verhandlungen hinter den Kulissen, in die Dämmerung, in das Geheimnis, das nur wenigen bekannt ist, und wollte nicht glauben, daß eine Zeit herankommt und auch schon herangekommen ist, wo Kriege im großen und bei vollem Tageslichte geführt werden, und noch weniger wollte er glauben, daß es jemals zu Ende sein wird mit der Oligarchie der Führer, die zuweilen nur eine verhüllte Autokratie des Führers ist. Hierin ist der Grund zu suchen, weshalb er, der Abgeordnete eines Dutzend Großgrundbesitzer des Zloczower Kreises, sich mit Herrn von Plener, dem Mandatar zweier Dutzende Kammerräte von Eger, und mit Graf Hohenwart, dem Repräsentanten von Besitzern einiger Krainer, wie ein Taubenschlag großer Latifundien, im Jahre 1893 gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe verbunden hat. Dieser Dreibund hat das Werk und den Werkführer hinweggefegt.

Graf Hohenwart erzählte mir, daß er nach der Demission dieses zum Kaiser berufen und aufs ungnädigste empfangen wurde. »Nach allen Grundsätzen der Konstitution sind Sie jetzt verpflichtet, die Regierung zu übernehmen«, sprach ihn der Kaiser an. »Dazu bin ich, Eure Majestät, denn doch schon zu alt.« »Zum Einstürzen

waren Sie's nicht, zum Aufbauen sind Sie's!« Auch Jaworski war in Audienz, allein wie niemals, wenn er nicht eine Botschaft für den Klub hatte, machte er auch diesmal niemandem gegenüber auch nur mit einem Worte Erwähnung.

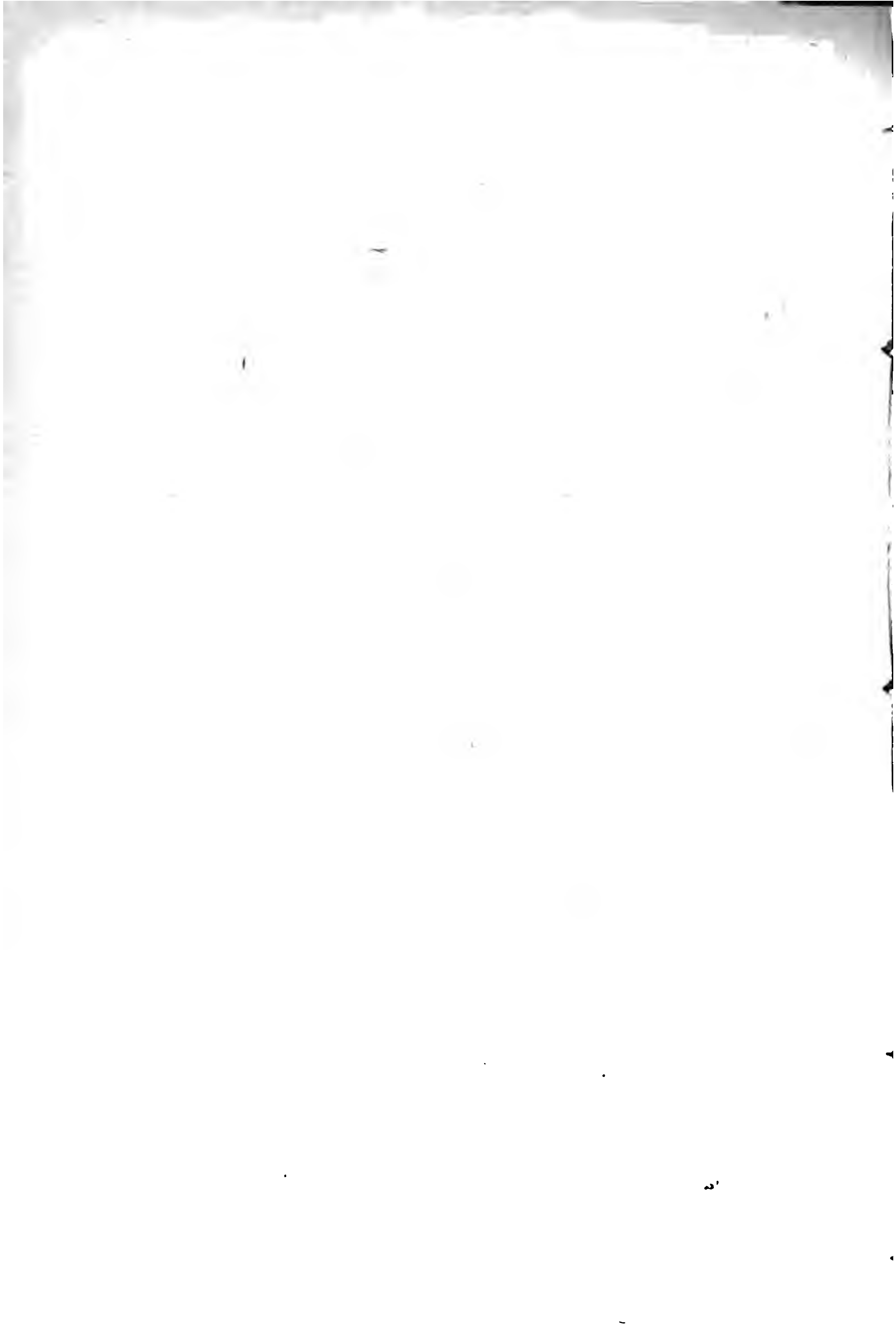
In solchen Dingen war er sprachlos und nicht mitteilsam. Er war überhaupt ungesellig, besonders als das Alter ihn zu drücken anfing. Da suchte er die Einsamkeit auf und eine Zigarette nach der anderen rauchend, gab er sich Gedanken, Betrachtungen, Erinnerungen hin.

Oft pflegte er mich aufzuhalten und ein Gespräch anzuspinnen. Sein liebstes Thema war Böhmen und Polen. Vor uns hatte er einen ungeheuren Respekt. »Ihr seid reich«, pflegte er zu sagen — »nicht nur an Industrie, sondern auch an Landwirtschaft. Ihr wachset erstaunlich, ihr erstarket, ihr ertraget etwas — aber wir, wir sind armselige Leute, Lazarusse. Schauen Sie sich unsere Bauern an! Welches Elend! Welche Not! Ich bitte Sie! Ihr könnt Obstruktion machen, wir nicht, wir leiden durch die eurige!« So oft er von dem Notstande in Galizien sprach, stimmte ich ihm zu. Habe ich ihn doch im Jahre 1885 während der Bauernrevolten im Tarnowischen Gebiete mit eigenen Augen gesehen. Politisch jedoch war er mit uns unzufrieden. Und als ich ihm vorhielt, daß er durchs Zerschlagen der Majorität der Rechten am 7. Juni 1900 die Hauptschuld der böhmischen Obstruktion auf sich geladen, erwiderte er: »Uns können die Böhmen für so manches dankbar sein, was sie da erreicht haben. Und was würden sie bekommen, wenn sie die Obstruktion einstellten!« rief er händeringend, larmoyant, pathetisch und seine Stimme wurde wie jedesmal, wenn er bewegt war — und ergriffen war er immer, wenn er sprach — weinerlich.

Die Sehnsucht, das zu werden, was Grocholski gewesen, verleitete ihn ins Koalitionskabinett, ja er blieb Minister für Galizien auch unter dem Provisorium Kielmansegg. Böse Zungen behaupteten damals, es sei dies lediglich aus dem Grunde geschehen, damit in dem Kabinett der Sektionschefs, wie jenes Übergangsministerium benannt worden ist, ein Trifolium wirklicher, zu formalen Beschlüssen kompetenter Minister beisammen sei. Seine Gegner im Klub beschuldigten ihn, daß in den zwei Jahren seiner Teilnahme an der Regierung das galizische Ressort am tiefsten gesunken ist, daß man es in allen Beziehungen einfach ignorierte und daß man ihm Tatsachen persönlicher und sachlicher Natur erst dann mitteilte, als sie schon in Galizien waren.



Apollinar R. v. Jaworski



Jaworski verbrachte die Abende außer Hause. Er war Witwer und suchte eine allerdings kleine, aus 2—3 Personen bestehende Gesellschaft auf. Solange Klucki lebte, ein Abgeordneter, von dem gesagt worden ist, er habe dieselbe Rede im Abgeordnetenhaus siebenundzwanzigmal gehalten — sie lautete nämlich »Ich beantrage Schluß der Debatte« — sah man ihn nur mit ihm. Als ihm der Tod diesen Genossen entrissen, wurde er schwermütig und prophezeite sich, er werde eines ebenso plötzlichen Todes sterben wie sein treuer Freund. Diese Ahnung ist in Erfüllung gegangen.

Er besuchte nachmittag regelmäßig eine Milchhalle mit weiblicher Bedienung. Er war dort Stammgast, seinen Namen jedoch kannte man nicht. Als das Ministerium Windischgraetz installiert worden war, brachte ein illustriertes Wiener Wochenblatt das Tableau der neuen Kronräte. Diese Zeitschrift lag auch in jenem Lokal auf. Als die Kellnerin auf dem Bilde Jaworski erblickt hatte, kam sie zur Kassierin gelaufen, die von ihm ein schönes Trinkgeld zu bekommen pflegte — er war auch zu polnischen Bittstellern freigebig und ich habe so manchen vor ihm knien und seine Hände küssen gesehen — und rief vor allen Gästen: »Schau Minna, deine Exzellenz!«

Er war zu wiederholtenmalen Präsident der österreichischen Delegation. Er hatte die Ehrsucht, er hatte die Ambition, auch diese Funktion zu versehen. Das letztemal unterstützte ihn freilich in ausgiebiger Weise der Vizepräsident Freiherr von Gautsch. Bereitwillig und so schonend, daß es den Anschein hatte, als versähe der Präsident alles allein. Bewundernswert war die Elastizität, mit welcher er — der Achtzigjährige — auswendig die Ansprache an den Monarchen hielt, bewundernswert war seine Ausdauer und seine physische Kraft, mit welcher er die oft zehn Stunden währenden Plenarsitzungen leitete, kaum auf einige Minuten hinausgehend und ohne etwas zu sich zu nehmen. Als ich dieses Jahr nach einer sehr langen Sitzung das Delegationsgebäude verließ, das der österreichische Staat in der Pester Akademiestraße erbaut hat, sprach er mich polnisch an: »Was glauben Sie, werde ich jetzt tun?« »Sie werden in gute Luft fahren, Exzellenz!« »Richtig, Sie haben es erraten, ich fahre mit einer Droschke, hören Sie, mit einer Droschke ins Stadtwäldchen, dort werde ich nachtmahlen!« Und als ich ihm gratulierte, daß er es ausgehalten, zehn Stunden auf dem Platze des Präsidenten zu sitzen, entgegnete er: »Gratulieren Sie mir lieber, daß ich die Geduld hatte, zehn Stunden in der

Delegation Reden über das deutsch-böhmische Problem anzuhören!«

Er liebte keine langen Reden und liebte auch keine Zeitungen. Deren Leitartikel betrachtete er als vorlautes Eindringen und Einmischen in die aktive Politik der verantwortlichen Akteurs. Den »Národní listy« war er abhold und so oft darin etwas über ihn oder gegen ihn war, mußte ich ihm alles wörtlich übersetzen. »Ich bin nicht wehleidig«, pflegte er zu sagen, »man soll über mich schreiben, was man will, nur eines vertrage ich nicht — die Unwahrheit — merken Sie sich das, junger Mann! Und auch wenn ich tot sein werde, soll man über mich keine Unwahrheit schreiben — das ist mein einziger Wunsch. Wenn der Mensch alt wird, wird er bescheiden. Für mich verlange ich nichts, gar nichts, rein gar nichts!« Und da wurde seine Stimme wieder weich und ich sah, daß sein Auge feucht geworden.

Ich hatte große Achtung vor ihm und ich kann sagen, daß er mich gern, sehr gern gehabt hat. Er lud mich zu Gesprächen und auch zu sich in die Wohnung ein, die sich weit draußen, in einer stillen Straße des dritten Bezirkes befand. Besonders, solange er Obmann des Exekutivkomités der Rechten war. Diese Rolle schmeichelte ihm. Er hatte in dieser Hinsicht den Marschallstab, den Graf Hohenwart in seinen Händen 12 Jahre gehalten. Jaworski nur zwei. Er hätte ihn bis zum Tode behalten können.

Nach einer wichtigen Beratung jener Kommission berief er mich einmal zu sich, um mir ein Communiqué zu diktieren. Zwanzig Einspänner hatten keine Ahnung, wo die Straße liegt, in der er seit seiner Ministerzeit eine schöne Wohnung inne hatte. »Unsere Sitzung ist für geheim erklärt worden; aus diesem Grunde werden Sie zweifellos schon alles wissen«, begann er malitiös, was er vorzüglich verstand. »Schreiben wir also: das Exekutivkomité der Rechten hielt heute unter Vorsitz des Abgeordneten Jaworski . . . nicht so, bitte, zerreißen Sie das. Werfen Sie es weg. Anders. In der heutigen Sitzung des Exekutivkomités der Rechten, welcher Abgeordneter Jaworski präsidierte und der auch Ministerpräsident Graf Thun beiwohnte . . . so auch nicht. Zerreißen Sie das, bitte. Wissen sie was? Schreiben Sie es selbst auf. Daß aber nichts drin steht! Das könnt ihr ja, ihr Herren von der Zeitung.«

Er wurde überfahren. Beinahe wäre er dabei zugrunde gegangen. Seit diesem Unfall war er vorsichtig, ängstlich, auf der Straße gleich erschrocken. Verließ er das Parlament allein, so ließ er sich vom

Wachmann, der dort ständig Dienst hat, zu einer Droschke führen. Seit jenem Unfall besuchte er auch fleißig die Kirche. An Sonntagnachmittagen hörte er beim hl. Peter die Predigten des Pater Abel an. Montag erzählte er mir dann deren Inhalt in begeisterten Worten, die Heilige Schrift lateinisch zitierend. Er war ein ausgezeichneter Lateiner und hatte eine klare und klangvolle Aussprache, eine schöne Stimme, einen hübschen und fließenden Vortrag. Er redete selten und meistens trug er nur Erklärungen im Namen der Partei vor. »Wenn der Obmann des Polenklubs spricht«, rief er einmal emphatisch, »dann spricht der ganze Klub.« Hierin hatte er Recht. Darin lag seine Stärke. Ja er konnte mit Fug und Recht hinzufügen: »Dann spricht das polnische Volk in Galizien.« Er hatte die Genugtuung, daß er die Sezession, die bei den Wahlen des Jahres 1897 wild das Haupt gegen ihn erhoben, nach vier Jahren niedergerungen und daß die Dissidenten unter Führung Pater Stojalowskis reuig in das gemeinsame Beratungszimmer des einheitlichen Verbandes eintraten.

Ob es seinem Nachfolger — ich glaube, die Wahl des Grafen Dzieduszycki unterliegt keinem Zweifel — gelingen wird, die von Jaworski geschaffene Solidarität aufrechtzuerhalten, muß abgewartet werden. Sie war der Angelpunkt der polnischen Politik, sie war ihre Hauptstütze beim taktischen Vorgehen. Allein dem Auge aufmerksamer Beobachter ist es nicht entgangen, daß in Galizien, wenn auch langsam, sich eine Änderung und eine Wendung vorbereite, daß neue Elemente, andere Generationen heranwachsen, demokratischere, slavischere, und daß die alte Garde ausstirbt, namens deren Major Popowski im Wiener Parlament den aufreizenden Ausspruch tun konnte: »Ich bin kein Slave, ich bin ein Pole!«

Jaworski war weder ein großer Politiker, noch ein großer Staatsmann, noch ein großer Mensch. Er war jedoch eine imposante Figur auf dem Schachbrette des Abgeordnetenhauses. Er war eine historischer Mann in der Geschichte und in den Kämpfen der österreichischen Polen in der nachrevolutionären Zeit. Um das Land und um das Volk hat er sich große Verdienste erworben und hat sich würdig gemacht dauerhafter Achtung und dauerhaften Andenkens. Es ist keine Phrase, wenn ich sage: In der polnischen Delegation ist eine fühlbare Lücke. Jaworski wird man lange vermissen, man wird lange und schmerzlich sich seiner erinnern.

Wien, 28. Oktober.

Dzieduszycki.

Eine Charakterskizze.

Man nennt ihn einfach, kurz, kameradschaftlich und kordial Wojciech, nach seinem Taufnamen; das klingt weicher, freundlicher, zutraulicher, namentlich im Vokativ. Besonders bei der schönen Gewohnheit in der polnischen Delegation, die auch im ungarischen Parlament traditionell ist und derzufolge alle Abgeordneten einander duzen. In diesen patriarchalisch-familiären Beziehungen manifestiert sich Brüderlichkeit, Waffengenossenschaft und vor allem Gleichheit.

Unwillkürlich erinnere ich mich da eines bemerkenswerten Vorfalles; es sind schon mehr denn zwanzig Jahre, seit er sich ereignet. Es war dies noch im alten hölzernen Gebäude des Abgeordnetenhauses in der Nähe des Schottenringes — ich glaube in der Debatte über das Budget des Justizministeriums. Die oppositionelle Linke entsendete in sie regelmäßig und mit wenig Bedacht und mit noch weniger Takt den Wiener Advokaten und Millionär Dr. Jaques, einen Mann von großem Wissen, aber zugleich von grenzenloser Eitelkeit und Kampfleidenschaft und von profunder Unkenntnis nichtdeutscher Sachen. Berichterstatter über dieses Ressort war Hofrat Lienbacher, ein kaustischer Orator, dem seine amtliche Stellung als Staatsanwalt kein Hindernis war, die denkwürdige Äußerung zu tun: »Österreich ist ein Polizeistaat.« Der Wiener und der Salzburger standen einander wie zwei Hähne gegenüber; so wie Dr. Schindler und Pater Greuter, so wie Carneri und Hausner — Gegenfüßler, Antipoden. Der Deutsch-Liberale warf dem Deutsch-Konservativen vor, er wäre der ewige Jude der Schulnovelle. Als hätte Lienbacher eine Tarantel gestochen, mit den Augen rollend, mit heiserer Stimme und am ganzen Körper bebend, replizierte er: »Den ewigen Juden werfe ich dem fran-

zösischen Jakob (Jaques = Jakob), dem Vertreter der Inneren Stadt der Residenz, zurück, er steht ihm besser zu Gesicht!« Diese Antwort erregte nicht bloß durch den Ton, sondern auch durch den Inhalt eine unbeschreibliche Bewegung. Das war freilich noch in einer Zeit, in der das Parlament noch nicht durch den Kot der deutschen Obstruktion verunreinigt war, in einer Zeit, in der ein »Pfui!« mit einer Rüge bestraft und zu einer schier historischen Sensation wurde. Vom Präsidium aus schritt man unverzüglich ein. Der alte Demokrat Dr. Smolke erklärte, im Abgeordnetenhause sei ein Abgeordneter wie der andere und eine Klassifizierung, wie sie der Referent getan, unzulässig. Ein Pole hat somit das menschliche Recht der Gleichwertigkeit proklamiert, als es sich um das konfessionelle Moment handelte. Als aber ein alldeutscher Klachel das ganze böhmische Volk — ich sage nicht beschimpft, ich sage nicht verletzt, ich sage auch nicht beleidigt hat, weil das böhmische Volk über derartige Niedrigkeiten hoch erhaben ist — ein minderwertiges genannt hatte, hüllte man sich auf den Stühlen des Präsidiums in Schweigen.

In der Atmosphäre, in welcher die Repräsentanten des Großgrundbesitzes, des historischen Adels und die Parteigänger bürgerlicher und volkstümlicher Rechte nebeneinander wirkten, ist der neue Präsident der polnischen Delegation im Reichsrate herangewachsen. Er ist Doktor der Philosophie, ist Graf, ist Exzellenz, durch sein Äußeres jedoch, durch sein Auftreten, durch sein öffentliches Wirken, durch seine literarische und seine politisch-parlamentarische Tätigkeit, durch seinen Charakter erscheint er uns mehr eine Mischung, denn eine Vereinigung von Elementen, aus denen sich die gegenwärtige polnisch-galizische Delegation zusammensetzt, von verschiedenen, ja bunten Anschauungen, Richtungen, Interessen, welche dort um das Übergewicht oder zumindest um Geltung kämpfen, welche auszugleichen, welche zu versöhnen, welche derart zu sammeln, daß sie eine vorteilhafte Resultante ergeben, eine große Kunst ist.

Als der verstorbene Jaworski einmal, durch eine Revolte im Klub aufgebracht, mit seiner Resignation gedroht hatte und man schon von einem Nachfolger sprach, sagte mir ein durch seinen trockenen Humor hervorragender Abgeordneter: »Der Obmann des Polenklubs braucht ja nicht viel; nur zwei Sachen: eine kleine Dosis angeborner Schlauheit — wem sie von oben nicht gegeben ist, bekommt sie in der Apotheke nicht zu kaufen — und eine

große Dosis Geduld und Ausdauer.« Ich gestehe: diese Diagnose ist zwar böswillig, aber wahr und richtig.

Seiner Majestät geheimer Rat, Graf Dr. Albert Dzieduszycki, von heute an Führer des Polenklubs, hat jene beiden Eigenschaften. Er hat das von seinem Kollegen bemessene Existenzminimum. Er hat jedoch mehr, viel mehr. Ich kann von ihm ohne Übertreibung und ohne Schmeichelei sagen: Grocholski war ein grandioser, Jaworski war ein fester, Dzieduszycki ist ein intelligenter Obmann. Ich stelle seine tiefe und allseitige Bildung, die Gaben seines Geistes, seinen zarten Sinn, seine überaus edle Gesinnung über alles, was sich ein Prädikat nennt, das er durch Geburt oder von der Krone bekommen hat. Ich resümiere mein Urteil kurz und bündig in den Worten: Dzieduszycki ist ein Kulturmensch, ist ein denkender Politiker, ist ein erleuchteter Mann.

Er ist von großer, breiter, eckiger, fast würde ich sagen: auf den ersten Eindruck nicht schöner Statur. Obwohl er noch nicht 60 Jahre alt ist, geht er schon gebückt, der große, dreieckige Kopf ist nach vorn geneigt, als wollte er allen anderen Körperteilen voraneilen. Die Stirn ist hoch, die Augen aber ausdruckslos, matt, wässerig. Sie werden nur selten während eines Gespräches oder einer öffentlichen Rede belebt. Noch seltener flammen sie auf. Und doch ist Dzieduszycki nicht ohne Verve, nicht ohne Feuer, nicht ohne Temperament. Im Gegenteil er hat ein warmes Naturell. Man hört es, wenn er spricht, aus seiner erhöhten und verstärkten, etwas rauhen, aber ausgiebigen, eines schönen Portando fähigen Stimme. Er ist überhaupt ein Orator des großen, zugleich jedoch auch erhabenen Stiles. Die Form seiner Leistungen in dieser Hinsicht ist sorgfältig, musterhaft. Er spricht druckfertig. Man hat es nicht nötig, Korrekturen vorzunehmen. Leute mit präzisem Denken sprechen präzise, schreiben präzise. Diese Bestimmtheit ist ein Zeugnis und ein Beweis nicht bloß von Talent, sondern auch von Reife und Übung. Gewiß auch von einer Stabilität und von seelischem Gleichgewichte, welche im politischen Leben noch seltener sind als im bürgerlichen.

Graf Dzieduszycki hat keine aristokratischen Allüren, Manieren und Prätensionen. Allen Stolzes bar, von welchem nur hohlköpfige Adelige aufgeblasen zu sein pflegen, von welchen ich einmal, es war im Jahre 1885, gesagt habe, daß bei ihnen nichts glänzt als ihre Lackschuhe, ist er äußerst bescheiden und einfach. Wer ihn nach seiner Kleidung, in bezug auf welche er eine souveräne Gleichgültigkeit, ja Nachlässigkeit an den Tag legt, wer ihn überhaupt

nach seinem Äußeren beurteilen würde, auf das er nichts gibt, wer ihn beurteilen würde nach dem ersten Anblick und nach dem ersten Anhören, würde sagen: das ist kein Demokrat, das ist ein Ochlokrat. Und er würde ihm Unrecht tun.

Er war einmal, ich glaube es war unter Badeni im Jahre 1896, mit anderen Abgeordneten aller Parteien zur Hoftafel geladen. Seine Parteifreunde fürchteten nun, er werde in seinen Schuhen kommen, welche weder durch ihre Fasson noch durch ihre Farbe entsprachen. Da mußte er dem Grafen Pininski, dem nachmaligen Statthalter versprechen, er werde andere anziehen. Tatsächlich hatte er sehr schöne an. Man zollte ihm hierfür uneingeschränktes Lob. Er lehnte es ab, indem er sagte: »Die gehören ja nicht mir, die gehören meinem Józek, dem Kammerdiener.«

Einige Zeit lang war er auch Anhänger Tolstois. In bezug auf das Evangelium: secundum naturam vivere. Sein Sohn mußte auf dem Jezupoler Gut in Bauerntracht herumgehen und im Pferdestall schlafen. Allein der junge Graf bekam diesen Naturalismus bald satt. Er wurde ein Elegant und heiratete.

Im Privatverkehr ist der Obmann des Polenklubs ein heiterer, lustiger, ja spaßhafter Herr und Gesellschafter. Er besitzt die seltene Gabe ridendo dicere verum. Anekdoten versteht er ausgezeichnet zu erzählen. Es sind jedoch nicht alle salonfähig. Am wenigsten die, welche aus der hohen Hierarchie stammen.

Wir standen einmal, eine Gruppe von Journalisten und Abgeordneten, im rechten Couloir des Abgeordnetenhauses. Es war dies in der Eröffnungssitzung der Herbstsession. Dr. v. Körber hatte wieder eine programmatische Erklärung abgegeben. Von der sprachen wir nun, während drin der ehemalige Finanzminister Dr. Böhm-Bawerk die nicht allzu grose Korona geduldiger Zuhörer schon mehr als eine Stunde mit Details des Budgets unterhielt. Graf Dzieduszycki ging auf und ab, Zigaretten aus seinem Weichselspitze rauchend. Plötzlich blieb er stehen und sagte mit ernsthafter Miene: »Könnten mir die Herren nicht sagen, was da drinnen Herr Böhm dem Herrn Bawerk erzählt?«

Zahllos sind seine Aphorismen, Aperçus, philosophischen Sentenzen, Paradoxe. Manche Äußerung freilich frappiert durch ihre Ungeheuerlichkeit. Aber auch in den wunderlichsten dokumentiert sich scharfe Beobachtungsgabe, Erfahrung und das Talent, Gedanken mit stacheligen Spitzen zu umgeben. Der verbreitetste Ausspruch von ihm lautet: »Wer nicht bis zum 30. Jahre seines

Lebens radikal gewesen, ist nichts wert. Wer aber nach dem 30. Jahre noch ein Radikaler geblieben ist, gehört ins Irrenhaus.« Solche und ähnliche Anschauungen verkündet er unverhohlen und ohne Rücksicht auf den Eindruck, den sie auf das Publikum ausüben.

In die Politik kam er aus der Literatur. Er war Ästhetiker, Philosoph, Literarhistoriker, Autor historischer und sozialer Romane. Mit der Belletrie hatte er kein Glück. Seine Erzählungen — er veröffentlichte sie zuvor in der »Gazeta Narodowa« und im »Dziennik Polski« und dann in Büchern — hatten zwei Hauptfehler: allzu große epische Breite und allzuviel Reflexionen. Seine ethischen und philosophischen Werke jedoch werden sehr geschätzt. Im galizischen Landtage, der die Hauptstätte seiner Tätigkeit war und ist, gründete er eine Vereinigung mehrerer Abgeordneter, eine Kulturfraktion quasi, die sich »Die Athener« nannte. Er ist noch Professor der Lemberger Universität. Seine philosophischen Vorträge hielt er peripatetisch. Er pflegte seine Zuhörer auf Spaziergänge zu führen, auch in Milchhallen und dort trug er vor und führte Gespräche. Nun ist er ausschließlich Abgeordneter.

Auf dem Forum ist er serios, wahrhaft, kritisch. Dabei umsichtig und auch im Vorwurf, im Angriff, in der Anklage mäßig in der Form, wenn auch entschieden in der Sache. Er ist allgemein beliebt. Man verzeiht ihm manche Malice, manche Sottise, mag sie noch so persönlich sein. Man respektiert seinen breiten Ausblick, seine Universalität, seine Kenntnis der Landesverhältnisse. Er ist Großpole, allein nicht in revolutionärem, sondern in kulturellem Sinne. Er ist nicht klein, er ist nicht kleinlich, er ist auch nicht national beschränkt. Er nennt die Russen nicht »Moskalen« mit einem häßlichen Beigeschmack, unterhält im Gegenteil freundliche Beziehungen zu russischen Journalisten und mancher von ihnen hat schon ein Interview mit ihm veröffentlicht. Er ist der den galizischen Russen nächste polnische Politiker. Als im vorigen Jahre die Spannung zwischen ihnen und den Polen sich verschärft hatte, ging er in deren Versammlung und sprach dort in ihrer Sprache. Von seinen Konnationalen wurde ihm dies verübelt. Es war jedoch nicht bloß eine entschlossene, sondern auch vorteilhafte Handlung. Wie er beigetragen durch seine Initiative zur Beendigung des Kampfes um das russische Gymnasium in Stanislau — er vertritt im Reichsrate eben den Stanislauer Großgrundbezirk — wie zur Landessubvention für das russische Theater in Lemberg, wie zur

[illegible] Gesch [illegible] Nation [illegible]

[illegible] und [illegible]

Aus dem [illegible]

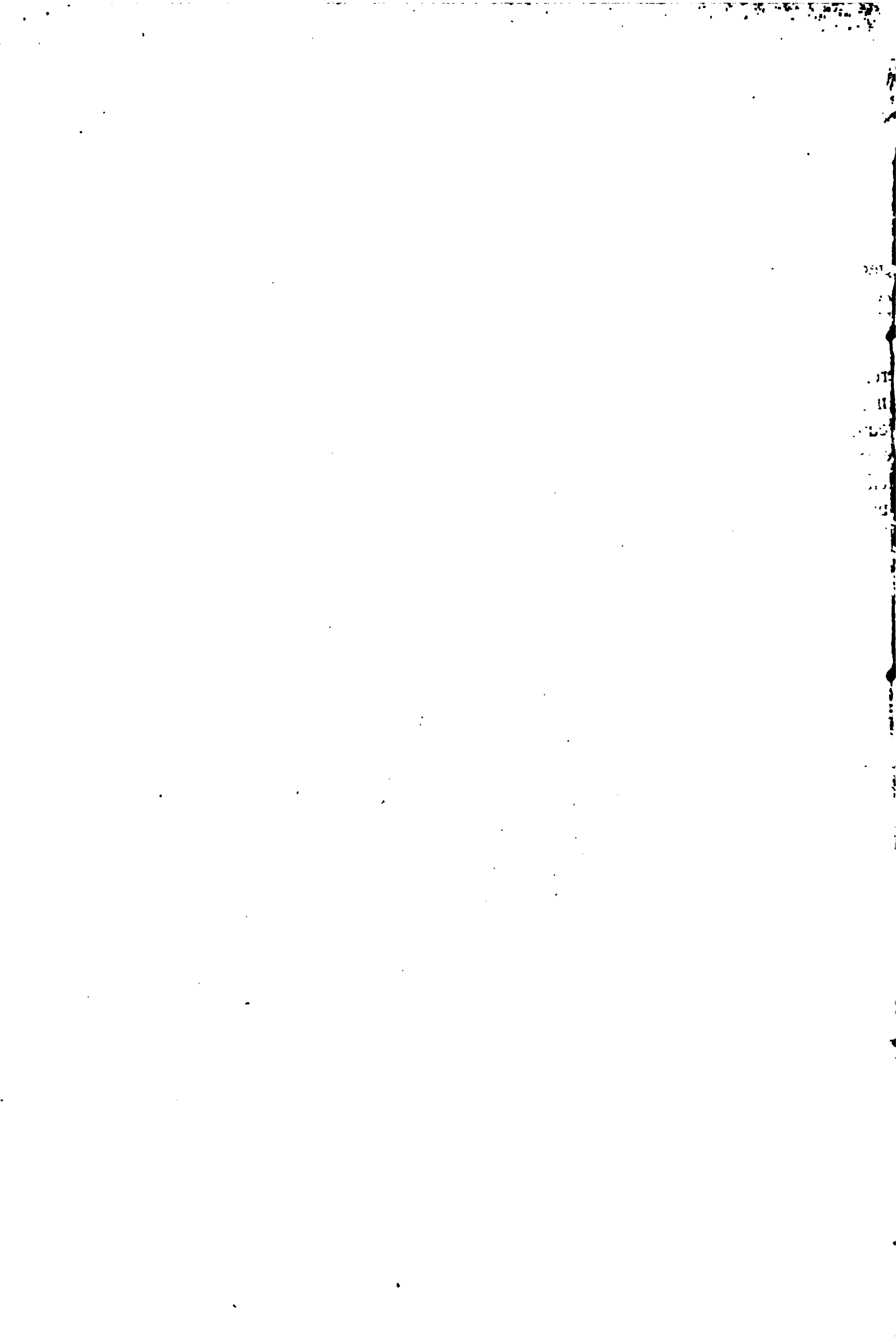
[illegible] nicht [illegible]

[illegible] und die Russen [illegible]

[illegible]



Dr. Adalbert Graf Dzieduszycki



Annahme des Gesetzentwurfes, durch welchen die obligatorische Erlernung der polnischen und ruthenischen Sprache, womit jene Zweisprachigkeit eingeführt ist, welche im Königreiche Böhmen analog bis zum Jahre 1868 bestand, ist noch in lebhafter Erinnerung.

Er ist der hervorragendste Träger der Idee der Versöhnung zwischen beiden Galizien bewohnenden Völkern. Viel Gutes hat er bereits für diese Versöhnung auf gütlichem Wege getan. Durch die Aufgabe, die er heute übernommen, ist seine Verantwortung gewachsen. Indem er die höchste Würde erhalten, welche das Kollegium der Vertreter des polnischen Volkes in Österreich erteilt, hat er unter einem die Verpflichtung übernommen, auch von diesem erhöhten Platze aus auf ein friedfertiges Zusammenleben zu Hause, auf die Milderung, wenn nicht schon auf die Einstellung der nationalen Reibungen und Streitigkeiten hinzuarbeiten, welche nur den Deutschen willkommen und zuträglich sind. Wir brauchen wohl nicht zu versichern, daß wir seine Aktion mit dem aufrichtigen Wunsche zum vollen Gelingen begleiten.

Zweimal bereits stand er sehr nahe zum Ministerfauteuil — einen einzigen Schritt nur weit. Das erstemal bei der Einsetzung des Kabinetts Körber im Jänner des Jahres 1900. Seine Kandidatur wurde im Klub besprochen. Damals machte er eine Bemerkung, die absolut nicht reproduzierbar ist, obwohl sie in der feierlichsten Form geschehen ist: durch einen Schwur. Inhalt und Form waren in so schrecklichem Widerspruch, daß nur ein Effekt zurückblieb: unterdrücktes Lachen und Grabesstille. Dr. Piętak wurde vorgezogen. Er war Vizepräsident des Hauses und sein Fauteuil mußte für Prade freigemacht werden. Das zweitemal während der Delegationskampagne, die in demselben Jahre in Pest abgehalten wurde. Während derselben kam Dr. v. Körber in die ungarische Hauptstadt. Man wußte in eingeweihten Kreisen warum. Es handelte sich um die Entlassung des Freiherrn von Spens, um die Ernennung Dr. Piętaks zum Justizminister, um die Ernennung des Grafen Dzieduszycki zu dessen Nachfolger und um die Aufhebung des Kindingerschen Erlasses. Alles wurde sorgfältig geheim gehalten. Dermaßen, daß ich dem verstorbenen Kaizl nach Wien darüber nicht aus der Zentrale, sondern aus dem Hotel Hungaria telephonierte. Samstag hatte es den Anschein, daß alles fertig sei. Wir saßen auf der Terrasse des erwähnten Hotels fast bis zum Morgengrauen, die Chancen der ganzen Aktion besprechend. Wir schieden — es war schon gegen 4 Uhr früh — mit dem Ver-

sprechen, vollständiges Stillschweigen zu bewahren. Montag früh saßen wir im linken Winkel des Vestibüls im Delegationsgebäude, Graf Dzieduszycki in unserer Mitte. Da trat aus dem rechten Winkel schnurstracks ein Regierungsmann des Herrn Dr. v. Körber heran und rief laut, daß es alle hören konnten: »Ich gratuliere, Exzellenz!« Graf Dzieduszycki ergriff die ihm dargebotene Hand nicht, verfinsterte die Stirn und frug gleichgültig: »Wozu?« »Zur Ernennung zum Landsmannminister.« Tableau. Niemand sprach ein Wort. Einer sah den anderen bedeutungsvoll und verständnisinnig an. Wir wußten, daß in diesem Augenblick der ganze Plan in realibus et personalibus begraben ist. Mit begreiflichem Interesse verfolgten die deutschen Delegierten diese Szene.

In der Politik gibt es kein »immer« und gibt es kein »niemals«. Allein ich glaube, daß für den Grafen Dzieduszycki die Möglichkeit, Mitglied des Kronrates zu werden, mit einem nicht wieder zurückfließenden Wasser abgegangen ist. Er hat eine dauerhaftere, dankbarere Würde erreicht: er ist primus inter pares.

Er gehörte der sogenannten podolischen Fraktion an; er ist jedoch kein so typischer Repräsentant dieser Couleur wie Dr. Kozlowski; er ist weder so agrarisch noch so klerikal. Die Gruppe ist eine Vereinigung von Junkern, exklusiv, aristokratisch. Die Stanczyken sind nicht so geartet, sie sind zwar extrem konservativ, aber kulturell repräsentieren sie den gesamten Fortschritt des Volkes. Alle hervorragenden Akademiker, desgleichen Gelehrten stammen von ihnen. Sie machen überall Proselyten, auch unter der Judenschaft. Sie umgeben sich mit keiner chinesischen Mauer. Die dritte Partei im Lande und im Klub, die Demokraten, denen beide Hauptstädte gehören, hat zwei Schattierungen, die eine ist allpolnisch, mit der Front mehr gegen Rußland als gegen Deutschland stehend. Deren Organe sind »Slowo Polskie« und »Pregląd Wszechpolski«. Im Parlament ist diese Richtung vertreten durch Professor Dr. Głąbinski, obwohl nicht offiziell und auch nicht patent, auch durch Dr. Grek, den polnischen Chamberlain, wie wir ihn nennen, der aber nicht so gesprächig ist wie sein englisches Vorbild. In Wien hat er noch nicht gesprochen, warum, weiß ich nicht; ich hörte jedoch, die Schuld liege in der deutschen Sprache.

Aus den drei angeführten Komponenten setzt sich der Polenklub zusammen. Sie im Gleichgewicht zu erhalten, einen Ausweg aus verschiedenen, ja oft äußerst feindseligen Richtungen zu finden, alle Kräfte zu einer gemeinsamen und einträchtigen Arbeit zu ver-

einigen, das ist ein schwieriges Werk. Wer es nicht erfahren hat, weiß es nicht. Dzieduszycki harrten Mühen und Anstrengungen; er ist sich dessen gewiß bewußt. Doch er gehört zu jenen, welche die Meinung des Sozialpolitikers teilen, daß dort, wo es viele Nebel gibt, die Tätigkeit die schönste Ruhe ist.

Er kann von sich sagen, daß sein ganzes Leben, voll Unruhe und Hast, dem Volke gewidmet war, dem das Geschlecht der Dzieduszycki unvergeßliche Dienste erwiesen hat — durch ihr Vermögen. Graf Adalbert, der vermögenslose, gibt, was er hat: seinen geistigen Fond; diesen legt er auf den Altar des Vaterlandes ganz. Für dieses wollte er sich einmal auch selbst opfern. In einer Rede über die galizischen Wahlen hatte Abgeordneter Daszynski ihn angeschrien: »Ihre Hände, Herr Graf, als Vorsitzender des Zentralwahlausschusses sind mit Blut beschmutzt!« Graf Dzieduszycki ließ ihn fordern. Der Sozialdemokrat kam jedoch zu ihm und sagte: »Ich will Ihnen nicht Gelegenheit geben, daß Sie als glaubenstreuer Katholik eine Sünde begehen, mich selbst aber will ich vor einer Dummheit bewahren, deshalb lehne ich den Zweikampf ab.«

Es ist einmal ein Streit entstanden, ob die Stenographie eine Kunst, eine Wissenschaft, eine Fertigkeit ist; er ist unentschieden geblieben. Vielleicht ist es erlaubt, ihn dahin zu lösen: Die Stenographie ist all das, sie ist Kunst und Wissenschaft und Fertigkeit. Und derselbe Streit ist auch über die Politik entstanden. Und vielleicht ist es auch von ihr, gleichwie von der Stenographie, zu sagen erlaubt, daß sie Kunst und Wissenschaft und Fertigkeit ist. Nur daß sie nach jeder dieser Seite eine schwierige Funktion ist, weil sie kompliziert, verantwortungsvoll, riskant ist; nur ein Hasardier läßt sich leichtfertig in sie ein. Ein ernsthafter und ehrlicher Mann betreibt sie mit größter Wachsamkeit und nicht ohne innere Unruhe. Ich gehe wohl kaum fehl, wenn ich sage, daß Graf Dzieduszycki von heute an mehr aufgeregt ist, als er es bis zum heutigen Tage gewesen. Seiner Sympathien für die Sache und das Fortkommen unseres Volkes eingedenk, rufen wir dem Autor des Adreßentwurfes vom Jahre 1897 auf dessen dornigen Weg zu: »Glück auf!«

Wien, 17. November.

Petrino und Hohenwart.

Vergessen von den Zeitgenossen und unbekannt der jetzigen Generation ist auf seiner Besitzung Onjkodias der Ackerbauminister im Kabinett des Grafen Potocki, Petrino, gestorben. Er hat es verdient, daß ihm ein Nachruf gewidmet wird. Aus seinem Kopfe ist der Gedanke geboren worden einer autonomistischen Majorität, in der sich auch Deutsche befinden. Er war deren Verkünder und Legislator zugleich. Elf Abgeordnete scharten sich um seine Fahne: Rumänen, Kroaten, Slovenen. Er hat das 75. Jahr erreicht und seine Anregung verwirklicht gesehen. Das war für ihn, der ganz in stiller Zurückgezogenheit lebte, die letzte und größte Genugtuung. Er ist vom Pfluge gekommen und ist wieder zum Pfluge zurückgekehrt. Aus dem Landwirte ist der Politiker geworden und aus dem Politiker wieder ein Grundbesitzer. Der Politiker aber hat in den Erdboden ein Körnchen geworfen, welches aufging und zu einem breitgeästeten Stamme heranwuchs. »Autonomisten aller Länder — versammelt euch!« riet er vor 30 Jahren. Es ist geschehen. Später als es geschehen konnte, als es geschehen sollte. Wie würde Österreich heute bestellt sein, wo wären wir, wäre bei uns dieser Appell nicht die Stimme eines in der Wüste Rufenden geblieben.

Als Abgeordneter stellte er im Jahre 1870 den Antrag, die für Galizien bewilligte Autonomie möge für alle Länder Geltung haben. Er wurde a limine abgelehnt. Nicht einmal in den Ausschuß ließ man ihn hinein. Zwei Monate später traten die Polen in Abstinenz, weil ihren Forderungen nach erweiterter Autonomie nicht entsprochen worden war. Petrino und seine Freunde gingen mit ihnen. Dadurch war der Reichsrat zerschlagen. Nach zwölf Tagen war Potocki Ministerpräsident und Petrino in seinem Kabinett, sie sind zusammen wieder zurückgetreten — für immer. Es hat nicht müssen sein. Potocki haben wir gestürzt und vor dem Richter-

stuhle der Geschichte werden wir weder eine Entschuldigung noch einen mildernden Umstand gegen die Anklage finden, daß wir damals aus Trotz gehandelt, der stark schien und ohnmächtig war und ohnmächtig bleiben mußte, daß wir die sich darbietende Gelegenheit nicht ergriffen und daß wir sie auch später verpaßt haben.

Das Hauptorgan der österreichischen Deutschen hat recht, wenn es sagt, das Exekutivkomité der Rechten sei verpflichtet gewesen, einen Lorbeerkranz auf das Grab dieses Verewigten niederzulegen. Es verkennt jedoch die historischen Tatsachen, wenn es behaupten kann, daß der Kampf zwischen Zentralismus und Föderalismus erst von seinem Debut an datiert. Dieses große Ringen zwischen zwei Welten ist so alt, wie das politische Leben in Österreich überhaupt. Es hat freilich seine Phasen, in denen es prekärer wird. Eine solche war im Jahre 1870, eine solche ist heute.

Im Rahmen einer Revue kann der dem Grafen Karl Hohenwart gewidmete Nekrolog kleiner sein, als die Größe dieses Politikers und Staatsmannes erfordern würde. Es war dies ein selten großer Geist. Nur ein solcher läßt sich weder beugen noch brechen durch eine plötzliche, wenn auch noch so schwere Niederlage. Ihn hat sie nicht niedergedrückt. Das Ziel hat sie ihm nicht entrungen. Sie hat ihm bloß einen Weg verlegt, den steilen und ungangbaren. Nachdem er sich aufgerichtet und aufgerafft, betrat er einen anderen, der langsamer ist, aber sicherer. Über alle Männer, die während der letzten 30 Jahre öffentlich tätig gewesen, ragte er empor. Nicht bloß über Herbst, Lasser, Schmerling, die beiden Auersperge, Chlumecký, Belcredi, Beust, Plener, nicht bloß über Clam-Martinic und Leo Thun, sondern auch über Graf Taaffe. Es ist dem Ruhme dieses nicht abträglich, wenn konstatiert wird, daß im Kabinett er regiert hat, im Parlament jedoch Graf Hohenwart. Er war der Schwimmeister, der den Herrn von Elischau wie einen Lernenden auf dem Gurte hielt. Als er ihn losgelassen, ertrank er im Strudel.

Desgleichen wird das Verdienst des Grafen Hohenwart nicht herabgesetzt werden, wenn wir die öffentliche Meinung korrigieren und sagen, daß die Politik, welche er als Ministerpräsident vertrat, nicht bloß seine Politik gewesen ist. Nach Sedan und Versailles war sie ein kategorischer Imperativ noch mehr als nach Sadova. Gegen das vereinigte Deutschland, das durch seine Siege trunken geworden, durch den Militarismus übermütig geworden, vom Pangermanismus durchdrungen worden, durch drei erfolgreiche Kriege rasch zu Expansivgelüsten auferzogen worden war, war es

unerläßlich, ein selbständiges, nach seinen inneren Verhältnissen geordnetes, national, politisch und staatsrechtlich konsolidiertes Österreich auf eigene Füße zu stellen. Das Hohenzollernreich war kein Hindernis — wie der freiwillige Monitor des Ministers des Auswärtigen in einer Kritik der Hohenzollernpolitik auseinandersetzte — sondern Anregung und Ursache, die gefährliche Nachbarschaft wurde erkannt und auch über Präventivmaßnahmen war man nicht im Zweifel. Leider verblieb man weder bei der Diagnose noch bei der sich aus ihr ergebenden Methode, weder im Jahre 1871, noch im Jahre 1891, noch im Jahre 1897.

Graf Hohenwart war Repräsentant einer Wendung, die natürlich war, und Repräsentant einer Richtung, die selbstverständlich war. Daß er bei den Intentionen, welche als Direktive dem neuen Kabinett und System dienten, die Erledigung der böhmischen Frage ihrer politischen Seite nach als seine Mission ansehen mußte, war klar. Nach dem Deutsch-österreichischen Kriege war der Ausgleich mit Ungarn der erste Akt der inneren Pazifikation. Nach dem Deutsch-französischen Kriege sollte der Ausgleich mit dem böhmischen Volke der zweite Akt dieser Pazifikation werden. Zwischen beiden Akten war ein organischer Zusammenhang. Wir aber haben den Fehler begangen, daß wir unsere Sache nicht mit der Sache der Ungarn vereint haben, daß wir sie nicht bloß losgelöst haben, sondern auch dort, wo sich eine Allianz für eine Dezentralisation empfahl, Gegner der ungarischen Bestrebungen waren.

Unvergeßlich werden uns und den Nachkommen die denkwürdigen Ereignisse bleiben, welche für uns der Beginn der Erfüllung unserer heißesten Wünsche werden sollten, in der Tat jedoch der Ausgang unserer größten Niederlage geworden sind, weil wir sie erlitten haben, als wir schon dem Ziele nahe waren, und weil wir sie erlitten haben in einer Situation, wie sie gleich günstig niemals gewesen und niemals sein wird. Das königliche Reskript mit der Unterschrift Hohenwarts und die Krönungsinsignien haben wir in vergoldeten Rahmen in unseren Wohnhäusern und öffentlichen Lokalitäten aufgehängt. Wenn uns auch im ersten Augenblick die Leidenschaft, durch die Enttäuschung entfacht, zu Voreiligkeiten, zur Vernichtung und Besudelung jenes Schriftstückes verleitet hat, in unseren Herzen ist es mit unverwischbarer Schrift eingetragen und mit ihm auch der Name Karl Hohenwart.

An seinem frisch aufgeworfenen Grabhügel heute stehend,

können wir ruhige Betrachtungen anstellen über ihn und auch über uns. Sein ministerpräsidentielles Leben war wie jenes des Achilles, kurz, aber berühmt. Sein Regime war keine Episode, die man aus der Geschichte verwischt und die keine Spuren und Fußstapfen hinterläßt — mit nichten. Es war eine Verkündigung und ein Gelöbnis für Millionen unseres Volkes. Der Glaube daran ist in ihm nicht geschwunden. Er lebt in ihm und wird durch alles bestärkt, was um uns vorgeht.

Ewig schade, daß Graf Hohenwart keine Memoiren hinterlassen hat. Sie wären ein unendlich wertvolles Dokument über eine der wichtigsten Epochen der österreichischen Geschichte. Sie würden diese Epoche erklären und die Mythen und Gerüchte zunichte machen, die sich daran knüpfen.

Graf Hohenwart ist durch die kombinierte Minierarbeit seiner Feinde gefallen; er hatte deren gar zu viele. Und ein Entkommen aus dem konzentrierten Feuer wäre ein Wunder gewesen — Wunder geschehen heutzutage nicht. Sie haben ihn erlegt. Nachher hat sich jeder gerühmt, er habe ihn allein gestürzt. Beust in seinen Erinnerungen, Andrassy und Lonay in den ihrigen. Der König von Sachsen, der Finanzminister Holzgethan und der russische Botschafter Novikov ergänzten den Ring, durch den er eingeschlossen war.

Wir haben uns gewöhnt, die Schuld an allem, was uns betroffen, anderen zuzuschreiben. Selten, vielleicht niemals besaßen wir so viel Autokritik und moralische Kraft, um unsere Nieren und unser Gewissen zu prüfen und ehrlich die Frage zu beantworten, ob denn nicht auch wir selbst schuld seien. Auch wir haben Schuld auf uns geladen; wir haben Schuld auf uns geladen unter Potocki und auch unter Hohenwart, als wir nicht nach Wien gingen, eine Majoriät für uns zu gründen. Wir haben Schuld auf uns geladen, da wir in der Übereilung nicht die notwendige nüchterne Bedachtsamkeit nnd die wünschenswerte Besonnenheit hatten, weil wir mehr erraffen wollen, als wofür die Situation und unsere Potenz gereicht hat, weil wir nicht gradatim gingen, sondern zu einem großen Sprunge Anlauf genommen haben und dann gestolpert sind.

Überblicken wir die achtundzwanzig Jahre parlamentarischer Tätigkeit, in welchen Graf Hohenwart hernach verblieb, so können wir bloß das größte Lob, die größte Anerkennung zollen seinem beispiellosen Eifer und der Beharrlichkeit, mit der er operierte. Er begann wie Petrino. Er sammelte diejenigen, die gleichen Sinnes

waren, die Österreich aufbauen wollten auf den Grundlagen des gleichen Rechtes seiner Völker und der Selbstverwaltung seiner Länder. Nach der Einführung der direkten Wahlen wuchs sein Anhang. Bei der Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn war er bereits so stark, daß er das Zünglein an der Wage bildete. Durch dessen Stimmen wurde der Ausgleich gerettet. In dem Augenblicke, wo er sein Votum dafür auf die Wagschale legte und großmütig das Kabinett Adolf Auersperg vor einer Niederlage und die Monarchie vor einer Katastrophe rettete, war Graf Hohenwart der Sieger. Nach sieben Jahren erlebte er seine Revanche. Mit jugendlichem Feuer organisierte er die Rechte; er war mehr als deren Führer; er war deren Seele. Er war der unerreichbare Meister parlamentarischer Strategie und Diplomatie. Im Generalstabe der Rechten, in welchem Grocholski, Rieger, Trojan, Mattuš, die beiden Clams, Klaic, die beiden Liechtensteins, Lienbacher, Giovanelli, Czartoryski saßen, war er souverän. Dort war er voll Eifer, dort ebnete er die Wege, beseitigte die Hindernisse, sammelte Stimmen für Graf Taaffe; im Plenum war er still. Wie ein Aal schlich er glatt und unhörbar zwischen den Bänken dahin, er teilte Winke und Befehle unbemerkt aus. Nicht bloß die Rechte, das ganze Parlament beherrschte seine starke Individualität. Es war dies ein fest kristallisierter Charakter, hart wie Quarz, wortkarg, aber rastlos, der Erste in der Sitzung, der Letzte aus der Sitzung — immer wachsam, immer parat. Hätte Graf Taaffe ihn überlebt, aus eigenen Mitteln wäre er verpflichtet gewesen, ihm ein Monument zu errichten. Mit dem Abgeordnetenhause war er verwachsen und nahm ungern davon Abschied — sie gehörten zueinander. Man bekam ihn dort zwar selten zu hören, aber man sah ihn dort immer und überall; er war ein phänomenaler Redner. Er besaß keinen Brustton, blendete weder durch klangvolle Stimme noch durch Pathos, Gesten und Mimik; er sprach ruhig, aber eindringlich; sein verschleiertes Organ war nicht stark, allein in der Grabesstille, welche eintrat, sobald er sich erhob, verstand man jedes Wort. Man wußte, er verstehe es, etwas kurz und klar zu sagen. Seine gerade Natur dokumentierte sich auch in seinen Ausführungen. Seine Meinung sagte er ungeschminkt, nichts verschwieg er. Polemisierte er, so zahlte er nicht mit einer Keule, sondern mit einer Damaszenerklinge heim. Dr. Herbst hat das einmal unliebsam an sich erfahren. Er hatte Graf Hohenwart provoziert, dieser konterfeite ihn dann mit naturalistischer Treue derart ab, daß er nachher Ruhe hatte. Niemals hat er was in seiner

Rede korrigiert, weder mündlich noch schriftlich. Er sprach wie gedruckt, gediegen und delikat, und doch nicht ohne wirksame Pointen. Die Spezies solcher Redner ist ganz ausgestorben. Mit dem zunehmenden Materialismus sind die rednerischen Requisiten gröber und roher geworden.

Mit Unrecht wirft ihm die Sozialdemokratie Steine nach. Die Herabsetzung des Zensus auf fünf Gulden war im Wesen sein Werk. Mit solchen Antezedentien befindet sich sein Widerstand gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe in schroffem Widerspruch. Bis heute ist es ein Rätsel, warum er sie hingerichtet hat. Die verletzte Eitelkeit, daß man ihn nicht zuvor verständigt hat, reicht zur Erklärung nicht hin.

Als nach dem Jahre 1891 der eiserne Ring der Rechten durch die dreibeinige Majorität ersetzt wurde und die Linke ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation derselben urgierte, widersprach Hohenwart in einer Konferenz mit Jaworski und Plener und sprach damals die drastischen Worte: »Wir Konservativen werden das Haupt nicht auf den Block legen.« Um so größer war das Staunen und um so größer war die Überraschung, als er nach dem 10. Oktober 1893 sich mit der Linken zum Schutz des bisherigen Besitzstandes gegen Graf Taaffe liierte. Das war die größte Verirrung seines Lebens. Er hat das selbst bald eingesehen. Die Koalition, in welche er eingegangen, war antisozial und antinational zugleich. Ihre Spitze war gegen die politisch-bürgerliche und gegen die nationale Gleichberechtigung gerichtet. Sie war unvereinbar mit seiner Vergangenheit, mit seiner Gesinnung, mit seinem Streben, mit seinem ganzen Wesen.

Der Kaiser berief ihn nach der Entlassung des Grafen Taaffe zu sich und sagte ihm: »Als Schöpfer der Koalition sind Sie verpflichtet, an die Spitze der Regierung zu treten, die aus ihr gebildet werden wird.« Graf Hohenwart entgegnete, sein Alter erlaube ihm das nicht. Der Kaiser bemerkte, es habe ihm doch erlaubt, eine Krise auf der ganzen Linie hervorzurufen.

Seine Tat, ich würde fast sagen, seine Missetat hat er bald bereut. Er war bestrebt, sie zu sühnen. Er hat die Koalition, die er geschaffen und der er Geist eingehaucht, selbst zerschlagen. Nach eineinhalb Jahren war sie zerschmettert. Das kleine Sandkorn der Cillier Frage hat zur Explosion hingereicht, durch welche sie in die Luft gesprengt wurde.

Im Oktober 1894 begannen die ersten Friktionen. Er hatte

dieselben mit der größten Seelenruhe erwartet. »Die Sache werde ich gewinnen«, sagte er damals, »ganz sicher gewinnen. Ich habe verläßliche Garantien, welche eingehalten werden, geschehe was immer.« Er hat gewonnen, mit Hilfe der Böhmen. Es war eine Ironie des Schicksals, daß die Koalition durch die Stimmen jener hinweggefegt worden ist, gegen welche sie formiert worden war. Auch das war eine Nemesis.

Die Koalition war für eine Wahlreform gegründet worden. Da sie jedoch verflucht worden war, blieb sie unfruchtbar. Keine Reform hat sie zu Ende geführt. Als sie zusammengebrochen war, wurde Hohenwart wieder, was er vor dem Jahre 1893 gewesen. Nur in einer Sache unterstützte er den Grafen Badeni nicht. Er war nicht dazu zu bringen, für die V. Kurie seine Stimme abzugeben. Aber er bereitete ihr auch keine Hindernisse. Er beobachtete ihr gegenüber passive Neutralität.

Mit seinen Wurzeln war er mit dem Volke nicht verbunden und ging auch niemals unter das Volk. Er hatte jedoch Sinn für Volksströmungen, für Volksbedürfnisse und für Volksempfindungen. Er war ein Österreicher, ein Deutscher und ein Konservativer, war jedoch liberaler als diejenigen, die sich Freisinnige nannten und die Freiheit vergewaltigten, er war gerecht zu anderen Völkern und erblickte das Heil des Staates und der Monarchie nur in der Stärke aller ihrer Teile. Als er die Augen schloß, hatte er den Trost, nicht umsonst gelebt und gewirkt zu haben. Er sah auf dem ehemaligen Brachfelde Ähren und erblickte noch den Dämmerschein der Zukunft, wie sie ihm vorgeschwebt. Wir werden sein Andenken in heiliger Pietät bewahren. Wir haben einen treuen Freund verloren. Worin er, auf kurze Zeit hin, geirrt, das werden wir vergessen. Was er Gutes getan und auch das, was er tun wollte, wird niemals aus unseren dankbaren Herzen verschwinden. Karl Hohenwart wird immer mit unserer Auferstehung und mit unserem Fortschritt vereint bleiben, als wäre er der Unsrige gewesen. Wenn es ihm auch nicht vergönnt gewesen war, uns auf den Gipfel unserer Bestrebungen hinaufzuführen, durch seine Hilfe stiegen wir aufwärts und sind hinaufgekommen. Die Worte, die er auf unserer Ausstellung gesprochen, daß die Böhmen doch ihr Ziel erreichen werden, werden uns Vermächtnis, Trost und Stärkung sein.

Šrom und Waser.

In Brünn ist nach langer schmerzvoller Krankheit Dr. Šrom gestorben. Neben Pražák stand er an der Spitze der böhmischen Organisation in der Markgrafschaft. Er war Führer der mährischen Böhmen und vereinigte die Eigenschaften der Mährer der Vergangenheit. Er war ruhig und gemäßigt, er war ein stiller und beharrlicher Arbeiter, einer von jenen, die, da ihnen ein minder glänzendes Los zugefallen, für künftige Wallfahrer und Wallfahrerinnen die Straßen ebnen. Er war kein Mann der Emotion und des Vorstoßes. In ihm stak ein starker Konservatismus, der nur schwer und langsam in Bewegung zu bringen ist. Die mährische Schwerfälligkeit, wie wir sie benannt haben und die sich auch ihm bleiern auf die Glieder legte, ist heute überwunden. Ein frisches und reges Leben sprudelt nunmehr auch im Schwesterlande. So wachsen wir in die Höhe und in die Tiefe. Wir erobern feindliche Festungen, die in böhmischem Gebiet errichtet worden sind. Unser Schulwesen blüht. In absehbarer Zeit wird dessen Stamm in breiten Ästen sich ausweiten und zwei Kronen erhalten: eine Technik und eine Universität. Politisch schreiten wir langsamer vorwärts. Wir wissen ja, jeder Anfang ist schwer. Danach möge die Tätigkeit Dr. Šroms beurteilt werden. Dann wird sie richtig beurteilt werden. Sie hatte ihre Verdienste und dankbar wird man seiner und ihrer gedenken, wenn der Tag der Emanzipation Mährens aus der Fremdherrschaft gekommen sein wird.

Dr. Šrom gehörte der Rechten des Herrenhauses an. Als er in dasselbe aus dem Abgeordnetenhause versetzt wurde, war sein Haupt schon ergraut. Er saß in der letzten Reihe, im Winkel, allein, in sich vertieft.

Auf der anderen Seite, auf der Linken ist der Platz nach Dr. Waser, dem ehemaligen Präsidenten des Grazer Oberlandes-

gerichtes vakant geworden. Das war der streitbarste Kampfhahn aus jener Garde bureaukratischer Zentralisten und Germanisatoren, die ich justitia militans nennen würde und die nicht bloß nicht ausgestorben ist, sondern noch zahlreiche Repräsentanten aufweist. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: ein Bureaukrat und Richter war Waser niemals. Er war seinem Naturell und Berufe nach ein Kathedermensch, der ewige Dozent, der immer vortrug — auch dem Senat, dem er vorsaß — ein Theoretiker, ein Doktrinär, ein Eigensinniger — ein Dickschädel. In seinem Kopfe war kein Platz für den Gedanken, daß die richterliche Funktion in Österreich jemals in einer anderen als deutschen Sprache ausgeübt werden könnte. Er perhorreszierte und bekämpfte diesen Gedanken. Sein ganzes Leben bekriegte er ihn. Er mißbrauchte hierbei seine amtliche Stellung. Man sagte nicht: Herr Waser ist gegen die Verordnungen des Freiherrn von Pražák aufgetreten, sondern man sagte: der Herr Präsident des Oberlandesgerichtes, der oberste Richter im Lande, ebenso wie man nicht sagte: der alte verfassungstreue Schmerling ist dagegen aufgetreten, sondern sagte: der oberste Richter im Staate. In Wirklichkeit waren sie Zwillingsbrüder, waren sie nur zwei Exemplare derselben Spezies. Herr von Schmerling eiferte gegen das gleiche Recht der böhmischen Sprache, Herr von Waser gegen das gleiche Recht der slovenischen. Sie waren beide dazu verurteilt, zu sehen, daß ihr Übelwollen vergeblich gewesen. Das gleiche Recht hat noch nicht ganz gesiegt, es ist jedoch, um ein Wort Zolas anzuwenden, auf dem Marsche.

Die Gerechtigkeit gebietet uns, anzuerkennen, daß Waser als Jurist der entschiedenste Gegner des objektiven Preßverfahrens war, welches er unerbittlich auch in anonymen Artikeln bis zum letzten Atemzuge bekämpfte. Ebenso muß anerkannt werden, daß er in der Streitfrage, ob böhmische Reden, die ins Protokoll des Wiener Parlaments nicht aufgenommen sind trotzdem immun, sind, nicht Anstand genommen hat, seine Überzeugung im positiven Sinne auszusprechen. Er war eine festgefügte, harte Natur. Seine Härte jedoch haben nur die Slovenen gefühlt.

Dr. Vašatý.

Über Dr. Johann Vašatý als Privatmann werde ich kein Wort verlieren. Der hatte seine Gebrechen, die mit ihm begraben sind. Als Politiker vereinigte er Schwäche mit Ausdauer und Flatterhaftigkeit mit jener Heftigkeit und Stetigkeit, welche mitunter eher Starrsinn und Hartköpfigkeit sind. Neue Parteien suchte er nicht aus Zuneigung zu ihnen auf, sondern aus Gegnerschaft zu den alten. Ein Mann der Zucht war er überhaupt nicht. In Reih' und Glied zu stehen, der gemeinsamen Parole zu gehorchen, verstand er nicht und obwohl er russisch kannte, handelte er nicht nach dem russischen Sprichworte, daß ein Einzelner nicht Krieg führt. Er war immer der Seinige, nicht im Sinne einer Eigenartigkeit, sondern seine Meinung, sein Können und seinen Willen anderen entgegenstellend und über andere stellend — oft gegen alle und über alle. Deshalb war er immer vereinsamt und auch als er nominell einem Klub angehörte, war er immer ein Revolutionär und ein Separatist. Deshalb sammelte sich in ihm soviel Bitternis, soviel Skepsis, soviel Galle. Deshalb hatte er soviel Affären, soviel Unannehmlichkeiten. Deshalb schoß er in der Regel seine Pfeile ab nicht bloß gegen Gegner, sondern auch gegen Landsleute, Stammesangehörige und Parteifreunde. Deshalb entwickelte sich in ihm der krankhafte Irrglaube, daß nur sein Urteil, nur seine Taktik, nur seine Überzeugung einzig und allein richtig, die aller anderen verkehrt ist, daß nur er ein ehrlicher Mann ist und alle anderen korrupt, daß nur er ein Freiherr ist, die anderen Leibeigene.

Er war in seiner Art konsequent. In der Art nämlich, welche den Fürsten Bismarck zum Ausspruche veranlaßt hat, daß arm sind, die nur einen Gedanken haben, und daß nur beschränkte Leute konsequent sind. In der politischen Strategie kannte er nur eine Methode: den Ausfall. Er war zu wenig bewandert in der

Geschichte, zu sehr eingesponnen in den Kult seiner eigenen Person und dermaßen bar nicht bloß der Autokritik, sondern der Kritik überhaupt, um zu wissen, um zu begreifen, um einzusehen, daß man die Taktik für Jahre hinaus im vorhinein nicht ausrechnen könne wie eine Mondesfinsternis, sondern daß sie bestimmt werde vom Augenblick, von den Verhältnissen und hauptsächlich durch das Interesse der vertretenen Sache. General Skobelev war ein feuriger, unerschrockener Heerführer. Der Sieg der Russen jedoch bei Plevna wurde erst errungen, als General Totleben dem mörderischen Losgehen seines jüngeren Genossen Einhalt getan und die Belagerungsarbeiten eingeleitet hatte, die zwar langsam, aber erfolgreich waren.

In bezug auf die Rechte unserer Sprache verblieb Dr. Vašatý auf dem Standpunkt, daß Gesetze und Vorschriften, die nicht widerrufen worden sind, von der erneuerten Landesordnung angefangen, in Geltung sind und daß es neuer durchführender nicht bedürfe. Das war der Tenor aller seiner Reden, auch der letzten. Er vergaß, daß Rechte, die nicht ausgeübt werden, wertlos sind und daß die besten legislativen Taten eitler Dunst sind, wenn sie nicht durchgeführt werden.

Das Terrain seines Wissens war schmal, sein Horizont eng. In militärischen, finanziellen und eisenbahntechnischen Angelegenheiten war er ein Laie. Er sprach von ihnen, obwohl er nicht einmal eine Vorstellung besaß von Kassenüberschüssen und Kassenbeständen und mehreremal wies man ihm nach, daß er keine Ahnung hat z. B. von strategischen Bahnen, welche Rußland entlang der österreichischen Grenzen ausgebaut hatte.

Eine Legende zu zerstören ist immer schmerzlich. Im Interesse der Wahrheit jedoch muß ich konstatieren, daß alles, was er, in Wort und Schrift, über die historischen und gesetzlichen Ansprüche der böhmischen Sprache in Ämtern und Gerichten tradierte, geistiges Eigentum Havelkas und Trojans waren. Ich habe die Schattenseiten dieses Abgeordneten nicht unterdrückt. Es obliegt mir nun, die lichten nicht zu verhehlen. Das Wirken Dr. Vašatýs habe ich volle 20 Jahre verfolgt. Mangelten ihm auch positive Ergebnisse, seine Motive waren die besten, die edelsten, die ehrlichsten. In Dr. Vašatý loderte nur eine heilige Leidenschaft: für Gleichheit, Gleichwertigkeit und eine würdige Stellung unseres Volkes.

Wie hätte seine Sehnsucht nach einer besseren Zukunft des böhmischen Volkes, wie hätte der Zorn über dessen Erniedrigung

getönt, hätte ihm Gott die Gabe der Rede verliehen und hätte sein Organ vernehmbar geklungen!

In seinem Fach war er gründlich bis ins minutiöse; er trug alles Material herbei und war sein eigener Feind, indem er jedesmal das gesamte zitierte und eine gute Sache durch Wiederholungen entwertete.

Für seine Reden, ob er sie nun im Parlament, ob er sie vor den Wählern hielt, bereitete er sich aufs gewissenhafteste vor und den Pflichten eines Abgeordneten kam er aufs sorgsamste nach. Als Mensch war er ein Egoist und ein Misanthrop. Als Politiker war er nicht ohne Altruismus.

Er liebte gewiß das Land und das Volk, in deren Diensten er die Hälfte seines Lebens gestanden, tief und innig — vielleicht tiefer und inniger, als man ihm physisch ansah. Er war in mancher Hinsicht eine problematische Natur. Was in seiner Individualität fehlerhaft und mangelhaft war, möge vergessen und verziehen werden; was Tugend, möge in dankbarem Ehrenangedenken erhalten und nachgeeifert werden.

Bismarck.

Deutschland ist sein erster Kanzler, sein faktischer Einiger und Begründer, sein erster Politiker, sein erster Repräsentant gestorben. Wie das vormärzliche Preußen nach Olmütz mit Österreich ging und dann gegen Österreich und wie es zur norddeutschen Union und nachher, nach Sadova, zu Deutschlands Vormacht herangewachsen, wie es an der Spitze der Union aller deutschen Staaten nach Sedan in Versailles angekommen ist — das alles war sein Werk. Nominell war es das hohenzollerische Preußen, in Wirklichkeit das Bismarcksche. Nicht Wilhelm I., er bestimmte dessen kriegerische und diplomatischen Wege. Er drückte ihm durch seinen starken Willen, dem er den des Königs und nachmaligen Kaisers unterordnete, das Gepräge auf. Er setzte es, nach seinen eigenen Worten, aufs Roß. Ich muß gestehen: ich bin enttäuscht von der Lauheit, Apathie, ja Gleichgültigkeit, die man in Deutschland nach dem Tode dieses Giganten an den Tag gelegt hat, der es doch in seinen Händen geformt und es aus der Zersplitterung der Kleinstaaterei zur ersten militärischen Großmacht erhoben, der zur Tat gemacht hat, wovon die Dichter träumten und Tausende phantasierten.

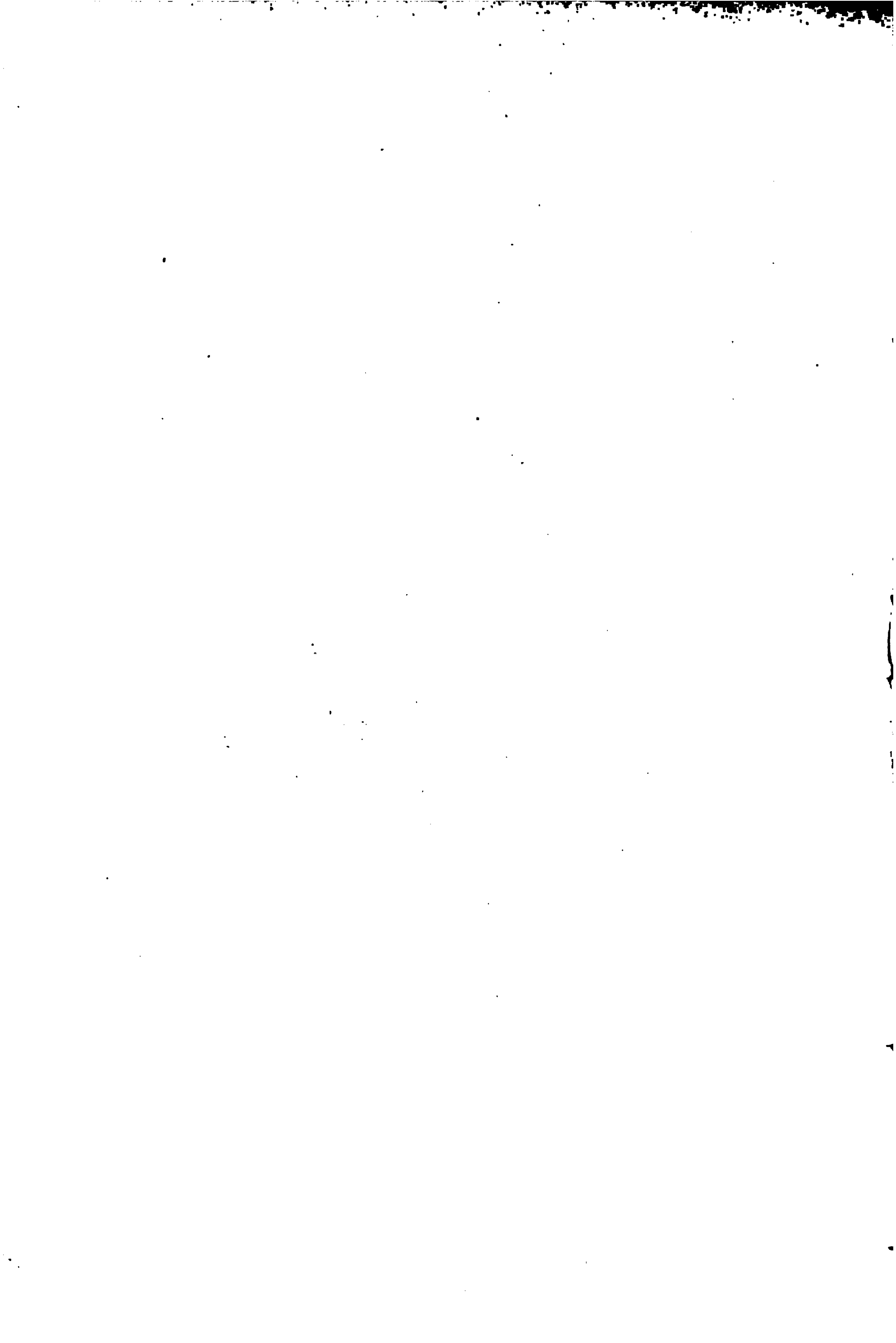
Fürst Bismarck war einer größeren Trauer und eines größeren Dankes würdig. Auch er hat sich überzeugen müssen, daß niemand auf der Welt unersetzlich und daß jeder entbehrlich ist. Diese Erkenntnis trübte seine Galle und verbitterte volle acht Jahre seiner Invalidität, die keineswegs ein Ruhestand war. Grollend in seinem Herzen verließ er das Amt, grollend in seinem Herzen verließ er diese Welt. Er hat es Wilhelm II. nicht verziehen und nicht vergessen, daß er ihn hat entlassen können, und auch die von ihm selbst für sein Grab gewählte Aufschrift enthält einen sichtbaren Stachel gegen ihn.



Karl Graf Hohenw[illegible]



Karl Graf Hohenwart



Von selbst drängt sich die Parallele mit Gladstone auf. Durch sie gewinnt jedoch nicht der preußische Kürassier, sondern der britische Zivilist. Jener war der Mann der brutalen Macht, der Mann von Blut und Eisen; dieser der Mann des Rechtes. Jener wollte siegen durch Wehr und Waffen; dieser durch die unbezwingbare Macht der Idee. Jener war ein subjektiver und objektiver Egoist: ein subjektiver, dem sein »Ich« das Zentrum war; ein objektiver, für den Preußen den Anfang und das Ende aller Dinge bedeutet. Diese Liebe überbrückte Ozeane und Verleumder behaupteten von ihm, er liebte Fremde mehr, denn seine eigenen Landsleute. Bismarck fürchtete man zu Hause, fürchtete man außerhalb Deutschlands, haßte man zu Hause, haßte man außerhalb Deutschlands; Gladstone hatte kein Haß verfolgt. Bismarck war robuster, massiver und deshalb übte die Materie auf ihn ihre Attraktionskraft aus; Gladstone war höher und größer. In der Geschichte des Kriegswesens hat Bismarck eine vordere Stelle; Gladstone in der Geschichte der Zivilisation, der Demokratie und der Freiheit.

Sie waren beide Riesen, zu denen mit schuldigem Respekt die ganze Welt aufblickte. Dessen hätte er sich wohl niemals versehen, daß Berlin, das mit dem Reiche gewachsen ist, kühl und alltäglich bleiben wird, wenn deren gemeinsamer Schöpfer die Augen für immer schließt, und daß ganz Deutschland, für das er mit seinem Verstand und mit seinem ganzen Herzen gelebt, so kalt und ruhig bleiben wird.

Zur Erhaltung der Errungenschaften des Jahres 1870 eine große Armee aufzustellen und sie durch eine zweideutige Politik zu behaupten, wie es der Bündnisvertrag gegen Rußland und der Rückversicherungsvertrag mit Rußland zugleich war — das hat Fürst Bismarck wohl zustande gebracht. Dem Körper der Bundesmonarchie jedoch Geist einzuflößen, allen Separatismus daraus zu verbannen und mit dem Frieden nach außen auch den Frieden im Innern zu sichern — das hat er nicht zustande gebracht.

Wahrhaftig, es ist das größte Paradoxon in der Geschichte der Menschheit, daß ein so epochales Ereignis, wie es die Erneuerung des deutschen Kaisertums gewesen, nicht einmal in diesem selbst kulturelle Spuren zurückgelassen sowie es eine unbestreitbare Tatsache ist, daß in Deutschland, da es noch in membra disiecta zerlegt war, regeres geistiges Leben herrschte als in dem geeinigten.

Rom hat sich mit dem Fürsten Bismarck ausgesöhnt, kaum

war jedoch, ehrenvoll für die Katholiken, der Kulturkampf beendet, während dessen Dauer der ehemalige Junker als ein großer Liberaler gefeiert wurde, ist ein neuer Gegner entstanden, der um so mehr wuchs, je mehr er ihn bekämpfte: die Sozialdemokratie. Es hat sie der Kanzler nicht mit seinen Gesetzen, es hat sie der Kaiser nicht mit seinen Drohungen zermalmt. Sie wächst, durch das System der preußischen Politik am meisten begünstigt. Sie hat ihren größten Verfolger überlebt.

Es wächst und erstarkt Frankreich, das er noch einmal niederzuringen sich angeschickt hat, als er noch nicht durch dessen Allianz mit Rußland gezwungen wurde, wider Willen ein Eiferer für Frieden zu sein. Denn einen Krieg nach zwei Fronten hin fürchtete er dennoch, trotz des stolzen Wortes, er fürchte niemand, außer Gott allein.

Vom Anfange seiner Wirksamkeit in Frankfurt und Petersburg hatte er nur ein Ziel: Preußen auf Kosten Österreichs zu stärken. Vom Westen und vom Osten bedroht, kam er um Allianz nach Wien bitten. Die Russophoben hier und in Pest haben es verschuldet, daß das Werk, das er mit Andrassy lediglich zum Schutze deutscher Interessen vereinbart hatte, als Gewinn nicht für Deutschland, sondern für Österreich hingestellt wurde. Aus der posthumen Publikation Busch' über die Entlassung des Fürsten Bismarck wissen wir, daß er durch eine sonderbare Schicksalsfügung wegen Nichterneuerung des Vertrages gefallen ist, durch den er sich auf Jahre hinaus Rußland gegen den Alliierten Österreich sichern wollte. Eine derartige Doppelzüngigkeit konnten nur charakterlose Lakaien »deutsche Treue« benennen. »Deutsch« war sie vielleicht, »Treue« gewiß nicht.

Er war ein Koloß und sein Sturz hat eine Erschütterung verursacht. Eine Erschütterung — nichts mehr. Er war ein Terrorist, ein genialer Barbar, an dessen Werken das Blut von Millionen Männern klebt, er war vom Stamme der Bonapartes, welche Verbrechen für erlaubt halten und welche sich ihre Moral in nachfolgender Weise zurechtgeschnitten haben: omne humanum a me alienum puto. Er war ein Übermensch, ein Mensch aber war er nicht. Deshalb hat sein Tod die Sinne erschüttert, die Herzen hat er nicht erschüttert. In den Sinnen wird sein Andenken fortleben — in den Herzen nicht.

Die Ausweisungen aus Deutschland.

I.

Die massenhaften Ausweisungen und Verfolgungen von Franzosen, Dänen, Böhmen und Polen sind nicht gerade ein Beweis, daß sich Deutschland stark fühlt. Viel eher verrät man durch solche Maßnahmen Schwäche und Furcht. Sich zu fürchten ist schließlich jedermann gestattet. Nur darf dies nicht in der Weise geschehen, daß die Grenzen des internationalen Rechtes überschritten und die freundnachbarschaftlichen Beziehungen gestört werden.

Das hat jedoch Preußen getan. Die Persekutionen, zu denen Fürst Bismarck durch seine antipolnische Politik das Signal gegeben und die Fürst Hohenlohe mit kühler Bestialität durchführt, sind nur ein Glied des ganzen Barbarismus, durch welchen Deutschland entstanden ist und erhalten wird. Die böhmischen Abgeordneten haben in einer Anfrage des Dr. Engel, die polnischen in einer Anfrage Jaworskis sie öffentlich beurteilt und, nachdem sie die Inhumanität Preußens an den Pranger gestellt, verlangt, die österreichische Regierung möge österreichische Staatsangehörige schützen und gegebenenfalls vor einer Retorsion nicht zurückschrecken. Die Antwort, die Graf Thun gegeben, stimmte ganz mit den Fragen überein: der Chef der Regierung schrak nicht davor zurück, Revanche anzukündigen.

Die Wiener Regierung hat da nichts getan, was in einem selbständigen Staate nicht selbstverständlich ist. Denn so tief ist Österreich gegenüber seinem Alliierten nicht gesunken, um alle dessen Stöße und Püffe ertragen zu müssen. Ausnahmsweise hat es sich stolz aufgebäumt und selbstbewußt aufgerafft und welcher Lärm in Deutschland! Allzulang hat man sich dort an das fortwährende Ducken des Wiener Kabinetts vor jedem Faltenzuge in

Berlin gewöhnt, wo Graf Kálnoky als Sektionschef des deutschen Kanzlers angesehen wurde.

Ich habe den Eindruck, daß die vom Grafen Thun in Übereinstimmung mit dem Grafen Goluchowski auch mit Approbation der Krone getane Erklärung in der böhmischen Öffentlichkeit nicht nach Gebühr gewürdigt worden ist. Man muß sie nicht so sehr vom Gesichtpunkt der inneren, als vielmehr von jenem der auswärtigen Politik beurteilen. Konkreter gesprochen: vom Gesichtspunkt der österreichisch-russischen Beziehungen in erster Reihe, der deutsch-russischen in zweiter und der österreichisch-deutschen erst in letzter Reihe, nicht in umgekehrter Ordnung. Und da muß man sich die Frage vorlegen, ob eine derartige, vorbehaltlose Erklärung vor dem Zarenbesuch in Wien möglich gewesen ist.

Die Deklaration des Grafen Thun ist ein untrügliches Thermometer für jene Beziehungen: die österreichisch-russischen Beziehungen sind warm, die deutsch-russischen sind lau, die österreichisch-deutschen sind abgekühlt. Sie sind abgekühlt worden in demselben Augenblick, in welchem sich unser Kaiser überzeugt hat, daß Fürst Bismarck tatsächlich hinter dem Rücken Österreichs einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland hatte. Von jenem Tage an, an welchem der Tote von Friedrichsruhe hierüber seine sensationellen Enthüllungen gemacht, besteht im Verhältnis Österreichs zu Deutschland ein nicht zu verkittender Riß. Diesem steht es gar nicht an, großtuerisch zu brüsten, es könne sich an Stelle Österreichs einen anderen Verbündeten suchen. Deutschland drückt kein embarras de richesse, es hat keine Wahl, es ist heute so isoliert, wie es Fürst Bismarck immer befürchtet hat. Seine Alliierten sind: die Türkei, das militärisch und finanziell verkrachte Italien und das stolze, jedoch selbstsüchtige und flatterhafte Albion. Von Österreich, Rußland und Frankreich eingeschlossen, ist Deutschland in der Falle, aus der ihm nicht einmal Nordamerika hinaushelfen wird.

Eine ganz andere Stellung hat Österreich heute, der Konkordanz mit Rußland sicher, im Dreibund als im Jahre 1879. Heute kann es diktieren und sein Verhältnis zu Rußland regeln nach eigenem Vorteil und ohne Rücksicht, ob es in Berlin angenehm ist oder nicht.

II.

Der Kaiser von Österreich hat am Namenstage des Zaren die hiesige russische Botschaft besucht und dort gratuliert. Das ist an diesem Tage unter dem jetzigen Zaren und auch früher niemals

geschehen. Mit Recht wurde in der solennen Form ein Beweis der besten Beziehungen zwischen dem Wiener und dem Petersburger Hof erblickt. So faßte auch die russische Öffentlichkeit diesen außerordentlichen Vorfall auf, indem sie ihn für ein Ereignis von großer Tragweite erklärte. »Dieser Besuch«, schrieben die »Petěrburgskija Vědomosti«, »hat in ganz Rußland den günstigsten Eindruck gemacht. Man sieht darin ein Zeichen, daß die Gemeinsamkeit der beiderseitign Interessen immer klarer wird. Rußland hat anerkannt, daß Österreich ein Recht habe, Einfluß auf die Schicksale der Balkanvölker auszuüben.« Und das »Novoje Vremia« fügte hinzu: »Es kann jetzt für niemanden mehr einen Zweifel darüber geben, daß die russisch-österreichische Freundschaft aufrichtig ist.«

Zu gleicher Zeit erfuhr die deutsch-österreichische eine Trübung. Sonderbar. Preußen weist massenhaft nicht bloß Dänen und Russen, sondern auch österreichische Polen und Böhmen aus, und zwar ganz unschuldige, die völlig unbescholten sind, ja, die niemals auch im geringsten politisch tätig gewesen sind. An demselben Tage, an welchem Kaiser Franz Josef auf der russischen Botschaft in Wien weilte, hatte der österreichische Botschafter in Berlin, Herr von Szögyenyi, eine Audienz bei Kaiser Wilhelm. Nach unwiderlegten Meldungen ist dieser selbst der Urheber dieser Ausweisungspolitik und hat, ebenfalls nach unwiderlegten Meldungen, seinem Zorn gegen Graf Thun und gegen Graf Goluchowski Ausdruck gegeben, weil sie in ihrer Antwort auf die Anfrage Engels Preußen mit Retorsionen gedroht haben. Er hat durch Graf Eulenburg, den deutschen Botschafter in Wien, gegen sie beim Kaiser selbst Vorstellungen erheben lassen. Schließlich wurde alles beigelegt. Am heiligen Abend wurde in der halbamtlichen Wiener Abendpost ein beschwichtigendes Communiqué veröffentlicht, in welchem Graf Thun sich als Anhänger des Bündnisses mit Deutschland bekannte. Ich betrachte diese Publikation als eine schädliche Submission, die keinen anderen Zweck hatte, als zu konstatieren, daß Graf Goluchowski der Autor jener Antwort gewesen ist.

Rußland hat Preußen mit einer recht energischen Revanche gedroht: es wird nicht durch Ausweisung von armen Leuten heimzahlen, die sich mühsam ernähren, sondern durch Ausweisung von Reichen, die in Rußland Millionäre werden und hierbei gegen dieses agitieren und kundschaften. Ich habe nichts darüber gelesen, daß der deutsche Kaiser gegen den russischen Kanzler ein eigen-

händiges Schreiben an den Zaren gerichtet hätte. Im Gegenteil, man merkt sein tatsächlich auffallendes Sichnähern an Rußland, aber ein erfolgloses.

Das kleine Dänemark rächte sich auf seine Weise — wirtschaftlich. Es boykottierte deutsche Produkte, deutsche Reisende und deutsche Exporteure. Das tut weh.*) In Kopenhagen ist man offenbar noch nicht so — geduldig, um vom Nachbar, wenn er auch noch so stark ist, alles zu ertragen. Ich richte da an Graf Goluchowski öffentlich diese Anfragen:

1. Ist es wahr, daß alle Vorbereitungen getroffen worden sind, um aus Böhmen 2 oder 3 Personen auszuweisen, die durchaus nicht politisch untätig, sondern regelrechte preußische Aufwiegler waren, und daß dies lediglich infolge Einspruches und Einschreitens des Ministers unterblieben ist?

2. Ist es wahr, was in Wien öffentliches Geheimnis ist, daß Graf Eulenburg sich anmaßt, unter Graf Thun, das heißt gegen Graf Thun und seine Politik dieselbe Rolle zu spielen, welche sein Vorgänger in der deutschen Botschaft in Wien, Prinz Reuß, gegen Graf Taaffe und dessen Politik spielte, und daß Graf Eulenburg, gerade wie Prinz Reuß, enge Beziehungen zur deutschen Opposition unterhält, ja in die innere österreichische Politik auch in den höchsten Sphären eingreift?

3. Ist dem Herrn Minister für auswärtige Angelegenheiten bekannt, daß Kaiser Wilhelm mit dem Sultan einen Vertrag abgeschlossen hat, der ein Akt von gleichem Schlage ist, wie der Geheimvertrag Bismarcks mit Rußland gewesen ist, mit demselben Rußland, gegen welches er gleichzeitig ein Bündnis mit Österreich hatte, und daß dieser Geheimvertrag nach dem Jahre 1890 nur deshalb nicht verlängert worden ist, weil Rußland nicht wollte?

Es muß anerkannt werden, daß die nationale Politik der Hohenzollern, wie man die Ausweisungspolitik euphemistisch benannt hat, von der gesamten preußischen Öffentlichkeit nicht geteilt wird. Von der parlamentarischen nicht, von der publizistischen nicht, von der wissenschaftlichen nicht.

Für die letzte sprach in den preußischen Jahrbüchern Professor Delbrück. »Diese Ausweisungen«, schrieb er, »schreien zum Himmel. Ärger noch als die Brutalität, die uns die Verachtung der gebildeten

*) Nach den Berechnungen Eugen Richters, die er im Deutschen Reichstage reproduzierte, beträgt die Ausfuhr Deutschlands nach Dänemark jährlich 100 Millionen Mark.

Welt zuzieht, ist die Verblendung, die glaubt, man könne mit derartigen Mitteln dauerhafte Erfolge erzielen.« Es ist ihm schlecht dafür ergangen. Es wurde eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet. Einige Zeitschriften und Kollegen haben sich seiner wohl angenommen, allein mit Rücksicht auf den Byzantinismus der Majorität seiner Berufsgenossen unterblieb die Durchführung des Planes, gegen eine derartige Vergewaltigung des freien Wortes der Männer auf der Kathedra Protest zu erheben.

Im Reichstage selbst tadelte Eugen Richter diese Maßnahmen, denen er das Prädikat »Geißelsystem« beilegte. Vollmar meinte, sie wären das unzweckmäßigste Mittel zur Stärkung des Deutschtums und ein Barbarismus, der nur zufälligerweise deutschen Namen trage.

Der Staatssekretär Bülow verteidigte sie. »Sie sind ein Ausfluß der Souveränität«, sagte er, »die anzutasten Preußen niemandem erlauben wird.« Bassermann stimmte ihm zu, indem er ausführte, die Deklaration des Grafen Thun wäre eine Provokation.

Die Massenausweisungen aus Preußen dauern fort, die grundlosen und unbegründeten, die geradezu absichtlichen und planmäßigen. Wie zum Trotz und wie aus Rücksichtslosigkeit. Vielleicht wird man auch ihnen einmal beikommen.

1898.

Jovan Ristic.

Am Vorabende der Justizmorde, welche Milan, der Vater, und Alexander, der Sohn, planten, starb Jovan Ristic, 66 Jahre alt. Er, der Senior, der Koloß, mit einer im 45 jährigen Dienst gewonnenen Erfahrung wurde aus der Staatspolitik ausgestoßen und Zwerge nahmen seine Stelle ein. Nicht umsonst wurde ihm das Prädikat des serbischen Cavour verliehen. Er war eine seltene Individualität. Ein Hörer der Universitäten in Heidelberg, Berlin und Paris und diplomatisch geschult auf dem heißen und glatten Boden Konstantinopels, vereinigte er westeuropäische Akkuratesse, Energie und Offenheit mit orientalischer Verschlagenheit.

Jedes Jahr im Juni traf ich mit ihm hier in Wien zusammen, wenn er nach Gleichenberg reiste, seine kranken Luftröhren zu kurieren. Niemand hätte gesagt, daß er leidend sei. Er war von gerader, hoher, breiter und stämmiger Statur. Durch die Kopfform, durch die noch nicht ergrauten Koteletts, durch seine Lippen, durch seine Sprache, durch seine Gemessenheit und durch die Kühle seines Tones erinnerte er mehr an einen englischen Lord als an einen südslavischen Politiker. Die staatsmännische Ruhe hat ihn nie verlassen. War er tatsächlich im Affekt, verriet er es nicht nach außen. Aus seinen Gesprächen gewann ich den Eindruck, daß er Memoiren habe. Wenigstens versicherte er zu wiederholtenmalen, daß er sie schreibe, daß sie veröffentlicht werden — bezweifle ich. Von Milan, der vor ihm großen Respekt hatte, sprach er sich nicht besonders schmeichelhaft aus: »Er verstand es nicht, zu lernen, und verstand es nicht, zu regieren. Er ist mir einmal zu meinem großen Schrecken aus dem Lyzeum davongelaufen und ist auch vom Throne davongelaufen.«

Obwohl er mit den Fortschrittlichen Kompromisse schloß und Koalitionsregierungen mit ihnen bildete, war er ein entschiedenerer

Gegner dieser Partei als der Radikalen, mit denen er gleichfalls Schutz- und Trutzbündnisse einzugehen pflegte. Er war die Seele der Liberalen, von denen gesagt werden kann, daß sie ohne ihn ihre Lebensfähigkeit eingebüßt haben. Diese einst mächtige Gruppe vegetiert heute kaum.

Er wurde ein Panslavist genannt, weil er nicht undankbar war gegenüber Rußland für dessen moralische und materielle Hilfe, mit welcher Serbien aus der Knechtschaft und aus jahrhundertelanger Erniedrigung befreit worden ist. In Pest und Wien war er nicht persona gratissima, ja nicht einmal persona grata. Anderseits verhehlte er seine Aversion gegen Österreich nicht im geringsten. Er ist dessen Feind geworden in jener Nacht, in welcher ihn Milan auf die telegraphische Forderung des Grafen Andrassy entließ, als er die serbischen Interessen gegen die Gewinnsucht ungarischer Viehändler verteidigte.

Auf einer kleinen Wirkungsstätte hat er Großes vollbracht. Was Serbien während des letzten halben Jahrhunderts geworden, ist sein Werk.

Dreißig Jahre alt, wurde er nach Stambul geschickt. Der junge Vertreter des souzeränen Fürstentums wurde neben hervorragende Diplomaten der Großmächte hingestellt. Seine Mission gelang. Die serbischen Festungen wurden an Serbien ausgeliefert. Hiermit war eine Etappe zu dessen Selbständigkeit zurückgelegt. Nach Ermordung des Fürsten Michael wurde er Regent und blieb es bis zur Volljährigkeit Milans. Er leitete dessen Erziehung und leitete die Schicksale des Landes bis zum Jahre 1872 allein. Im serbisch-türkischen Kriege und auf dem Berliner Kongreß bewährte sich sein diplomatisches Talent aufs glänzendste. In jenem wurde Serbien geschlagen. Doch Ristic verstand es, dem Geschlagenen Erfolge zu erwirken wie einem Siegreichen. Es erhielt die Selbständigkeit, es erhielt ein großes Ländergebiet und seinem Fürsten reichte er die Königskrone. In Berlin war er für Serbien ganz allein, unus, sed leo.

Im Jahre 1889 verzichtete Milan auf die Krone und machte ihn zum Regenten. Wiederum war er unumschränkter Herr bis zu jener denkwürdigen Aprilnacht, in der Alexander nach aufgehobenem Mahle sich für großjährig und ihn seiner Würde für verlustig erklärte.

Seit jener Zeit mied er die Öffentlichkeit, durch die Verhältnisse in seinem Vaterlande verbittert. Am meisten grämte ihn dessen finanzielle Not, dessen Verschuldung und mit Schmerz sprach

er von vergangenen Zeiten, wo Serbien, aber auch die Last seiner Schulden im Auslande klein gewesen war.

Ein nicht schöner Schatten fällt auf sein Andenken und trübt es. Der Königin Natalie gegenüber benahm er sich weder cavalierement noch human. Er hat sie abermals um Verzeihung gebeten, sie jedoch nicht erhalten.

Er ist aus dem Leben geschieden in dem Augenblicke, in dem Serbien, für das er mit seinem ganzen Herzen gelebt und an dem er mit jeder Faser gehangen, sich in der größten Zerfahrenheit befindet und niemanden hat, der die Eignung besitzt, der Wirrnis Einhalt zu gebieten und Ordnung zu schaffen.

Als man den Sarg mit seinen sterblichen Überresten ins Grab hinabließ, donnerten die Kanonen. Er wurde mit Ehren begraben wie nur ein Herrscher. Er war deren würdig. In der Geschichte Serbiens wird sein Name ehrenvoller verzeichnet sein als die Namen jenes schlechten Vaters und jenes schwachen Sohnes, welche durch ihre Taten sein Werk vernichten, sein Vermächtnis verunehren. Er hat Serbien vom türkischen Joche befreit. Er hat es erhoben, gestärkt und zur Blüte gebracht. Sie haben es zu einer Satrapie erniedrigt, in der nicht der Wille eines Fremden entscheidet, sondern — leider und Gott sei es geklagt — die Willkür des Trägers der heimischen Dynastie. Dazu hat Ristic, der Regent und Erzieher Milans, der Regent und Erzieher Alexanders, nicht gelebt und nicht gewirkt, daß nach seinem Tode, förmlich über seinem frisch aufgeworfenen Grabe, die beiden zusammen Verbrechen verüben, welche nur möglich waren, als noch auf der Belgrader Festung die türkische Fahne wehte, welche Ristic herabnahm. Fürwahr, dieser Ristic hat bessere Zöglinge und Nachfolger verdient, als es der böswillige und der schwachwillige Obrenovič sind.

Adressen- und Reskriptpolitik.

Allen Landtagen ist ein Reskript zugegangen, welches die Antwort ist auf deren Adressen und Kundgebungen zum Jubiläum des Monarchen und welches uniform ist. Bloß dem Landtage des Königreiches Böhmen entbietet der Kaiser auch den königlichen Dank und königlichen Gruß. Indem ich mich anschicke, über diese Botschaft nach reiflichster Überlegung zu schreiben, muß ich zunächst die letzte Phase ihrer Entstehung mitteilen. Es war ein Dankschreiben beabsichtigt und vorbereitet. Mit Rücksicht auf das Jubiläumsjahr, auf die tiefe Trauer des Monarchen und auf die Situation, welche — nach der Meinung der Hofwürdenträger und der höchsten Dignitäre — noch nicht für reif genug zu irdendeiner Aktion überhaupt gehalten wird, war jeder politische Ton, Akzent und Inhalt von vornherein ausgeschlossen.

Daraus ergibt sich zur Evidenz, daß ein allgemeiner, jedes außergewöhnlichen Charakters barer, feierlicher, festlicher, formaler und zeremonieller Akt vorbereitet war — nichts mehr. Auch zu einem solchen wäre es nicht gekommen, wenn der Kaiser die Deputationen der Landtage hätte empfangen und seinen Dank ihnen mündlich aussprechen können. Daraus ist jedoch auch offenbar, daß man diesem Schreiben eine Tragweite und Wichtigkeit beilegt, die ihm nach den Intentionen der Krone eben nicht zukommen sollte, die Tragweite und Bedeutung einer außerordentlichen Manifestation von ausschließlich politischem, ja Richtung gebendem, epochalem Gepräge. Wer ein solches erwartet hat, ist freilich enttäuscht worden.

Da jedoch der Landtag des Königreiches Böhmen eine Adresse votiert hat, welche das unerschütterliche Kredo des böhmischen Volkes zum Inhalt hat, haben die böhmischen Abgeordneten gefunden, daß es weder der Majestät der Krone noch der Würde

des Landtages entsprechen würde oder als eine entschiedene Negation der in jener Adresse niedergelegten Forderungen gedeutet werden müßte, wenn darauf in der Antwort des Monarchen nicht reagiert würde und daß ein solches Schweigen weder von der böhmischen Delegation noch vom böhmischen Volke ruhig ertragen werden könnte. Als die Regierung hiervon erfahren, zögerte sie nicht, eine Korrektur des Reskripts vorzuschlagen, welches durch Absätze über die Gleichberechtigung und über die erweiterte Tätigkeit der Landtage vermehrt wurde.

Es war keine leichte Sache, eine Änderung der schon vollzogenen Dispositionen zu erwirken. Es war das eine harte Arbeit. Über deren Schwierigkeiten ausführlich zu sprechen, verbietet mir die Diskretion. Es ist jedoch nicht wahr, daß der Regierung etwas abgeschlagen worden ist. Man ist allem beigetreten, was sie für notwendig und unerläßlich erkannt hat.

Eine Antwort auf die Adresse des böhmischen Landtages ist das Reskript nicht. Schon deshalb nicht, weil es für alle Landesvertretungen gleichlautend ist.

Das ist keine Abschwächung der Grundsätze der Gleichberechtigung und Landesautonomie, daß die Krone sie allen Landesvertretungen verkündet und nicht bloß einer einzigen, im Gegenteil, sie gibt so zu verstehen, daß sie diese Privilegien als eine für alle Länder gültige Norm ansieht. Es ist der Einwand gemacht worden: in diesem Reskript wird von »verfassungsmäßigen« Rechten der Landtage gesprochen. So ist es. Welcher Kenner des § 11 der Dezemberverfassung weiß nicht, daß in die Kompetenz des Reichsrates Angelegenheiten eingereiht worden sind, welche dort nicht präzisiert sind und somit nach § 12 derselben Verfassung eo ipso den Landtagen zukommen, ja, daß sie dem Reichsrate nicht einmal implicite angehören, wie zum Beispiel Versicherungsangelegenheiten, agrarische Angelegenheiten usw. Nach lit. *i* des § 11 ist der Reichsrat kompetent, nur die Grundsätze des Volksschul- und Gymnasialunterrichtes festzusetzen, was über diese Grenzen hinausgeht, nicht. Im Adreßentwurfe der Rechten wird deshalb für Schulangelegenheiten »eine erweiterte legislatorische Mitwirkung der Landtage« gefordert. Aus dieser kurzen Deduktion ist ersichtlich, daß auch ohne eine Verfassungsänderung es möglich ist, die Wirksamkeit der Landtage wesentlich zu erweitern. Mir ist jedoch die Absicht fern, irgendeine Apologie dieses Reskripts zu schreiben, obwohl es ein leichtes wäre, zu beweisen, daß die dadurch gegebenen

Weisungen und Direktiven, würden sie durchgeführt und beobachtet werden, manche Remedur in ausgiebiger Weise herbeiführen könnten. Mir schweben zwei andere Momente vor. Das eine ist historisch, das andere subjektiv. Eigentlich ist dieses nur eine Konsequenz jenes. Ich werde mich jedoch nur auf meinen persönlichen Eindruck, auf meine eigene Auffassung, auf meine ganz private Betrachtung beschränken. Für all das ist niemand außer mir verantwortlich.

Ich beginne daher mit dem historischen Teile, der die letzten vierzig Jahre böhmischer Politik umspannt.

1861. Der Deputation des böhmischen Landtages, welche Kardinal Schwarzenberg und Dr. Rieger führten und welche dem Kaiser die Bitte vortrug, er möge sich zum König von Böhmen krönen lassen, antwortete der Monarch: »Ja, ich werde mich krönen lassen.«

1871, 12. September. »Eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der böhmischen Krone, anerkennen wir gern die Rechte dieses Königreiches und sind bereit, diese Anerkennung durch unseren Krönungseid zu erneuern.« (Unter Hohenwart.)

Das vom Freiherrn v. Holzgethan unterfertigte Reskript vom 4. November bemerkt ausdrücklich, daß »das staatsrechtliche Verhältnis der Erblande bereits durch die Staatsgrundgesetze geregelt ist« und nur in Wien, durch den Reichsrat abgeändert werden kann.

1889. Graf Taaffe erklärt am 17. Dezember in Beantwortung einer Interpellation Pleners betreffend den Beschluß des böhmischen Landtages vom 9. November 1889, durch welchen zwar über den Adreßentwurf des verstorbenen Dr. Julius Grégr zur Tagesordnung übergegangen wird, jedoch die staatsrechtlichen Desiderien verdolmetscht werden: »Das Staatsinteresse erfordert derzeit vor allem eine ruhige und stetige Entwicklung auf Grund der jetzigen Verfassung, deshalb eignet sich der gegenwärtige Augenblick zur Erörterung von Fragen nicht. Die Regierung ist somit nicht willens, Seiner Majestät eine grundsätzliche Änderung der Verfassung und der damit in Zusammenhang gebrachten Königskrönung vorzuschlagen.«

1898. Telegramm des Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch an den Statthalter Grafen Coudenhove, mitgeteilt in der Adreßdebatte des böhmischen Landtages: »Die Regierung teilt den Standpunkt der Adresse nicht.«

Zur Ergänzung des Angeführten zitiere ich zwei Patente, die unter den Staatsgrundgesetzen placiert sind. Zuerst das Diplom

vom 20. Oktober 1860, in dessen Artikel IV gesagt wird, es solle in allen Landesarchiven aufbewahrt bleiben und es seien die Nachfolger des jetzigen Kaisers verpflichtet, bei ihrer Thronbesteigung es zu unterzeichnen, an die einzelnen Länder es auszufertigen und abermals in die Landesgesetze einzutragen. Und gleich darauf folgt das Patent vom 26. Februar 1861. Wie wurde jenes »zur Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie« überschriebenes Diplom freudig und wie das Morgenrot begrüßt, welches nach langer bewölkter Nacht einen klaren, sonnigen Tag verkündet! Und was hat daraus Schmerling nach fünf Monaten gemacht?! Und was ist davon geblieben? Und hauptsächlich, was ist davon durchgeführt worden bis zum heutigen Tage?

Ich habe bloß Tatsachen angeführt. Sie sind beredt, sie sind lehrreich genug. Ist es wirklich notwendig, diese Geschichte noch mit einem Kommentar zu versehen? Ja. Ich will ihn versuchen.

Ein Faktum ist vor allem klar. In der Antwort, die vom Grafen Thun kontrasigniert ist und für die auch Dr. Kaizl verantwortlich gemacht wird, werden die Adreßpostulate der böhmisch-nationalen Abgeordneten und jener des Großgrundbesitzes weder patent noch latent abgelehnt, wie dies durch Graf Taaffe im Jahre 1889 und durch Freiherrn von Gautsch im Jahre 1898 geschehen ist. Daß somit die gegenwärtige Regierung das Votum des böhmischen Landtages und den staatsrechtlichen Bestrebungen dessen überwiegender Majorität sich nicht entgegenstellt, hat man nicht gesehen. Man hat nur eine andere, negative Seite gesehen, man hat nur ein anderes Manko gesehen. Man hat nur das gesehen, was im Reskript nicht ist.

Die Frage ist, welchen Vorteil, ich meine nicht, welchen moralischen, sondern welchen konkreten Gewinn wir davon hätten, wenn man in das Reskript möglichst viele — Versprechungen gegeben hätte. Wir hätten um eine kindische Freude mehr und töricht, wie wir schon sind, würden wir glauben, daß wir schon in der Hand halten, wessen Fata Morgana man uns in der Ferne gezeigt hat. Siehe oben Jahr 1861 und 1871.

War es denn noch nicht und ist es denn noch nicht genug der eitlen Hoffnungen, des süßen Erwartens mit der bitteren Enttäuschung, der Zusagen, die nicht eingehalten worden sind, weil sie nicht eingehalten werden konnten? War es und ist es noch nicht genug des trügerischen Spieles mit Seifenblasen, welche in bunten Farben glänzen und uns, den naiven, vertrauensseligen und

impressionistischen Leuten, das Auge blenden und dann in nichts zerstieben, sobald der politische Wind oben eine Richtung gegen uns nimmt? Wer von uns könnte es ernstlich wünschen, daß wir wieder gelockt werden, daß wir wieder verführt werden durch leere Worte ohne Wesen, durch hohle Vertröstungen ohne sachlichen Untergrund und Kern, durch Voraussagen über einen Umsturz, der nicht geschehen wird, durch Ankündigungen, die auf dem Papier bleiben? Sind wir denn nicht zur Genüge durch eigenes Leid und eigenes Leiden und durch den Spott der Gegner bestraft worden dafür, daß wir solche Phantasten, Optimisten und Romantiker waren die da in ihrer fieberhaften Erregung glaubten, daß in Österreich dasjenige, was gesagt wird, auch gleich zur Tat wird? Hat denn jemand ein Verlangen nach einer Reprise der unglücklichen Peripetie, die sich vom 12. September bis zum 4. November des Jahres 1871 ereignet hat?

Das wären Phrasen, das wären nicht zu entschuldigende Phrasen, das wäre ein verbrecherisches Spiel mit den Gefühlen unseres ganzen Volkes, welches verdient hat, daß man mit ihm über ernste Dinge ernst spricht und nicht in Spässen und Possen, das wäre — niemals war das banale Wort so berechtigt — eine Provokation unseres gesamten Volkes, wenn man ihm inhaltlose Worte hinreichen würde, wenn man in ihm Hoffnungen erwecken würde, in dem Bewußtsein, ja in der Absicht, ihm einen Mißerfolg, ein Mißlingen und eine Schande zu bereiten. Das wäre zugleich jedoch eine Erschütterung und Unterwühlung unseres staatsrechtlichen Programms, nicht dessen Stärkung. Dieses Programm ist uns allzu heilig, als daß wir jemandem gestatten würden, es zu kompromittieren durch leichtfertige oder gar böswillige Vorspiegelung von Möglichkeiten oder Wirklichkeiten, die nicht existieren. Vor einem solchen Schicksal wollen wir bewahrt bleiben. Lieber wollen wir unsere Geduld um Jahre verlängern, als daß wir auch nur auf eine Minute lang ein neues, ein zweites staatsrechtliches Debacle ertragen würden.

Ich glaube das Recht zu haben, sagen zu dürfen, daß wir seit der ersten, noch nicht vergessenen und unvergeßlichen Katastrophe vorsichtiger und auch nüchterner gemacht worden sind; daß wir die Schule des Lebens, wie sie gleich bitter für kein zweites Volk gewesen, nicht vergeblich durchgemacht haben; daß wir nicht wollen, entweder n u r himmelhoch jauchzend oder n u r zu Tode betrübt sein — sondern daß wir noch einen anderen, mann-

hafteren Ton kennen. Ich werde wohl heute von niemandem desavouiert werden, wenn ich ausspreche, daß wir Böhmen nicht glauben, daß das böhmische Staatsrecht fix und fertig vom Himmel herabsteigen wird, weil wir die Überzeugung hegen, daß nichts Bestand und Dauer hat, was nicht organisch heranwächst und was nicht starke Wurzeln in festem Erdboden gefaßt hat; daß die Zeit vorüber ist, wo ein Volk sich zufriedengegeben hat mit dem Anblick auf bunte Steine, dabei jedoch hungerte und daß eine Ära herangekommen ist, in der wir ihm nahrhaftes Brot, ausgiebige Kost, Stärkung für Leib und Seele, nicht bloß eine Augenweide geben wollen; daß wir uns bewußt sind, daß wir eine Transformation Österreichs leichter und sicherer im Bunde mit anderen, dem gleichen Ziele zustrebenden Völkern und Parteien herbeiführen werden, als stünden wir allein; daß wir uns ferner bewußt sind, daß auch Monarchen in ihrem Wollen beschränkt sind, daß sie nicht immer können, was sie wollen, und daß es für uns besser ist, daß uns nicht versprochen aber gegeben werde, als daß uns versprochen und nicht gegeben werde; daß wir uns ferner bewußt sind des Unterschiedes zwischem dem postulierenden Landtage und dem sich obligierenden Herrscher, daß jener alles aussprechen kann, wonach er sich sehnt, dieser jedoch nur dasjenige zusagen, was erfüllt werden kann.

»Im Anfange war das Wort« heißt es im Evangelium des heiligen Johannes. Wir sind schon über die Anfänge hinaus um an dem Buchstaben, an dem Worte fortwährend zu kleben. Wir sind praktischer geworden und geben mehr und nur auf Taten als auf Memoranden, Reskripte, Adressen usw. Die Erfahrungen haben aus uns Posivitisten gemacht und das Horazische »carpe diem« muß unsere Leitregel werden. Folgen wir dem Beispiele der Polen. Die haben niemals viel geschrieben, niemals viel geredet und sind weiter. Sie haben betrieben und betreiben eine gesunde Politik. Ob diese jemand eine Utilitätspolitik, eine Etappenpolitik, eine Opportunitätspolitik, eine Regierungspolitik, eine Staatspolitik oder anders nennt, ist ihnen gleichgültig. Wenn sie nur dem Volke und dem Lande vorteilhaft ist.

Und noch etwas: lernen wir warten und ausharren. Zeihen wir der Lüge deutsche Politiker, welche aus unserer Geschichte herausgelesen haben und als unfehlbare Lehre hinstellen, daß, sobald in den verflossenen drei Jahrzehnten eine für die Böhmen günstigere Situation sich ergeben hat, wir selbst jedesmal sie ver-

dorben und selbst sie ins Gegenteil gekehrt und hernach viel von unseren Kräften verbraucht haben, ehe wir die Rückkehr jener herbeiführten, die wir durch unsere Überhastung und Übereilung umgestürzt haben. Die Parole, es könne besser werden, wenn es noch ärger werden wird, kann in die Welt hinausschreien nur ein Bankrotteur oder ein Kridatar — ein ehrlicher Mann niemals.

Nach einem Vierteljahrhundert.

Fünfundzwanzig Jahre böhmischer Aktivität. (Zum 7. Oktober 1904.)

Am 7. Oktober 1879 sind die Abgeordneten des böhmischen Volkes und des konservativen Großgrundbesitzes aus dem Königreiche Böhmen wieder in den Reichsrat eingetreten — nach einer Abwesenheit, die 16 Jahre gedauert hat. Mit einer Erklärung, datiert in Prag, vom 17. Juni 1863, wurde gegen das Wiener Parlament eine Taktik von historischer Tragweite eingeleitet, die Taktik des passiven Widerstandes, die Taktik der Abstinenz, die sich mit tiefen Furchen in unser Geschick eingegraben hat, die auf dem einstimmigen Willen des gesamten Volkes beruhte, welche seinen Aufschwung und Aufstieg nicht aufgehalten hat, noch weniger denn unmöglich gemacht hat die Entwicklung der Dinge ohne uns und gegen uns, eine Taktik, von Millionen gesegnet, gepriesen, gefeiert zu Beginn und dann verurteilt, vermaledeit, verflucht nachher — eine Taktik, anfangs als die einzig mögliche, einzig Erfolg verheißende, einzig für die ersprießlich gehaltene und dann als die schädlichste benannte, eine Taktik der äußersten Verwegenheit, Entschlossenheit und Kampfbereitschaft bei der Proklamierung und der verzweifeltsten Resignation bei der Abdikation, die Taktik des großen Sanguinismus und der großen Enttäuschung.

Es ist nicht leicht, ja, es ist unmöglich, heute schon über sie historisch-objektiv zu schreiben und ein bestimmtes, positives oder negatives, billigendes oder vernichtendes Urteil zu sprechen. Der jetzigen Generation möge jedoch gesagt werden, daß wir während dieser Sezession zu Hause wuchsen, daß wir unsere Potenz und Resistenz vermehrten und vereinten, daß wir erstarkten und arbeiteten in unserem Heimatlande, daß die nach dem Jahre 1861, dem Beginne der Verfassungsära, entzündete Begeisterung nicht die Flamme eines

brennenden Strohbundes war, sondern ein anhaltendes Feuer, welches die Tiefen und das Innere des Volkes erwärmte und das ohne dies alles, insbesondere ohne die Ausdauer im Widerstande dessen Einstellung kaum jenen Erfolg gehabt hätte, den er tatsächlich gehabt hat.

Diese Sistierung hat nicht eine Ursache allein herbeigeführt, der Ursachen waren mehrere. Es war dies zu Hause die natürliche Depression, die sich immer und überall nach langer und vergeblicher Anstrengung und nach der Erkenntnis einstellt, daß man die eigene Kraft überschätzt, die fremde unterschätzt hat; es war dies der Wille, das Glück auf anderen Wegen zu suchen; es war dies auch der Glaube, daß nach der bosnischen Okkupation oben ein anderer Wind zu wehen anfangen werde. Es war dies in Wien die Diagnose, daß man auf der Balkanhalbinsel eine Expansivpolitik nicht betreiben kann, während in Zisleithanien die slavischen Völker unterdrückt werden; es war dies die Zerfahrenheit im deutschen Lager, welches den Berliner Vertrag dem Votum des österreichischen Parlaments unterzogen hat, welches dem Ausgleiche mit Ungarn seine Stimme versagt hat, welches sein eigenes Kabinett gestürzt hat. Es waren jedoch vornehmlich und hauptsächlich Rücksichten der Politik nach innen und nach außen, deren Wunsch, ein vollzähliges Parlament zu haben, der deutsch-österreichische Zweibund, das Heeresdezennat, neue Heeresausgaben und damit verbundene neue Steuern. Für all diese sogenannten Staatsnotwendigkeiten bedurfte man, da man sich auf deutsche nicht verlassen konnte, böhmischer und slavischer Stimmen.

»Täuschen Sie sich nicht«, sagte mir einmal der verstorbene Dr. Klaič, »Graf Taaffe und diejenigen, deren Befehle er vollzog, haben die böhmischen Abgeordneten nach Wien aus keiner Liebe und Gunst zum böhmischen Volke gebracht. Mir gegenüber hat sich Graf Taaffe selbst geäußert: der Zustimmung der Deutschen in Österreich zur deutsch-österreichischen Allianz waren die maßgebenden Kreise sicher. Sie rechneten mit ihr wie mit einer mathematischen festen Größe. Allein bei dem Bündnisse mit dem deutschen Nachbarreiche konnten die Böhmen nicht im äußersten Widerstande gelassen werden, wenn er auch die Form der Abstinenz hatte. In der Politik entscheidet der Vorteil und das Bedürfnis.«

In der Thronrede und in der Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grafen Franz Coronini, wurde des Eintrittes

der Böhmen in den Reichsrat besonders gedacht. In der Ansprache des Monarchen wurde die Genugtuung darüber geäußert, daß sie unbeschadet ihrer rechtlichen Überzeugung auf den Boden des Parlaments zurückgekehrt sind. Ein »Begrüßungsschuß« deuteten diese Stelle die einen, ein »Salut ins Grab« meinten die anderen. »Wenn ich hinüberblicke auf die lange verwaisten, nun dicht gefüllten Bänke auf der Rechten«, sagte der neugewählte Präsident am 14. Oktober, »glaube ich darüber nur meine freudige Erregung aussprechen zu können. Es ist dies ein tapferes, reich begabtes Volk, dessen dauernde Absenz vom Mittelpunkte unseres parlamentarischen Lebens wir oft bitter empfunden haben. Seine Söhne haben in den von Österreich geführten Kriegen immer heldenhaft gekämpft und haben auch an seinen Unternehmungen im Frieden teilgenommen. Seine Vertreter dürfen somit dort nicht fehlen, wo sein Geschick entschieden wird.« Das waren warme Wort ex praesidio in der kalten Atmosphäre, welche damals in Wien den Böhmen entgegenwehte. In der nicht bloß kalten, sondern geradezu feindseligen: in den Zeitungen, in den Ministerkanzleien, auf der Galerie des Parlaments, auf den Straßen — überall. Die Böhmen wurden nicht bloß als ein neues, sondern als ein fremdes Element, als Eindringlinge angesehen. Die alte deutsche Garde, an ihre Alleinherrschaft gewöhnt, im hölzernen, provisorischen, 1861 für das Abgeordnetenhaus auf dem Schottenring errichteten Bau, sah voll Animosität und Geringschätzung herab auf den böhmischen Zuwachs, wiewohl an der Spitze desselben die Achtundvierziger Rieger und Trojan standen. Die Zeitgenossen können sich gar nicht vorstellen, wie unheimlich unsere Leute hier damals sich fühlten. Wie in einem Eiskeller.

Im Abgeordnetenhause überreichten 15 böhmische Abgeordnete und Abgeordnete des Großgrundbesitzes aus dem Königreiche eine staatsrechtliche Erklärung. Am Leben sind von ihnen nur diese: A. O. Zeithammer, J. Harrach, Dr. K. Mattuš, Georg Fürst Lobkowicz, Franz Graf Thun, Dr. Jaromír Čelakovský, Karl Adámek, Franz Tilšer und Fürst Adolf Schwarzenberg.

Im Herrenhaus haben sechs Mitglieder des historischen Adels eine gleiche Erklärung abgegeben. Von ihnen ist ein einziger noch am Leben: Fürst Alfred Windischgrätz, der als Präsident des Koalitionskabinetts die Existenz der böhmischen Frage in Abrede gestellt hat.

Am 17. November überreichte das Präsidium des böhmischen Klubs dem Monarchen eine Denkschrift über die Forderungen des

böhmischen Volkes in bezug auf die sprachliche Gleichberechtigung in den Staatsämtern und in den Schulen.

Das waren die Formalien des Überganges aus der Passivität in die Aktivität, zeremonielle Akte, die feierlich abgehalten wurden, aber hinsichtlich derer kein Zweifel obwalten konnte, daß sie eine bloße Form sind, in der die Vergangenheit begraben wird. Und nicht ohne Bitternis gedenken wir heute, daß jenes sechzehnjährige Martyrium mit zwei Ausnahmszuständen und anderen Verfolgungen wir hauptsächlich infolge Drängens derjenigen ertragen haben, die heute, wo die böhmische Delegation bereit ist, zu einem anderen Vorgehen der kriegerischen Taktik sich zu entschließen, wenn zwei bescheidene Wünsche erfüllt werden, von denen der eine auf die Restitution des schon anerkannten und geübten Rechtes hinzielt, der andere die gesicherten Garantien einer böhmischen Universität in Brünn zum Gegenstande hat, mit uns nicht nur nicht in oppositioneller Schlachtreihe stehen, sondern der die Sühne eines fast fünfjährigen Verbrechens verweigernden, einer offenkundig deutschen Regierung sogar den Dispositionsfonds bewilligen. Daß durch die Wahlen vom Jahre 1891 die Führung des böhmischen Volkes diesen unverläßlichen Leuten, die biegsam sind wie Weidenruten, genommen worden ist, daß eine gesunde und unvermeidliche Trennung eingetreten ist, die ein Zusammenarbeiten für gemeinsame Aufgaben nicht ausschließt, die jedoch eine Präpotenz der Inhaber von Großgrundbesitzen über die Vertrauensmänner von Millionen ausschließt das halte ich für ein historisches Faktum, für eine durchgreifende Wendung, für eine noch nicht genug gewürdigte Emanzipation.

Blicken wir zurück auf das Vierteljahrhundert, das die Vertreter des böhmischen Volkes in Wien zugebracht haben, mit ruhigem, kritischem Auge und überblicken wir ungetrübten Sinnes die Ergebnisse ihrer fünfundzwanzigjährigen Bestrebungen und Anstrengungen, ihrer rastlosen Tätigkeit, ihres fortwährenden Anspannens der Kräfte, ihres unausgesetzten Kampfes, ob es nun in der Position einer Regierungs- und Majoritätspartei war, oder einer Oppositionspartei oder einer Obstruktionspartei, so gelangen wir zu nachstehenden Resultaten.

Es waren das keine Jahre der Ruhe und des Friedens, sondern der Arbeit, noch weniger waren es Jahre der Annehmlichkeiten und des Vergnügens. Uns Böhmen wird das Brot immer sauer gemacht und schwer erringbar in jeder Position. Uns wurde nichts umsonst gegeben. Uns wurde nichts ganz gegeben. Alles mußten

wir uns erringen, erzwingen oder mühsam verdienen. Und wenn man uns endlich entgegenkam, so bewilligte man ein Stück und dieses mußten wir mit großen, ungeheuren Opfern bezahlen. Ob wir dem Staate Opposition machten, ob wir dem Staate halfen, mit uns verfuhr man immer gleich und vor fünf Jahren haben wir den Schmerz des Ausspruches Schwarzenbergs von der Überraschung durch Undank erfahren. Uns wurde nicht gegeben, was uns nach menschlichem und staatlichem Gesetze als unbestreitbares Recht gehört, uns hat man noch genommen, was wir hatten und worauf wir Anspruch haben, und will jetzt, daß wir demütig die Hand küssen, auf dem Bauche und auf dem Rücken zugleich liegend, welche einen Teil unseres Besitzstandes geraubt und zum Fraße den Gegnern hingeworfen hat. Uns hat man erniedrigt und beleidigt, uns hat man wehe getan, uns hat man Wunden versetzt, uns hat man vergewaltigt und wir sollen uns nicht rühren, sollen uns nicht auflehnen, sondern ruhig vielleicht — noch neue Schläge abwarten. Nein, die Achtung zu sich selbst müßte ein Volk, die Achtung zu diesem Volke müßten andere verlieren, würde es in dieser unwürdigen Rolle kriechen.

Niemals, ob es in der Passivität oder in der Aktivität war, haben wir Vorrechte für uns und zum Schaden anderer gefordert. Niemals wollten wir, es möge wessen Gut immer angegriffen und für uns aus fremdem Eigentum genommen werden. Und niemals, niemals ist für uns, niemals gegen die Deutschen regiert worden. Wäre so regiert worden, der mährische Landtag wäre heute, nach fünfundzwanzig Jahren, nicht in den Händen der Deutschen, einer Viertelminorität, in Schlesien würde man mit den Böhmen nicht wie mit Unterjochten verfahren und in Wien müßten nicht 102.000 offiziell gezählte Böhmen am 19. d. M. zum Reichsgericht gehen, um dort die Regierung zu klagen, daß sie nicht eine einzige öffentliche Volksschule in Wien bewilligt, ja, daß sie nicht einmal derjenigen, die sich das böhmische arbeitende Volk aus seinen Schwielen erhält, das Öffentlichkeitsrecht erteilt. Wäre so regiert worden, Kardinal Kopp hätte sich nicht getraut, einen Antrag zu unterfertigen, es mögen die slavischen Parallelklassen an den schlesischen Pädagogien aufgehoben werden, und der Wiener Erzbischof, wenn er sähe und wüßte, daß man offen aufrichtig wünscht, es mögen Gerechtigkeit und Gesetz Durchgang und Geltung haben, würde nicht böhmischen Gottesdienst und böhmische Predigten jenen 102.000 offiziell gezählten Böhmen verweigern.

Niemals haben wir mehr verlangt, als daß man nicht gegen uns regiere, daß uns der bureaukratische Druck nicht würge und ersticke, der bureaukratische Druck zu Hause und der bureaukratische Druck aus Wien, daß wir nicht gebunden seien an Händen und Füßen, sondern uns frei bewegen, entwickeln, wachsen, strecken können. Es war eine Zeit, da ein aktiver Minister den Ausspruch getan: »Die böhmische Ehre ist auch die österreichische Ehre«, aber das war nur eine augenblickliche Impression — das war kein Prinzip, das war kein fester Wille, der sich in Taten und vollzogene positive Handlungen inkorporiert.

Es wäre Unwahrheit, Sünde an der realen Wirklichkeit, schwarzer Undank, wollte jemand behaupten, die Ära der aktiven Politik habe dem böhmischen Volke keinen Vorteil gebracht. Sie hat zahlreiche und wertvolle gebracht: die böhmische Universität, die zweite Technik, die Akademie, industrielle, Mittel- und Fachschulen, die Verordnungen Stremayrs und Pražáks, den böhmischen Landtag, die Handelskammern, die Wahlreform, verstaatlichte und neue Eisenbahnen. Sie hat gebracht das gesteigerte Prestige der böhmischen Delegation im Staate als eines wichtigen und hervorragenden Faktors. Sie hat gebracht den Eintritt des böhmischen Elements in die höchste Bureaukratie. Sie hat gebracht Bäche und Bächlein, durch welche dieses Element hinauf- und hinabfließt. Wir sind in den fünfundzwanzig Jahren in die Breite und Tiefe gegangen und sind heute vielfach größer, politisch reifer, kulturell fortgeschrittener, materiell potenter.

Aber anderseits sind wir nicht, was wir sein können und sollen und unsere mit seltener Aufopferung und äußerster Selbstverleugnung erwiesenen Dienste wurden nicht nach dem Gesetze entlohnt: wie die Leistung, so die Gegenleistung. Wir haben dem Staate neue Soldaten, neue Wehrgesetze, neue Konsumsteuern, einen neuen Ausgleich mit Ungarn, eine große Einlösungssumme für die einen Bahnen votiert und haben gegen die Verstaatlichung anderer gestimmt, die einträglicher sind, wir haben uns engagiert für die Politik des Zwei- und später des Dreibundes, wir haben sogar das Parlament verteidigt, dessen rechtliche Grundlagen wir negieren, gegen die sogenannten Verfassungstreuen, wir waren bereit, den Ausgleich mit Ungarn abermals zu bewilligen, wir haben in der Mäßigung und Bescheidenheit die erlaubten Grenzen überschritten, wir waren Majoritäts-, Regierungs-, Staats-, ja Hofpartei — alles vergeblich, am Schlusse siegte immer der

traditionelle antiböhmische Geist wieder und wieder und gegenwärtig befinden wir uns in einer Abstinenz anderer Form. Es ist nicht wahr, daß jemals ein böhmisches oder slavisches System am Ruder war. Es ist auch nicht wahr, daß das System ohne die Deutschen zwölf Jahre, zwei ganze Sexennien, gewährt hat. Bis zur Demission des Freiherrn von Streit und Krämers im Jänner 1880 war Graf Taaffe noch halb links und nach den Neuwahlen des Jahres 1885 war er wieder halb links, obwohl aus diesen Wahlen die sogenannte autonomistische Majorität vermehrt hervorgegangen ist, obwohl in der Thronrede, mit der — am 25. April 1885 — sein erstes Sexennium beendet wurde, versichert worden war, man werde »auf dem betretenen Wege fortfahren«. So »böhmisch« war das Regime des Grafen Taaffe, daß Baron Pražák nicht Justizminister werden konnte, sondern einige Jahre Leiter dieses Ressorts war, daß auf die Banknoten kein böhmisches Wort hinaufkommen durfte, daß durch die Berufung des Freiherrn von Gautsch und des Marquis Bacquehem überhaupt von der Rechten abgeschwenkt wurde, daß durch den Dislokationserlaß einige böhmische Mittelschulen dekapitalisiert oder gänzlich vernichtet und neue verweigert wurden. Der Ruf: »Kommt in den Reichsrat hinein und dort wird euch werden, worauf ihr ein Anrecht habt!« war ein Versprechen, aber ein trügerisches und zahlreich waren die Krisen, in denen selbst den bedächtigsten und ältesten böhmischen Politikern die Geduld riß, einem Ministerium zu dienen, das in der Prinzipienlosigkeit sein oberstes Prinzip erblickte und das nach der Parole vorging: Nehmen ist seliger denn geben.

Im Jahre 1885 war Österreich schon halb links, im Jahre 1887 schon stark links, im Jahre 1889 ganz links. Im Jahre 1893 bekamen wir den dritten Ausnahmszustand und die Kerker öffneten sich wie unter der scheußlichen deutschen Schreckensherrschaft. Das böhmische Volk wurde als sonderbare Gesellschaft, als meuterisch und hochverräterisch erklärt*) und es wurde wie mit einem solchen

---

*) Der verstorbene Dr. Klaič hat mich ermächtigt, folgenden Vorfall zu veröffentlichen: Als Landeshauptmann von Dalmatien war er in Audienz und in ihr wurde ihm vorgehalten, daß er gegen den Ausnahmszustand für Prag und Umgebung gestimmt habe, und es wurde hinzugefügt, daß dort Hochverräter ihr Unwesen treiben. Mannhaft und mutig erwiderte der tapfere Kroate (das Gespräch wurde in italienischer Sprache geführt): Maesta! Traditori? Nomini che vogliono incoronare il loro re, non sono traditori! Majestät! Hochverräter? Leute, die ihren König krönen wollen, sind keine Hochverräter!

verfahren, wiewohl es sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Nach sechsjähriger Opposition wurden die Böhmen wieder zur Mitarbeit gerufen. Sie gingen wieder — mit neuem Glauben, mit neuer Hoffnung, mit neuem Vertrauen. Sie taten ihre Pflicht, wie sie keine zweite Partei getan hat. Es war auf sie absoluter Verlaß, man konnte mit ihnen sicher und bestimmt rechnen. Und das Resultat? Die Belohnung?

Der jetzige Zustand.

Sie wurden zurückgestoßen, als hätten sie die verworfensten Verbrechen begangen, gestraft, als hätten sie die sakrosanktesten Heiligtümer verletzt, sie wurden in die äußerste Verzweiflung gedrängt, während diejenigen, die den Raub unserer Rechte anstrebten und die ihn auch erreichten, auf das Roß gesetzt wurden, mit dem Lorbeer der Sieger geziert und noch verwegener geworden denn zuvor. Und diejenigen, die so gern die jetzige böhmische Delegation verhöhnen, sie habe verspielt, sie sei geschlagen worden, sie habe wieder alles verloren, was sie errungen, sollten dessen eingedenk sein, daß nicht bloß in Homers Epen höhere Mächte in die Schlachten der Armeen eingegriffen und sie entschieden haben, sollten gerecht sein, nicht für unbegangene Schuld verurteilen und wissen, daß in diesem Staate die Schicksale der Völker und Parteien nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments bestimmt werden.

Fünf Jahre lang sind wir schon im Kampfe und werden vielleicht noch lange darin stehen. Manche Lehre, manchen Rat, manchen Wink, manche Warnung erteilt uns der Blick zurück in die 25jährige Vergangenheit für die nächste Zukunft, für die Zukunft überhaupt. Insbesondere verkündet jedoch das morgige Jubiläum die Wahrheit des Evangeliums, dem Carlyle nachdrücklichen und beredten Ausdruck gegeben hat mit den Worten: »Arbeiten und nicht verzweifeln.« Durch eigene Kraft, durch unser Zutun, durch unseren Fleiß, durch unsere Gewissenhaftigkeit, durch unsere Strebsamkeit, durch unsere Liebe haben wir größere und ärgere Mühsale überwunden als diejenigen sind, unter denen wir gegenwärtig leiden. Sursum corda et capita! Nicht mit gesenktem Haupte und gebeugter Brust, sondern stolz aufgerichtet, das Auge auf eine bessere, lichtere und glücklichere Etappe geheftet, steht das böhmische Volk, voll Kraft und Saft, voll Glauben und Vertrauen in den Sieg seines Rechtes, nicht gedrückt, nicht kleinmütig geworden, nicht niedergerungen vom Nordwind, der eben von oben weht, sondern

in seinem Innern überzeugt, daß das Unwetter vorübergehen wird, daß vermehrt werden seine Güter, daß es sich erheben wird zu jener Achtung und Geltung, die ihm gebühren, die es sich nicht nehmen läßt und die es sich erkämpfen wird so sicher und bestimmt, wie es sich alles erkämpft hat, was es sein nennt und was es verteidigen wird bis zum letzten Atemzuge und bis zum letzten Blutstropfen.

Gegen den Dualismus in der böhmischen Politik.

Aufhören muß in der böhmischen aktiven Politik der für sie verhängnisvolle Dualismus, der sich schon volle zwanzig Jahre hinschleppt: der Dualismus einer anderen Politik zu Hause, einer anderen in Wien. Diese Achselträgerei hat die konservative böhmische Politik umgebracht — nichts anderes. Sie hat schließlich da und dort abgewirtschaftet, oben und unten. Hier in Wien hat man erst aufgehört, sie zu unterstützen, als man erkannt hatte, daß auf sie kein Verlaß sei, und den maßgebenden Kreisen ist sie gleichgültig geworden, als sie selbst flatterhaft, unstet und unverläßlich geworden war.

Wenn wir nicht günstige Chancen verderben, wenn wir nicht wieder in den Zustand zurückfallen wollen, in welchem wir uns mit klangvollen Artikeln in den Zeitungen und mit glanzvollen Reden im Parlament trösten und erwärmen, wenn wir nicht wollen, daß die Welt von uns sage: »Diese Böhmen sind ein vorgeschrittenes Volk in Kunst, Wissenschaft und in jedem Arbeitszweige, aber in der Politik sind sie alte Stümper!«, wenn wir nicht isoliert und verlassen bleiben wollen, sondern aus der Unfruchtbarkeit zu einträglicher und ausgiebiger Wirksamkeit gelangen wollen, wenn wir den Rang einnehmen wollen, der uns gebührt, wenn wir Fortschritt und nicht Stagnation wollen, wenn wir nicht bloß unbequem, sondern unentbehrlich, wertvoll und geschätzt sein wollen, dann muß durch das Vertrauen der Wählerschaft es den Abgeordneten ermöglicht werden, Wege einzuschlagen, die sie mit Rücksicht auf die angeführten Momente für die vorteilhaftesten halten.

Wenn es im Parlament eine Partei gibt, die aller persönlichen Ambitionen bar und wahrhaft national und völkisch ist, so ist es die böhmische Delegation. Ihre einzige Sorge ist das Wohlergehen,

das Gedeihen, das Blühen und der Fortschritt unserer gemeinsamen Sache. Soll sie für diese wirken, dann bedarf sie unerläßlich des Vertrauens ihrer Mandanten. Des Vertrauens, nicht der Befehle. Ihr muß es anheimgestellt werden, nach bestem Wissen zu entscheiden, welche Taktik, welche Mittel, welche Wege in einer bestimmten Situation gewählt werden sollen. Ihrem Ermessen und ihrer Rechtschaffenheit muß vorbehaltlos plein pouvoir gegeben werden. Nur zwei Alternativen gibt es: entweder die Wähler halten jemanden für fähig und würdig, ihn zu ihrem Prokuristen zu machen oder sie halten ihn nicht. Im zweiten Falle werden sie ihm die Vertretung ihrer Interessen nicht anvertrauen. Im ersten Falle werden sie ihm diese anvertrauen. Sobald sie jedoch zu seinen Gunsten entschieden haben, treten sie in ein fiduziäres Verhältnis.

Jede Partei hat ein bestimmtes Programm. Indem sie es jedoch verlautbart, verpflichtet sich keine, die Erfüllung des ganzen zu erreichen, sondern lediglich, sie anzustreben. Die böhmische Delegation wird glücklich sein, wenn sie von dem Programm, das nicht das ihrige ist, sondern das des böhmischen Volkes, ein ordentliches Stück erkämpft, wenn das böhmische Volk auf dem Wege zu den letzten Zielen seines Strebens wieder einige Etappen zurücklegt, wenn die Grundlagen, ohne welche sein Selbstbestimmungsrecht und seine selbständige Existenz ein Altweibersommer und kein kristallisiertes Gebilde sind, vermehrt und befestigt werden, wenn die Quellen seiner kulturellen Hebung und seiner wirtschaftlichen Stärkung vermehrt werden.

Die böhmischen Abgeordneten kleben nicht an ihren Mandaten. Sie wissen, daß diese eine Waffe sind, welche ihnen nur auf einen streng bemessenen Termin in die Hand gedrückt worden sind. Sie wissen, daß, gleichwie alles nur bis zu einer gewissen Zeit und Gott in die Ewigkeit dauert, jede Partei bloß eine Schichte ist, die auf die untere gelegt wird und auf die man wiederum eine obere legt, daß jedoch jede Schichte ihr Obst und ihre Früchte bringen muß und daß sie, wenn sie ihre Bestimmung erfüllt hat, dem Naturgesetze unterliegt, nach welchem jedwedes Leben zum Tode vorausbestimmt ist und zum Vorgänger eines vollkommeneren, fortgeschritteneren Lebens.

Die frühere Generation kann sich mit ihren Leistungen und mit ihren Verdiensten ausweisen und ihre Arbeit hat manchen Segen gebracht. Das Werk der jetzigen ist auf geebneten Wegen

ein leichteres. Schon hat sie die Gleichheit der böhmischen Sprache in der internen Amtierung errungen, die man den Vorgängern verweigert hatte, eine Gleichheit, die sich erst in den Konsequenzen zeigen wird, wenn sie ordentlich durchgeführt sein wird. Wird die jetztige Witterung anhalten, kommt nicht — wie schon oft — eine Wendung und ein Nordwind und werden die böhmischen Abgeordneten mit Entschiedenheit auch Bedachtsamkeit vereinigen und nur der Sache des Vaterlandes eingedenk sein, dann winken in ganz kurzer Zeit Errungenschaften, die wir vor wenigen Monaten noch in den Vordergrund gestellt haben, auf die jedoch jetzt, weil sie gesichert sind, mancher bei uns, wie das leider in unserem Charakter liegt, verächtlich herabblickt, als wäre es eine kaum erwähnenswerte, ja wertlose Kleinigkeit.

Das plein pouvoir ist es, dessen die böhmischen Abgeordneten bedürfen, sollen sie nicht Leibeigene sein, die man mit Marschroute schickt. Sie sind nicht wie die Söhne Lakedämons, denen die Mutter den Schild verabreicht mit den Worten: »Entweder damit oder darauf.« Solche Extreme, absoluter Sieg oder absolute Niederlage, gibt es in den modernen politischen Kämpfen nicht. Heutzutage ringt man um Abzahlungen großer Schulden, um einzelne Etappen eines langen Weges. Die Politik: »Alles oder nichts« ist keine Politik. Das ist ein hasardmäßiges va banque-Spiel. Ein solches Spiel auch nur zu wagen, verbietet den böhmischen Abgeordneten das Gewissen und die Verantwortlichkeit.

Die böhmischen Abgeordneten werden Rechnung legen über ihre Tätigkeit, wenn die Zeit dazu gekommen ist. Dann möge ihnen das Volk Absolution erteilen oder verweigern. Solange jedoch eine Aktion im Zuge ist, mit der man nicht immer gleich auf den großen Marktplatz gehen und die man nicht immer gleich austrommeln lassen kann, müssen die Delegierten des böhmischen Volkes von dessen Ergebenheit begleitet sein, müssen sie gestärkt sein durch dessen Vertrauen, müssen sie in jedem Augenblicke in der Lage sein, zu erklären, daß sie in seinem Namen das Wort führen und handeln.

Die Regierung des Sektionschefs, genannt Ministerium Clary recte Koerber, ist nun einen Monat im Amte.

Eine kurze Zeit, doch hat sie genügt zur Erkenntnis, daß die Flagge, die sie auf ihrem Schiffe gehißt hat, eine Kontrebande deckt. Wir meinen hiermit durchaus nicht deren provisorischen oder Übergangscharakter. Ob dieses Ministerium ohne Minister der

Finanzen, des Handels und des Unterrichts, ein bloßes Interim ist, ein bloßes Intermezzo, daran ist fürwahr sehr wenig gelegen. In Österreich ist es überhaupt schwer, einem Kabinett vorauszusagen, welche Lebensdauer ihm beschieden sein wird. Als Graf Taaffe aus Innsbruck berufen worden war, um die Versöhnung mit den Böhmen einzuleiten, hat Baron Weeber, der Statthalter im Königreiche Böhmen, einigermaßen unüberlegt und übereilt seinen Beamten gesagt, sein Kollege aus Tirol werde in sechs Monaten abgewirtschaftet haben. Und Graf Taaffe hat fünfzehn Jahre lang regiert. Von der Plenerischen Koalition haben die Leute geglaubt, sie werde zwanzig Jahre aushalten. In anderthalb Jahren war sie in membra disiecta zerschlagen. Auf die Zeitweiligkeit oder die Länge der jetzigen Regierung kommt es ganz und gar nicht an.

Worauf es in erster Reihe ankommt, ist deren politischer Charakter, deren Aufgaben, deren Tendenz, deren Richtung. Die sind nunmehr sichtbar und offenkundig. Wir wissen, man hat sie eine neutrale getauft. Das war das πρῶτον ψεῦδος. Mit dieser ersten Lüge ist sie eingeführt worden. Mit der falschen Marke eines Systems über den Parteien. Eines außerparlamentarischen, unparteiischen bureaukratischen Ministeriums. Allein alle diese Epitheta haben nicht vermocht, jemand zu täuschen. Die Gevatter der jetzigen Regierung haben sich vergeblich bemüht, ihr einen guten Ruf vorangehen zu lassen. Keinen Augenblick lang haben wir Böhmen uns über deren Grundwesen getäuscht. Wir ahnten nicht bloß, wir waren überzeugt, daß sie gegen uns berufen worden ist, und noch bevor sie installiert worden war, haben wir eine kriegerische Position gegen sie eingenommen. Wir haben den Kampf begonnen und werden ihn fortsetzen. Wir werden ihn zu steigern verstehen und schrecken auch vor dem Äußersten nicht zurück.

Mit derselben Bestimmtheit, mit der man eine Sonnenfinsternis ankündigt, ist vom Grafen Clary und dessen Helfershelfern die Aufhebung der Sprachenverordnungen Gautsch' aus dem Jahre 1898, respektive der Badenis aus dem Jahre 1897 angekündigt worden. Früh am 17. Oktober ist sie eingetroffen. Ein denkwürdiges Datum das. Es bleibt verzeichnet als dies nefastus in der Geschichte nicht unseres Volkes, sondern Österreichs, als ein verhängnisvoller Tag.

Noch immer hat sich in der Historie politischer Kämpfe herausgestellt, daß ein von den Völkern erkämpftes Recht den Völkern nicht auf lange Zeit hinaus vorenthalten werden kann. Ein plötzlich erzwungenes oder ein aus Furcht gewährtes Recht kann man

wieder nehmen, kann man widerrufen, kann man aufheben — ein errungenes niemals. Deshalb bemächtigt sich unser beim Anblicke der »Wiener Zeitung«, wo in einigen kühlen und frostigen Zeilen von ad hoc berufenen Bureaukraten uns genommen wird, was als ein begründetes Recht unseres Volkes anerkannt worden war, nicht die geringste Verzweiflung. Im Gegenteil. Unerschütterlich ist unsere Hoffnung, daß die Restitution dieses Rechtes unausbleiblich und nur eine Frage der Zeit ist.

Was uns mit Bitternis und Unwillen erfüllt, ist das Faktum der Abolition, ist die Abolition eines zuerkannten Rechtes, welches niemand zum Schaden gereicht; niemand: dem Staate nicht und nicht dem anderen Volksstamm in unseren Ländern. Allein, daß man der Minorität und derem Terror nachgegeben, und daß, als handelte es sich um eine gleichgültige Sache oder um irgendein Vorrecht für uns und ein Unrecht für die Deutschen, ein von uns teuer erkaufter, teuer von uns bezahlter, teuer von uns verdienter, schwer von uns erdienter Teil des gleichen Rechtes unserer Sprache weggewischt worden ist, der Gleichheit der Sprache der Mehrheit mit der Sprache der deutschen Minderheit — das treibt uns das Blut zum Herzen, das treibt das Blut in die Wangen. Rücksichtslosigkeit gegen uns, Gefühllosigkeit gegen uns, Mangel an Achtung vor uns auf der einen Seite — auf der anderen Seite lauter Rücksichten, lauter Schonung und tiefster Respekt gegenüber, wir sagen nicht dem Willen, sondern der Willkür der deutschen Obstruktion, dieser Unterschied, diese Verschiedenheit, dieses zweierlei Maß hat in unserem Volke Zorn und Erbitterung hervorgerufen, von deren Tiefe und Stärke man in Wien keine Ahnung hat.

Sie zu bannen, wird eine schwere Mühe sein. Niemals in der Vergangenheit war das Vertrauen des böhmischen Volkes zu diesem Staate und dessen Lenkern groß. Durch deren Schuld. Durch Verdienst des Grafen Badeni hat ein Embryo von Vertrauen im Volke Wurzel gefaßt. Dieses ist nunmehr völlig vernichtet. Ein getäuschtes Volk kuriert man schwer von der Skepsis. Haben diejenigen, welche so leichtfertig die jetzige Situation herbeigeführt haben, nicht bedacht, was es heißt, wenn ein ganzes Sechsmillionenvolk, welches in Österreich leben und sich entwickeln will, ohne Vertrauen zu ihm ist? Wenn es aufgehört hat, zu hoffen, daß ihm daselbst Gerechtigkeit zuteil wird und daß die Bedingungen erfüllt sein werden zu dessen würdiger Existenz?

Oh, einen tiefen Abgrund zwischen dem böhmischen Volke und Österreich haben diese Staatsmänner ausgegraben. Wer von ihnen kann es mit seinem Gewissen vereinbaren, daß er dem Ganzen ein arbeitsames, treues, royalistisch ergebenes Volk abgewendet hat? War sich jemand von ihnen seiner Verantwortung bewußt? War sich jemand von ihnen seines Vorgehens bewußt? Das böhmische Volk leidet für unbegangene Schuld. Für unbegangene Schuld wird es mit Erniedrigung und Beleidigungen bestraft. Für unbegangene Schuld ist es beiseite gestoßen und zurückgeworfen aus der Position, die es erlangt hat nicht durch fremde Gnade, sondern durch eigene Kraft und eigenes Hinzutun.

In diesem seinem Leiden, in dieser seiner Unschuld ist das böhmische Volk groß und stark. Durch alle seine Schichten strömt heute ein Widerstand gegen das Unrecht, gegen die Verkürzung seiner Rechte. Mit seltener Einmütigkeit, mit unbesiegbarer Kampfeslust setzt es sich zur Wehr. Der Trost, daß es siegen wird, überwindet in ihm den Schmerz ob der Täuschung und ob des Undankes. Fort, fort mit der Verdrossenheit, mit den Tränen und mit der Sentimentalität in so ernsten Augenblicken, wie es der jetzige ist, welche mannhaften Trotz und energisches Auftreten erfordern.

Man hat das gesamte Volk in ein Kriegslager verwandeln wollen. Es hat gewissen Elementen leid getan, daß es im Waffenstillstande mit dem Staate gelebt und Waffen und Rüstung abgelegt hat. Nun, so möge man ohne Phrase und ohne Überhebung wissen: Heute ist das gesamte böhmische Volk eine Schlachtreihe und steht mit der Front gegen Wien.

Das war keine österreichische Politik, die eine solche Wendung angezettelt hat. Das war keine kluge Politik. Das war überhaupt keine Politik. Das war eine Schwäche, das war eine Submission, bei der Österreich mehr verloren hat als wir. Eine Politik, welche bedingungslos vor dem Gegner, vor der Minorität kapituliert, ist keine Politik.

Deshalb sind wir nicht das Opfer der einzig möglichen Politik, der Politik der Energie, sondern einer Politik, welche keine Politik ist, der Politik nämlich matter Flatterhaftigkeit und Unstetheit, einer Politik, in welcher das jetzige Stadium nicht die erste Phase ist.

Von einer derartigen Politik zeitweilig herabgedrückt zu werden, ist kein Mißerfolg, der zermalmen würde. Haben jedoch die Vollstrecker einer solchen Politik bedacht, wie gefährlich es für die Zukunft ist, sie zu vollführen? Heute wurde der Mangel an Resistenz an

einer Stelle verraten, morgen wird man die Hebel an einer anderen Stelle ansetzen. Vielleicht mit gleichem, vielleicht mit noch größerem Gelingen.

Die Gautschischen Sprachenverordnungen sind wieder durch eine Verordnung aufgehoben worden, die aus zwei Paragraphen besteht. Durch den einen werden diese Ordonnanzen aufgehoben, durch den zweiten wird die Gültigkeit der Ordonnanz Stremayrs und Taaffes aus dem Jahre 1880 erneuert, deren Artikel 1 lautet: Politische und Gerichtsbehörden sowie Staatsanwaltschaften im Lande sind verpflichtet, die Erledigung in jener Sprache auszufertigen, in welcher die mündliche oder schriftliche Anbringung erfolgt ist. Analoge Regeln wurden durch den § 10 in bezug auf die Eintragung in die Grundbücher verfügt.

Durch die Reaktivierung des Standes, der verbis expressis vor 20 Jahren eingeführt worden war, ist somit in der äußeren Amtierung in ganz Böhmen die Zweisprachigkeit eingeführt worden, die Zweisprachigkeit, auf welcher auch die Verordnungen Badenis beruhten, die jedoch von Baron Gautsch verlassen wurden. Es ist nicht wahr, was ein hochgestellter Richter in der »Neuen Freien Presse« behauptet, daß die Stremayrschen und Taaffeschen Verordnungen faktisch eine Neuheit bedeuten. Durchaus nicht. Durch sie ist lediglich der Praxis die Form einer Vorschrift verliehen worden. Nichts mehr. Zwei große Fehler hatte diese Norm. Einerseits blieb die ausschließlich deutsche innere Amtierung nicht nur unberührt durch sie, sondern wurde noch bekräftigt, anderseits galt deren Inhalt bloß für die politischen und Gerichtsbehörden, keineswegs jedoch für die Ressorts der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues.

In keiner dieser beiden Richtungen wurden diese engen Grenzen nach zehn Jahren in den Wiener Konferenzen erweitert. Im Gegenteil, von deutscher Seite wurde die Rechtsgültigkeit der Verordnung vom Jahre 1880 angefochten und dessen Anerkennung ist in suspenso geblieben.

Deshalb begreifen wir die Trauer nicht, welche in der Publizistik und auch auf dem Kongreß der Vertrauensmänner der anderen Nationalpartei kundgegeben worden ist, weil durch den Volkswillen der Jännervertrag aus dem Jahre 1890 zerrissen und als nicht existent proklamiert worden war. Der in diesem Traktat niedergelegte Ausgleich war kein Ausgleich, noch weniger Gleichheit und Gleichberechtigung. Durch jeden Ausgleich, durch jede Versöhnung, durch jede Verständigung in Böhmen und in Mähren müssen die konkreten und

positiven Teile des Sprachenstreites in bestimmter, strikter und stringenter Weise geregelt werden. Damals ist jedoch das gerade Gegenteil geschehen. Denn ganz abgesehen davon, daß auf Mähren gar keine Rücksicht genommen und daß solchermaßen das Band staatsrechtlicher und nationaler Einheit zerrissen wurde, ist wohl den deutschen Forderungen nach Zweiteilung des Obergerichtes und des Landeskulturrates entsprochen worden, allein der eigentliche Kern der Sprachenverhältnisse, gerade die Kardinalfragen des nationalen Kampfes in den Ländern der böhmischen Krone, sind beiseite gelassen worden. Man hat deren Lösung einer künftigen Zeit vorbehalten. Für die den Deutschen gewährten Konzessionen ist eine gleichzeitige Kompensation nicht erreicht worden. Die Versöhnung hat in diesen Konferenzen eine fertige Tatsache, eine vereinbarte, eine beschlossene Tatsache werden sollen. Die Böhmen haben das Objekt, die Beute davontragen sollen — die Zustimmung der deutschen Vertreter und der Regierung zur kodifizierten, vertieften, erweiterten und gesicherten Gleichberechtigung. Sie sind jedoch mit leeren Händen davongegangen. Dr. Rieger hat damals, wie wir wissen, erkannt, daß wenigstens ohne die innere Amtssprache für die Gerichtsbehörden unsere Unterhändler nicht nach Hause gehen können. Leider ist sein Bestreben, ja das von ihm gestellte Ultimatum von anderer Seite durch unzeitgemäße und deplacierte Nachgiebigkeit paralysiert worden. Durch den sechsjährigen Kampf des böhmischen Volkes in der entschiedensten Opposition ist die Ausgestaltung der Stremayrschen Verordnungen nach beiden Richtungen hin erzielt worden. In die Tiefe dadurch, daß die innere und innerste böhmische Amtssprache eingeführt wurde, in die Breite dadurch, daß die Gleichberechtigung im inneren und äußeren Dienste auch in die Verwaltung der Finanzen, der Post, des Telegraphen, der Zölle, der Bergwerke und der Landwirtschaft eingeführt wurde.

Ich weiß, was man einwenden wird: daß die Herren Körber, Kindinger, Clary, Stibral und Kniaziolucki uns alle diese Früchte vieljähriger Mühen wieder genommen haben. Sie haben sie uns genommen auf eine Zeitlang, sie haben sie uns nicht genommen für die Dauer. Heute darf es keine Regierung wagen, wenn sie nicht eine Revolution im böhmischen Volke provozieren will, in einem Sprachgesetzentwurfe für Böhmen und Mähren dasjenige zu beseitigen, was vom 5. April 1897 für Böhmen und vom 22. April 1897 für Mähren bis zum 17. Oktober 1899 gültig war. Heute sind auch

die ehemaligen deutschen Obstruktionsparteien genötigt, in ihrem Programm uns die innere böhmische Amtierung zuzugestehen. Das ist der moralische und rechtliche Effekt der jungčechischen Politik. Wir haben den Staat gezwungen, wir haben unsere Gegner gezwungen, die Postulate des böhmischen Volkes zu respektieren. Darin liegt ein unleugbarer Fortschritt. Und wenn dessen jetzige Vertretung nichts anderes erreicht hätte — sie hätte nicht umsonst gelebt und gewirkt. Von den Punktationen und deren Leere zu dieser Sicherheit ist ein schöner Schritt. Es ist kein Grund zu Klageliedern, daß das böhmische Volk nicht vorlieb genommen hat mit der Stagnation, welche den Wiener Frieden bedeutete, und weiter ging und mehr erreichte. Auf der gegenwärtigen Etappe wird es nicht stehen bleiben. Sempre avanti — das ist die Parole für jedes Volk, nicht bloß für das italienische. Ein Volk, das nicht fortschreitet, verkümmert. Bei uns jedoch gibt es Fanatiker des Glaubens, als könnte ein Volk ein anorganisches Geschöpf sein, verurteilt, zu sein, wie es ist.

Die willkürliche Aufhebung des eroberten Rechtes, die Graf Clary am 17. Oktober vollzogen, bleibt eine abnormale und nicht zu rechtfertigende Tat. Die Urheber sind wohl heute darüber belehrt, daß das böhmische Volk nicht jener Löwe ist, von dem Graf Beust in seinen Memoiren sich aufzuschreiben getraut hat, er habe sich, was er festhielt, nehmen lassen, ohne sich zu erheben. Dieser böhmische Löwe wird sich nicht bloß erheben, er wird auch dreinzuschlagen verstehen, damit die Schläge jene verspüren, denen es nicht recht gewesen, daß er ruhig und friedfertig war. Die Stürme, welche in Böhmen und Mähren dauern, welche ihren Anfang in unserer Metropole hatten und bis an die ungarische Grenze reichen, welche auch die sonst unbeweglichen Massen des konservativen Volkes in der Markgrafschaft aufgerüttelt haben, sind nur äußere Symptome der Gefühle, von welchen das böhmische Volk durchdrungen ist. Wir fühlen uns nicht berufen, dem Grafen Clary irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Will er aber nicht, daß diese elementare Eruption, welche keiner Anregung und keiner Organisation bedurfte, nicht zum Schaden Österreichs anwachse, dann möge er innehalten, er und seine Kollegen auf dem abschüssigen Irrwege, den sie einschlagen. Mögen sie alle gewarnt sein auf das nachdrücklichste vor Anfachung des Unwillens, der ohnehin im böhmischen Volke hoch emporlodert und nur schwer zu dämpfen ist.

Es war durchaus nicht notwendig, daß homines novi, welche

in der Politik die Herren Kindinger und Stribal sind, in diese Flammen noch das Petroleum ihrer öffentlichen und geheimen Intimate hineingießen. Der Herr Justizminister hat sich ja im Parlament überzeugt, daß die Taubennatur des böhmischen Volkes nicht alles verträgt.

Der einfachste Verstand gebot der Regierung Clarys, zur Wunde, die sie durch die Aufhebung der Sprachenerlässe geschlagen, nicht noch andere hinzuzufügen. Der einfachste Verstand gebot, auf diese Wunde nicht Ätzereien, sondern besänftigendes Pflaster aufzulegen. Der einfachste Verstand gebot, die Sprengmittel vor der Debatte über die Regierungsdeklaration und vor den Delegationswahlen nicht zu vermehren. Durch Ukase, wie sie den Richtern im Königreiche zugestellt worden sind, durch vertrauliche Ukase, die einen Richter unter die geheime Aufsicht des anderen stellen und die nichts anderes sind als eine Aufforderung zur Denunziation. Als die untergeordneten Funktionäre in Mähren sich gegen die Erlässe Rubers auflehnten, wurden sie überhaupt nicht bestraft oder nur durch Versetzung, deren Kosten ihnen vergütet wurden. So war es unter Graf Thun. Nunmehr jedoch, unter Graf Clary, drohte man gleich mit dem strengsten Einschreiten gegen jedermann, der es wagen sollte, in der Bereitwilligkeit gegenüber den Böhmen auch nur fingerbreit weiter zu gehen, als durch die Verordnungen Stremayrs gestattet ist. Und doch haben die böhmischen Richter das gesetzmäßige Recht, die Verordnungen vom 17. Oktober des Jahres 1899 zu prüfen. Das gleiche Recht, welches sich die Untergeordneten Temnitschkas anmaßten, das Recht, die Verordnung vom Jahre 1880 nicht zu befolgen. Was sagen wir? Nicht das gleiche Recht — ein viel größeres. Diesen böhmischen Richtern ist ein Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes vom Jahre 1898 promulgiert und zugestellt worden, ein Erkenntnis, das von einem Plenissimarsenat gefällt worden war, das allen unteren Instanzen notifiziert worden ist, auf daß sie sich danach richten, danach handeln, es einhalten. Das oberste Justiztribunal verlangt von ihnen den Gehorsam gegenüber seiner Entscheidung, nach welcher beide Sprachen in Böhmen vollkommen gleichberechtigt sind, das heißt auch in der internen Amtierung.

Was ist das für eine Stabilität, wenn in nicht ganz dritthalb Jahren schon die dritte Ordnung für Richter in Böhmen und Mähren eingeführt wird: jene von Gleispach, jene von Ruber und jene von Stremayr. Welche Rechtssicherheit, wenn der Präsident des Ober-

gerichtes von Triest, zum Justizchef geschlagen, mit einem einzigen Federstrich den Beschluß des Obersten Gerichtshofes nullifizieren will! Wozu ist dieser überhaupt, wenn die Administrative seine Erkenntnisse, seine Direktiven aufheben darf?

Ich kenne Konvertiten, welche gestern Akatholiken waren und morgen in das katholischeste Land Tirol gehen, dort vor jedem Geistlichen niederknien, jedem die Hand küssen, keine Messe verabsäumen, ostentativ jede Zeremonie mitmachen, nur damit man an die Echtheit ihres, einen Tag alten, neuen Glaubens glaubt.

Diesen Neobaptisten gleichen die Mitglieder der Regierung Clarys. Sie tun in ihrem Eifer, um zu beweisen, daß eine tiefgehende Wandlung nach links sich vollzogen hat, und in ihrem Bestreben, den obstruktionistischen Deutschen sich gefällig zu erweisen und sie zu Dank zu verpflichten, mehr, als diese selbst erwartet haben, als diese selbst verlangen und wollen. Als unsere deutschen Landsleute die Aufhebung der Badenischen und Gautschischen Verordnungen verlangten, dachten sie lediglich an sich. Somit an Bezirke, die deutsch, und höchstens an Bezirke, die gemischt sind. Beweis dessen das Pfingstprogramm, das bei aller Animosität und bei allem Egoismus und Hochmut durchaus und nirgends die Forderung enthielt, es möge alles vernichtet werden, was uns in den letzten Jahren bewilligt worden ist. Im Gegenteil, in diesem Programm wird für das böhmische Gebiet des Königreiches die innere Amtssprache proponiert. Die vernünftigen deutschen Politiker, ja selbst extrem nationale, wie Prade, beharren auf dem Standpunkte, es gehe sie nichts an und könne sie nichts angehen, wie der Staat die Dinge in böhmischen Bezirken einrichte. Sie hätten nur für ihren Besitzstand, für ihre Heimat, für das deutsche Gebiet Sorge zu tragen. Ihr Interesse sei es somit nicht, daß der Adjunkt in Tábor nicht böhmisch um Urlaub ansuchen, daß der Postassistent in Počátek nicht böhmisch den Empfang des Gehaltes bestätigen dürfe.

Die Herren Kindinger und Stribal sind jedoch noch deutscher als die radikalsten Germanen. Sie haben wieder die Ausschließlichkeit der deutschen Sprache nicht bloß im inneren Dienste, sondern auch in persönlichen und Disziplinarangelegenheiten eingeführt, und zwar sofort. Es haben sich Deutsche gefunden, welche bei Mitteilung dieses Faktums im Parlament frohlockend applaudierten. Sie haben hierdurch verraten, daß sie aus der ausschließlich deutschen inneren Amtssprache, die sie als eine »Staats-

notwendigkeit« hinstellen, Prärogativen für die deutsche Minorität in Österreich ableiten, gleichwie sie solche ableiten aus der zweiten »Staatsnotwendigkeit«, aus der deutschen Staatssprache, die jetzt den Namen Vermittlungssprache hat.

Die innere Amtssprache ist und muß eine Bresche in dieses Privileg sein und in alles, was darauf beruht, sowie die innere polnische Amtssprache eine Bresche war und ist. Die innere böhmische Amtssprache ist und muß ein Beweis sein, daß in Österreich auch eine andere Amtierung möglich ist als die daselbst traditionelle, als die deutsche, wiewohl die innere deutsche Amtssprache durch keine, absolut keine gesetzliche Norm gestützt ist.

Durch die innere Amtssprache ist erst auf der einen Seite die Pyramide der gleichen Geltung der böhmischen Sprache in Amt und Behörden fertiggestellt, anderseits ist durch die innere Amtssprache in den Ländern der böhmischen Krone die Zwingburg des altösterreichischen Regimes niedergerissen, welche deutsch und zentralistisch war.

Wenn schon vor den Deutschen kapituliert worden ist in einer Weise, daß die Kriegskosten aus unserem rechtlichen Besitz und aus unserem Rechtsboden genommen wurden, so war es in der Tat nicht notwendig, ihnen noch mehr zu geben, als sie in ihren Bedingungen selbst gefordert hatten. In demselben Augenblicke, in welchem der deutsch-nationale Konvent diktierte, die Obstruktion im Parlament könne nur dann eingestellt werden, wenn die Verstaatlichung des Troppauer böhmischen Schulvereinsgymnasiums widerrufen werden wird, hat man der deutschen Privatmittelschule in Friedek eine Subvention erteilt und hat man bereits den Auftrag gegeben, im Herzogtume auch die Institutionen Pražáks und Rubers aufzuheben. Die bittere Lektion, die Herr von Kindinger im Parlament bekommen, hatte zur Folge, daß in Schlesien der status quo geblieben und daß die Herren Körber, Clary und Kniaziolucki wenigstens bis jetzt (November 1899) dem Beispiele ihrer Kollegen von der Justiz und vom Handel nicht gefolgt sind.

Zur Verbitterung des böhmischen Volkes ist schon mehr als genug geschehen. Anderseits ist den Machthabern zu Gemüte geführt worden, daß die Zeiten vorüber sind, wo sie alles gegen das Volk wagen durften und es alles geduldig ertrug. Das böhmische Volk, seiner Wichtigkeit für Staat und Monarchie bewußt sowie der von ihm effektiv geleisteten Dienste und bis in die Tiefe seiner

Seele verletzt durch den auf dieses Volk unternommenen Angriff, erhob sich zu einem kräftigen Widerstand.

Die Urheber zahlreicher Demonstrationen müssen unter jenen gesucht werden, welche durch ihre Taten Anlaß zu Unzufriedenheit und zu Ruhestörung im böhmischen Volke gegeben haben. Wir sind nicht so schlecht und auch nicht so töricht, um zu sagen: »An den Totschlägen in Holeschau und Vsetin ist Graf Clary schuld«, wie auf deutscher Seite gesagt worden war: an der Erschießung von Leuten in Graslitz ist Graf Thun schuld. Wir konstatieren jedoch die historische Wahrheit, wenn wir sagen, daß Graslitz am Ende der Regierung Thuns war, ohne daß dem deutschen Volke von dessen Rechten auch nur das geringste Körnchen genommen worden wäre, Holeschau und Vsetin jedoch sind zu Beginn der Regierung des Grafen Clary, welche dem böhmischen Volke einen wesentlichen Teil seiner Rechte genommen hat. Wir fügen hinzu: so wie die deutsche Revolte eine Willkür, ein grund- und ursacheloser Krieg gewesen ist, so begründet und berechtigt ist der politische Widerstand des böhmischen Volkes. Das sagen wir an die Adresse der Regierung. An unsere Adresse sagen wir: Wenn der eigensinnige, jeder Berechtigung entbehrende Trotz hat siegen können, so muß unser Widerstand, der uns aufgezwungen, der berechtigt und unabweisbar ist, auch siegen.

Schuldbedeckt und verfolgt vom Unwillen des ganzen böhmischen Volkes trat die Regierung vors Parlament. Unter dem frischen Eindrucke des Attentats, das sie an diesem Volke begangen und bei dem ihr die Hand der intransigente Teutonismus geführt hat.

Die Regierung, welche den Willen anderer vollzog, verkündete ihr Programm. Schon dieser Umstand brachte sie in eine falsche Position. Das war der primäre Fehler. Sie hat jedoch in ihrer kurzen Erklärung noch eine Menge von anderen angehäuft; wir meinen damit nicht die sonoren Worte, die großen Pläne, die weitausgreifenden Projekte, die einem provisorischen Kabinett mit kurzfristiger Vollmacht nicht zustehen. Das alles ist entweder optische Täuschung oder Eitelkeit. Nicht das hat die Zuhörer stutzig gemacht. Frappiert hat der Mangel jedweder Psychologie und Seriosität. Hat Graf Clary selbst es nicht begriffen, war denn unter seinen Mitarbeitern kein einziger, der ihn aufmerksam gemacht hätte: »Vierundzwanzig Stunden nach Aufhebung der Sprachenerlässe können und dürfen wir nicht öffentlich sprechen, wie uns Dr. Körber souffliert:

vom Einhalten der Verfassung, von den Interessen aller Völker, von Gleichberechtigung, von Staatsautorität. Das ist jedermann erlaubt, nur uns nicht.« Da jedoch die Regierung dennoch so gesprochen, vernahm sie einen Widerstand und einen Hohn und erhielt eine Begrüßung, wie sie bisher keiner Regierung im Parlament bereitet worden ist.

»Hier!«

Weit über den Umfang unseres Volkes ist der Widerhall des scharfen Konflikts gedrungen, in welchem wir uns — nicht zum erstenmal — mit der Armeeverwaltung dieser Monarchie überhaupt und mit dem Landesverteidigungsminister im besonderen befinden. Das Verbot anderssprachiger als deutscher Antworten in den Kontrollversammlungen ist nur eine neue Erscheinung der alten Krankheit, an der Österreich gelitten und noch leidet, der Krankheit fixer Ideen. Von einigen ist es vollständig kuriert, von anderen teilweise — von anderen gar nicht. Zu diesen fixen, zu sakrosankten Axiomen erhobenen Ideen gehören erstens: Österreich muß zentralistisch sein; zweitens: Österreich muß deutsch sein; drittens: ohne deutsche innere Amtssprache ist die Einheit der Justiz, ja die Justiz selbst unmöglich; viertens: ohne Ausschließlichkeit der deutschen Sprache ist nicht nur die Einheit, sondern auch die Schlagfertigkeit der Armee bedroht.

Österreich ist dualisiert und jenseits der Leitha magyarisiert. Österreich hat in Galizien die innere polnische Amtssprache, in Böhmen und Mähren teilweise die böhmische und die Justiz ist nicht nur nicht zugrunde gegangen, sondern hat gewonnen. Wir könnten nunmehr den induktiven Beweis führen, daß die deutsche Sprache an sich kein wundertätiges Arkanum für die Armee bedeutet, wenn es eines solchen Beweises noch bedürfte.

Nach dem Jahre 1866 wurde bei uns allgemein und überall dort, wo man die wahren Ursachen der Niederlagen auf den böhmischen Schlachtfeldern nicht eingestehen wollte, geglaubt, es hätte über uns der preußische Schulmeister gesiegt. Die Tradition hat sich derart eingewurzelt, daß sich daraus die Konsequenz entwickelte: der österreichischen Armee garantiert den Erfolg die deutsche Sprachlehre. Heute wissen wir, daß der allmächtige Zauberer, der den preußischen

Gegner unbesiegbar gemacht, eine Legende ist. Im Gegenteil, heute ist es über allen Zweifel festgestellt, daß der österreichische Soldat durch persönliche Eigenschaften und Vorzüge, durch Festigkeit im schärfsten Gewehrfeuer, durch Beharrlichkeit, Geselligkeit, Disziplin usw. den preußischen übertroffen und daß der nördliche Rivale uns nur durch die bessere Bewaffnung und durch die bessere Taktik überwunden und niedergerungen hat. Das ist auch der Tenor des hochinteressanten Friedjungschen Werkes »Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland«.

Dieses ist für uns eine bessere Zeugenschaft als die Biographie des Prinzen und Generals Wilhelm von Württemberg, die soeben im Auftrage des Generalstabes von Redakteur Teuber herausgegeben worden ist und die auch eine Denkschrift enthält, in welcher der Verewigte die deutsche Staatssprache als eine Notwendigkeit und die deutsche Armeesprache als den Kitt Österreichs erklärt.

Durch das Werk Friedjungs sind wir des onus probandi enthoben worden, daß es ein Irrtum sei zu glauben, die deutsche Sprache sei ein Amulet, das die österreichische Armee vor Unfällen beschützt. Dr. Friedjung verkündet, gleichwie Tolstoi in seinem Roman »Krieg und Frieden«, eine andere Erfahrung: daß der Sieg durch den Geist der Armee gesichert werde, der kein anderer sein kann als der Geist des Volkes. Besonders in unserer modernen Zeit der allgemeinen Wehrpflicht und der Volksheere, in einer Zeit, wo ganze Völker zu den Waffen gerufen werden.

Das Verbot böhmischer Meldungen seitens der Urlauber und Ersatzmänner war ein gegen den Geist der Zeit und gegen den Geist der Armee gerichteter Akt. Das Reglement befiehlt nirgends, daß nur die deutsche Sprache erlaubt ist; es bestimmt überhaupt gar nicht, in welcher Sprache die Meldung geschehen soll. Nach der gesetzlichen Praxis ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Es war auch erlaubt. Die Rekruten des 11. Infanterieregiments, Prinz Georg von Sachsen, dessen Ergänzungsbezirk Pisek ist, meldeten sich immer böhmisch. Die Abgeordneten Herold und Udržal haben als Reservisten sich niemals anders gemeldet. Was jahrzehntelang nicht beanstandet worden war, wurde mit einemmal gestraft. Und wie gestraft! Waren sich die Urheber der Verfolgung böhmischer Ersatzmänner bewußt, daß hierdurch erst die nationale Frage in der Armee von ihnen verschärft wird, nicht durch die böhmischen Reservisten? Waren sie sich bewußt, daß sie den Stachel noch tiefer in das böhmische Fleisch eintreiben

und den aus der ungleichen Behandlung der böhmischen Sprache empfundenen Schmerz vermehren? Wäre es nicht im Interesse der Armee und ihrer Beziehungen zur Bevölkerung das Beste gewesen, es jedermann freizustellen, sich in seiner Sprache zu melden? Die Kontrollrevue ist ein rein ziviler Akt, dessen Zweck es ist, lediglich die Präsenz zu konstatieren. Nichts mehr. Sie geschieht im bürgerlichen Gewande. Die Reservisten kommen vom Feld, aus der Werkstatt, aus dem Bureau und kehren dorthin wieder zurück. Sie kommen zu keiner Waffenübung, sie gehen sich bloß melden, daß sie am Leben sind. Wäre für sie die deutsche Meldung obligatorisch, dann müßte auch für die Assentierten der Eid deutsch obligatorisch sein.

Es besteht keine Vorschrift, welche die Reservisten verpflichten würde, sich deutsch »Hier« zu melden. In den betreffenden Paragraphen wird ihnen bloß aufgetragen, ihre Pässe abzugeben. Und bezüglich der deutschen Armeesprache für die Mannschaft wird keine allgemeine Regel aufgestellt. Es heißt im Gegenteil, man solle sie nur nach Tunlichkeit gebrauchen. Die Schöpfer des Reglements waren dessen eingedenk, daß von den gemeinen Soldaten nur eine geringfügige Minorität der deutschen Armeesprache mächtig sein wird. Und warum und wozu sollten die Offiziere verpflichtet sein, die Kenntnis der Regimentssprache nachzuweisen? Dieses Obligo hätte ja gar keinen Sinn, wenn nicht vorausgesetzt würde, daß der Leutnant die Sprache des Soldaten können muß, dieser die deutsche Sprache keineswegs.

An mehreren Orten entschlossen sich die Offiziere aus eigenem zu einer sehr einfachen Lösung der Frage: sie hoben sowohl die böhmische als auch die deutsche Meldung auf. Diese Entscheidung vermag uns nicht zu befriedigen, sie war jedoch wenigstens jeder Animosität gegen unsere Sprache frei. In Wien war man anderer Meinung. Man veröffentlichte eine Note, deren Sinn zwar dunkel ist, aus dem mysteriösen Stile jedoch läßt sich der Sinn herauslesen, daß der Autor die Sache für gar nicht strittig hält, daß er das deutsche »Hier« durch konkrete Vorschrift als normiert ansieht und daß er diese sogar durch den Monarchen decken läßt.

Das war keine glückliche Hand, die jenes Communiqué niedergeschrieben und darin die Sanktion des obersten Kriegsherrn für nicht existente Vorschriften anruft und obendrein noch den Anschein zu erwecken sich bemüht, das böhmische »Zde« sei ein Akt des Ungehorsams gegen den Willen des Monarchen. Wir kon-

statieren, daß sich im Reglement absolut keine Bestimmung über das allein und ausschließlich zulässige »Hier« und ebenso über das unzulässige böhmische »Zde« befindet. Es ist auch nicht wahr, was in jener Note behauptet wird, daß diese Angelegenheit bereits geregelt ist. Wahr ist hingegen, daß das böhmische »Zde« durch militärische Vorschriften nicht ausgeschlossen ist. Es ist höchstens abgewehrt durch eine vom Grafen Welsersheimb in der Budgetdebatte des Jahres 1894 abgegebene Erklärung, welche einigen Offizieren als Befehl galt. Allein Worte eines Ministers sind noch keine Gesetze.

Das war keine glückliche Hand, welche jenes Communiqué gerade an dem Tage niedergeschrieben hat, an welchem der Kaiser in schonungsvoller Respektierung der Gefühle der extremsten ungarischen Parteien aus eigener Initiative den Auftrag erteilt hat, das Hentzi-Monument aus der Ofner Burg zu beseitigen, und an welchem in solcher Weise den Empfindungen und Empfindsamkeiten des magyarischen Volkes Rechnung getragen wurde.

Das war keine glückliche Hand, welche jenes Communiqué an demselben Tage niedergeschrieben hat, an welchem angekündigt wurde, man werde von den Delegationen die Regelung, das heißt Erhöhung der Offiziersgehalte verlangen.

Das war keine glückliche Hand, mag es nun jene Welsersheimbs oder Krieghammers gewesen sein, welche in diesen Streit jene Kundgebung in dem ungeeignetsten Moment, im Augenblick der größten Erregung und Erbitterung hineingeworfen hat, so daß sich fürwahr einem die Frage aufdrängt, ob dies nicht mit der Absicht geschehen ist, den böhmischen Abgeordneten Verlegenheiten, dem Grafen Thun Schwierigkeiten zu bereiten.

Im Abgeordnetenhause motivierte der Chef der Justiz die Transferierung des Herrn Dr. Machatti aus Joslowitz nach Hotzenplotz durch die eigenmächtige Verletzung der rechtlichen Geltung beider Sprachen in Mähren sowie durch die einer böhmischen Partei verursachte Rechtsverweigerung. Wenn wegen einer solchen Argumentation gründliche Ignoranten wie Pommer und Heeger sich aufregen, nimmt uns das nicht wunder, daß jedoch für den Schuldigen noch ein Richter, Baron d'Elvert, eintrat, verrät eine ungeheure Verwilderung. Der vom Abgeordneten Iro gestellte Antrag, der Minister möge vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, weil er einen Richter -- der in einem anderen Staate wohl ohne

Pension, aber gewiß mit Schimpf und Schande aus dem Amte hinausgepeitscht worden wäre — auf Staatskosten in eine andere Stadt geschickt hat, konnte nur Heiterkeit erregen.

Man vergleiche und bedenke: dort Private, Reservisten, die dem Staate Opfer bringen, ohne dafür entlohnt zu werden, die man bestraft, auch mit sechzehnmonatlichem Kerker bestraft, wenn und weil sie ein Recht ausüben, das ihrer Sprache durch Staatsgrundgesetz garantiert ist — da ein vom Staate angestellter und aus den Steuergulden des Volkes, auch des böhmischen Volkes gezahlter Beamter, der sich weigert, eben jenes Staatsgrundgesetz durchzuführen, auf das er den Diensteid geleistet, auch dann weigert, wenn es ihm durch einen Erlaß seines obersten Vorgesetzten formell und tatsächlich aufgetragen wird. Dann gehe man und sage: justitia regnorum fundamentum.

Große Aufregung hat die Bekanntgabe eines Zirkulars der Armeeverwaltung hervorgerufen, durch welches einfach die deutsche Meldung der Reservisten angeordnet und der Hauptmann Wiesner, welcher die obenerwähnte Anordnung getroffen, es haben sich die Reservisten weder deutsch noch böhmisch zu melden, durch Deportation in eine galizische Strafkolonie gemaßregelt wurde.

Ein starker Wind hat da in die Flammen hineingeweht, mit einer Vehemenz, die wir sonst vermissen. Sie schlugen hoch. Was durch sie verbrennt, brauchen wir nicht zu sagen. Die heikle Situation hat sich bis zum äußersten verschärft, die Spannung zum Maximum gesteigert. Waren sich Oberst Haas, der Vorgesetzte Hauptmann Wiesners, und Baron Beck, der Chef des Generalstabes, auch bewußt, daß nur wenig gefehlt hat zu einer Explosion und daß es nicht ihr Verdienst ist, sondern unserer Zurückhaltung und unserer Geduld zuzuschreiben ist, wenn sie unterblieben ist? In dieser Hinsicht sind wir Böhmen alle ohne Unterschied empfindlich, unantastbar und — radikal. Niemand sollte mit Imponderabilien spielen, da er deren Resistenz nicht kennt.

Einmal hat da ein Offizier einen glücklichen Gedanken gehabt. Es gelang ihm, durch dessen Verwirklichung den Unmut zu besänftigen, Konflikte beizulegen, Zusammenstößen vorzubeugen, dafür mußte er eine öffentliche Rüge über sich ergehen lassen, daß er nicht schneidig gewesen dort, wo sich das Gegenteil empfahl. Glaubten diejenigen, die ihm diese Rüge aufdiktiert haben, nicht, daß man durch ein solches Vorgehen die Zucht im Heere mehr beeinträchtigt, dessen Beziehungen zum Volke mehr er-

schüttert, den Geist der Armee mehr bedroht als durch ein böhmisches »Zde«? Ist die Armee-Einheit nicht durch das magyarische und kroatische Kommando bedroht, dann ist sie auch nicht durch das eine böhmische Wort bedroht. Die Zufriedenheit der Völker ist eine verläßlichere Stütze der Throne als das einheitliche Feldlager.

